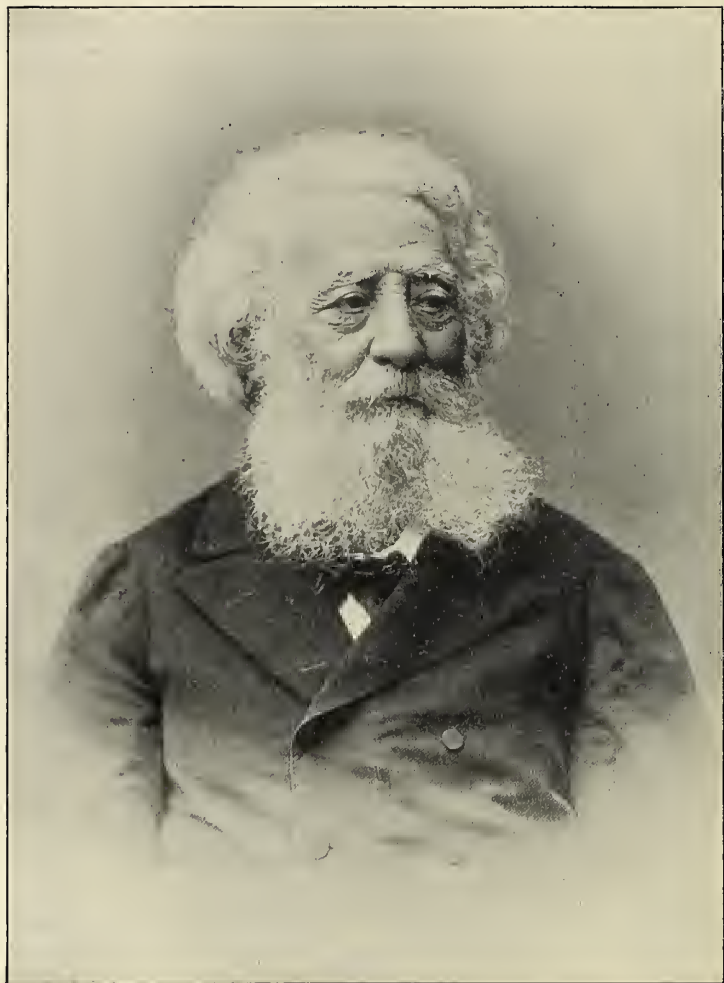
Adolf Fischhof



Adolf Fischhof

Das Lebensbild eines österreichischen Politikers

Von

Richard Charmatz

Mit zwei Abbildungen



Stuttgart und Berlin 1910
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Vorwort

In keinem anderen Staate mit ansehnlicher konstitutioneller Vergangenheit ist die Kenntnis der politischen Persönlichkeiten von Rang und Bedeutung so gering wie in Österreich. Die Staatsmänner und Parlamentarier griffen nur in ganz wenigen Fällen selbst nach der Feder, um die Ereignisse, Eindrücke und Erfahrungen ihres Lebens der Mit- und Nachwelt getreulich zu erzählen. Am schlimmsten aber sieht es mit der biographischen Literatur aus, denn die führenden politischen Persönlichkeiten der letzten sechs Dezennien, die einen sachkundigen und ruhig abwägenden Schilderer ihres Wesens und Wirkens fanden, sind an den Fingern einer Hand abzuzählen. Die Gründe dieser literarischen Armut lassen sich leicht ermitteln. Im Reiche der Habsburger ist alles in vollem Flusse, in wandlungsreicher Entwicklung begriffen, und das Staatsgebäude hat noch immer nicht eine dauernde und befriedigende Gestalt erhalten. Darum unterschätzt man die Leistungen und wohlgemeinten Bemühungen derjenigen Männer, die voll Ernst und mit reiner Gesinnung tätig waren, um Österreich auf seine heutige Höhe emporzubringen. Das ist freilich psychologisch zu begreifen. In der Regel wird ja erst der Meister nach der glücklichen Vollendung der Arbeit gefeiert. Aber für die Werkführer und Werkleute bei der Aufrichtung des österreichischen Verfassungsstaates sollten doch Ausnahmsbedingungen gelten, weil außergewöhnliche Probleme zu ergründen waren und noch zu bezwingen

sind. Ein anderes Motiv für die kümmerliche Entwicklung der politisch-biographischen Literatur kann in dem oft jähen Stimmungswechsel erblickt werden. Der Wert, der den führenden Persönlichkeiten beigelegt wird, unterliegt bisweilen einer unvermittelten Umwertung. Endlich darf man nicht vergessen, daß Österreich ein bunt zusammengesetzter Nationalitätenstaat ist und daß die Völker, die zwischen den Sudeten und der Adria leben, in einen jahrzehntelangen Kampf um Herrschaft und Besitz verwickelt sind. In diesem politischen Hader stehen die einzelnen Nationen einander feindlich gegenüber, und der Führer, der in dem einen Lager als Sieger geehrt wird, gilt auf der anderen Seite als harter Bezwinger, als Bedrücker. Die großen Trennungslinien, die im öffentlichen Leben anderer Staaten zu bemerken und aus der sozialen und kulturellen Parteigruppierung zu erklären sind, haben in Österreich eine achtfache Vermehrung erfahren.

Eng begrenzt ist der Wirkungskreis für den Politiker im Habsburger Reiche; er vermag nur ein verhältnismäßig kleines Gefolge mit sich zu ziehen und auf den Dank nicht allzu vieler Zeitgenossen zu rechnen. Wer politisch schafft, kämpft; und wer kämpft, stößt an! Doch die Gegnerschaft kann nicht bis über den Tod hinaus nachwirken, und es muß der Tag kommen, an dem das Trennende hinter dem Gemeinsamen zurücktritt, an dem stark und befreiend das Bewußtsein erwacht, daß in dem Widersacher von gestern eigentlich ein Mitstreiter zu würdigen ist. So stark entschwand der österreichische Staatsgedanke glücklicherweise noch nicht, daß man nicht schließlich erkennen würde, wie sehr das Ringen der Völker miteinander zuletzt doch ein Ringen füreinander ist, denn die Feindschaft des Tages entspringt der Sehnsucht nach der besten Möglichkeit des harmonischen Zusammenlebens in der Zukunft. Weil noch alle Suchende sind, können sie sich vorläufig wenig verstehen! Deshalb aber sollen

die Bilder der politischen Führer und Berater nicht ganz verblassen, damit unsere Generation einst nicht der schweren Undankbarkeit und Nachlässigkeit geziehen werde. Wer zu lange auf ein biographisches Monument warten muß, der wird kaum lebenswahr und mit allen Feinheiten der Züge dargestellt werden können. Auch in diesem Zusammenhange hat Joseph Ungers Wort, daß Zeit gewinnen Zeit verlieren heiße, seine volle Berechtigung.

Unter den verschiedenen Persönlichkeiten, die seit dem schicksalsvollen Jahre 1848 im öffentlichen Leben Österreichs gestanden sind und die den Beobachter der geschichtlichen Entwicklung zu nachbildender Gestaltung verlocken, fesselt wohl kein Mann so sehr den Blick, wie Adolf Fischhof, der zwar viel genannt, doch wenig verstanden wird. Er hat in Österreich, wo sich alles ins Einzelne verliert, unverwandt das Ganze verteidigt. Er war ein guter Deutscher, aber auch ein ebenso treuer Bürger des Staates, und darum lenkte er die Aufmerksamkeit immer wieder auf das Einigende, weil die anderen fast nur auf das Trennende hinwiesen. Während man ringsum ungestüm die Notwendigkeit des Kampfes verkündete, betonte er stets zweckbewußt die Unerläßlichkeit einer Verständigung über die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens der Völker. Fischhof erstrebte niemals einen persönlichen Vorteil; immer diente er selbstlos der Öffentlichkeit, ohne sich durch harte Enttäuschungen beirren oder durch zeitweilige Erfolge blenden zu lassen. Keine Partei kann ihn bloß für sich in Anspruch nehmen; alle aber, die freudig für ihr Vaterland und für ihr Volk einstehen, alle modernen Menschen überhaupt, werden aus dem Wirken dieses Mannes in reichem Maße Anregung und Aneiferung schöpfen. Diese Tatsache allein rechtfertigt schon das Erscheinen der Biographie des „Weisen von Emmersdorf".

Schwierig genug war die Arbeit! Es mußten erst alle Einzel-

heiten zusammengetragen werden, ebenso wie es notwendig war, den Gang der österreichischen Geschichte seit dem Jahre 1848 aufmerksam zu verfolgen. Nur aus seiner Zeit heraus konnte Fischhof voll verstanden werden, nur im Rahmen der Zeitereignisse war sein Bild wirkungsvoll wiederzugeben. Oft schien es, als würde die Biographie nicht zu Ende geführt werden können, weil immer neue Schwierigkeiten auftauchten. Ohne die Aufmunterung, ohne den fürsorglichen Rat und die mannigfachen Unterstützungen des verehrten Meisters der österreichischen Geschichtschreibung, des Herrn Dr. Heinrich Friedjung, hätte ich die Hindernisse kaum zu besiegen vermocht. Eine bedeutsame Förderung hat meine Arbeit auch durch Frau Johanna Wengraf erfahren, die in liebenswürdiger Weise und mit feinem Verständnisse nicht nur unter den in ihrem Besitze befindlichen Briefen Fischhofs Musterung hielt, sondern die anschaulich über viele Charakterzüge, Erlebnisse und Erfahrungen des Politikers berichtete, dem sie eine pietätvolle Erinnerung bewahrt. Seine Exzellenz Herr Professor Dr. Albin Bráf hatte die große Freundlichkeit, den Nachlaß seines Schwiegervaters Dr. Franz Ladislaus Rieger unbeschränkt zur Verfügung zu stellen, soweit er sich auf den Verkehr mit Fischhof bezieht. Herr Professor Dr. J. Singer, dessen Vater einst Fischhofs Schüler war und der in enger geistiger Gemeinschaft mit dem „Weisen von Emmersdorf" heranwuchs, war so gütig, der biographischen Arbeit nicht nur freundliches und eingehendes Interesse zu widmen, sondern sie durch die Übermittlung vieler von Fischhof hinterlassenen Briefe und Aufzeichnungen wertvoll zu bereichern. Zum vollen Verständnisse des „Weisen von Emmersdorf" trug die Korrespondenz mit Alexander Scharf nicht unwesentlich bei, in die ich, dank der Freundlichkeit des Herrn Dozenten Dr. Wilhelm Latzko, Einblick nehmen durfte. Herr Dr. Bruno v. Frankl-Hoch-

wart hat die Mühe nicht gescheut, aus der Fülle von Briefen, die einst sein Vater Ludwig August Frankl erhalten hatte, all das herauszusuchen, was für den Biographen Fischhofs von Interesse sein konnte. Mit größter Bereitwilligkeit förderte die Familie Fischhofs die Vollendung der Biographie des „Weisen von Emmersdorf". An den Vorbereitungen für dieses Buch konnte noch Adolfs Bruder, Moritz Aloys Fischhof, Interesse nehmen; als der kranke alte Mann vom Tode heimgesucht wurde, setzten Frau Rosa Fischer und Herr Joseph Fischhof die Unterstützung meiner Bemühungen freundlich fort.

Groß ist die Zahl derer, die mir durch gelegentliche Mitteilungen, durch Rat oder durch gütige Interventionen die Arbeit erleichterten und das Bild Fischhofs und seiner Zeit ergänzen halfen. Ich nenne an dieser Stelle nur Herrn Direktor Professor Joseph Bartos in Budapest, Herrn Professor Dr. Moritz Benedikt, Frau Klothilde Benedikt, Frau Jenni Geiringer, Herrn Dr. Theodor Hertzka in Budapest, Herrn Dr. August Heymann, Herrn Dr. Wladimir Kuschnir, Herrn Reichsratsabgeordneten Professor Dr. Th. G. Masaryk, Herrn Dr. Heinrich Modern, Herrn Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Professor Dr. Joseph Redlich, den jüngst verstorbenen ehemaligen Abgeordneten Herrn Joseph Schöffel, Herrn Präsidenten Dr. Alfred Stern, den Präsidenten der Wiener Akademie der Wissenschaften Herrn Professor Dr. Eduard Sueß, Seine Exzellenz Herrn Präsidenten Dr. Joseph Unger und Herrn Professor Dr. Ottokar Zeithammer, Mitglied des österreichischen Herrenhauses.

Allen, die mir als ausdauernde oder vorübergehende Mitarbeiter und Mithelfer fördernd zur Seite standen, sage ich innigsten Dank!

Der Biograph Adolf Fischhofs mußte nicht fürchten, durch die Verehrung und Bewunderung für die dargestellte Persönlichkeit zu einer schmeichlerischen Verzeichnung verleitet zu werden, denn aus unzähligen Briefen und Äußerungen Fischhofs geht die Mahnung zur gerechten Einschätzung hervor. Wirklich bedeutende Männer brauchen auch nicht das Pathos der Lobredner, denn sie wirken am stärksten durch sich selbst. Mit dieser Empfindung habe ich den Lebensgang und die Wesensart des Mannes erzählt, der im denkwürdigsten Jahre der neueren Geschichte Österreichs rasch zu einer seltenen Berühmtheit emporstieg und der niemals von dem Wege abwich, den er in weihevoller Stunde einem nach Freiheit lechzenden Volke und einem nach Befreiung dürstenden Staate vorgezeichnet hat.

Wien, im Juli 1910.

Richard Charmatz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort V

1. **Im Vormärz** 1

Magyarische Renaissance S. 1; Adolf Fischhofs Familie S. 5; Adolfs Jugendzeit S. 7; als Universitätshörer in Wien S. 10; der Sekundararzt S. 14.

2. **Die Revolution** 17

A. Die Befreiung 17

Der 13. März 1848 in Wien S. 17; Fischhofs historische Rede S. 19; die Verhandlungen im Ständehause S. 21; die Bedeutung der Fischhofschen Rede S. 23; in der Hofburg S. 26; der 14. März S. 27; am 15. März S. 28; Fischhofs Bruder über die Märztage S. 30.

B. Die neue Ära 31

Der Kampf um die Demokratie 31

Österreich ein Verfassungsstaat S. 31; die treibenden Kräfte der Märzbewegung S. 32; Fischhof als Politiker der Mäßigung S. 36; Fischhofs Ehrungen S. 37; der Kampf um die Preßfreiheit S. 38; nach Preßburg S. 40; die Charte Pillersdorfs S. 41; ein Zentralkomitee S. 42; der 15. Mai S. 44; die Abreise des Kaisers S. 46; Sorgen und Pessimismus S. 48; der Wiener Barrikadentag S. 50.

Im Zeichen des Sicherheitsausschusses . . . 51

Der Sicherheitsausschuß S. 51; Fischhof als Präsident S. 54; Fülle der Arbeit S. 55; für Kaiser und Vaterland S. 57; die nationalen Regungen S. 59; Sicherheitsausschuß und Proletariat S. 60; der Ausschuß und die Regierung S. 62; das Urteil der Zeit S. 62; Gehässigkeit der Radikalen gegen Fischhof S. 63.

Der Reichstag 65

In der Wiener Hofreitschule S. 65; Fischhof als Abgeordneter S. 66; die Bauernbefreiung S. 70; Fischhof als Ministerialrat S. 72; die galizische Reise S. 74.

Seite
C. Der Niedergang 75
Stimmungswechsel in Wien S. 75; Fischhof will nach Pest S. 76; der 6. Oktober S. 76; die Ermordung Latours, Fischhofs Bemühungen, sie zu verhindern S. 77; am 6. Oktober im Reichstage S. 80; Doblhoffs Rettung durch Fischhof S. 80; Flucht des Kaisers S. 81; Anarchie in Wien S. 82; die Permanenzkommission des Reichstages und ihr Präsident Fischhof S. 82; die Haltung der Kommission S. 83; Fischhof fährt mit einer Deputation nach Olmütz zum Kaiser S. 89; die Einnahme Wiens S. 90.

3. **Vom Reichstage in die Untersuchungshaft** 93
A. Der Reichstag in Kremsier 93
In Kremsier S. 93; die Arbeiten des Verfassungsausschusses S. 94; die Organisation des Staates S. 96; Nationalkurien S. 97; allgemeines, gleiches Wahlrecht S. 98; im Plenum des Reichstages S. 100; das Walten der Reaktion S. 101; Fischhofs Rede gegen den Grafen Stadion S. 103; Fischhof für die Abschaffung der Todesstrafe S. 106; die Sprengung des Reichstages S. 109.

B. Die Untersuchungshaft 110
Fischhof weigert sich, zu fliehen S. 110; die Verhaftung S. 112; seine Überführung nach Wien, die Stimmung in Wien S. 113; die Auffassung der Militärgewaltigen S. 115; als Hochverräter in Untersuchungshaft S. 118; der Freispruch ab instantia S. 119; das Echo in der Presse S. 121.

4. **Die Zeit der Reaktion und der Erneuerung Österreichs** 123
A. Fischhofs persönliche Schicksale 123
Politische Empfindungen in der Reaktionsperiode S. 123; die Verhältnisse in Wien S. 126; Fischhof etabliert sich als Arzt in Wien S. 127; die ersten Zeichen körperlicher Leiden S. 128; Österreich wendet sich vom Absolutismus ab S. 129; die Spezialamnestie für Fischhof S. 130; Fischhof soll in die Regierung Potocki als Ausgleichsminister eintreten S. 131; die Wirksamkeit als Publizist S. 132; Fischhof als Junggeselle und im Verkehre S. 134; ein neuerlicher unglücklicher Umschwung in seinem Leben S. 136; der Tod der Mutter S. 136; die wirtschaftliche Katastrophe des Jahres 1873 S. 137; der kranke Fischhof steht vor dem Ruine S. 138.

B. Fischhofs politische Tätigkeit 139
I. Bis zur Begründung der dualistischen Staatsverfassung . . 139
Der alte Kaiserstaat Österreich S. 139; das Oktoberdiplom vom Jahre 1860 S. 142; das Februarpatent S. 145; wie soll das Verhältnis zwischen Cis- und Transleithanien geordnet werden? S. 146; die Fischhof-Ungersche Broschüre „Zur Lösung

Seite

der ungarischen Frage" S. 148; der Bruch mit Ungarn S. 152; im österreichischen Reichsrate S. 152; Deaks Versöhnlichkeit S. 154; Schmerlings Sturz S. 156; das Ministerium Belcredi S. 157; die Versöhnung mit Ungarn S. 158; der Siebenundsechzigerausschuß und das Elaborat des Fünfzehnerkomitees S. 160; Fischhofs „Kritische Bemerkungen über ungarische Angelegenheiten" S. 161; sein Verkehr mit dem Chefredakteur des „Pester Lloyd" S. 166; nach Königgrätz S. 168; Fischhofs offenes „Sendschreiben" S. 170; die Aufnahme des „Blicks auf Österreichs Lage" S. 173; Fischhofs Eindrücke und Stimmungen in dieser Zeit S. 175; die Herbeiführung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches S. 176; Fischhofs Denkschrift über die Militärfrage S. 178; der „außerordentliche" Reichsrat in Österreich und Fischhofs Vorschläge S. 180; der ordentliche Reichsrat und die Forderung einer parlamentarischen Regierung für Cisleithanien S. 182; Fischhofs „Votum zur Ministerfrage" S. 183; „ein Votum über die Delegation" S. 185; Fischhofs Artikel über die „Verfassungslücke" S. 186; die finanziellen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn S. 187; der Sieg des Dualismus S. 188.

II. Der Kampf um Österreich 189

Bis zur Dezemberverfassung 189

Das nationale Erwachen S. 189; das Jahr 1848 und die Völker S. 191; die absolutistische Periode S. 192; Schmerlings Regime S. 194; der Aufstieg der Slawen S. 195; die Deutschen S. 197; Fischhof und die Völker S. 198; die Reform der österreichischen Verfassung S. 198; Fischhofs national-politische Gesetzentwürfe aus dem Jahre 1867 S. 199; seine Korrespondenz hierüber S. 204; die Arbeiten des parlamentarischen Verfassungsausschusses und Fischhofs Urteil über sie S. 208; die österreichische Dezemberverfassung und die Nationen S. 211.

Die Kreisorganisation 213

Die Organisation der Verwaltung in Österreich S. 213; Fischhofs Broschüre: „Zur Erweiterung der Munizipalautonomie" S. 213; Munizipium und Adel S. 216.

„Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" 217

Der Streit der Völker nach der Begründung der Dezemberverfassung S. 217; die Meinungsdifferenzen im Bürgerministerium S. 218; deutsche Mittelsmänner S. 220; Fischhofs Hauptwerk: „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" S. 222; der Inhalt des Buches S. 223; zeitgenössische Urteile über das Buch S. 239.

Die föderalistische Ära 249

Das Ende des Bürgerministeriums S. 249; das Ministerium Potocki S. 250; das Scheitern der Verständigungsversuche S. 251;

Seite

die Weltereignisse des Sommers 1870 S. 252; Fischhof und die Siege der Deutschen S. 253; die Tschechen erobern den Prager Landtag S. 255; das Ministerium Hohenwart S. 257; föderalistische Gesetzentwürfe S. 258; Schäffles Prager Reise S. 259; Dr. Rieger S 259; das Nationalitätengesetz für Böhmen S. 261; die Fundamentalartikel S. 263; Fischhofs und Riegers Korrespondenz aus dem Jahre 1871 S. 265; Fischhofs Ansichten über die Experimente Hohenwarts S. 273; der Sturz des Ministeriums Hohenwart S. 276.

III. Ein Kolonisationsprojekt für Galizien 277

Fischhof und die Judenfrage im Jahre 1848 S. 277; ein Aufruf an die Juden S. 278; Fischhofs Musterstatut für einen „Israelitischen Ackerbauverein in Galizien" S. 279.

5. **Der Weise von Emmersdorf** 283

A. Die Prüfungen des Lebens 283

Der „Koglhof" in Emmersdorf S. 283; Fischhofs Leben in Emmersdorf, sein Aussehen, sein Wesen S. 285; Simon Fischhof S. 287; der geistig rege Einsiedler S. 288; die materiellen Sorgen im „Koglhofe" S. 290; Baron Haber S. 292; der Kontakt mit dem öffentlichen Leben S. 293; zwei Geburtsfeste: 1876 und 1886 S. 295; die Demokraten, Lueger und Fischhof S. 296.

B. Die politische Wirksamkeit 298

I. Das Ringen der österreichischen Nationen 298

Die liberale Ära 298

Graf Julius Andrassy und Fürst Adolf Auersperg S. 298; die Emanzipation des Reichsrates von den Landtagen S. 299; ein neuer wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn S. 300.

Der Hader der Nationen S. 302; Fischhof dringt immer tiefer in das nationale Problem ein S. 304; „Die österreichischen Alpenländer und ihre Populationsbewegung" S. 306.

Der russisch-türkische Krieg und Fischhofs Ansichten über slawische Politik S. 309.

Die Emmersdorfer Konferenz 313

Hangen und Bangen S. 313; die Entfremdung zwischen dem Monarchen und den Deutschliberalen S. 314; die Voraussetzungen und die Bedeutung eines deutsch-tschechischen Ausgleichs S. 316; ein Briefwechsel zwischen Rieger und Fischhof S. 319; die Emmersdorfer Konferenz S. 324; das Emmersdorfer Memorandum S. 326; Schritte zur Ermöglichung einer Konferenz der deutsch-tschechischen Parteiführer S. 328; Riegers Nachgiebigkeit S. 329; Michael Etiennes Bemühungen um die Gewinnung Dr. Eduard Herbsts S. 333; Herbsts Schwanken und Absage S. 333; neue Bemühungen, Etiennes Weihnachtsartikel

Seite

S. 334; Etiennes Tod S. 335; das Ministerium Stremayr S. 336; neuerliche Enttäuschungen S. 336; ein Nachspiel der Emmersdorfer Konferenzen S. 337.

Fischhof und die Wahlbewegung im Jahre 1879 S. 339.

Die Zeit des Ministeriums Taaffe 340

Der Rücktritt des Grafen Andrassy S. 340; das Kräfteverhältnis im österreichischen Parlamente S. 341; das Ministerium Taaffe S. 341; die österreichischen Völker S. 342; die Stremayrschen Sprachenverordnungen S. 345; die Sprachenanträge der Deutschen im Parlamente und Fischhofs Ansicht hierüber S. 346; der Umschwung in Böhmen S. 347; die Verständigungsbemühungen der neuen tschechischen Landtagsmehrheit S. 348; parlamentarische Debatten über die Sprachenfrage S. 349; Fischhof über die „Sprachenrechte in den Staaten gemischter Nationalität" S. 351; Fischhof an Rieger bei der Übersendung dieser Broschüre S. 355; Scharschmids Gesetzentwurf S. 357; wachsende Gegensätze S. 358; Fürst Georg Lobkowitz bemüht sich um den nationalen Frieden in Böhmen S. 359; Fischhofs Hoffnungen S. 360; seine Vorschläge zur Überwindung des „österreichischen Sprachenzwists" S. 361; Verstärkung der nationalen Zwietracht S. 367; plötzlicher Umschwung S. 368; die deutsch-tschechische Verständigungskonferenz vom Januar 1890 S. 368; „Einige Worte über die Ausgleichskonferenz" S. 370; ein Wort des Dankes an Fischhof S. 371; das Vetorecht der Großgrundbesitzer S. 373; die Jungtschechen im Kampfe gegen die Ausgleichsabmachungen S. 374; „Armes Österreich" S. 376.

II. Die Gründung der „deutschen Volkspartei" 377

Kritik der deutschliberalen Verfassungspartei S. 377; das Parteiwesen überhaupt S. 378; die deutschen Demokraten, ihre Absicht, eine neue Partei zu gründen S. 380; Fischhof über die neue Partei S. 381; Hetzereien gegen die werdende „deutsche Volkspartei" S. 384; Vorbereitungen für die Gründungsversammlung im Wiener Musikvereinssaale S. 386; der 16. Juli 1882 S. 387; Fischhofs Rede S. 389; das Debaele der „deutschen Volkspartei" S. 397.

III. Die Reduktion der kontinentalen Heere 399

Die Friedensbewegung S. 399; „Zur Reduktion der kontinentalen Heere" S. 401; das Echo der Fischhofschen Artikel S. 405; „Ein neues Defizit" S. 406; weitere Aufsätze Fischhofs S. 409; Anerkennungen: Kürnberger, Garibaldi S. 411; „Petition an den Reichsrat" S. 412; Fischhof über seinen persönlichen Zustand S. 414; die Bemühungen für den „allgemeinen Abgeordnetentag" S. 415; ein Antrag im österreichischen Abgeordnetenhause S 416; Marcoartus Agitation in Wien S. 417; Vorbereitungen für den Pariser Friedenskongreß S. 418;

Seite

Fischhofs weitere Aneiferungen und Bestrebungen S. 419; die interparlamentarische Union S. 420.

6. **Fischhofs Tod** 422

Fischhof über die Entartung des öffentlichen Lebens S. 422; „Abgeordnetenimmunität und Bürgerehre" S. 424; Todesahnungen S. 425; Fischhofs Tod in Emmersdorf S. 425; die Beerdigung in Wien S. 426; zwei Beweise der Verehrung S. 427.

7. **Rückblicke** 429

8. **Anhang** 444

I. Protokolle des Sicherheitsausschusses 444

II. Fischhofs Sprachengesetzentwurf 447

III. Ein Brief Fischhofs vom Dezember 1886 454

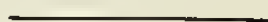
IV. Bibliographische Notizen 455

Personenregister 457

Bilder

1. Fischhof in der Emmersdorfer Zeit (Titelbild)

2. Der „Koglhof" in Emmersdorf 288



1. Im Vormärz

Deutsche Innigkeit und schwärmerische Träumerei hat die Sage vom schlafenden Kaiser Rotbart ersonnen. In den vielen bitteren Tagen des politischen Mißvergnügens flüchtete ein ganzes Volk gerne geistig zum Kyffhäuser, aus dessen dunklem Schoße einst der große Friedrich hervorgehen sollte, um die begrabene Hohenstaufenherrlichkeit glanzvoll zu erneuern. Es liegt etwas wunderbar Rührendes in all der Hoffnungsseligkeit, die sich aus trüber Gegenwart in eine frohe Zukunft hineinwob. Aber noch viel gewaltiger ist das seltene Schauspiel, daß aus Träumen stolze Wirklichkeit erwächst. Nichts ist erhebender als die Krönung der unsäglichen Mühe, Arbeit und Rührigkeit, die das Wiedererwecken eines Volkes voraussetzt, durch das glückliche Gelingen des Werkes. Diesen Zauber des heißersehnten Erfolges durften die Vorkämpfer der Magyaren empfinden, die im zweiten Viertel des vorigen Jahrhunderts ihre Nation aus starrer Versunkenheit herausrissen. Das magyarische Volkstum ruhte bloß auf den Schultern des niederen Adels und der Bauern. Die wenigen Städte Ungarns waren von deutschem Geiste erfüllt, die Intelligenz des Landes hatte den festen Zusammenhang mit dem heimatlichen Boden und seiner eigenen Art verloren. Der nationalen Sache vollends abgewandt war die mittlere und hohe Aristokratie, in deren Adern das Blut der Magyaren rollte und die im Zeitalter der Adelsherrschaft viel zu sagen hatte. Noch in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden die Werke des unermüdlichen Grafen Szechenyi in vielen ungarischen Schlössern in der deutschen Ausgabe gelesen. Es bedurfte unerschöpflicher und zielsicherer Energie, um die stärkste Nation Ungarns vor ihrem Untergange

zu retten, und begeisterungsvolle Liebe hat diese schwierige Aufgabe vollbracht.

Zuerst war die magyarische Literatur zu neuem Leben erwacht. Schon in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts legte Graf Franz Szechenyi mit scharfem Vorausblicke den Grund zu einer Nationalbibliothek, aus der sich das Nationalmuseum entwickelte. Sein edler Sohn, Graf Stephan Szechenyi, folgte dem schönen Beispiele, indem er durch eine ansehnliche Geldspende die Errichtung der ungarischen Akademie ermöglichte. Dem geistigen Leben wurde ein lockender Mittelpunkt geschaffen. Das kleine Pest, das nach der Vertreibung der Türken fast ganz entvölkert war, stieg zur Metropole des Landes empor. Im Jahre 1810 beherbergte die Stadt zwar erst 35 000 Einwohner, aber zwei Dezennien später wurden schon 62 000 Seelen gezählt. Angesehene Schriftsteller siedelten sich in dem rasch aufblühenden Pest an. Der vielgewanderte Karl von Kisfaludy sammelte einen Kreis von Jüngern um sich; Michael Vörösmarty schlug gleichfalls in Pest sein Zelt auf. Im Jahre 1837 wurde das magyarische Nationaltheater errichtet, dessen kulturhistorische Bedeutung der jüngere Szechenyi in einer Broschüre schöpfungsfroh dargelegt hatte. Am stärksten wirkten die mannigfaltigen politischen Anregungen, die von der alten Krönungsstadt Preßburg, wo der Reichstag seine Beratungen abhielt, ihren Ausgang nahmen. Im Jahre 1825 hörte die kurze schmerzlich empfundene Periode des absolutistischen Regimes in Ungarn auf; Kaiser Franz gab das bündige Versprechen, das Land in Zukunft ganz im Geiste und nach den Grundsätzen der Verfassung verwalten zu lassen. Die nationale Regeneration des magyarischen Volkes fand im ständischen Unterhause begeisterte Förderer, während die Magnatentafel ihrem Berufe getreu etwas zurückhaltender blieb. Graf Stephan Szechenyi, der in seinem vielseitigen Eifer an den Grafen Camillo Cavour, den unerschütterlichen Wegbahner für Italiens Einigung, heranreicht, war der erste, der im Kreise der Magnaten der magyarischen Sprache zur parlamentarischen Geltung verhalf, wobei ihn der Palatin freilich daran erinnerte, daß die Verhandlungen dem steifen Herkommen zufolge in lateinischer Sprache geführt

würden. Doch das Neue brach sich Bahn: im Ober- und Unterhause wurde die lebendige magyarische Sprache der toten Redeweise der Römer vorgezogen. Von allem Anbeginne richtete der Reichstag sein Augenmerk darauf, die magyarische Sprache im Amtsverkehre einzubürgern, und Schritt für Schritt wurde auch das lateinische Idiom in der Aktenwelt zurückgedrängt. Bewundernswert ist die geistige Regsamkeit, die damals ein einzelner entfaltete, um überall neue Keime hervorzuzaubern. Im Jahre 1830 erschien des Grafen Stephan Szechenyi erstes politisches Werk mit dem Titel „Der Kredit", das mit prophetischem Sinne verkündete, Ungarn sei nicht gewesen, sondern werde erst sein. Mochte auch der altkonservative Graf Joseph Dessewffy sorgenvoll über den „unbesonnenen Bilderstürmer" grollen, bald nachher antwortete der kühne Neuerer mit einem dicken Buche, das „Die Welt" benannt war. Bereits im Jahre 1833 verließ die dritte politische Arbeit die Druckerpresse; sie erschien in Bukarest, weil die im Jahre 1820 in Ungarn verschärfte Zensur sie daheim nicht aufkommen ließ. Welche Summe zündender Einfälle, belebender Aufmunterungen und schöpferischer Ideen hat der schriftstellernde Graf in seinen Werken ausgestreut, welch befreienden Zauber strahlten diese Glaubensbekenntnisse eines Mannes aus, der als reformlustiger Konservativer nach vorwärts drängte! Gewiß, die Wiedergeburt des magyarischen Volkes war das tüchtige Werk einer dünnen Bevölkerungsschichte, und dem kalten staatsmännischen Verstande eines Metternich konnte das nicht entgehen. Aus seinen nachgelassenen Schriften entnimmt man, daß der Staatskanzler später, als Ludwig Kossuths Feuergeist bereits antrieb, daran gedacht hatte, die vielen dumpfhinlebenden Untertanen gegen die wenigen aufwühlenden und säenden Erwecker auszuspielen. Doch ganz anders als der müde Diplomat empfand die von dem Geiste der neuen Zeit mächtig erfaßte Jugend, die auf den Bänken der Gymnasien oder in den akademischen Hörsälen saß. Ihre Wangen glühten, ihre Augen leuchteten, und das Selbstbewußtsein wuchs in Tagen, in denen es auf jede Einzelkraft ankam, weil jeder ein Apostel zu sein vermochte.

Gerne ist der Deutsche dabei, wenn es gilt Großes zu schaffen. Sein Idealismus erschöpft sich nicht im rührseligen Beklagen versunkener Macht, sondern er arbeitet auch freudig für künftige Größe vor. Seine Opferwilligkeit schwillt bis zur Selbstverleugnung an. In Böhmen haben Deutsche und Tschechen lange Zeit gemeinsam den Boden für die Kultur beackert, bis dann die Revolution mit der Befreiung gleich die Entzweiung brachte. Auch in Ungarn dürften deutsche Jünglinge frohen Mutes eine Bewegung gefördert haben, die in ihrem Anfange schön war und von der man nicht wußte, daß sie später entarten werde. Die ersten hastigen Magyarisierungsbestrebungen zielten nicht gegen deutschen Besitz. Wie milde Graf Stephan Szechenyi dachte, offenbart die Rede, die er im Jahre 1842 als Präsident der Pester Akademie hielt, also zu einer Zeit, wo der magyarische Nationalismus schon zum magyarischen Chauvinismus gesteigert war. Von schonungsloser Entnationalisierung wollte der einsichtige Staatsmann nichts wissen; nicht der Zwang des Gebietenden, sondern die Leistungen des Gewährenden sollten neue Anhänger werben. Durch persönliche Tugenden und moralisches Übergewicht hätte das magyarische Volk jene Kraft der Anziehung zu gewinnen, die Szechenyi „Einschmelzungsfähigkeit" nannte. Bitter beklagte er, daß die Sprache seiner Nation durch gewaltsame Mittel in die stille Heiligkeit der Kirche und in den ruhigen Frieden des Hauses eingedrängt werde; mit richtigem Ermessen führte er die zunehmende südslawische Bewegung auf die Härte und Hast der Magyarisierung zurück. Diese Auffassung voll Weitblick und Nächstenachtung wurde damals freilich von vielen nicht mehr verstanden, aber manches Jahr hindurch war in diesem Geiste gearbeitet worden, denn noch klangen die schönen Worte Franz v. Kazinczys nach: „Mein Patriotismus ist in keiner Opposition mit dem Kosmopolitismus, und während ich das Aufblühen der magyarischen Sprache wünsche und so viel ich kann zu fördern trachte, flehe ich nicht zum Himmel, daß meine Sprache zum Schaden anderer Sprachen blühe."

Wer in dieser milden Atmosphäre aufgewachsen ist, wer das Feuer und die reizvolle Lebendigkeit gefühlt hat, mit der die

Begeisterung ein verdorrtes Volkstum zu beleben suchte, und wer dann schließlich aus der Ferne sehen durfte, wie der Arbeit reicher Lohn ward, der hatte sicher eine gerechte Vorstellung von der Lebensenergie und Unternehmungsfähigkeit kleiner Völker erhalten. Die Sitzordnung an der großen Tafel der Geschichte mußte sich ihm als vorübergehende Einrichtung offenbaren; Nationen, die gestern in der Kinderstube ihren Platz fanden, konnten morgen schon mit hoch erhobenem Kopfe ihr Mahl am Tische der Großen verzehren.

Adolf Fischhof gehörte zu diesen Zeitgenossen der magyarischen Renaissance. Er wurde am 8. Dezember des Jahres 1816 im Totisschen Hause in Alt-Ofen geboren, also in dem deutschen Siedlungsgebiete, das sich an den Hügelabhängen hinzieht, die für Pest eine malerische Hintergrundskulisse abgeben. Die Familie stammte allerdings aus der mährischen Judengemeinde in Eibenschitz. Vornehme oder reiche Männer scheinen die Vorfahren Fischhofs nicht gewesen zu sein, die Tradition hat wenigstens von ihnen keine Kunde erhalten. Aus den Eibenschitzer Matrikeln, die bis zum Jahre 1784 zurückreichen, kann man weder über Adolfs kinderreichen Großvater Lazar Fischhof noch über den Vater Joseph Fischhof näheren Aufschluß erhalten. In der jüdischen Gemeinde lebt heute nur die Erinnerung an einen sehr kleinen Geschäftsmann Abraham Wolf Fischhof, der offenbar ein Onkel Adolfs gewesen ist. Von seinem Sohne Joseph Beer erzählt man, daß er als gewiegter Talmudkenner geschätzt wurde[1]). Man kann annehmen, daß die strenge Judenordnung, die in Böhmen und Mähren viele entsagungsreiche Jahre in Kraft war, den jungen Joseph Fischhof frühzeitig gezwungen hat zum Wanderstabe zu greifen. Nur eine engbegrenzte Zahl jüdischer Familien durfte im Lande ansässig sein. Es war bloß einem Sohne gestattet zu heiraten, damit die Vermehrung der bedrückten Ghettobewohner hintangehalten bleibe. Ein zweiter Sohn oder Enkel konnte sich erst verehelichen,

[1]) Nach liebenswürdigen Mitteilungen des Herrn Gustav Neubauer-Samek in Eibenschitz.

wenn er von der Regierung die Erlaubnis erhielt, in eine Lücke einzutreten, die durch das Aussterben einer Judenfamilie entstanden war. Mit furchtbarer Schwere lasteten diese Bestimmungen auf den Parias der Gesellschaft. Die Freudlosigkeit einer Welt, die in den winkeligen Judengassen anders aussah, als draußen auf dem offenen Marktplatze, zwang die Armen, sich in ihr eigenes Heim zurückzuziehen und im Schoße der Familie tröstenden Ersatz zu suchen. Aber die Kinder, die groß wurden, mußten aus der Schutz gewährenden Enge des elterlichen Hauses hinaus in eine fremde, kalte Ferne. Manchmal mag trotz des biblischen Vermehrungsgebotes der quälende Gedanke an die Schwelle des Bewußtseins getreten sein, den Italiens sinnender Dichter Graf Alfieri in die Frage legte, ob es eines Mannes mit Bürgersinn würdig sei, im Joche der Gewaltherrschaft die Fortpflanzung zu fördern. Doch philosophisches Grübeln hilft nur selten über jahrhundertalte Gewohnheiten hinweg. So fehlte es in den Judengassen Mährens und Böhmens nicht an Nachwuchs und nicht an den Schmerzen, die Menschen voll Familienliebe durch die gewaltsame Zerreißung der Familienbande empfinden müssen.

Joseph Fischhof war also frühzeitig nach Ungarn gezogen; als regsamer Kaufmann konnte er sich anfänglich zur Wohlhabenheit emporschwingen. Er war ein strenger, ernster Mensch, der das Leben nicht spielend bezwang und der sich nicht zu lange der mühsam errungenen materiellen Wohlfahrt erfreuen sollte. Er starb als einundsiebzigjähriger vielgeprüfter Mann im Juli 1849, mithin zu einer Zeit, in der sein berühmt gewordener Sohn unter einer ebenso ungerechtfertigten als schweren Anklage im Gefängnis saß. Aber mehr als der Vater wirkt die Mutter in der Regel auf die Erziehung der Kinder ein. Joseph Fischhofs Frau, die mit dem Mädchennamen Rosalie Löwy hieß, entstammte einer begüterten Pester Familie. Sie dürfte in ihrer Jugend eine Schönheit gewesen sein, denn noch in den Jahren des Alters war ihr ein stattliches Äußeres eigen. Kluger Verstand und vornehme Lebensart zeichneten sie aus und halfen ihr manch herben Schicksalsschlag mutig zu verwinden. Sie gehörte zu jenen Müttern, die keine höhere Lebenssehnsucht

kennen, als das stille Fortwirken in glücklichen Sprößlingen. Von dreizehn zur Welt gebrachten und zum Teile früh verstorbenen Kindern wuchsen im Hause Joseph Fischhofs fünf Söhne heran: Wilhelm, Adolf, David, Moritz und Simon, und eine Tochter Franziska. Adolf hat den Namen der Familie in die Geschichte Österreichs eingezeichnet.

Den Volksschulunterricht genoß Adolf unter elterlicher Obhut. Die Elementarschule dürfte in Alt-Ofen auf nicht allzu hohem Niveau gestanden haben, und darum schien es den Eltern wohl angezeigt, bei ihren Kindern durch private Lehrkräfte gute Bildungsfundamente legen zu lassen. Auch die erste Gymnasialklasse wurde nicht an einer öffentlichen Anstalt absolviert. Doch von da ab trat in den wirtschaftlichen Verhältnissen Joseph Fischhofs ein verhängnisvoller Umschwung ein. Durch das Fehlschlagen der geschäftlichen Unternehmungen wurde die Armut zum ungebetenen Gaste bei Adolfs Eltern. Der Hauslehrer mußte entlassen werden, und an die älteren Kinder drängte sich bald die bittere Notwendigkeit heran, selbst Stunden zu geben, um einiges Geld ins Haus zu schaffen. Da die Eltern unterdessen nach Pest übergesiedelt waren und sich in der Königsgasse niedergelassen hatten, traten Wilhelm und Adolf in das Piaristengymnasium ein, damals die einzige derartige Lehranstalt in der Hauptstadt. Adolf hat diese Mittelschule vom Jahre 1829 bis zum Jahre 1834 besucht; das erste Semester des Schuljahres 1832/33 verbrachte er allerdings in Temesvar. Die Kataloge aus Fischhofs Schulzeit sind noch erhalten, denn das gut geordnete Archiv des Pester Piaristengymnasiums reicht bis zum Jahre 1717 zurück. Adolf gehörte zu den Vorzugsschülern, ebenso wie sein älterer Bruder, der jedoch etwas hinter ihm zurück blieb. Die Piaristen haben sich in Ungarn erhebliche Verdienste um die Erziehung der Jugend erworben. Nicht weniger groß ist der Anteil, den sie voll warmherziger Hingebung an der Aufrichtung des magyarischen Volkes nahmen. In der Zeit, in der Adolf Fischhof zu den Füßen der Piaristen saß, wirkten mehrere Professoren, die ganz im Banne der zeitgenössischen Erweckungsideen standen. Der nationale Aufschwung machte an der Schulpforte nicht halt, die 700 bis

800 Jünglinge, die im weitläufigen Schulgebäude zusammenströmten, hörten von ihren Lehrern das Hohelied von vergangenem Glanze und verflossener Macht. Was der Tag an frischen poetischen Blüten brachte, wurde gierig aufgegriffen; Schüler und Lehrer schrieben die Gedichte der anfeuernden literarischen Erwecker mit vielem Eifer ab, um sie rascher von Hand zu Hand gehen zu lassen; die alten Lehrenden und die jungen Lerneifrigen mischten ihre Stimmen, wenn patriotische Weisen gesungen wurden. Zur Zeit, da Fischhof das Piaristengymnasium besuchte, gab es vier grammatikalische und zwei humanistische Klassen. Gelehrt wurde außer der lateinischen, magyarischen und deutschen Sprache und Literatur noch Religion, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Mathematik und Physik. Vom Jahre 1825 ab wurde die lateinische Vortragssprache allgemach zurückgedrängt und der Unterricht immer mehr in der magyarischen Sprache erteilt[1]).

Von den äußeren und inneren Erlebnissen des Gymnasiasten Adolf Fischhof wissen wir nicht allzu viel. Armut macht ernst und läßt früh die harte Pflichtenschwere des Lebens erkennen. Die Freuden des Augenblicks lenken ab, zersplittern und sind für den Studenten eine gefährliche Verführerin. In der Kargheit bietet dagegen das Studium Trost; gerne versenkt man sich in die Lektüre der Bücher, noch lieber aber träumt man sich in rosige Verhältnisse hinein, die nur das geistige Auge zu erschauen vermag. Aus dem gedanklichen Fabulieren kristallisieren sich nicht selten Gedichte heraus, die der klarste Spiegel des Innenlebens versonnener Jünglinge sind. Adolf Fischhof war ein unermüdlicher Leser, der gerne sah, wie sich seine Wissensschätze vermehrten, und er hat auch — wie so viele junge Studenten — manches Gedicht in stiller Schöpferseligkeit zu Papier gebracht. In der fünften Gymnasialklasse besänftigte er den berechtigten Groll eines Professors, der in fortgesetzten Strafaufgaben für die Schüler fühlbar ward, durch eine lateinische Chrie, in der

---

[1]) Für viele interessante Mitteilungen über die Wirksamkeit des Pester Piaristengymnasiums im zweiten Viertel des vorigen Jahrhunderts bin ich dem jetzigen Direktor dieser Anstalt, Herrn Professor Joseph Bartos, zu Dank verpflichtet.

eine ergreifende Stelle in Ciceros Rede „Pro Marcello" nachgebildet war. Ein Jahr später wurde Fischhof zum ersten Male öffentlich ein bescheidener Dichterkranz gereicht. Er hatte eine lateinische Ode gedichtet, die seine Mitschüler drucken ließen und die bei dem Maifeste (Majalis) vorgetragen wurde. Aus dieser Zeit wird uns ferner berichtet, daß Adolf Fischhof die Dramatisierung des Staëlschen Romanes „Corinna oder Italien" mit leichtem Wagemute in Angriff nahm[1]). Interessant erscheint die Wahl des eigenartigen Stoffes, denn sie zeigt uns mit unwiderleglicher Deutlichkeit, welche Gedanken in dem Kopfe des Studiosus stürmten. Wie Lord Nelvil, Schottlands wankelmütiger Pair, schon durch den ersten Blick der gefeierten Corinna zu ihrem Freunde wurde, ehe noch ein lebhafterer Eindruck ihn überwältigt hatte, so dürfte auch Fischhof bereits nach der Durchsicht der ersten Seiten des breit dozierenden Staëlschen Romanes zum Freunde des Buches geworden sein. Der Gesang Corinnens auf dem Kapitol ist ein hochklingender Hymnus voll edler patriotischer Empfindung, und bei den langen Wanderungen des neuen Freundespaares durch Stätten mit ruhmreicher Vergangenheit oder voll blühender Gegenwart werden vielerlei Ansichten laut, die in der Erneuerungszeit des Magyarentumes doppelt angenehm ans Ohr dringen mochten. Aber stärker als die politische Saite erklingt der Ton verständnisvoller sozialer Teilnahme. Corinnas Schicksal ist die Tragödie eines hochbegabten Weibes, das sich über die Schranken des Vorurteils hinwegsetzt, das nach freier Entfaltung seiner Kräfte lechzt und zugrunde geht, weil es schwächer ist als das geistlose, starre Herkommen, das in Lady Edgermond eine harte Verfechterin findet. Die Staël trat in ihrem Romane als Anwalt gegen ererbte Vorstellungen der Engherzigkeit auf, und neben ihr wollte Adolf Fischhof gegen die Begriffe einer moderigen Moral ankämpfen.

Nach der Beendigung der Gymnasialstudien mußten noch zwei „philosophische Klassen" mit heißem Bemühen besucht werden, ehe das eigentliche Universitätsstudium beginnen konnte.

---

[1]) „Neue Illustrierte Zeitung", Bd. II, Nr. 49, Wien, 1875. Siehe den Artikel „Dr. Adolf Fischhof", der freilich in den Angaben der Zeit mehrmals fehlgeht.

Kaiser Joseph II. hatte die Hochschule von Ofen nach Pest versetzt, und seit dieser Zeit waren die philosophischen Jahrgänge vom Piaristengymnasium losgelöst und mit der ungarischen Universität vereint. Unter Sorgen und vieler Arbeit dürften die zwei Jahre für Adolf Fischhof verflossen sein. Nun galt es einen bestimmten Beruf ins Auge zu fassen, aber die Entscheidung konnte nicht schwer fallen, weil es für den Sohn jüdischer Eltern keine Wahl gab. Er mußte Arzt werden oder auf das akademische Studium verzichten.

Im Oktober 1836 trat Adolf seine Fahrt nach Wien an, wo schon zwei Brüder lebten, um sich für einen Beruf vorzubereiten. All die Bitternisse, die dem armen Studenten beschieden sind und die sich oft stärker erweisen, als die Tragfähigkeit der goldigen Jugendlust, standen dem unbemittelten Reisenden bevor, der voll Neugierde den Wundern der alten Kaiserstadt entgegengeblickt haben mochte. Nicht mehr als zehn Gulden konnte die opferbereite Vorsorglichkeit der Eltern zusammenscharren, und dieses Sümmchen, das des Jünglings ganzes Vermögen war, reichte kaum aus, um die ersten Auslagen zu decken. Aber nach wenigen Tagen des Aufenthalts in Wien hatte Adolf Fischhof bereits eine auskömmliche Hofmeisterstelle gefunden, die ihn während eines Jahres von wirtschaftlichen Bedrängnissen befreite. Sein wißbegieriger Schüler O. B. Friedmann genoß später als Journalist verdientes Ansehen. Er hing „mit Begeisterung und Liebe" an seinem anregenden Mentor und als er im Jahre 1879 eine Sammlung politischer Artikel herausgab, widmete er sie dem einstigen Hofmeister, der ihm stets ein wohlwollender Förderer geblieben war[1]). Allein die Erziehung des jungen Friedmann nahm Fischhofs Zeit so sehr in Anspruch, daß es ihm unmöglich wurde, seinen medizinischen Studien mit genügendem Fleiße obzuliegen. Deshalb verließ er den kleinen Posten, und damit begannen Monate der quälendsten Not. Während des ersten Semesters des zweiten Jahrganges war Schmalhans Küchenmeister. Wochenlang mußte Adolf Fischhof auf jede warme Nahrung verzichten; das harte Los

[1]) O. Bernhard Friedmann. Zehn Jahre österreichischer Politik. Wien 1879. (An Dr. Adolf Fischhof.)

des Hungernden wurde ihm zum ersten Male vertraut. Später gelang es ihm jedoch wieder durch die Erteilung von Stunden einiges Geld zu verdienen und sich, wenn auch kümmerlich, so doch ohne die empfindlichsten Entbehrungen fortzubringen. Die bittere Unbemitteltheit und die lästige Notwendigkeit, die Zeit außer dem Studium noch dem Erwerbe zu widmen, hatte es mit sich gebracht, daß sich die Erlangung des Doktorgrades sehr verzögerte. Bei den Prüfungen stellte Fischhof allerdings immer seinen Mann. Verschiedene Ausweise, die erhalten sind, berichten von der „ersten Klasse mit Vorzug". Dennoch erfolgte die Promotion erst am 27. Mai 1845; am 8. November 1846 wurde der Doktor auch Magister der Geburtshilfe.

In den zehn Jahren, die Fischhof bis dahin in Wien verlebte, war aus dem Jüngling ein Mann geworden. Dieses Dezennium des Reifens ist für die Entwicklung jedes Menschen von starkem Einflusse, und es drängt sich uns daher die Frage auf, welche Stimmungen den Studenten der Medizin heimgesucht haben mögen. Aus dem trotz des sprunghaften Aufstieges verhältnismäßig kleinen Pest war Fischhof in eine Stadt gekommen, die den Mittelpunkt der Vormacht Deutschlands bildete und die damals bereits weit über 8000 Häuser und ungefähr 400 000 Einwohner zählte. Indes, wie ganz anders ist der Geist gewesen, der um diese Zeit in Pest und in Wien herrschte. La Bruyère sagt sehr richtig, daß es unter dem Despotismus kein Vaterland gebe; andere Dinge müssen es ersetzen: Eigennutz, Ruhm, Fürstendienst. Unter dem Schutze einer jahrhundertalten Verfassung war in Ungarn aus Ruinen neues nationalpolitisches Leben erblüht, während der absolutistische Druck, der auf Österreich lastete, ein weites Ödland schuf. Es läßt sich zwar nicht leugnen: die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat auf allen Gebieten der Kunst große Talente wirken gesehen; in der Musik, in der Malerei, in der Literatur leuchteten die hellsten Sterne auf. Das haben die Lobpreiser der Reaktion nie vergessen; sie übersahen nur, welch grimmiger Unwille sich der Großen bemächtigte, die sich bücken mußten, um nicht anzustoßen, und die täglich beobachteten, wie ein Volk in gedankenloser Kleinheit frohen Sinnes, aber geistig kümmerlich

vegetierte. Grillparzer, der gewiß nicht zu den Stürmern und Drängern gehörte, warnte seine Zeitgenossen, es dem alternden mitunter kanzlerhaft sprechenden Goethe gleichzutun. „Doch ahmst du ihm nach, du junges Volk, so laß vor allem dir sagen: der Schlafrock steht nur denen wohl, die früher den Harnisch getragen." Für Österreich gab es keinen Preßburger Reichstag, Wien hatte kein Komitatshaus, wie Pest. In Ungarn war Adolf Fischhof bewußt geworden, was nationales Leben heißt. Als Deutscher, der sich in den Gymnasialklassen erst allmählich in den Geist der magyarischen Sprache und Literatur mühevoll hineinlebte, war er mit der hohen Woge der magyarischen Renaissance emporgekommen. Da erschien ihm der nationale Gleichmut in Wien um so befremdender; die nationale Ehrgeizlosigkeit wollte er nicht billigen. Wie eine Strafpredigt mutet der erste Artikel an, den wir von Adolf Fischhof kennen[1]). Im Jahre 1844 war in Konstantinopel der junge Österreicher Dr. Karl Ambros Bernard plötzlich gestorben, der als Direktor und Professor der dortigen medizinischen Schule „mit unsäglicher Mühe, mit glänzendem Talent und Feuereifer" gewirkt und zum Wohle der Osmanen durch die Heranbildung tüchtiger Ärzte Ersprießliches geleistet hatte. „Doch schneller als deutsche Anerkennung hatte ihn der Tod ereilt." Dieses traurige Vorkommnis regte Fischhof zu interessanten Betrachtungen an. „Nationalbescheidenheit" — schrieb er in seinem Nekrologe — „ist die Nationaltugend der Deutschen. Ängstlicher als andere Völker ihre Schwächen verheimlichen sie ihre Vorzüge. Sie loben sich nie, und das Lob Fremder empfangen sie nicht wie die Franzosen und Engländer als einen ihnen gebührenden Tribut mit vornehmer Herablassung, sondern als großmütiges Almosen mit tausend linkischen Bücklingen. Dafür sind wir Deutsche kosmopolitischen Herzens. Wie Kinder dem Trompetenschall wandernder Gaukler, so folgen wir jauchzend und inniglich vergnügt jedem Hallo und Siegesrufe fremder Völker. Mit seliger Miene, als wären es unsere eigenen Triumphe, empfangen wir diese Kunden, tischen sie in unseren Blättern auf,

---

[1]) Saphirs „Humorist". Wien, 25. November 1844. Siehe den Artikel: „Vivos voco ..."

heute, morgen, übermorgen, bis uns das Ausland gefälligst einen neuen Knochen zuwirft, an dem wir unseren weltbürgerlichen Hunger stillen können. Die Zinnenwächter Europas, schauen wir Deutsche stets in die Ferne; dabei sind wir so weitsichtig geworden, daß wir das, was in unserer Nähe geschieht, nicht mehr sehen können. Wenn andere Völker die Kultur gewaltsam nach Süd und Ost tragen, den Boden mit Schwertern pflügen, mit Blut düngen und der Tod reichere Ernte hält als die Zivilisation, da machen wir den Chorus und stimmen Loblieder an zu Ehren der siegenden Humanität. Wenn aber Deutsche zu den Urwäldern Amerikas ziehen, durch ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit der Zivilisation unblutige und nachhaltige Siege erringen, die Ehre des deutschen Namens und die Reinheit deutscher Sitte weithin tragen, da haben wir kein Wort des Trostes, keine freundliche Aufmunterung, keinen Brudergruß. Wenn einzelne deutsche Männer an den Gestaden des Bosporus inmitten einer fanatischen Bevölkerung das Panier der Wissenschaft, die heilige Fahne des Fortschritts mutig aufpflanzen, dann haben deutsche Blätter, die keuchend den Triumphwagen der Elßler ziehen helfen, kaum ein bescheidenes Plätzchen in irgend einem Notizenwinkel auch nur für die Namen dieser Männer." . . .

Wenig erquicklich waren gleichfalls die Zustände an der Wiener Universität. Die glanzvolle Zeit für die medizinische Wissenschaft, die in der mariatheresianischen und in der josephinischen Epoche begründet wurde, zog rasch dahin. Das geistige Absperrungssystem, das am Anfange des vorigen Jahrhunderts in Blüte kam, schlug der ersten Hochschule des Reiches begreiflicherweise nicht gut an. Allerdings sollten die Jahre des Verfalles nicht lange währen, denn aus dem heimatlichen Boden wuchsen Talente empor, die der Wiener medizinischen Fakultät einen wohlverdienten Weltruf erwarben. Doch Skoda, Rokitansky, Hebra und Hyrtl kamen erst in Flor, als Adolf Fischhof am Ende seiner Studien angelangt war. So führten die verschiedensten Umstände dazu, daß der junge Mann in der Kaiserstadt nicht recht Boden fassen konnte und ernstlich den Plan erwog, ob es nicht besser wäre, im Auslande das Glück zu ver-

suchen. Besonders lebhaft war der Wunsch, nach dem Orient zu gehen, wobei freilich ein wenig phantasievolle Träumerei mit im Spiele gewesen sein mag. Fast schien es, als würde sich die Absicht verwirklichen lassen. In den vierziger Jahren befand sich ein ägyptischer Prinz in Wien, der sich von einem Augenübel befreien wollte. Durch den Maler Robert Theer war Fischhof mit dem exotischen Gaste bekannt geworden, der nun von dem Wunsche erfuhr. Fischhof dachte daran, als Militärarzt nach Ägypten zu ziehen, und fühlte sich wohl seinem Ziele schon nahe, als der Fürst die ihm angebotene Widmung der Inauguraldissertation annahm. Leider war der hohe Gönner zwei Tage nachher schon von Wien verschwunden, und zwar gar nicht so, wie sonst ein Märchenprinz, denn er ließ ansehnliche Schulden zurück. Fischhof faßte jetzt einen anderen Entschluß. Er wollte nach Java fahren, da die holländische Regierung jungen Ärzten verlockende Anträge stellte. Doch zur rechten Zeit kehrte ein österreichischer Arzt von der fernen Insel zurück, wo er, statt eine glänzende Zukunft zu finden, einem argen Siechtum verfallen war. Dieser Mann warnte seinen reiselustigen Berufskollegen vor dem waghalsigen Experiment, so daß Fischhof auch sein zweites Wanderprojekt fallen ließ[1]).

Ein lächelnder Bezwinger des rauhen Lebens war Adolf Fischhof nicht. Das Rüstzeug kräftiger Ellenbogen stand ihm nicht dienstbereit zur Verfügung. Er hatte zu empfindliche Nerven, war zu fein besaitet, zu nachdenklich und zu sehr abgewandt der großen vielvermögenden Gesellschaft, um sich festen Schrittes durchzusetzen. Die Traumländer schienen ihm verschlossen, und in Österreich zeigte sich dem gänzlich mittellosen Manne kein leicht gangbarer Weg zur Begründung einer auskömmlichen Existenz. Da mußte es schon als dankbar begrüßtes Wohlmeinen des Schicksals empfunden werden, daß sich im Jahre 1846 die Stelle eines S e k u n d a r a r z t e s im k. k. allgemeinen Krankenhause in Wien bot. Kaiser Joseph II. hatte dieses große Institut zum Heile der leidenden Menschheit geschaffen und bei der ersten Besetzung des Direktorplatzes den

[1]) „Neue Illustrierte Zeitung", Bd. II, Heft 49. Wien 1875. Artikel: „Dr. Adolf Fischhof".

Mann erkoren, der sich als der Tüchtigste erwies. Dieser Geist aufgeklärter, vorurteilsfreier Menschlichkeit war zu schnell verflogen. Das Krankenhaus stand von 1838 ab unter der Leitung J. Ch. Schiffners, dessen Regime vieles zu wünschen übrig ließ und mehrmals Klagen auslöste. In den vierziger Jahren mußte sich die Regierung sogar zu einer Rüge aufraffen. Das Grab für die Amtstätigkeit dieses vielversäumenden Direktors wurde erst von der Revolution geschaufelt. Häfners radikale Tageszeitung „Die Konstitution" warf in ihren ersten Nummern immer die Frage auf, wie lange Schiffner denn noch Direktor sein werde, bis sie endlich nicht mehr fragen mußte, weil der Rücktritt des mißliebigen Mannes eine erschöpfende Antwort gab. Fischhof diente an der geburtshilflichen Abteilung, der Eduard Mitschik vorstand. Als dieser jedoch einen längeren Urlaub erhielt, ging das Amt eines Primararztes an Johann Chiari, den späteren Professor an der Prager Universität, über[1]). Besonders weich waren die medizinischen Hilfskräfte des allgemeinen Krankenhauses freilich nicht gebettet. Im Jahre 1847 gab es nur 12 Primarärzte, obgleich rund 3000 Kranke beaufsichtigt werden mußten. Jede Abteilung hatte zwei Sekundarärzte, von denen jeder als Honorar täglich ungefähr 40 Kreuzer, etwa um 4 Kreuzer mehr als ein Hausknecht bekam. Als trautes Heim mußte meist eine kleine, dürftig eingerichtete Kammer dienen. Kein Wunder, daß immer wieder heftige Beschwerden laut wurden. Nicht mit Unrecht sprach einer der Unzufriedenen von „merkwürdigen Proletariern der Wissenschaft"[2]). Das alles beweist nur, daß Adolf Fischhof in seiner neuen Stellung wenig beneidenswert war, zumal da der aufreibende Dienst und die daneben fortlaufende Tätigkeit als Hauslehrer das Aufgebot aller Kräfte erforderten. Tagsüber häuften sich die Erwerbsgeschäfte, aber des Nachts, wenn in der engen Zelle einmal die Lampe heller brannte, dann liebte er es, in seiner fast scheuen Zurückgezogenheit mit guten Büchern

---

[1]) Theodor Puschmann, „Die Medizin in Wien während der letzten hundert Jahre." Wien 1884.

[2]) „Die Grenzboten". Leipzig 1847. Siehe den Artikel: „Spital-Memoiren aus Wien".

freundlichen Umgang zu pflegen. Vielseitige Studien wurden in diesen Monaten der Anstrengung getrieben: Politik, Staatswissenschaften, Geschichte — lauter Wissensgebiete, die weit ab von des Mediziners Pfad lagen, fesselten den kleinen Sekundararzt, der niemals der bequemen Einseitigkeit verfiel. Die Unzufriedenheit, die unter den Ärzten des allgemeinen Krankenhauses herrschte, war ja gleichsam bloß ein schwacher Reflex der tiefen Mißstimmung, die jenseits der Basteien in allen geistig Regen bohrte und wühlte. Eine Ahnung von bevorstehenden großen Ereignissen lief durch die Welt; man hatte das Gefühl, daß etwas Neues, Fremdartiges kommen müsse. Fischhof war schon in seiner Jugend vom erfrischenden Hauche der Politik berührt worden; hatte damals das Herz gesprochen, so sollte nun der durch Erfahrung und Wissen geschärfte Verstand reden können. Nach Gründlichkeit drängte das ganze Wesen, dem die leicht beschwingte Oberflächlichkeit so Vieler glücklicherweise ferne blieb. Immerhin dürfte Fischhof gar manches Mal mit sich sorgenvolle Zwiesprache gehalten haben, denn ein Grübler ist er Zeit seines Lebens gewesen. Zweiunddreißig Jahre lagen nun schon auf seinen Schultern: Dezennien voll Mühsal. Wie sollte das enden? Was durfte bei diesem trägen Fortkommen im Wettkampf des Lebens erwartet werden? Trübe Aussichten! Aber das Menschenauge kann niemals alle Möglichkeiten erspähen, die das wandelbare Schicksal bereit hält. Dieweil es an den Mauern einer Sackgasse bange hängt und keinen Ausweg erschaut, hebt ein Sturm an, und das Steinwerk versinkt. Auch für Fischhof sollte ein Tag voll Schwung und erhebender Größe eine ungeahnte Bahn eröffnen, denn es nahte die Zeit, in der er, wie Lord Byron, sagen konnte, daß er eines Morgens aufstand und sich berühmt fand.

---

2. Die Revolution

A. Die Befreiung

Seit dem frischbewegten Getriebe, das dem Ruhmestage von Aspern erlösend vorausgegangen war, hatte man in Wien nicht wieder so zukunftsfrohe Regsamkeit erlebt, wie in der ersten Märzzeit des Jahres 1848. In den behaglichen Räumen der zwei hervorragendsten Vereine der Stadt, in den anheimelnd schmucken Salons vornehmer Familien, ebenso wie in den kahlen Quartieren der Vorstädte, wurden die Köpfe erregt zusammengesteckt. Ein Raunen und Flüstern ging durch die Bevölkerung, die bisher gewohnt war, die Sorge um die großen Probleme des Staates der weisen Einsicht der Regierenden zu überlassen, denn wer ein Amt hatte, mußte doch auch den notwendigen Verstand besitzen. Nun aber wurde gar von Petitionen gesprochen, ja der ungebärdig gewordene Untertanengeist vermaß sich selbst hochpolitische Denkschriften zu verfassen. Mit fieberhafter Erwartung harrte man der Dinge, die da kommen würden. Instinktiv wurde gefühlt, daß der Zusammentritt der niederösterreichischen Landstände, der ursprünglich für den 22. März angesetzt war, dann jedoch auf den 15. und zuletzt auf den 13. März verlegt ward, nicht ohne weitgehende Folgen bleiben könne. So gestaltete sich denn der 12. März zu einem Tag voll politischer Geschäftigkeit, und als der nächste Morgen anbrach, waren viele Leute früher auf den Beinen als sonst. Ein allzu freundliches Gesicht machte der Himmel zwar nicht, aber die warme Luft erleichterte das Verweilen auf der Straße. Im Medizinerviertel in der Alservorstadt entstand schon zeitlich früh eine mächtige Bewegung. Die Studenten eilten von Wohnung zu Wohnung, um die säumigen Kollegen aus den

Federn zu reißen. Im allgemeinen Krankenhause hatte man sich ein Stelldichein gegeben, und bald wurden die Debatten der jungen Leute so laut, daß der ungehaltene Direktor nur schwer Ruhe schaffen konnte. Ein anderer Sammelpunkt war die Universität, wo man gleichfalls keine Lust zeigte, die Vorlesungen zu besuchen. Alles Denken schien auf die bevorstehende Eröffnung der Ständeversammlung gerichtet, und schließlich formierte sich auch ein ansehnlicher Zug von Studenten, der sich, von der Bevölkerung begrüßt, unaufhaltsam in die enge Herrengasse wälzte.

Der besonnene, wohlmeinende Landmarschall Graf Montecuccoli hatte für den 13. März die Anordnung getroffen, daß die Eingänge des Landhauses bis auf ein schmales Seitentor zu schließen seien. Allein diese Verfügung wurde merkwürdigerweise nicht beachtet, und das große Tor war weit geöffnet, als sich die ersten Neugierigen vor dem Hause der niederösterreichischen Stände einfanden. Bald erfüllte den geräumigen Hof eine erwartungsvolle Menge, die immer neuen Zuzug erhielt. Alle Erschienenen, die zum guten Teile der oberen Bevölkerungsschichte angehörten, waren von der Bedeutung der nächsten Stunden überzeugt, aber niemand hatte eine Vorstellung, wie sich die Ereignisse abwickeln würden. Damit, daß man sich in imponierender Zahl zusammengefunden hatte, konnte die Mission, die der Bevölkerung an diesem Tage zugedacht war, nicht erschöpft sein. Ergab sich doch nicht einmal Gelegenheit, die reformfreundlichen Ständemitglieder demonstrativ zu begrüßen, weil sie in Zivilkleidern erschienen und unbemerkt ins Haus zu kommen wußten. In vielen Anwesenden mochte sich die Überzeugung durchringen, daß die Unentschlossenheit überwunden und die führerlose Menge kräftig nach einem bestimmten Ziele hingelenkt werden müßte. Indes, noch hatte man nicht gelernt, die Stimme des Volkes weithin ertönen zu lassen. Ein unsichtbares Schloß preßte die Lippen zusammen. Wer sollte den Mut haben, es mit einem starken Rucke zu sprengen? In der Menge befand sich auch ein von den meisten unbeachtet gebliebener Mann, der einsam vom allgemeinen Krankenhause hergekommen war und den lediglich das politische

Interesse in das Landhaus getrieben hatte. Die allgemeine Ratlosigkeit veranlaßte einige Umstehende, zur Selbstironie zu greifen und die langsam hinschleichende Zeit durch Späße zu verkürzen. Dieses Treiben versetzte den nachdenklichen Beobachter, der niemand anderer als Adolf Fischhof war, in lebhafte Bestürzung. „Ich dachte bei mir," erzählte er später, „daß ein Moment so günstig für das Volk, wie in Österreich kein zweiter noch erschienen war, nicht ungenützt verstreichen dürfe. Ich fand es erbärmlich, daß in dieser ganzen großen Masse nicht ein Mann den Mut und die Kraft hatte, ein zündendes Wort in dieselbe zu schleudern, der hohen geschichtlichen Bedeutung des Augenblicks enthusiastischen Ausdruck zu geben und diese neugierige Menge zu einer großen Kundgebung hinzureißen. Bist du nicht selbst ein solch Erbärmlicher? sagte ich zu mir. Tiefbeschämt faßte ich also gleich den Entschluß, zu reden. Um von diesem Entschlusse nicht wieder zurückweichen zu können, rief ich mit der ganzen Kraft meiner Stimme: ‚Meine Herren!'[1]) ‚Ein Redner, ein Redner!' So ging nun der Ruf durch die Versammelten. Im Augenblicke war Fischhof von vier kräftigen jungen Leuten gefaßt und in die Höhe gehoben. Jetzt gab es kein Zurück, er mußte sprechen.

„Es ist ein großer bedeutungsvoller Tag, an dem wir uns hier zusammenfinden," — begann Dr. Fischhof[2]) — „ein Tag, an dem sich nach langer, langer Zeit die Stände Österreichs da oben versammeln, um die Wünsche des Volkes auszusprechen und den Ideen der Zeit an den Stufen des Thrones Ausdruck zu geben. Damit dieser Tag erfülle, was er zu verheißen scheint, müssen wir auf der Höhe desselben stehen.

„So laßt uns denn die Männer, die da oben tagen, durch unseren Zuruf ermuntern, durch unsere Zustimmung kräftigen und durch unser Zutun zum erwünschten Ziele führen.

---

[1]) Heinrich Reschauer, „Das Jahr 1848". Geschichte der Wiener Revolution, Bd. I, S. 180 ff. Wien 1872.

[2]) J. A. Freiherr v. Helfert erzählt in seinem anonym erschienenen Buche: „Aus Böhmen nach Italien, März 1848" (Frankfurt a. M. 1862), auf Seite 34, daß Fischhof seine Rede mit der Aufforderung begann, „vor allem zum Beweise, daß man keine illoyalen Absichten hege, sondern nur die Erlangung des Rechtes wünsche, dem hohen Kaiserhause ein herzliches Lebehoch zu bringen." „Nicht Revolution zu predigen ist meine Absicht, nein, um das Beste der Nation zu befördern, erhebe ich das Wort . . .", so soll Fischhofs große Rede eingeleitet worden sein. Freilich, die Erregung und Verwirrung war an diesem Tage so stark, daß die Erinnerungen der einzelnen Zeugen weit auseinandergehen.

„Wir haben heute eine ernste Mission zu erfüllen. Es gilt ein Herz zu fassen, entschlossen zu sein und mutig auszuharren. Wer an diesem Tage keinen Mut hat, gehört in die Kinderstube!

„Die Zeit drängt, vielleicht nur der Moment gehört uns. So sagen wir denn rasch und kräftig, kurz und gerade, was uns nottut, was wir fordern und wofür wir einstehen. Ausführliche Darlegungen überlassen wir den Männern oben im Saale.

„Vor allem verlangen wir Preßfreiheit. Die Wünsche der Individuen, solange sie nur vereinzelt ausgesprochen werden, bleiben unbeachtet; sie sind wie Wassertropfen, die, wenn sie einzeln niederfallen, vom Boden getrunken werden, im Sande zerrinnen, in der Luft verdunsten. Wenn aber die Einzelwünsche in den tausend Rinnsalen, Bächlein und Bächen der Presse zusammenfließen, dann werden sie allgemach zum mächtigen unwiderstehlichen Strome der öffentlichen Meinung, und wehe dem Staatsmanne, der das Staatsschiff gegen den Strom zu lenken die Stirne hätte.

„Einer der berühmtesten englischen Parlamentsredner, Sheridan, sagte, von der Macht der Presse sprechend: ‚Gebt mir ein serviles Oberhaus, gebt mir ein feiles Unterhaus, aber lasset mir die freie Presse, und ich will sie herausfordern, auch nur eine der Freiheiten Alt-Englands anzutasten.' Betonen wir daher vor allem mit stärkstem Akzente die Freiheit der Presse!

„Aber diese Freiheit allein ist ungenügend. Nicht bloß durch den Mund der Presse seine Wünsche auszusprechen, ist des Volkes Recht, es soll auch durch den Mund der Geschworenen sein Rechtsbewußtsein zur Geltung bringen und durch den Mund seiner Vertreter seinem Willen Ausdruck geben, dort, wo über seine Geschicke, sein Wohl und Wehe entschieden wird. Ferner müssen die Gewissen entfesselt, muß die Lehre frei werden in Österreich. Eine übelberatene Staatskunst hat die Völker Österreichs auseinandergehalten; sie müssen sich jetzt brüderlich zusammenfinden und ihre Kräfte durch Vereinigung erhöhen.

„Die Schwächen der einen Nationalität werden dabei in den Tugenden der anderen ihren Ausgleich finden und die Vorzüge aller durch ihr Zusammenfassen eine Steigerung erfahren, welche, für den Zweck des Staates benutzt, Österreich auf eine ungeahnte Höhe von Wohlfahrt und Macht bringen müssen.

„Denken wir uns die hochstrebenden, dem Idealen zugewandten Deutschen, die zähen, fleißigen und ausdauernden Slawen, die ritterlichen und schwungvollen Magyaren, die gewandten und scharf blickenden Italiener an den gemeinsamen Aufgaben des Staates mit vereinter und dadurch potenzierter Kraft arbeitend, und es kann in uns kein Zweifel entstehen, daß die Stellung Österreichs inmitten der Staaten Europas eine imposante werden müsse.

„Damit diese schöne Aussicht in die Zukunft uns nicht getrübt werde, wollen wir in dieser feierlichen Stunde mit hochpochenden, von Mut und Hoffnung geschwellten Herzen auf das energischeste mitwirken.

„Österreich und seine glorreiche Zukunft hoch!
„Die verbündeten Völker Österreichs, sie leben hoch!
„Die Freiheit hoch!"

Nun endlich hatten die Gefühle der aufhorchenden Menge flammenden Ausdruck gefunden, und ein Jubel der Begeisterung brauste durch den Hof des Landhauses. Wer war der Mann, der den Mut gefunden, die Fesseln zu zertrümmern, die eine sonst stets wachsame und nur in den letzten Tagen etwas konfus gewordene Polizei um die Bevölkerung wand? Alle wollten wissen, wie der mutige Redner hieß, dessen sympathisches Gesicht deutlich die Spuren der Erregung verriet. Vielstimmig erscholl die Frage nach dem Namen, und der Redner zögerte nicht, die Wißbegierigen zu befriedigen, obwohl er sich der vielleicht schweren Folgen seiner Handlung bewußt sein mußte. „Das Damoklesschwert der Polizei schwebt über meinem Haupte," rief er aus; „aber ich sage mit Hutten: Ich hab's gewagt! Ich bin Dr. Fischhof!" Wie ein Lauffeuer eilte dieser Name von Mund zu Mund. Noch hatte die eben begonnene Bewegung keinen greifbaren Erfolg erzielt; doch die erste berühmte Persönlichkeit der Märztage war schon erstanden. Die anfeuernde Rede hatte Leben in die Masse gebracht, und bald nachher wurden im Hofe auch die flammenden Worte wiederholt, die der redegewandte Ludwig Kossuth am 3. März in der Preßburger Ständeversammlung wirkungsvoll erschallen ließ.

Das ungewohnte Schauspiel im Hofe des niederösterreichischen Landhauses hatte die sonst gemessenen Ständemitglieder außer Rand und Band gebracht. Die Fenster der Beratungsräumlichkeiten waren voll Neugieriger, die ahnungsvoll in den Hof hinab blickten. „Es bricht eine Revolution aus," sagte einer von den Ständemitgliedern. „Und wir werden von ihr ins Schlepptau genommen," fügte ein anderer hinzu. Unterdessen war ein Teil der Volksmenge in Bewegung geraten. Fischhof hatte ihn durch die Worte: „Wenn die Stände nicht zu uns kommen, gehen wir zu ihnen!" in Fluß gebracht. Man drängte zur breiten Doppelstiege, die zu den ständischen Verhandlungssälen führte. „Wo ist der Sitzungssaal?" wurde forschend gerufen. In diesem Augenblicke erschien der Landmarschall, dem heftiger

Lärm entgegenschlug. Mit weithin vernehmbarer Stimme forderte Graf Montecuccoli die Volksmasse auf, ihre Wünsche darzulegen. Da trat endlich Ruhe ein, und Fischhof konnte sich als Sprecher verständlich machen. „Herr Graf," sagte er, „wir sind hier im Namen des Volkes, das unten in dichten Massen versammelt steht, um den Ständen Sympathie zu beweisen und sie durch männliche und entschlossene Haltung in ihrem Kampfe zur Erlangung der so lange vorenthaltenen Rechte zu unterstützen. Die Wünsche des Volkes kennen Sie: sie sind in den Petitionen der Studenten und Bürger klar genug ausgesprochen." Der Landmarschall wollte versichern, daß des Volkes Sehnsucht mit den Wünschen der Stände übereinstimme; aber in der Menge war abermals eine Verwirrung entstanden, und viele Rufe schwirrten durcheinander. Fischhof hatte die Geistesgegenwart, die Ordnung herzustellen. Die Bevölkerung habe unten im Hofe gesprochen, meinte er, oben mögen die Stände reden. Man solle das Ergebnis unten abwarten. Allein die Masse beruhigte sich erst, als der Landmarschall erklärte, daß die Stände die allgemeinen Wünsche durch eine eigene Deputation bei Hofe bekannt geben würden, und als er sich bereit zeigte, zwölf Vertrauensmänner der im Hofe versammelten Menge zur Beratung der Stände zuzulassen. Jetzt war also der Augenblick gekommen, die erste öffentliche Wahl in Österreich vorzunehmen. Während im Hofe noch immer Kossuths Rede vorgelesen wurde, bemühte sich Fischhof, die Wahl zustande zu bringen, was bei dem wogenden Gedränge nicht leicht ging. Als die ersten zwölf Volksvertreter dennoch glücklich gewählt waren und ihre Aufgabe vollbringen wollten, sah man jedoch, daß es zu spät sei. Vor der Türe, die zum ständischen Sitzungssaale führte, stand der junge Dr. Goldmark — ein engerer Berufskollege Fischhofs —, der die Deputation aufhielt. Andere Männer waren ihr zuvorgekommen, und Goldmark hatte sein Ehrenwort verpfändet, daß niemand mehr in den Sitzungssaal treten würde, in dem die Beratungen bereits ihren Lauf nahmen. Doch die aufgeregte Masse, die der Deputation gefolgt war, schob sich unerbittlich vorwärts und öffnete ihren Sendlingen — Studenten, Bürgern und Doktoren — die verschlossene Türe.

Als Wortführer trat vor den Ständemitgliedern der beredte Brühl auf, der die Forderungen des Volkes aufzählte. Da die Menge immer ungestümer nach praktischen Erfolgen verlangte, die Leidenschaft immer heftiger ward und die Verlegenheit im sonst so stillen Sitzungssaale zunahm, entschloß man sich schließlich zu einer Tat: zum Marsche in die Hofburg. Vier und vier, Arm in Arm schritten die privilegierten Herren durch die freudig gestimmte Masse, die jetzt die Gewißheit hatte, daß man vor den Stufen des Thrones hören werde, was sie bedrückte[1]).

Damit war die historische Aufgabe Fischhofs am 13. März beendet; wenigstens trat er bei den noch folgenden wechselvollen Ereignissen, die diesem Tage seinen eigentlichen Inhalt gaben, nicht mehr nachweislich in den Vordergrund. Fischhof hatte morgens seinen Ordinationsgang im Spitale absolviert; jetzt, nachmittags, mußte er voll unauslöschlicher Eindrücke zur Stätte seiner beruflichen Wirksamkeit zurückkehren. Ihm war es beschieden gewesen, die Schleuse zu öffnen, die die schäumenden Fluten der Volksbewegung zurückhielt. Durch diese Tat hatte er seinen Kopf aufs Spiel gesetzt, denn wer konnte wissen, ob das starre absolutistische System im ersten Anlaufe zertrümmert werden würde. Wehe aber, wenn die Regierung die Oberhand behielt, wenn es ihr zweckmäßig schien, ein warnendes Exempel zu statuieren. Schon lief das Gerücht um, daß die Polizei hinter den Persönlichkeiten her sei, die im Hofe des Landhauses Dolmetscher der nach Freiheit drängenden Bevölkerung waren. Deshalb wurde Fischhof auch von geängstigten Bekannten aufgesucht und bestürmt, die Flucht nach Ungarn zu ergreifen. Er aber war nicht von jener Schwachheit, die vor der Verantwortung zittert; er harrte zuversichtlich aus.

Heute, nach mehr als sechzig Jahren, wird es schwer zu veranschaulichen, welche historische Bedeutung der Rede eines bescheidenen Sekundararztes vom ersten Augenblicke an zugebilligt wurde. Uns ist der Hintergrund entschwunden, von dem sich die Gestalt des kühnen Redners so grell abhob. Oft entfährt uns die Klage, daß in unseren Tagen zu viel ge-

[1]) J. A. Freiherr v. Helfert, „Geschichte der österreichischen Revolution", Bd. I. Wien 1907.

sprochen werde; Jahrzehnte der Gedanken- und Sprechfreiheit haben uns mit politischen Reden überfüttert. Aber wer vermag zu sagen, wie sich die politischen Verhältnisse in Österreich entwickelt hätten, wenn gerade diese eine Rede vom 13. März nicht gehalten worden wäre. Sie bewirkte, daß aus einem Volkszusammenlauf die Kräfte herauswuchsen, die eine veraltete Regierungsform sieghaft überwanden und die den Staat, der aller Reaktion eifriger Schirmherr war, mit dem Geiste der Freiheit erfüllten. Man hat den Appell Fischhofs die erste freie Rede in Österreich genannt und als solche gepriesen. Diese Bezeichnung trifft nicht ganz zu, denn am 11. März wurde bereits im Prager Wenzelsbade eine politische Versammlung abgehalten, in der es an Neuerungsideen nicht mangelte. Aber Fischhofs Ansprache an die Menge ist zweifellos die erste freie, wahrhaft österreichische Rede gewesen, die in den Jahren der Bevormundung vernommen wurde. Sie stellt auch das erste umfassende politische Programm mit spezifisch österreichischem Gepräge dar, das in die Bevölkerung drang. An Reformvorschlägen hatte es allerdings schon früher nicht gefehlt; noch weniger war an kritischen Betrachtungen Mangel gewesen. Doch das warmherzige, einsichtsvolle und patriotische Werk Andrian v. Werburgs: „Österreich und dessen Zukunft"[1]) ist nicht darüber hinausgegangen, an „die beste aller bestehenden Staatsverfassungen", an den englischen Konstitutionalismus zu erinnern, der sich nicht auf einmal, sondern nach und nach den Bedürfnissen folgend bildete und deshalb so fest mit dem politischen und individuellen Leben der Nation verflocht. Was in dieser Schrift an Neuerungsvorschlägen für Österreich geboten wird, ist zu allgemein gehalten, um auf den ersten Blick zu verraten, daß es aus der richtigen Erkenntnis der österreichischen Eigentümlichkeiten abgeleitet wurde. Im Jahre 1846 klagte bereits ein kritisierender Schriftsteller, daß seit dem Erscheinen des vorerwähnten Buches „nur zu viel unwürdigen Krams gleich Pilzen aus dem Boden geschossen ist"[2]), ohne jedoch selbst viel Origi-

[1]) Andrian v. Werburg, „Österreich und dessen Zukunft". Hamburg 1841.
[2]) „Schattenseiten der österreichischen Verwaltung und gesellschaftlichen Zustände." Hamburg 1846.

nelles zu sagen. Mörings „Sibyllinische Bücher“ sind die späte Frucht vormärzlicher Reformideen, aber aus ihnen entnimmt man ebensowenig, wie aus der im Februar 1848 erschienenen Flugschrift „Des Österreichers richtiger Standpunkt“, was die eigentliche Lebensfrage der Habsburger Monarchie bilde. Das Verlangen nach einem konstitutionellen Regime war nicht an die Grenzen eines Staates gebunden; der Wunsch nach politischer Selbstbestimmung wurde in vielen Ländern laut. Erst Fischhof hat mit scharfem Blicke das ureigenste Problem Österreichs erkannt. Er war der erste Deutsche, der eine wohlverstandene Nationalitätenpolitik zum Mittelpunkte seiner Ausführungen machte. Preßfreiheit, Lehr- und Lernfreiheit, verantwortliche Minister, Volksvertretung, Geschworenengerichte, ja selbst konfessionelle Gleichberechtigung: das waren Wünsche, die man überall dort hörte, wo liberal oder demokratisch denkende Menschen vertraulich zusammenkamen. Der Niederschlag dieser fortschrittlichen Ansichten findet sich auch in den verschiedenen Petitionen, die im März vorbereitet wurden. Aber Fischhof hat mehr getan; er ist allen anderen darin vorausgeeilt, die Gedanken des Liberalismus mit den aus den österreichischen Eigenarten erfließenden Notwendigkeiten zu verbinden. Vom nationalen Probleme war natürlich auch in der Versammlung im Prager Wenzelsbade die Rede, allein mehr als das provinziale Sonderbedürfnis wurde dort nicht berücksichtigt. Fischhof hat keinen rivalisierenden Vorgänger gehabt. . . .

Es liegt etwas Wunderbares in den Regungen der vielgliedrigen Einheit Volk. Wenn die Masse schläfrig ruht, weiß man oft nicht, durch welche Wundermittel sie in Bewegung zu bringen wäre, und wenn sie lebendig geworden ist, kann man nicht ermessen, wann der zuckende Körper zur Ruhe kommen wird. Als an dem berühmten Märzvormittag die starre Decke politischer Teilnahmslosigkeit geschmolzen war, die sich über den Volksmassen ausgebreitet hatte, ergoß sich die Menge in vielen Strömen nach mehreren Richtungen. In der innern Stadt herrschte in den Nachmittag- und Abendstunden des 13. März an verschiedenen Punkten reges Leben. In den Räumen der

Universität und des Juridisch-politischen Lesevereins ebenso wie an anderen Orten wurde eifrig debattiert und beratschlagt. Aber auf der Straße waren schon blutige Opfer dargebracht worden. In der Herrengasse gab es die ersten Toten, und noch tobte auf einzelnen Plätzen der Kampf zwischen dem Volke und dem Militär. Auch zwischen den Basteien der innern Stadt und den äußeren Linienwällen waren die Massen in Fluß gekommen. Als die aus den Vorstädten herbeieilende Menge die Stadttore in den ersten Nachmittagstunden geschlossen fand, begann sie ihrem Unmute wilden Ausdruck zu geben. Ein Werk der Verwüstung wurde in Angriff genommen. In wilder Raserei setzten die erbitterten Arbeiterscharen den roten Hahn auf so manches Gebäude, so daß des Abends lodernde Feuersäulen den Himmel schaurig beleuchteten. Während in der Stadt das noch unklare Verlangen nach politischer Freiheit die Menge leitete, machte sich in den Vorstädten die drückende soziale Not geltend, unter der das Proletariat schwer zu leiden hatte.

In der Wiener Hofburg war es seit dem Aufmarsche der Ständemitglieder wie in einem Bienenkorbe zugegangen. Deputationen kamen und zogen wieder von dannen, aber noch immer wurde den Wünschen nach einer Änderung des „Systems" ein kaltes Nein entgegengesetzt. Der einflußreichste Mann war hier Erzherzog Ludwig, der als treuer Testamentsvollstrecker des Kaisers Franz allen Umgestaltungen im Staatsorganismus beharrlich entgegengewirkt hatte. Wie sein Gehaben sich durch auffällige Langsamkeit und Steifheit unvorteilhaft auszeichnete, so war auch sein Denken und Fühlen aller anpassungsfrohen fortbildenden Betätigung abhold. Um fünf Uhr schien es deshalb noch, als würde der Kampf für die Freiheit, der unbewußt begonnen, allmählich jedoch in seinem Wesen immer klarer erkannt wurde, vergeblich geführt worden sein. Der Abend brachte jedoch den ersehnten Umschwung; um die neunte Stunde hatte der Staatskanzler Fürst Metternich bereits seine Demission gegeben. Damit war der Bewegung zu einem Siege verholfen worden, wie er größer und voller gar nicht erträumt worden ist. Metternich galt dem Volke als die Ver-

körperung aller Übel, als die Hauptsäule des verhaßten „Systems" und als ein unverbesserlicher Gegner jeglicher Reform. Deshalb wurden alle von einem unbeschreiblichen Freudentaumel ergriffen; man fühlte nun eine Kraft in sich, die man sich früher nicht zugetraut hätte. „So kindlich waren die Wiener damals," — versichert ein zeitgenössischer Beobachter — „daß sie glaubten, mit Metternich sei die ganze alte Welt des Bösen untergegangen und die neuen Gewalten könnten nur die Engel des Guten, ihre Gaben bloß labende Manna sein." Indes, noch eine zweite Errungenschaft konnte verzeichnet werden. Die Bewaffnung der Studenten und die Verstärkung des Bürgerkorps wurde bewilligt. Ja, die von Schmerlings Hand herrührende Mitteilung in der „Wiener Zeitung" vom 14. März ließ sogar eine gewisse Bereitwilligkeit des Hofes zu Reformen durchschimmern. Gleich in der Nacht wurde auf dem matt erhellten Judenplatze die Einzeichnung in die Listen der Studentenlegion vorgenommen; nach einigem Sträuben ließ der schwerfällige Wiener Bürgermeister die jugendlichen Streiter für ein neues Österreich mit Waffen versehen. Das bürgerliche Zeughaus mußte einen Teil seiner Schätze hergeben.

Der 14. März hob sich schon des Morgens von den Tagen der stillen Zeiten ab. An allen Ecken und Enden Wiens politisierte man. In den Gassen wurden von zarten Frauenhänden weiße Bänder und Schleifen verteilt, und die Männer, die sich mutvoll in einen gewagten Kampf eingelassen hatten, schmückten sich willig mit der Farbe des Friedens. Da und dort wurde bereits erwogen, ob man sich nicht mit dem großen Gewinne des 13. März zufrieden geben solle, doch noch war man nicht am Ziele, und man wollte nicht die Flinte zu früh ins Korn werfen. Nachmittags kamen im Saale der Hofreitschule etwa 2000 Bürger der innern Stadt zusammen, um sich in die Nationalgarde einreihen zu lassen. Dabei wurden lebhafte politische Debatten geführt, die durch unkontrollierbare Gerüchte stets neue Nahrung erhielten. Eine Beruhigung der bedrückten Gemüter trat erst ein, als die beglückende Kunde kam, daß in der Hofburg den Ermahnungen und Beschwörungen der verschiedensten Abordnungen und Berater nachgegeben und die

Aufhebung der Zensur bewilligt worden war. Wieder schlugen die Herzen höher, wieder genoß man ganz die Freude der Stunde, die von den Schmerzen banger Jahrzehnte erlöste. In den Gemächern der Hofburg war mit dem Abend keine Ruhe eingekehrt. Es schien sogar, als würde die Partei der Reformgegner wieder die Vorherrschaft gewinnen, denn Fürst Windischgrätz, der dem mündig sein wollenden Volke fremd gegenüberstand, wurde mit dem militärischen Kommando über Wien betraut und mit unumschränkten Vollmachten ausgestattet. Aber die junge Macht: das Volk, erwies sich stärker als die Widersacher. Die weißen Binden verschwanden von den Hüten; in der inneren Stadt flackerte Kampfeslust auf, und die flutenden Massen der Vorstädte waren ohnehin noch in stürmischer Bewegung. Bei Hofe fehlte es nicht an einsichtigen Mitgliedern, die erkannten, wie gefährlich das reaktionäre Spiel werden konnte, das begonnen worden war. In der Nacht fand eine Staatskonferenz statt, bei der Erzherzog Franz Karl den weisen Vorschlag machte, dem Drängen der Menge durch die freiwillige Gewährung einer Konstitution zuvorzukommen. Die Anregung wurde aber höflich fallen gelassen[1]).

Drohend ließ sich der 15. März an. Die Nationalgarde verweigerte den Gehorsam; in der Stadtverwaltung wurde dadurch ein friedlicher Umschwung herbeigeführt, daß sich ein vierundzwanziggliedriger Bürgerausschuß der Geschäfte annahm; die Studenten zeigten sich unwillig, weil sich die Schlußsteinlegung am Gebäude der Freiheit, die Verleihung der Konstitution, zu lange hinausschob. Als sich jedoch um elf Uhr vormittags die Nachricht verbreitete, daß Kaiser Ferdinand eine Rundfahrt antreten werde, schlug die Stimmung in der innern Stadt rasch um. Die gutmütige Wiener Bevölkerung wollte dem Kaiser einen leuchtenden Beweis ihrer Dankbarkeit geben, denn Ferdinand der Gütige stand ihrem Herzen näher, als irgend ein anderes Mitglied des Kaiserhauses. So gestaltete sich die Rundfahrt zu einem förmlichen Triumphzuge. Nachmittags fiel endlich das erlösende Wort. Der kranke Kaiser

[1]) Heinrich Friedjung, „Österreich von 1848—1860", Bd. I (Anhang). Stuttgart 1908.

hatte seine ganze Autorität aufgeboten, damit es gesprochen werde. Wohl war die Gegnerschaft gegen das konstitutionelle System bereits im Abnehmen begriffen, doch die Männer, die nicht lernen wollten, erhoben weiter ihre Einwände gegen die Gewährung der vom Volke innig und unerschütterlich gewünschten Verfassung. Da brauste Kaiser Ferdinand mit den vorwurfsvollen Worten auf: „Bin ich Kaiser oder bin ich's nicht?" Nach fünf Uhr abends konnte die frohe Botschaft, daß Österreich ein Verfassungsstaat geworden ist, von Straße zu Straße, von Haus zu Haus getragen werden. Vor einigen Stunden war man im Juridisch-politischen Leseverein von Bedenken befallen, ob selbst die Verleihung der Preßfreiheit ernst gemeint sei; im Volke wenigstens bezweifelte man den redlichen Willen vielfach. Ja, die Schriftsteller Wiens mußten sich zusammentun, um eine beruhigende Erklärung abzugeben. Nun aber waren die kühnsten Träume verwirklicht; jeder, der den 15. März 1848 sehend und fühlend miterlebt hatte, trug einen unauslöschlichen Eindruck davon. Das Volk war aufgestanden, und Österreich feierte seine sittliche und politische Erneuerung. Voll der Siegesfreude schrieb Ferdinand Kürnberger: „Die akademische Jugend sprach: ‚Es werde Licht!', und es ward Licht. In sechs Tagen wurde die Welt erschaffen, in zwei Tagen Österreich"[1]. Sogar der grämliche, zaghafte Grillparzer gestand in diesen Tagen: „Mitbürger! Ihr habt ein heldenmütiges Werk vollbracht, und niemand kann Euch die Bewunderung versagen"[2]. Stürmischer, aufrichtiger hat kein Volk die Freiheit begrüßt, als die Wiener, von denen damals mancher Graubart meinte, daß sie nicht zu erkennen seien.

Das Hochgefühl, das die Vollführung eines guten Werkes verleiht, erglühte in allen, die an den drei Märztagen in Aktion getreten waren. In der ersten Freiheitswonne schwanden nahezu alle trennenden Unterschiede, selbst die konservativen

---

[1]) „Sonntagsblätter". Herausgeber L. A. Frankl. Siehe den Artikel: „Die Wiener Revolution".

[2]) In einem „Aufrufe an die Mitbürger" hatte Grillparzer die Märzbewegung verherrlicht; der Aufruf wurde erst nach dem Tode des Dichters bekannt.

Elemente fühlten sich hingerissen; Bürger, Arbeiter und Studenten tauschten Brüdergrüße; es gab fast nur Glückliche; allerorten regte sich Zuversicht und edle Begeisterung. In dieser Zeit der allgemeinen Verzückung muß auch Adolf Fischhof von stolzer Freude erfüllt gewesen sein. Schade, daß uns keine direkte Kunde davon geworden ist. Es wäre interessant, zu wissen, wie dieser Mann, dessen Loblied hoch erklang, den Ruhm des Vollbringers empfunden hat. Am 14. und 15. März war er freilich nicht so hervorgetreten wie an dem vorhergehenden Tage. Die einzelnen verschwanden bereits in der Masse, und die wichtigen Entscheidungen wurden jetzt hinter verschlossenen Türen gefällt. Es ist heute überhaupt nicht mehr möglich, Näheres über das Verhalten Fischhofs am 14. und 15. März mitzuteilen. Er selbst hat sein Vorhaben, die bunten Erinnerungen an das Jahr 1848 literarisch zu verarbeiten, nicht ausgeführt, und die Berichte der anderen Akteure oder Schilderer geben kein erschöpfendes Bild. Immerhin liegt uns ein Brief eines jüngeren Bruders von Adolf Fischhof vor, der den Pester Angehörigen mit schlichtem Stolze mitteilte, zu welchem Ansehen der untergeordnete Spitalsarzt plötzlich gekommen war. In dem Schreiben spiegelt sich getreulich die aufregungsvolle gärende Zeit, in der himmelhohes Jauchzen und betrübende Sorge gar eng verbunden waren. Auch zeigt er, mit welchem Grauen man in den Bourgeoisvierteln der Stadt von den aufgebauscht geschilderten Umtrieben in den Vororten hörte. Doch lassen wir lieber den Brief für sich selbst reden:

„Wien, den 16. März 1848.

„Die in den Annalen der Geschichte Österreichs unerhörten Ereignisse der drei Tage (13., 14. und 15. März) werden Euch allen bereits in skizzierter Form aus den Zeitungen bekannt sein. Vielleicht ist auch bereits zu Euern Ohren gedrungen, daß Adolf einer der ersten war, die im Hause der niederösterreichischen Stände begeisternde Reden vor den versammelten Tausenden hielten. Er wurde von der enthusiasmierten Masse in die Lüfte gehoben und mit donnernden Vivats akklamiert. Vielleicht ist auch bereits zu Euern Ohren gedrungen, daß sein Name von Mund zu Mund ging, daß er am 14. morgens von einer Schar Studenten und Doktoren der Medizin unter begeistertem Zurufe zu ihrem Hauptmann ausgerufen wurde und während der drei Tage mit dem blanken Schwerte in der Hand fast ununterbrochen mit Wort und

Tat hilfreich war und daß er mit seiner Schar, in welcher unter anderen Dr. Ludwig August Frankl Unteroffizier und Professor Endlicher Fahnenträger ist, wo er sich immer zeigt, von den Studenten und den anderen mit Lebehochs begrüßt wird. Am 15. morgens war hier das Gerücht verbreitet, Dr. Fischhof sei bei einem Streifzuge nach Fünfhaus, wo Mordbrenner und Räuber schreckliche Greuel verübten, tödlich verwundet worden, und ich eile daher — fürchtend, daß dieses Gerücht auch nach Pest gedrungen — Euch zu berichten, daß Adolf bis auf eine furchtbare Ermüdung wohlbehalten von Fünfhaus zurückkehrte.... Ich bin von den Ereignissen dieser Woche noch zu sehr erregt, als daß ich diesmal darüber schreiben könnte. Man glaubt zu träumen, so wunderbar, so großartig, so nie gesehen sind die Szenen, die sich vor unseren Augen jede Minute entfalten.... Viele Grüße von Adolf und mir. Adolf schreibt nächstens"[1]).

Jedenfalls durfte sich Adolf Fischhof sagen, daß er an dem neuen Aufbau Österreichs redlich mitgewirkt hatte. Er gab der Bewegung ein Programm; er schuf den unmittelbaren Kontakt zwischen dem Volke und den Ständen; er half die Brücke vom niederösterreichischen Landhause in die Hofburg schlagen. Es liegt uns gewiß jede Überschätzung der Rolle des Individuums in der Geschichte ferne. Die Befreiung Österreichs wäre in den Märztagen nicht zustande gekommen, hätten nicht die verschiedensten Umstände zusammengewirkt. Aber schafft der Mensch auch nicht das Material, aus dem er seine Bildwerke anfertigt, so gibt er ihm doch die Form, die das Kunstprodukt ausmacht. Ähnlich ergeht es im Leben der Völker. Bedeutende Männer brauchen nicht nur eine große Zeit, um sich erproben zu können; die Zeit braucht auch bedeutende Männer, um groß zu werden.

B. Die neue Ära

Als glückverheißende Trophäe wurde das kaiserliche Patent vom 15. März 1848 in die neue Ära Österreichs hinübergenommen. Es verbürgte die Preßfreiheit, gewährleistete die Errichtung der Nationalgarde und verkündete in seinem wichtigsten Teile, daß Abgeordnete aller Provinzialstände bei verstärkter Berücksichtigung des Bürgertums „zum Behufe der beschlossenen

---

[1]) Brief Moritz Fischhofs an die Pester Verwandten; adressiert an den Schwager H. Cohner. Das Schreiben traf erst am 21. März in Pest ein.

Konstitution des Vaterlandes" einberufen worden seien. Die Völker hielten nun einen wertvollen Schuldschein in der Hand, an dessen rechtsverbindlicher Kraft niemand zweifelte. Aber bei genauerem Zusehen stellte sich heraus, daß in dem Dokumente eine Lücke vorhanden war: die Angabe der Summe fehlte. Konstitution ist ein dehnbarer Begriff, der viel und wenig einschließen kann. Alles hing also noch davon ab, welche Ziffer die Zukunft in den Schuldschein setzen würde.

Das alte Staatsgebäude war niedergeworfen worden, und es galt nun einen wohnlicheren Bau aufzurichten. In der Abneigung gegen das Morsche waren alle oder doch die meisten eines Sinnes gewesen; die Pläne für das zu Schaffende gingen jedoch weit auseinander. Eine Zeit folgenschwerer Entschlüsse stand bevor, und ein Mensch wie Fischhof konnte nicht untätig bleiben, da so viele ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellten. Starke Schaffenslust lebte in ihm; nicht nach Ruhm, sondern nach ehrlicher Arbeit sehnte sich sein Wesen. Als sechzigjähriger Mann, den die Qualen eines langen Siechtums zermürbten, schrieb er einmal, daß von Zeit zu Zeit ein bißchen Tätigkeit im Interesse des Gemeinwohls für ihn ein Bedürfnis sei, denn sie bilde das Salz, das ihn vor moralischer Fäulnis bewahre. Eine völlig müßige Existenz erscheine ihm schmählich[1]). Wie arbeitsfroh muß er da erst in den besten Mannesjahren gewesen sein! Trotz aller Zurückgezogenheit hatte Fischhof, wie wir gesehen haben, eine scharfe Auffassungsgabe für die Grundfragen Österreichs bekundet; man darf demnach annehmen, daß er auch mit klarem Blicke die Kräfte erkannt haben wird, die auf den Umbau des Staates hingewirkt hatten. Wollte er mit sich über die Stellung, die er künftig einnehmen sollte, ins reine kommen, dann mußte er sich darüber Rechenschaft geben, welche Faktoren am Werke waren.

Der Adel teilte sich in zwei Gruppen. Hier gab es ererbte Gegnerschaft gegen ein Volksregime, von dem nur böse Folgen erwartet wurden. Die einflußreichste Persönlichkeit unter diesen

[1]) Brief vom 12. Dezember 1877 (Fischhof an Wengraf).

Schwärmern für den Absolutismus war unstreitig Fürst Windisch-grätz, der als Mensch nicht ohne Größe, als Politiker hingegen klein, aber konsequent gewesen ist. Doch es gebrach auch nicht an Männern, die mit dem Zeitgeiste ihren Frieden gemacht hatten. Graf Franz Stadion, den der strenge Löhner später „die Ehrlichkeit des Ministeriums Schwarzenberg" nennen konnte, dachte nicht daran, die tiefen Spuren der Märztage wegzuwischen. Unter den Ständen der einzelnen Provinzen fanden sich viele Politiker, die der neuen Zeit vorgearbeitet hatten. Aus den Kreisen des Adels war ja der erste poetische Weckruf erschollen und die erste zur Reform anspornende Staatsschrift hervorgegangen. Man kann demnach ohne Übertreibung sagen, daß die adeligen Freunde maßvoller Neuerungen numerisch weit stärker schienen als ihre aristokratischen Bekämpfer.

Die bürgerliche Intelligenz hatte das alte „System" grimmig gehaßt. Bauernfeld kennzeichnete es einmal als „die Furcht vor dem Geiste, als die Negation des Geistes" und es läßt sich verstehen, daß die intellektuell am höchsten entwickelte Bevölkerungsklasse davon nicht entzückt war. Nicht ohne begreiflichen Neid mochte man beobachtet haben, wie bürgerliche Talente in freieren Staaten politischen Einfluß und ehrenvolle Aufmerksamkeit erlangten. So weit ging des Österreichers Bescheidenheit nun nicht, daß man sich nicht auch schätzenswerte Fähigkeiten zutraute. Man wollte nicht geistig verkümmern und mit der im Sacke geballten Faust hinleben; nach den Wonnen politischer Erfolge trug wohl so mancher Sehnsucht. Dazu kam natürlich die theoretische Erkenntnis von der Unzweckmäßigkeit des absolutistischen Regimes, von dem Segen, der dem gebietenden Machtworte freier Völker entströmt. Doch die Intelligenz dachte nicht wie der stolze polnische Magnat — des Königs Lesczinski Vater —, der auf dem polnischen Reichstage meinte, daß er eine gefahrvolle Freiheit einer ruhigen Knechtschaft vorziehe. Freiheit und Ruhe! das war die Losung der österreichischen Intellektuellen, die bereits im Erwerbsleben wirkten.

Der gewerbliche Mittelstand ersehnte nach den schicksalsschweren Märztagen gleichfalls geordnete Verhältnisse. Wirtschaftliche Rücksichten und seine Gefühlsveranlagung brachten

ihn dazu. Ein gewisser konservativer Zug war nicht zu verkennen; er trat auch in den vielen Kundgebungen wirtschaftspolitischen Inhalts hervor, die von den Gewerbetreibenden im Revolutionsjahre von Stapel gelassen wurden. Violand, der sich als erster über die tieferen Ursachen der politischen Erscheinungen von 1848 klar zu werden suchte, erzählt in seiner sozialen Geschichte der Revolution, daß in Wien kein bedeutenderes Geschäft bestand, in dem nicht Kavaliere durch lange Zeit Schulden gehabt hätten. Das ökonomische Interesse zwang somit die Handwerker, die auf einem goldenen Boden standen, sich für einen Zustand der Stabilität einzusetzen; dazu kam noch die angewöhnte Behäbigkeit.

In einer ganz anderen Welt der Gedanken und des Wollens bewegte sich die akademische Jugend, der im Revolutionsjahre eine führende Rolle zugefallen war. Von der Universität hatte der erste politische Massenumzug seinen Ausgang genommen; die Studenten standen an der Wiege der Freiheit. Sie bewachten das heranwachsende neue Österreich mit inbrünstiger Zärtlichkeit und voll Aufopferungslust. Als Schützer der Freiheit hätte sich die akademische Jugend ein unverjährbares Verdienst erwerben können. Aber der Ehrgeiz oder wenn man will: die Sorge der Studenten drängte nach einem höheren Ruhme, und das war ein Verhängnis. In seiner Begeisterung will der Jüngling selbst nach den Sternen greifen, um von dort die ewige Freiheit herabzuholen; er hat noch nicht gelernt, die wehmütige Lehre des Lebens zu verstehen, daß aller bleibende Fortschritt auf Kompromissen zwischen der Theorie und dem Realen beruhen muß. Für die Jugend liegt zwischen den Wünschen und ihrer Verwirklichung nichts Hemmendes, wenn erst der gute Wille die Führung übernimmt. Durch die akademische Streiterschar wurde ruhelose Hast und zuviel der stürmenden Freiheitsliebe, vielleicht auch zuviel des bodenfernen Idealismus in die Ereignisse des Jahres 1848 gebracht. Die Schuld liegt nicht allein bei den Studenten; davon überzeugt man sich bald bei der Durchsicht der vielen Huldigungsschriften und bei der Erinnerung an die zahlreichen überschwenglichen Ehrungen, mit denen das geschäftige Völkchen der Aula von aller Welt über-

schüttet wurde[1]). Das politische Organ der akademischen Bürger war das „Studentenkomitee“, das am 29. März ins Leben trat. Ihm gehörte neben dem erfahrenen Ludwig August Frankl, dem drängenden Giskra, dem jugendlichen bedächtigen Unger und vielen anderen auch Adolf Fischhof an.

Voll Unrast, von revolutionärem Fieber geschüttelt war das Gewerbeproletariat. Zu ihm zählten nicht wenige selbständige Meister, die durch den Siegeszug der Maschinen oder durch die Stoßkraft des Großkapitals aus der bürgerlich auskömmlichen Existenz in tiefe Armut hinabgeworfen worden waren. Nahmen doch die Fabriken in Wien in den Jahren 1837 bis 1841 um 164 Prozent zu, während sich die selbständigen Gewerbe bloß um 7,8—10 Prozent vermehrten. In der Mitte der vierziger Jahre war es auch nichts Außergewöhnliches mehr, daß einzelne große Handwerksmeister 30—40 Kleinmeister in drückende Abhängigkeit gebracht hatten[2]). Geradezu entsetzlich gestaltete sich die wirtschaftliche Lage der industriellen Arbeiterschaft. In die meist unhygienischen Räumlichkeiten der Fabriken hatte noch kein sozialpolitischer Sonnenstrahl hineingeleuchtet. Die Lohnverhältnisse waren kläglich, denn die Konkurrenz der Kinderhände fiel schwer in die Wagschale. Im Jahre 1847 betrug der mittlere wöchentliche Verdienst eines Arbeiters bei außerordentlich langer Arbeitszeit etwa 5¼ Gulden. Eine Arbeiterin verdiente gar nur 2½ Gulden. Die wirtschaftliche Not trieb das Proletariat zur Verzweiflung, zumal da die Möglichkeit eines organisierten Lohnkampfes nicht gegeben war. Zur grollenden Erbitterung gesellte sich die größte Unwissenheit. Für die Volksschulen wurden in Österreich im Vormärz im ganzen jährlich 2,1 Millionen Gulden aufgewendet, wozu der Staat nicht mehr als 37 000 Gulden beisteuerte. Lesen, Schreiben, Rechnen und Religion war alles, was an den Trivialschulen dürftig gelehrt wurde[3]). Aber selbst dieses kärgliche Maß von Fertigkeiten konnte nur von einem bevorzugten Teile der Be-

---

[1]) Siehe: „Die Aula“. Erinnerungsblätter. Herausgegeben von A. Rosenfeld. Wien 1848.

[2]) E. V. Zenker. Die Wiener Revolution 1848. S. 52 ff, Wien 1897.

[3]) Maximilian Bach, „Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848“, Seite 116. Wien 1898.

völkerung erworben werden. Gab es doch im Jahre 1846 nicht mehr als 2 Millionen Schulkinder. Solcher Art war die industrielle Arbeiterschaft vorbereitet, die im Jahre 1848 vermöge ihrer Masse eine große Bedeutung erlangte. Wohl standen die Fabriksarbeiter[1]) zur gesamten Bevölkerung Österreichs nur im Verhältnisse von 9 zu 100 — in England galten die Ziffern 45 zu 100 —, aber in Wien, wo die politische Suppe gekocht wurde, waren sie ein gewichtiger Faktor. Die aus Unwissenheit und Ratlosigkeit hervorquellende revolutionäre Leidenschaft des Proletariats mußte der Wiener Revolution früher oder später ihren Stempel aufdrücken.

So prallte das Ruhebedürfnis der einen mit der idealistischen oder verzweifelten Beweglichkeit der anderen zusammen. Hätte Österreich einen kräftigen Monarchen gehabt, dann wäre diesem die schier erdrückende Last der Entscheidung zugefallen. Indes, auf dem alten Throne der Habsburger saß ein gebrechlicher Herrscher, dem es eine Freude war, stillbeglückt Gutes zu tun, dem es aber an der staatsmännischen Handlungsfähigkeit gebrach. Deshalb wurden die Entscheidungen nicht weniger von den jeweiligen Einflüssen abhängig, die in der Umgebung des Monarchen durchdrangen, als von der Meinung der Regierungsmänner, die einander ablösten.

Adolf Fischhof scheint das Spiel der Kräfte richtig beurteilt zu haben; ihm dürfte vor allem nicht entgangen sein, was man in Wien so gerne übersah, daß Österreich doch ein Bauernstaat war, in dem der größte Teil der Bevölkerung von den politischen Freiheitsidealen unberührt blieb. Vielerlei Konflikte und Zusammenstöße mußten erwartet werden. Da bedurfte man desto dringender einer Mittelsperson, die vor allzu gewagten Sprüngen abhielt, vor Überstürzungen warnte und für die um so dauerhaftere ruhige Fortentwicklung eintrat. Adolf Fischhof war bereits über die Jahre hinaus, in denen man die Welt durch rosafarbene Brillen betrachtet. Er scheint früh erfaßt zu haben, was anderen erst spät offenbar wurde, daß in dieser Zeit der Gärung vor allem Mäßigung not tue. Sicher

[1]) Andrian v. Werburg, „Österreich und dessen Zukunft“. Bd. I. Hamburg 1841.

wußte er in Plutarchs vergleichenden Lebensbeschreibungen Bescheid, und vielleicht erinnerte er sich des weisen Solon, der auf die Frage, ob er den Athenern die besten Gesetze gegeben habe, geantwortet hatte: „Ja, die besten, deren sie empfänglich waren." Er dürfte also nicht darüber im Zweifel gewesen sein, daß alle politische Freiheit unwandelbar beschränkte Freiheit sein müsse: eine These, die Heinrich von Treitschke später in seiner gehaltvollen Studie über „die Freiheit" vertrat. Fortab werden wir Adolf Fischhof als den Politiker der Mäßigung tätig sehen, als einen Mann, der immer bestrebt war, goldene Brücken zwischen der Wirklichkeit und der idealen Welt zu bauen und auf die festgefügten Pfeiler des Erreichbaren zu stützen. Mit platzgemäßer Entschiedenheit trat er gegen ängstliche Kleinlichkeit auf, wenn sie das große Werk zu gefährden drohte; mit selbstloser Energie warf er sich den Strömungen entgegen, die für die Fundamente des Freiheitsbaues gefährlich schienen. Staatsmännische Talente werden oft von ihrer Zeit mißverstanden; die Tätigkeit des ehrlichen Vermittlers ist dornenvoll, weil sie vielfach unter böswilligen oder ideologischen Vorhalten zu leiden hat. Da bildet es die schöne Pflicht der ruhiger erwägenden Nachwelt, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, das wahre Verdienst gewissenhaft herauszuschälen und freudig anzuerkennen.

War das Geschenk, das die Märztage Fischhof als Angehörigen des österreichischen Staatswesens gebracht hatten, über alle Erwartung reich ausgefallen, so konnte sich auch die Gabe sehen lassen, die ihm als Privatperson zuteil wurde. Für den früher unbekannten Sekundararzt im allgemeinen Krankenhause muß es eine erhebende und aneifernde Freude gewesen sein, mit einem Male aus dem Dunkel der Bedeutungslosigkeit in das Lichtmeer der Berühmtheit zu treten. Als Mitglied der akademischen Legion[1]) trug er nun die einfache Uniform, die aus einem blauen eng anschließenden Waffenrocke mit einer Reihe schwarzer glänzender Knöpfe und aus einer grauen Hose bestand. Auf dem Kopfe saß ein deutscher Hut mit einer schwarzen

[1]) Siehe den Brief vom 16. März 1848, S. 30.

wehenden Feder und einer Kokarde. Fischhof wurde bald zum Kommandanten des Medizinerkorps, das aus acht Kompanien mit ungefähr 1500 Mann gebildet war, mit Stimmenmehrheit gewählt. Professoren, Doktoren und Studenten gehörten dieser Kampfestruppe an. Ursprünglich wurde Professor Hyrtl für die ehrenvolle Kommandantenstelle in Aussicht genommen, aber der geistreiche Anatom lehnte sie bescheiden ab mit der Bemerkung, daß sie Fischhof gebühre. Gleich am Anfange zeigte sich dessen organisatorische Begabung. Ohne Auftrag waren einige Männer als Gesandte der medizinischen Legion beim Fürsten Windischgrätz erschienen, um dessen Rücktritt von seiner militärischen Stelle zu erwirken. Damit ein ähnlicher Unfug für die Folge ausgeschlossen bleibe, forderte Fischhof jede Kompanie auf, zwei Männer zu wählen, die durch Talent und Charakter Vertrauen einflößen. Diese Abgesandten der Kompanie sollten sich zu einem Komitee zusammenschließen und das Medizinerkorps nach außen hin vertreten[1]).

Es dauerte nicht lange, und die Führer der Märzbewegung wurden auf gerne gekauften Bildern festgehalten und so in den Schaufenstern der Kunsthandlungen ausgestellt. In der gelungenen Bildersammlung „Die Universität" erschien auch ein Porträt Adolf Fischhofs, das von Friedrich Kaiser herrührte und die Widmung trug:

„Verewigt wurden einst, die mit dem Schwert
Gekämpft im Feld und siegreich heimgekehrt.
Du kamst mit schönern Waffen ins Gefecht:
Mit freiem Wort, für Freiheit und für Recht"[2]).

Die erste legislative Kostprobe, die in der neuen Ära vorgesetzt wurde, war das provisorische Preßgesetz, das am 31. März erschien und aus 88 Paragraphen bestand. In den ersten drei Paragraphen wurde die Aufhebung der Zensur verheißen und eine vollständige Amnestie für die bis zum 1. April begangenen Preßvergehen ausgesprochen; aber gleich nachher kamen Bestimmungen, die gar nicht nach dem Geschmacke der

---

[1]) „Der Wiener Zuschauer". 14. April. Wien 1848. Herausgeber J. S. Ebersberg.

[2]) „Der Humorist", 28. März. Wien 1848. Auch andere Bilder Fischhofs wurden im Jahre 1848 hergestellt. Am bekanntesten ist die Reproduktion des Kriehuberschen Stiches.

Zeit waren. Wohl wurde die Präventivzensur aufgehoben, doch die Zensur blieb fortbestehen. Kautionen von 1000 bis 2000 Gulden erschwerten die Herausgabe der Zeitungen, und eine Fülle von teils vagen Strafandrohungen hemmte die Bewegungsfreiheit des Journalisten ungebührlich. Die späteren Ereignisse haben gelehrt, wie leicht die Presse in gärender Zeit von der Gefahr der Zügellosigkeit bedroht wird, wenn man sie ganz nach ihrer Fasson selig werden läßt. Es mengen sich immer Elemente ein, die das Ansehen der Journalistik mit Füßen treten und sich dabei noch als Sittenrichter gebärden. Die Erfahrungen der josephinischen Periode sind ebensowenig erfreulich, wie die des Jahres 1848. Doch wie schwer ist es für den Gesetzgeber, den richtigen Mittelweg zu finden! Jedenfalls hatte die Regierung weit übers Ziel hinausgeschossen, und es war unklug, das mißratene Gesetz trotz des Einspruches der vorher befragten juristischen Vertrauensmänner Berger, Bach und Hye zu publizieren. Die Jugend der Aula geriet auch sogleich in Bewegung. Am 1. April fand an der Universität eine stürmische Versammlung statt, die durch einen Vortrag über das Preßgesetz, den der damals noch beliebte Professor Hye hielt, eingeleitet wurde. Die Debatte gestaltete sich leidenschaftsvoll; sie endete damit, daß man eine Deputation an den Minister Pillersdorf sandte, um ihn zur Zurücknahme der Preßvorschriften zu bewegen. Fischhof, Kuranda, Giskra, Schneider, Hye und Schuselka wurden mit Akklamation in die Abordnung gewählt. Der Minister war sehr liebenswürdig, entschuldigte sich geradezu wegen der Härten in den Bestimmungen und versicherte, daß das Gesetz nicht zur Anwendung kommen werde. Zum ersten Male nach des Märzes Mitte hatte die Regierung also ein Zeichen der Schwäche gegeben, und die Wiederholungen sollten nicht ausbleiben. Im Kampfe gegen das Preßgesetz traten bereits die Gegensätze zwischen der gemäßigt denkenden Intelligenz und der akademischen Jugend scharf hervor. Hermann Jellinek, der allgemach zum Wortführer der radikalen Stürmer wurde, erinnerte damals daran, daß der Sturz Metternichs zugleich der Sturz des schwächlichen „Liberalismus der Grenzboten" gewesen sei, und wies ärgerlich

auf den Kontrast hin, der zwischen den für die Preßfreiheit begeisterten Studenten und dem liberalen Bürgertume bestand, „das mit unbegrenztem Zutrauen zur Regierung aufblicke und im seligen Glauben lebe, daß die Freiheit wirklich vom Himmel auf die Erde herabgestiegen sei"[1]). Pillersdorf hatte die Studenten aufgefordert, ihm bündige Vorschläge zu erstatten, und am 18. Mai wurde auch ein neues provisorisches Preßgesetz erlassen. Es trug den Forderungen der Schriftsteller und Studenten rückhaltlos Rechnung und brachte vor allem Geschworenengerichte zur Einführung. Allerdings war es nicht imstande, dem Übel Einhalt zu tun, das durch das Emporwuchern von journalistischem Unkraut heraufbeschworen ward.

Am 9. April fuhr eine frohe Gesellschaft donauabwärts. Die Wiener Universität hatte eine Deputation nach Preßburg entsandt, gleichsam um eine Gegenvisite für den Besuch der Magyaren in der alten Kaiserstadt zu veranstalten. Vor dem Preßburger Krönungshügel wurde haltgemacht. Zwei deutsche und eine ungarische Fahne flatterten den Männern voran, die dem Dampfer entstiegen. Friedrich Szarvady begrüßte die Abordnung im Auftrage der magyarischen Juraten herzlich, und Fischhof erwiderte, indem er eine Adresse vorlas, die Ludwig August Frankl zum Verfasser hatte. Fortan mögen Österreich und Ungarn nur mit und beieinander stehen; fortan gebe es bloß einen Bund, eine Freundschaft, eine Feindschaft! Im Gasthofe zum „grünen Baum" hieß der blinde Wesselenyi die Gäste schwungvoll willkommen, worauf Fischhof das Wort ergriff. Es sei ein großer erhebender Augenblick, da einer der edelsten Bürger Ungarns die früher Namenlosen begrüße, deren inhaltarmes Leben erst durch die Ereignisse der letzten Tage Bedeutung und Weihe erhielt. Doch so stolz auch das Lob, das nur den Deutschen galt, mache, so müsse trotzdem ein Teil davon abgelehnt werden. Nicht Deutsche, nicht Österreicher allein haben sich in den Märztagen gegen das alte System aufgelehnt; alle Völker des großen Vaterlandes: auch Magyaren, Polen, Tschechen, Italiener standen in den Reihen der

---

[1]) Dr. Hermann Jellinek, „Kritische Geschichte der Wiener Revolution". Wien 1848.

Kämpfenden. Mit einem Hoch auf alle, die für die gute Sache tätig waren, schloß Fischhof. Der gefeierte Wesselenyi zog den Redner an sich, um ihm einen Bruderkuß auf die Lippen zu drücken. Es war ein rührender Anblick, den alten Helden der Freiheit an der Brust des rüstigen Verfechters der österreichischen Freiheit zu sehen[1]). Mittags wurde die Deputation von den ungarischen Ständen offiziell empfangen. Die Wiener besuchten auch die ungarischen Minister. Franz Deak wurde von Fischhof als der größte politische Charakter Ungarns gefeiert. Mittwoch kehrte die Deputation in die Kaiserstadt zurück. Auf dem Schiffe befand sich zufällig ein Teil des Straußschen Orchesters. Bald wurde munter aufgespielt, und bei heiteren Scherzen verflossen die wenigen Stunden der Fahrt rasch und angenehm.

Die Zeit der Feste, der untätigen Zufriedenheit mußte jedoch endlich zur Neige gehen. Der nüchterne, scharfdenkende Dr. J. N. Berger hatte schon früher zu zielbewußtem Schaffen aufgefordert; nach der Freude der Freiheit solle nun die Arbeit der Freiheit beginnen. Etwas später bemerkte Kürnberger ein wenig bekümmert, daß die Flegeljahre der Revolution zu lange dauerten. In der Tat gab es in kurzer Zeit alle Hände voll zu tun. Am 25. April wurde die Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates vom Monarchen unterzeichnet. Der knorrige Dahlmann hatte noch im Jahre 1847 in seinem vielgelesenen Buche über „Politik" ausgesprochen, daß sich der deutsche Bund aus drei Teilen zusammensetze, aus Österreich, das keine allgemeinen Reichsstände mit gesetzgebender Gewalt haben könne, aus Preußen, das sich solche zu schaffen vermöge, und aus dem übrigen Deutschland, dessen Einwohner Verfassungsrechte besitzen[2]). Jetzt aber war die Habsburger Monarchie doch in die Regionen des Konstitutionalismus emporgestiegen. Die Charte des Freiherrn v. Pillersdorf stellte freilich kein originelles Werk dar; sie bildete eine Nachahmung der belgischen Verfassung. Die Paragraphen, die von den bürgerlichen und politischen Rechten der Staatseinwohner und von den Ministern handelten, boten viel Begrüßenswertes. Allein sonst ließ sich

[1]) „Sonntagsblätter", S. 237 ff. Wien 1848.
[2]) F. C. Dahlmann, „Die Politik", 2. Aufl. Leipzig 1847.

gar manches Bedenken nicht zurückhalten. Der enge Geltungskreis und der Mangel jeglicher Anschmiegung an die österreichischen Eigentümlichkeiten gewährten der Kritik bald einen weiten Spielraum. Anton Springer[1]) hat in seinem trefflichen, aber vergrämten Geschichtswerke den Nagel auf den Kopf getroffen, da er meinte, es sollte eine Verfassung gegeben werden, die die Verfassung Österreichs nicht zum Gegenstande hatte. Dementsprechend fiel auch das Werk aus. Indes, im ersten Augenblicke dachte man nicht daran, Kritik zu üben. Noch war man politisch wenig geschult, und die Wiener Bevölkerung, deren Stimme doch am lautesten ertönte, freute sich in ihrer Gutmütigkeit des „Verfassungsgeschenkes", das jetzt sozusagen auf dem Tische jedes ehrsamen Bürgers lag. Am Abend des 25. April wurde die Stadt rasch illuminiert, und zur Hofburg bewegte sich feierlich und wohlgeordnet eine festlich gehobene Menschenmenge, um dem Kaiser eine Serenade darzubringen. Am nächsten Tage konnte man an allen Straßenecken ein Dankschreiben des Monarchen lesen, das die Freude über die „zufriedene und dankbare Aufnahme" der Konstitution ausdrückte.

Das Bild änderte sich in kurzer Zeit. Die Zungen wurden beweglicher, die radikalen Zeitungen erinnerten sich ihres eigentlichen Berufes, und die schonungslose Kritik setzte allerorten ein. Auch an der Universität pflanzte man bald die Fahne der Unzufriedenheit auf. Der Studentenausschuß arbeitete ein Memorandum aus, das die Einwände gegen das Verfassungswerk in vier Punkte zusammendrängte. Das Wahlrecht für die zweite Kammer sollte nicht von einem Steuerzensus abhängig gemacht werden; die Wahlfähigkeit für die erste Kammer hätten nicht bloß die bedeutendsten, sondern alle nicht ganz unbedeutenden Grundbesitzer zu erhalten; dem Volke sollte es freistehen, die Mitglieder der ersten Kammer zu wählen; der Monarch wäre zu bestimmen, sich der Ernennung von Mitgliedern für die erste Kammer zu enthalten. Diese Wünsche bewegten sich in bescheidenen Grenzen, und die Studenten legten Wert darauf, ihnen recht eindrucksvoll Gehör zu verschaffen. Deshalb wollte man

[1]) Anton Springer, „Geschichte Österreichs seit dem Wiener Frieden 1809", Bd. II. Leipzig 1865.

das Zentralkomitee der Nationalgarde, das seit dem 14. April bestand, für die Unterstützung der Forderungen gewinnen. In einer gemeinsamen Sitzung wurde am 5. Mai in der Aula über die Adresse an den Minister beratschlagt. Den auftauchenden Verschleppungsvorschlägen trat Fischhof in einer schneidigen Rede entgegen, die in die Mahnung ausklang: „Kein Zögern mehr!"[1]) Allein die Studenten waren vorerst gezwungen, ihren eigenen Weg zu gehen, weil die Vertreter der Nationalgarde und der Bürgerkorps die selbständige Überreichung einer Adresse beschlossen. Doch das Scheitern der Annäherungsversuche entmutigte nicht, sondern spornte vielmehr an, die Verbindung der zwei Komitees um so ernster zu betreiben. Es entstand auch wirklich ein Zentralkomitee der Garde und Studenten, dem Männer der verschiedensten Veranlagung und Temperamente angehörten. Fischhof war unter ihnen. Im Zentralkomitee wurde unermüdlich politisiert; allgemach entwickelte sich aus ihm ein kleines Parlament. Als am 11. Mai die provisorische Wahlordnung für den Reichstag erschien, mußte man wahrnehmen, daß die Regierung die gemäßigt demokratischen Wünsche unbeachtet gelassen hatte. Das Zentralkomitee beschloß daher, sogleich eindringliche Vorstellungen zu erheben, und beauftragte eine Kommission mit der ungesäumten Ausarbeitung einer Denkschrift. Fischhof, Unger, Schiel, Hofrat Dercsenyi und Würth entledigten sich dieser Aufgabe mit größter Promptheit, ohne dabei mehr des demokratischen Öls zu verlangen, als seinerzeit gefordert worden war. Durch seinen politischen Eifer wurde das Zentralkomitee der Regierung unangenehm; man empfand es als einen Fremdkörper, den man beseitigen wollte. Am 13. Mai wurde bekannt, daß der Oberkommandant der Nationalgarde, der unbeliebte Graf Hoyos, im Einverständnisse mit Freiherrn v. Pillersdorf für den nächsten Morgen einen Tagesbefehl vorbereite, durch den dem gemeinsamen Zentralkomitee der Garden und Studenten ein rasches Ende bereitet werden sollte. Politische Verhandlungen seien mit dem Institute der Nationalgarde unvereinbar: das war der leitende Gedanke

---

[1]) Moritz Smets, „Das Jahr 1848, Geschichte der Wiener Revolution", Bd. II. Wien 1872.

des bereits konzipierten Tagesbefehls. Im Zentralkomitee scheint die Daseinsfreudigkeit nicht übermäßig stark gewesen zu sein, denn man zeigte sich bereit, friedlich auseinanderzugehen. Aber eines gewaltsamen Todes wollte man nicht sterben. Fischhof, Goldmark, Schiel und Hofrat Dercsenyi wurden beauftragt, bei Pillersdorf vorzusprechen. Der Minister ließ den Kommandanten der Nationalgarde zu sich kommen, und es wurde nun vereinbart, daß die Veröffentlichung des Dekrets unterbleiben und das Zentralkomitee sich selbst ohne fühlbaren äußeren Druck auflösen solle. Alles schien aufs beste geordnet. Wie groß war jedoch das Erstaunen, als der ominöse Tagesbefehl dennoch an allen Mauern zum Vorscheine kam. An der Universität wurden heftige Worte des Unwillens laut, aber der Tag verlief, abgesehen von einigen nervösen Alarmrufen, ohne nennenswerten Zwischenfall.

Zum historischen Ereignisse gestaltete sich erst der 15. Mai. Der vernichtende Schlag, der aller Vereinbarung zum Trotze gegen das Zentralkomitee gerichtet wurde, hatte die akademische Jugend in eine leidenschaftliche Aufregung versetzt, die nach einer markigen Tat verlangte. Auch in den Arbeitervierteln hörte man unwillig von den letzten Vorkommnissen, und das Proletariat machte Miene, sich in Bewegung zu setzen. Es wollte der akademischen Legion demonstrierend zu Hilfe eilen, zumal da schon früh morgens der Ausmarsch der Truppen böse Absichten der Regierung zu verraten schien. Als die Kunde durch die Stadt lief, daß 10 000 Arbeiter im Begriffe seien, sich auf den Marsch zu machen, wurde dem Ministerium bange zumute. Es setzte sich mit populären Persönlichkeiten in Verbindung, und auch Fischhof wandte alle Kraft auf, um beruhigend zu vermitteln. Schließlich konnte das Proletariat dahin gebracht werden, sich mit einer passiven Rolle zu bescheiden. Das Feld war also den Studenten allein überlassen; die akademische Jugend gab dem Tage seinen grellen Anstrich. Um drei Uhr nachmittags hatte das Studentenkomitee in der Aula seine Sitzung begonnen und drei Forderungen formuliert: die Zurückziehung des Tagesbefehls vom 13. Mai, die gemeinschaftliche Besetzung der wichtigsten Posten durch Nationalgarde und

Militär, und die Beschränkung der militärischen Hilfsdienste. Eine Deputation nach der anderen wurde zur Regierung gesandt — Fischhof führte die dritte Abordnung —, ohne daß es gelungen wäre, einen zufriedenstellenden Bescheid zu erlangen. Mittlerweile hatte sich die Studentenlegion mit einem Teile der Nationalgarde auf die Beine gemacht, um in der Hofburg für die Annahme der Wünsche, für eine akzeptable Erledigung der Ehrensache einzutreten. Unterwegs begegneten Fischhof und Goldmark dem unübersehbaren Zuge. Sie waren eben aus der kaiserlichen Residenz zurückgekommen und bemühten sich, die Studenten zur Umkehr zu bewegen. Auch Professor Endlicher und Dr. Engel stimmten ihnen bei, aber die Aufforderungen wurden nicht beherzigt. Unter Trommelschall setzten die Kolonnen ihren Marsch fort. Spät abends erreichte die Spitze der Sturmpetition die Hofburg. Immer leidenschaftlicher wurde die Haltung der bewaffneten Menge, die aus den Zustimmungskundgebungen der Bevölkerung neue Begeisterung geschöpft hatte, immer dichter ballten sich die Scharen zusammen. Auch kleine Trupps von Arbeitern waren abends in die Stadt geeilt, die sich auf dem Michaelerplatz, der jetzt Konstitutionsplatz hieß, drohend aufstellten. Der tosende Lärm drang bis in die Gemächer der Hofburg und veranlaßte das Ministerium, das dort versammelt war, zur Nachgiebigkeit. Im Laufe des Abends hatten sich die Forderungen der Masse vermehrt; man wollte nun nicht mehr bloß den Fortbestand des Zentralkomitees sichern, sondern auch den heißesten demokratischen Wünschen zum Siege verhelfen. In ihrer Bedrängnis mußte nun die Regierung auf alles eingehen. Abschaffung des Oberhauses, Beseitigung der Zensusschranken, Einberufung eines konstituierenden Reichstages: das waren die Zusicherungen, die der Sturmmarsch der Universitätshörer, Techniker und Garden erwirkt hatte. Doch nur langsam trat Ruhe ein. Schwarz auf weiß wollte die mißtrauisch gewordene Bevölkerung die Bewilligung der Forderungen in Händen haben. Die Wohnung Pillersdorfs auf dem Graben wurde förmlich belagert, und die letzten Nachzügler gingen erst befriedigt heim, als Fischhof und Maximilian Engel um drei Uhr morgens die ersten gedruckten

Exemplare des Paktes zwischen Volk und Regierung brachten[1]). Am nächsten Tage erschien dann eine feierliche Proklamation des Kaisers, die alle argwöhnischen Zweifel behob.

In den drei inhaltsschweren Märztagen war verheißungsvoll entschieden worden, daß Österreich ein Verfassungsstaat werden sollte. Die wenigen bewegten Abendstunden des 15. Mai hatten einen weiteren Fortschritt gebracht, indem sie der Demokratie die bisher verrammelten Pforten ungestüm aufrissen. Aber die Wiener vermochten des bestrickenden Erfolges nicht herzlich froh zu werden. Eine reiche Ernte grüßte, doch die Schnitter empfanden dunkel, daß auf ihr nicht Gottes Segen ruhe. Zu stürmisch war der 15. Mai verlaufen. Bis in die Gänge der Hofburg hatten sich die Massen vorgeschoben, nicht um des kranken Kaisers Sicherheit zu gefährden, sondern um die unentschiedenen Minister aufzurütteln. Die Bande der Ordnung waren nun einmal gesprengt; wohin sollte das führen? Selbst in der Aula hätte man am liebsten wegen der nächtlichen Ruhestörung um Entschuldigung gebeten.

In diese trübseligen Stimmungen fiel eine schicksalsschwere Nachricht. Am 17. Mai, spät abends war's. Fischhof und Unger saßen müde in dem Raume eines der vielen Komitees, die im Jahre 1848 mit gleichen Mitgliedern, aber unter geändertem Namen auf der Bildfläche erschienen. Da kam ganz bestürzt ein Landmann, der die Hiobspost brachte, daß der Kaiser mit seiner Familie Wien verlassen, also die Flucht ergriffen habe. Um dieselbe Zeit etwa wurde in der Druckerei der amtlichen „Wiener Zeitung" ein Artikel gesetzt, der am nächsten Tage auch wirklich erschien. Er sollte die aufflatternden Gerüchte über die geplante Abreise des Monarchen endgültig entkräftigen; deshalb wurde dargelegt, daß des Kaisers Abreise der Flucht Ludwig des XVI. gleichkäme; der Monarch könne darum nicht nur in Wien bleiben, er müsse es tun. Und trotzdem die Abreise! Fischhof war wie niedergeschmettert. Er kannte die Wiener und fürchtete, daß dieselben Männer, die vor wenigen Wochen begeistert für die Freiheit eingetreten

[1]) J. A. Freiherr v. Helfert, „Geschichte der österreichischen Revolution", Bd. II. Wien 1909.

waren, von einer rasch aufschäumenden Gefühlswelle in das Lager der Reaktion getrieben würden. Durch die Märzbewegung lief ja, einem roten Faden gleich, eine kindliche Anhänglichkeit für den Monarchen. „Wiener, befreit Euern guten Kaiser Ferdinand aus den Banden seiner Feinde!", so konnte man am 13. März auf einem Zettel lesen, der an der Stephanskirche befestigt worden war. Die Abfahrt des Herrschers vermochte leicht böse Folgen zu haben; unter allen Umständen bedeutete sie eine schwere Gefahr für die Neueinrichtung Österreichs. Fischhof und Unger suchten sofort die Minister auf, die ahnungslos versammelt waren. Schreckensbleich nahmen die Ratgeber der Krone die Kunde entgegen; fassungslos standen sie einem Ereignisse gegenüber, das sie schmerzlich überraschte. Mit trüben Erwartungen trat Fischhof seinen Heimweg ins allgemeine Krankenhaus an. Von Sorgen erfüllt, wollte er nicht allein sein, und er bat deshalb Joseph Unger, die Nacht bei ihm zu verbringen[1]).

Am nächsten Tage verbreitete sich die Nachricht von der Abreise des Kaisers rasch, und die Physiognomie Wiens änderte sich mit einem Male. Die gutmütigen loyalen Menschen grämten sich wegen der Flucht des Monarchen, sie machten sich selbstquälerische Vorwürfe. Als zwei verwegene Journalisten — Leopold Häfner und Joseph Tuvora — in die Fabriksviertel fuhren, um für eine provisorische Regierung mit diktatorischer Vollmacht den Boden vorzubereiten, wurde ihnen übel mitgespielt. Dennoch glaubte man die etwas verwirrt gewordenen Arbeiter zur Ruhe und Ordnung ermahnen zu müssen. Goldmark, Fischhof, Unger und Giskra erließen im Namen der Studenten ein aufklärendes Sendschreiben. In den Zeitungen konnte man nun lamentable Artikel lesen; an allen Ecken wurde dem Kaiser ein Loblied gesungen. Allerdings fragte man sich bald, wie es gekommen sei, daß der sonst so vertrauensselige Monarch das Weite gesucht habe. Wer hatte ihn verführt, wer den guten Bürgersinn der Wiener durch Verleumdungen verhüllt? Alle Schuld wurde jetzt der gewiß nicht schuldfreien

[1]) Diese Darstellung stützt sich auf Mitteilungen, für die ich Sr. Exzellenz, Dr. Joseph Unger, sehr verbunden bin.

Kamarilla zugeschoben. Die gedrückte Stimmung in Wien erhielt noch dadurch eine Verstärkung, daß man in diesen Tagen das Gespenst des wirtschaftlichen Staatsbankrotts aus der Gruft steigen sah, in die es sich seit dem Jahre 1811 zurückgezogen hatte.

All die wechselvollen Ereignisse brachten es mit sich, daß für die Studentenlegion eine Passionswoche bevorstand. Nach der Abreise des Herrschers verschwand die allgemeine Beliebtheit, deren sich die bewaffneten Korps der akademischen Jugend früher zu erfreuen hatten. Auf dem Platze vor der Universität wurde es öde; die gedrückte Stimmung drang bis in die Aula. Es war nicht unbekannt geblieben, daß die Regierung die Auflösung der Studentenlegion gerne sehen würde, und gar mancher jugendliche Waffenträger erkannte, wie wenig sich die Universität dazu eigne, das politische Zentrum Österreichs zu sein. Der 22. Mai war ein Lostag. In der wieder vollgestopften Aula wurde über das Schicksal der Legion beraten. Professor Füster[1]), der freiheitsbegeisterte Feldkaplan der Studentenkorps, führte den Vorsitz. Adolf Fischhof trat unverblümt gegen das Regime der Jugend auf. Der edelgesinnte, aber weltfremde Füster wird in seinen Memoiren ganz böse, da er der Rede Fischhofs gedenkt, die doch ein schöner Beweis von Einsicht und von einem hohen, aller Popularitätshascherei abgewandten Mute ist. Der Mann des 13. März wies vor allem die Äußerung seines Vorredners Purtscher zurück, daß die Studenten Freiheitsapostel seien; nach dieser widerspruchsvollen Behauptung wären sie ja Aristokraten der Freiheit, während sie doch die Aristokraten der Geschichte bekämpften. Die Bürger Wiens seien mit der Jugend gewesen. Bürger haben ihr die Waffen gegeben, Bürger haben sie angeführt, und die Mitglieder des niederösterreichischen Gewerbevereins haben als erste mit Bewußtsein die Freiheit in ihrem Busen getragen. Einigkeit mit den Bürgern wäre daher vor allem nötig. Die Aula habe sich in einen nicht normalen Zustand hineingezwungen: sie sei legislatorisch aufgetreten; sie habe ein neues System dekretieren

[1]) Anton Füster, „Memoiren vom März 1848 bis Juli 1849", Bd. I. Frankfurt a. M. 1850.

wollen und Minister abgesetzt; sie habe Gericht gehalten und ähnliche Unzukömmlichkeiten begangen, während sie nur die Mission haben konnte, vereint mit allen anderen Klassen der Bevölkerung das alte System zu stürzen. Im übrigen stimmte Fischhof seinem Vorredner zu, der eine Vertagung der Universität bis Oktober für den Fall vorschlug, daß Pillersdorf Garantien für den ungestörten Genuß der Früchte des 15. Mai biete. Also nicht Auflösung, sondern Ausschaltung! Mit Einmütigkeit trat die Versammlung der Studenten für die Anregungen Purtschers ein, die von Fischhof unterstützt worden waren, und gab damit ein prächtiges Zeichen der Selbstbesinnung. Am 24. Mai erschien bereits ein Erlaß des Unterrichtsministers, der die Vorlesungen an der Universität, an der Technik und an der Akademie für bildende Künste für das laufende Schuljahr als geschlossen erklärte. Anstand erregte bloß der fünfte Punkt, aber dieser wurde gleich durch eine Nachtragsverfügung annehmbar gestaltet.

Leider wurde die Ungeschicklichkeit der Regierung wieder zum Verhängnisse. Österreich hätte einen Minister gebraucht, bei dem Kraft mit Klugheit, zweckbewußte Besonnenheit mit Scharfblick gepaart gewesen wäre. Pillersdorf war zwar fleißig, wohlwollend und stets bereit, einem passenden Nachfolger zu weichen, allein er konnte bei bestem Willen nicht der rauhen Zeit genügen, die wankelmütige Schwäche nicht vertrug. In ihm zeigte sich der Bureaukrat stärker als der Staatsmann. Nur so ist es zu erklären, daß die Regierung den ruhigen Ausschaltungsprozeß der akademischen Legion täppisch störte, weil sie fürchtete, daß eine Stockung eintreten könnte. Ihr Werkzeug war Graf Colloredo, der Kommandant der Legion, dessen großes Ansehen bereits zu verblassen begann. In einer verschwommenen sentimentalen Kundmachung stellte er am 25. Mai den Studenten die Frage, ob sie ihm vertrauten. Sollte dies der Fall sein, dann möge sich die Legion „großmütig und edel" ohne Zeitverlust auflösen. Weder die Art, noch der Inhalt dieser Kundgebung durch Maueranschläge war glücklich gewählt. Fischhof erhielt den Auftrag, unverzüglich zu antworten. War man bereit, sich friedlich zurückzuziehen, so wollte man dennoch nicht zwangsweise

aus der Welt geschafft werden. „Die akademische Legion löst sich nicht auf, sie steht und fällt mit den Errungenschaften des 15. März und des 15. Mai," lautete die Entgegnung[1]).

Die Regierung war entschlossen, brutale Gewalt anzuwenden, obwohl zweckbewußte Klugheit wirkungsvoller gewesen wäre. Am 26. Mai, als die Sonne nach bewölkten Tagen hell aufstieg, fand man an den Mauern Wiens eine langatmige Kundmachung, durch die der Studentenlegion der Garaus gemacht wurde. Vor der Universität war Graf Colloredo erschienen, um die herbeieilenden Studenten zu bewegen, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Aber die Jugend war nicht geneigt, der Willkür zu weichen. Sie kündigte ihrem Kommandanten den Gehorsam. Als nun das Militär anrückte, schwand auch der letzte Rest von Nachgiebigkeit hin. Macht gegen Macht! Man konnte ja erproben, wer stärker sei. Vorerst gelang es Füster noch, einen Zusammenstoß abzuwehren. Er drang in den kommandierenden Offizier General Sardagna, den Rückzug anzutreten, und der unschlüssige Mann gab endlich nach. Nun wurden wieder Deputationen zur Regierung gesandt — Fischhof, der die Studenten zur Selbstbeherrschung mahnte, und Füster sprachen gemeinsam bei Pillersdorf vor —, aber ohne Erfolg. Das Ministerium wollte von der Zurückziehung des Auflösungsbefehles nichts wissen. Indes, das hinterhältige Vorgehen gegen die Studentenlegion hatte den akademischen Bürgern aufs neue Freunde geworben. Die radikal gesinnten Vorstadtgarden erinnerten sich der guten Kameradschaft; das Proletariat zauderte nicht, zum Schutze seiner jungen Freunde herbeizueilen. Da die massiven Tore, die in die innere Stadt führten, geschlossen waren, wurde ohne lange Überlegung Sturm gelaufen. Die vordringenden Volksmassen ergossen sich durch die engen Straßen dem Universitätsplatze zu. Wilde Gerüchte schwirrten durch die Luft; man erzählte von blutigen Kämpfen bei den Stadttoren und von dem Anmarsche großer Truppenmengen. Die Phantasie war stark erhitzt, die Leidenschaft kochte in den freiwilligen Verteidigern der Errungenschaften der März-

[1]) Moritz Smets, „Das Jahr 1848, Geschichte der Wiener Revolution". Bd. II, Abschnitt 32. Wien 1872.

tage. Im Nu stiegen Barrikaden in die Höhe, die das Stadtbild um eine bisher fremde Erscheinung bereicherten. Man richtete sich auf eine regelrechte Verteidigung ein, ohne eigentlich genau zu wissen, wessen Übermut sich an den rasch zusammengetragenen Steinmauern brechen werde. Unterdessen mußten die Minister einsehen, daß sie sich zu viel zugetraut hatten. Dem einen unbedachten Schritt nach vorwärts folgte jetzt der Not gehorchend ein ansehnlicher Marsch nach rückwärts. Die Auflösung der akademischen Legion wurde als hinfällig erklärt; das Militär erhielt den Befehl, sich zurückzuziehen; den Arbeitern gab man wohlklingende Versprechungen mit auf den Weg.

Wien hatte eine Revolution mit Barrikaden erlebt, und das „souveräne Volk" war Sieger geblieben. Die Schlappe der Regierung ist wohlverdient gewesen. Pillersdorf wußte, daß das Ministerium nicht imstande sei, einem heftigen Ansturme Widerstand zu bieten. Nach den Mitteilungen des Kriegsministers bestand die militärische Besatzung Wiens bloß aus 10 000 Mann. Die Polizei war in völliger Auflösung begriffen, eine Gendarmerie gab es nicht. Der Regierung fehlte also jede zuverlässige Stütze, denn die Studentenlegion, die kampfbereiten Nationalgarden und die schnell erregten Arbeitermassen konnten die Militärmacht geradezu erdrücken. Es ist immer ein arger Fehler, wenn ein Schwächling die Pose des Riesen annimmt; Pillersdorf durfte das nicht übersehen[1]).

* * *

Autorität!, das war der Götze, den man früher in Österreich knierutschend angebetet hatte. Den Mächtigen war ob ihrer Gottähnlichkeit oft bange geworden; sie wußten, daß ihre Stärke nur Schein, ihre Größe nur Selbsttäuschung der anderen sei. Solange man jedoch dem Baal glaubt, daß er ein Gott sei, so lange hat er nichts zu befürchten. Die Untertanen in Österreich, die sich nicht rühren durften, denen es gar nicht einfiel, fordernd aufzutreten, fanden keine Möglichkeit, sich davon staunend zu überzeugen, daß die Autorität auf schwacher Grundlage ruhte.

---

[1]) Freiherr v. Pillersdorf, „Handschriftlicher Nachlaß". Wien 1863. (Die Katastrophe vom 26. Mai 1848.)

Anders war es jetzt in den Tagen des Völkerfrühlings. Leichtfertig hatte die Regierung ihr Geheimnis preisgegeben: der Götze Autorität lag in Scherben zerschlagen. Aber eine so gärungsvolle Zeit konnte einer starken Führung nicht entraten. Da keine Autorität vorhanden war, mußte eine neue geschaffen werden. Als Pillersdorf gefragt wurde, wer nun die Ordnung herstellen solle, meinte er, daß es denjenigen, „welche die Bewegung hervorgerufen haben, überlassen werden müsse, sie zu dämpfen". Freilich entsprang der Gedanke, eine tatkräftige Sicherheitsbehörde zu schaffen, nicht seinem Hirne. Eine nächtliche Deputation des Gemeindeausschusses hatte dem Minister die Bedingungen dargelegt, unter denen sich die Ruhe herstellen und die Barrikaden beseitigen ließen. An erster Stelle wurde der Vorschlag gemacht, die Exekutivgewalt vollständig einem unabhängigen Sicherheitsausschusse zu übertragen.

Diese Körperschaft trat auch bald in die Erscheinung. Am 1. Juni konnte sie sich bereits konstituieren. Sie bestand aus 20 Abgesandten des Wiener Gemeindeausschusses, aus je einem gewählten Vertreter der 40 Kompanien der akademischen Legion, der 136 Kompanien der Nationalgarde und der 34 Kompanien der alten Bürgerwehr, nebst 4 Eskadronen der Bürgerkavallerie. Es waren also 234 Mitglieder vorgesehen, zu denen dann später einige Nachzügler kamen. Da das Organisationsstatut der Nationalgarde vom 10. April alle Handwerksgesellen, Arbeiter und Dienstboten von der Nationalgarde ausschloß, waren in der neuen Körperschaft — die sich den langen Titel: Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte gab — die unteren Schichten der Bevölkerung unvertreten geblieben. Doch das hinderte nicht, daß sich der „Sicherheitsausschuß" — so nannte man die Körperschaft kurz — die Liebe der Massen erwarb. Es dauerte nicht lange, und sein Ansehen war nicht weniger stark nach oben wie nach unten hin. An Arbeitsfreudigkeit und an Pflichtbewußtsein kam der jungen Körperschaft keine andere Vereinigung gleich. In der Regel wurden täglich zwei Sitzungen abgehalten und für die Zeit, die dazwischen lag, war ein Journaldienst eingeführt. Der Sicherheitsausschuß

versammelte sich im alten Gebäude der Gesellschaft der Musikfreunde, das sich in der innern Stadt unter den Tuchlauben befand. Ein geräumiger, heller und freundlicher Saal bot für die Verhandlungen einen würdigen Rahmen. Auf der Bühne stand ein langer, schmaler Tisch, an dem das Präsidium Platz nahm. Im Parterre war für die Mitglieder Raum, während die Galerie dem Publikum geöffnet blieb. Trotz der großen Armut, die unter einem Teile der Mitglieder herrschte, verrichtete der Sicherheitsausschuß seine Arbeiten unentgeltlich. Der ideale Schwung war so groß, daß alle materiellen Gelüste zurücktraten. Für den Wirkungskreis des Sicherheitsausschusses gab es keine feste Abgrenzung. Das Ministerium stellte „das gesamte Staatseigentum, wie das Eigentum des allerhöchsten Hofes, alle öffentlichen Anstalten und Sammlungen, Institute und Körperschaften der Residenz unter den Schutz der Bevölkerung von Wien und des neugebildeten Ausschusses und erklärte denselben unabhängig von jeder anderen Behörde". Pillersdorf gab dem Ausschusse sogar ein gewisses Verfügungsrecht über die Regierung; sollte irgend eine Maßnahme des Ministeriums für notwendig erachtet werden, so würde die Regierung nicht säumen, „dem diesfalls gestellten Ansuchen zu entsprechen und den Sicherheitsausschuß von ihrem Erlasse jederzeit sogleich zu verständigen"[1]. In der hauptstädtischen Presse wurde lebhaft erörtert, ob die Körperschaft ihr Augenmerk bloß auf Wien lenken solle oder ob es ratsam wäre, das Arbeitsfeld auf ganz Österreich auszudehnen. In der Praxis hielt man es so, daß man sich mit den Fragen beschäftigte, die der Tag zutrug. Füster, der in seinem übersprudelnden Idealismus nicht leicht zu befriedigen war, bezeichnete den Sicherheitsausschuß als die beste und wohlfeilste Regierung, die Österreich je gehabt habe. „Mit seinem Erlöschen" — meinte der Stürmer — „schwand die glücklichste Periode der Freiheit hin[2]". Ernst Violand rühmte dem Sicherheitsausschusse nach, daß er gleichsam die verkörperte Rechtsidee gewesen sei[3].

---

[1]) J. A. Freiherr v. Helfert, „Geschichte der österreichischen Revolution", Bd. II. Wien 1909.

[2]) Anton Füster, „Memoiren", Bd. II, S. 122.

[3]) Ernst Violand, „Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich", S. 120. Leipzig 1850.

Bei aller Hochschätzung des redlichen Willens der meisten Mitglieder und der achtenswerten Begabung vieler Angehöriger muß man doch das Hauptverdienst für Adolf Fischhof in Anspruch nehmen. Er war Präsident des Sicherheitsausschusses geworden und hatte damit eine Stellung erlangt, die seinem vielseitigen Wissen, seiner nüchternen Überlegung und seiner richtigen Auffassungsgabe entsprach. Einen schwereren Stand als der Präsident des Sicherheitsausschusses haben wohl wenige Männer gehabt, denen die Führung parlamentarischer Körperschaften anvertraut war. Die Redelust der Mitglieder kannte keine Grenzen; die Meinungen liefen oft wirr durcheinander; die Temperamente ließen sich nicht immer zügeln. Da bedurfte es ebenso großer Gewandtheit als Kaltblütigkeit, um die Verhandlungen so zu leiten, daß sie positive Ergebnisse zeitigten. Fischhof verfügte über diese seltenen Qualitäten. Schon am ersten Tage seiner Präsidentschaft entfaltete er die notwendige Energie, als er den Mitgliedern des Sicherheitsausschusses den Schutz der Redefreiheit verbürgte, während er das undisziplinierte Publikum auf der Galerie, das sich in die Debatten einzumischen pflegte, unerschrocken aufforderte, künftig die Kunst des Schweigens zu üben. Diese Mahnung stieß freilich auf Unwillen, aber Fischhof wies sogleich darauf hin, daß jeder Deputierte im Namen von Hunderten spreche, weshalb dessen Stimme gewichtiger sei als jene der ganzen Galerie, wo nur jeder für sich selbst rede[1]). Mit unerschütterlicher Ruhe und Entschlossenheit lenkte der neue Präsident die Verhandlungen und die anderen Arbeiten des komplizierten Organismus; er führte nicht bloß den Sicherheitsausschuß, sondern beherrschte ihn meistens mit liebevoller und zielbewußter Kraft. So blieb diese Körperschaft von dem lockenden Mißbrauche ihrer Macht und vor jeder allzu gefährlichen Überhebung bewahrt. Fischhof zeigte sich aber nicht nur als erstaunlich gewiegter Vorsitzender, sondern er stellte auch als Redner seinen Mann. Ein zeitgenössischer Schilderer berichtete, daß Fischhof immer aus der Seele und daher zur Seele spreche. Man sehe ihm den Enthusiasmus an,

[1]) Moritz Smets, „Das Jahr 1848", Bd. II, S. 323.

ohne daß er von der Begeisterung willenlos fortgerissen werde[1]). Ein anderer, freilich nicht in allem verläßlicher Beobachter, entwarf von der äußeren Erscheinung Adolf Fischhofs folgendes Bild: Starker, runder Kopf, kurz geschorenes Haar, dichter, brauner Bart. Auf den ersten Blick sieht man irgend etwas Römisches in der Physiognomie Fischhofs; bei genauerer Betrachtung ist jedoch der Typus seines Stammes unverkennbar. Weniger robuster, als voller Körper. Man würde Fischhof dem Äußeren nach eher für einen behaglichen Rentner als für einen unbedeutenden Arzt halten, der bisher von einem kümmerlichen Taggeld leben muß[2]). ...

Montesquieus Perser staunten über den naiven Glauben vieler Franzosen, die annahmen, daß die Berührung des gekrönten Königs von schweren Gebresten heile. Wunderkraft wurde von der einfältigen Bevölkerung auch dem Wiener Sicherheitsausschusse zugeschrieben. Die Vertreter des „souveränen Volkes" sollten in allen Fragen des täglichen Lebens Bescheid wissen, Zweifel zerstreuen und Kümmernisse verscheuchen. Statt sich ganz der großen Aufgabe hingeben zu können, Wien zur gedeihlichen Ordnung zurückzuführen, mußten sie noch jedem einzelnen zur Verfügung stehen. Neben dem Erhabenen liegt das Lächerliche. In den Verhandlungen des Sicherheitsausschusses folgten einander unvermittelt Debatten über schwerwiegende Probleme und über kleinliche Vorkommnisse und Anfragen. Es ist deshalb nicht gut möglich, die Geschichte dieser Körperschaft erschöpfend darzustellen, denn die Erzählung würde ein falsches Bild entrollen, wenn man all das wegließe, was uns

---

[1]) „Sonntagsblätter". Wien 1848. (Silhouetten der Reichstagsabgeordneten: Fischhof.)

[2]) „Reichstagsgalerie". Geschriebene Porträts. Wien 1849. — Der Vollständigkeit halber sei auch ein Urteil angeführt, das „Der konstitutionelle Hans Jörgel", Wien 1848, Heft 24, über Adolf Fischhof fällte: „Guter Kopf. — Tüchtige Schulbildung. — Guter fertiger Redner. — Ehrgeiz. — Eitel. — Daher zuweilen anmaßend." Diese halbabweisende Meinung kann nicht mit der antisemitischen Tendenz dieser Zeitschrift erklärt werden, denn in Nr. 25 erfährt zum Beispiele der Wiener Rabbiner und Abgeordnete Mannheimer eine sehr wohlwollende Glossierung. Dagegen hat der parlamentarische Porträtist des Hans Jörgel im allgemeinen sehr oft übers Ziel geschossen, und seine Ansichten würden von gar vielen Politikern ein falsches Bild vermitteln, wenn man sie bedenkenlos akzeptierte. Das taktvolle Wesen Fischhofs hat sonst auch überall Anerkennung gefunden.

heute nebensächlich scheint. Bei Ausmalung aller Einzelheiten aber käme ein Gemälde zustande, das unseren nüchternen Geist seltsam anmuten würde. Trotz des Beschlusses, die Verhandlungen des Sicherheitsausschusses stenographisch aufnehmen zu lassen, blieb es bei kurzen offiziellen Berichten, die nichts weiter als die Ergebnisse der Diskussionen trocken mitteilten. Nach jeder Sitzung flatterte ein lithographiertes Protokoll in die Welt hinaus. Machen wir einige Stichproben! Da finden wir einen Antrag des Vorsitzenden Fischhof, daß der Justizminister zu ersuchen sei, die für Preßangelegenheiten geplanten Geschworenengerichte provisorisch auch für politische Vergehen einzusetzen. Weiter regte Fischhof an, den Gemeindeausschuß zu bestimmen, die Polizei baldigst im volkstümlichen Sinne zu reformieren, bis dahin aber die Verhandlungen der Polizeibehörde tunlichst öffentlich zu führen. Immer und immer wieder mußte sich der Sicherheitsausschuß mit der Begrüßung von Deputationen befassen, die aus den Provinzen aufmunternd herbeieilten. Ein andermal wurden Ordonnanzoffiziere wegen der Verbreitungböswilliger Gerüchte verhaftet; sie zu verhören, war das Geschäft der Körperschaft. Selbst einfache Raufhändel kamen vor das Forum des Sicherheitsausschusses. Über Bäcker und Fleischhauer wurde stets aufs neue geklagt, und immer mußte der Sicherheitsausschuß einschreiten. Ihn beschäftigte sogar das gewiß nicht weltbewegende Vorkommnis, daß ein Tischlermeister seinen Arbeitern widerrechtlich Geld vorenthielt. In einem der nächsten Protokolle sehen wir aber, wie auch die große Politik zu ihrem Rechte kam. Beim Ministerium des Äußeren wurde angefragt, was die in der „Wiener Zeitung" mitgeteilte Drohung Rußlands gegen Preußen zu bedeuten habe. Am 8. Juni lief beim Sicherheitsausschusse die Anzeige ein, daß Leute mit wahrscheinlich diebischen Absichten in die Abzugskanäle hinabgestiegen seien. Da mußte natürlich eine Amtshandlung eingeleitet werden. Ein andermal beschwerten sich einige Fabriksarbeiter, daß die Herren über Mangel an Arbeitern klagten und die sich meldenden Bewerber doch nicht akzeptieren wollten. Der 12. Juli brachte die Zuschrift eines Garden, die das gesetzwidrige und unschicklich Baden im Wiener-Neu-

städter Kanal tadelte. Gleich wurde eine Kundmachung gegen diesen Unfug beschlossen. Die unverbesserlichen Hasardspieler und die Tabakschmuggler an der Universität gaben viel zu schaffen. Den unheimlichen, aber lustigen „Katzenmusiken" mußte Einhalt geboten werden. Gerüchte von der Gründung eines republikanischen Arbeitervereins veranlaßten zu Recherchen... Dieser Blütenstrauß soll nur eine Vorstellung von der abwechslungsreichen Fülle der Arbeit geben, die dem Sicherheitsausschusse oblag. Viel wurde für die Einhaltung der Gesetze und nicht weniger Ersprießliches für die Fortentwicklung der staatlichen Einrichtungen geleistet. Die Volksmänner bemühten sich, die Ausschreibung der Reichstagswahlen zu beschleunigen; sie kämpften unermüdlich gegen die Teilnahmslosigkeit an, die in dem ruhebedürftig gewordenen Wien der Volksabstimmung entgegengebracht wurde. Mit hellem Jubel hörte man in der Vormittagssitzung am 11. Juni, daß es dem Sicherheitsausschusse gelungen sei, den Arbeitern das Wahlrecht zu verschaffen. Füster, der selbst Geistlicher war, veranlaßte, daß dem Mißbrauche der Kanzel für politische Zwecke erfolgreich begegnet wurde. Ernstlich bestrebte man sich, das Landvolk über seine politischen Pflichten und Rechte aufzuklären. Gegen den Waldfrevel, über den wiederholt aus verschiedenen Gegenden Klagen einliefen, wurden energische Maßnahmen getroffen. Unnachsichtlich wachte man über die Einhaltung der sozialpolitischen Verordnungen. Der Sicherheitsausschuß hatte dekretiert, daß die Geschäfte Sonntag nachmittags geschlossen bleiben müßten, und er ließ sich davon nicht abbringen, als die Kaufleute — zum Beispiele in Alt-Lerchenfeld — Vorstellungen erhoben.[1])

Waren sich die Männer, die das Schicksal im alten Musikvereinssaale zusammengeführt hatte, ihrer Mission, dem Volke Führerdienste zu leisten, wohl bewußt, so verstanden sie es auch, dem Fühlen der Massen beredten Ausdruck zu geben. An Kaiser Ferdinand wurde nach Innsbruck eine Abordnung gesandt, die eine Bittschrift überreichte und die Rückkehr des Monarchen nach Wien zu bewerkstelligen suchte. Allerdings mußte die Deputation

---

[1]) Siehe die lithographierten Berichte des Sicherheitsausschusses vom 4., 5., 7., 8., 11., 12., 24. und 27. Juni. Siehe auch: Anhang I.

fünf Tage warten, ehe sie ihren Buß- und Bittweg zum Throne antreten durfte[1]). Die Bürger der alten Kaiserstadt sind in ihrer Liebe sehr wandelbar; aber auch ihr Groll hat keinen Bestand. Anfang Juni trat wieder eine militärfreundliche Stimmung ein, und der Sicherheitsausschuß erließ nicht bloß eine Sympathiekundgebung für die k. k. Armee, sondern er wollte je zwei Abgeordnete aller Truppengattungen seinen Beratungen zuziehen. Am 13. Juni schlug der Patriotismus hohe Wogen. Dr. Fischhof lenkte die Diskussion auf den Krieg, den Österreich in Italien führte und der bisher unglücklich verlief, weil er unpopulär gewesen sei. Man wollte jedoch — legte der Präsident dar — nicht gegen ein Volk kämpfen, das frei zu werden bestrebt war. Jetzt handle es sich nicht mehr um die Eroberung Italiens, denn jeder sehe ein, daß Italien frei werden müsse. Diese Ansicht scheine auch höheren Ortes vorzuwalten, wie die Sendung des Kardinals Marichetti andeute. Es gelte nun bloß, einen ehrenvollen Frieden zu ermöglichen, es handle sich um die Waffenehre Österreichs. Deshalb müsse jeder Österreicher an der großen Sache teilnehmen. Man möge alle Bewohner aufrufen, und es so machen wie Frankreich in den neunziger Jahren, indem man das ganze Land in ein Heerlager verwandle. Der letzte Kreuzer solle auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht werden. „Wenn wir in den Jahren 1809 und 1813 als Knechte patriotisch waren" — führte Fischhof zündend aus — „so werden wir auch als freie Männer patriotisch sein können." Füster sagte in gleichem Sinne: „Der sei nicht wert, ein Österreicher zu sein, der für Österreichs Ehre kein Herz habe." Eine stattliche Reihe von Rednern ergriff nun das Wort, um die Bedeutung des Krieges in Italien und die Wichtigkeit eines ehrenvollen Friedensschlusses zu besprechen. Fischhof meinte zusammenfassend, daß der moralische Eindruck ein ausschlaggebendes Moment bilde. Die Italiener seien zu kluge Rechner, als daß sie nicht einen Frieden auf Grundlage der Selbständigkeit einem verzweifelten Kampfe vorzögen; doch vorher müsse die Scharte ausgewetzt

[1]) Moritz Smets, „Das Jahr 1848", Bd. II, 4. Buch.

werden, die durch die Niederlagen Österreichs entstanden sei. Der Sicherheitsausschuß wählte zwei Kommissionen: ein Ausschuß sollte beraten, wie ausreichende materielle Mittel aufzubringen wären, der andere hatte eine Proklamation auszuarbeiten und die Erregung der Sympathie und des Enthusiasmus zu betreiben[1]).

Vom schlanken Turme der Stephanskirche wehte seit April ein schwarzrotgoldenes Banner. Das deutsche Nationalbewußtsein war in Wien innige Gefühls- und oberflächliche Modesache geworden. Der Sicherheitsausschuß schickte schon in seiner Sitzung am 8. Juni drei Mitglieder huldigend in die Paulskirche nach Frankfurt a. M. Die feierliche Adresse besagte: „Wisset, solange die Sonne der Freiheit Wiens Mauern bescheint, werden seine Bewohner nicht aufhören, für deutsches Volkstum, deutsches Recht und deutsche Freiheit zu leben und zu sterben!" Da mußte das anmaßende Benehmen der Prager „Swornostmänner", die um diese Zeit als Vertreter der Tschechen nach Wien gekommen waren, um so unangenehmer berühren. Fischhof empfing die Abordnung im Sicherheitsausschusse mit aller Höflichkeit; als die jugendlichen Herren jedoch ihren nationalen Chauvinismus ohne Rücksicht auf die Pflichten des Gastes zu weit trieben, fuhr der Präsident ergrimmt von seinem Platze auf: „Meine Herren!" rief er, „ich glaube, wir gebrauchen das Hausrecht und jagen die Gäste selbst hinaus!" Der Sicherheitsausschuß hielt die agitatorisch auftretenden Swornostmänner an, die Reichshauptstadt innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Das war am 13. Juni der Fall. Damals herrschte in Prag ein blutiger Aufruhr. Dunkle Gerüchte drangen über die Revolution von den Ufern der Moldau nach Wien. Im Sicherheitsausschusse rangen die demokratischen und die nationalen Empfindungen miteinander. Schon am 12. Juni stellte ein Mitglied den Antrag, „wegen der bedrückenden Verhältnisse der Deutschen in Böhmen" eine Deputation nach Prag zu senden[2]). Indes, erst am 16. Juni verließen sieben Ausschußmänner die Kaiserstadt, um in Prag nicht viel mehr als eine — gemütliche

[1]) „Österreichisch-Deutsche Zeitung", Wien 1848, Nr. 53 und 54.
[2]) „Allgemeine österreichische Zeitung", Wien 1848, Nr. 163.

Gefangenschaft zu erleben. Übrigens vergaß der Sicherheitsausschuß keinen Moment, daß Österreich nicht allein von Deutschen bewohnt wird. In dem knappen Programme, das vom Zentralwahlkomitee für die Reichstagswahlen ausgearbeitet wurde, verlangte der fünfte Punkt die „Anerkennung der vollkommenen staatlichen Gleichstellung aller Nationen des österreichischen Kaiserstaates"[1]).

Die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse des Proletariats haben im Jahre 1848 eine Quelle ständiger Sorgen für die Männer gebildet, die jeweilig am Ruder waren. Der argen Beschäftigungslosigkeit hätte auch unter anderen Umständen Einhalt geboten werden müssen. Um wie viel mehr jetzt, da das Proletariat sein Schwert in die Wagschale der Entscheidungen geworfen hatte, da es mit seiner wuchtigen Kraft für die Demokratisierung Österreichs eingetreten war. Seit Anfang Mai bestand ein von der Regierung eingesetztes Arbeiterkomitee, dem die Versorgung der beschäftigungslosen Proletarier oblag. Für Rechnung des Staates und der Kommune wurden rasch Bauten und Erdarbeiten in Angriff genommen, die den Arbeitern einen Unterhalt verschafften, ohne ihnen allzu drückende Pflichten aufzuerlegen. Der Sicherheitsausschuß mußte sich begreiflicherweise unausgesetzt mit der so aktuellen Arbeiterfrage beschäftigen. Wohl hatte diese Körperschaft im Vereine mit dem Gemeindeausschusse ein neues Arbeiterkomitee eingesetzt, das seinen schwierigen Beruf mit selbstloser Hingebung auszufüllen suchte. Das Proletariat hatte in dem jugendlichen Studenten Willner einen aufopferungsvollen Freund gefunden, der sich bei den Arbeitern einer geradezu rührenden Beliebtheit erfreute. Er wurde deshalb oft der „Arbeiterkönig" genannt. Von allem Anbeginne an war vom Sicherheitsausschusse der Grundsatz anerkannt worden, daß der Staat verpflichtet sei, allen Arbeitsuchenden Arbeit zu verschaffen oder, falls dies unmöglich wäre, ihnen den gewöhnlichen Taglohn selbst ohne Arbeit auszufolgen[2]). Auch das Plenum des Sicherheitsausschusses wandte der so-

---

[1]) Maximilian Bach, „Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848", 13. Kapitel.
[2]) E. V. Zenker, „Die Wiener Revolution 1848", 6. Kapitel.

zialen Frage seine volle Aufmerksamkeit zu; man ließ nichts unversucht, was geeignet gewesen wäre, das Los des Proletariats zu bessern und seine Beschäftigung zweckmäßiger zu gestalten. Am 5. Juni bereits wurde einer Anregung Fischhofs zufolge das Arbeiterkomitee beauftragt, eine Kommission damit zu betrauen, Vorschläge zur günstigeren Gestaltung des Schicksals der arbeitenden Klasse schleunigst zu erstatten und besonders die Errichtung von Kinderbewahranstalten, gemeinschaftlichen Koststellen, Waschanstalten usw. in Erwägung zu ziehen[1]) ... Was in der kurzen Zeit zu bewerkstelligen war, ist gewissenhaft geschehen. Die harten Vorwürfe, die später erhoben wurden, sind unbegründet und beweisen nur, daß es viel leichter ist, in der stillen Arbeitsstube Pläne zu entwerfen, als in stürmischer Zeit Taten zu vollbringen. Man hat es dem Sicherheitsausschusse übel angekreidet, daß er die Arbeiterscharen meist eine unproduktive Tätigkeit verrichten ließ, die für das Proletariat weder aneifernd, noch für die öffentlichen Fonds nützlich war. Aber man muß sich bloß über das Problem klar werden, das Anno 1848 vorlag, um gerechter zu urteilen. Es handelte sich darum, das beschäftigungslose Proletariat einerseits zu ernähren, anderseits vom Felde des revolutionären Ehrgeizes abzuziehen und auf den nüchternen Boden der Arbeit zu stellen. Eile war geboten! Die Beschäftigung mußte jedem zugänglich sein, denn eine Differenzierung der Fähigkeiten konnte in den Tagen der Aufregung und Verwirrung nicht platzgreifen. Man hat die Frage aufgeworfen, warum nicht nach französischem Muster Nationalwerkstätten errichtet wurden. Allein, es wäre gut gewesen, wenn sich die kritisierenden Sorgenmacher vorher angesehen hätten, was eine in ihrer Arbeiterfreundlichkeit gewiß unverdächtige Persönlichkeit, was Ferdinand Lassalle im Mai 1863 über die „Ateliers nationaux" schrieb. Ein Hauptverdienst des Sicherheitsausschusses bestand darin, daß er die unruhigen Arbeitermassen von aller demonstrativen Geschäftigkeit ferne zu halten wußte, solange Fischhof das Präsidium inne hatte. Zu unglückseligen Zusammenstößen zwischen dem Bürgertume

[1]) Lithographiertes Protokoll des Sicherheitsausschusses vom 5. Juni. Morgensitzung. Punkt 8.

und dem Proletariate kam es erst, als in der Leitung eine Änderung eingetreten war.

Anfangs hatte zwischen der Regierung und dem Sicherheitsausschusse ein gutes Einvernehmen bestanden. Die erfreulichen Beziehungen sollten nicht lange währen. Der Sicherheitsausschuß wollte für die schnöde Behandlung seiner Sendlinge in Prag eine ausreichende Genugtuung haben, ohne jedoch bei Freiherrn v. Pillersdorf verständnisvolle Bereitwilligkeit zu finden. Das war der Beginn der Spannung. Allgemach hatte sich in den demokratischen Kreisen Wiens eine vorurteilsvolle Mißstimmung gegen die Regierung verbreitet, der nun der Sicherheitsausschuß vollends unterlag. Im Gebäude der Gesellschaft der Musikfreunde wurde der Stab über Freiherrn v. Pillersdorf gebrochen, obgleich Adolf Fischhof für den Minister eintrat. Aber 174 gegen 6 Stimmen entschieden sich für die Absetzung, und eine Deputation, die vom Präsidenten geführt wurde, sprach beim Stellvertreter des Kaisers, beim volkstümlichen Erzherzog Johann vor, der die Entlassung des Ministeriums unverweilt vornahm. Pillersdorf fiel am 8. Juli. Erst elf Tage später trat die neue Regierung Doblhoff in Aktion, die den Wünschen des Sicherheitsausschusses angepaßt war. In der Zeit, die dazwischen lag, gab es in Wien nur ein Regierungsorgan: den Sicherheitsausschuß. Als der Tag nahte, an dem der konstituierende Reichstag eröffnet werden sollte, riet Fischhof, daß sich das kleine Parlament im Musikvereinssaale freiwillig auflösen möge. Zu viele Köche verderben die Speisen; zu viele beratende Körperschaften führen zur Ratlosigkeit. Doch Fischhof drang mit seinem zeitgemäßen Vorschlage nicht durch. Der Sicherheitsausschuß blieb bis gegen Ende August bestehen, sein kraftvoller Präsident aber zog sich zurück; er glaubte, daß sein Platz im Reichstage sei. Am 17. Juli nahm Fischhof von seiner liebgewordenen Würde Abschied.

Im Jahre 1848 war die junge Macht: die freie Presse, rasch zur Großmacht geworden. Das gedruckte Wort übte einen magischen Zauber aus, es prägte sich in den Köpfen ein und leitete die leselustige Bevölkerung, die das Pathos noch als Meinung, das radikale und konservative Geschimpf als Überzeugung hin-

nahm. Da ist es von Wichtigkeit, nachzuforschen, wie sich der Sicherheitsausschuß im Urteile der Presse spiegelte. An der Wiege stand der Argwohn der gemäßigten und reaktionären Zeitungen und das gnädige Wohlwollen der polternden Organe. Fischhof hat es zur Ehre der Körperschaft dahin gebracht, daß sich der Spieß umkehrte. Alle Besonnenen gewannen Zutrauen; alle Einsichtigen erkannten bereitwillig an, daß der Sicherheitsausschuß wirklich für Sicherheit und Ordnung sorge. Selbst J. S. Ebersberg verbeugte sich vor der demokratischen Körperschaft. Der „Zuschauer" segelte schon flott im trüben Wasser des Antisemitismus, als Ebersberg von Fischhof schrieb, daß er neben Goldmark eine der wenigen Persönlichkeiten von Talent sei, die durch den Umschwung zur Bedeutung gelangten. Am 14. August wurde Fischhof im „Zuschauer" noch als das einzige „wahrhaft staatsmännische Talent" im nachmärzlichen Wien gepriesen[1]).

Weniger gut kamen Adolf Fischhof und der Sicherheitsausschuß bei den Blättern weg, die auf der äußersten Linken standen. Des Präsidenten mutiges Eintreten für den als Geisel behandelten Professor Hye[2]) hatte verärgert, und auch das spätere Verhalten war selbstredend nicht danach angetan, den radikalen Schwätzern Sympathie einzuflößen. Man fühlte sich enttäuscht und wollte sich rächen. Verdächtigungen bilden abscheuliche Waffen, aber sie fügen bisweilen Wunden zu. So wurde denn Adolf Fischhof trotz seiner unnahbaren Rechtlichkeit, trotz seiner warmfühlenden freiheitsbegeisterten Liebe für das Volk mit ganz grundlosen Verleumdungen heimgesucht. „Der Freimütige", den der gewissenlose, oberflächliche Kampfhahn Mahler herausgab, feuerte am 24. Juni einen Alarmschuß ab, nachdem er die Ordnungshüter schon früher verhöhnt hatte. „Der Ausschuß

---

[1]) „Der Wiener Zuschauer", Nr. 94, Wien 1848. Herausgegeben von Ebersberg. (Der Sicherheitsausschuß). Nr. 129 (Emanzipation der Israeliten).

[2]) Zu den „konstitutionellen Garantien" des Ministeriums vom 26. Mai gehörte auch die Zusicherung, die für die „unglücklichen Vorfälle" verantwortlich gemachten Personen eventuell strenge zu bestrafen. So wurde Prof. Hye wegen des „Angriffes auf die Souveränität des Volkes und auf die Staatsverfassung" in Untersuchung gezogen. Der Sicherheitsausschuß machte Miene, sich in ein Tribunal umzuwandeln. Dagegen sprach Fischhof heftig. Hye solle entweder Verzeihung finden oder einem ordentlichen Gerichte überstellt werden. Das Letztere geschah auch. — Smets, „Das Jahr 1848". 2. Bd. Seite 295 ff.

ist reif zum Falle; Nationalgarde, akademische Legion, habt acht!" Sieben Anklagen wurden erhoben, sieben Verleumdungen ausgesprochen. Im Sicherheitsausschusse veranstaltete man für Fischhof eine solenne Kundgebung. Man wollte in der Presse öffentlich „für den guten Namen Fischhofs" einstehen. Der Präsident lehnte jedes Ehrlichkeitszeugnis ab; wenn „Der Freimütige" verleumde, so spreche die Sache selbst dagegen; die Residenz werde zwischen ihm (Fischhof) und Herrn Mahler entscheiden ... In der nächsten Sitzung des Sicherheitsausschusses kam man abermals auf die Angriffe zurück. Einzelne Mitglieder wollten, daß „gegen den schamlosen Schreiber etwas geschehe". Fischhof warnte davor; man könnte Mahler keinen größeren Gefallen erweisen, als wenn man gegen ihn einschritte. Das hinderte den „Freimütigen" natürlich nicht, sich als verfolgte Unschuld hinzustellen. Der Ausschuß sei gegen die freie Presse, hieß es. So unanständig kämpfte man schon in den ersten Wonnemonaten der Völkerfreiheit! Der Haß der radikalen Presse brachte es mit sich, daß Adolf Fischhof mit Schmäh- und Drohbriefen überhäuft wurde. Ein anderer hätte durch solche Vorkommnisse vielleicht die gute Meinung von der Menschheit verloren. Als die Deputation des Sicherheitsausschusses nach Prag gekommen war, hatte sie sich vor dem General Wallmoden legitimieren müssen. Der Offizier sah die Vollmacht an, die Unterschriften des Präsidenten des Sicherheitsausschusses und des Ministers des Innern trug. Dabei meinte der General: „Fischhof, der Name ist gut — Pillersdorf gilt hier nicht!" Diese Äußerung wurde viel besprochen. Fischhof wußte nicht, was der General bei seinem rätselhaften Ausspruche im Sinne gehabt hatte. Wahrscheinlich hat Graf Wallmoden sich überhaupt nichts gedacht. Aber die geschäftigen Lästerzungen bemächtigten sich der Worte dennoch gierig. Schon Goethe sagte: „Im Auslegen seid frisch und munter! Legt ihr's nicht aus, so legt was unter."

Der Präsident des Sicherheitsausschusses wurde auch sonst mit lügnerischer Tücke verfolgt. Am 22. Juni fand die Fron-

[1]) „Österreichisch-Deutsche Zeitung", 19. Beilage, Wien 1848. — „Der Freimütige", Nr. 69, 70 und 73, Wien 1848.

leichnamsprozession in Wien statt. Früher ein willkommener Anlaß zu festlichem Gepränge, verlief sie diesmal wenig glanzvoll. Der Hof lebte von der Hauptstadt ferne, die Generalität hielt sich abseits. So wurde dem Zug alle Farbenbuntheit genommen. „Ein paar Fragmente unseres zerbröckelten Magistrats, ein paar Brocken unserer fragmentarischen Universität, die Gemeindeausschußmitglieder im schwarzen Frack, endlich der Sicherheitsausschuß: das war alles", klagte ein Zuseher. „Wäre der Sicherheitsausschuß nicht erschienen, kaum 100 Personen würden im Zuge gewesen sein, in dem sonst Tausende waren"[1]). Fischhof hatte die Anordnung getroffen, daß der Sicherheitsausschuß auf sein Recht des Vortrittes verzichte; der Präsident selbst hatte sich vom Zuge absentiert. Doch wer die Wahrheit nicht aussprechen mag, der findet immer Stoff zur Lüge. Bald hieß es in einem gehässigen Berichte, der viel böses Blut machte: „Am tiefsten mußte es schmerzen, zu sehen, wer diesmal die Stelle des Kaisers einnahm. Es war der Jude Fischhof, der als Präsident des Sicherheitsausschusses mit brennender Kerze unmittelbar, wie sonst die kaiserliche Majestät des apostolischen Königs, dem Traghimmel folgte. War dies ein nichtssagender Zufall, war es ein inhaltschweres Symbol?"[2]) Geflissentlich wurde diese Version verbreitet, die besonders in der ohnehin argwöhnischen Umgebung des Monarchen peinlich berührte. Fischhof hat zartfühlend nichts unterlassen, um der Wahrheit zum Durchbruche zu verhelfen. Die Mär wurde aber geglaubt, obwohl Zehntausende das Gegenteil bezeugen konnten. Entstellungen finden eben leicht Gläubige; die Wahrheit jedoch begegnet vielen Zweiflern.

* * *

Der konstituierende Reichstag wurde in der kaiserlichen Burg in Wien behaglich untergebracht. Die große stilvolle Hofreitschule war zweckmäßig in einen Parlamentssaal

---

[1]) „Allgemeine Zeitung", Nr. 180 vom 28. Juni. Augsburg 1848. (Wiener Brief.)

[2]) „Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland". Siehe Moritz Smets, „Das Jahr 1848", Bd. II, 4. Buch, Abschnitt 16.

umgewandelt worden. Vom Josephsplatze aus konnte man das rasch adaptierte Heim der österreichischen Volksvertreter erreichen. Wer das Parlament betreten wollte, mußte also an dem edelgeformten Reiterstandbilde vorbeigehen, das dem warmfühlenden Monarchen, dem tatkräftigen Sohne der klugen Maria Theresia gewidmet war. Auch Joseph II. hatte von einem neuen Österreich geträumt und schmerzerfüllt wahrnehmen müssen, daß der gute Wille nicht ausreicht, wenn ihm die Kraft ermangelt, die feindlichen Widerstände zu besiegen. Was der einzelne nicht vollbringen konnte: vielleicht wird es den 383 Männern gelingen, die Österreichs Völker vertrauensvoll nach Wien gesandt haben? ... Freilich, eine kleine Ernüchterung trat in kurzer Zeit ein. Die Wiener, die sich als die Träger der Revolution fühlten, sahen nun eine slawische Majorität im Reichstage, die Städter fanden, daß zu viel bäuerliche Vertreter in den trachtenbunten, amphitheatralisch aufsteigenden Bankreihen der Abgeordneten saßen. Am 10. Juli tagte die erste vorberatende Versammlung; am 22. Juli erfolgte die feierliche Eröffnung des Reichstages. Mit ungewöhnlicher Redefreudigkeit stürzten sich die Volksvertreter in die Debatten. In den ersten drei Monaten wurden über 1500 gedruckte große Protokollseiten vollgesprochen. Wie in der Paulskirche, wie in allen jungen Parlamenten, herrschte auch im Wiener Reichstage eine seltsame Überschätzung des Wortes. Gewiß, der Anlaß dazu lag nahe. Wie einst Trompetenstöße die Mauern Jerichos, so hatten die markigen Sätze einer Rede die Wälle gesprengt, die das vormärzliche Österreich umgaben und zum vielbedauerten China Europas machten. Doch Niederreißen und Aufrichten ist etwas anderes! Jetzt wollte man Taten sehen, und im konstituierenden Reichstage wurden schöne Worte gewechselt. ...

Adolf Fischhof war im VI. Wiener Vorstadtwahlbezirke Wieden-Matzleinsdorf gewählt worden. Vor dem ersten Zusammentritte des Reichstages hatten sich in seiner ärmlichen Wohnung ungefähr 15 Abgeordnete eingefunden, die sich über ein gemeinsames Programm verständigten. Demokratische Monarchie, Volkssouveränität und innigster Anschluß an Deutschland, das

waren — wie Kudlich erzählte[1]) — die Grundlinien, die man feststellte. Von einer detaillierten Ausarbeitung, beziehungsweise von der Veröffentlichung des Programms wurde Abstand genommen. Fischhof nahm auf der linken Seite des Reichstages Platz. Vielsprecherei war nicht seine Art, und gar oft verzichtete er auf das Wort, das ihm erteilt wurde, um einem Kollegen die Freude der Rede zu verschaffen. Gleich in der zweiten Sitzung ließ er die bezeichnende Äußerung fallen: „Wir sind nicht hier, um zu faulenzen, wir sind hier, um zu arbeiten!"[2]) und unter Arbeit verstand er etwas ganz anderes als rhetorisches Blendwerk.

Fischhof hatte vom Sicherheitsausschusse viele Erfahrungen in der Erledigung parlamentarischer Geschäfte mitgebracht, die er im Reichstage gut verwerten konnte. Es war schwer, das komplizierte Räderwerk in regelmäßigen Gang zu setzen, und Fischhof mußte mehr als einmal mit praktischem Rate beispringen. Als sich ein Komitee zur Ausarbeitung einer provisorischen Geschäftsordnung bildete, nahm der Präsident des Sicherheitsausschusses an den Arbeiten rege teil; er wurde auch am 20. Juli mit acht anderen Kollegen berufen, den Entwurf einer definitiven Geschäftsordnung für den Reichstag fertigzustellen. Oftmals ergriff er im Plenum zu kurzen aufklärenden Bemerkungen das Wort, um zu Fragen der Parlamentstechnik Stellung zu nehmen. In der dritten vorbereitenden Sitzung wurde zum ersten Male darüber verhandelt, welche Geschäftssprache zu gelten habe. Der Abgeordnete Mayer erinnerte an den babylonischen Turmbau und warnte davor, das Verlangen der nichtdeutschen Völker nach Verdolmetschungen zu erfüllen. Füster erachtete es als Gewissenssache, daß jeder Deputierte der Sprache mächtig sei, in der verhandelt werde. Fischhof meinte, gegen den Abgeordneten Neumann gewandt, es verstehe sich durchaus nicht von selbst, daß die deutsche Sprache Geschäftssprache sein müsse. In Frankreich liegen die Dinge anders, weil sich dort der Gebrauch der fran-

---

[1]) Hans Kudlich, „Rückblicke und Erinnerungen", Bd. II. Wien 1873.

[2]) Verhandlungen des österreichischen Reichstages nach der stenographischen Aufnahme, Bd. I. Wien 1848.

zösischen Sprache aus den Verhältnissen ergebe; da sei kein Gesetz notwendig. In Österreich aber sei die Mehrzahl der Deputierten Slawen; daher verstehe es sich nicht von selbst, daß die deutsche Sprache Geschäftssprache sei, hier müsse es ausdrücklich ausgesprochen werden. Die deutsche Verhandlungssprache lasse sich dadurch motivieren, daß die einzelnen Vertreter sich in ihrer Muttersprache gegenseitig nicht verständigen könnten. „Wenn eingewendet wird," — führte Fischhof weiter aus — „daß dadurch der Nationalstolz beleidigt werde, erlaube ich mir zu bemerken, daß das Nationalgefühl des Engländers gewiß ein sehr verletzbares ist, und doch dient auch ihm das Französische als diplomatische Sprache. Man hat die Notwendigkeit einer Weltsprache eingesehen, und diese ist eben die französische Sprache. Keine Nation hat sich dadurch gedemütigt oder zurückgesetzt gefühlt. Es muß in dieser Versammlung eine Verkehrssprache geben, und dafür kommt nur das Deutsche in Betracht. Es soll dies (in der Geschäftsordnung) ausgesprochen werden, damit die Kollisionsfälle sich nicht häufen. Wenn wir nicht im vorhinein aussprechen, daß als Geschäftssprache das Deutsche gilt, werden wir jeden Tag aufs neue kämpfen müssen[1])." Allein der Pole Fürst Lubomirski stellte den Antrag, über Fischhofs Anregung zur Tagesordnung überzugehen, und Fischhof sah schließlich von der Abstimmung über sein Verlangen ab. Man müsse den Brüdern entgegenkommen, sagte er, damit sie das Gleiche tun. Die Verhandlungen über die Geschäftsordnung dehnten sich schier endlos aus. Über fast jeden Paragraphen, den das Komitee nach reiflicher Überlegung vorgeschlagen hatte, wurde stundenlang diskutiert. Erst am 7. August gelangte man zum Abschluß der zweiten Lesung. Wahrscheinlich wäre es auch da noch nicht so weit gekommen, wenn nicht Fischhof zur Eile gemahnt hätte. Am 5. August stellte er den Antrag, die Beratungen sogleich zu beenden.

Interessant war die Sitzung vom 19. Juli. Am Tage vorher hatte sich — nach dem Berichte des Abgeordneten Dr. Goldmark — eine Schar von Buben und fragwürdigen Elementen

---

[1]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. I. Dritte vorbereitende Sitzung.

zusammengerottet und den tschechischen Volksvertreter Dr. Fr. Lad. Rieger insultiert. Als Grund für diese Demonstration wurde angegeben, daß Rieger die Verzögerung der feierlichen Eröffnung des Reichstages verschuldet habe, was selbstverständlich nicht zutraf. Im Reichstage erwog man, was zu tun sei, um solchen Unzukömmlichkeiten vorzubeugen. Zwei Minister, Freiherr v. Doblhoff und Dr. Alexander Bach, nahmen an der Debatte teil. Auch Fischhof gab seine Meinung zum besten: „Der geehrte Redner aus Böhmen hat kein Gesetz, sondern Maßregeln verlangt, und ich weiß nicht, was man für Maßregeln ergreifen könnte, es wäre denn eine Schutzgarde für jeden Deputierten. Das wäre aber eine Beleidigung für die Bevölkerung Wiens. Diese sieht wohl ein, daß der gestrige Vorfall ein Attentat gegen das Volk selbst und seine eigene Ehre ist; ich kenne das Volk. Von dem Augenblicke an, da dieses Vorkommnis bekannt wird, wird ganz Wien die Ehrengarde eines jeden Abgeordneten sein"[1]).

Wie die Stadtbewohner, so wünschten auch die Regierung und der Reichstag, daß Kaiser Ferdinand seinen unfreiwilligen Aufenthalt in Innsbruck aufgebe und beruhigt nach Wien zurückkehre. Graf Stadion fragte bei der Beratung über eine an den Monarchen zu sendende Adresse nach den Gründen, welche der Kaiser haben möge, von Wien wegzubleiben. Dabei fielen scharfe Angriffe gegen das frühere Ministerium Pillersdorf. Unter starkem Beifall wandte sich Fischhof gegen den gräflichen Redner. Stadion habe einen bitteren Trunk geboten und den Boden des Kelches mit Honig beschmiert. Männer aber können einen bitteren Trunk vertragen, und die Bewohner von Wien hätten gezeigt, daß sie Männer sind. Als man von Innsbruck aus Garantien für die Sicherheit des Kaisers in Wien verlangte, habe er (Fischhof) im Namen des Sicherheitsausschusses die Antwort gegeben, daß keine anderen Bürgschaften zu bieten seien, als die alterprobte Liebe der Bewohner Wiens zum Kaiserhause. Was damals das Volk von Wien ausgesprochen, das sprechen nun die Völker Österreichs

[1]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. I. Siebte vorbereitende Sitzung.

aus. Zu Heucheln und zu Lügen sei keine Ursache. „Wenn das Volk sagt, es liebe den Kaiser, so liebt es ihn!" Biete nicht das, was Stadion halb als Vorwurf und halb als Schmeichelei von Wien behauptet habe, genug Garantie für die Sicherheit des Kaisers? Stadion fordere aber trotzdem unentwegt Garantien. Doch wenn jemand solche zu fordern berechtigt wäre, so sei es der Reichstag. „Nicht von Seiner Majestät, wir kennen dessen edles Herz, aber von seiner fluchwürdigen Kamarilla, die ihn wie eine dreifache Mauer umgibt. Wir fordern jedoch keine Garantien, wir fordern bloß Vertrauen um Vertrauen!"[1]) Die Adresse des Reichstages an den Monarchen bereitete dem Parlamente viele redaktionelle Sorgen. Schließlich kam sie aber zustande, und am 12. August sahen die Wiener ihren Wunsch erfüllt: sie durften den heimkehrenden Kaiser freudig empfangen.

Die wichtigste und nützlichste Arbeit, die der konstituierende Reichstag noch im Sommer in Angriff nahm — zugleich auch das einzige bleibende Werk —, war die Befreiung der Bauern aus dem Abhängigkeitsverhältnisse, in dem sie veraltete Rechtsformen festhielten. Der junge schlesische Bauernsohn Hans Kudlich, der von der Universitätsbank in das erste österreichische Parlament gekommen war, ermunterte am 26. Juli den Reichstag zu beschließen, „daß von nun an das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufgehoben sei". Viele Wochen wurden mit tiefgründigen Debatten über diese Frage vergeudet. Gegen die Änderung der Rechtslage konnte man allerdings nichts einwenden; den Angelpunkt für die Diskussion bildete mehr das verwickelte Problem, wie sich die einschneidende Wandlung vollziehen solle. Entschädigung oder keine Entschädigung? das war die Frage, die das Parlament in Atem hielt. Fischhof, der ja der Abgeordnete eines Stadtbezirkes war, vermehrte nicht die Zahl der breitspurigen Reden. Trotzdem hat er zum glücklichen Zustandekommen der Bauernbefreiung redlich das Seine beigetragen. Am 26. Juli wollte der Abgeordnete Mayer einem Antrage wegen Abänderung des Rekrutengesetzes die

[1]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. I. Sechste Sitzung.

Priorität vor der Kudlichschen Anregung sichern. Fischhof erinnerte jedoch daran, daß die Bauernbefreiung größere Wichtigkeit in Anspruch nehmen könne. Einen Monat später richtete der Abgeordnete von Matzleinsdorf an das Parlament eine höflich verblümte Mahnung zur Eile. „Die Hohe Kammer" — sagte er — „hat im Verlaufe der Diskussion über den Kudlichschen Antrag so viele Gründe und Widergründe in den Kauf genommen, daß sie dadurch eine recht stattliche Grundbesitzerin geworden ist, belastet mit der Robot einer dreiwöchentlichen Debatte und dem Zehent einer kostbaren Zeit, die selbst die feurigsten Redner für unersetzbar erklären werden. Als ein Feind von Robot und Zehent will ich auf das Wort, das ich jetzt zur Frage habe, Verzicht leisten und bloß betonen, daß ich für den Kudlichschen Antrag stimmen werde"[1]). Wenige Tage später — in der Hofloge saß Erzherzog Franz Joseph, der künftige Kaiser — klagte Fischhof neuerdings über die Zeitvergeudung durch die vielen Anträge und Gegenanträge. „Die Debatte über den Kudlichschen Antrag gleicht wirklich einer Schlange, die sich in den Schwanz beißt. Wir sind nach drei Wochen wieder beim Ausgangspunkte angelangt. Drei Wochen hindurch haben wir den Kudlichschen Antrag in Amendementscharpie zerzupft, um sie in die Wunden hineinzulegen, die altes Unrecht dem Volke geschlagen hat, als ob diese Wunden Fontanellen wären, die nur langsam zuheilen dürfen. Wenn wir vor drei Wochen den Kudlichschen Antrag angenommen hätten, so hätten wir dem Volke ein königliches Geschenk gemacht, wir hätten ihm eine Million als Morgengabe der Freiheit gegeben. Nun haben wir sie in Kupferpfennige ausgewechselt, werfen sie hin als Almosen, und das Volk wird sich beleidigt fühlen. Ich würde daher beantragen, daß wir das, worin wir einig sind, noch heute aussprechen. Die Modalitäten, wie die Entschädigung zu leisten sei, wofür und von wem, das wird von einer Kommission, die augenblicklich eingesetzt werden kann, entschieden werden. Bedenken Sie, meine Herren, daß wir durch drei Wochen die Herzen von 12 Millionen Bauern auf der Folterbank der Debatte gedehnt und gestreckt haben.

[1]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. II. Wien 1848. Dreißigste Sitzung.

Verkünden wir heute die Ablösung, seien wir gerecht, aber seien wir auch barmherzig!"[1]) Es vergingen jedoch noch mehrere Tage, bevor das letzte Wort über den Antrag Kudlichs gesprochen wurde. Am 7. September erfolgte erst die Redaktion der Beschlüsse. Die Bauern, die gleichmütig hinter ihren Pflügen hingeschritten waren, erwiesen sich jetzt als die glücklichen Gewinner. Sie konnten einmal ernten, ohne gesät zu haben.

Fischhof war nicht nur Abgeordneter, er führte nun auch den nicht zu klangvollen Titel eines k. k. Ministerialrates. Damit hatte er allerdings in der Beamtenhierarchie keine besonders hohe Stufe erklommen, aber der kleine Sekundararzt von gestern konnte immerhin mit dem unverhofften Avancement zufrieden sein. Man würde jedoch unrecht tun, wenn man annehmen wollte, daß Fischhof durch persönlichen Ehrgeiz in das neue Geleise gedrängt wurde. Der Abgeordnete Dr. Adolf Fischhof war nicht der Suchende, der Strebende, sondern die Regierung hatte sich bemüht, ihn und zwei andere Kollegen für den Staatsdienst zu gewinnen, ohne dabei auf beglückte Zustimmung zu stoßen. Das Ministerium Wessenberg-Doblhoff, dessen Geburtsstunde in die Mitte des Monats Juli fiel, war nach den Wünschen der volksfreundlichen und freiheitsliebenden Politiker geschaffen; es versprach ein Regime im Geiste der Maitage, im Geiste der Demokratie. Der sich ehrlich bemühende, wenngleich wenig hervorragende Freiherr v. Doblhoff war nun gezwungen, sich um geeignete Hilfskräfte umzusehen. In einem untertänigen Vortrag, den er dem Erzherzog Johann hielt, legte er dar, daß er, um als Minister des Innern eine volle und wohltätige Wirksamkeit entfalten und im Falle einer Erkrankung oder sonstigen Verhinderung einer bedenklichen Stockung der Geschäfte vorbeugen zu können, die Ernennung eines Unterstaatssekretärs als unerläßlich bezeichnen müsse. Lange habe er nach dem geeigneten Manne gesucht und glaube endlich zu einer gelungenen Wahl gekommen zu sein. Er denke an den Abgeordneten Kajetan Mayer. Dieser sei jedoch nur dann bereit, die schwierige Aufgabe auf sich zu nehmen, wenn ihm der Ab-

---

[1]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. II. Zweiunddreißigste Sitzung.

geordnete Aloys Fischer zur Seite gestellt würde. Dagegen sei schon deshalb nichts einzuwenden, weil Fischer kein Gehalt in Anspruch nehmen würde. „Damit ich von den weitläufigen und zeitraubenden Verhandlungen entbunden werde," — hieß es weiter — „die die Angelegenheiten der Stadt Wien betreffen, und hinreichende Zeit erübrige, um mich mit der Administration der Provinz, die in hohem Grade not tut, zu beschäftigen, bedarf ich eines Ministerialrates, welcher die Verhältnisse, Zustände und Personen in Wien genau kennt, mit den Persönlichkeiten in der letzten Zeit vielfach verkehrt hat und die Gabe besitzt, ihnen Vertrauen einzuflößen. In dieser Absicht kann ich keinen geeigneteren Mann bezeichnen, als Dr. Adolf Fischhof"[1]). Der Erzherzog stimmte der Berufung dieser drei Männer zu. Da mit Mayer und Fischhof keinerlei Vereinbarungen wegen des Gehaltes getroffen worden waren, beauftragte der Stellvertreter des Kaisers den Minister, darüber ein nächstes Mal Vortrag zu halten. Das Ernennungsdekret Fischhofs trug das Datum des 2. August.

Der Ministerialrat hatte, seiner politischen Pflicht gehorchend, den Wunsch eines Ministers erfüllt, der ihm unterstützenswert schien. Der parlamentarischen Laufbahn mußte er nicht entsagen. Wohl wurde später an den Reichstag petitioniert, daß für Abgeordnete, die ein besoldetes oder Ehrenstaatsamt antreten, Ersatzwahlen ausgeschrieben werden möchten, und der zur Prüfung dieser Anregung berufene Ausschuß pflichtete dem Vorschlage bei[2]), aber das Plenum des Reichstages hatte vorläufig keine Zeit, sich mit dieser Frage zu befassen. Aus vielen Zeitungsstimmen kann man entnehmen, daß für Fischhof eine größere Karriere erwartet worden war; er hätte nur noch einige Zeit zusehen sollen, dann wäre er höher hinauf gekommen[3]). Über die Wirksamkeit Fischhofs im Ministerium des Innern wissen wir nicht viel. In der politisch bewegten Zeit konnte ein so vielseitig beschäftigter Mann wie Fischhof nicht lange Akten schreiben; seine Anregungen werden wohl in der Regel mündlich

---

[1]) K. k. Ministerium des Innern. Registratur Nr. 2282, M. J. 1848.

[2]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. II. Wien 1848. Fünfundvierzigste Sitzung.

[3]) „Sonntagsblätter". Wien 1848. (Silhouetten der Reichstagsabgeordneten: Fischhof.)

erfolgt sein. Wo es ging, suchte Fischhof die Gefahren abzuwehren, die für die ruhige, gesetzmäßige Entwicklung der Verhältnisse in Wien wiederholt aufstiegen. Doch die Leistungsfähigkeit eines einzelnen ist begrenzt, zumal, wenn er nur als Bestandteil eines vielgliedrigen Organismus wirken kann. Das letzte Drittel des August war eine sehr unruhevolle Zeit. Am Vormittag nach dem traurigen Bürgerkampfe in der Nähe des Praters, bei dem die Arbeiter und die konservativen Nationalgarden einander schwere Verluste beibrachten, war Wien wieder in Aufregung. Es hieß, daß die Regierung die sofortige Auflösung der akademischen Legion plane, und die ersten Sturmzeichen tauchten bereits auf. Fischhof, der davon gehört hatte, stürzte atemlos in das Zimmer seines Ministers, um Erkundigungen einzuziehen. Freiherr v. Doblhoff dachte tatsächlich an diesen Schritt, aber er fühlte sich zu schwach und ließ davon ab. Durch Fischhofs gutmeinendes Drängen aufgerüttelt, richtete der Minister ein Schreiben an die akademische Legion, das die Furcht zerstreute und in das aufgeregte Häuflein Ruhe brachte[1]). Ein zweiter 26. Mai blieb Wien erspart.

Fischhof hatte im Ministerium des Innern auch das Sanitätsreferat übernommen. Dadurch wurde er gezwungen, eine unerwünschte Reise nach dem Norden Österreichs zu unternehmen. In Galizien war die Cholera opfergierig ausgebrochen, und die Regierung sah sich bemüßigt, Nachforschungen über die Art der Krankheit an Ort und Stelle einleiten und schützende Vorkehrungen gegen die Weiterverbreitung treffen zu lassen. Am 6. September wurde Fischhof beauftragt, die Informations- und Aktionsfahrt nach Galizien zu unternehmen; am nächsten Tage erhielt er auch die Weisung, sich in Mähren und Schlesien umzusehen[2]). Einen Monat dauerte die Abwesenheit von Wien. Als Fischhof aus dem Frieden der Provinz wieder in das lärmende Getriebe der alten Kaiserstadt kam, ging der Vorhang zum letzten Male während des Revolutionsdramas in die Höhe. Der vierte furchtbar bewegte Akt mit seinen blutigen Massenszenen und mit seinem tragischen Ausgange fing eben an.

---

[1]) J. A. Freiherr v. Helfert, „Aloys Fischer", S. 52. Innsbruck 1885.
[2]) K. k. Ministerium des Innern. Registratur Nr. 2463. M. J. 1848.

C. Der Niedergang

Die Freiheit gleicht darin verschiedenen Medikamenten, daß sie je nach ihrem Gebrauche verjüngend, belebend und auch zerstörend wirken kann. In der Residenzstadt Österreichs rief die neue politische Ära Erscheinungen hervor, die den Freunden des alten Systems nur willkommen sein konnten, die aber für die gelassen erwägenden Anhänger freiheitlicher Einrichtungen von banger Vorbedeutung sein mußten. Die Wiener Bevölkerung besitzt erfreuliche Herzenseigenschaften, die unter vernünftiger Leitung den guten Ruf der festesfrohen Stadt immer aufs neue bekräftigen können. Nach den ersten Frühlingswonnen setzten sich jedoch in Wien politische Agitatoren fest, die der Menge mit hohlen Schmeichelreden selbstgefälliges Vergnügen bereiteten und mit radikalen Phrasen die Köpfe verwirrten. Die Bierbankpolitik wurde zur Leidenschaft, und die Leidenschaft bildete einen aufnahmefähigen Boden für das Unkraut verwegener weltumstürzlerischer Ideen. Von dem, was kommen sollte, hatte man keine klaren Vorstellungen, doch um so lebhafter arbeitete die Phantasie, um so wundervoller gestaltete man sich das Zukunftsreich aus. Die Herrschaft des Absolutismus war beseitigt worden, und die konstitutionelle Regierung versenkte ihre Wurzeln nun tiefer ins Erdreich. Indes, von den goldenen Zeiten, die sich der unverständige Untertanensinn erträumt hatte, spürte man nichts. Noch gegen Ende Mai wurde Anton Langers Barrikadenlied gesungen, das echt wienerisch den Monarchen bejubelte. „Der Kaiser hoch, der Kaiser hoch, hoch auf den Barrikaden!", hieß es damals. Bald zielte man weiter: die konstitutionelle Monarchie wollte nicht mehr behagen. Republik! war das Losungswort. Anfangs Oktober brachte der blutrünstige „Studenten-Courier" ein Sturmlied, das in den Worten ausklang: „Tyrannen, Pfaffen, Sklavenbrut, hoch, hoch an die Laternen!" So verwildert waren die Massen, die durch ihre ungetrübte Aktionsfreudigkeit um so gefährlicher wurden. Entsetzt, enttäuscht, kleinmütig zogen sich die „guten Bürger" zurück, denen eine andere Freiheit vorgeschwebt hatte. Sie überließen das Feld der wilden Demagogie,

die in verschiedenen Vereinen ihr Unwesen trieb, die in vielen Blättern tobte, und die auch auf der Straße nicht schwieg.

Am 5. Oktober war Adolf Fischhof in Wien eingetroffen. Er fand Freiherrn v. Doblhoff in großer Bestürzung, denn die Regierung hatte sich durch ihre Haltung gegenüber den Magyaren bei den Massen der hauptstädtischen Bevölkerung in Mißkredit gebracht. Der Hof und die Minister standen auf Seite des kroatischen Banus Jellatschitsch, während die radikalen Demokraten für Ludwig Kossuth schwärmten. Es war zu fürchten, daß der lärmend vorbereitete ungarische Bürgerkrieg in Wien ein dumpfes Echo auslösen und sein blutiges Nachspiel finden werde. Fischhof stellte sich seinem Minister für eine diplomatische Mission zur Verfügung; er wollte nach Pest reisen, die Verhältnisse sorgsam prüfen und sehen, ob nicht durch den Einfluß von „unten" eine friedliche Beseitigung der Gegensätze zu erreichen wäre, die den Bemühungen von „oben" nicht gelingen konnte. Doblhoff behielt sich die Entscheidung für den nächsten Tag vor; da gedachte er mit den anderen Ministern zu sprechen und dann seine Entschlüsse zu fassen[1]). Aber zwischen Abend und Morgen verschob sich das Bild vollends.

Die besorgniserregenden Gerüchte, die Wien in den letzten Tagen durchlaufen hatten, sollten sich am 6. Oktober düster bewahrheiten. Abermals stand der Abmarsch von Truppen nach Ungarn bevor. Das Grenadierbataillon Richter, das aus Nieder- und Oberösterreichern gebildet war und seit vierzehn Jahren in Wien in Garnison lag, sollte ausrücken. Doch die Bevölkerung — soweit sie durch die Vorstadtgarden und Studenten repräsentiert wurde — traf alle Anstalten, um den Abmarsch gewaltsam zu verhindern. In der Frühe kam es bereits am Tabor zu einem förmlichen Gefechte zwischen dem Militär und den Volkskriegern, das sich dann auf andere Plätze ausdehnte. Um die Mittagsstunde entwickelte sich auf dem Stephansplatze ein kleines Scharmützel, bei dem die konservative Garde der innern Stadt den Studenten und ihren Vorstadtverbündeten gegenüberstand. Fischhof, der nun gemeinsam mit Goldmark unter

[1]) „Neue Illustrierte Zeitung", Bd. II, Nr. 49. Wien 1875. (Dr. Adolf Fischhof.)

den Tuchlauben wohnte, hatte schon morgens von seinem Kleiderputzer vage Gerüchte überrascht vernommen. Die ersten genaueren Mitteilungen brachte ihm der Abgeordnete Löhner. Rasch wurde das Ankleiden besorgt, um nähere Auskünfte einholen zu können. Fischhof durchwanderte die Leopoldstadt, beobachtete dann in der innern Stadt den traurigen Kampf der Bürger und eilte schnell in das Ministerium des Innern, wo er Doblhoff von dem Vorgefallenen Kunde bringen wollte. Da sich der Minister schon früher in das Hofkriegsgebäude begeben hatte, um einem Ministerrate beizuwohnen, folgte ihm Fischhof dahin nach.

Unter den Ratgebern der Krone war große Verwirrung ausgebrochen. Proklamationen an die Bevölkerung wurden erlassen — die Aufforderung an die Nationalgarde zur Einstellung des brudermörderischen Kampfes rührte von Fischhof her —, militärische Ordres wurden ausgegeben und Versuche zur Beschwichtigung unternommen; aber es nützte nichts: die Massen schienen von einem bösen Dämon verführt und ließen sich nicht zur Vernunft bringen. Mit vielen Menschenleben war schon der Kampf bezahlt worden, und das vergossene Blut der Bürger sollte gerächt werden. Unheilverkündend begannen sich von Raserei erfüllte Menschenhaufen dem Hofkriegsgebäude zu nähern, vor dessen Hauptfront sich ein weiter Platz, der „Hof", ausdehnte. Um drei Uhr wurde das Haupttor des bedrohten Gebäudes geschlossen und die Wache eingezogen. Etwa 200 Soldaten standen im Hofkriegsgebäude zur Verfügung. Doch der Volkshaufe auf dem Hofe schwoll beängstigend an, und wildes Geschrei durchdröhnte den Platz. Der greise Kriegsminister Graf Latour erfreute sich keiner Beliebtheit. Schon bei seiner Ernennung war da und dort Unwille hervorgetreten, denn man hatte ihn für ein Protektionskind des verhaßten Ministers Ficquelmont gehalten. Die Monate, die seither verflossen waren, trugen zur Besserung der Beziehungen nicht bei. Graf Latour ist nicht so schlecht gewesen, wie sein Ruf, doch das kam nicht in Betracht. Die Masse sah in ihm einen Feind der Volksrechte, sie machte ihn für die Unterstützung des Banus Jellatschitsch polternd verantwortlich und überhäufte ihn mit Flüchen wegen

des vor einigen Stunden verspritzten Blutes. Um vier Uhr wurde vom Kriegsminister der unglückliche Auftrag erteilt, das verrammelte Tor des umzingelten Hauses zu öffnen. Wahrscheinlich meinte er, daß sich die Menge, die durch Vermittler nicht zu beschwichtigen war, damit zufrieden geben werde. Bis dahin hatten die versammelt gewesenen Minister im Hofkriegsgebäude geweilt; jetzt suchten sie ins Weite zu kommen, denn die Massen stürmten fluchend und drohend heran. Fischhof, der gleichfalls im Gebäude schreckensvolle Stunden verbrachte, eilte in den Reichstag, um die Abgeordneten zum Schutze der Minister aufzurufen. Vielleicht wäre aus dem Auflaufe nicht ein Aufruhr entstanden, wenn der Präsident der Volksvertretung, der Tscheche Strobach, dem eindringlichen Verlangen der Abgeordneten nach der sofortigen Abhaltung einer Sitzung früher entsprochen haben würde; so war der günstige Augenblick für die Vermittlung des Reichstages, der noch Autorität besaß, versäumt worden. Fischhof kam gar nicht bis zur Hofburg; er begegnete unterwegs den besorgten Abgeordneten Borrosch, Dr. Goldmark und Smolka, die unterdessen schon von der wachsenden Gefahr gehört hatten und deshalb als Friedensapostel zur Deckung der Minister herbeiliefen. Alle Bemühungen, die Masse zu überreden, zu beschwören und zu warnen, schlugen fehl. Wohl trat nach einem innigen Appell des Abgeordneten Borrosch, der auf den Schultern Goldmarks und Fischhofs sitzend, im Hofe des Kriegsgebäudes gesprochen hatte, eine kurze Pause der Beruhigung ein, aber das Gewitter brach gleich nachher um so furchtbarer aus. Man wollte den Grafen Latour, der sich im Hause versteckt hielt, in die Hände bekommen; der nach einigem Zögern geleistete Verzicht des Generals auf seine Stellung als Kriegsminister genügte dem tobenden Haufen nicht. Ein Teil rief, daß man den Grafen Latour verhaften möge, andere Stimmen verlangten den Tod des Mannes. Die Abgeordneten sahen, daß ohne Nachgiebigkeit eine Rettung des Ministers ausgeschlossen sei, zumal da die Militärmannschaft, die sich im Hause befand, vollständig versagte[1]). Darum dürfte

[1]) „Ergebnisse der von dem k. k. Militärgerichte geführten Untersuchung wider die Mörder des Kriegsministers Theodor Grafen von Latour", Heft 1.

die Absicht entstanden sein, den Minister, für den es kein Entkommen gab, unter sicherer Bedeckung in das Zeughaus zu bringen und die Menge durch Latours Verhaftung zum Auseinandergehen zu bewegen. Smolka erklärte sich bereit, den Kriegsminister zur Stelle zu schaffen, wenn eine hinreichende Anzahl von Männern sich feierlich verpflichten würde, das Leben des Bedrohten zu schützen. Fischhof nahm 20 Nationalgardisten und Arbeitern den Schwur ab, das Leben des Kriegsministers zu verteidigen, und versprach ihnen, daß der Minister vor ein Gericht gestellt werden würde. Allein diese Vorsichtsmaßregeln sollten wenig fruchten. Fischhof selbst schilderte eine Stunde später mit von Tränen erstickter Stimme im Reichstage das Schreckliche, das sich nun begab: „Ich habe 20 Nationalgarden dazu bestimmt, den Grafen Latour zu eskortieren, und sie haben sich mit ihrem Ehrenworte verpflichtet, sein Leben zu retten und ihn als Staatsgefangenen in Gewahrsam zu nehmen. Sie haben ihr Ehrenwort redlich gehalten und ihn bis zum letzten Augenblicke mit Lebensgefahr verteidigt. Ich war inmitten dieser Truppe und habe den Grafen Latour bei der Hand geführt und gesucht, das Volk abzuwehren ... Ein Arbeiter zielte jedoch mit seinem Hammer nach dem Kopfe Latours; den ersten Hammerstreich gelang es mir abzuhalten, der zweite Hammerstreich fiel auf den Vorderkopf, daß das Blut sogleich über das Gesicht herabströmte. Noch suchte ich den Grafen zu retten, aber in demselben Augenblicke traf ihn eine Pike in den Nacken und ein Bajonett in die Schulter, worauf er zusammenstürzte. Graf Latour ist mit der größten Kaltblütigkeit gestorben. Er sagte wenige Minuten vor seinem Tode: ‚Ich bin vor Kugeln gestanden, ich fürchte auch den Dolch nicht; ich habe ein gutes Gewissen und bin in Gottes Hand' — bald darauf starb Graf Latour ..."[1]). Die Menge ließ aber nicht einmal vom Leichname ab. Ist die Roheit erst entfesselt, dann kennt sie kein Maß, keine Grenzen. Nur mit niederdrückender Beschämung kann man der Zuchtlosigkeit gedenken, die den 6. Oktober für Wien

---

Wien 1850. Noch deutlicher spricht das Originalmanuskript, das im k. und k. Kriegsarchiv hinterlegt ist.

[1]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. III. Zweiundfünfzigste Sitzung

zum traurigsten Tage des Jahres 1848 machte. Das Militärgericht hat seither seines Amtes strenge gewaltet. Der Tod Latours wurde blutig gesühnt. Doch wie so oft konnten nur Mitbeteiligte zur Verantwortung gezogen werden. Die wahrhaft Schuldigen entgingen dem verdienten Schicksale.

Stunden der aufreibendsten, nervenzerwühlenden Aufregung lagen hinter Fischhof. Er hatte ein Menschenleben retten wollen und dabei kennen gelernt, was für Unglück brutale Instinkte anstiften können. Aber noch gab es keine Zeit für kritische Betrachtungen. Die Kämpfe auf den Straßen dauerten fort; um das kaiserliche Zeughaus tobte die Masse. Die Reichstagsabgeordneten boten alle Mittel auf, um Wien seine alte Ruhe wiederzugeben. Deputationen wurden ausgeschickt, man suchte in beiden Lagern zu vermitteln. Fischhof, Lasser, Scherzer und zwei andere Abgeordnete erhielten den Auftrag, beim kommandierenden General der Stadt, beim Grafen Auersperg, vorzusprechen und ihn um die Hintanhaltung aller weiteren Zusammenstöße zu bitten. „Mit bewegter Stimme“ hatte der Handelsminister Hornbostel diese Anregung gegeben. Sie war von gutem Erfolge begleitet, denn Auersperg zeigte sich bereit, die Truppen in den Kasernen zu konsignieren. Spät abends konnte Fischhof erst sein Heim aufsuchen. Allein ihm stand noch ein schwerer Weg bevor. Die Bevölkerung richtete ihren Unwillen fluchend gegen mehrere Minister, die in große Angst gerieten, weil sie das grausame Schicksal Latours vor Augen hatten. Der kranke Minister des Innern war in die stille Wohnung Fischhofs und Goldmarks geflüchtet, denn er glaubte hier vor den exzedierenden Massen sicher zu sein. Als die beiden Abgeordneten davon hörten, suchten sie unverweilt Freiherrn v. Doblhoff in seinem Verstecke auf. Man lieh dem verzagten Staatsmanne Kleider, um ihn unkenntlich zu machen, und Fischhof begleitete ihn durch die lärmerfüllten Straßen zum Stadttore hinaus. Des Nachts besprachen die zwei Zimmergenossen traurig und abscheuvoll die Ereignisse des Tages. Goldmark gab der schmerzlichen Überzeugung Ausdruck, daß die häßlichen Vorgänge für die Freiheit in Österreich verhängnisvoll sein würden und daß dem Reichs-

tage nur mehr die Aufgabe zufalle, aus dem kaum vermeidlichen Schiffbruche so viel des kostbaren Gutes der Freiheit zu retten, als möglich sei[1]). Nicht anders wird Fischhof geurteilt haben, der ein viel ruhigerer Beobachter war als sein temperamentvoller Freund.

In der bewegten Sitzung, die der konstituierende Reichstag nach den betrübenden Vorfällen im Hofkriegsgebäude hielt, wurde auch beschlossen, den Kaiser durch eine Deputation aufsuchen zu lassen und ihm die Maßnahmen zu empfehlen, die zur Beruhigung der Wiener Bevölkerung geeignet wären. Gütig empfing der Monarch die nächtlichen Gäste; gerne willigte er ein, daß eine volkstümliche Regierung berufen werde, der die bisherigen Minister Doblhoff und Hornbostel angehören sollten. Mit einem lauten: Es lebe der Kaiser! nahm das Parlament die freundliche Botschaft entgegen. Wie groß und wie schmerzlich war daher das Erstaunen, als man am nächsten Tage erfuhr, daß der Kaiser mit seiner Umgebung unter starker Militärbedeckung die Hauptstadt verlassen habe. Diese Flucht ist nicht spontan erfolgt; sie war von den maßgebenden Persönlichkeiten des Hofes lange vorbereitet worden[2]). Die Ereignisse des 6. Oktober hatten der Kamarilla nur den willkommenen Anlaß gegeben, den Monarchen aus dem Weichbilde der aufgeregten Hauptstadt zu entfernen.

Nicht bloß der Hof war auf der Flucht begriffen; auch das Ministerium ging seiner Auflösung entgegen. Doblhoff, Wessenberg, Bach hatten das Weite gesucht; Wiens Pflaster brannte ihnen unter den Füßen. Dem Hofe folgte allmählich die Aristokratie, und das Großbürgertum fand es gleichfalls geraten, sich im Laufe der nächsten Tage in Sicherheit zu bringen, soweit es die Verhältnisse zuließen. „Wien ist fast geleert von den Besitzenden," hieß es am 19. Oktober[3]). Vorher schon hatte sich das Militär zurückgezogen, allerdings nur, um bald wieder bedeutend verstärkt vor den Toren der Stadt zu erscheinen.

---

[1]) Dr. Hermann Knepler, „Der Prozeß Goldmark". Wien 1868. Siehe die 2. Beilage. (Ein Brief Fischhofs über den 6. Oktober.)

[2]) „Metternich und Kübeck." Ein Briefwechsel. Wien 1910. (Kübecks Brief vom 9. Januar 1850.)

[3]) E. Grüner, „Die Geschichte der Oktoberrevolution in Wien". Leipzig 1849.

Phantastische Gerüchte wurden in der Provinz über die trostlosen Zustände in der alten Kaiserstadt verbreitet. Man sprach von einer Anarchie, von einem Kampf aller gegen alle, von dem beklagenswerten Mangel jeglicher Sicherheit. Doch Mitte Oktober konnte Schuselka im Reichstage immerhin versichern, daß es sehr leicht sei, die öffentliche Ordnung in der Hauptstadt aufrecht zu erhalten, weil das brave Volk von Wien eine ganz vortreffliche Sicherheitswache für sich selbst bilde[1]). Indes, diese Worte sind nur mit einiger Einschränkung richtig. In Wien herrschte zwar nicht eine furchtbare, aber eine dennoch zu empfindende Anarchie. Wohl fehlte es während des politischen Interregnums nicht an selbstbewußten Organen, die unbefugt gebieten wollten und den Wirrwarr nur vermehrten. Der schwächliche ziellose Gemeinderatsausschuß spielte Behörde. In dem rauchigen Saale, in dem die Mitglieder des Studentenkomitees an einfachen Tischen saßen, glaubte man den Archimedischen Punkt entdeckt zu haben. Die jungen, von redlichster Begeisterung geleiteten Männer waren sich einer großen Wichtigkeit bewußt: sie trieben nicht nur Politik, sie wollten Weltgeschichte machen. Im demokratischen Zentralkomitee glaubte man gleichfalls die Fäden der Macht in der Hand zu haben. Hier agierten ganz verschieden geartete Personen, die den Massen revolutionäre Trugbilder vorgaukelten und zum Teile bewußt, zum Teile in überschwenglicher Freiheitsliebe Verwirrung anrichteten. Einige dieser Helden der tönenden Worte haben rasch ihre Masken fallen lassen und, die Feigheit als der Vorsicht besseren Teil erkennend, die Flucht ergriffen, nachdem sie Massen unschuldiger, von Haus aus gut veranlagter Staatsangehöriger auf Abwege gebracht hatten. Andere, wie der Philosoph Hermann Jellinek und der Musikkritiker Becher, sind für ihre radikale und revolutionäre Überzeugung zu Märtyrern geworden; sie glaubten, was sie lehrten, und starben für ihren Glauben.

Wie früher der Sicherheitsausschuß, so gewann jetzt die Permanenzkommission des Reichstages eine

---

[1]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. III, Seite 130.

dominierende Stellung, wenngleich der Einfluß nicht so ungetrübt und die Tätigkeit ganz anderer Art war. Im Parlamente hatten sich gewichtige Veränderungen vollzogen. Viele Abgeordnete — unter ihnen fast alle Tschechen und Zentrumsdeputierten — waren nach der Ermordung Latours schleunigst von dannen gezogen; selbst der Präsident des „hohen Hauses", vor dem die Burgwache zweimal ehrerbietig ins Gewehr treten mußte, der Prager Dr. Anton Strobach, hatte die Volksvertretung im Stiche gelassen. Ja, die pflichtvergessenen Abgeordneten begannen sogar einen gewissenlosen Federkrieg und ein unwürdiges Ränkespiel gegen das Rumpfparlament, das gesetzmäßig weiter tagte, weil die Beschlußfähigkeit nicht in Frage gestellt war. Schon am 6. Oktober ging von den beiden Deputierten Borrosch und Löhner die Anregung aus, daß sich der konstituierende Reichstag in Permanenz erklären möge, und gleich nachher wurde eine elfgliedrige Permanenzkommission eingesetzt, die im Laufe der nächsten Tage einen neuerlichen Zuwachs von Mitgliedern erhielt. In diesem Parlamentsausschusse, der sozusagen die Exekutivgewalt repräsentierte, saßen der ernste kühlerwägende Dr. Brestel, der leidenschaftliche Professor Füster und der lebhafte kluge Dr. Goldmark; hier arbeiteten der jugendliche unverzagte Kudlich, der erfahrene fleißige Schuselka und der gesetzte scharfblickende Ritter v. Lasser und viele andere wackere hingebungsvolle Kämpen. An die Spitze des Permanenzausschusses wurde nach zwei rasch gut gemachten Fehlgriffen Adolf Fischhof gestellt, der die trefflichen Eigenschaften, die er im Sicherheitsausschusse zum Wohle Wiens bewiesen hatte, wieder zur Geltung bringen konnte. Der Ministerialrat war in guter Gesellschaft; wohnten doch die Minister Kraus und Hornbostel wiederholt den Beratungen der Permanenzkommission bei. Ihr erster Präsident war bereits ein Staatsbeamter: der Unterstaatssekretär Dr. Kajetan Mayer gewesen.

In revolutionären Zeiten glaubt jeder politisch handlungsfähige Mensch eine große Mission zu haben; jeder hat Vorschläge zu erstatten, Pläne zu entwickeln, Nachrichten zu überbringen und unfehlbare Mittel anzupreisen. Alle wollen Gehör finden, und alle müssen gehört werden. Diese Kleinarbeit ver-

zehrt die besten Kräfte. Wenn man die Tätigkeit der Permanenzkommission nur nach den Berichten beurteilen wollte, die Schuselka oft zweimal täglich dem in seinem Einflusse zurückgesetzten Plenum des Reichstages erstattete, dann würde man ein verzerrtes Bild erhalten. Die Mitglieder der Permanenzkommission haben buchstäblich Tag und Nacht gearbeitet, einige Angehörige des Ausschusses bereiteten sich bloß für wenige Stunden ein hartes Ruhelager in den Räumen der Permanenzkommission. Ab und zu gönnte man sich einen kurzen Gang durch die Stadt oder um die Basteien und ein Stündchen der gemütlichen Erholung, das im alten Restaurant „zur großen Tabakspfeife" verbracht ward[1]). Unter Fischhofs taktvoller Leitung wurde die Permanenzkommission davon abgehalten, sich in gewagte und aussichtslose Experimente zu stürzen, die vielleicht populärer gewesen wären, aber nur nutzlos vergeudete Opfer auferlegt haben würden. Die radikalen Elemente haben deshalb an dem leitenden Ausschusse des Reichstages keinen Gefallen finden können, und in Wien vermochte sogar das Gerücht in Umlauf zu kommen, daß die übellaunige Volksmasse die laxe Permanenzkommission auseinanderzutreiben gedenke[2]).

Während die kaiserlichen Truppen die alte Kaiserstadt, die seit dem 6. Oktober als Feste der Revolution galt, immer dro-

---

[1]) Am 9. Okt. sagte Schuselka selbst in der Plenarversammlung des Reichstages, als er seinen ersten Bericht erstattete: „Wir waren Tag und Nacht permanent und nicht müßig. Unsere Tätigkeit bestand wesentlich im Anhören von Deputationen, in Beschwichtigungen, Ratserteilungen, Auskünften und Befehlen. Alle aufzuzählen würde die hohe Kammer zu lange beschäftigen. Nur eine Maßregel möchte ich bekannt machen; sie betrifft die Brotlieferung an das kaiserliche Militär im Schwarzenbergschen Garten in Wien. Dagegen hat sich nämlich beim Volke eine Mißstimmung gezeigt, und da wir es für unsere heiligste Pflicht halten, diese Brotsendungen regelmäßig erfolgen zu lassen, so haben wir den Beschluß gefaßt, daß die akademische Legion die Brotsendung an das Militär zu eskortieren habe." In den weiteren Referaten beschränkte sich Schuselka darauf, lediglich die wichtigsten Aktionen anzuführen. Zur Charakteristik der Stellung der Permanenzkommission bemerken wir, daß Minister Hornbostel am 10. Okt. 1848 diesem Ausschusse in aller Form von der Überreichung des Demissionsgesuches an den Kaiser und von dem Inhalte der Urkunde Mitteilung machte. (Verhandlungen des Reichstages. Bd. III. Protokolle vom 9. Oktober ab.)

Siehe auch Franz Schuselka, „Das Revolutionsjahr, März 1848/49", S. 338 ff. Wien 1850.

[2]) Grüner, „Oktoberrevolution". (Der 18. Oktober.)

hender umgaben, wurden in Wien die verschiedensten Vorbereitungen zur Selbstverteidigung getroffen. Ein Teil der Bewohnerschaft war wirklich von revolutionärem Feuer durchglüht und wollte gedankenlos ein Abenteuer wagen, dessen verhängnisvoller Ausgang nicht zweifelhaft sein konnte. Die Hauptstadt Österreichs rüstete gegen des Kaisers Armee!

Die Permanenzkommission des Reichstages nahm an diesem nutzlosen Treiben nicht teil, und sie hat darob manch falsche Beurteilung erfahren. Allein Fischhof, Schuselka, Brestel und die anderen wußten, was sie taten. Auch die Tragödie einer Revolution kann operettenhaft ausarten. Die leitenden Persönlichkeiten des parlamentarischen Ausschusses haben wohl die Verhältnisse genau geprüft und erkennen müssen, daß die kriegslustigen Wiener mit schwachen Köpfen Mauern von Stein einrennen wollten. Die kaiserliche Armee konnte sich in großer Macht entfalten, weil die italienischen Provinzen bis auf Venedig in die alte Botmäßigkeit zurückgebracht waren; zudem meinte man damals, daß die Niederwerfung der rebellischen Magyaren ein leichtes Beginnen sein werde. Was hatte dagegen Wien aufzubieten? Es war von den Provinzen verlassen; die Sympathiekundgebungen, die von den Nationalgarden einzelner Städte veranstaltet wurden, bedeuteten nicht mehr als platonische Liebe, und die mutigen Fähnlein jugendlicher Streiter, die aus Brünn, Linz und Graz herbeieilten, änderten nicht viel. Von den Bauern durfte man nichts erwarten. Davon war die Permanenzkommission von vornherein überzeugt, und Hans Kudlich, der ihr nicht beipflichtete, mußte schlimme Erfahrungen machen[1]). Auch auf die Magyaren durfte man trotz ihrer wortreichen Zusicherungen nicht ernstlich rechnen. Am 10. Oktober erschienen zwei Abgeordnete des ungarischen Reichstages mit der bombastischen Zusage in Wien, daß binnen zweimal 24 Stunden 30 000 Magyaren hilfebereit auf den Beinen sein würden. „Die ungarische Nation, im heiligen Kampfe für ihre Freiheit und ihr gutes Recht gegen den in der Weltgeschichte unerhörten Verrat der reaktionären Kamarilla und ihrer eidbrüchigen

---

[1]) Hans Kudlich, „Rückblicke und Erinnerungen", Bd. III. Wien 1873. (Auf zum Landsturm.)

Söldlinge begriffen, ist von den wärmsten Dankgefühlen für die heldenmütige Aufopferung der edlen Bewohner Wiens durchdrungen. . . .[1])," so hieß es in einer Proklamation, die man damals in der alten Kaiserstadt überreichte. Doch wie schmerzlich waren die Erfahrungen, als es sich nicht mehr um Worte, sondern um werktätige Hilfe handelte. Zuerst verschanzten sich die magyarischen Großsprecher hinter formalen Bedenken, und als sie dann im letzten Augenblicke bei Schwechat aufmarschierten, wurden die Komorner Truppen — wie ein magyarischer Schilderer bekennt[2]) — „nach kurzem Schwanken von panischem Schrecken" ergriffen. Sie flohen und rissen auch die anderen nicht sehr tapferen Krieger mit sich. Ob die Permanenzkommission des Reichstages das richtige Vorgefühl für diese Ereignisse hatte, wissen wir nicht; jedenfalls war es vernünftig, die eigene große Sache nicht auf den Schutz der Magyaren zu stellen. Daß sich Wien mit seinen bodenständigen Verteidigern nicht durchzusetzen vermöge, konnte ohne prophetische Gabe vorhergesehen werden. Im Gebrauche der Waffen geübte Arme waren nicht in zu großer Zahl vorhanden, und an den entsprechenden Mitteln für die Verteidigung fehlte es erst recht. Dabei herrschte, als die Truppen des Jellatschitsch und Windischgrätz einen weiten Bogen um die Stadt zogen, beschwerlicher Mangel an frischen Nahrungsstoffen; der Geschäftsverkehr war gänzlich gehemmt, was die Bürger sehr mißmutig machte; den Gewerbetreibenden drohte durch den unausgesetzten Gardendienst der wirtschaftliche Ruin, und die eingeleitete Besoldung der Bürgermiliz legte große materielle Opfer auf. Unter diesen Umständen konnte der Permanenzausschuß nicht anders handeln, als er vorgegangen ist.

Die Kommission des Reichstages und das Plenum selbst waren in eine qualvoll fürchterliche Enge geraten. Der strahlende Ruhm der Heldenhaftigkeit durfte die ihrer schweren Verantwortung Bewußten nicht locken; die pflichttreuen Volksvertreter

---

[1]) W. G. Dunder, „Denkschrift über die Wiener Oktoberrevolution". Wien 1848. (Der 10. Oktober.) — C. Grüner, „Oktoberrevolution". (Der 10. Oktober.)

[2]) Franz Pulszky, „Meine Zeit, mein Leben". Preßburg 1881. Bd. II. (Die Schlacht bei Schwechat.)

waren aber auch nicht in der Lage, das Feld zu räumen. Sie mußten ausharren. Der konstituierende Reichstag hatte die vorbestimmte Pflicht, eine für Österreich geeignete freiheitliche Verfassung auszuarbeiten. In ihm waren die Errungenschaften verkörpert, die in den begeisterungsvollen Märztagen zauberhaft schnell erkämpft wurden und die am 15. Mai ihre Ausgestaltung erfuhren. Das Beste, was das Volk besaß: seinen Idealismus, seinen Mut hatte es bedenkenlos in die Schanze geschlagen, um des großen Glückes teilhaftig zu werden, nicht mehr hinter den Bürgern anderer Staaten zurückstehen zu müssen. Mit einem so teuer erworbenen Gute durfte man nicht umspringen. Hätte sich der Reichstag feige aufgelöst, wäre die Permanenzkommission voll kleinlicher Zaghaftigkeit oder ruchloser Pflichtvergessenheit ihrer Aufgabe untreu geworden, dann würde der Bevölkerung keine andere Erinnerung an die früher besessenen Freiheitsschätze geblieben sein, als einige Tränen der Entsagung. In der Umgebung des Monarchen wäre man froh gewesen, den verlästerten Reichstag verschwinden zu sehen, der die Idylle bureaukratischer Allmacht und schreibseliger Sorglosigkeit rücksichtslos zerstörte. Die in Wien zurückgebliebenen Abgeordneten mußten also durch ihren Willen zum politischen Leben das richtunggebende Prinzip des Jahres 1848 aufrecht erhalten. Aber noch etwas anderes wurde zur Notwendigkeit. Der konstituierende Reichstag und sein wichtigstes Organ durften es sich auch nicht einfallen lassen, vom Boden der Gesetzmäßigkeit abzuweichen. Von böswilligen Kritikern umgeben, mußte die Volksvertretung, so gut es ging, die heimlichen Schmäher entwaffnen, die der Krone den jungen Konstitutionalismus zu verekeln suchten. Fleckenlos, unantastbar dazustehen: das war jetzt die Aufgabe des Rumpfparlaments und des Permanenzausschusses. Daraus ergaben sich freilich sehr verwickelte Situationen. So war der Reichstag beispielsweise bei der Stimmung, die in Wien herrschte, nicht stark genug, gegen den sinnlosen kriegerischen Widerstand der Hauptstadt ernstlich Front zu machen, da ihm für den Fall des Ankämpfens gegen die reißende radikale Strömung ein Volksgericht drohte. Hält man sich diese seltsame Verkettung eigentümlicher Umstände vor Augen, dann wird man weder

das Verhalten der Permanenzkommission gegenüber dem Gemeinderate, noch gegenüber dem heranrückenden, sprunghaft zum Feldmarschall erhobenen Fürsten Windischgrätz hochmütig oder mitleidig lächelnd beurteilen. Gewiß, der konstituierende Reichstag sah sich schließlich gezwungen, dem Auftrage der Krone vom 22. Oktober zu widersprechen, durch den er verhalten wurde, die Sitzungen in Wien alsogleich zu unterbrechen und sich am 15. November in Kremsier zu versammeln. Am 25. Oktober motivierte das Parlament seine Haltung in einer ausführlichen Adresse an den Kaiser. Es berief sich ausdrücklich auf die „ihm gegen die Völker und gegen den Thron obliegenden Pflichten" und auf die kaiserlichen Worte vom 19. Oktober, durch die dem Reichstage „die ungestörte und ununterbrochene Fortdauer seiner Beratungen garantiert wurde"[1]).

War es der von Fischhof geleiteten Permanenzkommission nicht möglich, einen heilbringenden Kampf zu führen oder sich ganz zurückzuziehen, so gab es doch einen anderen verheißungsvollen Weg, den sie betreten konnte und auch betreten hat. Man suchte mit dem Kaiser, der den Beinamen der Gütige führte und verdiente, in Verbindung zu kommen und sein empfindsames Herz für das belagerte Wien zu erwärmen. Jede Zeit will aus ihrem Geiste heraus begriffen werden. Im Herbste des Jahres 1848 stand man unter dem Eindrucke der Vorfrühlingswoche, in der das Machtwort des Monarchen über die Bedenklichkeit seiner Vormundschaft ausübenden Ratgeber siegte. Auch sonst zeigte es sich mehrmals, daß man viel von dem kranken Kaiser erwarten dürfe, wenn man ihm nur im richtigen Augenblicke näher zu kommen vermochte. Weshalb sollte es da unmöglich sein, den Herrscher, der in Olmütz sein Hoflager hielt, in einem günstigen Momente zu bewegen, die Truppen des Windischgrätz und Jellatschitsch zum Stillstande zu bringen und in friedlicher Übereinkunft Ordnung zu schaffen? Pillersdorf sprach noch am 28. Oktober die Hoffnung aus, daß in kurzem ein entscheidendes, ein beruhigendes Wort des Monarchen ertönen werde[2]), und ein gemäßigtes Wiener Blatt, das in seiner

[1]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. III, Seite 352 ff.
[2]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. III, Seite 374.

Meinung durchaus nicht vereinzelt dastand, schrieb in diesen Tagen, daß der Kaiser schlecht informiert sei. „Wahrheit, Wahrheit allein ist es, was nottut"[1]). Alles hänge davon ab, ob der Herrscher die Wahrheit erfahren werde! Aber nicht bloß die gemäßigte Presse äußerte sich in diesem Sinne. Sogar der „Freimütige" sprach sich für die Unterhandlung mit dem Monarchen aus und warnte davor, den Reichstag mit Mißtrauen zu verfolgen, der seine Deputationen nach der kleinen mährischen Stadt hoffnungsvoll sandte. So urteilte ein Blatt, in dem dann später Alfred Meißners Schlachtruf „An Wien" erschien, dessen Schluß lautete: „O Wien, dein Kampf entscheidet der neuen Welt Geschick, die Losung Krone und Knute und deutsche Republik"[2]).

Am 25. Oktober beauftragte der Reichstag vier Mitglieder mit der Fahrt nach Olmütz. Freiherr v. Pillersdorf, der Pole Graf Adam Potocki, Johann Prato und Fischhof machten sich auf den Weg nach der entlegenen stillen Residenz des Kaisers. Pillersdorf erstattete dem Reichstage einen eingehenden Bericht über die Ergebnisse der kurzen Reise, und auch Freiherr von Helfert sprach von ihnen in seinen Memoiren sehr ausführlich[3]). Die Abordnung hatte dem Monarchen zu Gemüte geführt, daß es sich um den Frieden seiner Geburtsstadt handle, um eine Stadt, die ihn mit Beweisen der Liebe überhäufte. Sie ging mit dem Gefühle aus dem Audienzsaale, daß ihre Worte auf den Kaiser und auf die Kaiserin einen lebendigen und erschütternden Eindruck gemacht hatten. Allein, mehr als die von einem Konzepte verlesene Erklärung, daß der Monarch das ihm Mitgeteilte in reifliche Erwägung ziehen und seine Entscheidung nachträglich bekannt geben werde, konnte nicht erreicht werden. Das war ein sehr schwacher Trost, denn man hatte einen unmittelbar wirkenden Entschluß erwartet. Die Deputation konnte sich also des gewünschten Resultates nicht erfreuen.

---

[1]) „Allgemeine österreichische Zeitung", Nr. 205. Wien 1848.

[2]) „Der Freimütige", Nr. 167. Wien 1848. („Die Unterhandlung.") Auch Nr. 171.

[3]) Verhandlungen des Reichstages, Bd. III. 28. Oktober. (Pillersdorfs Rede.) Joseph Alexander Freiherr v. Helfert, „Aufzeichnungen und Erinnerungen: Olmütz und Kremsier", S. 93 ff. Wien 1905.

In Olmütz waren viele Abgeordnete untätig versammelt, die dem konstituierenden Reichstage den Rücken zugekehrt hatten. Die aus Wien geflüchteten Volksvertreter veranstalteten am 27. Oktober eine Besprechung, zu der sie die Deputation des Reichstages einluden. Mit heftigen Worten hielt Fischhof den tschechischen Abgeordneten ihr Sündenregister vor; sie hätten der Freiheit den ersten Stoß versetzt; sie hätten den Fürsten Windischgrätz zum Zuge gegen Wien aufgefordert und ihn vor seiner Abreise durch einen Fackelzug ausgezeichnet. Der leidenschaftlichen Rede folgte eine nicht weniger temperamentvolle Erwiderung, die den Grafen Potocki so sehr empörte, daß er sich von seinem Sitze erhob und den Saal verließ. Bald nachher entfernten sich die drei anderen Mitglieder der Wiener Abordnung. Blieb die Beratung auch ohne positives Ergebnis, so gelang es der Deputation doch, einige Abgeordnete zu bewegen, ihren Platz im Wiener Reichstage aufzusuchen. Vier Volksvertreter folgten schüchtern bis an die Grenze der Hauptstadt, aber angesichts des Truppenkordons kehrten sie wieder um. Ein kleines Abenteuer stand den Sendboten des Rumpfparlaments noch bevor. In Floridsdorf überraschte sie ein Offizier mit der freundlichen Einladung, den Fürsten Windischgrätz, der im kaiserlichen Schlosse in Hetzendorf Aufenthalt genommen hatte, aufzusuchen. Der direkte Weg nach dem nahen Wien sei schwierig und unsicher und deshalb wäre es für die Deputation ohnehin besser, die angenehmere Route über Hetzendorf zu wählen. Im Quartier des Feldmarschalls sollte aber der Deputation eine zweite Überraschung beschieden sein. Sie wurde nicht vom Fürsten, sondern von dessen Adjutanten empfangen; man suchte den Anschein zu erwecken, als hätte Windischgrätz die vier Abgeordneten nicht zu sich gebeten, sondern bloß auf einen ungefährlichen Weg lenken wollen.

Das Schicksal des revolutionären Wien war eigentlich schon am 28. Oktober entschieden. Die Übermacht hatte gesiegt; die hingebungsvollen studentischen und proletarischen Verteidiger waren unterlegen. Noch hielt sich die befestigte innere Stadt, und auch in einigen Vorstädten wehte noch nicht die schwarzgelbe Fahne; jede weitere Regung schien jedoch selbst den früheren Optimisten aussichtslos. Das Kampfesfeuer

züngelte zwar abermals in vollen Flammen empor; aber das war bloß das letzte Aufflackern vor dem völligen Erlöschen. Am 31. Oktober kamen um die Mittagsstunde einige Mitglieder des Gemeinderates in die Permanenzkommission des Reichstages, um freudestrahlend zu verkünden, daß die Entwaffnung der Bevölkerung gute Fortschritte mache und daß die kaiserlichen Truppen um zwei Uhr in die Stadt einrücken würden. Aber so glatt ging dieses wichtige Ereignis nicht vor sich. Der Einzug in die innere Stadt stieß dennoch auf Hindernisse, und ein längeres starkes Bombardement mußte erst der Armee den Weg frei legen. Bei der Beschießung geriet das Dach der Hofbibliothek in Brand. Die wenigen Abgeordneten, die in den Räumen der Permanenzkommission versammelt waren, konnten das düstere Schauspiel des Brandes beobachten. Sie brachten nun die Akten des Reichstages in Sicherheit, während die Kugeln der kaiserlichen Truppen die Hofburg umschwirrten, in der der Reichstag sein Heim hatte. Als das Bombardement zu Ende war, beschloß Fischhof seine nahe Wohnung aufzusuchen, und Schuselka geleitete ihn. Der Gang bis zu den Tuchlauben gestaltete sich schmerzlich bewegungsvoll. Proletarier, die den letzten Versuch der Verteidigung Wiens gemacht hatten, irrten umher und hinderten das Fortkommen. Die beiden Abgeordneten fanden schließlich bei dem Herausgeber der „Presse", der in der unmittelbaren Nähe der Hofburg wohnte, gastliche Aufnahme. Noch knatterten Schüsse, noch belebten fliehende Menschen die Straße. Aber der Abend senkte sich bereits über die Stadt, so daß sich das Flammenspiel brennender Häuser schaurig wirkungsvoll vom dunklen Himmel abhob. Endlich wurde es ganz ruhig; einige Minuten war's, als wäre Wien ausgestorben. Mit einem Male ertönte jedoch jubelndes Geschrei; die Fenster der vornehmen Wohnungen wurden aufgerissen, und erleichtert aufatmend drängten sich die Bürger, weiße Tücher unermüdlich schwenkend, hinter den Fensterbrüstungen, um mit anzusehen, wie der erste Trupp grau gekleideter Soldaten mit hallenden Schritten heranmarschierte[1]). Fischhof und Schuselka betrachteten

---

[1]) Franz Schuselka, „Das Revolutionsjahr", S. 338 ff.

dieses Treiben mit wehmütigen Gedanken. Die anderen mochten sich der trügerischen Freude hingeben, daß die Tage des Hangens und Bangens vorüber seien, ohne zu bedenken, was aus dem politischen Rechte der Völker werden würde. Die beiden Abgeordneten aber sahen sorgenvoll in eine trübe Zukunft. Seit der Befreiung Österreichs vom qualvollen Joche des geistlosen Absolutismus waren erst wenige Monate verstrichen, und schon schien alles, was sich in den drei denkwürdigen Märztagen vielverheißend zugetragen hatte, wie ein schönes haltloses Traumbild zu zerrinnen. Du hast gehofft, dein Pfand ist abgetragen! Sollten diese trostlosen Worte zur Wahrheit werden? . . .

---

3. Vom Reichstage in die Untersuchungshaft

A. Der konstituierende Reichstag in Kremsier

Durch die Eroberung Wiens war das Schicksal der standhaften Volksvertreter besiegelt, die keine Lust gezeigt hatten, das Schiff vorsichtig zu verlassen, bevor es untersank. Der Eingang zu den Lokalitäten des Parlaments wurde durch Soldaten abgesperrt, und es wäre töricht gewesen, sich dem drückenden Gebote einer Macht zu widersetzen, die unzweideutig bewies, daß sie nicht verhandeln, sondern handeln wolle. So mußte man sich, wenn auch schweren Herzens, darein fügen, dem Rufe des Kaisers nach Kremsier zu folgen, wo der konstituierende Reichstag am 22. November 1848 zusammentrat. Die kleine Bischofsstadt war eine vorwiegend deutsche Sprachinsel in der fruchtbaren tschechischen Hanakei und zählte 6000 bis 7000 Einwohner. Der Fürsterzbischof hatte einen großen Teil seiner prunkvollen Residenz dem Reichstage überlassen, der in einem glanzvollen Saale die begonnene Arbeit fortführen sollte. Kremsier war ringsum von hohen Mauern umschlossen, und der Verkehr mit der Außenwelt erfolgte nur durch drei enge Tore. In der ländlichen Abgeschiedenheit, losgelöst von den drängenden Bevölkerungsmassen der Großstadt und entrückt all den vielen Ablenkungen, die das leichtlebige Wien in Fülle bot, konnten die Volksvertreter nun ganz und ohne Rücksicht auf wandelbare Stimmungen ihrer verantwortungsreichen Aufgabe nachkommen. Sie waren auf einen Isolierschemel gesetzt worden, aber das hatte nicht nur Vorteile, sondern auch viele Nachteile. Der Wellenschlag der Zeit drang bloß schwach bis Kremsier, und die

Abgeordneten, die aktive Führer hätten sein sollen, verfielen leicht der Versuchung, sich in graue Theorien zu verstricken.

Der Schwerpunkt der Beratungen war in den Verfassungsausschuß verlegt worden, dem Fischhof angehörte. Der Reichstag hatte diese aus 30 Mitgliedern bestehende Kommission bereits am 1. August 1848 eingesetzt. Die Verhandlungen begannen in Kremsier am 13. Januar 1849 und dauerten bis zum 4. März. Mit hohem Ernste, mit tiefem sittlichen Pflichtgefühle und mit liebevoller Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten Österreichs wurde über die Grundformen der künftigen Staatsorganisation beraten. Die Verfassung, die nach heißen Prinzipiengefechten zustande kam, blieb bloß ein Entwurf, ein Stück Papier. Aber die Völker Österreichs haben sich oft und oft bewundernd der einsichtsvollen Beschlüsse erinnert, die, wenn sie lebensvolle Gesetzeskraft erlangt hätten, imstande gewesen wären, den Nationen Ruhe, den Bürgern politische Zufriedenheit und dem Staate Macht und Größe zu geben. Anton Springer, der die Protokolle des Verfassungsausschusses veröffentlichte[1]), nannte sie das wahre Beichtsiegel der österreichischen Völker, in denen diese ein offenes Bekenntnis ihrer Wünsche, Hoffnungen und Pläne ablegten.

Fischhof hat fast 20 Jahre nach den sorgenvollen Beratungen mit Bewegung dieser Zeit gedacht. „Im Verfassungsausschusse", schrieb er, „platzten anfänglich die Nationalitäten und Parteien aneinander, ganz so wie jetzt.... Anfangs schien es, als ob die Kluft, die die Parteien trennte, unausfüllbar und das resultatlose Auseinandergehen des Ausschusses unvermeidlich sei. Die Eifersüchteleien nicht nur der großen Nationalitäten, sondern auch der kleinen Kronländer riefen die stürmischsten Szenen hervor. Die doktrinäre Starrheit des gelehrten, aber parlamentarisch ungelenken Palacky und die ungestüme Hast des hochbegabten, aber stets leidenschaftlich erregten Dr. Rieger erhitzten die Gemüter und störten den Gang der Diskussion; aber die Zähigkeit des oberösterreichischen Deputierten Vacano, der jedem extravaganten föderalistischen Antrage mit uner-

[1]) Anton Springer, „Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstage 1848—49". Leipzig 1885.

schütterlichem Phlegma ein gleich exorbitantes zentralistisches Amendement entgegenstellte, die Derbheit Heins, die ruhige Klarheit Lassers, die boshafte Kaustik Mayers und vor allem die schneidende Verstandesschärfe Brestels bewirkten allmählich eine günstige Änderung. Eine weitere Besserung machte sich nach dem Austritte Palackys fühlbar. Sein Nachfolger Strobach war ruhiger und besonnener und wirkte in Gemeinschaft mit dem durch Geist, feine Formen und Mäßigung hervorragenden tschechischen Deputierten Pinkas dämpfend auf Riegers übergroßen föderalistischen Eifer. Die Polen wirkten mit anerkennenswerter Mäßigung vermittelnd zwischen den starren Zentralisten und den schroffen Föderalisten"[1]).

Der Kremsierer Verfassungsentwurf entstand als Kompromiß der Parteien. „Man sucht in ihm" — legte Fischhof dar — „vergeblich nach (veralteten) Hofkanzleien und Generallandtagen, aber er bietet der Freiheit der Völker ein geräumiges Asyl, dem Eigenleben der Kronländer ungehemmte Bewegung und in den mit großer Autonomie ausgestatteten Kreisen jeder Nationalität Raum, Luft und Licht für ihre gedeihliche Entwicklung"[2]). Fischhof hat bei den Beratungen rege mitgearbeitet und mehrmals Schulter an Schulter mit Brestel für Forderungen gekämpft, die als grundlegend und nützlich bezeichnet werden können und zum Teile auch Berücksichtigung fanden. Bei der fragmentarischen Unklarheit der einzelnen Redeauszüge im „Protokolle" wird es nicht ganz leicht, eine deutliche Vorstellung von der individuellen Tätigkeit der Abgeordneten zu erhalten. Immerhin hat Anton Springer unrecht, wenn er behauptet, daß die Vertreter Niederösterreichs — Fischhof, Goldmark und Violand — wenig hervorgetreten seien. Fischhof allein hat in seiner knappen Weise fast fünfzigmal das Wort geführt, Anträge gestellt und Verbesserungen vorgeschlagen.

Das Leben ist eine große Schule, und der Verständige hört nie zu lernen auf. Ein Politiker kann im Laufe der Jahrzehnte zu verschiedenen Ansichten gelangen, ohne sich selbst untreu zu werden.

---

[1]) Adolf Fischhof, „Ein Blick auf Österreichs Lage", S. 43 und 44. Wien 1866.
[2]) Ebenda, S. 44 und 45.

Aber der charakterfeste Mann wird niemals das Ziel, sondern nur, wenn es die Umstände erfordern oder die Einsicht gebietet, den Weg ändern, auf dem er zur Verwirklichung seiner Ideale zu gelangen vermeint. Fischhof hat die Organisation Österreichs im Jahre 1849 in einer Hinsicht etwas anders als später zu gestalten versucht. Er trat im Verfassungsausschusse dem Egoismus der Länder — nachher sprach man von den „historisch-politischen Individualitäten" — scharf zu Leibe. Dagegen verfocht er schon damals das Prinzip der Kreiseinteilung, ohne jedoch die Schaffung nationaler Kurien in den Vertretungskörpern, für die er in späteren Jahrzehnten manche Lanze einlegte, gutzuheißen.

Am 25. Januar setzte er sich für die Scheidung der beiden Nationen in Böhmen ein. Die drei Millionen Tschechen würden stärker sein, wenn sie nicht mit den zwei Millionen Deutschen kollidierten. Ferner wies er darauf hin, daß die österreichische Regierung die Selbständigkeit und Freiheit in allen Provinzen niederhalten konnte, nur in Ungarn nicht. Offenbar, weil dort die autonomen Komitate feste Bollwerke gegen die absolutistische Regierung waren. Auch scheine ihm die schöne Eintracht, welche nach den Angaben der tschechischen Deputierten in Böhmen zwischen den beiden Völkern herrschen solle, durch die neueste Geschichte nicht bestätigt! Palacky opponierte dieser Äußerung mit der Bemerkung, daß er an die Zukunft appelliere, worauf Fischhof meinte, daß er die Vergangenheit berücksichtigen müsse, denn die Zukunft sei ihm unbekannt. Pinkas trat Fischhof mit scharfen Worten entgegen und suchte den Schein zu erwecken, als wären die Tschechen beleidigt worden. Dadurch sah sich Fischhof zur Erklärung bemüßigt, daß er nicht an dem guten Willen der tschechischen Deputierten zweifle, für ihre deutschen Landsleute einzustehen; beleidigen habe er nicht wollen[1]). Bei der Beratung über den Paragraphen 48 — der Reichstag besteht aus zwei Kammern, der Volks- und Länderkammer — legte Fischhof dar, daß sowohl die Schweiz als Amerika mit Länderkammern schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Suche man ein einiges Österreich, so werde man es in Länderkammern

---

[1]) Springer, „Protokolle", S. 39 und 40.

ganz gewiß nicht finden. Was schließlich die Ländergewalten betreffe, müsse man den Ländern weniger Rechte einräumen, um weniger Kollisionsfälle zu erleben. Je mehr man ihnen zugestehe, desto eher werde Österreich zerfallen[1]). Von der allgemeinen Verantwortlichkeit der Länderchefs, wie sie der Paragraph 81 der zur Diskussion gestellten Vorlage feststellte, wollte Fischhof nichts wissen. Sie sei ein konstitutionelles Unding, das die ganze Staatsmaschine ins Stocken bringen könne. Österreich würde 14 verantwortliche Minister des Innern erhalten, die leicht miteinander in Streit geraten könnten. Deshalb sei die Verantwortlichkeit der Länderchefs lediglich auf den richtigen Vollzug der Landesgesetze zu beschränken[2]).

Am 22. Februar stellte der Tscheche Pinkas — der einige Tage vorher seinen Kollegen wohlmeinend zugerufen hatte: „Versöhnen wir uns, wir sind da, um ein gemeinsames Werk zu schaffen!" — unter anderem den Antrag, daß in den Reichsländern mit verschiedenen Nationen den Abgeordneten jeder Nation gestattet werden möge, zur Wahrung der nationalen Sonderinteressen besondere Nationalkurien zu bilden. Diese sollten in den Angelegenheiten des Unterrichts, der Kranken- und Humanitätsanstalten und der agrarischen Gesetzgebung ihr Separatvotum dem Monarchen vorlegen dürfen, wenn der Beschluß des Landtages gegen die Meinung einer Nationalkurie ausgefallen sei. Würde ein Beschluß des Landtages in irgend einer anderen Frage gegen die von einer Nationalkurie vertretenen völkischen Interessen verstoßen, so sei ein Schiedsgericht einzusetzen. Erfolge dessen Ausspruch mit absoluter Stimmenmehrheit, so möge er bindende Kraft erhalten. Bei Stimmengleichheit sei unter Umständen das Reichsgericht zu befragen[3]). Fischhof befaßte sich in der nächsten Sitzung mit den Vorschlägen. Er fand, daß der Antrag des Abgeordneten Pinkas die Entscheidung bei nationalen Konflikten weder der Mehrheit noch der Minderheit der Vertretungskörper, sondern dem Ministerium und dem Reichsgerichte überlasse. Darin liege ein Verstoß

[1]) Springer, „Protokolle", S. 140.
[2]) Ebenda, S. 340.
[3]) Ebenda, S. 274.

gegen alle konstitutionellen Grundsätze und eine Begünstigung der Ministerwillkür. Fischhof gab sich der Hoffnung hin, daß zwischen den Landtagen und Kreistagen nur selten Konflikte ausbrechen würden. Das Institut der nationalen Kurien würde die Reibungsflächen nur erweitern und das Reichsgericht mit Entscheidungen überlasten[1]).

Die Beratungen über die künftige Verfassungsurkunde boten Fischhof Gelegenheit, sich über die Eignung der Staatsbeamten für das Amt des Abgeordneten auszusprechen. Er trat den Kollegen entgegen, die Bedenken äußerten. Warum solle der Staatsbeamte weniger geeignet oder gefährlicher sein, als irgend ein anderer Bürger? Die möglichen Befürchtungen müßten sofort schwinden, wenn eine gute Dienstpragmatik geschaffen würde. Wüßten die Wähler, daß der Kandidat ein Beamter sei, warum sollten sie ihm dann nicht ihre Stimme geben dürfen[2])?

Mit Feuereifer setzte sich der Abgeordnete von Matzleinsdorf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht ein. Durch die Grundrechte habe man den Unterschied der Stände abgeschafft und nun wolle man (durch den Ausschluß von der Wahlberechtigung) einen vierten Stand, den der Proletarier, bilden. Dadurch würde nur ein Element der Zerstörung geschaffen werden. Man fürchte im Parlamente sozialistische Wühlereien, aber diese Besorgnis sei unbegründet. Die große Mehrzahl der Bevölkerung werde durch Besitzende gebildet und die kleinen Besitzer seien gerade am konservativsten. Fischhof wies in Anbetracht der Absicht, einen Steuerzensus festzulegen, auf die Bedeutung der indirekten Steuern hin. Die armen Leute zahlen Steuern im Wasser, das sie ihre Suppe nennen, im Salz, im Tabak, den sie kauen. Man sage, daß man am Ende auch den Minderjährigen und den Weibern das Wahlrecht zugestehen müßte. Wie unrichtig! Bei den Minderjährigen sei es nur auf eine gewisse Zeit hinausgeschoben; hinsichtlich der Weiber streiten die Gesetze der Menschen nicht gegen die Gesetze der Natur. Gerade jetzt in den bewegten Zeiten brauche man die

---

[1]) Springer, „Protokolle“, S. 280.
[2]) Ebenda, S. 152.

bürgerliche Tugend bei allen Ständen und müsse sich wohl hüten, in den Städten Zündstoff anzusammeln. Wie viele Wohlhabende sinken ganz unvermutet ins Proletariat hinunter; sollten sie dadurch des Wahlrechtes verlustig werden, dessen sie sich früher erfreuen konnten?... Wenn auch in Österreich die soziale Frage noch nicht so gefährlich sei, wie in Frankreich, so seien doch die Mahnungen im Riesengebirge und Schlesien laut genug.... Des allgemeinen Wahlrechtes ungeachtet, haben selbst in Frankreich die Wahlen ein den Konservativen günstiges Ergebnis gezeitigt. In Wien und in anderen Städten wirkten die Proletarier bereits bei den Wahlen für den konstituierenden Reichstag mit und es müßte deshalb um so gefährlicher scheinen, ihnen wieder das Wahlrecht zu rauben. Gönnte man ihnen nicht eine Vertretung ihrer Interessen im Parlamente, so würden Winkelparlamente entstehen, deren Gefährlichkeit keiner Schilderung bedürfe. Man komme auch nicht mit der Ausrede, daß man einen niederen Zensus einführen wolle. Es sei doch nicht ohne Bedeutung, daß 6—700 000 Männer des Mitbestimmungsrechtes entbehren sollen. Und dann bedenke man noch eines: Welche Unzufriedenheit müßte entstehen, wenn man den Juden das Wahlrecht ließe, den Arbeitern aber entzöge[1])!... Fischhofs warmherziger Appell fand keine Berücksichtigung. Es wurde im Verfassungsentwurfe ein Maximalsteuerzensus von fünf Gulden festgesetzt. Brestel hatte sich in einem Antrage für die Bevorzugung der Großstädte bei der Verteilung der Mandate eingesetzt und auf die eigentümliche soziale und ökonomische Gestaltung Österreichs hingewiesen. Fischhof verteidigte die Anregung seines Kollegen. Er erinnerte daran, daß in der Diskussion vom Proletariat und von sozialen Gebrechen gesprochen worden war. Er frage nun, wer diese Gebrechen besser kenne als die Städtebevölkerung? Man wolle ja nicht die Stadt- und Landinteressen einander feindlich gegenüberstellen, sondern nur für die Städte eine etwas stärkere Vertretung als für das flache Land einführen. Der Bauer, der seit der Aufhebung des Untertanenverhältnisses wenig Interesse am

---

[1]) Springer, „Protokolle“, S. 189 und 190.

Reichstage zeige, werde in Zukunft höchst wahrscheinlich seinen früheren Gutsherrn wählen. Dadurch käme eine Menge von Edelleuten in den Reichstag, die unter dem Vorwande, Agrikulturinteressen zu vertreten, aristokratische Tendenzen verfolgen würde. Schon deshalb sei die besondere Berücksichtigung der Städte empfehlenswert[1]).

Bei den Beratungen über das Vetorecht der Krone trat Fischhof für die Rechte des Monarchen ein. Brestel hatte angeregt, daß auch die Nichtäußerung des Herrschers über eine vom Reichstage angenommene Vorlage als stille Sanktion anzusehen sei. Fischhof widersprach dieser Ansicht. Dabei meinte er, die Krone dürfe sich niemals ignorieren, sonst würde sie durch das Volk ignoriert werden[2]).

In eineinhalb Monaten hatte der Verfassungsausschuß den Grundriß für die Einrichtung des neuen volkstümlichen Völkerstaates Österreich entworfen. Eine Fülle zutreffender verfassungsrechtlicher Gedanken war in den dürren und doch so inhaltschweren Sätzen der Paragraphen niedergelegt. Nichts wurde vergessen, überallhin drang der spähende Blick der 30 Abgeordneten, die mit heißer Vaterlandsliebe ein wahrhaft patriotisches Werk schaffen wollten. Am 2. März erschienen die Mitglieder des Konstitutionsausschusses mit Bändern geschmückt, die in den vorgeschlagenen Reichsfarben Weiß-Rot-Gold prangten. Das war das erste Lebenszeichen des so schön erdachten neuen Staatsorganismus. Doch da fiel der Reif in einer Vorfrühlingsnacht, und das zarte Knösplein des Verfassungsentwurfes erstarrte, ehe es sich zur duftigen Blume entfalten konnte...

Auch im Plenum des konstituierenden Reichstages ging es sehr geschäftig her. Die Stenographen mußten sich wacker abmühen, um die vielen Reden aufzunehmen, die in den wenigen schicksalschweren Wochen gehalten wurden, die dem Parlamente als letzte Lebensfrist gegönnt waren. Das neue, am 21. November vom Kaiser in Olmütz ernannte Ministerium, dessen markanteste Persönlichkeiten der einstige

---

[1]) Springer, „Protokolle", S. 177 und 178.
[2]) Ebenda, S. 162 und 163.

„Armeediplomat“ Fürst Felix Schwarzenberg, der tatenfrohe, volksfreundliche und verständige Graf Stadion, der wandlungsfähige, begabte Dr. Alexander Bach und der energische, rührige, hellköpfige Ritter von Bruck waren, führte sich im Reichstage sehr gut ein. „Wir wollen die konstitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt,“ — meinte der Ministerpräsident in seiner Programmrede — „wir wollen sie begründen auf der gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwicklung aller Nationalitäten, sowie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, gewährleistet durch die Öffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens, getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Länderteile in allen inneren Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Zentralgewalt.“ Fürst Schwarzenberg sprach auch die Hoffnung aus, bald in die Lage zu kommen, die vom Reichstage zu beschließende Verfassung der Krone zur Sanktion vorzulegen[1]). Das waren schöne Versprechungen, die den Herzen wohltun konnten.

Als am 2. Dezember die Kunde von dem Thronwechsel nach Kremsier kam, brachte der Präsident unter allgemeinem großen Beifalle und vielen Vivatrufen ein Hoch auf den „konstitutionellen Kaiser und König Franz Joseph“ aus. Und doch! Schon zog sich über Kremsier dunkles Gewölk zusammen. Die Oktoberrevolution hatte den freiheitlichen Bestrebungen einen nicht mehr gut zu machenden Schaden zugefügt. Dem jungen Konstitutionalismus waren neue mächtige Gegner erstanden, die sich den alten Feinden zugesellten. Man kann die Widersacher in drei Gruppen teilen. Es gab Menschen, die den Absolutismus geistig nicht überwunden hatten und ihn im göttlichen Weltplane vorgezeichnet glaubten. Eine andere Gruppe von Männern war durch die Erscheinungen der bewegten Freiheitsepoche so sehr enttäuscht und im tiefsten Herzen verletzt worden, daß sie sich wieder nach der Starrheit des konservativen Systems sehnte. Eine dritte Gruppe endlich zeichnete sich durch eine hochmütige Verachtung der Volksbestrebungen aus, die wahrlich

---

[1]) Verhandlungen des Reichstages. Bd. IV. Vierundfünfzigste Sitzung.

nicht durch des Gedankens Blässe angekränkelt schien. Viele hätten am liebsten gesehen, daß mit der Eroberung Wiens auch die endgültige Erdrosselung des Parlaments verbunden worden wäre. Das war nun freilich nicht geschehen, aber es ließ sich wohl nachholen. Das Ministerium wurde bald vom Strome der reaktionären Einflüsse ergriffen und fortgetrieben. Am 6. Januar begann es geheimnisvoll hinter dem Rücken des konstituierenden Reichstages nach den eigenen Plänen eine Verfassung auszuarbeiten; am 20. Januar wurde der Beschluß gefaßt, den Reichstag aufzulösen[1]). Erhielten die Abgeordneten von diesen schwerwiegenden Entschlüssen auch keine direkte Kunde, so wurden sie doch durch wirre Gerüchte und durch düstere Ahnungen gemartert. Zwei Dritteile des Flächenraums von Österreich standen — wie ein Abgeordneter am 24. Januar ausführte[2]) — im Zeichen des Belagerungszustandes, der allerdings nicht überall die Bevölkerung so schwer traf wie in Wien. Aber von einem freien Staate durfte man nicht mehr sprechen. Dazu kamen noch die ernsten Nachrichten aus der Hauptstadt, wo mit rücksichtsloser Strenge alle revolutionären Keime niedergetreten, alle Spuren des kurzen politischen Lebens verwischt und die vermeintlichen Übeltäter strenge bestraft wurden. Im November 1848 erfolgten in Wien 19 politische Verurteilungen, 10 Todesstrafen wurden gleich vollzogen. Im Dezember gab es 21 Verurteilungen und 4 durchgeführte Todesstrafen. Im Januar 1849 stieg die Zahl der Schuldsprüche auf 46; drei Personen fanden durch Erschießen den Tod[3]). Da konnten die freiheitlich gesinnten Volksvertreter in Kremsier ihres Lebens nicht froh werden, zumal da über einigen populären Abgeordneten das Damoklesschwert der Verfolgung schwebte. Auf die Arbeitsamkeit des konstituierenden Reichstages hat die gedrückte Seelenstimmung nicht fördernd eingewirkt. Mit der dritten Lesung der Geschäftsordnung und auch sonst wurde

[1]) Heinrich Friedjung, „Österreich von 1848—1860". Bd. I, S. 142 und 153. Stuttgart 1908.

[2]) Verhandlungen des Reichstages. Bd. IV. Siebenundsiebzigste Sitzung. (Rede des Abgeordneten Dylewski.)

[3]) W. G. Dunder, „Denkschrift über die Wiener Oktoberrevolution", S. 903 ff. Wien 1849.

unglaublich viel kostbare Zeit vergeudet. Deshalb konnte der wichtige Entwurf der staatsbürgerlichen Grundrechte, der schon am 12. Dezember 1848 fertiggestellt war, erst am 21. Dezember zur ersten Lesung in der Vollversammlung des Reichstages gelangen. Die zweite Lesung nahm nach den ausgiebigen Weihnachtsferien am 4. Januar 1849 ihren Anfang, um dann in einer fast uferlosen Debatte fortgesetzt zu werden.

Adolf Fischhof ist dabei nur zweimal mit größeren Reden hervorgetreten. Vor dem Beginne der zweiten Lesung der Grundrechte hatte Graf Stadion eine schroffe Erklärung abgegeben, in der er den ersten Paragraphen des Entwurfs — „alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus" — entschieden zurückwies, weil er dem monarchischen Prinzipe nicht entspreche. Der Grundsatz der Volkssouveränität dürfe in der Verfassungsurkunde nicht zum Ausdrucke kommen, denn „unter dem Banner dieser Theorie wurden die Gesetze verletzt, den Vollzugsorganen offener Widerstand entgegengesetzt; unter ihrem Banner wurden die Begriffe der Menge verwirrt, wurden die Straßen zum Schauplatze wilder Ausschweifungen gemacht, und das Blut des edlen Grafen Latour vergossen..."[1]). Die ungerecht verdammenden Ausführungen des Ministers entfesselten die größte Erregung. Man glaubte auch die Beeinflussung des freien Beschlußrechtes nicht dulden zu können und veranstaltete eine entschiedene Protestkundgebung. 178 Abgeordnete überreichten einen dringlichen Antrag, der das Vorgehen des Grafen Stadion verurteilte. Der bedächtige Pinkas leitete die Debatte mit eindrucksvoller Ruhe ein, wobei immerhin noch ein wenig Pathos mitlief. Fischhof schlug in seiner Rede zuerst einen ironischen Ton an. Er ließ die Tätigkeit des Ministeriums Revue passieren und schilderte dabei die verwerfliche Taktik gewisser Blätter, die unter dem Schutze der Behörden einzelne Abgeordnete in ihrer Würde angreifen und dadurch das Ansehen der ganzen Kammer schädigen. Mit scharfen Worten kritisierte Fischhof den ministeriellen Entwurf eines Gemeindegesetzes und verspottete den Erlaß des Ministeriums an die Beamten, durch den

---

[1]) Verhandlungen des Reichstages. Bd. IV. Siebenundsechzigste Sitzung.

alle die, die radikal oder reaktionär denken, aufgefordert wurden, aus dem Staatsdienste zu treten. Er kam weiter auf das Elaborat über die Grundrechte zu sprechen, das ein Mitglied der Regierung als Neujahrsangebinde veröffentlicht hatte. Das seien sehr bequeme Grundrechte, so bequem, daß der Despotismus in denselben sechsspännig fahren und umkehren könnte, ohne an irgend einen Paragraphen zu stoßen. Schließlich wandte sich Fischhof der Rede des Grafen Stadion zu. „Diese Erklärung" — legte er dar — „kommt mir vor, wie ein aristokratisch-ministerieller Salon. In ihm stehen die Minister, in der Antichambre die Vertreter des Volkes. Durch die halboffene Flügeltüre des Saales bedeuten die Minister den Volksvertretern tagtäglich, so oft sie an die Beratung eines neuen Paragraphen gehen, sich in der Antichambre zu sammeln und die Parole des Tages zu vernehmen... Früher hat man durch Probebelastungen die Tragkraft der Geduld der Kammer versucht, und als man sich stark genug glaubte, belastete man sie mit der zentnerschweren Erklärung des Grafen Stadion. Da aber brach unsere Geduld. Das Ministerium behauptet in dieser Erklärung, daß die Kammer solidarisch verantwortlich sei für die Ermordung Latours, weil unter dem Banner der Theorie der Volksvertretung... das Blut des edlen Grafen vergossen wurde. Ich erlaube mir, das Ministerium an das konstitutionell monarchische Belgien zu erinnern, wo der Grundsatz der Volkssouveränität an der Spitze der Verfassung steht und das inmitten der politischen Stürme dieses Jahres am ruhigsten und glücklichsten war und am wenigsten von den Bewegungen der Zeit berührt wurde. Die Minister finden, daß ein Verbrechen unter dem Banner der Theorie der Volkssouveränität stattgefunden habe. Ich erlaube mir dagegen die Minister daran zu erinnern, daß zahllose Verbrechen unter dem Banner der Legitimitätstheorie begangen worden sind. Unter dem Banner dieser Theorie sind die Völker wie Herden verkauft und vertauscht worden, sind Millionen österreichischen Geldes nach Spanien und nach der Schweiz gewandert, während die schlesischen Gebirgsbewohner an Hungertyphus starben. Unter dem Banner dieser Theorie wurden die Völker mit Pulver und Blei beglückt, und

doch schreckt das Ministerium nicht zurück, dieses Banner vor uns zu entfalten ... Aber so unrichtig die Erklärung auch in ihren Motiven und in ihrer Ausführung ist, eines hat sie doch bewirkt, sie hat uns Einheit gepredigt. In diesen Tagen der Gefahr hat die Spanne Raum (zwischen den Bänken der Rechten und Linken) nicht verhindert, daß das Wort der Verständigung hinüber und herüber dringe. Wir waren nicht mehr Tschechen, nicht mehr Deutsche, nicht mehr Polen, sondern die Vertreter der österreichischen Völker, die nicht dulden, daß man mit anmaßender Hand — und sei diese Hand auch eine ministerielle — unsere Unabhängigkeit antaste. Lange, nur allzu lange haben wir uns um die goldene Schale der Freiheit, um die Nationalität gezankt, aber indem wir uns um die Schale stritten, ging uns der Kern — die Freiheit — verloren. Doch ich hoffe, daß wir, belehrt durch die Kunstgriffe, welche eine perfide Politik benutzt, um Nationen voneinander zu trennen und sie gegeneinander zum Kampfe zu führen, damit sie ihre Freiheit verachten, unsere Vorurteile vergessen und uns von nun an brüderlich die Hände zum Schutze der Freiheit reichen werden. Das Ministerium mag die Kammer auflösen, aber solange wir auf unseren Plätzen sitzen, werden wir es nicht dulden, daß unsere Unabhängigkeit, daß unsere Ehre gekränkt werde, die eins ist mit der Unabhängigkeit, mit der Ehre der Völker Österreichs"[1]).

Diese Rede ist nicht nur in politischer, sondern auch in psychologischer Hinsicht interessant. Allerdings paßt sie nicht zu dem vornehmen Wesen Fischhofs, das sonst alle verletzenden Angriffe verurteilte. Selbst im erregten Kreise der Abgeordneten fielen die Worte durch ihre Schärfe auf, obwohl man damals an starken Tabak gewöhnt war. Fischhof muß unter dem Eindrucke unerfreulicher Nachrichten gesprochen und den Hinweis auf die fluchwürdige Ermordung des Grafen Latour als eine schwere Kränkung des Parlaments empfunden haben. Wußten doch wenige Abgeordnete so genau wie er, mit welcher Lebensverachtung die am 6. Oktober im Hofkriegsgebäude versammelten Volksvertreter für den unglücklichen greisen Minister ein-

[1]) Verhandlungen des Reichstages. Bd. IV. Siebenundsechzigste Sitzung.

getreten waren. Fischhof bot seinen politischen Gegnern durch die heftige Rede den erwünschten Anlaß, seine lauteren Absichten zu verdächtigen. Es handelte sich um das erste öffentliche Auftreten nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienste, und böse Zungen glaubten von einem Akte des gekränkten Ehrgeizes sprechen zu dürfen[1]). In Wirklichkeit haben Fischhof damals ebensowenig wie sonst persönliche Interessen geleitet. Er war in das Ministerium Doblhoff eingetreten, um für die Sache der Freiheit zu wirken, er hatte vom Ministerium Schwarzenberg die Entlassung bereits am 5. Dezember 1848 erbeten, weil er glaubte, unter den geänderten Verhältnissen nicht mehr ungehemmt im Sinne seiner politischen Ansichten tätig sein zu können. Graf Stadion bemühte sich, den dienstesunlüstigen Ministerialrat dem Amte zu erhalten. Er gab ihm eine Bedenkzeit, ohne jedoch dadurch den einmal gefaßten Entschluß ins Gegenteil umzukehren. Am 20. Dezember war Fischhofs Entlassungsgesuch angenommen worden. Übrigens ging die temperamentvolle Debatte über die Erklärung des Grafen Stadion wie das Hornberger Schießen aus. Noch zur rechten Zeit sahen die Abgeordneten ein, daß es unklug wäre, wegen eines rein theoretischen Bekenntnisses einen Konflikt heraufzubeschwören, der mit der Vernichtung des schwächeren Teils, des Reichstages, enden mußte. Man fügte sich, wenn auch grollend.

Die zweite Rede Fischhofs wurde am 29. Januar 1849 bei der Debatte über den Paragraphen 6 der Grundrechte[2]) gehalten. Sie ist ein zündendes, überzeugungsvolles Plaidoyer für die Abschaffung der Todesstrafe. Die trüben Ahnungen der Abgeordneten klingen aus den einleitenden Worten heraus.

---

[1]) J. A. Freiherr v. Helfert, „Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes 1848". Bd. III, S. 29.

[2]) Der Paragraph 6 der Grundrechte lautete im Entwurfe: „Eine Strafe kann nur durch gerichtlichen Spruch nach einem zur Zeit der strafbaren Handlung schon bestehenden Gesetze verhängt werden. — Die Todesstrafe für politische Verbrechen ist abgeschafft. — Die Strafen der öffentlichen Arbeit, der öffentlichen Ausstellung, der körperlichen Züchtigung, der Brandmarkung, des bürgerlichen Todes und der Vermögenseinziehung dürfen nicht angewendet werden."

„Mich ergreift ein Gefühl der Bangigkeit," — beginnt Fischhof — „wenn ich unter den traurigen Ereignissen in unserem Vaterlande die 28 Paragraphen der Grundrechte betrachte. Ich weiß nicht, sind diese Paragraphen Grabsteine, auf denen die Inschrift zu lesen: Hier ruhen die Wünsche der österreichischen Völker!, oder sind es die Grundsteine unserer künftigen Freiheit? ... Ich weiß nicht, sollen wir uns freuen oder sollen wir trauern, denn wer vermag anzugeben, ob der Weg, den Österreich jetzt geht, hinan zum Gipfel der Freiheit oder von demselben hinab führt? Hier (im Saale) wird das Leben politischer Verbrecher vor der Willkür drakonischer Gesetze geschützt, und draußen wird Stand- und Kriegsrecht denjenigen angedroht, deren Worten vielleicht eine Tendenz zur Beruhigung der Gemüter zugrunde liegt. Hier wird die Todesstrafe für politische Verbrecher abgeschafft und draußen das Windischgrätzsche Amendement angenommen, welches lautet: Politische Verbrecher werden zum Strange verurteilt und zu Pulver und Blei begnadigt!... Die Todesstrafe für politische Verbrechen! Was sind politische Verbrechen, was politische Tugenden? Gibt es nicht politische Verbrechen, die aus einem großen edlen Herzen entspringen, und gibt es nicht politische Tugenden, die nur auf dem Mistbeete des Egoismus und der Gesinnungslosigkeit gedeihen? Steht nicht die Geschichte mit warnend aufgehobenem Zeigefinger vor unseren Blicken und predigt sie nicht auf jedem ihrer blutbefleckten Blätter Milde und Schonung? Sie predigt aber tauben Ohren. ... Doch ich bin nicht aufgestanden, um bloß für die Abschaffung der Todesstrafe bei politischen Verbrechen zu sprechen. ... Ich gehe weiter, ich wünsche, daß die Todesstrafe überhaupt abgeschafft werde. Ich weiß, daß die Juristen vornehm und mitleidig die Achseln zucken werden über den Laien, der sich an die Frage heranwagt. Ich glaube aber, das Leben ist ein heiliges Eigentum, auf das der Staat kein Expropriationsrecht hat und das zu verteidigen das Recht und die Pflicht eines jeden Bürgers ist. Dennoch springt der Staat mit keinem Gute so willkürlich um, als mit dem, das einmal geraubt, nie mehr zurückgegeben werden kann." Fischhof untersucht nun die Zulässigkeit der Todesstrafe vom Standpunkte der Rechtspflege aus und kommt zu dem Ergebnisse, daß sie sich nicht rechtfertigen lasse.

Sie könne jedoch auch nicht mit den Interessen des Staatswohles und der Staatsökonomie gerechtfertigt werden, „denn darin seien alle ausgezeichneten Staatslehrer eines Sinnes, daß Strafhäuser Besserungsanstalten sein müssen für sittlich Kranke. Der Staat erbaut Krankenanstalten für körperlich Kranke, die heilbar sind, Siechenanstalten für die unheilbar Kranken und Siechen; er hat Krankenanstalten für Geisteskranke, aber ich habe nie gehört, daß der Staat aus Ökonomie oder wegen der Gefahr, welche ansteckende Krankheiten für die Gesellschaft haben, Mörderanstalten errichtet habe. Warum macht der Staat eine Ausnahme bei den sittlich Kranken? Möge er Besserungsanstalten erbauen für die sittlich Kranken, deren Heilung man erhoffen kann, und für diejenigen, die scheinbar inkurabel sind. Ich sage scheinbar, denn so wenig als der Arzt einen Kranken, so wenig die Kirche eine menschliche Seele ganz aufgeben darf, so wenig soll der Staat verzweifeln an einem

seiner Bürger. Kann er ihn nicht ohne Gefahr der bürgerlichen Gesellschaft wiedergeben, so erziehe er ihn wenigstens zu einem besseren Bürger einer besseren Welt ..." Der Redner untersucht ferner die Einwände gegen die Todesstrafe, die aus der menschlichen Natur selbst erfließen, und wendet sich hierauf dem Umstande prüfend zu, daß noch kein großer Staat die Todesstrafe abgeschafft habe. „Können die Gesetze" — fragt er — „wie Rasiermesser und Putzwaren nur dann schön sein, wenn sie aus London oder Paris kommen? Müssen denn die Engländer und Franzosen stets die Generalquartiermeister edler Ideen und großer Entdeckungen sein? Wir haben die 28 Paragraphen unserer Grundrechte abgeschrieben. Der Ausschuß hat sie zwar glücklich verhüllt, aber wer sich auf Masken versteht, wird wohl bei diesem oder jenem Paragraphen sogleich sagen können: Ich kenne dich, liebe Maske, ich habe dich in Belgien, in Paris, in Frankfurt kennen gelernt. Warum sollen wir nicht auch einmal einen Paragraphen mit kräftiger, leserlicher österreichischer Originalschrift niederschreiben? Ich glaube, das jugendliche Herz unseres Monarchen würde diese Idee mit Begeisterung aufnehmen." Fischhof beschäftigt sich schließlich auch mit dem Argumente, daß die Zahl der Verbrechen in gefahrdrohender Weise zunehmen würde, wenn die Todesstrafe verschwände. Man habe gesagt, daß Österreich bereits einmal gezwungen gewesen sei, die schon abgeschaffte Todesstrafe neuerlich einzuführen. Fischhof beruft sich deshalb auf die Proteste des Hofrats v. Sonnenfels gegen die Reaktivierung der grausamen Strafe und schildert, unter welchen Umständen sich die Wiedereinführung vollzogen habe. Durch eine statistische Aufstellung entkräftet er den Vorhalt, daß die Bevölkerung in einzelnen Provinzen auf einer tiefen Kulturstufe stehe und daher ein exorbitantes Schutzmittel notwendig erscheinen lasse. Während in Niederösterreich z. B. auf 584 Bewohner 1 Verbrecher komme, entfalle im Küstenlande 1 Verbrecher auf 1494, in Galizien auf 973 Einwohner. „Aber selbst wenn die Verbrecherzahl in Galizien eine zwei- und dreimal so große wäre, als in anderen Provinzen, wer trüge da die Schuld, die Bevölkerung oder die Regierung? Sollen wir das Volk büßen lassen, was die Regierung verbrochen?"

„Wäre ich ein galizischer Bauer," — ruft Fischhof aus — „der zum Tode verurteilt werden sollte, so setzte ich mich auf den Richterstuhl und den Richter auf die Anklagebank und spräche zu ihm als Repräsentant des Staates wie folgt: Staat, du hast mich gebraucht als Dünger für die Felder der anderen, du hast mich benutzt als Zielscheibe für Kanonen und Musketen, du hast meine mühsam erworbenen Pfennige zu Steuern und Abgaben erpreßt, und was hast du für uns getan? Hast du uns geistig gebildet, hast du uns sittlich veredelt? Nein, du hast die Gelder verzettelt in diplomatischen Missionen, verbraucht zur Unterstützung absolutistischer Prätendenten, zu militärischen Tändeleien und zu bureaukratischem Luxus! Uns jedoch hast du verkümmern lassen in Stumpfsinn und Unwissenheit. Und dennoch, selbst im Sumpfe unserer Verkommenheit spiegelt sich noch der Himmel der göttlichen Natur. Ihr aber, die die Vorsehung auf den Gipfel der Gesellschaft, auf die Höhe der Bildung gestellt hat, ihr, die Metterniche und Konsorten, ihr habt den Gott in uns und euch verleugnet, und wenn irgend jemand

zu sterben verdient den Tod des Verbrechers, seid ihr es! Aber vor der gerechten Strafe schützt euch unsere Gutmütigkeit, euer Exil und der kleine, aber schöne Paragraph: Die Todesstrafe ist abgeschafft"[1]).

Fischhofs Rede hat auf den konstituierenden Reichstag einen tiefen Eindruck gemacht. Auch von anderen Abgeordneten war für die Aufhebung der drakonischen Strafe machtvoll gesprochen worden, und als es zur Abstimmung kam, entschieden sich 197 gegen 106 Abgeordnete für den lapidaren Satz: die Todesstrafe ist gänzlich abgeschafft!

Langsam kamen die Beratungen der Grundrechte vorwärts. Am 6. März wurde erst die Verhandlung über den Paragraphen 15 geschlossen. Um neun Uhr abends beendete der Präsident des Reichstages die Sitzung. Die nächste Beratung sollte am 15. März stattfinden. Aber es kam nicht dazu. Am 7. März wurde der Kremsierer Reichstag gesprengt; die Tribüne, die Österreichs Völker gezimmert hatten, brach zusammen. Die Auflösungsurkunde war vom 4. März datiert, und gleichzeitig mit ihr wurde auch die vom Ministerium ausgearbeitete Verfassung „für das einige und unteilbare Kaisertum Österreich" verkündet. „Völker Österreichs, schart Euch um Euren Kaiser, umgebt ihn mit Eurer Anhänglichkeit und tätigen Mitwirkung, und die Reichsverfassung wird kein toter Buchstabe sein. Sie wird zum Bollwerke Eurer Freiheit werden, zur Bürgschaft für die Macht, den Glanz, die Einheit der Monarchie. Groß ist das Werk, aber gelingen wird es den vereinten Kräften!"[1]) Der Kremsierer Reichstag wollte die Völker Österreichs mit ansehnlichen, doch verständnisvoll zugeschnittenen Freiheitsgütern ausstatten, die oktroyierte Verfassung verhieß ihnen ein bescheidenes Maß von Rechten. Indes, selbst zur Einlösung dieses kargen Versprechens sollte es nicht kommen. Der konstituierende Reichstag war auseinandergetrieben, er konnte sein Werk nicht mehr vollbringen. Die oktroyierte Verfassung aber leuchtete wie ein Stern erdenfern am nächtlichen Himmel. Bald verblaßte das kleine Gestirn vollends. Österreich wurde wieder absolutistisch regiert. Zwischen dem März 1848 und dem

---

[1]) Verhandlungen des Reichstages. Bd. IV. Achtzigste Sitzung.

März 1849 lagen die schönsten Hoffnungen, die glänzendsten Verheißungen, die herrlichsten Ansätze und die bittersten Enttäuschungen . . .

B. Die Untersuchungshaft

Mit dem guten Gewissen eines pflichtgetreuen Mannes konnte Adolf Fischhof den Ereignissen, die nun finster heranstürmten, gelassen entgegensehen. Wohl war er schon am 14. November 1848 von der Militäruntersuchungssektion in der Wiener Salzgrieskaserne über seine Tätigkeit am 6. Oktober verhört worden, wohl wußte er, daß gegen verschiedene Abgeordnete Prozesse schwebten, aber ein schuldfreier Mensch braucht nicht zu verzagen. Nichts Unrechtes war von ihm begangen worden. Uhland sagte schon:

Der Deutsche ehrt in allen Zeiten
Der Fürsten heiligen Beruf,
Doch liebt er frei einher zu schreiten
Und aufrecht, wie ihn Gott erschuf!

Fischhof hatte nur im Sinne dieser Worte gehandelt; niemals war er gegen die unveräußerlichen Rechte des Monarchen, niemals gegen das Interesse des Staates aufgetreten. Im Gegenteile! Die Nörgelsucht der Radikalen hatte an ihm viel auszusetzen gehabt; er war den verblendeten Vorwärtsstürmern als Schwachmütiger erschienen, weil seine klare Einsicht ihm nicht gestattete, geistig in Wolkenkuckucksheimen zu leben. Gewiß, die Freiheit der Völker, das politische Mitbestimmungsrecht des Bürgers hatten in Fischhof einen überzeugungsvollen Verteidiger gefunden, der Konstitutionalismus war von ihm eifersüchtig beschützt worden. Aber hatten nicht alle Wohlmeinenden, alle rechtschaffenen Freunde des Vaterlandes Jahre hindurch den Tag ersehnt, an dem die Ketten des Absolutismus brechen würden? Allein für so ernste Erwägungen war die richtige Zeit noch nicht gekommen. Die Hüter der alten Scheinautorität fühlten sich tief verwundet und lechzten nach Vergeltung. Auf feine Unterscheidungen wollte man sich nicht einlassen. Wer sich in den Kämpfen um die Verfassung weiter hinausgewagt hatte — einerlei ob mit maßvollem Sinne —, wurde als Dema-

goge scheel angesehen, galt als verdächtig, als reif für das Kriminal. Fürst Windischgrätz zum Beispiele nahm keinen Anstand, Fischhof in einem vertraulichen Schreiben „einen elenden Kerl" zu nennen und ihn der Mitschuld an den Morden zu zeihen, die in Ungarn an Soldaten und Offizieren verübt wurden[1]). Nach Beweisen fragte man nicht; ein dunkles vorurteilsvolles Gefühl genügte. So erging denn gleichzeitig mit der Sprengung des Reichstages der Befehl, 7 Abgeordnete in Haft zu nehmen. Füster, Violand, Goldmark, Kudlich und Scherzer entkamen den Händen der Behörde, denn der edelgesinnte Minister des Innern, Graf Stadion, der keine Märtyrer machen wollte, hatte den schnellen Vollzug des behördlichen Auftrages zu verhindern gewußt. Fischhof und Prato weigerten sich aber, vor den reaktionären Gewalten zu fliehen. Der ehemalige Ministerialrat wohnte gemeinsam mit Goldmark und Ludwig August Frankl in einem Häuschen vor dem Stadttore in Kremsier. Es wäre ihm also sicherlich gleich seinem Freunde gelungen, unbehelligt über die Grenzen zu kommen. Aber die drängenden Beschwörungen teilnehmender Kollegen fanden taube Ohren. Fischhof war zur Flucht nicht zu bewegen. Er sagte gefaßt: „Bleibe ich, dann kann mich das Kriegsgericht vielleicht verurteilen; fliehe ich, dann verurteilt mich die öffentliche Meinung gewiß. Die Wahl ist nicht schwer: ich bleibe!"[2]) Fischhofs Feinfühligkeit verleugnete sich auch in diesen gefahrvollen Stunden nicht. Das Vertrauen des Volkes hatte ihn auf einen vorgerückten Posten gestellt, er wollte nicht die Flucht ergreifen, trotzdem es ihm niemand verübelt hätte. So wurde er denn am 7. März, als er sich bereits zu Bette begeben hatte, vom Lager aufgescheucht, in Haft genommen und inmitten von Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett durch die nächtlich stille Stadt geführt[3]), in die er gekommen war, um die freiheitliche Verfassung Österreichs zu vollenden.

---

[1]) Heinrich Friedjung, „Österreich von 1848—1860", S. 150. Stuttgart 1908.

[2]) „Ostdeutsche Post" Nr. 45. Wien 1849. (Fischhof.)

[3]) J. A. Freiherr v. Helfert, „Geschichte Österreichs vom Ausgange des Wiener Oktoberaufstandes". Bd. IV. 3. Teil, S. 343.

Ein interessantes Schreiben Fischhofs an Ludwig August Frankl schilderte die Vorgänge bei der Verhaftung und die nächsten Erlebnisse. Es behandelte vor allem die Frage, weshalb die 7 verfolgten Deputierten nicht im Laufe des Tages in Gewahrsam gebracht wurden und wie es kam, daß 5 proskribierte Volksvertreter unbehelligt Kremsier verlassen durften. Fischhof selbst erhielt den Aufschluß über diese eigentümliche Erscheinung vom Polizeirate Felsenthal, den er anfangs der fünfziger Jahre im Hause eines gemeinsamen Bekannten traf.

Im Laufe einer längeren Unterredung — schrieb Fischhof[1]) — zog mich Felsenthal in die Ecke eines Zimmers und sagte mir: ‚Wissen Sie, wer die Verhaftung in Kremsier zu leiten hatte?‘ „Vielleicht Sie?“ antwortete ich. ‚Ja ich,‘ lautete seine Entgegnung. „Nun, da haben Sie sich wenig Ehre gemacht. Alle, die sich der Haft entziehen wollten, sind ja glücklich durchgeschlüpft.“ ‚Daran — im strengsten Vertrauen gesagt — war Graf Stadion schuld,‘ entgegnete Felsenthal. ‚Ich hatte alle meine Maßregeln getroffen, damit kein einziger entkomme; aber Stadion, dem ich diese zur Kenntnis brachte, erklärte sofort, daß nichts von dem Projektierten geschehen dürfe. Es solle im Laufe des Tages nicht das mindeste Aufsehen gemacht und kein Arretierungsverdacht geweckt werden. Jener Teil der zu Arretierenden, der in Kremsier übernachten sollte, sei in nächtlicher Stunde auszuheben und jene, die mit dem nächsten Eisenbahnzuge abfahren sollten, seien während der Fahrt zu arretieren.‘

Ich sagte darauf zu Felsenthal: „Stadion glaubte gewiß, daß wir in völliger Unkenntnis des Verhaftbefehls wären; dem war aber nicht so. Ein anonymer Brief hatte uns schon einige Tage vor Auflösung des Reichstages die Namen der zu Verhaftenden mitgeteilt, und uns auch davon in Kenntnis gesetzt, daß in der abgesperrten Staatsdruckerei eine zu oktroyierende Verfassung gedruckt werde, daß somit eine Auflösung des Reichstages nahe bevorstehe. Hätte Stadion dies gewußt, würde er Sie vielleicht nicht in Ihren Vorbereitungen gestört haben.“ ‚Nein,‘ erwiderte Felsenthal. ‚Wie mir schien, lag es in der Absicht Stadions, Sie alle durchschlüpfen zu lassen. Er hat mir wohl nichts gesagt, ja er wollte mich nicht einmal bei sich gesehen haben. Als ich mich empfahl, rief er mir zu: Sie waren nicht bei mir! — Mir machte es den Eindruck, als wären ihm die Verhaftungen sehr unwillkommen. ...‘ Dies die Mitteilungen Felsenthals.

Über meine Fahrt nach Wien ist wenig zu sagen. Aus meiner Wohnung brachte man mich in eines der Vorzimmer der Wohnung des Grafen Stadion, wo ich etwa eine halbe Stunde warten mußte. Während meines Verweilens daselbst trat der Ordner des Reichstages, der tschechische Abgeordnete Jelen ein. Ich grüßte ihn; er aber, der

[1]) Brief Fischhofs vom 17. März 1881.

noch vor kurzem, als er sich um die Ordnerstelle bewarb, devotest um meine Stimme gebeten und sie auch von mir erhalten hatte, ließ meinen Gruß unerwidert und tat, während er das Vorzimmer wiederholt passierte, so, als hätte er mich nie gesehen. Von der Ministerwohnung in Kremsier fuhr ich unter Eskorte nach Hullein. Vor dem Einsteigen in das Coupé eines Eisenbahnwaggons zweiter Klasse ließ der mich geleitende Offizier die Mannschaft der Eskorte in meiner Gegenwart ihre Gewehre laden und sagte mir dann, die mit mir ins Coupé steigenden Soldaten würden auf mich schießen, falls ich einen Fluchtversuch machen sollte. Bei der Nachtfahrt schlummerte meist meine Eskorte, während ich wach blieb. Beim Anbrechen des Morgens knüpfte der jugendliche Offizier ein freundliches Gespräch an und erbot sich, mir in einer Station eine Tasse Kaffee bringen zu lassen; doch lehnte ich sein Anerbieten dankend ab. Vom Wiener Bahnhofe fuhren wir in einem Wagen nach der Hofburg, wo damals das Zivil- und Militärgouvernement seinen Sitz aufgeschlagen hatte. Ich blieb im Wagen. Der Offizier ging, wahrscheinlich um zu rapportieren, ins Bureau; er kehrte nach einer Viertelstunde zurück, und wir nahmen mit herzlichem Händedruck voneinander Abschied. Ich wurde hierauf ins Polizeihaus gebracht und am 13. März dem Kriminalgerichte übergeben ...

In Wien herrschte damals die Stille des Friedhofs. Der Militärgouverneur Ludwig Freiherr v. Welden, in dessen Hände alle Macht gelegt war, führte das Regiment mit eiserner Strenge. Als er seinen Einzug in die Stadt hielt, hatte er — nach seinen eigenen Äußerungen[1]) — das Gefühl, in eine „Banditenhöhle“ versetzt zu sein; aber bald konnte auch er mit dem Erfolge seiner Pazifizierungsbemühungen zufrieden sein. Die eingeschüchterten Zeitungen berichteten zwar von der Verhaftung Fischhofs und Pratos, doch sie wagten es nicht, mehr als einige allgemeine Redensarten hinzuzufügen. In der Bevölkerung wurde das Schicksal des Wiener Abgeordneten teilnahmsvoll bedauert, denn die Gerichte walteten mit Härte ihres Amtes, und da sich immer charakterlose und mit der Wahrheit nicht genau umgehende Angeber fanden, mußte man das Schlimmste befürchten. Allein das Mitgefühl regte sich nur in den Herzen und kam nicht über die Lippen, niemand traute sich, ein politisches Gespräch laut zu führen. Ein Jahr nach der Märzbewegung schien alle Erinnerung an die großen Tage ausgelöscht zu sein. Wohl gab es am 13. März 1849 eine kleine

[1]) Ludwig Freiherr v. Welden, „Episoden aus meinem Leben“, S. 47. Graz 1853.

stille Demonstration, die ein Trupp junger Leute — 150 bis 200 Männer — auf dem Marsche vom Schmelzer Friedhofe, der damaligen Grabstätte der Märzopfer, in die Stephanskirche schon allein durch den Zug in geschlossenen Reihen veranstaltete, aber ein ansehnliches Aufgebot von Grenadieren und Dragonern bereitete der improvisierten Gedenkfeier rasch ein Ende[1]). Sonst rührte sich weder diesseits noch jenseits der Basteien politisches Leben.

Da war ein herzinniger Artikel, den die „Ostdeutsche Post" am ersten Jahrestage der Niederwerfung des Absolutismus dem verhafteten Adolf Fischhof widmete, um so mutiger und bemerkenswerter. Wehmütig wird erwogen, welche Empfindungen den gefangenen Freiheitskämpfer in diesen Stunden der Erinnerung durchtoben mögen. Und dann wird ausgeführt, wie Fischhof im Geiste die einander überstürzenden Ereignisse vorüberziehen läßt, die ihn dem Volke verdienstreich, dem Vaterlande nützlich gemacht hatten. Er gedenkt des 13. März, an dem er mit dem Rufe: Der Freiheit eine Gasse! den Hof des Ständehauses durchschritt, er entsinnt sich des 13. Juni, an dem er in einer begeisternden Rede zur Rettung der österreichischen Waffenehre aufforderte, er träumt von dem beglückenden Tage, an dem ihn ein Bezirk der Hauptstadt zum Volksvertreter gewählt, „er träumt — und schon erwacht, glaubt er noch zu träumen. Zu solch bedeutendem Wirken hatte ihn das Glück auserkoren, auf daß nun sein Los so traurig sei. Doch nicht er allein glaubt zu träumen, nicht er allein ist in Unwissenheit über die Beschuldigungen, die ihm die Verhaftung zuzogen. Wir alle teilen seine Unwissenheit, und was mehr ist: das Ministerium teilt sie mit uns." Weiter wird in dem Artikel der verschiedenen Vermutungen über den Grund der Verhaftung gedacht und gezeigt, wie haltlos alle Verdächtigungen seien. Zum Schlusse führt der Verfasser einige Erinnerungen an, die Fischhofs Selbstlosigkeit liebevoll beleuchten. „Was sie von Fischhof haben wollen, kann ich durchaus nicht erraten. Diese ehrliche Haut! Welchen Nutzen hätte jeder andere aus der

---

[1]) „Allgemeine Zeitung". Augsburg 1849, Nr. 76. (Wiener Brief vom 13. März.) Siehe auch: Karl Weiß, „Geschichte der Stadt Wien". Bd. II, S. 347. Wien 1872.

Präsidentenwürde des Sicherheitsausschusses geschöpft, während Fischhof durch seine persönliche Sorglosigkeit sich selbst und uns oft in Verlegenheit brachte. So waren wir am Tage nach der Ankunft der Frankfurter Deputation beim jetzigen Minister Bach zu einer Abendunterhaltung geladen. Beim Hingehen klagte Fischhof, daß sein Frack schon zu pauvre sei, um benutzt zu werden, und daß er deshalb im Legionsrock erscheinen müsse. Und dieser Mann hatte wochenlang das Geschick Wiens in Händen[1])!" Diese gutgemeinte Würdigung verhallte, ohne daß die, die hören sollten, aufmerksam wurden. Mit ritterlicher Unerschrockenheit hat sich des Gefangenen auch der ehemalige Ministerpräsident Freiherr v. Pillersdorf angenommen, der mit Fischhof oft in sorgenvollen Stunden und dann im konstituierenden Reichstage zusammengekommen war und dessen Charakter zu schätzen wußte. Aber die Bemühungen des Staatsmannes, den unsinnig Verdächtigten aus der Haft zu befreien, scheiterten an dem Widerstande, der sich den Argumenten der Vernunft unüberwindbar entgegensetzte. Prato wurde zwar nach wenigen Tagen mit der Weisung, Wien sogleich zu verlassen, in Freiheit gesetzt, während sein Parlamentskollege im Kriminalgerichte blieb und einer ungewissen Zukunft entgegensehen mußte.

Es ist nicht uninteressant, dem Geiste der Reaktionsperiode nachzuforschen und bis zu seinen Quellen vorzudringen. Die Tragödie des Revolutionsjahres hatte die Schwachen und Zeitfremden aus dem Gleichgewichte gebracht. Eine unbeschreibliche Furcht vor den Verkündern und Verfechtern der Demokratie schlich sich in die Gemüter ein; die Freiheitsbewegung war wohl niedergeschlagen, aber noch stand das rote Gespenst der Volksherrschaft grinsend vor den Augen. Klare Vorstellungen über die Bedeutung der Demokratie vermochten bei den einflußreichen Rückschrittlern nicht aufzukommen. Etwas Wahrheit und viel Dichtung verwob sich zu einem Trugbilde. Als Demokrat galt jeder, der nicht im Lager des Absolutismus sein Heil gesucht hatte oder der es nicht zuletzt doch vorzog, die sogenannten

---

[1]) „Ostdeutsche Post". Wien 1849, Nr. 45. (Fischhof.)

Gutgesinnten rascheſtens lakaienhaft zu umgeben. So wie man der Wertangabe einer Münze glaubt, ohne das Metall auf seinen Edelgehalt zu prüfen, so nahm man als unerschütterliche Tatsache die Meinung hin, daß jeder, der zu den Demokraten gezählt wurde, ein Umstürzler, ein gefährlicher Schädling der Gesellschaft und des Staates sei. Diese Ansichten erhielten auch scheinbar eine Bekräftigung durch die Ergebnisse der eiligen Nachforschungen, die von der hastig errichteten militärischen k. k. Zentraluntersuchungskommission in Wien und von ihren diensteifrigen Sektionen angestellt wurden. Der erste vertrauliche Bericht, der von der k. k. Militäruntersuchungssektion im Stabstockhause im Februar 1849 an die vorgesetzte Behörde erstattet wurde, gewährt einen vollen Einblick in das Urteil über die Revolution, das sich damals bei den behördlichen Organen festgesetzt hatte. Nachdem der Berichterstatter der Meinung Ausdruck gegeben, daß man niemals den Geheimnissen über die rätselhafte Bewegung auf den Grund kommen werde, weil mehrere der führenden Persönlichkeiten nicht mehr am Leben seien, legte er dar: „Die Wirksamkeit (der Demokraten) reicht weit zurück zu dem 13. März 1848 und scheint in Ludwig Kossuth, dessen geheime Fäden bis nach Paris führten, den Brennpunkt in Österreich gehabt zu haben. Von dorther erhielt der Juridisch-politische Leseverein, der schon am 13. März mit Pulver und Blei versehen war, unter tätigster Mitwirkung von Dr. Ludwig August Frankl, Baron Doblhoff und Bauernfeld mit ihrer Clique die nötigen Weisungen. Bezeichnend ist, daß Dr. J. N. Berger jetzt in Frankfurt mit Ledru-Rollin im Verkehr gestanden und von ihm auch Geldsendungen erhalten haben soll. Die Ereignisse sind bekannt und tragen alle den Stempel des Ringens nach voller Herrschaft an sich. Hiezu diente den Leitern vor allem die versuchte völlige Zerrüttung aller sozialen Verhältnisse, und während man die Bauern durch unentgeltliche Aufhebung der Urbarialleistungen zu ködern suchte, trachtete man gleichzeitig durch den illusorischen Zauber der Volkssouveränität den Pöbel aus den gesetzlichen Banden herauszureißen, dem Kommunismus in die Arme zu werfen und so zur willenlosen Maschine vorzubereiten. Schon der Zusammenstoß des Proletariats mit den

Garden am 23. August soll durch den Minister Schwarzer und den Abgeordneten Fischhof absichtlich veranlaßt worden sein, um einen sozialen Umsturz zu verursachen, und am 6. Oktober soll es Goldmark gewesen sein, der die Studentenlegion schon um fünf Uhr aufrebellen ließ.... Durch Latours Tod und die damals errungenen Vorteile über das Militär war der erste Schritt zum Losbruch der Leidenschaften getan, der Sieg des Pöbels und im Hintergrunde der Demokratie schon errungen, es galt ihn nur zu verfolgen.... Ohne den Sturm beschwören zu wollen, getraute sich der Reichstag nicht, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen; er suchte den Gemeinderat als operierende Behörde vorzuschieben. Desto mehr drängte aber die Reichstagspermanenzkommission; ihre Mitglieder wie Goldmark und Füster sollen sogar im permanenten Verteidigungsausschusse gesessen sein. Es liegt auch vor, daß Kudlich mit schriftlicher Ermächtigung der Permanenzkommission hinausgeeilt war, um den Landsturm aufzurufen, während Violand zum gleichen Zwecke arbeitete. Merkwürdig bleibt allerdings die ostensible Zurückhaltung der Reichstagspermanenz. Es dürfte in ihr ebensowenig wie im Studentenkomitee ausschließlich der Herd aller jener Bemühungen zu suchen sein, denn überall machte sich leitend und im gleichen Sinne die unsichtbare Hand des Radikalismus fühlbar. So wirkten Fischhof, Goldmark, deren Gestalten überall durchschimmern, und Füster, der mehr als Schaustück, denn als genialer Kopf gilt ..."[1]). Dieses vertrauliche und verworrene Referat wurde zu einer Zeit verfaßt, in der man in Kremsier noch eifrig um die zweckentsprechende Neugestaltung Österreichs bemüht war. Es wäre heute lächerlich, gegen die irrigen Vorstellungen zu polemisieren; in ruhigen Tagen hat man längst das schiefe Urteil berichtigt. Keineswegs darf man jedoch annehmen, daß die Untersuchungskommission ihre einfältige Auffassung von der Entstehung, von den Zusammenhängen und von den Zielen der Revolution böswillig aus der Luft gegriffen habe. Die Verdächtigungen hatten ganze Aktenstöße zur Grundlage; sie flossen aus den

[1]) K. und k. Kriegsarchiv, Wien. Polizeiakten aus den Jahren 1848/49. Bericht an die k. k. Zentraluntersuchungskommission.

Aussagen von Zeugen, die geistig so minderwertig waren, daß sie albernes Geschwätz als lautere Wahrheit hinnahmen, oder die bewußt abenteuerliche Angaben machten, um der Schlinge zu entkommen, die sich bereits über ihren Köpfen zusammenzog.

Immerhin haben die verschrobenen Vorstellungen dazu geführt, daß gegen Adolf Fischhof die Anklage wegen Hochverrat und wegen der Mitschuld an der Ermordung des Grafen Latour erhoben wurde. Mit ganz derselben Beschuldigung verfolgte man auch Dr. Goldmark. Die ausschlaggebende Erwägung bestand darin, daß man die beiden Abgeordneten, die in schroffster Gegnerschaft zu den extremen demokratischen Vereinen gestanden waren, zu Führern dieser aufrührerischen Organisationen machte, und daß man all das, was während des Jahres 1848 an Gesetzwidrigkeiten vorgekommen war, mit dem strafwürdigen Walten der Radikalen in Zusammenhang brachte. Fischhof wurde wegen der bedauerlichen Vorkommnisse am 6. Oktober zur Verantwortung gezogen — trotzdem der konstituierende Reichstag in der Sitzung vom 11. Oktober den Abgeordneten Smolka, Fischhof, Borrosch, Schuselka usw. für das „edle Benehmen" an dem traurigen Tage und für das Bemühen „nach ihren Kräften der schändlichen Tat Einhalt zu tun" feierlich Anerkennung gezollt hatte[1]) —, und man beschuldigte ihn auch des hochverräterischen Beginnens als Präsident der Permanenzkommission. Mit Recht beschwerte sich Fischhof als Angeklagter, daß er den Finanzminister Kraus, der sowohl dem Ministerium Doblhoff als der Regierung Schwarzenberg angehörte, nicht neben sich auf der Anklagebank, sondern auf der Ministerbank sehe, obwohl dieser Staaatsmann als einzig in Wien anwesender Minister die Beschlüsse der Permanenzkommission zur Durchführung gebracht hatte[2]). Vergeblich diktierte Franz Schuselka mit stolzem Mannesmute zu Protokoll, daß er es als eine Verdächtigung seines Charakters ansehen müsse, wenn man gegen Fischhof als Präsidenten der Permanenzkommission gerichtlich vorgehe, ohne auch ihn, den Schrift-

---

[1]) Verhandlungen des Reichstages. Bd. III. Zweiundfünfzigste Sitzung.
[2]) Dr. Hermann Knepler, „Der Prozeß Goldmark", S. 73. Wien 1868.

führer, verantwortlich zu machen[1]); vergeblich versicherten alle einvernommenen Abgeordneten, daß auf Fischhof kein Verdacht fallen könne: der Mann blieb viele Monate in ungewisser Untersuchungshaft, und das Verfahren nahm seinen trägen Gang. Gegenüber den Aussagen ehrenwerter und bedeutender Männer standen freilich lügenhafte Angaben von minderwertigen Subjekten, die — nach Carlyles Wort — entweder „betrogene Betrüger" oder wissentliche Betrüger waren. So sagte (um ein Beispiel anzuführen) ein dunkler Gewährsmann, der Karl Höchsmann hieß, unter Eid aus, daß Fischhof und Goldmark den Zug der Mörder vom 6. Oktober nach der grausam vollbrachten Tat zur Aula geleitet hätten, während wir wissen, daß Fischhof ohne Zeitversäumnis in den Reichstag geeilt war, um dort erschüttert von dem schrecklichen Ereignisse Kunde zu geben[2]).

Fischhof wurde während der Untersuchungshaft gut behandelt. Er durfte Besuche empfangen und sich auch sonst mancher Erleichterung seines traurigen Loses erfreuen. Diese Begünstigung dankte er wohl in erster Linie seinem Untersuchungsrichter, in dessen Hand sein Schicksal gelegt war. Im Jahre 1849 herrschte das inquisitorische Gerichtsverfahren, das den Angeklagten bei der Rechtssuchung fast ganz ausschaltete und den Untersuchungsrichter mit der Verteidigung des Beschuldigten betraute. Der Mann, dem im Prozeß gegen Fischhof eine so bedeutungsvolle Rolle zufiel, hieß Heinrich Seywald. Er war eine jener prächtigen altösterreichischen Beamtenfiguren, die — nach außen etwas hart — unter einer herben Schale einen köstlichen Kern enthielten. Seywald gehörte nicht

---

[1]) Dr. Hermann Knepler, „Der Prozeß Goldmark", S. 69. — Wir wollen noch erwähnen, daß Schuselka im Herbste 1849 in einer Schrift öffentlich für Fischhofs Unschuld eintrat. Er rühmte die „Umsicht und Würde und den durchaus edlen patriotischen Charakter", den Fischhof als Präsident des Sicherheitsausschusses bekundet hatte, und legte dar, daß ihm „Wien, Österreich und ganz besonders die Dynastie zu tiefster Dankbarkeit verpflichtet" sei. „Aber man läßt ihn in langwieriger Untersuchungshaft schmachten, so daß es den Schein gewinnt, man wolle den kühnen Redner vom 13. März an Leib und Seele zugrunde richten. Fischhof soll ein Hochverräter sein! Wahrlich, man sollte glauben, seine Tätigkeit ... müßte die beste Zeugin seiner Unschuld sein." (Siehe Schuselkas „Deutsche Fahrten", Bd. II, S. 173. Wien 1849.)

[2]) Knepler, „Prozeß Goldmark", S. 55.

zu den Neuerern, aber er war eine aufrechte Natur; er hielt die Ehre des Richters hoch und verachtete die liebedienerischen Männer, die um eines egoistischen Vorteils willen ihre Seele verkauften. Fischhof hat sein Verhältnis zu dem charakterfesten Untersuchungsrichter geschildert, als er von dem Tode des wackeren Mannes Nachricht erhielt. „Seywald war als Richter streng, aber dabei von größter Redlichkeit. Anfangs voll Mißtrauen gegen mich, bewies er mir in dem Maße, als der Prozeß fortschritt und die Niedertracht der (belastenden) Zeugen hervortrat, zunehmende Sympathie. So oft wir uns nach meiner Freisprechung begegneten, war er voll Herzlichkeit.... Ich behalte den nun Dahingeschiedenen in stets dankbarer und achtungsvoller Erinnerung"[1]). Seywalds warmer Fürsprache ist es zu danken, daß die Untersuchung gegen Fischhof am 7. September 1849 wegen des Abganges rechtlicher Beweise eingestellt wurde. Unter den Entscheidungsgründen fand sich der Satz: „Daß manchem (belastenden) Zeugen kein gesetzlicher Glaube geschenkt werden kann, ist sicher"[2]). Adolf Fischhof mußte jedoch noch drei Monate im Kriminalgerichte verweilen, bis auch die oberen Instanzen den Freispruch „ab instantia" bestätigt hatten. Er durfte erst am 2. Dezember 1849 — am ersten Jahrestage der Thronbesteigung Kaiser Franz Josephs — die Zelle des Häftlings verlassen, und die rauhe, winterlich kalte Welt, die ihm jenseits des Kriminalgerichtes entgegenstarrte, konnte ihm wie ein Symbol seiner trostlosen Lage erscheinen.

Für uns ist es nicht leicht, den mannhaften Freispruch Adolf Fischhofs voll zu würdigen. Zu hoch, zu heilig ist uns der Begriff von Recht und Gerechtigkeit, als daß wir annehmen könnten, daß die Justitia ihre Binde löse, nicht um auf den Angeklagten, sondern auf die Mächtigen im Staate zu blicken und deren Willen als Richtspruch zu verkünden. Aber im Jahre nach der Revolution herrschten andere Verhältnisse; in dieser düsteren Zeit suchte man nach Gründen, um die rücksichtslose Erdrückung der Freiheit rechtfertigen zu können. Man brauchte Opfer, und man vermochte sie leicht zu finden, weil das Naderertum

[1]) Brief Fischhofs an Ludwig August Frankl vom 15. Januar 1879.
[2]) Knepler, „Prozeß Goldmark", S. 73.

zum Erwerbszweige geworden war. Aber die Richter, die über Fischhof zu urteilen hatten, unterlagen nicht den Vorurteilen des Jahres 1849, sie bewiesen sich als ganze Männer, als leuchtende Zierden des österreichischen Richterstandes. Seywald ist als schlichter Landesgerichtsrat aus dem Dienste geschieden; wenig bedankt, wenig geehrt mußte er einer Karriere entsagen, die dienstwilligeren Charakteren ein besseres Fortkommen bot. . . .

Die Wiener Presse ließ die Enthaftung Fischhofs nicht ohne schüchternen Kommentar vorübergehen. „Nach dreivierteljähriger Untersuchungshaft" — schrieb die ‚Ostdeutsche Post'[1]) — „ist der Mann der Freiheit wiedergegeben, der zuerst das freie Wort in Österreich erhob. Ein biederer, makelloser Mann, bevor ihn die Mauern des Kerkers umfingen, geht er makellos aus dem Gefängnisse hervor." Etwas mutiger legte sich das Blatt August Zangs ins Zeug, wofür es freilich empfindlich büßen mußte. „Eine Regierung, die ihre Gegner nur verdächtigen kann, verdächtigt sich selbst, und Tendenzprozesse geben den Verfolgten einen Heiligenschein, den Ministern selbst weder Kraft noch Ansehen"[2]). In einer nicht gerade einfachen Situation befand sich der alte Ebersberg, der in seinem Elemente war, seitdem die Reaktion triumphierte. Er mußte die Behörde lobend in Schutz nehmen und konnte seine frühere Zuneigung zu Fischhof doch nicht ganz unterdrücken. Im März hatte er schüchtern den Wunsch ausgedrückt, daß Fischhof begnadigt werden möge, nun meinte der „Zuschauer" nach einer heftigen Auseinandersetzung mit den anderen Blättern, „die von Juden geschrieben werden": „Wir gönnen Herrn Dr. Fischhof die erlangte Freiheit von Herzen, wir wünschen, daß er als Arzt seine schönen Talente zum Wohle der Menschheit und zur Gründung seines eigenen Glückes unbeirrt anwende; wir möchten vor allem bei ihm an den Tag legen, daß wir gerne vergessen. . . ."[3]).

---

[1]) „Ostdeutsche Post" Nr. 272. Wien 1849.
[2]) „Die Presse" Nr. 289. Wien 1849.
[3]) „Österreichischer Zuschauer". Herausgeber J. S. Ebersberg. Nr. 283. Wien 1849. (Tagesbericht.)

Adolf Fischhof hatte die denkwürdigen Ereignisse seit dem 13. März 1848 mit seiner wirtschaftlichen Existenz bezahlt, denn er verließ das Gefängnis, ohne einen sicheren Erwerb, ohne eine lebensfähige Stellung zu haben. Da war es ihm als Sekundararzt im allgemeinen Krankenhause besser gegangen, denn er mußte wenigstens nicht der Not ins Antlitz blicken. Traurig gestaltete sich auch sonst das Los, das ein herbes Schicksal dem Manne beschied, der als erster allen Gefahren zum Trotze nach dem politischen Mitbestimmungsrechte, nach Bürgerfreiheit verlangt hatte! Der Ab instantia-Freispruch entriß Fischhof zwar dem Gefängnisse, aber er schlang sich dennoch wie eine Kette hemmend um ihn: der beredte Wortführer vom 13. März war durch grundlose Verdächtigungen für die Zukunft um das politische Mitbestimmungsrecht gebracht worden. Welch ergreifend tragisches Erleben!...

---

4. Die Zeit der Reaktion und der Erneuerung Österreichs

A. Fischhofs persönliche Schicksale

Die Kränze des Ruhmes, zu denen kurzlebige Volksbewegungen verhelfen, welken rasch. Groß ist die Zahl der von der Revolution im Jahre 1848 da und dort emporgehobenen Personen, aber nicht viele Helden des Tages vermochten sich, im Geiste des Sturmjahres fortarbeitend, ein sicheres Plätzchen an der Sonne zu bewahren. Die Befähigungsnachweise, die im Jahre 1848 ausgestellt wurden, bedurften eben noch der Beglaubigung in einer gelassen urteilenden Zeit. Auch Adolf Fischhof mußte erst in träge hinziehenden, kummerreichen Jahren den Beweis erbringen, daß ihm nicht allein des blinden Zufalles Gunst zur Eintagsberühmtheit verholfen hatte, sondern daß er genug inneren Wert, hinreichendes politisches Temperament und die seltene Gabe des staatsmännischen Blickes besaß, um sich dauernd im Vordergrunde zu halten. Doch der kühne Bannerträger vom 13. März behauptete nicht nur in den kommenden Jahrzehnten die in wenigen Monaten begründete einflußreiche politische Stellung, sondern er vermochte dies auch zu tun, ohne sich selbst und seinen Prinzipien untreu zu werden. Fischhofs öffentliche Tätigkeit war fortab liebevoll darauf gerichtet, die wertvollen Anregungen des Jahres 1848 fruchtbar zu machen, obwohl in der drangsalsvollen Zeit der Gegenrevolution der Kreis derer immer größer ward, die in den Erscheinungen des Sturmjahres nur ein elementares Ereignis sahen, das gleich einem zerstörenden Erdbeben verwüstend gewirkt hatte. Fischhof jedoch wurde nicht irre; das Leid, das ihm persönlich widerfahren

war, beeinträchtigte das Sinnen und Trachten dieses hochherzigen Mannes nicht nachteilig. Er gedachte wohl der Aussaat im Herbste, hinter der der Winter mit seinem Gefolge von Schnee und Eis einherzieht; aber es kommt ein Frühling, der die Keime sieht, der Sommer, dem die Freude der Reife beschieden ist, bis dann die Ernte in die sichere Scheune gebracht werden kann. Die politische Aussaat des Jahres 1848 bestand für Österreich in zwei Gedanken, die dem öffentlichen Leben Richtung und Inhalt gaben. Das Prinzip der Teilung der Gewalten zwischen Fürst und Volk, die Idee des Konstitutionalismus, bildete das eine Saatgut. Der zweite Gedanke enthielt die Erkenntnis, daß Österreich nicht bloß ein konstitutionelles Gemeinwesen, sondern ein Völkerstaat werden müsse, in dem jede Nation ungehemmt für die Entfaltung ihrer aufstrebenden Kräfte, für die vielgestaltige Ausbildung ihrer nationalen Eigenart tätig sein könne. War die bequeme Auffassung des Vormärz dahingegangen, daß die Stärke der Gesamtheit das Glück der einzelnen ausmachen solle, so hatte die Revolution die Ansicht verbreitet, daß aus dem Glücke der einzelnen die Stärke der Gesamtheit herauswachsen müsse. Im Geiste dieser zwei Grundsätze hat Fischhof bis an sein Lebensende unermüdlich gekämpft, ohne der wechselnden Tagesströmungen zu achten. Der maßvolle, zielbewußte, dem Volke erstandene Staatsmann der Revolution blieb stets der getreue Testamentsvollstrecker des Jahres 1848. Aber in Hoffnung zu leben, in Sehnsucht zu sterben: das bildete sein Los. Und doch! Bis heute wurden für Österreich keine heilsameren Prinzipien gefunden als die, die der erste schüchterne Volksredner am 13. März 1848 im niederösterreichischen Landhause — freilich in ihrer embryonalen Entwicklung — verkündete und die er dann später in vollendeter Form immer wieder beredt vortrug.

An dieser Stelle wollen wir aber nicht vom Politiker Fischhof reden, sondern uns mit seinen persönlichen Schicksalen beschäftigen. Für den Biographen wird es nicht leicht, sich in das Seelenleben eines Mannes hineinzudenken, der unter Verhältnissen, die längst überwunden sind, sein Tagewerk vollbrachte. Goethe, der Vielbeneidete, hat einst in einer Stunde des Selbst-

beschauens seinem wißbegierig aufhorchenden Famulus Eckermann gestanden, daß sein ganzes Leben im Grunde genommen nichts als Mühe und Arbeit gewesen sei, so daß er in den 75 Jahren kaum vier Wochen eigentliches Behagen gehabt hätte. Mag diese Selbsteinschätzung nicht ganz gerechtfertigt sein, so mahnt sie uns doch zur Vorsicht, nicht dem äußeren Scheine in unserer Beurteilung zu unterliegen. Fischhof klagte am Beginne der siebziger Jahre in einem Gespräche mit Hans Kudlich[1]) bitter über die Leiden, die ihm das Jahrzehnt des Absolutismus verursacht hatte. Für einen Menschen, der das Vaterland und die Freiheit so innig liebte wie Fischhof, konnte es auch keine schmerzlichere Betrachtung geben, als den Blick auf die abwärts gehende Entwicklung Österreichs. Nach der Sprengung des Kremsierer Reichstages wurde zwar noch eine Weile an der Fiktion festgehalten, daß die Habsburger Monarchie ein Verfassungsstaat sei. Die Charte vom 4. März 1849 bestand zu Recht, und die Einlösung ihrer Versprechungen war mehrmals verheißen worden. Auch sonst täuschte die kurze Reformära der österreichischen Verwaltung über die traurige Lage hinweg. Allein die kaiserlichen Erlässe vom 20. August 1851 ließen schon keinen Zweifel mehr darüber, daß die energische Abkehr von der konstitutionellen Regierungsform bereits beschlossen sei; wenige Monate nachher, am 31. Dezember 1851, wurde die oktroyierte Verfassung aufgehoben. Aber Österreich schied nicht bloß aus der Reihe der Verfassungsstaaten, es unternahm auch bald die ersten Schritte, die in die Konkordatsära hineinführten. Das Schlimmste war jedoch die Tatsache, daß die Erinnerung an die Wünsche der Freiheitsepoche nur in der ganz dünnen Schichte des städtischen Groß- und Intelligenzbürgertums fortlebte. Sonst hielten bloß einzelne aufrechte Männer an der guten Tradition des Jahres 1848 fest. Die Massen der Bevölkerung vegetierten teilnahmslos hin; selbst im Proletariate schlummerte das politische Interesse. Robert Hamerling läßt in seiner geistreichen französischen Revolutionstragödie eine Frau aus dem Volke bedeutungsvoll sagen: „Was hilft uns die Freiheit, Bürger

[1]) Hans Kudlich, „Rückblicke und Erinnerungen". Bd. II, S. 58. Wien 1873.

Robespierre, wenn ein Kohlkopf zwanzig Sous kostet? Wozu guillotiniert man so viele Leute, wenn die Marktpreise täglich steigen?" Die Revolution hatte begreiflicherweise den utopischen sozialen Erwartungen des Proletariats in den Vorstädten Wiens nicht Genüge getan; für den politischen Gehalt aber war das notwendige Verständnis nicht gereift.

Am unerquicklichsten gestalteten sich die Verhältnisse in Wien, wo der Belagerungszustand fast fünf Jahre währte. Als er endlich am 1. September 1853 aufgehoben wurde, änderte sich nicht zu viel, denn die absolutistische Periode duldete weder in der Presse noch sonst wo ein freies Wort. In der Zeit des Weldenschen Regimes war die Residenzstadt des Reiches mit einem Heer von Polizeibütteln überzogen worden; der Gouverneur selbst spricht von 800 Vertrauensmännern, ebenso wie er in seinen Memoiren angibt, daß im kurzen Zeitraume seiner Amtsverwaltung in Wien etwa 4600 kriegsgerichtliche Untersuchungen und Aburteilungen und gegen 15 000 verwickelte politische Erhebungen der anderen Behörden durchgeführt wurden[1]). Doch die allgegenwärtige Polizei begnügte sich nicht, den Geist der Bevölkerung zu kontrollieren, sie maßte sich auch eine Oberaufsicht über die Kleidung und über das gesellschaftliche Gehaben der wieder rechtlosen Bürger an. Wer jedoch glaubt, daß die sonst allezeit lustige Stadtbewohnerschaft in tiefe Trauer versunken wäre, irrt sich gewaltig. Die Tanzsäle wurden nicht leer, die Unterhaltungen nahmen weiter ihren Fortgang, so gut es eben bei den Plackereien der Behörde möglich war. „Sicher ist," — schrieb ein feiner Beobachter, der selbst des Kaisers Rock trug — „daß die ‚Ordnungsmacher' es nicht einmal zur ‚Ruhe eines Kirchhofs' bringen konnten, denn Lärm war genug in Wien, und zwar ein kreuzfideler, der das dumpfe Murren übertönte, welches eine so maßlose Despotie doch auch hervorrufen mußte"[2]). Je gleichmütiger sich die vielen zeigten, desto unglücklicher und verbitterter wurden die wenigen, die nicht genug Einfalt besaßen, um das Bürgergefühl in heiteren Tändeleien zu vergessen. Mit brennendem

[1]) Ludwig Freiherr v. Welden, „Episoden aus meinem Leben". Graz 1853.
[2]) Moritz v. Angeli, „Wien nach 1848", S. 22. Wien 1905.

Schmerze empfand man den Kontrast, der zwischen der Macht, die der in seinem Territorialbesitze unversehrte Staat — trotz aller Erschütterungen — nach außen hin entfalten konnte, und der beschämenden Ohnmacht bestand, unter der seine Bewohner litten. Aber selbst die Gemütserleichterung blieb verwehrt, die sonst durch laute Klagen geschaffen wird. Man mußte den Kummer vergrämt hinunterschlucken; höchstens im Kreise verläßlicher Freunde und hinter gut bewachten Türen durfte man es wagen, dem Schmerze Ausdruck zu verleihen. Das macht erklärlich, weshalb uns kein unmittelbares Zeugnis für Fischhofs seelische Kümmernisse in den fünfziger Jahren vorliegt.

Weit erfreulicher gestalteten sich die Erscheinungen in Fischhofs Erwerbsleben. Nach der Enthaftung, also im Augenblicke der größten Not, erwies sich ein Mann als willkommener Retter, der früher niemals in Fischhofs Bahn getreten war. Gustav Figdor stellte dem Märtyrer der Freiheitsbewegung mit schöner Selbstlosigkeit eine Summe Geldes zur Verfügung, durch die es dem ehemaligen Sekundararzt möglich wurde, sich eine neue bürgerliche Existenz zu gründen, sich als selbständiger Arzt in Wien niederzulassen. In der ersten Zeit mag es für Fischhof nicht unbeschwerlich gewesen sein durchzudringen, denn der Umgang mit ihm konnte von der argwöhnischen Behörde mißdeutet werden. Die furchtsame Bevölkerung rückte ja meist zur Seite, wenn bekannte Persönlichkeiten aus dem Jahre 1848 am Gasthaustische oder sonst wo erschienen. Doch allmählich schwand das kleinliche Angstgefühl, bis sich endlich sogar das Blatt ganz wendete. Fischhof gewann eine ausgedehnte medizinische Praxis; er wurde in den wohlhabendsten Familien zu Rate gezogen, so daß sich das Einkommen zusehends mehrte und sogar die Ansammlung eines bescheidenen Vermögens gestattete. Die liebe gute Gestalt des fast zur Familie gehörenden Hausarztes verschwindet immer mehr und mehr aus dem Gesellschaftsbilde der Großstädte; die Spezialisierung greift um sich. Vor Jahrzehnten jedoch spielte der Hausarzt noch eine sehr große Rolle in der Familie; er war nicht nur der medizinische Berater, sondern auch der Freund des Hauses, der Vertrauensmann in allen schwierigen Angelegenheiten, der warmherzige

Mitfühler in Freud und Leid. Da mußte ein Mensch mit dem vornehmen Wesen, mit dem empfindsamen Herzen eines Adolf Fischhof ganz in seinem Elemente sein. Die reichste Befriedigung gewährte ihm aber das stille opferwillige Walten als Arzt der Armen. Später, als eine Einschränkung der ärztlichen Tätigkeit wünschenswert erschien, wies Fischhof entschieden das Ansinnen zurück, die Armenpraxis aufzugeben. Er galt als tüchtiger Arzt und wollte deshalb um so weniger denen seine Hilfe entziehen, die ihrer am dringendsten bedurften. An Stelle des primitiven Logis im allgemeinen Krankenhause gab es jetzt eine behaglich eingerichtete größere Wohnung in der Seitenstettengasse; ein Diener stand zur Verfügung; ein eigener Wagen erleichterte den Besuch der vielen Patienten. In der Küche fehlte es nicht an Leckerbissen, denn mit den reicher zuströmenden Mitteln war auch die Freude an einer gut besetzten Tafel gekommen.

Allerdings fielen bald die ersten Wermutstropfen in den Becher. Eine Cholera- und Typhusepidemie hatte an Fischhofs Arbeitskraft übergroße Anforderungen gestellt; dazu gesellten sich mancherlei Gemütserregungen, so daß sich im Frühjahr 1856 ein Kopfleiden einnistete, das nie mehr ganz schwand. Später trat noch ein Kniegelenksleiden auf, das viele Schmerzen verursachte, und auch die Augen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Professor Benedikt, der Fischhof behandelte, bezeichnet ihn als „Idealneurastheniker"[1]. Die körperlichen Qualen Fischhofs begannen gegen Ende der sechziger Jahre zeitweilig fast unerträglich zu werden. Der kranke Arzt war Monate hindurch seinem Berufe entrissen und so sehr angegriffen, daß er auf den ihm sonst lieben gesellschaftlichen Verkehr verzichten mußte. Die Gespräche wurden meist in Telegrammstil geführt, und der schwer nervöse Mann vertrieb sich oft stundenlang kinderhaft die Zeit mit dem Ausschneiden von Bilderbogen. In diesen Tagen bewies Ferdinand Kürnberger[2], der sich in seinen Schriften strenge und ernst gibt, feinfühlige Freundschaft.

---

[1] Dr. Moritz Benedikt, „Aus meinem Leben", S. 270. Wien 1906.

[2] Ferdinand Kürnberger, „Briefe an eine Freundin". Herausgegeben von O. E. Deutsch. S. 181 ff. Wien 1907. (Brief vom 22. Juni 1871.)

Er verstand es am besten, der Eigenart und den Launen des geplagten Neurasthenikers gerecht zu werden, und verweilte manche lange Stunde still in der Gesellschaft seines sonst so gesprächslustigen Freundes. Fischhofs aufreibende Krankheit zwang den gepeinigten Mann, längere Erholungsreisen zu unternehmen, um in reiner Luft und in ländlicher Abgeschiedenheit Stärkung zu suchen. Diese Fahrten führten in die Schweiz, durch Süd- und Mitteldeutschland und nach Italien; sie veranlaßten aber auch Fischhof wiederholt in der lieblichen Umgebung von Graz und zuletzt in Kärnten, in Pitzelstätten, vorübergehend Aufenthalt zu nehmen. Ferne von Wien war er wohl seiner beruflichen Geschäfte enthoben; der rege Geist ruhte jedoch nicht. So durchzog Fischhof beispielsweise die Schweiz trotz aller Abspannung mit dem lebhaften Interesse, das die eigentümlichen nationalen und verfassungsrechtlichen Verhältnisse gerade bei dem politisch geschulten Österreicher begreiflich erscheinen lassen. Kaum einigermaßen erholt, griff er meistens gleich nach der Feder, um seine Gedanken zu Papier zu bringen und so in seiner Art zu den Tagesereignissen Stellung zu nehmen.

Österreich war ja am Beginne der sechziger Jahre wieder von den Banden des Absolutismus befreit worden. Das Oktoberdiplom legte im Jahre 1860 den Grundstein zu einer Verfassung, das Februarpatent brachte schon einige Monate nachher einen neuen Aufbau des konstitutionellen Staates. In Wien tagte der Reichsrat, der freilich nur ein Rumpfparlament war. Allerdings dauerte dessen Herrlichkeit nicht lange, denn die Verfassung wurde schon im Jahre 1865 sistiert; die Regierung dachte aber nicht an die dauernde Rückkehr zum absolutistischen Systeme; sie wollte bloß einige Bewegungsfreiheit erlangen, um die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn zu ordnen und die Bahn für eine neue, den Reichseigentümlichkeiten besser entsprechende Verfassung frei zu bekommen. Fischhof hatte an den Wahlen in Österreich weder aktiv noch passiv teilnehmen können, denn der Freispruch ab instantia lastete noch immer auf ihm. Zwar war ihm mehrmals nahe gelegt worden, um eine Amnestie nachzusuchen, die ihm sogleich gewährt worden wäre, aber es

widerstrebte seinen Gefühlen und Grundsätzen, eine Spezialbegünstigung in Anspruch zu nehmen. Das Jahr 1867 brachte nun gleich in seinen ersten Tagen verschiedene kaiserliche Gnadenakte, durch die für politische Vergehen und Verbrechen Nachsicht geübt wurde. Es handelte sich vornehmlich um Amnestien für Galizien, aber man legte die Patente vielfach zugunsten Fischhofs aus. Immerhin wurde es als Streitfrage betrachtet, ob die Rechtswirkungen des Ab instantia-Freispruches aufgehoben seien oder nicht. Im Wiener Gemeinderate setzte Löblich allenfalls die einstimmige Annahme eines Antrages durch, der dem Ministerium die Bitte unterbreitete, daß alle Personen, die infolge der 1848er Ereignisse ihrer politischen Rechte verlustig wurden, dieselben wieder ausnahmslos zurückerhalten mögen. Unterdessen hatte die Regierung bereits aus eigenem Antriebe eine Spezialamnestie für Adolf Fischhof veranlaßt. Am 14. Januar 1867 war die kaiserliche Entschließung erfolgt, durch die dem Manne, der sich um die politischen Freiheiten der Bürger in Österreich so große Verdienste erworben hatte, die bisher vorenthaltenen Bürgerrechte wiedergegeben wurden.

Adolf Fischhof konnte der Nachricht, die ihn ganz unvorbereitet traf, nicht froh werden. Es waren damals Gerüchte grundlos im Umlauf, daß Fischhof bei den bevorstehenden Wahlen als Kampfkandidat gegen die deutschliberale Verfassungspartei auftreten wolle; man sah in ihm den künftigen parlamentarischen Führer einer Gruppe, die ihre Kräfte der baldigen Versöhnung der österreichischen Völker weihen sollte. Vielleicht hat Graf Belcredi nach dieser Richtung hin Hoffnungen gehegt und deshalb den Weg ins Parlament für Fischhof freizulegen gesucht. Vielleicht aber fühlte er nur das Bedürfnis, ein klägliches Unrecht gutzumachen, das an einem aufopferungsvollen Sohne des Staates begangen worden war. Jedenfalls vergriff sich Graf Belcredi in der Wahl des Zeitpunktes, denn er vergaß, mit Fischhofs Empfindsamkeit zu rechnen. Dieser sah sich nun, „um Mißdeutungen vorzubeugen," gezwungen, öffentlich zu erklären, daß er nicht daran gedacht habe, sich um einen Abgeordnetensitz zu bewerben, „daß er aber jetzt dem Gedanken

einer Kandidatur ferner bleiben müsse, denn je"[1]). Seinem Freunde Wengraf, der damals in Graz die Tageszeitung „Der Telegraph" leitete, schüttete er wenige Tage nachher sein Herz aus.

„Belcredi hätte meine Ehre in seiner plumpen Umarmung fast erdrückt," — schrieb Fischhof[2]) — „wenn es mir nicht durch eine verzweifelte Anstrengung gelungen wäre, sie seiner ungeschickten Zärtlichkeit zu entwinden. Dieser Belcredi ist ein umgekehrter Mephisto, der Gutes meint und stets das Böse schafft. Sie, besser als irgend jemand, wissen, daß ich seine wiederholten Aufforderungen, mich amnestieren zu lassen, auf das entschiedenste zurückgewiesen habe, und dennoch wirft er mir die Gnade tölpelhaft an den Kopf. Die Affäre war mir höchst peinlich, da ich in persönlichen Angelegenheiten der Öffentlichkeit gegenüber so scheu bin wie ein junges Mädchen und jedes demonstrative Auftreten hasse. Sie war mir auch schmerzlich als Symptom unseres durch und durch korrupten öffentlichen Lebens. Der Patriotismus ist uns so abhanden gekommen, daß, wer ihn in Wort, Schrift oder Tat kundgibt, nicht bloß der Bevölkerung, sondern auch der Regierung verdächtig wird. Man glaubt nicht, daß er dies ohne Eigennutz tun könne, und wittert in ihm einen Stellen-, Ordens- oder zum mindesten Amnestiejäger. Daß jemand nichts sein wolle, als nützlich und ehrlich, begreift ein österreichischer Minister nie und nimmer."

Fischhof blieb also vorerst dem parlamentarischen Getriebe entrückt, und später hinderte ihn wohl die angegriffene Gesundheit, in den Landtag beziehungsweise Reichsrat einzuziehen. Aber es bot sich ihm noch eine andere Gelegenheit, sich der aktiven Politik zu widmen. Dem Freiheitskämpfer, der sich unterdessen als politischer Publizist schmeichelhafte Anerkennung errungen hatte, wurde in der Ära des Grafen Alfred Potocki ein Ministerportefeuille angetragen; man wollte ihn als „Ausgleichs-Minister" ins Kabinett berufen. Der polnische Magnat, der nach dem Rücktritte des Bürgerministeriums im Frühjahr 1870 eine Regierung zur Versöhnung der österreichischen Nationen bilden sollte, fand bei der deutsch-liberalen Verfassungspartei keine Gegenliebe, und es drängte sich ihm daher das Bedürfnis auf, jenen deutschen Politikern freundschaftlich näherzutreten, die bereits früher gegen die zentralistische Staatsorganisation ge-

---

[1]) „Fremdenblatt". Wien 1867. 16. Januar (Gemeinderat 17. Januar). (Dr. Fischhofs Amnestierung).

[2]) Brief Fischhofs an Moritz Wengraf. Wien, 22. Januar 1867.

kämpft hatten. Die demokratische Gesinnung Fischhofs wäre kein Hindernis gewesen, denn der Ministerpräsident war schon an den wackeren Steirer Dr. Rechbauer herangetreten. Ebensowenig hätte es damals eine auffallende Neuerung gebildet, daß ein des Hochverrats angeklagt gewesener Politiker Minister geworden wäre. Ungarn hatte darin bereits einen ansehnlichen Vorsprung gewonnen. Wie verlockend es jedoch auch sein mochte, auf dem schwellenden Ministerfauteuil Platz zu nehmen, Fischhof lehnte ab. Einmal wollte er seinen angegriffenen Nerven nicht die Aufregungen leichtfertig zumuten, die eine Fahrt auf der stürmischen See der großen Politik verursachen konnte, und dann widerstrebte es ihm, den kränkenden Vorwurf auf sich zu laden, daß er bloß um der Ministerwürde willen seinen Glauben gewechselt habe. Fischhof, der Jude war, hätte zweifellos zum Katholizismus übertreten müssen, um das größte Hemmnis für seine Aufnahme in den Rat der Krone hinwegzuräumen. In der Zeit, in der Graf Potocki auf die Suche nach Ministern ausging, lag Fischhof krank darnieder. Aber seine Wohnung bildete das Ziel vieler Politiker. Außer dem Grafen Alfred Potocki, der dem Patienten wiederholt politische Visiten abstattete, fanden sich auch Graf Beust, Fürst Georg Czartoryski[1]), Graf Taaffe und viele andere Staatsmänner in der Seitenstettengasse ein, um auf die Ratschläge Fischhofs zu hören. So übte der Mann, der kein öffentliches Mandat besaß, doch einen großen Einfluß aus. Seine Erfahrungen, sein reifes Urteil, sein großzügiges Denken machten ihn zu einem beachtenswerten Ratgeber.

Fischhofs politische Waffe war nun die ehrenvoll geführte Feder. In Broschüren und Zeitungsartikeln bemühte er sich, seinen Ansichten neue Anhänger zu werben und aus schwierigen politischen Verhältnissen gangbare Auswege zu zeigen. Fischhof handhabte die Feder ganz meisterhaft, obwohl er in den sechziger Jahren bescheiden meinte, daß er nur ein Volontär im stehenden Heere der Publizistik sei; allerdings habe ihn nicht Ehrgeiz, sondern Hingebung in die Reihen der Kämpfenden gebracht[2]).

---

[1]) „Briefwechsel zwischen Anastasius Grün und Ludwig August Frankl", S. 296. Berlin 1897. — Siehe auch die Berichte der Wiener Tagesblätter.

[2]) Dr. Adolf Fischhof, „Ein Blick auf Österreichs Lage". Wien 1866. (Vorwort.)

Bei demselben Anlasse legte er auch dar, wie er den Beruf des politischen Publizisten auffasse. „Die Journalisten als Pioniere der Freiheit müssen, wenn es zum Kampfe geht, Verhaue anlegen, Erdwälle aufwerfen, Brücken abbrechen, flink und rüstig alles vorbereiten, was die Defensiv- und Offensivstellung ihrer Partei sichern und verstärken und die des Gegners schwächen kann. Aber sie müssen ebenso rasch und hingebend die Verhaue beseitigen, die Straßen ebnen und die Brücken schlagen, wenn die Völker sich friedlich einander nähern wollen." Daß Fischhof diese hohe Meinung nicht nur in leicht hingeworfenen Worten vertrat, sondern daß er in ihrem Sinne zu handeln bereit war, hat er oft bewiesen. Als er später ganz verarmt und in ländlicher Abgeschiedenheit und Enge schwer unter materiellen Sorgen litt, schrieb er dem Herausgeber eines Wiener Blattes, der ihm einen Zeitungsartikel angemessen honorieren wollte:

„Man darf sein Talent und seine Gedanken verwerten, aber nicht seine Gefühle, und für mich ist die Sache, für welche ich einstand, eine Herzensangelegenheit, eine Gefühlssache. Brächte ich sie zu Markte, käme ich mir wie eine feile Dirne vor. Ohne eigentlich schriftstellerischen Beruf zu haben, schreibe ich immer, wenn ein Gefühl mich mächtig bewegt, und habe daher nie einen Pfennig Honorar angenommen. *Ich diene der Menschheit, aber ihr Lohndiener bin ich nicht.*"

Fischhofs edle Bescheidenheit und zugleich seine selbstlose Kampfbereitschaft für das Interesse des Volkes kam auch in einem Briefe zum Ausdrucke, in dem er der vornehmsten österreichischen Schriftsteller- und Journalistenvereinigung, der Wiener „Konkordia", in den achtziger Jahren für einen Glückwunsch dankte:

„Ich habe es mir stets zur Ehre angerechnet, der „Konkordia" anzugehören und den Publizisten Österreichs beigezählt zu werden. Wiederholt trat ich in ihre Reihen. Konnte ich es auch den hervorragenden Talenten nicht gleich tun, so ließ ich es doch nie an Eifer fehlen, wenn es den Kampf für die gute Sache galt. Nun bin ich alt, aber wenn das öffentliche Wohl vor ernster Gefahr zu schützen ist und der publizistische Landsturm aufgeboten wird, rücken auch wir Veteranen ein. Das bedrohte vaterländische Interesse wird uns nicht altersschwach finden, denn der erhöhte Wille bringt auch erhöhte Kraft.[1])"

---

[1]) „Journalisten- und Schriftstellerverein Konkordia. 1859—1909. Eine Festschrift", S. 98. Wien 1909.

Adolf Fischhof war Junggeselle geblieben. Die Revolution, die so viel Altes und Morsches vernichtete, zerriß auch ein zartes Herzensband. Fischhof hatte im politisch schwülen Vormärz bei einer befreundeten Familie die Tochter eines süddeutschen Patriziers kennen und lieben gelernt, die in demselben Maße hervorragend schön wie reich war. Auch das Mädchen fühlte sich zu dem Manne hingezogen, so daß auf beiden Seiten der Vorsatz rasch reifte, einen Bund fürs Leben zu schließen. Der nüchterne, rechnende Vater des Mädchens war von dieser Absicht nicht entzückt, denn er hatte seinem Kinde in der großen Gesellschaft eine andere Stellung zugedacht, als die der Frau eines unbekannten, vermögenslosen Arztes. Er setzte darum alle Hebel in Bewegung, um die schöne Tochter von ihrer verliebten Eigenwilligkeit abzubringen, und er fand in der Revolution eine mächtige Helferin. Fischhof wurde in das brausende politische Getriebe hineingerissen; schwere Pflichten wälzten sich auf ihn und ließen ihm keine Zeit für träumerische Idyllen. Als dann die Giftschlangen der Verleumdung emporzischelten, als Fischhof von der Böswilligkeit oder Urteilslosigkeit als wüster Demagoge hingestellt ward, vergaß das Mädchen zur Beruhigung seines Vaters bald der Zuneigung, die es früher für den Sekundararzt bekundete. Fischhof hat dieser Jugendliebe, die eigentlich schon die Liebe eines reifen Mannes war, ein treueres Andenken bewahrt, und sicherlich ist auch in dieser herben Enttäuschung eines stolzen Herzens ein Grund dafür zu suchen, daß er nicht in den Hafen der Ehe einlief.

An Frauengunst hat es deshalb nicht gefehlt. Der Märtyrerschein, der Fischhof umgab, machte den schon durch Geist und Wissen interessanten Menschen noch anziehender. Außerdem verfügte Fischhof über gewinnende gesellschaftliche Gaben; er war ein vollendeter witziger Causeur, wenn ihn nicht gerade seine rebellischen Nerven quälten. In den Tagen seiner ungebrochenen Gesundheit suchte er den freundschaftlichen Verkehr mit anregenden Männern, ebenso wie er gerne die freien, dem ermüdenden Berufe abgerungenen Stunden im Kreise schöner Damen verbrachte. Die Stürme der Revolution hatten eben seine scheue Zurückhaltung bezwungen. Manches leicht hingeworfene

Gedicht gibt von flüchtigen, vergnügten Bekanntschaften oder tieferen seelischen Erlebnissen poesieverklärte Nachricht, denn der Freiheitskämpfer liebte es bisweilen, den Pegasus, wenn auch nicht als bewundernswerter Künstler, so als artiger Dilettant zu besteigen. Eine anmutige Eingebung der vielumschwärmten Muse möge hier ihren Platz finden:[1])

Beim Betreten ihres Lieblingsweges im Dämmerschein.

Ist alles so traumhaft hier am Pfade,
So magisch durchhaucht, durchgeistigt, durchseelt,
Ein jedes Blümlein wie Scheherezade
Gar Wundersames mir erzählt:
Von Lenzesduft, von Maienpracht,
Die Märchen von Tausend und einer Nacht.

Oder ein anderes neckisch sinniges Gedichtlein:

Bei Rücksendung eines Billetts.

Aus unserer Herzensgeschichte
Ein inhaltsreiches Blatt,
Ein Vers aus einem Gedichte,
Das Gott zum Dichter hat.

Doch nicht nur der Liebe waren die dichterischen Ergüsse geweiht. Verschiedene Epigramme und Sprüche, die im Nachlasse des Politikers vergraben lagen oder die sogar in Stammbüchern und Gelegenheitsschriften schüchtern in die Öffentlichkeit gedrungen sind, geben in vierzeiliger Knappheit Extrakte des politischen Denkens und der Lebensphilosophie:

Die scharfe Tonart.

Die scharfe Tonart wird euch wenig nützen.
Vor Mißerfolg wird sie euch schwerlich schützen;
Mit scharfem Verstand nur und scharfem Blick
Bewahrt ihr die Völker vor Mißgeschick.

An die Priester aller Kulte.

Die Selbstbeschränkung wollet lehren,
Jedoch die Beschränkung fordert nicht.
Drängt vor sich das Ich, mögt ihr es ihm wehren,
Doch nimmer, wenn aufwärts es strebt zum Licht.

---

[1]) „Neues Wiener Tagblatt". Wien, 19. Dezember 1893. (Siehe das Feuilleton: „Aus dem Nachlasse Adolf Fischhofs". Von Dr. Jacques Fischer.)

Zuletzt noch ein schneidiges Epigramm, das ein schöner Beweis für Fischhofs verfeinerte moralische Auffassung und für die Verachtung alles Duckmäusertums ist:

Der Pseudomoralist.

Nicht senkt er sich tief in die Menschennatur.
Nach Art der Spione umschleicht er sie nur;
Und was er erspäht beim Spionieren,
Das liebt er gehässig zu denunzieren.

Anfangs der siebziger Jahre trat in Fischhofs Leben abermals eine unglückliche Wendung ein. Seine physischen Leiden nahmen so überhand, daß er Wien den Rücken kehren mußte, um im Herbst und Winter in der lauen und reinen Luft Nervis und in der wärmeren Jahreszeit in den österreichischen Alpengegenden Linderung zu suchen. Im Jahre 1873 fühlte sich Fischhof körperlich so herabgekommen, daß er jede Hoffnung aufgab, seine gewohnte Beschäftigung wieder aufnehmen zu können. „Mein Kopf ist zu empfindlich," schrieb er[1]), „um den Lärm einer großen Stadt und den Gedankenaustausch mit zahlreichen Besuchern vertragen zu können.... Offen gesagt, mag ich lieber in der Fremde sterben, denn als physischer und geistiger Krüppel nach Wien zurückkehren."

In dieser beklagenswerten Verfassung traf Adolf Fischhof ein furchtbarer Schlag. Während er körperlich gebrochen in der Nähe Genuas weilte, starb seine heißgeliebte Mutter nach mehrwöchiger schwerer Krankheit. Vor einem Jahre hatte er noch davon geträumt, das alte Mütterchen, das bei einem Bruder in Pest lebte, umarmen zu können, aber seine Krankheit zog einen Strich durch die Rechnung. Der Tod der tüchtigen, fürsorglichen Mutter hat Fischhof tief ergriffen. „Wir hängen durch die Eltern mit der Vergangenheit zusammen, durch die Kinder mit der Zukunft, durch die übrigen Verwandten und durch unsere Freunde mit der Gegenwart. Ich bin elternlos, kinderlos und all jenen ferne gerückt, die meinem Herzen nahe stehen, ich bin wie ein aus einer Kette herausgebrochener Ring, ohne Zusammenhang, ohne Nutzen, ohne Wert!" So klagte

[1]) Fischhofs Brief an L. A. Frankl, Nervi, am 4. April 1873.

Fischhof seinem Freunde Ludwig August Frankl im April 1873. Welch treffliche Frau der Tod dem irdischen Leben entrückt hatte, ersieht man aus einem Schreiben, das Ferdinand Kürnberger unmittelbar nach dem Empfange der Trauerkunde an einen Bruder Adolf Fischhofs richtete: „Möchten solche Mütter immer nachwachsen! Möchten die Mütter, die jetzt theoretisch und aus Bibliotheken von Büchern über den Beruf des Weibes gebildet werden, immer so gut und treu das Modell treffen, das hier die Natur geschaffen. Es war keine akademische Mutter, keine Mutter aus Vorlesungen und Hörsälen, aber alle Bildungsmütter können nichts weiter als solche Naturmütter sich zum Muster nehmen. Ihr Andenken sei immer in Ehre[1])!"

Noch ein anderer empfindlicher Streich sollte Adolf Fischhof während seines Erholungsaufenthaltes im Auslande treffen. Der „g r o ß e K r a ch" hatte die Wiener Börse verwüstet. Die Schwindelbauten, die in übertriebener Spekulationsgier aufgerichtet worden waren, stürzten wie Kartenhäuser zusammen. Das Heer der lachenden Müßiggänger, das die Kurse für sich arbeiten ließ, war ruiniert, aber eine weit größere Zahl von bedächtigen Sparern büßte das mühsam erworbene Geld ein, das man vorsichtig als Notpfennig zur Seite gelegt hatte. Fischhof übte in den Jahren der wilden Kurstreibereien die Enthaltsamkeit, auf die leichten Gewinne, die Hoch und Nieder anlockten, zu verzichten; er wählte für sein Kapital lieber solid scheinende Anlagewerte, die eine sichere Verzinsung versprachen. So vielseitig Fischhofs Fähigkeiten auch waren: ein Finanzgenie ist er nicht gewesen. Er steckte einen großen Teil seines Vermögens in die Forstindustriegesellschaft hinein, die vornehmlich die ehemaligen Staatsdomänen in Waidhofen an der Ybbs und Gaming ihr eigen nannte. Als der „Krach" zur Umwertung aller Werte zwang, schrumpften die fiktiven Besitze rasch auf fast nichts ein, und so stellte sich bald heraus, wie schlecht beraten die Männer waren, die ihr gutes Geld für Aktien der Forstindustriegesellschaft hingegeben hatten. Das Unternehmen brach zusammen; Adolf Fischhof zählte zu den genarrten Opfern

---

[1]) Kürnbergers Brief an Moritz Aloys Fischhof. Wien, 25. März 1873.

der Finanzkrise. Er schloß sich dem langen Reigen der wirtschaftlich Ruinierten an. Zu spät war die blinde Vertrauensseligkeit gewichen, zu spät hatte er daran gedacht, daß die Lüge auch in Zahlen stecken könne. In der Forstindustriegesellschaft lag ein Schulbeispiel für die Skrupellosigkeit vor, mit der in der Gründerperiode gewirtschaftet wurde. Die Staatsdomänen Waidhofen und Gaming, die nahezu das ganze niederösterreichische Viertel ober dem Wienerwald umfaßten, waren im Jahre 1863 um einen Pappenstiel verkauft worden. Nachdem der neue Besitzer der Waidhofener Forste den Kaufschilling samt Zinsen durch Abholzungen hereingebracht hatte, gingen die Güter für eine Million Gulden an ein Straßburger Konsortium über, das sich gleichfalls durch Holzfällungen bezahlt machte. Nun vollzog sich neuerdings ein Besitzwechsel. Ein Konsortium erwarb das Eigentumsrecht, um dieses schließlich an die Forstindustriegesellschaft abzutreten, die ein Aktienkapital von vier Millionen Gulden investierte[1]). Fischhof war durch die Hiobsposten, die ihm aus Wien zukamen, selbstverständlich schwer bedrückt; doch nicht allein das Gefühl des Verlustes peinigte ihn, ihn quälte auch der Gedanke an die Irreführung so vieler gutgläubiger Menschen. „Die Sache hat jetzt ein öffentliches und sittliches Interesse, kein finanzielles und privates," äußerte er sich im Frühjahre 1874[2]). Das schwere Leiden konnte ihn in Nervi nicht davon abhalten, sorgsame Umfragen anzustellen und in umfangreichen scharfsinnigen Elaboraten die traurige Geschichte einer finanziellen Gründung niederzulegen. So lehrreich die Darstellungen für die Kenntnis der Gründerepoche in Österreich sind, wir wollen sie dennoch übergehen; sie gehören nicht zum Lebensbilde des Mannes, dem diese Seiten gewidmet sind.

Schmerzgeplagt, seelisch erschüttert, wirtschaftlich vernichtet, stand Adolf Fischhof im Jahre 1874 zum zweiten Male vor seinem Zusammenbruche. Vor einem Vierteljahrhundert war er jedoch unternehmungsfähig und

---

1) Fischhofs Elaborate. — Siehe auch: Joseph Schöffel, „Erinnerungen aus meinem Leben". Wien 1906. (Vom Wienerwald.)

2) Fischhofs Brief an Alexander Scharf, Nervi, den 21. März 1874.

körperlich in vollster Kraft gewesen, während jetzt ein fast sechzigjähriger Mann den Boden unter den Füßen schwinden fühlte und nicht wußte, wie er künftig des Lebens Bedürfnisse decken sollte. Noch lachte ihm Italiens blauer Himmel entgegen, noch führte er das äußerlich lockende Dasein eines Pensionisten im Süden, aber wie lange konnte der Nachklang einer besseren Zeit dauern? Von einer angenehmen, an Befriedigung reichen Vergangenheit stach nun die düstere Zukunft um so trostloser ab. Man muß über erstaunlich viel Seelenstärke verfügen, wenn man so traurige Verhältnisse seelisch unversehrt überstehen soll. Daß Fischhof diese Krise ohne gänzlich unterzugehen überwand, daß er wieder seines Geschickes Herr zu werden vermochte, spricht eindringlich für seine moralische Größe.

B. Fischhofs politische Tätigkeit

I. Bis zur Begründung der dualistischen Staatsverfassung

Was für den Dichter gilt, kommt in viel verstärkterem Maße beim Politiker in Betracht: wer ihn verstehen will, muß sich in seinem Lande zurechtfinden können. Die umfassende Orientierung erweist sich aber als besonders notwendig, wenn es sich um eine Persönlichkeit handelt, die geistig für Österreich arbeitete. Zwischen der Elbe und der Adria häufen sich mehr politische Probleme, als im ganzen übrigen Europa. Die Sorgen, Bedürfnisse, Empfindungen, Wünsche und Hoffnungen, die sich sonst auf viele Staaten verteilen, drängen sich auf dem österreichischen Boden zusammen, so daß sich nicht nur die Sachen hart im Raume stoßen, sondern auch die Gedanken. Wenn wir Fischhofs Werke und sein Wirken beurteilen wollen, dürfen wir uns ferner nicht durch die Distanz der Jahrzehnte beirren lassen; wir müssen das Schaffen im raschen Flusse der Ereignisse beobachten.

Was war der alte Kaiserstaat Österreich, als der Kanonendonner bei Magenta und Solferino dem Absolutismus das Grablied sang? In der westlichen Reichshälfte gab es keine Anknüpfungspunkte für die freie politische Betätigung

der Bürger, während Ungarn seine historische Physiognomie eingebüßt hatte. Das Land war zerrissen und in seinem Kerne in fünf Verwaltungsgebiete gespalten, an die sich die Magyaren nimmer gewöhnen wollten. Die Monarchie wurde nach einer Schablone regiert. Ein Ministerium, ein Beamtenkörper, ein Geist der Administration herrschte im weiten Reiche, das nun auch ein Zoll- und Handelsgebiet war. Gewiß, ganz ließen sich die bodenständigen Eigentümlichkeiten nicht übersehen, und die Regierung mußte sich bequemen, die äußere Amtsführung den örtlichen Bedürfnissen anzupassen. Allmählich aber trat die Sorglosigkeit des sich sicher Fühlenden ein; man verlor die Unterschiede und die Vielgestaltigkeit immer mehr aus den Augen und lebte sich in die beschränkte Auffassung hinein, daß die Behaglichkeit des Regierungsgeschäftes von jeder Störung zu befreien das oberste Grundgesetz sei. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die Tadelsucht überhand nahm und das Gefühl der Würdigung für das wenig Gute erstickte, das die hohe Obrigkeit während eines dumpfen Jahrzehnts in einzelnen Fällen verrichten mußte, und auf das sie sich stolz berief, um den unbequemen Kritikern den Kredit der Glaubhaftigkeit zu erschüttern[1]). Auch in der Bevölkerung war eine gewisse Einheitlichkeit des Fühlens vorhanden, soweit überhaupt politisch gedacht wurde. Gemeinsamer Groll, gemeinsame Unzufriedenheit bildete das alle einigende Band. In den österreichischen Ländern hoffte man schüchtern, daß sich der Absolutismus rasch zu Tode leben werde, denn er schien nun noch zeitfremder und unhaltbarer als im Vormärz; in Ungarn gab man sich dem Troste hin, das widernatürliche Regime gewaltsam oder durch den organisierten Widerstand beseitigen zu können. Trug man in Österreich knirschend das Joch, so bäumte man sich in Ungarn auf. Die Magyaren sahen mit heimlichem Wohlgefallen, wie unbeliebt die Regierung auch bei den anderen Völkern der östlichen Reichshälfte war, die in den schicksalsschweren Monaten der Revolution treu und hingebungsvoll zu Kaiser und Reich gehalten hatten, und das bittere, ernste Scherz-

[1]) „Rückblicke auf die jüngste Entwicklungsperiode Ungarns". Wien 1857. Neudruck: Wien 1903.

wort flog auf, daß was für die Magyaren Strafe, für die anderen Nationen Lohn sei[1]).

Von der Negation zum positiven Schaffen ist ein weiter Weg. Als Österreich am Beginne der sechziger Jahre das schützende Gewand der Verfassung umnehmen mußte, wußte man nicht recht, wie man das Kleid am zweckentsprechendsten zuschneiden sollte. Eine öffentliche Diskussion hatte es nicht gegeben; ein fertiges verwendbares Rezept lag nicht vor. Der Kremsierer Verfassungsentwurf war dem Reichsprobleme ängstlich aus dem Wege gegangen, denn aller Scharfblick hatte sich lediglich der Organisation der westlichen Reichshälfte zugewandt. Aber auch die Regierung stand ratlos da. Sie konnte nicht nach der oktroyierten Verfassung vom 4. März 1849 greifen; sie mußte etwas Neues schaffen, und das hieß: experimentieren.

In beängstigender und bunter Fülle drängten sich die Probleme den Baumeistern des österreichischen Verfassungsgebäudes auf. Das Werk war so schwierig, daß es auch auf einen Wurf nicht hätte gelingen können, wenn ein größeres staatsmännisches Genie als Graf Goluchowski mit der Oberleitung betraut worden wäre. Man sollte den Überlieferungen der Vergangenheit Rechnung tragen und trotzdem die Bedürfnisse der Gegenwart und die Erfordernisse der Zukunft nicht unberücksichtigt lassen. Ein festgefügter Einheitsstaat mußte sich, so weit das Zepter der Habsburger reichte, erstrecken, und dabei war auf die mannigfachen Sonderinteressen und Sonderentwicklungen der Königreiche und Länder oder wie man damals sagte: der „historisch-politischen Individualitäten" Bedacht zu nehmen. Mit verständigem Sinne sollte man den Gefühlen der einzelnen Nationen entgegenkommen und trotzdem dem wohlbegründeten jahrhundertealten Rechte der Deutschen und dem jungfräulich frischen Rechte der Magyaren nicht zu nahe treten. Der soziale Unterschied der Bevölkerungsklassen war sorgfältig ins Auge zu fassen, und dabei ergab sich die Schwierigkeit, daß die gesellschaftliche Schichtung in den einzelnen Teilen und Nationen des Reiches ganz ungleich ausgebildet war. Wie ganz anders

---

[1]) Heinrich Friedjung, „Österreich von 1848—1860". Bd. I, S. 430. Stuttgart 1908.

hatte sich das kulturelle Leben da und dort entwickelt, und wie verschieden erwiesen sich deshalb die politischen Bedürfnisse. Jahrzehnte, nein Jahrhunderte lagen zwischen den hochgesitteten deutschen Großstädtern und den primitiven und einfältigen Bauern im Norden, Osten oder Süden des Reiches. Welch große Kluft dehnte sich zwischen den industriereichen Gebieten und den zurückgebliebenen Agrarprovinzen aus? Wie sollte da der schwache Menschenwitz Rat schaffen? Allerdings gab es ein Mittel, sich der Sorgen zu erwehren: man konnte sich ja die schier erdrückende Aufgabe durch Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit entsprechend erleichtern.

Von all den vielen Problemen trat in der ersten Zeit der österreichischen Verfassungsära hauptsächlich eines mit der Gewalt sieghafter Aktualität hervor. Die wichtigste staatsmännische Mission bestand eben darin, das Zusammenleben der westlichen und östlichen Reichshälfte zu ordnen, Ungarn mit dem Reichsgedanken zu versöhnen. Auf die Bahn des Konstitutionalismus hatte nicht bloß die finanzielle Bedrängnis und die Erkenntnis von der Unzulänglichkeit des nachrevolutionären Absolutismus geführt, sondern auch die während des Krieges mit Sardinien und Frankreich verhängnisvoll fühlbar gewordene Unzufriedenheit der Magyaren, die sich im Versagen ungarischer Truppenteile und in den Wühlereien der Emigranten gefahrdrohend äußerte. Der Wunsch, Österreichs Machtstellung in Europa zu stärken, zwang also dazu, den Wurm, der im Inneren der Monarchie nagte, unschädlich zu machen, und da er sich nicht gewaltsam niedertreten ließ, mußte man ihn auf andere Weise zu entfernen suchen. Dem grundlegenden Verfassungsdokumente vom 20. Oktober 1860 gingen denn auch langwierige Verhandlungen mit den Führern der magyarischen Konservativen voraus, deren „gefährliche Agitation" noch im Jahre 1851 in einem Ministerialerlasse gebrandmarkt worden war[1]). Das Oktoberdiplom und die angeschlossenen kaiserlichen Handschreiben verbargen die Gesinnung ihrer geistigen Urheber durchaus nicht. Wohl wurde die „Teilnahme der Unter-

[1]) „Drei Jahre Verfassungsstreit" von einem Ungar, S. 22. Leipzig 1864.

tanen an der Gesetzgebung und Verwaltung" zugestanden, wohl wurden einige freiheitliche Bürgerrechte kurz erwähnt, aber dieser theoretischen Verbeugung vor dem konstitutionellen Gedanken entsprach der praktische Erfolg keineswegs. Der Reichsrat, der in den meisten Fällen nur „mitzuberaten" gehabt hätte und dessen „Zustimmung" bloß bei seltenen Anlässen erforderlich gewesen wäre, war dem Einflusse des Volkes fast so sehr entrückt, wie ein an den Strand gezogenes Boot dem Spiel der Wellen. Der Kaiser konnte die Majorität des Reichsrates ganz nach seinem Belieben konstruieren, so daß von dem Mitbestimmungsrecht der Bürger fast nichts übrig blieb. Dem früher nackten Absolutismus wäre bloß ein kleines Feigenblatt umgehängt worden. Dieselbe Tendenz wiesen die vier österreichischen Landesstatute auf, die mit dem Oktoberdiplome das Licht der Welt erblickten. Die Bourgeoisie wurde sozusagen als Passagier vierter Klasse in den Verfassungszug aufgenommen, während man die Masse, das eigentliche Volk, überhaupt nicht mitfahren ließ. In staatsrechtlicher Hinsicht sprach der dritte Absatz deutlich aus, wohin das Oktoberdiplom steuerte. „Nur solche Institutionen und Rechtszustände, welche dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein der bestehenden Verschiedenheit unserer Königreiche und Länder und den Anforderungen ihres unteilbaren und unzertrennlichen künftigen Verbandes gleichmäßig entsprechen," hieß es, können die erforderlichen Bürgschaften für die Machtstellung und Sicherheit der Monarchie gewähren. Den Ländern der ungarischen Krone war noch ausdrücklich die Reaktivierung der früheren Verfassungen zugesichert worden, freilich mit der Einschränkung, daß sich das Sondergesetzgebungsrecht nur auf jene Gegenstände erstrecken könne, die nicht dem Reichsrate vorbehalten waren.

In Österreich vermochte die Oktoberverfassung außer den feudalgesinnten Adelsherren im allgemeinen niemanden zu befriedigen, und erfindungsreiche Buchhändler machten mit Neuausgaben des Kremsierer Verfassungsentwurfes gute Geschäfte. In der östlichen Reichshälfte wußte man im ersten Augenblicke nicht, ob man illuminieren oder zum Sturme blasen solle. Die Konservativen waren mit ihrem Geistesprodukte zufrieden, allein das hatte nicht viel zu bedeuten, denn ihr

adelsstolzer Anhang hielt sich in engen Grenzen. Ausschlaggebend blieb die Haltung des „alten Herrn", wie der behäbige Franz Deak bereits genannt wurde. Dieser „Weise der Nation", der an Schärfe des Verstandes, an Reinheit der Sitten, an natürlicher Bescheidenheit und an Gerechtigkeitssinn seine Volksgenossen weit überragte, hatte in den fünfziger Jahren das Losungswort der passiven Resistenz ausgegeben. Seinem juristisch geschulten Kopfe erschien die Rechtslage sehr einfach. Gesetze, die der Reichstag geschaffen, konnte nur wieder der Reichstag aufheben. Daher bestünden die sturmgeborenen 1848er Einrichtungen fort, und der politische Faden müßte dort angeknüpft werden, wo er durch den Absolutismus abgerissen wurde. Aber Deak war nicht nur Jurist, sondern auch Staatsmann und Diplomat, und als solcher wußte er es klug zu würdigen, wenn ihm die Hand zur Versöhnung entgegengereicht ward. „In Beratungen über öffentliche Angelegenheiten gebe ich der mit Festigkeit gepaarten Behutsamkeit den Vorzug," so lautete seine goldene Verhaltungsregel[1]). Der „alte Herr" hatte gegen das Oktoberdiplom wichtige Bedenken, aber er wollte nicht zur offenen Ablehnung schreiten. Wider seinen Willen wurde dennoch von einem seiner Freunde der Kampfruf angestimmt, und damit war das Schicksal der Oktoberverfassung, wenn auch nicht entschieden, so doch mächtig beeinflußt. Die Kampfeslosung fand nämlich bald ein vielfaches Echo. Mit der atemlosen Hast, die für die Fertigstellung des Oktoberdiploms maßgebend war, wurde auch in Ungarn die alte Komitatsverfassung zu neuem Leben erweckt. Dadurch entstanden viele Dutzende Tribünen, wo die liberale Opposition ihre Hebel ansetzen konnte. Restlose Rückkehr zu den 1848er verfassungsrechtlichen Einrichtungen! diese Parole pflanzte sich nun von Komitat zu Komitat fort. Das königliche Reskript vom 16. Januar 1861 ermahnte die Komitate feierlich, den Bedürfnissen der Übergangsperiode Rechnung zu tragen; die Antwort bestand jedoch aus einem gellenden oder freundlicheren Nein.

Die Opposition der Magyaren trieb das Wasser auf die

---

[1]) Dr. Gustav Steinbach, „Franz Deak". Wien 1888.

Mühle der Österreicher, die vom Oktoberdiplome nichts wissen wollten. Die zentralistisch gesinnte Beamtenschaft fühlte sich in ihrer politischen Überzeugung und in ihrem materiellen Interesse arg verletzt. In Ungarn wurden die Beamten aus der Zeit des Absolutismus, die sogenannten „Bachhusaren", aus den Ämtern vertrieben; der „blaue Bogen" war der Dank für jahrelanges Bemühen. Solche Erfahrungen wirkten auf den anderen Teil der Beamtenschaft wenig ermunternd. Auch das deutsche Großbürgertum vermochte sich nicht mit dem Oktoberdiplom abzufinden; ebensowenig wie dieses Diplom sich mit den Interessen dieses Kreises befreundet hatte[1]).

Beiden Gruppen — der deutschen Beamtenschaft und dem Großbürgertume — war auch schon ein Retter erstanden. Im Dezember 1860 hatten der überzeugungsstarke, aber engherzige und einseitige Anton Ritter v. Schmerling das Staatsministerium und der liberale Erzherzog Rainer das Präsidium im Ministerium übernommen, und am 26. Februar 1861 erschien eine neue Charte, das Februarpatent, mit einer Reihe von Staatsgrundgesetzen. Der föderalistische Gedanke des Oktoberdiploms wurde nun durch das zentralistische Prinzip ersetzt. Die Verfassung Schmerlings bot ein ansehnlicheres Maß von konstitutionellen Rechten; sie war vor allem dem deutschen Großbürgertum auf den Leib geschnitten, ohne den übrigen Volksstämmen und den breiten Schichten gerecht zu werden. Kürnberger, der oft mit einem prägnanten Worte das Richtige traf, sprach später davon, daß Schmerling keine Volksvertretung, sondern eine erweiterte Bureaukratie geschaffen habe[2]). Als Schmerling sein Amt antrat, wurde er enthusiastisch begrüßt. In Österreich galt er als Repräsentant des Liberalismus, in Ungarn hatte er viele Freunde, die in ihm sogar einen Anhänger der ungarischen Rechtsanschauung vermuteten. Doch das Februarpatent fiel wie ein kalter Regenschauer auf die magyarischen Politiker, die den Himmel vor kurzem noch wolkenfreier denn seit Jahren sahen. Der populäre ungarische Hofkanzler Baron Nikolaus

[1]) „Drei Jahre Verfassungsstreit", S. 110.

[2]) Ferdinand Kürnberger, „Siegelringe". München 1910. Bd. I. (Historische Poststationen.)

Vay hatte die Unterzeichnung des Patentes abgelehnt, das seiner Anschauung nicht entsprach. Deak ging wortlos und grollend umher, und seine Freunde meinten, daß er bald zu einem heftigen Streiche ausholen werde. Seiner Auffassung nach verletzte das Februarpatent die „Integrität der ungarischen Krone", denn Kroatien und Siebenbürgen hätten als selbständige Länder Abgeordnete in den Reichsrat zu entsenden gehabt; dabei wären alle gemeinsamen gesetzgeberischen Agenden: Finanzen, Militär und materielle Interessen, direkt dem Reichsrate reserviert, so daß ein verantwortliches ungarisches Ministerium gar nicht denkbar sei. Unter solchen Umständen könne man es nicht versuchen, an der Versöhnung zwischen der Krone und dem ungarischen Volke zu arbeiten[1]). Deak kündigte im März die Nichtbeschickung des gesamtstaatlichen Reichsrates an, und in den Komitaten wurde mit zunehmender und turbulenter Heftigkeit die Wiederherstellung der 1848er Verfassung verlangt. Die öffentliche Meinung Ungarns hatte also das Februarpatent grimmig verworfen. Um den Frieden mit der östlichen Reichshälfte herzustellen, war das Verfassungswerk unternommen worden, und nun brach ein politischer Krieg aus, der Kampf mit all seiner Leidenschaft und Erbitterung.

Aber nicht nur der Monarch, auch die Völker der westlichen Reichshälfte hatten ein Interesse daran, daß zwischen Cis- und Transleithanien einträchtliche Harmonie entstehe, damit die konstitutionelle Neubegründung Österreichs um so intensiver und ungestörter in Angriff genommen werden könne. Der Wille zur Besänftigung der Magyaren war vorhanden, allein man wußte nicht, wie man es anstellen sollte, um den verletzenden Stachel schmerzlos zu entfernen, den das Oktoberdiplom und das Februarpatent in den magyarischen Volkskörper gedrückt hatten. Die Forderung nach der 1848er Verfassung ließ sich nicht ohne weiteres erfüllen, weil die rückhaltlose Gewährung die Zweiteilung des Kaiserstaates Österreich in sich schloß und weil man den Segen und die Notwendigkeit des festen Zusammenhaltes der beiden Reichshälften in Wien nicht über-

---

[1]) Steinbach, „Deak". (Februarpatent und 1861er Reichstag.)

sehen konnte. Was tun? In Österreich gab es eine ruhige, gedämpfte Wahlbewegung für die Landtage; unzählige Programmreden wurden gehalten; aber aus keinem Winkel des Reiches drang das erlösende Wort nach der alten Kaiserstadt. Auch die politischen Broschüren, die in diesen Jahren noch in großer Zahl erschienen, zeigten keinen Weg, der zum Gehen einlud. Dr. J. N. Berger stellte sich mit einem gedankenreichen Schriftchen ein[1]), das lebendig in der Kritik, aber steril im Aufbau ist. Offenherzig wird darin die Frage aufgeworfen, ob die Zentralisationsbestrebungen das Volk hinter sich haben; mit logischer Schärfe erfolgt die Zurückweisung der Theorie und Praxis, die Ungarn in den unifizierten Gesamtstaat hineinzwingen will; überzeugungsvolle Argumente werden ins Treffen geführt, um die Unhaltbarkeit der sehr einfach zu handhabenden Rechtsverwirkungstheorie zu beweisen. Indes, wie dürftig sind die praktischen Vorschläge! Für die nichtungarischen Reichsteile sollen während der Übergangsfrist das Oktoberdiplom und die Februarverfassung maßgebend sein; in Ungarn möge die Verfassung vom Jahre 1848 ihre Auferstehung feiern. Die Vertretungskörper beider Reichshälften hätten sogleich zu beschließen, daß ein „Verfassungsrat“ einzusetzen sei, der aus direkten Wahlen hervorgehen solle. Den Mitgliedern dieses Verfassungsrates bliebe es anheimgestellt, Vorschläge für die Abänderungen der cis- und transleithanischen Verfassung zu erstatten. Bergers Broschüre brachte also keinen Fingerzeig dafür, wie die Schwierigkeiten zu überwinden wären, sie überwälzte die Sorge bloß auf eine neue Körperschaft. Franz Schuselka, dem jedes Ereignis zu einer mehr oder weniger umfangreichen Flugschrift wurde, trat natürlich auch auf den Plan, doch selbst einige Monate später wußte er keinen brauchbaren Rat zu erteilen. Er meinte, nur der Kaiser könnte rasch und friedlich Ruhe schaffen. Er müßte sich bloß auf den ungarischen Rechtsboden stellen, Ungarns verfassungsrechtliche Wünsche anerkennen und von dieser Grundlage aus über die Erneuerung des Rechtsverhältnisses unter Hinweis auf die unabsprechlichen Gebote der Notwendigkeit verhandeln. Dadurch ließen sich die

[1]) Dr. J. N. Berger, „Zur Lösung der österreichischen Verfassungsfrage“. Wien 1861.

Herzen der Ungarn erobern, damit wäre alles gewonnen, was zum Heile beider Teile Österreichs erforderlich sei[1]).

Ganz anders war eine dünne Broschüre: „Zur Lösung der ungarischen Frage" geartet, die im März 1861 anonym erschien[2]). Die Verfasser blieben allerdings nicht lange unbekannt, denn die Arbeit sprach lebhaft für ihre Schöpfer. Adolf Fischhof und Joseph Unger waren die Autoren. Bei einem Besuche, den Unger dem kranken Fischhof abstattete, hatte der Patient seine wegbahnenden Gedanken über das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn entwickelt und von Unger die Anregung erhalten, die positiven Vorschläge in einer Broschüre zur Diskussion zu stellen. Fischhof traute sich jedoch nicht an die Arbeit heran. So sehr er auch die Sprache meisterte, so reich ihm auch die Gedanken zuflogen, war er doch keiner von denen, die leicht die Seiten füllen. Sein hochentwickeltes Stilgefühl zwang ihn, das bildungsfähige Material der Sprache immer aufs neue zu kneten und zu bearbeiten. Selbst der kleinste Brief wurde vorsichtig konzipiert, ehe die Reinschrift erfolgte. Fischhof, der ohnehin Vielgeplagte, bat daher Unger, die Schrift zu verfassen, und dieser legte nach drei Tagen die fertiggeschriebene Broschüre vor. Ihrem politischen Inhalte nach ist sie die getreue Wiedergabe der Fischhofschen Ideen, während die ebenso klare und durchdringende als anziehende Fassung die Meisterhand Ungers verrät.

In den ersten Zeilen wird die Frage aufgeworfen, wieso es komme, daß nicht freudige Hoffnung die Brust bewege, sondern bange Sorge auf der Seele laste, da die Vertreter der österreichischen Völker nach zwölfjähriger Unterbrechung wieder zusammentreten. Es sei die völlige Ungewißheit über die Konstituierung Österreichs als Gesamtstaat, die jeden frischen frohen Aufschwung hemme. Zunächst handle es sich allerdings nicht darum, daß Österreich in die Reihe der konstitutionellen Staaten trete, sondern daß es überhaupt als Gesamtstaat fortbestehe. Käme es bloß auf das größere oder geringere Maß verfassungsmäßiger Freiheit an,

[1]) Franz Schuselka, „Österreich und Ungarn". Wien 1861.
[2]) „Zur Lösung der ungarischen Frage. Ein staatsrechtlicher Vorschlag". Wien 1861.

dann könnte man getrost in die Zukunft blicken. Zwar enthalte das Staatsgrundgesetz vom 26. Februar 1861 bloß die allerdürftigsten Lineamente eines konstitutionellen Staatsgebäudes; aber der Zug der Völker nach Selbstregierung und Selbstverwaltung sei so mächtig, der endliche Sieg der Kämpfer für gleiches Recht und gleiche Freiheit so unaufhaltsam, daß alle Weisheit nur darin gefunden werden könne, sich vor Überstürzung zu hüten und Schritt für Schritt mit ausdauernder Zähigkeit neuen Boden zu gewinnen. Viel komplizierter sei die Beantwortung der Frage, wie Österreich als freier Gesamtstaat fortbestehen könne, wie das Band beschaffen sein solle, das die westliche und östliche Hälfte des Reiches in fester Weise zu verbinden vermöge, ohne die berechtigten Ansprüche der einzelnen Teile auf Selbständigkeit zu verletzen. Die Schwierigkeit liege in Ungarn und seinem historischen Rechte. Möge man diesseits der Leitha sich über die Zusammensetzung der deutsch-slawischen Landtage, über die unweise Schaffung eines künstlichen Junkertums aus den Großgrundbesitzern, über das notdürftige Kompromiß zwischen Interessen- und Ständevertretung, über die Unverantwortlichkeit der Minister usw. ereifern — gegen all diese Erwägungen trete die Frage in den Hintergrund: wird Ungarn den Reichsrat beschicken? Und wenn nicht, was dann? Nun erörtert die Broschüre, ob Ungarn gewinnen oder verlieren würde, wenn es seine Vertreter nicht nach Wien schicken wolle. Im Abgeordnetenhause wäre Ungarn von vornherein in der Minorität. Die Sendboten eines Volkes, das seit nahezu einem Jahrtausend gewohnt sei, über seine Geschicke selbständig zu entscheiden, stünden nicht gleichberechtigt den Vertretern Österreichs gegenüber, sondern bildeten gleich den Vorarlbergern oder Salzburgern nur einen kleinen Bruchteil einer Versammlung. Und gar erst das Herrenhaus, „diese notdürftige Schöpfung des Augenblickes von zweifelhaftem Werte und mit anstößigem Namen, ohne Bestimmung der Zahl der ungarischen Mitglieder". Könne sich Ungarn einer solchen Institution anschließen? Das ungarische Volk müßte sich nicht im stolzen Bewußtsein seiner überschäumenden Kraft fühlen, es müßte demütig und hoffnungslos auf dem Boden liegen, wenn es sich den Propositionen der

Februargesetze fügen sollte. Der Reihe nach werden nun die verschiedenen Auswege besprochen. Gewalt lasse sich nicht anwenden. Die Personalunion sei unter den gegebenen Verhältnissen eine Unmöglichkeit. „Solange der Kaiser von Österreich nur als Könïg von Ungarn verfassungsmäßig beschränkt war, in den anderen Teilen Österreichs dagegen als absoluter Herrscher regierte, konnte trotz der Personalunion der Bestand und das Interesse des Gesamtstaates gewahrt werden." Dieses Recht der Vermittlung stehe jedoch dem konstitutionellen Beherrscher Österreichs nicht mehr zu. „Die Personalunion bedeute daher jetzt nicht mehr Verbindung, sondern Trennung." Angesichts der Schwierigkeiten gewinne der Gedanke immer mehr Eingang, daß die Lösung des großen Problems nur das Werk der Völker selbst sein könne; Deputationen aus den deutsch-slawischen und aus den ungarischen Vertretungskörpern müßten sich auseinandersetzen und einigen. Die unter schweren Mühen zustande gebrachte, in blutigen Kriegen verteidigte pragmatische Sanktion schuf nicht eine innere staatsrechtliche Einigung der Bestandteile Österreichs, sondern begründete nur ein äußerliches Beisammenbleiben. Nun bedürfe es einer pragmatischen Sanktion der Völker Österreichs untereinander, um an die Stelle des erbrechtlichen Zusammenhanges eine staatsrechtliche Vereinigung zu setzen und das Aggregat der Länder in einen staatlichen Organismus umzubilden.

Auf welcher Grundlage das geschehen könne, sagt der zweite Teil der Fischhof-Ungerschen Broschüre mit einer sprachlichen Gedrungenheit, die bloß bei vollausgereiften Gedanken möglich ist. Das unteilbare Kaisertum Österreich habe aus zwei Ländergruppen: aus den deutsch-slawischen Ländern und aus den Ländern der ungarischen Krone, zu bestehen. Die öffentlichen Angelegenheiten dieser Ländergruppen sind teils gemeinsame: Reichsangelegenheiten; teils solche, die nur eine Ländergruppe betreffen, also Landesangelegenheiten. Als Reichsangelegenheiten mögen gelten: die auswärtigen Angelegenheiten, das Heer- und Kriegswesen, die Reichsfinanzen, Handel und Reichsverkehr. Alle Angelegenheiten, welche nicht als Reichsangelegenheiten spezifiziert sind, bilden Landesangelegenheiten. Über alle

Gegenstände der Gesetzgebung, welche sich auf Landesangelegenheiten beziehen, sei auf dem vereinten deutsch-slawischen Landtage sowie auf dem ungarischen Landtage nach dem Verfassungsrechte dieser Länder zu beraten und zu beschließen. Den einzelnen Verwaltungszweigen sollen in jeder Ländergruppe verantwortliche Landesminister vorstehen.

Zur Führung der Reichsregierung mögen verantwortliche Reichsminister berufen werden. Jedem dieser Minister stehe ein Unterstaatssekretär aus der Reichshälfte, der der Minister nicht angehört, zur Seite. Reichsgesetze hätten in folgender Weise zustande zu kommen: geht der Gesetzentwurf von der Regierung aus, so legt ihn der Minister dem einen, der Unterstaatssekretär dem anderen Landtage vor. Erfolgt die Initiative durch einen Landtag, so ist der Antrag dem anderen Landtage zu übermitteln. In jedem Falle ist zuerst zu entscheiden, ob ein Reichsgesetzantrag dringlich ist oder nicht. Hierauf wird auf beiden Landtagen über die Vorlage beraten. Beschließen beide Körperschaften übereinstimmend die Ablehnung, so kann derselbe Vorschlag erst in der nächsten Session wieder eingebracht werden. Haben die beiden Landtage die Annahme des Gesetzesvorschlages ausgesprochen, so tritt ein aus Mitgliedern beider Landtage gebildetes Komitee zur Feststellung des einheitlichen Gesetzestextes zusammen. Durch dessen Sanktion entsteht ein Reichsgesetz, das nur wieder im Wege der Vereinbarung beider Landtage abgeändert oder aufgehoben werden kann. Wird die Übereinstimmung beider Landtage über einen Reichsgesetzvorschlag nicht erzielt, dann hat sich ein Reichsausschuß mit der Angelegenheit zu befassen, der aus 300 Mitgliedern besteht und zu gleichen Teilen von beiden Landtagen gewählt wird. Der Reichsausschuß berät in der Regel in Wien in ungetrennter Versammlung. Der Vorsitz wechselt unter den Abgeordneten des einen oder des anderen Landtages. Zunächst wird nach Kurien abgestimmt; die 150 Abgeordneten jedes Landtages bilden eine Kurie, in der die Stimmenmehrheit entscheidet. Wurde der Antrag nicht als dringlich erklärt, so hat die Nichtübereinstimmung der beiden Kurien die Ablehnung zur Folge. Bei einem dringlichen Antrage wird im Falle der Nichtübereinstimmung beider Kurien noch nach Köpfen abge-

stimmt, wobei die Mehrheit der Stimmen der ganzen Versammlung Ausschlag gibt. . . .

Die Reichsminister sollen den beiden Landtagen wegen der eventuellen Verletzung der Verfassung verantwortlich sein. Beschließt ein Landtag die Erhebung der Anklage gegen einen Reichsminister, so ist der andere Landtag davon in Kenntnis zu setzen, um sich anschließen zu können. Über die Anklage hätte der Reichsgerichtshof zu entscheiden. Zur Vorberatung von Reichsangelegenheiten besteht ein Staatsrat. Die Führung, Disziplin und Verwaltung des Heeres sei einheitlich. Die Reichsverwaltung solle mit sorgfältiger Schonung der Autonomie beider Ländergruppen geführt werden, die Beamten jeder Ländergruppe müssen Angehörige der betreffenden Staatshälfte sein.

Bei diesen Vorschlägen wurde mehr auf die Einigung in der Sache, als auf die Einheit in der Form Gewicht gelegt. Statt des unmöglichen Einheitsstaates sollte eine ausreichende Staatseinheit geschaffen werden. Die Autoren waren bemüht, die Form zu finden, die bei voller Wahrung der Selbstbestimmung jedes Teiles die Bildung eines Gesamtbeschlusses ermöglichte. Darum: erst getrennte Beratung und getrennte Beschlußfassung, dann gemeinsame Beratung und getrennte Beschlußfassung, und endlich gemeinsame Beratung und gemeinsame Beschlußfassung in allen Angelegenheiten des Gesamtstaates.

Die staatsrechtlichen Vorschläge Fischhofs und Ungers boten keine Universalmedizin für alle Leiden Österreichs. Wichtige Probleme waren gar nicht angeschnitten, so die innere Organisation Österreichs, das Verhältnis der einzelnen Königreiche und Länder zur östlichen Ländergruppe und die Art und Weise, in der sich die erhoffte freundschaftliche Auseinandersetzung zwischen Siebenbürgen, Kroatien und Ungarn vollziehen sollte. Immerhin zeigte die Broschüre, daß zwischen den Prinzipien der Selbständigkeit und Einheitlichkeit ein Ausgleich möglich sei, ebenso wie sie den Staatsmännern die unabweisbare Lehre einschärfte, daß man in Ungarn die liebevollen Erinnerungen an vergangene Jahrhunderte nicht durch ein leicht zerreißbares Gesetz aus der Welt schaffen könne. Doch die wohlgemeinte Mahnung blieb ungehört; der Friede, der auf dem geraden

Pfade rasch zu erreichen war, sollte erst auf Umwegen und nach vielen Drangsalen gefunden werden. Schmerling lebte trotz seines weiten Horizonts zu sehr in den Akten; auch war er von einem falschen Beamtenhochmute erfüllt und vermeinte, das Volk in bestimmte Formen zwängen zu können. Schmerling wollte nicht dulden, daß ein Staat im Staate entstehe; die Einheitlichkeit sollte nicht bloß in der Spitze des Reichsgebäudes, sondern auch im Grundrisse in die Erscheinung treten. Nicht anders dachte die deutsche, zentralistisch gesinnte Mehrheit des für den Gesamtstaat errichteten Parlaments, dessen feierliche Eröffnung am 29. April 1861 stattgefunden hatte. Gleich den österreichischen Landtagen war im April auch der ungarische Landtag wagelustig zusammengetreten, der die Beschickung des Reichsrates nicht vornahm und einen denkwürdigen Adressenkampf begann, in dem Deaks machtvolle Persönlichkeit für ganz Europa offenbar wurde. Der entfesselte Streit der staatsrechtlichen Anschauungen endete vorläufig mit einem Siege der Regierung, die den ungarischen Landtag einfach auflöste und die östliche Reichshälfte abermals unter ein Gewaltregime beugte. Während in Wien der Reichsrat tagte, der weder von Ungarn, noch von Kroatien, noch von Siebenbürgen beschickt war, wurde Feldmarschalleutnant Graf Moritz Palffy zum Statthalter von Ungarn ernannt. Dieser suspendierte die korporative Wirksamkeit des störrigen ungarischen Statthaltereirates; er befahl die Auflösung der Komitatsvertretungen und Gemeindevertretungen und ordnete für ganz Ungarn die Einsetzung von Militärgerichten an[1]). Das Bachsche Regime erlebte nun unter anderen Namen eine zweite fast unverbesserte Auflage.

Die Not lehrt nicht nur beten, sondern festigt auch die Widerstandskraft. Sprach Schmerling das bezeichnende Wort, daß er warten könne, so bewiesen die gedemütigten Magyaren, daß sie nichts zu versäumen hätten, weil sie an ihrem endgültigen Erfolge nicht zweifelten. Schmerling oder Deak, 1861 oder 1848: wo wird der Sieg sein? Im österreichischen

[1]) Walter Rogge, „Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart", Bd. II, S. 152. Leipzig 1873.

Reichsrate wurde die Stellung der Regierung allmählich erschüttert. Ihr Anhang spaltete sich; die Kritik setzte an vielen Punkten respektlos ein. Auch die fragwürdige Politik, die Schmerling gegenüber Ungarn einschlug, stieß auf zunehmende Ablehnung, denn zu den föderalistischen Slawen und Klerikalen gesellten sich im Abgeordnetenhause immer mehr deutsche Bekämpfer des allzu strammen Zentralismus. Der wärmste Anwalt Ungarns war der begabte steierische Politiker Moritz v. Kaiserfeld. Als er im Jahre 1862 seine Sorge und Bedenken über die Niederhaltung Ungarns im Parlamente warnend zum Ausdrucke brachte, fand er außer bei seinen engeren Parteifreunden im Lager der liberalen Deutschen keine angenehme Resonanz[1]). Aber von Jahr zu Jahr wuchs seine Autorität, und seine trotz aller Vornehmheit heftigen Angriffe gegen die Schmerlingsche Staatspolitik wurden von vielen Abgeordneten gebilligt. Auch Fischhof verfolgte mit gespannter Aufmerksamkeit Kaiserfelds zielsicheres Vorgehen, mit dem er in der Hauptsache übereinstimmte. War doch der Steirer ein unermüdlicher Verfechter des Dualismus, der schon in dem Schriftchen „Zur Lösung der ungarischen Frage" empfohlen wurde. Der Staatsminister aber ließ sich durch kleine Erfolge blenden; er fühlte sich sicher und eilte doch unaufhaltsam dem Sturze entgegen. Er sah vor allem nicht, daß der in den Salons so lebhafte, in den Ministerkonferenzen so stille magyarische Altkonservative Graf Moritz Esterhazy, der der Regierung als Minister ohne Portefeuille angehörte, unablässig und heimlich an dem Leichentuche wob, das für den Reichszentralismus bestimmt war.

Der wahre Staatsmann wird nicht nur den richtigen Zeitpunkt zum helltönenden Angriffssignal finden, sondern auch den passenden Augenblick für das vernünftige Einlenken erkennen. Deak gehörte nicht zu den unglückseligen Menschen, die rück-

[1]) Immerhin machte der Ausfall Kaiserfelds gegen die Behandlung, die Schmerling den Ungarn angedeihen ließ, das größte Aufsehen. Kaiserfeld selbst hatte diese Sensation nicht vorhergesehen. Als ihn seine Freunde am nächsten Tage besuchten, um ihn zu beglückwünschen, fanden sie den wackeren Mann krank im Bette liegen. Er rief ihnen zu: „Um Gottes willen, habe ich denn wirklich etwas so außerordenlich Bedeutendes gesagt, daß man davon so viel Aufhebens macht!" So wenigstens berichtet L. Ritter v. Przibram in den „Erinnerungen eines alten Österreichers", S. 117. Stuttgart 1910.

schauend auf versäumte Gelegenheiten stoßen. Im April 1865, am Ostersonntag, erschien im „Pesti Naplo" ein vier Spalten langer Artikel, der vom „alten Herrn" herrührte und berechtigtes Aufsehen erregte. Wohl war der größte Teil des Aufsatzes einer Polemik gegen das Wiener Blatt „Der Botschafter" gewidmet und mit historischen Exkursen erfüllt; allein wenige Zeilen genügten, um ihn zu einem bleibenden Marksteine in der ungarischen Geschichtsentwicklung zu machen. Hatte Deak im Jahre 1861 nur die Bereitwilligkeit Ungarns ausgesprochen, von Fall zu Fall mit der westlichen Reichshälfte in Verhandlungen über aktuelle Fragen einzutreten, und die 1848er Gesetze in den Mittelpunkt gestellt, so legte er jetzt die Betonung auf die pragmatische Sanktion, in der die Gemeinschaftlichkeit des Herrschers für beide Reichshälften, der unauflösbare einheitliche Besitz und die aus demselben naturgemäß fließende gemeinschaftliche Verteidigung festgestellt ist. „Ungarn hat diesen Bedingungen entsprochen, es hat seine Pflicht zur gemeinsamen Verteidigung treu und willig erfüllt[1])." Durch die Anerkennung dauernd gemeinsamer Angelegenheiten verließ der „Weise der Nation" den Standpunkt der unersprießlichen Negation, er bewegte sich nun in einer Richtung, die ihn dem Monarchen näher bringen mußte. Zwischen dem 7. und 9. Mai erschienen in der „Wiener Debatte" drei Artikel, die sich mit der „Situation" befaßten und aus Pest gekommen waren. Anfänglich fanden sie wenig Beachtung, doch das Interesse wurde bald groß, als man erfuhr, daß die umfangreichere Arbeit der Feder Deaks entstammte. Scherzend und zugleich bedeutungsvoll sprachen die ersten Sätze von den Erfolgen der Chemiker und Arzneikünstler. Gegen Zahnschmerzen, gegen Rheumatismus existieren schon Mittel. Wann werden wir endlich hören: keine ererbten (politischen) Übel mehr? Und doch wäre das Mittel nicht so schwer zu beschaffen. Eine gesunde Mischung von Wiener und Pester Luft — selbstverständlich ohne den respektlosen Staub — und alles wäre gewonnen[2]). Deak untersucht, ob es allen Ländern der Monarchie

[1]) In deutscher Übersetzung wörtlich abgedruckt in dem Blatte „Die Debatte". Wien, 19. April 1865.

[2]) „Die Debatte", Nr. 125, 126 und 127. Wien 1865. (Zur Situation.)

gemeinsame Angelegenheiten gebe, und bejaht die Frage; er führt weiter die einzelnen gemeinsamen Angelegenheiten an und zwar: die auswärtige Politik und die Armee. Daraus folge, daß auch die Ausgaben und Kreditoperationen, die diesen Zwecken dienen, zu den gemeinsamen Angelegenheiten gehören. Ferner wird „die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Zoll- und Handelspolitik" und die einverständliche Festsetzung der indirekten Steuern als unerläßlich bezeichnet. Der letzte Artikel endlich erörtert die Frage, wie die gemeinsamen Angelegenheiten verfassungsmäßig zu behandeln seien. Die Parlamente Österreichs und Ungarns hätten Deputationen abzusenden, die sich untereinander und mit der Krone verständigen müßten.

Durch sein rechtzeitiges Entgegenkommen hatte Franz Deak die geheimen Zukunftspläne der magyarischen Konservativen durchkreuzt; für den Augenblick freilich unterstützte er noch den Grafen Esterhazy, der das Terrain für seinen engeren Anhang bei Hofe bearbeitete. In Ungarn war es offenbar nicht unbekannt geblieben, daß der Kaiser, der damals den Krieg mit Preußen für unvermeidlich hielt[1]), im Innern des Reiches Ordnung schaffen wollte, um in den Tagen der Gefahr keine versteckten oder unverhüllten Gegner hinter sich zu haben. Die Verständigung mit den Ungarn konnte nun auf zweierlei Weise erfolgen: durch die Vermittlung der Konservativen und Klerikalen oder durch die Dienste der liberalen Deakisten, die ihre Macht zwar weniger von Adelskronen abzuleiten vermochten, dafür aber auf einen um so größeren Anhang hinzuweisen in der Lage waren. Durch seine kluge Taktik hatte der „alte Herr" bewirkt, daß die Entscheidung zugunsten der Liberalen ausfiel. Vorerst stand der Kaiser jedoch ganz im Banne des Grafen Esterhazy, der den Monarchen veranlaßte, Ungarn im Juni aufzusuchen, und der hinter dem Rücken Schmerlings einen wichtigen Personenwechsel durchsetzte[2]). Damit war die Stunde

---

[1]) „Die Kultur". Wien. 7. Jahrgang, 1. Heft, S. 7. (Fragmente aus dem Nachlasse des Staatsministers Grafen Belcredi.)

[2]) Heinrich Friedjung, „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland". 8. Aufl. Bd. I, S. 125 ff. Stuttgart 1910.

des Scheidens für die Regierung gekommen, mit deren Namen die Erlassung des Februarpatents verknüpft ist.

Nicht Kaiserfeld, wie viele Deutschösterreicher gehofft hatten, sondern Esterhazys einflußreicher Günstling Graf Richard Belcredi übernahm im Juli 1865 die Leitung der Regierung und des Staatsministeriums. Kaum zwei Monate nach seinem Regierungsantritte wurde die Verfassung sistiert und der Reichsrat aus den Angeln gehoben, ohne daß damit für die westliche Reichshälfte die Rückkehr zum vormärzlichen Absolutismus verbunden gewesen wäre, da die Landtage in ihren Rechten und bei ihren Pflichten belassen blieben. Graf Belcredi hat die Sistierung schon während seiner Amtswirksamkeit in vielen Artikeln der „Wiener Abendpost" juristisch zu rechtfertigen gesucht und dann später auch in privaten Aufzeichnungen mit Rechtsargumenten verteidigt. Gewiß, der weitere und selbst der engere Reichsrat war nur ein Rumpfparlament gewesen, die Februarverfassung ist nie ganz zur Ausführung gekommen. Sie blieb ein Torso, aber als solcher hat sie doch ihre Geltung gehabt, und es kann der juristischen Spitzfindigkeit nicht der Beweis überzeugend gelingen, daß ein Torso nichts sei. Übrigens war es sehr unvernünftig, Österreich am Beginne der Ausgleichsverhandlungen zwischen der Krone und den Magyaren seines Sprachrohres zu berauben. Das Ministerium Belcredi hatte zwei Aufgaben: es sollte den unangenehmen Rechts- und Machtstreit mit Ungarn aus der Welt schaffen und die slawischen Völker der westlichen Reichshälfte, soweit sie gegen die Februarverfassung Front machten, in eine freundlichere Stimmung versetzen. Ein Jahr nach dem Amtsantritte Belcredis hat Adolf Fischhof sein Urteil über die Regierung, die von dem zentralistisch gesinnten deutschen Bürgertume heftig bekämpft wurde, laut ausgesprochen: „Ich gehöre nicht zu jenen, die leidenschaftlich gegen das Ministerium Chorus machen. Der von Belcredi ausgesprochene Gedanke, Österreich von seinen Völkern, ihrem Genius entsprechend, auf historischer Grundlage aufbauen zu lassen, ist ein großer und fruchtbarer, aber es läßt sich nicht wegleugnen, daß diese Idee bis jetzt nicht zur Ausführung kam. Die Regierung hat wohl die Völkereinigung auf ihre Fahne

geschrieben, doch diese Fahne liegt seit einem Jahre zusammengerollt im Bureau des Staatsministers. Die leitenden Männer der Regierung scheinen vergessen zu haben, daß Parteien und Völker sich nur um eine entfaltete und von kräftiger und sicherer Hand hoch empor getragene Fahne scharen. Das Ministerium behandelt den Verfassungskampf wie einen Rauferzeß, es trennt die Streitenden, und indem es dieselben mit polizeilicher Vorsicht hübsch lange auseinander hält, glaubt es die Herstellung des Friedens zu erleichtern. Es hat bis jetzt mehr negiert als regiert, und die Negation ist kein Kitt, der verbindet, sondern ein Keil, der trennt. Jedermann weiß, womit dieses Ministerium seine Laufbahn begonnen, niemand errät, womit es dieselbe beenden wird; Grund genug für die bittere Feindschaft der einen, für die nur laue Freundschaft der anderen und das unheimliche Gefühl aller, sowie ein ausreichendes Motiv für die Voraussetzung, daß die Parteiführer einem Rufe der Regierung nicht folgen würden[1])."

„Die Bahn ist frei," hatte das Septembermanifest vom Jahre 1865 verkündet. Dabei dachte man an die Verhandlungen mit Ungarn, dessen Landtag gleich den Landesparlamenten der cisleithanischen Königreiche und Länder einberufen worden war. Um die Magyaren versöhnlicher zu stimmen, wurde die Selbständigkeit Siebenbürgens erschüttert und dessen Vereinigung mit Ungarn in die Wege geleitet. Dieser Schritt des Grafen Belcredi zerstörte die Vorstellung, daß der „weitere" Reichsrat zu Recht bestehe, denn gerade aus Siebenbürgen waren die schwachen Hilfstruppen herbeigeeilt, die es Schmerling möglich machten, den nicht einmal vollbeschickten „engeren" Reichsrat zähe als parlamentarische Vertretung des Gesamtstaates hinzustellen. Durch die unbeirrte Herbeiführung der Union zwischen Ungarn und Siebenbürgen wurde ein Lieblingswunsch der Magyaren erfüllt und ein Zustand geschaffen, der früher bloß einige Monate im Jahre 1848 in die Erscheinung getreten war. Dank diesem Entgegenkommen gelang es Deak bei den Landtagswahlen erfolgreich durchzudringen, so daß im ungarischen

[1]) Adolf Fischhof, „Ein Blick auf Österreichs Lage", S. 33 und 34. Wien 1866.

Abgeordnetenhause etwa zwei Drittel der Parlamentarier seinem erprobten Urteile beipflichteten. Am 14. Dezember 1865 verlas Kaiser Franz Joseph die Thronrede, die recht lebhaft den Umschwung in den politischen und staatsrechtlichen Ansichten des Hofes veranschaulichte. Von den 1848er Gesetzen wurde nun gesagt, daß ihre formelle Gültigkeit keinem Einwurfe unterliege. Um die Kluft zu überbrücken, die zwischen der Auffassung der Rechtsverwirkung auf der einen und der Rechtskontinuität auf der anderen Seite gähnte, griff der Monarch auf die pragmatische Sanktion zurück. Damit bestand nun für den Kaiser und für Deak der gleiche Ausgangspunkt. Als erste Aufgabe des Landtages bezeichnete die Thronrede das Schlüssigwerden über die „Art der Behandlung der allen Königreichen und Ländern gemeinsamen Angelegenheiten". Der ungarische Landtag antwortete mit einer Adresse, die in Franz Deak ihren kampfbewährten Autor hatte. Noch wurde in allen Punkten an den Forderungen der Adresse vom Jahre 1861 hartnäckig festgehalten. Das Oktoberdiplom und das Februarpatent erfuhren eine Ablehnung. Über den Text der bedeutungsvollen Kundgebung entbrannte ein leidenschaftlicher Kampf zwischen den Deakisten und den Konservativen, in dem Franz Deak eine aufsehenerregende Rede gegen die Opportunität hielt. Er wollte den zum Rückzuge mahnenden Konservativen nicht nachgeben. Selbst wenn die Nation anderer Ansicht sein sollte als er, meinte der „alte Herr", wolle er, wenn auch ganz allein, seiner Überzeugung treu bleiben[1]). Deak trug den Sieg davon. Am 3. März 1866 erfolgte die Antwort der Krone. Man konnte sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die alten Gegensätze fortbestanden, daß trotz der Annäherung, die sich im Frühjahre 1865 vollzogen hatte, noch immer nicht das erlösende Wort gefunden war. Aber wenn sich auch äußerlich kein ausschlaggebender Fortschritt in der Überwindung der hemmenden Anschauungsdifferenzen wahrnehmen ließ, so zeigte sich doch darin ein gewaltiger Unterschied, daß hüben und drüben der lebendige Wille zur Einigung vorhanden war. Diesmal wurde der Faden nicht als abgerissen

[1]) Steinbach, „Deak", S. 70.

bezeichnet, wie vor fünf Jahren. Im Gegenteile! Am 1. März hatte Deak im ungarischen Landtage den Antrag eingebracht, daß aus 52 Ungarn und 15 Siebenbürgern eine Kommission — der Siebenundsechzigerausschuß — zur Bestimmung der gemeinsamen Angelegenheiten einzusetzen sei. Damit war das kurze Stockgeleise verlassen und der Zug auf die weite freie Bahn geleitet. Die theoretischen Auseinandersetzungen hatten einen Abschluß gefunden; endlich konnte praktische Arbeit geleistet werden. Man stritt sich nicht mehr um dürre Rechtsanschauungen, sondern man bemühte sich in Ungarn zu sagen, was man praktisch wolle, und dabei an das Mögliche, an das Erreichbare sorgsam zu denken. Am 3. Mai wählte der Siebenundsechzigerausschuß ein fünfzehngliedriges Subkomitee, das gegen Ende Juni eine umfangreiche Denkschrift vorlegte; in ihr war eingehend dargelegt, wie sich die liberalen Führer Ungarns die staatsrechtliche Neugestaltung der Beziehungen zwischen der östlichen und westlichen Reichshälfte dachten. Das Dokument trug die Unterschriften des Grafen Julius Andrassy und Anton Csengerys; aber es war Geist vom Geiste Deaks. Dieses Memorandum hat für die Habsburger Monarchie eine hervorragende Bedeutung erlangt, denn es bildete die Grundlage für den Ausgleich, der im Jahre 1867 geschlossen wurde und der dem alten Kaiserstaate ein neues Fundament gab. Allerdings trat in der Verständigungsaktion noch einmal ein Stillstand ein: der unabwendbare Entscheidungskrieg zwischen Österreich und Preußen, der deutsche Bruderkampf gebot sein rauhes Halt. Im Juni 1866, einen Tag nach der Überreichung des denkwürdigen Elaborats des Subkomitees, wurde der ungarische Landtag nach Hause geschickt. Die Politiker mußten schweigen, da die Kanonen und Gewehre ihre wilde Sprache führten.

Adolf Fischhof hat die abwechslungsreiche Auseinandersetzung zwischen den Monarchen und den Magyaren mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt und wiederholt in die Diskussion eingegriffen, die sich im Laufe der Ereignisse entwickelte. Wie am Beginne der Verfassungsära, so war er auch jetzt eifrig bedacht, die Herbeiführung einer Übereinstimmung in den Interessen der Teile und des Gesamtstaates zu fördern. Er wurde nicht müde, die

Notwendigkeit fester Verbindungsklammern zu beweisen und die Ängstlichkeit der Magyaren bei der Bestimmung der gemeinsamen Angelegenheiten mit triftigen und gutgemeinten Gründen zu überwinden. Es ist schwer, ja fast unausführbar, an Einzelfällen zu demonstrieren, wie weit Fischhofs Stimme beachtet wurde; wenn man sich jedoch vergegenwärtigt, welche Auffassungen in der ersten Zeit der Belcredischen Ära in den liberalen Kreisen Ungarns gang und gäbe waren, und wenn man bedenkt, zu welchen Ergebnissen man schließlich kam, dann sieht man, daß Fischhof nicht umsonst gewarnt und beschworen hatte.

Seitdem Franz Deaks epochale Maiartikel veröffentlicht waren, tauchten in den ungarischen Blättern verschiedene politische Programme auf; da und dort glaubte man den Stein der Weisen gefunden zu haben. Die Vorschläge zur Überwindung der schwerwiegenden Meinungsdifferenzen wurden oft mit bedeutenden Persönlichkeiten in Verbindung gebracht und vielfach eingehend erörtert. Fischhof sah sich im Januar 1866 veranlaßt, in einer längeren Artikelserie gegen verschiedene Anregungen Front zu machen; er wählte dazu den „Pester Lloyd", der unter den deutsch geschriebenen Blättern Ungarns den ersten Rang einnahm[1]).

„Immer näher rückt der Tag heran," — heißt es in Fischhofs: „Kritischen Bemerkungen über ungarische Angelegenheiten" — „an dem die Adreßdebatte (im Landtage) ihren Anfang nehmen und den Ausgangspunkt für jene Verhandlungen bilden soll, von denen die Freunde des Vaterlandes die Lösung der unseligen Verfassungswirren erhoffen, ja mit einer gewissen Zuversicht erwarten. Nun gilt es nicht mehr sentimentale Versöhnungswünsche auszusprechen, sondern bestimmten Ausgleichsideen klaren Ausdruck zu geben. Jetzt ist es nicht mehr an der Zeit, über die Notwendigkeit von Opfern zugunsten der Machtstellung des Reiches sich in allgemeineren Zusicherungen zu ergehen, sondern der Ernst der Umstände gebietet, daß Verfassungsbestimmungen getroffen werden, in denen diese unabweisbare Notwendigkeit ihre präzise staatsrechtliche Form findet, und die ungarischen Staatsmänner werden jetzt ein Terrain betreten, auf dem es ihnen nicht bloß gestattet sein wird zu fordern, was ihnen ihr Rechtsbewußtsein diktiert, sondern wo sie sich auch in der Lage befinden werden, dem Reiche das zu bieten, was sie ihm nicht versagen dürfen, wenn

[1]) „Pester Lloyd". Pest, Januar 1866, Nr. 18, 19, 22, 26.

sie auf der stolzen Höhe ihres staatsmännischen Rufes sich zu behaupten wünschen." Da es Aufgabe der patriotischen Presse sei, die Vorurteile zu beseitigen und die Ideen zu klären, schreibe Fischhof seine Artikel voll Unparteilichkeit, „nicht aus gleicher Kälte und Lieblosigkeit gegen jeden der zwei streitenden Teile der Monarchie, sondern unparteiisch aus gleicher Teilnahme für beide". In Ungarn geboren, sei er seinem Vaterlande stets mit aller Liebe und Treue zugetan gewesen, während ihn seit dreißig Jahren mit Wien und Österreich, „als dessen dankbarer Adoptivsohn" er sich fühle, die innigsten Seelenbeziehungen verknüpfen. Deshalb gehörte er zu denen, „die den Zwiespalt beider Reichshälften doppelt schmerzlich empfinden und die sich darum zweifach verpflichtet fühlen, soweit es in ihren schwachen Kräften liege, zur Entwirrung der Begriffe und zur Vermittlung zwischen den Gegensätzen beizutragen. ..."

Im zweiten Artikel wendet sich Fischhof vor allem den Ansichten über die verfassungsmäßige Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zu, die in einem Aufsatze des „Pester Lloyd" am 21. Dezember 1865 dargelegt worden waren. Nach diesem Artikel sollte eine verantwortliche Reichsdeputation das vermittelnde Organ beider Parlamente (des ungarischen und des österreichischen) bilden. Alle Reichsgesetzesvorlagen hätten an beide Parlamente zu gelangen, wo sie behufs Erstattung von Instruktionen an die zu wählenden Mitglieder der Reichsdeputation zu beraten wären. Die Mitglieder der Reichsdeputation sollten an die Instruktionen gebunden und ihren Mandanten moralisch verantwortlich sein. Gegen dieses Programm des deakistischen Organs bemerkt Fischhof zuerst, daß die Beratung von Instruktionen dem Wesen der gesetzgebenden Körperschaften widerspreche. Aber auch die Deputationen würden durch die bindende Marschroute in den meisten Fällen zu einer erfolglosen Tätigkeit verurteilt sein. Da sie sich nicht auf Verhandlungen über Kompromisse einlassen könnten, müßten sie gleich ein Ultimatum stellen. Gewitzigt durch diese Erfahrungen, kämen die beiden Parlamente mit der Zeit dahin, nur sehr vage Instruktionen zu erteilen, und da diese wertlos seien, würden die Mitglieder der Reichsdeputation schließlich doch unbeschränkte Vollmachten erhalten. Zweitens sei nach dem Entwurfe des „Pester Lloyd" bei dringlichen Reichsfragen gar nicht Vorsorge getroffen, daß es zuletzt zu einer verfassungsmäßigen Entscheidung kommen müßte. Was sollte geschehen, wenn die beiden Parlamente, von denen die Instruktionen für die Mitglieder der Reichsdeputation ausgehen, unwandelbar bei ihren gegensätzlichen Anschauungen blieben? Zwei unabhängige Regierungen könnten im Falle der Nichtverständigung entweder kalt und entfremdet voneinander scheiden oder zum Schwerte greifen, nicht aber die Vertreter der beiden — nach Szechenyis Ausdruck — in ehelicher Verbindung lebenden Reichshälften. Deshalb müßte von vornherein für die konstitutionelle Austragung jeder bedenklichen Differenz gesorgt und gegen die Gefahren der Explosion ein Sicherheitsmittel vorhanden sein. Man denke sich nur die zwei mächtigen Hälften Österreichs in einer gewichtigen Reichsfrage verschiedener Ansicht, die Nationen von Leidenschaften

erhitzt und daneben eine Verfassung, die kein Mittel angibt, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Da sei es keine Übertreibung zu sagen, daß eine solche Konstitution ein unverzeihlich leichtsinniges Werk sein würde. Bei einem Konflikte wäre die Gefahr für Ungarn größer, weil es die kleinere und schwächere Hälfte der Monarchie bilde und überdies durch den Sitz der Zentralgewalt außer Landes ungünstig gestellt erscheine. Deshalb müßten es gerade seine Staatsmänner sein, die auf die Einfügung einer ergänzenden Bestimmung zu dringen hätten. Man wende ein, Ungarn könne seine Selbständigkeit und Souveränität nicht aufgeben. Aber man sehe doch, wie selbst vollkommen souveräne Staaten sich vorübergehend ihrer Souveränität begeben, um sich dem Schiedsspruche einer dritten Macht zu unterwerfen. Für einen solchen Schiedsrichterspruch müßte in dem dualistisch konstituierten Österreich verfassungsmäßige Vorsorge getroffen werden. Das Interesse des Reichsfriedens gebiete, „daß im Falle der Divergenz der Beschlüsse von beiden Parlamenten Abgeordnete mit unbeschränkter Vollmacht in die Reichsdeputation gesendet werden, welche ein Kompromiß herbeizuführen haben und, falls dieses nicht gelingt, vorübergehend zu einem beschließenden Körper sich vereinigen. Diese Reichsdeputation wäre das Schiedsrichterkollegium. Jeder Teil opfert hierbei nur, was ihm der andere als Gegenopfer bietet. Beide Teile geben und empfangen nur, was ihr beiderseitiges Interesse notwendig erheischt. . ." Bisher haben wir nur von den Gefahren gesprochen, welche der Vorschlag des „Pester Lloyd" für die Sicherheit der Monarchie in sich berge; sehen wir nach den Gefahren für den Konstitutionalismus in Österreich. Der Lloydartikel setzt fest, daß die Reichsminister nur von der Reichsdeputation zur Verantwortung gezogen werden können. Was würde nun geschehen, wenn die Reichsminister, getragen von der Sympathie der einen Reichshälfte, eine Maßregel gegen die Vorstellungen des anderen Reichsteiles vollzöge? Welche Mittel hätte z. B. Ungarn in einem solchen Falle, um das Ministerium zur Verantwortung zu ziehen? Sein Landtag sei hierzu nicht kompetent. Seine Deputation würde es auch nicht vermögen, weil die westhälftlichen Deputierten zur Anklage nicht autorisiert wären. Die Verantwortlichkeit der Minister — eine der Hauptgarantien des Konstitutionalismus — erhielte somit einen Riß, der immer weiter klaffen würde, bis Willkür jeder Art eindringen könnte.

In seinem dritten Artikel bespricht Fischhof ein Programm, das von dem Gedanken ausging, daß jedes der beiden Parlamente eine gleiche Anzahl von Mitgliedern wähle, die, zusammentretend als ein einheitlicher Körper, über die gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten und zu beschließen hätten. Dieses Programm gleiche dem Oktoberdiplom und dem Februarpatent darin, daß es die Diskussion über die großen Fragen des Reiches dem ungarischen Landtage vollkommen entziehe; es unterscheide sich aber dadurch, daß es Ungarn in dieser legislativen Versammlung als gleichberechtigten Faktor mit einer ebenso großen Zahl von Abgeordneten wie die andere Reichshälfte vertreten sein läßt. „Wir gestehen, daß von allen Vorschlägen, die zu unserer Kenntnis gelangten, sich keiner durch Klarheit und Einfachheit so sehr

empfehle wie die erwähnte Anregung. Beide Reichshälften beraten über ihre Sonderangelegenheiten gesondert; über ihre gemeinsamen Interessen beschließen sie gemeinsam und paritätisch in der Reichsversammlung. ... Aber so günstig die Aussichten dieses Vorschlages im Westen des Reiches sind, so ungünstig scheinen dieselben in Ungarn zu sein. So oft wir mit Wärme für dasselbe plädierten, wurde uns von besonnenen und weitblickenden ungarischen Politikern ungefähr bemerkt: Das Zugestehen von Verfassungsbestimmungen, durch die ein wichtiger Teil der Gesetzgebung ausschließlich einer von beiden Parlamenten gewählten Körperschaft übertragen wird, wäre die Abdikation des ungarischen Landtages. Er sänke zu einem Provinziallandtage mit etwas erweiterten Befugnissen herab. Keine historische Session, wie die des Jahres 1741, würde jemals mehr das Diarium desselben zieren. Man meint zwar zum Troste der östlichen Reichshälfte, Ungarn wirke ja nach dem genannten Vorschlage an der Reichsgesetzgebung mit. Indes, es würde sich nur als stiller Gesellschafter der Firma Österreich, in der sein Name völlig untergeht, beteiligen." Fischhof ist der Ansicht, daß es keine praktische Bedeutung hätte, sich länger mit dem an sich begrüßenswerten Programme zu befassen, weil die vorerwähnten Bemerkungen von Männern der verschiedensten Parteien herrühren und fast nie ohne Erregung ausgesprochen wurden. Der ungarische Landtag wäre deshalb kaum für ein solches Ausgleichsprogramm zu haben.

In seinem vierten Artikel polemisiert Fischhof gegen die Männer der sogenannten „Linken", die wohl für beide Reichshälften eine Gemeinsamkeit in bezug auf manche Interessen und Bedürfnisse anerkennen, die aber nicht die Konsequenzen ihrer richtigen Ansichten zu ziehen den Mut haben. Was sie in ihrem Privatleben ohne Bedenken zugeben würden, nämlich, daß zwischen zwei Mitinteressenten zur Regelung der beiderseitigen Rechte und Pflichten die Verständigung am besten durch Verständnis und das Verständnis am sichersten durch unmittelbaren Verkehr erzielt werden könne, das leugnen sie hartnäckig im öffentlichen Leben. Sie sträuben sich mit unüberwindlicher Zähigkeit gegen das Zugeständnis, daß die vielfache und innige Berührung der Interessen auch die Annäherung und Berührung der beiderseitigen Vertreter erfordere und daß dort, wo das Wohl und Wehe beider Teile einen einmütigen Entschluß erheische, auch für einen gemeinsamen Beschluß Vorsorge getroffen werden müsse. „Einer der hervorragendsten Führer dieser Partei, ward uns jüngst versichert, gehe in der Abneigung gegen den Zusammentritt der parlamentarischen Körperschaften beider Reichshälften so weit, daß er bei Differenzen die Entscheidung sogar lieber der Krone überlassen würde. Ist es nicht ein politisches Kuriosum, daß ein Mitglied der vorgeschrittensten Partei Ungarns über den konstitutionellen Fundamentalsatz, nach welchem kein Gesetz ohne Zustimmung aller gesetzgebenden Faktoren zustande kommen darf, mit chevaleresker Kühnheit sich hinweg hebend das Verfassungswesen in seinen Wurzeln zerstört?" Wenn auf die Frage der Völker: Wie sollen wir zur Wahrung des Reichsfriedens in strittigen Fällen unser gemeinsames Recht gemeinsam ausüben? Ungarn, dem obigen

Rate folgend, die Antwort erteilen würde: indem wir auf unser gemeinsames Recht gemeinsam verzichten, und wenn diese Völker die starke Zumutung kräftig zurückwiesen — was bliebe Ungarn anderes übrig, als sich errötenden Antlitzes in tiefes Schweigen zu hüllen? Aber der seltsame Gedanke sei nicht nur antikonstitutionell, sondern auch antimonarchisch. Der Herrscher, der seine erhabene Stellung über den Parteien finde, würde in das leidenschaftliche politische Getriebe hineingezogen werden, ebenso wie seine Handlungen gehässigen Deutungen preisgegeben wären.

In seinem fünften und letzten Artikel dieser Serie befaßt sich Fischhof mit einem Programmentwurfe, der am 17. Januar 1866 in der „Preßburger Zeitung" erschienen war und die Runde durch viele Blätter gemacht hatte. Da Fischhof von glaubwürdiger Seite berichtet wurde, daß hinter den Vorschlägen einflußreiche Politiker stünden, unterzieht er sich der Mühe, den Paragraphen des Verfassungsvorschlages prüfenden Blickes Schritt für Schritt zu folgen. Der Paragraph 1 lautete: „Beide Reichshälften haben ihre eigenen voneinander unabhängigen Minister." Nach dieser Ansicht, meint Fischhof, hätte in Österreich jedes Ministerportefeuille zwei Besitzer. Es gäbe also folgerichtig auch zwei Minister der äußeren Angelegenheiten: eine Ministerüberfülle, wie sie selbst die Gesetze vom Jahre 1848 nicht kennen. Die Vertreter der fremden Mächte müßten mit zwei Ministern konferieren, was überflüssig wäre, wenn die beiden Staatsmänner einig, und wahrscheinlich nutzlos, wenn dieselben uneinig sein würden. Doch Fischhof nimmt lieber an, daß der Verfasser des Programmes sich bloß unklar ausgedrückt hätte und den Dualismus nicht auf alle Portefeuilles ausdehnen wollte, „sondern zugebe, daß manche derselben nur in einer Hand ruhen, daß es somit nur ein Ministerium des Äußern geben müsse, wobei jedoch beide Regierungen in solidarischer Haftung ihren betreffenden voneinander unabhängigen Parlamenten für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten verantwortlich seien." Wem wäre aber in diesem Falle der Minister des Äußern verantwortlich? „Den Minister dualistisch zu halbieren und die eine Hälfte dem cis- und die andere Hälfte dem transleithanischen Vertretungskörper verantwortlich zu machen, würde selbst den enragiertesten Dualisten eigentümlich erscheinen. ..." Paragraph 6 lautete wie folgt: „Gegenstände, die gemeinschaftlicher Natur zu sein scheinen, werden über allerhöchste Anordnung oder über Anordnung des einen oder des anderen Ministeriums durch die vollzähligen Ministerien beider Reichshälften in gemeinschaftlicher Konferenz in Beratung gezogen und bis zur gesetzlichen Regelung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten nach den bestehenden Normen gehandhabt." Fischhof zeigt, daß diese Bestimmung „ein ganzes Arsenal von Vernichtungswaffen gegen die Autonomie Ungarns enthalte", und wendet sich sodann zwei weiteren Paragraphen zu. Diese besagten: „Dieselben Minister haben gemeinschaftlich über derartige Gegenstände Gesetzesvorschläge zu entwerfen und den beiden Reichstagen in Wien und Pest vorzulegen" (Paragraph 7) und: „Die Beschlüsse der Reichstage sind durch die beiden Ministerien in gemeinschaftlichen Konferenzen in Beratung zu ziehen und die Vereinbarungen

derselben den Reichstagen zu eröffnen. Dieser Vorgang ist so lange fortzusetzen, bis befriedigende Gesetze zustande gebracht sind." Fischhof wirft die Fage auf, was geschehen sollte, wenn sich die Ministerien bei dringlichen Angelegenheiten nicht verständigen könnten. Würde nicht die Staatsgewalt gelähmt, die Staatsmaschine ins Stocken geraten? Das hieße auch den Zwiespalt dorthin bringen, wo er am gefährlichsten ist: in die Exekutive. In welche Lage käme die Krone, wenn z. B. Neuwahlen keine Änderung in der Zusammensetzung der beiden miteinander in Widerspruch geratenen Parlamente hervorbrächten? „In anderen Staaten regiert ein verfassungstreuer Monarch im Einklange mit der Majorität seines Parlaments; hier steht er dagegen infolge einer der seltsamsten Kombinationen zwei sich kreuzenden Majoritäten gegenüber, und er kann konstitutionell in der einen Hälfte seines Reiches nur dadurch sein, daß er inkonstitutionell wird in dessen anderen Hälfte. Und wenn das Staatsoberhaupt ohne Steuer und Kompaß in den gefährlichsten Momenten das Reich nur zu retten vermag, indem es bald hier, bald dort verfassungswidrig regiert, so wird, was abwechselnd heute in dem einen und morgen in dem anderen Teile geschieht, nur zu bald gleichzeitig in den beiden Reichsteilen stattfinden." Fischhof deckt noch den Widerspruch des Paragraphen 4 — „Das Ministerium der ungarischen Krone hat den Amtssitz in Wien" — mit dem Paragraphen 8 auf, der bestimmte: „Die Reichstage sind jährlich gleichzeitig in Wien und Pest abzuhalten", und meint dann am Schlusse seiner aufsehenerregenden Auseinandersetzungen mit den magyarischen Projektenmachern: „Werfen wir schließlich einen Blick auf die Gesamtheit der im Programme der ‚Preßburger Zeitung' enthaltenen Grundsätze, so finden wir, daß darin alles in Zweifel gestellt ist; die konstitutionelle Stellung des Monarchen, die Autonomie der Teile, die Verantwortlichkeit der Minister, die Verständigung der Parlamente — und wo alles in Zweifel gestellt ist, wird am Ende nichts unzweifelhaft sein, als die Rechtlosigkeit aller. Sollte die österreichische Monarchie sich nach diesem Plane konstituieren, dann würde es in Wahrheit das unbestrittene Verdienst von dessen Urhebern sein, wenn schon ihre Enkel auf die Trümmer ihrer avitischen Verfassung blickend, wehklagend ausrufen: Fuimus Troes, fuit Ilium."

Aber Fischhof gab sich nicht genügsam zufrieden, Kritik zu üben und die Geistesprodukte der anderen behaglich nach ihrem Werte einzuschätzen. Ein glücklicher Zug seines Wesens drängte ihn immer dazu, die eigenen Gedanken zu verwendbaren Vorschlägen zu verdichten und da, wo alle ratlos verzweifelten, unverzagt nach neuen Möglichkeiten der Verständigung zu suchen. Fischhof war dem „Pester Lloyd" von seinen ersten schüchternen Gehversuchen bis zum mannhaften Auftreten teilnahmvoll gefolgt; dabei hatte ihn wahrscheinlich nicht nur das politische Interesse geleitet, sondern auch die persönliche Freundschaft bestimmt, die ihn mit einem der werktätigsten Mitarbeiter des

Blattes, mit dem Chefredakteur Dr. Johann Weisz verband. Der Briefwechsel, der schon Mitte der fünfziger Jahre in größeren Zeitabständen unterhalten wurde, nahm in der schicksalsschweren Periode der Ausgleichsvorbereitungen einen lebhaften Fortgang. Weisz unterrichtete den sachlich neugierigen Wiener Arzt und Politiker über die intimen Vorgänge in den Lagern der magyarischen Parteien, während Fischhof in seinem Pester Freunde einen willkommenen Mittelsmann für die Verbreitung seiner Ansichten im vertrauten Kreise der Deakistischen Parteiführer besaß. Aus einem Briefkonzepte, das sich im Nachlasse des Wiener Politikers vorfand und das offenbar Ende 1865 oder in den ersten Tagen des Jahres 1866 verfaßt wurde, ersehen wir, daß Fischhof ein Exemplar seiner gemeinsam mit Joseph Unger herausgegebenen Broschüre nach der Hauptstadt Ungarns sandte, also die seinerzeit so vielbesprochenen, aber leider unausgeführt gebliebenen Vorschläge erneuerte. Dem Schriftchen war „ein in Eile entworfenes und daher flüchtiges Memoire beigelegt, das die bisher bekannt gewordenen, beachtenswerten Ausgleichsprogramme einer kurzen kritischen Beleuchtung unterwarf, und zwar in folgender Reihe: 1. das Programm der Altkonservativen; 2. das Programm der Oktobermänner; 3. das Programm der Konservativ-Liberalen; 4. die Vorschläge des „Pester Lloyd"; 5. das Programm der Resolutionsmänner (der Tiszagruppe) und 6. die Vorschläge der Ultras unter den Resolutionisten." In der Einleitung des Briefentwurfes hieß es:

„Die Frage, die uns beide seit Jahren so lebhaft beschäftigte und den Gegenstand mannigfachen brieflichen und mündlichen Gedankenaustausches bildete, scheint nie ihrer friedlichen Lösung so nahe gewesen zu sein, als in diesem Augenblicke. Der Ausgleich zwischen beiden Reichshälften — mir stets eine wahre Herzensangelegenheit — bewegt jetzt alle Köpfe und Gemüter. Offizielle und offiziöse Kundgebungen stellen denselben in baldige Aussicht, und ich würde mich gern einer ungetrübten Freudenstimmung hingeben, fände ich nur, daß die Klarheit der Ausgleichsideen gleichen Schritt hielte mit der Lebhaftigkeit der Ausgleichswünsche; böte sich mir nur in einer der vielen Manifestationen eine Formel dar, die mir als praktische Grundlage für die Verständigung erschiene."

Welches Schicksal dem Memoire beschieden war, läßt sich nicht feststellen. Aus der Korrespondenz mit Weisz geht jedenfalls

hervor, daß in Pest ein Programm Fischhofs die Runde machte und auch Csengery und Baron Kemenyi, den intimen Freunden Deaks, vorgelegt wurde. Der „alte Herr" war selbst so sehr in Anspruch genommen, daß man ihn nicht mit der Lektüre von langen Elaboraten belasten wollte, da er den Inhalt viel rascher aus den Gesprächen mit seinen Gesinnungsfreunden erfahren konnte.

Am 3. Juli 1866 wurde die Schlacht bei Königgrätz geschlagen und Österreichs selbstbewußte Zuversicht gebrochen. Einen Tag später berichtete der Pariser „Moniteur", daß der alte Kaiserstaat das früher so fest umklammerte Venezien an den Herrscher Frankreichs abgetreten habe. Das Schicksal hatte seinen harten Richtspruch gefällt; der Traum der Vorherrschaft Österreichs in Deutschland war grausam zerstört und die führende Rolle in Italien ihm für immer entrissen worden. Diese denkwürdigen Ereignisse übten begreiflicherweise eine empfindliche Wirkung auf die Stimmungen der Völker und auf das Gefühlsleben der einzelnen Bevölkerungsklassen. In einer offiziösen Broschüre, die einige Jahre später erschien, wurde ein sehr anschauliches Bild der Verhältnisse gegeben, die sich nach der ganz unvorhergesehenen Katastrophe von Königgrätz herausbildeten. „Die nördlichen Kronländer, die ersten Gebiete der Industrie und der volkswirtschaftlichen Entwicklung, durch den Krieg verwüstet und ausgeraubt; das Vertrauen der Völker, die den Feind vor den Toren der Reichshauptstadt gesehen, zur eigenen Kraft vollständig gebrochen; Stagnation im gesamten Verkehrsleben und ein Pessimismus, der vielleicht niemals übertroffen worden; Ungarn in einer Apathie, die schlimmer war als offene Opposition; die Deutschen der Monarchie durch die Sistierung der Verfassung von der Fortentwicklung ihres politischen und geistigen Lebens abgeschnitten; die Polen und Tschechen durch die Konzessionen Belcredis nicht befriedigt und zur föderalistischen Agitation in immer stärkerem Maße angeregt; das (Selbst-)Bewußtsein der Armee zugrunde gerichtet, die Finanzverhältnisse des Reichs zerrüttet; Schwanken und Auflösung im Innern, ohne Ansehen nach außen; der Beamtenstand durch den fortwährenden Wechsel der Systeme ruiniert, tiefgehende Korruption

in allen Zweigen der Verwaltung und die ausgeprägteste Hoffnungslosigkeit in allen Schichten der Bevölkerung"[1]); das waren die Auspizien, unter denen der Neuaufbau der großen Monarchie in Angriff genommen werden mußte. Mag sein, daß der offiziöse Schilderer zu sehr in düsteren Farben schwelgte, um die Leistungen der Regierung in der nächsten Epoche greller hervortreten zu lassen. Aber vieles von dem Gesagten traf vollinhaltlich zu. Wie war da die politische Situation in dem Sorgenlande der Krone, in Ungarn? Mitte Juli hatte der Monarch Franz Deak telegraphisch nach Wien beschieden, um von dem berufensten Manne zu erfahren, welche Stimmung bei der Bevölkerung jenseits der Leitha vorwalte. Der „alte Herr" riet in seiner geraden, schlichten Weise zum Frieden mit Preußen. Auf die Frage des Kaisers, was Ungarn jetzt verlange, antwortete Deak ebenso offenherzig als staatsklug: „Nach Königgrätz nicht mehr, als vor Königgrätz." Anfangs August waren auch Graf Julius Andrassy und Graf Melchior Lonyay in Wien eingetroffen; die Verhandlungen über annehmbare Grundlagen der Verständigung wurden wieder aufgenommen, ohne jedoch recht vom Flecke zu kommen. Es mußten noch einige Monate vergehen, ehe sie einen rationellen Fortgang nehmen konnten. Die politischen Verhältnisse waren in der Zwischenzeit gespannter denn je. In der Partei der Deakisten begann sich Entmutigung und Zorn einzuleben; man erwog, ob man sich nicht ganz aus dem politischen Getriebe zurückziehen solle, da die Bemühungen dieser Gruppe in Wien so wenig geschätzt und so schlecht belohnt wurden und da die Regierung wieder dieselbe negative Haltung einzunehmen schien, wie im Jahre 1861. Wäre es unter diesen Umständen nicht vernünftiger, sich abwartend in den Hintergrund zu stellen und es dem Ministerium zu überlassen, sich mit der extremen Linken auseinanderzusetzen?[2])

Adolf Fischhof weilte um diese Zeit in Graz, um seinen müden Nerven stärkende Erholung zu gönnen. Aber die traurigen politischen Zustände bewegten ihn tief und ließen ihm keine

---

[1]) „Österreich im Frühjahre 1869", S. 3 und 4. Prag 1869.

[2]) Louis Eisenmann, „Le Compromis Austro-Hongrois de 1867", S. 432. Paris 1904.

Ruhe. In Gesprächen mit Moritz Wengraf, dem Herausgeber und Chefredakteur des Grazer „Telegraph“, legte Fischhof seine Ansichten, die von dem landesüblichen Pessimismus nicht angekränkelt waren, beredt dar. Wenn auch die anderen deutschen Politiker die Köpfe verzweifelt hängen ließen, er verzagte nicht. Wengrafs lebhafter Zuspruch veranlaßte Fischhof zur Abfassung eines offenen „Sendschreibens an die Redaktion des Telegraph“, das in der Zeit vom 11. bis 26. September 1866 in den Spalten des Blattes erschien und einige Tage nachher als Broschüre[1]) einem breiteren Leserkreise zugänglich gemacht wurde. Versuchen wir es, die grundlegenden Gedanken des Sendschreibens wiederzugeben.

„Es ist wahr, der Tag von Königgrätz ging mit ehernem Tritte hinweg über das riesige, aber entnervte Österreich,“ — schreibt Fischhof — „schwer und tief sind die Wunden, die er jedem der Völker des Reiches schlug, und unter allen die schmerzlichsten jene, an welcher die Deutschen in Österreich bluten, denn diese waren tief ins Herz getroffen, in ihren heiligsten nationalen Gefühlen verletzt ... Im Unglücke tatenlos zu grollen ist nicht Männerart, Völker wie Individuen müssen in solcher Lage sich momentan, auch mitten im Elend, häuslich einzurichten und durch Tätigkeit und weise Ökonomie aller Kräfte und Mittel allgemach wieder empor zu arbeiten suchen.“ Zwei Hauptresultate habe der Krieg gezeitigt. Das eine Ergebnis sei die Abtretung Veneziens, dessen Besitz für Österreich eine unversiegbare Quelle von Verlegenheiten war, ohne daß die berechtigte Aussicht bestand, diese Provinz jemals in den österreichischen Verfassungsbau eingliedern zu können. Ganz anders repräsentiere sich das zweite Ergebnis: der Verzicht Österreichs auf seine Machtstellung in Deutschland. Fischhof erörtert eingehend die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, die einer befriedigenden Ordnung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Österreich und Deutschland immer entgegenstanden. Daher kam es auch, daß die deutsche Frage stets wie durch Eskamotage verschwand, wenn die Politiker Österreichs das nebelhafte Gebiet der Sympathien und Hoffnungen verließen, um ihren staatsrechtlichen Gedanken einen präzisen Ausdruck zu geben. Aber sei es denn wirklich, jetzt nach der Ausscheidung Österreichs aus dem Deutschen Bunde, mit dem Geschicke der Deutschen des Habsburger Staates so traurig bestellt? Fischhof gibt sich zuversichtlich der aufmunternden Erwartung hin, daß die im ersten Augenblicke der Verzweiflung ertönenden und in den Zeitungen ihr lautes Echo findenden Klagen nach dem Eintritte einer ruhigeren Auffassung der Dinge gar bald verstummen werden. „Der Deutschösterreicher“ — ruft er tröstend aus — „ist kein verwaistes Kind, er ist ein Mann, der sich im Laufe der

[1]) Adolf Fischhof, „Ein Blick auf Österreichs Lage“. Wien 1866.

Zeit einen eigenen großen Hausstand gebildet und eine so zahlreiche Völkerfamilie um sich groß gezogen hat, daß für ihn im väterlichen Hause kein Platz mehr ist. ... Doch wenn der selbständig gewordene Sohn das Vaterhaus verläßt, sind darum alle Bande gelöst, ist darum jede Liebe gewichen, jede Gemeinschaft aufgehoben? Sind die politischen Schranken zugleich die Marken deutschen Geistes, deutschen Empfindens und deutscher Sitte? Wird denn durch diese Trennung das deutsche Idiom von einem slawischen verdrängt, wird die Donau ein Nebenfluß der Moldau? Wahrlich, in unserer Furcht liegt viel Beschämendes! ... Unsere Isolierung wird sogar vorteilhaft auf die Entwicklung unseres Charakters wirken, denn gestehen wir's uns: das bequeme Anlehnen an die außerösterreichischen Stammesgenossen machte den Charakter der Deutschösterreicher etwas schlaff und behäbig. Jetzt, im Kampfe gegen die numerisch überlegenen Völker nur auf unsere geistige Überlegenheit angewiesen, werden wir uns genötigt sehen, auch selbst mitzuschaffen bei der geistigen Arbeit der Nation." Fischhof beschäftigt sich weiter mit den materiellen und politischen Folgen der letzten tiefschmerzlichen Ereignisse und kommt zu dem Schlusse, daß sich die innere wie die äußere Lage Österreichs zu vereinfachen und zu klären beginne. Dazu trage wesentlich die Neigung der Regierung bei, sich den liberalen ungarischen Staatsmännern ernstlich zu nähern. „Mit besonderem Nachdrucke ist es hervorzuheben, daß aus dem Entwurfe des Subkomitees der Siebenundsechziger-Kommission ersichtlich wird, daß auch jenseits der Leitha das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der anderen Reichshälfte Wurzel faßt. Der Paragraph 37 des Entwurfes, der die Bestimmung enthält, daß die beiden Delegationen bei nicht zu erzielender Übereinstimmung in der Stellung zu den gemeinsamen Angelegenheiten sich zu einer vereinten Sitzung zusammenfinden müssen: dieser k l e i n e Paragraph, sage ich, ist ein großer Fortschritt. Nie früher war man in Ungarn der Idee der Reichseinheit so nahe gerückt, wie in diesem Entwurfe, und wie fremdartig auch die Hülle erscheinen möge, in die sich dieses Zugeständnis kleidet, unsere Politiker werden ob der Seltsamkeit der Schale das Fruchtbringende nicht übersehen, das im Kerne derselben ruht."

Fischhof wendet sich nun in seinem „Sendschreiben" einem kurzen Rückblicke auf die jüngste Vergangenheit zu. „Die Regierung und die Völker jagten viele Jahre hindurch dem Unerreichbaren nach. Die erstere strebte treu ihrer Pflicht gegenüber der Krone dahin, den ererbten Länderbesitz und die Machtstellung in Europa ungeschmälert zu wahren; sie sah sich dadurch genötigt, nach außen Positionen zu verteidigen, die im Laufe der Zeiten unhaltbar geworden. ... Wie die Regierung, strebten auch die Völker nach unnahbaren Zielen. Jedes Land, jede Nation und jedes Natiönchen hatte seine Utopie oder mindestens seine kleine Marotte. Österreich glich einem großen Irrenhause, in welchem jeder den Wahn der anderen belächelt, ohne eine Ahnung seines eigenen Wahnes zu haben. Jede Nation hatte ein überaus feines Gefühl für ihre R e c h t e, aber ein sehr stumpfes für die P f l i c h t e n gegenüber der Gesamtheit. Und wie unter solchen Umständen die Regierungen ohne innere moralische Kraft, die Völker ohne klares Be-

wußtsein, so war die Volksvertretung meist ohne Würde und Hoheit. Im Prozesse der Völker, der im österreichischen Parlamente zur unerquicklichen Verhandlung kam, ward die politische Tribüne zur Gerichtsbarre. Die Volksvertreter plädierten für die Völker, als ob diese auf der Armensünderbank säßen. Das Recht, das im Wege stand, suchte man advokatisch hinwegzuklügeln, und wenn dies nicht gelang, so bedeckte man die Blöße seines Rechtsbewußtseins mit dem Feigenblatte der Opportunität. Ebenso traurig stand es um die Journalistik. Da diese die öffentliche Meinung nicht macht, sondern nur wiedergibt, fand man das Jammerbild der Zustände im Spiegel der Zeitungen tausendfach vervielfältigt, und selbst dieser Spiegel wurde getrübt durch den Hauch der Leidenschaft oder verschleiert durch die vorsorgliche Hand des Preßbureaus. Den leitenden Gedanken suchte man oft vergeblich in den Zeilen; nur im weißen Zwischenraume derselben fand man den schwarzen Inhalt unseres Verfassungslebens. So war alles bei uns verkehrt, verworren und getrübt, und Unklarheit führt stets zur Unwahrheit. In der Tat: die Unwahrheit beherrschte seit 18 Jahren unsere Lage."

Doch die Komplikationen der Verworrenheit seien nun vorüber. „Die Klarheit der Verhältnisse führt zur Klärung der Ideen. Ihre Einfachheit bringt sie dem Verständnisse der Völker näher, und Verständnis ist die erste Etappe auf dem Wege zur Verständigung. ... Allmählich wird man einander näherrücken, und haben sich erst die Völker ohne Argwohn und Scheu ins Auge geblickt, haben sie sich einmal treuherzig die Hände gereicht, dann wird der Hader um Patente und Diplome — dieser pergamentene Bürgerkrieg — sein Ende erreichen, dann ist die Verfassungsfrage gelöst, denn nicht das Urteil trennt die Völker, sondern das Vorurteil." Fischhof konstatiert endlich, daß der Moment den Entwirrungsbestrebungen günstig sei, ja, daß er dazu dränge. Da aber die Verständigungsbemühungen sich nicht mechanisch vollziehen, entstehe die zweifache Frage: w e r soll die Initiative ergreifen, und w i e soll die Lösung eingeleitet werden? Drei Möglichkeiten gebe es für die Initiative. Die Anregung könne von der Regierung ausgehen. Allein ihr Programm sei die Programmlosigkeit, und deshalb bleibe das Ministerium von der Kombination ausgeschlossen. Der zweite Modus bestehe in dem Einschreiten der legislativen Körperschaften. Fischhof führt aus, welche Umstände gegen diese Eventualität sprechen, und weist darauf hin, daß insbesondere von konstituierenden Versammlungen nichts zu erwarten sei, denn die Geschichte lehre, daß seit der französischen Revolution fast alle derartigen Körperschaften eines gewaltsamen Todes starben, oder Verfassungen schufen, die nach kurzem Dasein ins Grab der Vergessenheit sanken. Darum könne nur der dritte Modus in Betracht kommen. „Wünschen wir einen friedlichen und befriedigenden Abschluß unserer Verfassungskämpfe, dann haben wir dafür Sorge zu tragen, daß der Konstituierungsgedanke in einer k l e i n e n V e r s a m m l u n g hervorragender, besonnener und einsichtsvoller Männer aller Parteien zur Reife gebracht und die Verfassung daselbst in ihren Grundzügen entworfen werde, bevor sie im Parlamente zur Diskussion gelangt. Friedenspräliminarien müssen

gleich Kriegspräliminarien im engsten Beratungskreise festgestellt werden. ... Gelingt in diesen Privatkonferenzen die Vereinbarung, so wird das Resultat der Regierung mitgeteilt, auf daß auch mit ihr ein Einverständnis erzielt werde. Ist dieses geglückt, dann können die Führer ihre Parteien um sich versammeln und sie zur Annahme des Kompromisses bewegen. Erst wenn auf diese Weise der Erfolg allseitig sichergestellt ist, legt die Regierung die vereinbarten Grundzüge der Verfassung dem Parlamente vor. Die Vorfrage, welche legislative Körperschaft die Verfassungsrevision vorzunehmen habe, wird dann keine Spaltung der Parteien mehr hervorrufen, denn wenn einmal die Verständigung sowohl über die Konstituierung der westlichen Reichshälfte, als auch über das Elaborat des ungarischen Landtages privatim erfolgt ist, dann wird nichts dem entgegenstehen, daß irgend eine legislative Körperschaft einberufen werde. Nach meiner unmaßgeblichen Ansicht ist der „weitere" Reichsrat „das geeignete Forum".

Zum Schlusse erwägt Fischhof, welche Partei am ehesten berufen sei, die Einladungen zu den Konferenzen ergehen zu lassen. Dieses Ehrenamt gebühre den „deutschen Autonomisten", die durch ihr lebhaftes Rechtsbewußtsein auch in Ungarn Sympathien erworben haben, ebenso wie sie durch ihre nationalen Sympathien den deutschen Zentralisten nahegerückt sind. Ihr feines Verständnis für das in den einzelnen Kronländern pulsierende Leben, ihre Schonung für die nationalen Empfindlichkeiten, ihr echt germanisches, offenes und anspruchsloses Wesen, erwarb ihnen überdies die Achtung aller Völker. Zudem stehe an ihrer Spitze Moritz v. Kaiserfeld, „ein Führer, den sein staatsmännischer Blick, der Adel und die sittliche Kraft seiner Rede zu einer der größten Zierden unseres Parlaments gemacht hat." Herr Kaiserfeld müßte nur rufen, und alle kämen. ...

Leider rief Herr v. Kaiserfeld nicht, und die anderen ließen sich nicht bewegen, aus eigenem Antriebe zu kommen. Fischhofs Broschüre hatte eine sehr geteilte Aufnahme gefunden. Sie stieß auf unbedingte, warme Zustimmung und auf kalte Ablehnung. Die Zeitungen nahmen für und wider Stellung; in der Wiener „Morgenpost" begegnete man einem rückhaltlos beifälligen Urteile, und auch die Prager „Politik", das deutsch geschriebene Blatt des tschechischen Politikers Dr. Franz Ladislaus Rieger, sprach sich anerkennend aus. Im ganzen und großen war von einer Begeisterung für die Fischhofsche Idee nichts zu bemerken. Die Broschüre gab auch das leitende Thema für viele Privatbriefe ab. Graf Anton Auersperg, der aufrechte Dichter Anastasius Grün, äußerte sich gegenüber Ludwig August Frankl, mit dem er einen regen Gedankenaustausch hatte, über Fischhofs Anregungen: „Das Rezept, das er verschreibt, scheint

mir ein wohldurchdachtes, tüchtiges und heilsames und könnte richtig und redlich angewendet dem ordinierenden Arzte auch auf dem politischen Felde so günstige Heilerfolge erzielen helfen, wie Sie solche seiner sonstigen ärztlichen Praxis nachrühmen. Ich will dadurch nicht behaupten, daß seine Heilmethode die einzig unfehlbare sei.... Ich bin leider nach den Erlebnissen und Erfahrungen der letzten zwei Dezennien wider Willen in die Reihe der Schwarzseher bezüglich der Zukunft Österreichs gedrängt worden. Eines möchte ich an Dr. Fischhofs Schrift, sowie an seiner ganzen Haltung, hervorheben, das mir besonders wohlgetan, nämlich der hohe sittliche Ernst, der aus jeder seiner Anschauungen und Äußerungen hervortritt. Solche Wahrnehmungen sind doppelt erquicklich in diesen Tagen der Frivolität..."[1]) Der pflichtgetreue, national bewußte und doch versöhnliche Abgeordnete Leopold Edler v. Mende, der im Lager der deutschen Autonomisten stand, schrieb Fischhof einen ganz begeisterten Brief. „Ja, Gold sind Ihre Worte. Gold aus dem Schachte eines österreichischen Herzens. Mögen sie gehört werden in der Höhe oben, im Osten und Norden und in Wien, wo man sich eben bestrebt, neuerdings Drachenzähnen das Feld zu düngen. Nichts heißen alle Einwendungen gegen Ihre Gedanken des Friedens, des Rechtes, der Wahrheit." Mende war ganz der Ansicht Fischhofs, daß die richtige Zeit für die Verständigung über den Neuaufbau Österreichs eingetreten sei, und er hoffte, daß die Worte, die sein Herz erwärmt hatten, noch Tausende von Herzen erwärmen würden, die bisher für Österreich geschlagen haben, die aber nun in starre Trauer versunken sind[2]). Baron Eötvös, der politische Theoretiker und Praktiker an der Seite Deaks, war anderer Meinung. Er hoffte nicht, daß „der verworrene Knäuel der politischen Verhältnisse" durch Konferenzen von hervorragenden Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien entwirrt werden könnte. „Eben weil unsere Verhältnisse so verworren sind und weil es, um sie zu entwirren, der klaren Einsicht bedarf, so glaube ich, daß die Masse des Lichts, dessen

---

[1]) „Briefwechsel zwischen Anastasius Grün und Ludwig August Frankl", S. 233. Berlin 1897.

[2]) Brief Leopold v. Mendes an Adolf Fischhof. (Brühl, 14. Sept. 1866.)

wir bedürfen, nur von parlamentarischen Diskussionen unserer Verhältnisse zu erwarten wäre.... Die Konfusion, die unsere Staatsmänner seit 18 Jahren verursachten, ist zu groß, als daß von einzelnen Ordnung geschaffen werden könnte"[1]).

Ein Schreiben Dr. Riegers an ein Mitglied der deutschen Autonomistenpartei verdient noch erwähnt zu werden, das Mitte September in den Spalten der meisten österreichischen Zeitungen auftauchte. Es wurde somit zu einer Zeit bekannt, in der die ersten Teile des Fischhofschen „Sendschreibens" bereits aus der Druckerpresse herausgekommen waren. Das ist um so bemerkenswerter, weil Rieger gleichfalls den Ruf zur friedlichen Auseinandersetzung der österreichischen Völker erschallen ließ und die vorhandenen Dispositionen als günstig bezeichnete. Auf „der Basis des Föderalismus, natürlich unter Festhaltung der dem Staate unentbehrlichen Zentralisation unter den historischen Ländern und Gruppen" solle ein Ausgleich getroffen werden. Die Tschechen seien bereit, Vertreter zu einer privaten Aussprache zu entsenden; auch Graf Goluchowski und sein polnischer Anhang dürften sich wenigstens mittelbar beteiligen. Die Initiative aber sollte von den deutschen Autonomisten ausgehen, die gleichsam das deutsche Volk in der Konferenz zu vertreten hätten, denn „mit den starren Zentralisten Wiens" sei eine fruchtbringende Auseinandersetzung nicht möglich. Rieger meinte, daß der Empfänger seines Briefes „durch die Unternehmung dieser Aktion der Verständigung unendlich viel Gutes zu leisten vermöchte"[2]).

Fischhof selbst faßte in dieser Zeit seine Eindrücke und Stimmungen in einem interessanten Briefe zusammen[3]), den er an Wengraf nach Graz sandte.

„Herzlichen Dank für Ihre Zusendungen, sowie für Ihre freundlichen Mitteilungen. Was Sie über die transleithanischen Staatsmänner sagen, ist vollkommen richtig. In Ungarn beschäftigen sich mit der Politik M ä n n e r, hierzulande S t r e b e r.

---

[1]) Brief des Baron Joseph Eötvös an Fischhof. (8. Nov. 1866.) Für die Überlassung danke ich an dieser Stelle Herrn Prof. Dr. Ed Sueß, dem Präsidenten der Wiener Akademie der Wissenschaften.

[2]) „Neue Freie Presse". Wien 1866. 15. Sept.

[3]) Brief Fischhofs vom 16. Okt. 1866.

Bei der jetzt wieder grassierenden Programmacherei muß es den Völkern zumute sein, wie dem Halbverhungerten, dem man im Gasthause statt der Speisen Speiszettel vorlegt. Kaiserfelds Speiszettel ist besser und reichhaltiger als die anderen, aber wird Österreich satt davon?[1]) Wonach die einzelnen Parteien streben, das ist uns ja zur Genüge bekannt. Wir wollen uns endlich einmal an dem erlaben, was alle vereint zustande gebracht haben.

Die Gedankenlosen hier nennen mich, weil ich mir erlaubt habe zu denken, einen Ideologen. An den möglichen Fortbestand Österreichs zu glauben gilt jetzt für Phantasterei. An diesem Pessimismus sind die Führer schuld. Anderswo suchen die Parteihäupter nach einem Schlagworte, um ihre Anhänger zu ermutigen, bei uns, um sie zu entmutigen und den letzten kümmerlichen Rest von Tatkraft zu lähmen. Ihre Tatenunlust drapieren die Herren malerisch mit der Phrase: es ist nichts zu tun!

Erfreulicherweise gesellte sich zu den vier Männern Franz Pulszkys, die an die Forteristenz Österreichs glauben, heute ein fünfter, der wackere Mende, welcher mir einen sehr warmen und zustimmenden Brief geschrieben. Auch vom alten Wiser[2]) erhielt ich ein interessantes Schreiben. . . .

Was macht denn Smreker?[3]) Ist sein Völkereinigungseifer schon erkaltet? Aus dem Artikel der ‚Politik' sehe ich, daß mein Vorschlag in Prag Zustimmung findet. Könnte nicht Smreker mit den Führern der Tschechen in Verbindung treten und sich in Kenntnis ihrer Stimmung setzen? Könnte er nicht bewirken, daß sie die Initiative ergreifen oder einen entgegenkommenden Schritt machen? Das slowenische Programm[4]) neuesten Datums sieht zwar sehr entmutigend aus, aber ich glaube, nur durch die Isolierung der Parteien wird das Aushecken solcher Projekte gefördert.

Darum wollen wir in unseren Bestrebungen nicht ermüden. Unsere untergeordnete Stellung darf uns nicht entmutigen. Nicht die Höchststehenden, sondern die Höchststrebenden haben die Menschheit vorwärts gebracht. . . ."

Am 19. November 1866 traten die Landtage aller Königreiche und Länder zusammen. Dem ungarischen Parlamente lag ein königliches Reskript vor, das die wohlwollende Absicht verriet, dem Hangen und Bangen in schwebender Pein ein Ende zu bereiten und den toten Punkt zu überwinden, an

[1]) Gemeint ist wohl das Ausseer Programm vom 10. Sept. 1866.

[2]) Dr. Carl Wiser, österreichischer Politiker, Mitglied der deutschen Autonomistenpartei.

[3]) Dr. Aloys Smreker war Mitglied des konstituierenden Reichstages und wirkte später als Vertrauensmann verschiedener Parteiführer in Wien.

[4]) Anfangs Oktober 1866 war im „Slovenec" ein Programm erschienen, das weitgehende Forderungen aufstellte. (Siehe F. v. Krones, „Moritz v. Kaiserfeld", S. 256. Leipzig 1888.)

dem die Ausgleichsverhandlungen angelangt waren. Es bezeichnete den Entwurf des Subkomitees als eine gute Basis für weitere Beratungen und verlangte nur einige Abänderungen. Im Schoße der Regierung standen zwei Gruppen einander gegenüber. Graf Belcredi legte das Hauptgewicht auf das Zustandekommen eines Paktes, der den Reichsgedanken nicht erschüttern, die Kraft des Reiches nicht verringern würde, während der ehemals sächsische Staatsmann Freiherr v. Beust, der im Oktober als „Revanchekanzler" nach Österreich berufen wurde, vornehmlich bestrebt war, die Verhandlungen über den Ausgleich zwischen der Krone und den Magyaren rasch zum Abschlusse zu bringen. Mitte Dezember unternahm der reichsfremde Minister, den das Gewicht der Überlieferungen nicht im geringsten beschwerte, eine Sondierungsfahrt nach Pest, die für Ungarn zum politischen Ereignisse wurde, weil es früher nicht als üblich galt, daß die Räte der Krone in den Wohnungen der ungarischen Politiker ihre Karten abgaben. Als Beust nach Wien zurückkehrte, erstattete er dem Kaiser Franz Joseph Bericht. Der Staatskanzler kleidete nach seinen eigenen Mitteilungen die Eindrücke in folgende Worte: „Ich sehe, seit ich in Österreich bin, nichts als einen vergeblichen Wechsel von Reskripten, die nach Pest gehen, und von Resolutionen und Adressen, die von Pest kommen. Auf diesem Wege gelangen Eure Majestät nicht vorwärts. Eure Majestät sind entschlossen und haben es ausgesprochen, unter gewissen Voraussetzungen ein ungarisches Ministerium zu ernennen. Auch die Männer, die es bilden sollen, sind bereits gewählt. So lassen Eure Majestät diese Männer kommen, damit wir hier verhandeln"[1]). Diesem Rate gab der Kaiser Folge; Graf Andrassy, Baron Eötvös und Graf Lonyay wurden nach Wien berufen. Endlich griff ein flotteres Tempo Platz: der ersehnte Ausgleichspakt kam zum Abschlusse und bildet nun den ungarischen Gesetzartikel XII vom Jahre 1867. Am 17. Februar 1867 wurde die erste selbständige ungarische Regierung seit dem Jahre 1848 ernannt; die neue dualistische Ära erhielt durch ein schwungvolles königliches Reskript ihre

[1]) Friedrich Ferdinand Graf v. Beust, „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. II, S. 85. Stuttgart 1887.

weihevolle Einleitung. Am 8. Juni desselben Jahres erlebten die Ungarn nach langer Zeit wieder freudig den feierlichen und geprängevollen Akt der Königskrönung. Damit hatte der ausdauernde Kampf der Magyaren um die Anerkennung ihrer konstitutionellen Rechte, um die Berücksichtigung alter Bräuche seinen glücklichen Abschluß erreicht.

Am schwierigsten war die Einigung in der Militärfrage gewesen. Die Krone machte alle Anstrengungen, das traditionelle Gefüge der kaiserlich österreichischen Armee unversehrt zu erhalten, während sich die Wortführer Ungarns bemühten, ihre Hand auf das Heer zu legen. Eifersüchtig wurde das Recht der Rekrutenbewilligung, das dem ungarischen Landtage von alters her zustand, gewahrt; die neuen Verhältnisse sollten daran nichts ändern. Im Nachlasse Fischhofs fand sich ein auf diesen Kampf bezügliches Fragment einer im November 1866 entstandenen Denkschrift. Der uns vorliegende zweite Teil befaßte sich mit dem Rekrutenbewilligungsrechte, das für den ungarischen Landtag beansprucht wurde. Fischhof bestrebte sich, eine vermittelnde Haltung einzunehmen, zumal da er glaubte, daß auch praktische Rücksichten für die Wünsche des Monarchen sprächen. Anderseits suchte er für Ungarn den Schmerzensbalsam eines Vertrauensbeweises zu sichern, indem er die Bedenken schwächte, die der ungesäumten Ernennung einer verantwortlichen ungarischen Regierung entgegenstanden.

Ausgehend von dem zweiten Absatze des Elaborats, das vom Subkomitee unterbreitet worden war — „die gemeinsame Verteidigung und deren Aufrechterhaltung mit gemeinsamen Kräften ist eine gemeinsame und wechselseitige Verpflichtung (beider Reichshälften), die direkt aus der pragmatischen Sanktion entspringt" —, legt Fischhof dar, daß Ungarn nicht allein auf seine eigene Widerstandskraft Bedacht nehmen dürfe, sondern im Interesse seiner Selbsterhaltung und der Erhaltung des cisleithanischen Länderkomplexes stets auch in genauer Kenntnis der gesamten Wehrkraft sein müsse. Der ungarische Landtag würde daher bei der Vorlage eines Partikular-Militärbudgets fragen und prüfen müssen, wie es sich mit dem Gesamtheere verhalte. Für den ungarischen Landtag sei es zur Taxierung sowohl der relativen als auch der absoluten Höhe seines Truppenkontingentes notwendig, die gesamte Heeresbudgetvorlage zu diskutieren. Damit greife er aber in das Recht der cisleithanischen Volksvertretung ein, das österreichische Heeresbudget ohne Mitwirkung Ungarns festzustellen. Um vollkommen sicher auftreten zu können, müßte die ungarische Legis-

lative auch in die internationalen Verhältnisse Einblick erhalten, denn die Heeresstärke könne nur nach gewissenhafter Abwägung aller Umstände fixiert werden. „Nirgends macht sich unnütze Vergeudung oder unzeitiges Knickern in seinen üblen Folgen so bemerkbar, als bei diesem Zweige des Staatshaushaltes.“ Die Vergeudung ziehe den volkswirtschaftlichen Verfall rasch nach sich ... während anderseits ein übelverstandenes Knausern die wichtigsten politischen, moralischen und materiellen Interessen des Staates schädigen könne. Und wie die exekutive Staatsgewalt beim Entwerfen, so müsse die Legislative beim Prüfen des Kriegsbudgets zugleich mit den großen, staatlichen Verhältnissen die kleinen administrativen Details ins Auge fassen. Hierbei bedürfe es des Zusammenwirkens der Räte der Krone und der Vertreter aller Kronländer. Da somit der ungarische Landtag weder berechtigt noch befähigt sei, die Heeresstärke der Monarchie allein zu normieren, so werde er sie notwendigerweise auf dem Wege der Delegation gemeinsam mit der anderen Reichshälfte feststellen müssen.

Man werde vielleicht einwenden, daß wohl die Feststellung der Stärke der gesamten Armee gemeinsam erfolgen könne, aber fordern, daß die Zahl der von Ungarn zu stellenden Rekruten vom ungarischen Landtage bestimmt werden müsse. Auch das sei untunlich. Mit der Stärke des ganzen Heeres erscheine ja schon die Zahl der von jeder Reichshälfte zu stellenden Rekruten von selbst gegeben. Die gegenseitige Verteidigung müsse nach Maßgabe der Volkszahl und der finanziellen Kräfte geübt werden und das numerische Verhältnis der Bevölkerung und des Nationaleinkommens sei nicht etwas, das beliebig von einer Parlamentsmehrheit bestimmt werden könne, sondern etwas faktisch Gegebenes. Da Parität der Rechte auch Parität der Pflichten bedinge, müssen die Leistungen in bezug auf die Heereserhaltung und Heeresstellung proportional, genau den statistischen Verhältnissen entsprechen. „Man ersehe aus dieser Argumentation, daß eine partikulare Rekrutenbewilligung von seiten des ungarischen Landtages völlig unstatthaft sei.“ Ein solches Recht war nur vor dem Jahre 1848 möglich, als der Kaiser von Österreich als absoluter Monarch sich in der westlichen Reichshälfte für das eventuelle Minus der vom ungarischen Landtage bewilligten Rekruten schadlos halten konnte.

„Theorie und Praxis weisen somit gleich stark auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Heeresbudgets hin“, und es sei auch zu erwarten, daß sich Ungarn zur Nachgiebigkeit herbeilassen werde, wenn es sich durch die Einsetzung eines selbständigen ungarischen Ministeriums befriedigt fühle. Es scheine somit durchaus nicht nötig zu sein, das Aufgeben des von Ungarn beanspruchten Rekrutenbewilligungsrechtes als unumgängliche Vorbedingung der Einsetzung des ungarischen Ministeriums hinzustellen. Zum Schlusse entkräftet Fischhof den Einwand, daß die Krone, falls die ungarischen Minister aus den Reihen der Liberalen ernannt würden, kein Organ besäße, durch das sie ihre Ansichten gegenüber dem ungarischen Landtage vertreten und verteidigen könnte, denn es sei nicht anzunehmen, daß die Minister sich in ihrer neuen Stellung zu Angriffen gegen die Bestimmungen des 67er Elaborates herbeilassen würden, das das Resultat ihrer Tätigkeit

als Abgeordnete ist. Solange die gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer parlamentarischen Behandlung nicht festgestellt seien und künftige Kompetenzkonflikte nicht ausgeschlossen erscheinen, habe der Kaiser von Österreich selbst vom Standpunkte des ungarischen Dualismus aus das Recht und die Pflicht, die Interessen der westlichen Reichshälfte wahrzunehmen und die notwendigen Ansprüche durch seine cisleithanischen Minister dem ungarischen Kabinette kundzugeben. Ebenso stehe der cisleithanischen Volksvertretung bei der definitiven Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten ein nicht minder gewichtiges Votum wie dem ungarischen Landtage zu.

Im Mai 1867 ging das Interregnum der reichsratslosen Zeit für die westliche Staatshälfte zu Ende. Der „engere" Reichsrat trat zusammen. Vorher hatte es freilich einen leidenschaftlichen Kampf gegeben, denn die Regierung veranlaßte den Kaiser am 2. Januar 1867 zur Unterzeichnung eines Patentes, durch das nicht die alte Reichsvertretung reaktiviert, sondern ein „außerordentlicher" Reichsrat einberufen wurde, dem die Aufgabe zuteil werden sollte, die Vereinbarungen der Krone mit Ungarn zu bestätigen. Den Landtagen blieb es freigestellt, die Art zu bestimmen, in der sie ihre Vertreter im Reichsrate zu wählen gedachten. Gleichzeitig wurden die Neuwahlen für die Provinzialparlamente der cisleithanischen Königreiche und Länder ausgeschrieben. Die deutschliberalen Politiker, die in der Ära Schmerling die befehlenden Herren im Reichsrate waren, rochen die Lunte; sie fürchteten, in die Minderheit gedrängt zu werden. Am 13. Januar wurde bei einer Parteikonferenz in Wien beschlossen, den außerordentlichen Reichsrat nicht zu beschicken. Da die Stimmung der Bevölkerung in den deutschen Gauen immer heftiger gegen das Belcredische Ausgleichsparlament aufwallte, sah sich Freiherr v. Beust veranlaßt, sich die Sache einmal gründlicher zu überlegen. Er bekämpfte nun das kaiserliche Patent, das seine Unterschrift trug, und schloß sich der Forderung nach der Einberufung des ordentlichen engeren Reichsrats an. Da Graf Belcredi konsequent bei dem ersten Entschluß blieb, mußte sich die Krone für einen der beiden hadernden Räte entscheiden, und sie ließ den Sistierungsminister fallen. Freiherr v. Beust ging als Sieger hervor; der Plan eines außerordentlichen Ausgleichsparlaments war erledigt.

Die Sorgen dieser Tage liefen an Fischhof nicht spurlos ab. Er hat in dieser Zeit seinem Freunde Wengraf verschiedene Vorschläge für Artikel unterbreitet, die journalistische Ausführung, beziehungsweise Verwertung jedoch davon abhängig gemacht, daß seine Ansichten von einflußreichen Politikern gebilligt würden. Am 22. Januar skizzierte Fischhof in einem vielseitigen Briefe einen Aufsatz. „Wenn die Wahlen in den deutschen Provinzen" — hieß es — „im Sinne der Wiener Beschlüsse ausfallen, ist die Idee des außerordentlichen Reichsrates als gescheitert zu betrachten, denn so frech ist kein Minister, daß er in der deutschen Metropole des Reiches einen tschechisch-polnischen Reichsrat über die Zukunft Österreichs verfügen ließe." Was solle nun geschehen, da der außerordentliche Reichsrat unmöglich sei? Die gegenwärtige oder die folgende Regierung könnte zwar eine im Sinne des Februarpatentes legale Körperschaft einberufen, dieser würden aber möglicherweise die Slawen ferne bleiben. Doch „so wenig wie die Slawen ohne die Deutschen, so wenig könnten die Deutschen ohne die Slawen etwas schaffen, was Dauer und Gedeihen verspräche". Da der außerordentliche Reichsrat nicht möglich, der legale Reichsrat nicht ratsam sei, so müßte die Regierung, wenn kein Ausweg gefunden wird, entweder eine neue Verfassung oktroyieren, oder dem Absolutismus sich in die Arme werfen. Fischhof plädierte deshalb dafür, daß die Landtagsabgeordneten jedes der westlichen Kronländer über Einladung des Ministeriums zu einer Privatversammlung zusammentreten mögen, um aus ihrer Mitte Vertreter zu einer Reichskonferenz mit konsultativer Befugnis zu entsenden. In den Ländern, in denen es mehrere Volksstämme gibt, hätten die Vertreter jeder Nation eine bestimmte Zahl von Delegierten aus ihrer Mitte zu wählen. Die Reichskonferenz sollte nur eine vorberatende Versammlung sein, deren Mission es wäre, ein Kompromiß über die Verfassungsfragen herbeizuführen und einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. „Die Reichskonferenz hätte keinen legalen Charakter, dessen sie auch nicht bedarf, da sie bloß konsultativ wäre. Sie unterschiede sich dadurch zu ihrem Vorteile von dem außerordentlichen Reichsrate, der auch nur

begutachtend ist und durch seinen quasi legalen Charakter die schwersten konstitutionellen Bedenken hervorrufen muß. Die Reichskonferenz würde die hervorragendsten politischen Kapazitäten in sich fassen, und da die Wahlen für sie auf Grundlage der Gerechtigkeit und Billigkeit vorgenommen werden, würden die Nationalitäten in dieselbe ohne jenen verbissenen Groll treten, der im Schmerlingschen Reichsrate so peinlich hervorbrach. Der Eintritt in die Reichskonferenz legt keinen Gewissenszwang auf. Keine Nationalität, keine Partei braucht durch das kaudinische Joch der Selbsterniedrigung zu gehen. Gelinge daselbst ein Kompromiß in der Verfassungsangelegenheit, dann werde die jetzt so schwierige und alle Leidenschaften entfesselnde Frage der Beschickung des legalen Reichsrates unter Herstellung der Rechtskontinuität mit Leichtigkeit gelöst werden. Mißlinge der Versuch ... so habe man wenigstens der zivilisierten Welt nicht das skandalöse Schauspiel eines Reiches geboten, das an Formfragen zugrunde geht. ..."

Die Fischhofsche Idee einer improvisierten Reichskonferenz erblickte nicht einmal das Licht der Zeitungswelt. Leichter als es sich der Wiener Politiker vorgestellt hatte, der sich ja nicht eitel gedruckt sehen wollte und Wengraf besorgt bat, ihn nur nicht als aussichtslosen Projektemacher erscheinen zu lassen, wurde die Rückkehr zur Parlamentseinrichtung des Februarpatents gefunden, sie mußte — wie wir schon gehört haben — bloß mit einem Minister bezahlt werden. Allerdings blieb auch der „engere" Reichsrat, der im Jahre 1867 zusammentrat, nur ein Rumpfparlament, denn die Tschechen hielten sich schmollend fern. Die Neubegründung Österreichs, die in der Überwindung des Reichszentralismus durch die dualistische Verfassung entstand, wurde in der westlichen Reichshälfte nicht unter der bereitwilligen Mithilfe aller Völker vollzogen. Damit war der erste Keim der störenden und empfindlichen Unzukömmlichkeiten in den Boden gesenkt; die bösen Folgen, die Fischhof durch seine Anregung ausschalten wollte, traten allzu bald ein.

Vielgestaltig, verantwortungsreich und kompliziert waren die Aufgaben, die der Reichsrat zu bewältigen hatte. Die

Überprüfung oder, genauer gesagt, die rein formelle Gutheißung der richtunggebenden Abmachungen mit Ungarn bildete ja bloß einen kleinen Ausschnitt des großen Pflichtenkreises. Fischhof griff mehrmals zur Feder, um während der Diskussion der Ausgleichsabmachungen über Verwicklungen hinwegzuhelfen oder um auf Lücken hinzuweisen, die bei der Aufrichtung der neuen Grundmauern des Staates zu entstehen drohten. Im Sommer des Jahres 1867 befaßte man sich sehr eifrig mit der Erwägung, ob es an der Zeit wäre, auch für die westliche Reichshälfte ein parlamentarisches „Landesministerium" zu ernennen. Ungarn hatte bereits seine eigene Regierung — damals sprach man noch von einem Landesministerium —, während für die westliche Reichshälfte nur das alte Ministerium in Betracht kam, das noch den Charakter einer Reichsregierung besaß. In Zeitungsartikeln, in Memoranden, in öffentlichen Reden und in Privatgesprächen wurde über das Problem mit vielem Echauffement debattiert. Am 18. Juli hatte das Wiener Abgeordnetenhaus eine dramatisch bewegte Sitzung: die Berufung eines österreichischen Landesministeriums stand auf der Tagesordnung. Beust gab die Erklärung ab, daß der Zeitpunkt für die Bildung des cisleithanischen Kabinetts erst nach der vollständigen Erledigung aller mit dem österreich-ungarischen Ausgleiche zusammenhängenden Arbeiten gekommen sein werde; ihm schloß sich der Berichterstatter Freiherr v. Tinti an. Der Antrag, die Krone in einer besonderen Adresse um die sofortige Ernennung des Landesministeriums zu bitten, wurde zuletzt zurückgezogen.

Adolf Fischhof hatte dieser Entscheidung durch einen Zeitungsartikel vorgearbeitet, der am 18. Juli unter der Überschrift: „Ein Votum zur Ministerfrage" erschienen ist[1]). In der Arbeit wurde ausgeführt, daß Beust vor dem endgültigen Abschlusse der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn nicht daran denken könne, an die Bildung eines österreichischen Landesministeriums zu schreiten und so gewissermaßen zu abdizieren. Man werde es auch begreiflich finden, wenn die hervorragender

[1]) „Neue Freie Presse", Nr. 1033. Wien 1867.

Männer des Reichsrates in dieser Zeit der wichtigen Entscheidungen keine Lust zeigen, ihre parlamentarische und politische Rolle gegen eine bedeutungslosere administrative Tätigkeit zu vertauschen. Persönlichkeiten, die gewohnt seien, den Dingen auf den Grund zu sehen wie Herbst, Kaiserfeld, Giskra haben daher auch nicht in den Ruf nach dem cisleithanischen Kabinette eingestimmt. Die Forderung ertönte im Finanzausschusse und drang von hier aus in die Vollversammlung. Fischhof suchte zu beweisen, daß man den Beratungen über die definitive Ordnung der finanziellen und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten ohne Furcht entgegensehen könne; Österreich sei sogar dadurch im Vorteile, daß die gesamtstaatliche Regierung als Anwalt der österreichischen Interessen fungiere. Außerdem lenkte der Verfasser die Aufmerksamkeit darauf, daß unter den deutschen Gruppen, aus denen die Mitglieder für das parlamentarische Ministerium genommen werden würden, keine Übereinstimmung herrsche, und ebenso offenherzig konstatierte er, daß hinter der Mehrheit des Parlaments keineswegs die Mehrheit der Bevölkerung stehe. „Nähme heute ein aus dem deutschen Herbstschen Klub hervorgegangenes Ministerium die Leitung des Ausgleichswerkes in die Hand, so würde das Mißtrauen der Slawen dadurch geweckt und das Resultat der Verhandlungen in Frage gestellt werden." Fischhof wies auch darauf hin, daß die Krone die edle Mission habe, während der Übergangszeit vermittelnd und versöhnend in den Streit der Völker einzugreifen, und er bezeichnete es als providentiell, daß sie in Beust einen hervorragenden Helfer gefunden habe, „der als Fremder in dieser Frage mit großer Unbefangenheit urteilt und als Minister mehr als irgend jemand in der Lage ist, die mit nationalem Zündstoff gefüllten Minen zu kennen, die von den Rivalen und Gegnern Österreichs innerhalb und außerhalb seiner Grenzen gelegt werden". Eindringlich warnte Fischhof vor der Verzettelung der Kräfte und vor einem Flickwerke. „Gehen auch wir in den Verfassungsfragen nicht fragmentarisch zu Werke, geben wir nicht nach Mephistophelischer Lehre das Stück in Stücken, sondern fassen wir rasch das Ganze an, mit voller und ganzer Kraft! Ein großer Staat darf nicht einen kleinen Krieg

führen, sagte Wellington; ebensowenig darf ein großes Parlament kleine Konflikte herbeiführen ... Nicht durch einzelne aus dem Ganzen herausgerissene Bestimmungen, sondern durch den vollen Inhalt einer Verfassung können wir die Freiheit und Wohlfahrt Österreichs retten."

Im November 1867 stellte sich Fischhof noch zweimal mit Artikeln in der „Neuen Freien Presse" ein. Der Aufsatz: „Ein Votum über die Delegation"[1]) nahm zu der aktuellen Frage Stellung, ob die Wahl in die österreichische Delegation „durch das ganze Abgeordnetenhaus aus dem ganzen Hause vorgenommen werden solle", wie der größere Teil der deutsch-zentralistischen Liberalen wünschte.

Fischhof spricht sich dagegen aus. Wie immer ließ er sich von dem Gedanken leiten, daß die Gestaltung der Verhältnisse so geartet sein müsse, daß die nationalen Minderheiten nicht erdrückt, sondern in ihrer Bewegungsfreiheit gefördert werden. Er beruft sich in seinem Artikel auf John Stuart Mill und auf Thomas Hale und legt dann dar: „Bei weitem ungünstiger tritt die an der Minorität verübte Unbill hervor, wenn von einem Wahlkörper eine große Zahl von Abgeordneten gewählt wird, da es in die Hand der Mehrheit gegeben ist, die Minderheit völlig auszuschließen." Einige Fälle dieser Art hatten sich in der letzten Zeit auch tatsächlich ereignet, und Fischhof führt sie der Reihe nach an. Er mahnt davon ab, „die Delegation zum Parteiorgane zu degradieren", da sie nicht die Majorität der Volksvertretung, sondern nur die Majorität der Majorität repräsentieren würde, die in Wirklichkeit, wie Mill richtig bemerkt, nur die Minorität sei. „Unser ganzes Verfassungsleben krankt an einem schlechten Wahlsysteme, durch das die legislativen Körper in aufsteigender Linie das Gepräge einer wahren Volksvertretung immer mehr verlieren. Daß die Fortgeschrittensten unter den deutschen Liberalen" — meint Fischhof mit feinem Spotte — „nun einen Vorschlag zur Outrierung (dieses Übelstandes) machen, erscheint nur bei der Annahme begreiflich, daß sie durch Übertreibung der Fehler des Systems zu dessen baldiger Abänderung beitragen wollen. ..."

Fischhof hatte nicht umsonst ins Gewissen gesprochen. Bekanntlich wurden die einzelnen Nationen dadurch geschützt, daß die 40 Delegierten, die vom österreichischen Abgeordnetenhause zu wählen sind, nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel von den Abgeordneten aus jedem Lande gesondert normiert werden.

In seinem nächsten Artikel lenkte Fischhof die Aufmerksam-

[1]) „Neue Freie Presse", Nr. 1150. Wien, 12. Nov. 1867.

keit auf eine Lücke in der Verfassung[1]). „Die Zweiteilung des Reiches findet im Parlamente jeder Reichshälfte, die Rechtseinheit in den Delegationen ihren Ausdruck. Parallel mit dieser Gliederung der Legislative läuft die der Exekutive. Den zwei Parlamenten stehen als verantwortliche Vollzugsorgane die zwei Landesregierungen zur Seite. Die oberste Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten ruht in den Händen des den Delegationen verantwortlichen Reichsministeriums. Dennoch besteht zwischen der zentralen Verwaltung und der zentralen Regierung ein tiefgehender Unterschied. Die Delegationen sind aus Elementen beider Volksvertretungen zusammengesetzt. Die in den Parlamenten voneinander getrennten parlamentarischen Strömungen konvergieren in den Delegationen, um bei der gemeinsamen Abstimmung in eine Strömung zusammenzufließen. Die Delegationen sind in ihrer genauen Kenntnis der Interessen der Reichshälften, die von ihnen vertreten werden, in den Stand gesetzt, durch Assimilierung derselben das Interesse der Reichsgesamtheit zu fördern. Ganz anders verhält es sich mit dem Reichsministerium. Es setzt sich nicht aus den Bestandteilen der Landesministerien zusammen; es steht nicht im organischen Zusammenhange mit denselben, sondern bildet seinen eigenen Organismus und führt ein selbständiges Dasein. Bei der Exekutive findet nicht wie bei der Legislative ein allmählicher Übergang vom Dualismus zur Unität, sondern ein jäher Sprung statt. . . ." Wie soll diesem Umstande abgeholfen werden? Fischhof wäre sich selbst untreu geworden, wenn er nur auf einen Mangel hingewiesen und nicht gleich einen festumrissenen Verbesserungsvorschlag unterbreitet hätte. Er war der Ansicht, daß man dem Gesetze zwei ergänzende Bestimmungen einfügen müßte, und zwar:

1. „Den Beratungen der Reichsminister über die den Delegationen zu machenden Vorlagen, sowie über alle wichtigen Reichsangelegenheiten, werden stets auch die Minister beider Reichshälften beigezogen; doch haben diese hierbei nur eine beratende Stimme. Bei Konferenzen über höchst vertrauliche diplomatische Mitteilungen genügt die Beiziehung der Ministerpräsidenten beider Reichshälften.

---

[1]) „Neue Freie Presse", Nr. 1158. Wien, 20. Nov. 1867. („Eine Verfassungslücke.")

2. Die Reichsminister haben in ihrer Gesamtheit sowohl, als auch einzeln das Recht der Teilnahme an den Beratungen der Ministerien beider Reichshälften über jene Angelegenheiten, die nach gleichen von Zeit zu Zeit vereinbarten Grundsätzen behandelt werden; doch haben sie hierbei nur eine beratende Stimme."

Durch das Gesetz vom 16. Juli 1867 wurde die Entsendung einer Deputation des Reichsrates zu dem Zwecke angeordnet, um mit einer Deputation des ungarischen Reichstages über die Neuregelung der finanziellen Beziehungen beider Reichshälften zueinander und gegenüber den Staatsgläubigern zu verhandeln. Am 25. September konnte bereits in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Deputationen konstatiert werden, daß eine Einigung gelungen sei. Die Quote der Beitragsleistung jeder Reichshälfte zu den „Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten" war festgestellt. Durch ein schwächliches Kompromiß gelangte man zu dem Schlüssel 70 zu 30, ohne dabei ein bestimmtes Prinzip vorwalten zu lassen[1]). In den vier Jahrzehnten, die seither verflossen sind, hat man schmerzlich erfahren, daß es unklug war, die Quote nicht von allem Anbeginne nach gerechten, feststehenden und für die Folge wirkenden Grundsätzen zu bestimmen. Die Auseinandersetzungen über den jeweiligen perzentuellen Beitrag der beiden Reichshälften zu den finanziellen Bedürfnissen des Gesamtstaates haben sich immer unerfreulich gestaltet. Viel Streit und Bitterkeit wäre erspart geblieben, wenn man sich nicht dem blinden Zufalle überlassen hätte. Adolf Fischhof hat sich mit dem Probleme offenbar viel beschäftigt. Unter den Papieren des rastlosen Vordenkers für Österreich lag folgender skizzenhafte Entwurf:

1. „Jede der beiden Reichshälften trägt aus ihrem Staatseinkommen und demselben proportional zu den gemeinsamen Ausgaben (oder zu den Ausgaben für die gemeinsamen Angelegenheiten) bei.
2. In gleicher Proportion beteiligt sich jede der beiden Reichshälften aus ihrem Staatseinkommen an der Bezahlung der Zinsen der österreichischen Staatsschuld.
3. Als Maßstab für die momentane Feststellung der von jeder der beiden Reichshälften zu zahlenden Quote der gemeinsamen Ausgaben

---

[1]) Bezüglich der Beitragsleistung zu den Lasten der allgemeinen Staatsschuld wurde vereinbart, daß Ungarn jährlich rund 29²/₁₀ und 1¹/₁₀ Millionen Gulden — also ein für allemal festgesetzte Beträge — beizusteuern hat.

und der Staatsschuldzinsen gilt die durchschnittliche Steuerleistung während des Zeitraumes vom Jahre . . . bis zum Jahre . . .

4. Um auch für alle Zukunft eine gerechte Repartition der gemeinsamen Lasten sicherzustellen, wird folgendes festgesetzt: In jeder der beiden Reichshälften wird ein statistisches Bureau errichtet. Beide Bureaus vollziehen ihre Aufgaben unter gegenseitiger Kontrolle und nach gemeinsamen Normen. Auf Grundlage der von diesen Bureaus über das Staatseinkommen sorgfältig erhobenen Daten werden in Zukunft die Steuerquoten beider Reichshälften proportional fixiert und zwar für eine durch das Gesetz festzustellende Reihe von Jahren."

Sehr erwünscht wäre es uns, zu wissen, wie das zusammenfassende Urteil Fischhofs über das Ausgleichswerk lautete. Wir können unsere Wißbegierde aber nicht durch die Auskünfte befriedigen, die uns alte Schriftstücke oder Aufzeichnungen geben, und so bleibt nichts anderes übrig, als sich von Vermutungen leiten zu lassen. Die dualistische Einrichtung des Staates bedeutete für Fischhof die Erfüllung einer von ihm konsequent vertretenen Forderung; er und Unger hatten ja als erste in Österreich einen Plan für den dualistischen Aufbau der Monarchie entworfen. In einzelnen Details mochte Fischhof anderer Meinung als die Gesetzgeber sein, aber an den Hauptlinien fand er jedenfalls Gefallen. Seinen Augen wird der Dualismus sicherlich nicht als Etappe zur Zweiteilung des Reiches erschienen sein, denn er dürfte gleich vielen angesehenen Politikern der beruhigenden Meinung beigepflichtet haben, daß die Zweiteilung der Monarchie auf beiden Seiten einen Zustand der Befriedigung und des gegenseitigen Vertrauens schaffen und ein freundschaftliches Zusammenrücken, ein innigeres Sich-aneinanderschließen vorbereiten werde. So teilnahmvoll Fischhof auch bei allen Sonderbedürfnissen und Sonderinteressen verweilte, so sorgfältig er sie auf ihre psychologische, historische oder materielle Berechtigung prüfte: die Einheit des Ganzen war ihm teuer; nie verlor er sie aus dem Blicke. „Nur wenn die zwei Reichshälften ohne ihre Rechte aufzugeben sich enge aneinanderschließen, fördern sie ihre Freiheit, konsolidieren sie das Reich,"[1]) rief er im November 1867 aus, und damit verlieh er einer Überzeugung Ausdruck, die in ihm unwandelbar lebte.

[1]) „Neue Freie Presse", Nr. 1158. Wien 1867. (Fischhofs Artikel: „Eine Verfassungslücke.")

Fischhof sah also wohl voll Optimismus in die Zukunft. Darin unterschied er sich von Moritz v. Kaiserfeld, der das Glück hatte, daß seine hoch zu veranschlagenden Verdienste um die Herbeiführung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches — vor mehr als 40 Jahren ein gewaltiger Fortschritt — allgemein anerkannt wurden, während man die Bemühungen Fischhofs bisher nicht zu würdigen wußte. Kaiserfeld war später als die beiden Verfasser der kleinen theoretisch bahnbrechenden Broschüre aus dem Jahre 1861 für den Dualismus eingetreten. Im April dieses Jahres hatte er im steirischen Landtage noch die Ansicht jener geteilt, die der Rechtverwirkungstheorie anhingen und den Reichszentralismus verteidigten. Nachher kämpfte er großzügig für eine bessere Überzeugung; nicht als schwankender Politiker, sondern als Mann, der zu lernen verstand. Als jedoch das Elaborat des ungarischen Subkomitees vorlag, überkamen ihn pessimistische Anwandlungen. „Ich selbst gehöre nicht zu den Bewunderern des 1865er Elaborats" — schrieb er einem Bekannten — „und ich gebe mich insbesondere über die Zukunft, zu der es führen wird, schwerlich einer Täuschung hin, wenn ich sage: die gänzliche Trennung ist eher das Ende dieses Versuches, als die Verschmelzung."[1])

Wer hat recht behalten? Die Gegenwart gestattet kein Urteil; die Zukunft wird erst die Frage beantworten können. Bisher haben in Ungarn die Volksmassen noch gar nicht mitzusprechen vermocht, und man weiß nicht, wie sie denken und wohin sie wollen.

II. Der Kampf um Österreich

Der nachdenkliche Kaiser Marcus Aurelius Antoninus schrieb in seinen weisen Selbstbetrachtungen, daß es lächerlich und ein Fremdling in der Welt sein hieße, wenn man über irgend ein Ereignis im Leben staunen wollte. Alles läßt sich eben bei eindringlicherer Untersuchung erklären, nichts vollzieht sich ohne inneren Zusammenhang. Die eine Erscheinung wächst gleichsam aus der anderen Erscheinung heraus, und die Aufgabe des

---

[1]) F. v. Krones, „Moritz v. Kaiserfeld", S. 172 und 258. Leipzig 1888.

prüfenden Beobachters besteht darin, die Gesetze der Logik aufzudecken, die selbst in den wirrsten, krausesten und scheinbar ganz unlogischen Ereignissen zutage treten. Was für den Einzelmenschen gilt, beherrscht auch die Entwicklung der Völker und Staaten. Es ist gewiß sehr überraschend, daß die Habsburger Monarchie, die heil und aufrecht aus den größten Fährlichkeiten hervorging, die alle Erschütterungen der religiösen Krisen im Innern, die Gefahren der osmanischen Eroberungszüge und die Schicksalsschläge der Napoleonischen Epoche standhaft überdauerte, in den letzten Jahrzehnten schwer und nachhaltig unter Sonderwünschen und nationalen Gegnerschaften zu leiden hat, die wahrlich geringfügig erscheinen, wenn man sie mit den welthistorischen Begebenheiten vergangener Zeiten vergleicht. Allein das tatenlose Erstaunen führt zu nichts. Man muß vielmehr den Verwicklungen und Konflikten, die aus dem Beisammenleben der verschiedensten Völker entsprangen, vorurteilslos auf den Grund sehen. Vielleicht stellt sich dann heraus, daß das, was früher als eigenwillige Zanksucht, als kleinlicher Ehrgeiz, als ungestüme Frivolität gelten mochte, tiefer liegende Ursachen habe. Und vielleicht gewinnt man den Eindruck, daß die Schuld an den sorgenbringenden politischen Unzukömmlichkeiten weniger die Menschen und Völker als die Einrichtungen treffe, unter denen sich ihr Dasein vollziehen muß. Für den praktischen Politiker und für den politischen Theoretiker würde sich dann freilich die Notwendigkeit ergeben, statt in nutzlose Vorwürfe einzustimmen, mit fruchtbaren Verbesserungsvorschlägen hervorzurücken.

In den vielen Jahrhunderten der absolutistischen Periode hat man den Begriff der Volkspolitik gar nicht gekannt. Da es fast keine Bewegungsfreiheit gab, konnten die Massen der Bevölkerung nicht hin und her fluten. Man war an die Scholle gebunden und fügte sich den Verhältnissen willig ein, die an Ort und Stelle vorwalteten. Erst in der Josephinischen Epoche fiel der Blick der Herrschenden wohlwollend auf die rechtlosen Untertanen. Das Volkskaisertum erstand für kurze Zeit, aber es war zugleich ein Nationalkaisertum. Die Germanisierungsbestrebungen berührten allerdings die breiten Massen kaum;

sie wurden nur den Oberschichten der Bevölkerung, den Intellektuellen, stärker fühlbar. Aber jede Aktion erzeugt eine Reaktion. Die Erfahrung, die in den wenigen Jahren der Regierung Joseph II. in nationaler Hinsicht gesammelt wurde, und das freudige Erwachen des deutschen Volkes in den Tagen der Kämpfe gegen Napoleon führte dazu, daß sich am Anfange des vorigen Jahrhunderts einflußreiche Männer in allen Nationen Österreichs fanden, die sich der oft fast versunkenen und vergessenen Nationalgeschichte liebevoll erinnerten, die sich der schärferen Herausarbeitung der verblaßten völkischen Eigentümlichkeiten widmeten und die vor allem der geringe geachteten Muttersprache zu neuem Ansehen zu verhelfen suchten. Doch in der vormärzlichen Zeit duldete man in den österreichischen Erbländern keine politische Regung. Die nationalen Regenerationsarbeiten hielten sich in den Grenzen kultureller Bestrebungen. Zukunftshoffnungen wurden nicht auf der politischen Tribüne ausgesprochen, sondern in gelehrten Werken und in sehnsuchtsschweren poetischen Dichtungen zum Ausdrucke gebracht. Österreich blieb nach wie vor ein deutscher Staat, obwohl auf seinem Boden gar viele Völker gediehen und obwohl es die Regierung zeitweilig für förderlich hielt, dem einen oder andern Volksstamme einen Gunstbeweis zu erbringen. Dabei scheute man sich durchaus nicht vor Widersprüchen und bevorzugte zum Beispiele die Italiener in Dalmatien, während man die nationale Bewegung in Italien argwöhnisch unterdrückte. Immerhin konnte der schreiblustige Franz Schuselka wenige Jahre vor der Revolution noch ausrufen: „Österreich ist deutsch!", und das, nachdem er die Verhältnisse in den nichtdeutschen Provinzen einer Prüfung unterzogen hatte[1]).

Das Jahr 1848 löste die Zungen. Der Ruf nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit dröhnte in allen Sprachen durch die Monarchie. Diese Losung wurde ganz allgemein aufgefaßt. Man könnte fast sagen: wörtlich genommen. Bald aber erfolgte ihre Übersetzung ins Österreichische. Der Begriff Gleichheit wurde hin und her gedreht; erst verstanden die Tschechen unter Gleichheit

---

[1]) „Ist Österreich deutsch?" Leipzig 1843. (Anonym erschienen.)

die gleichen Rechte für die beiden Völker in Böhmen und Mähren, doch nach einiger Zeit ging man schon so weit, die Gleichheit bis zur Ungleichheit zu verrenken, indem man meinte, die Tschechen seien den Deutschen in den beiden Provinzen ziffermäßig weit überlegen und es könnte daher nur billig sein, wenn sie für sich ein größeres Maß von Rechten beanspruchten[1]). Wie im Gebirge nach einem heftigen Regengusse plötzlich hundert Rinnsale voll werden und die Fluten talabwärts schicken, so quoll im Jahre 1848 mit einem Male an den verschiedensten Stellen des Reiches politische und nationale Begehrlichkeit hervor. Man vernahm so viele Sonderwünsche, daß man sich schließlich bange fragte, ob es möglich sein werde, da einen Gesamtwillen herzustellen, wo sich alles in die kleinsten Gruppen auflöste und von Trennungsgelüsten bestimmen ließ. Aber im Kremsierer Verfassungsausschusse vermochte man doch der vielen widerspruchsvollen Programme dadurch Herr zu werden, daß man im Konstitutionsentwurfe ein neues Programm aufstellte, das von allen anerkannt werden konnte, weil es allen die gewünschten Existenzbedingungen in auskömmlicher Weise verbürgte. Die Verwirklichung dieser vom Volke und für das Volk entworfenen Charte wäre zu schön gewesen — es hat nicht sollen sein. . . .

In der a b s o l u t i s t i s c h e n Ä r a, die nun wieder anbrach, erstarben die zarten Blüten des nationalen Lebens sehr rasch. Österreich repräsentierte sich nach außen hin abermals als deutscher Staat. Doch der faltige Umwurf konnte die wahre Gestalt des Körpers nur verhüllen, er berührte jedoch nicht die eigentümliche Zusammensetzung. Auf sie mußte jetzt sogar stärker Rücksicht genommen werden als früher, weil die Staatsverwaltung und die staatliche Gerichtsbarkeit, die in der Zeit der gutsherrlichen Rechte meistens nur die oberen Instanzen umfaßte, nun auch die unterste Stufe umklammerte, so daß der Staat vielfach zum ersten Male mit der Bevölkerung in direkte Berührung trat. Das gleiche Prinzip galt für das Erziehungswesen. In den Volksschulen wurde die Muttersprache der Schüler als Unter-

[1]) „Österreichisches Staatswörterbuch", 2. Aufl. Bd. III. Wien 1906. („Nationalitäten" von Alfred Fischl.)

richtssprache benutzt, während man in den höheren Lehranstalten das Augenmerk auf die Gewinnung deutscher Beamter richtete. Das Jahr 1859 bildete einen Wendepunkt. Im Juli erfolgte eine kaiserliche Entschließung, durch die die Landessprachen auch an den Mittelschulen zur Geltung gebracht wurden. Damit erschien das frühere Privilegium des deutschen Idioms als Unterrichtssprache durchbrochen.

„Das Volk war stumm und die Regierung taub, bis eines Tages der Kanonendonner von Solferino tief erschütternd dröhnte" — schrieb Adolf Fischhof[1]) — „und der Regierung ihr Gehör und dem Volke wieder seine Sprache gab. Man fing nun an, sich gegenseitig ein wenig zu verstehen; die Völker erhielten in Anerkennung ihrer mühevollen und kostspieligen staatsrechtlichen Studien und als Lohn für die überstandenen strengen Prüfungen ein Diplom: das Diplom vom 20. Oktober 1860. Große Unzufriedenheit unter den Deutschen, die darin nicht die Freiheit fanden, hingegen nicht geringe Befriedigung im Lager der Slawen, die in demselben die Idee der Reichseinheit und des Föderalismus verwirklicht sahen. Sie atmeten wieder auf, dachten sich der deutschen Vormundschaft entrückt und blickten hoffnungsvoll in die Zukunft. Neue bittere Enttäuschung! Im Kampfe der Nationalitäten siegten die Deutschen, und die Trophäe dieses Sieges war ihr Freiheitspatent, das Patent vom 26. Februar 1861. Die Slawen fühlten sich verletzt, und ganz besonders und mit Recht erbittert waren die Tschechen, denn ein erkünsteltes Wahlgesetz brachte sie, die in Böhmen drei Fünftel und in Mähren drei Viertel der Bevölkerung bilden, den Deutschen gegenüber in Nachteil, was sie um so schmerzlicher empfanden, als die pittoreske Abwechslung, die der ruthenische Bauernkittel dem Bilde des hohen Reichsrates verlieh, nur zu sehr verriet, daß das Motiv ihrer Hintansetzung anderswo als im Interesse für höhere Kultur zu suchen war. ... Mehrere Jahre verflossen, und wieder sollten den Tschechen einige Tage der Freude gegönnt sein. Die Tatsachen waren stärker geworden als die Schmerlingsche Fiktion, die Tage des Februarpatents waren gezählt. Schmerling fiel, und sein Nachfolger Belcredi sistierte die Verfassung. Jetzt war die Reihe des Trauerns an die Deutschen gekommen. Diese waren nichts weniger als schwärmerische Anhänger des Februarstaates, dessen enges Portal der Freiheit zu wenig und dessen zahlreiche Hinterpförtchen der Willkür zu viel Einlaß gestatteten; aber es war ein Rechtsboden, ein unterhöhlter und unterwaschener zwar, jedoch der beste, weil der einzige. Die Slawen jubelten, sie träumten von einer neuen pragmatischen Sanktion, von der Lösung der Verfassungswirren durch die Landtage. Die Tschechen hatten schon gegen Ende der Schmerlingschen Verwaltung durch den willkommenen Zuwachs der Stimmen der Feudalen die Majorität im böhmischen

[1]) Adolf Fischhof, „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes", S. 45 ff. Wien 1869.

Landtage erlangt und die Flitterwochen ihrer Landtagsherrschaft dazu benutzt, ein Sprachenzwangsgesetz zu votieren. Im Besitze der Landtagsmajorität hofften sie wieder Macht und Einfluß zu erlangen. Der Krieg im Jahre 1866 brachte ihnen wohl harte Bedrängnisse; dafür befreite sie jedoch der Prager Friedensschluß vom Alp der deutschen Einheit, und als am 2. Januar 1867 der außerordentliche Reichsrat einberufen wurde, standen sie im Zenith ihres Glückes. Im böhmischen und mährischen Landtage eine ansehnliche Mehrheit bildend, mit den Polen, Slowenen und Deutschtirolern im Hasse gegen die Februarverfassung übereinstimmend, konnten sie hoffen, im außerordentlichen Reichsrate das bisher von den Deutschen okkupierte Terrain zu gewinnen und einerseits im Bunde mit den übrigen Slawen den Zentralismus und anderseits im Vereine mit den Zentralisten den Dualismus erfolgreich zu bekämpfen. Aber sie sollten das gelobte Land des außerordentlichen Reichsrates, das so schön vor ihren Blicken ausgebreitet lag, nicht betreten, und was den Schmerz noch brennender machte: ein Deutscher aus der Fremde war es, der ihnen den Weg dazu verrammelte. Der ordentliche Reichsrat wurde einberufen; die Neuwahlen in Böhmen und Mähren, bei denen durch große Anstrengungen und hohe Einflüsse einige aristokratische Stimmen den Deutschen zugeführt wurden, brachte die Tschechen wieder in die Minorität. Sie zogen sich grollend zurück. ..."

Die Februarverfassung hatte keine wohltuende Beruhigung und Festigung der Verhältnisse mit sich gebracht; alles blieb im Flusse, und die Ungewißheit wurde in Permanenz erklärt. Das Abgeordnetenhaus des Reichsrates war von den Landtagen abhängig, und die Struktur der Landtage wieder bestimmte nicht das Volk, nicht einmal der enge Kreis der bürgerlichen Privilegierten, sondern die ganz dünne Schichte der Adelswähler in der Großgrundbesitzerkurie, die ihre Direktiven willfährig vom Hofe entgegennahm. Der Monarch aber und seine nächste Umgebung schwankten, und deshalb konnten die Völker heute nicht wissen, wie morgen Sonne und Schatten verteilt sein würden. Diese peinliche Ungewißheit berührte nicht bloß die Stimmungen und die Phantasiewelt der Nationen; durch das Schwanken wurden die Völker in ihren Tiefen aufgerüttelt. Das nationale Leben war eben schon aus seinen ursprünglichen primitiven Formen herausgesprungen und kompliziert und vielgestaltig geworden. Die Schmerlingsche Periode, die man kurzweg als eine Zeit der Zentralisationsbestrebungen bezeichnet und die man sich ganz von Germanisationsbemühungen ausgefüllt denkt, war für die nichtdeutschen Völker

Österreichs in Wirklichkeit eine Epoche der angestrengten und erfolgreichen Kampfesvorbereitungen gewesen. Immer deutlicher schieden sich die Nationen voneinander ab. Bald konnte es nicht mehr geschehen, daß ein Mann wie der tüchtige Historiker Anton Springer, dessen Muttersprache eine slawische Mundart war, sich später als deutscher Vollbürger fühlte[1]), daß man einem Professor wie Leopold v. Hasner gleichzeitig eine Kandidatur von seiten einer deutschen und einer tschechischen Partei anbot[2]), oder daß ein Politiker wie Sladkowsky, der voll Opfermut für die tschechische Sache focht, in einem Vertretungskörper auszurufen vermochte: „Ich habe die Ehre, Abgeordneter eines deutschen Bezirkes zu sein!"[3]) In den Landtagssälen setzten die einzelnen Volksstämme die Gleichberechtigung mit den Deutschen durch; ihre Vertreter bedienten sich meistens der Muttersprache, obwohl sich beispielsweise Graf Nostitz, der Landmarschall des böhmischen Landtages, im Jahre 1861 noch entschuldigen mußte, weil er der tschechischen Sprache nicht mächtig war. Zur Zeit Schmerlings schufen sich die emsigen kleinen Nationen unter Zustimmung, ja unter Förderung der Regierung völkische Zentralvereine, die als Sammelpunkte und als Schutzstätten für die Kulturbestrebungen galten. Hatten sogar die Tschechen am Beginne der Verfassungsära keine brauchbare politische Presse gehabt, so gründeten jetzt selbst die kleinen Volksstämme ihre nationalen Organe, die trotz der Verfolgungen durch beschränkte Staatsanwälte und vielleicht gerade infolge der Drangsalierungen gediehen. Die Tschechen beherrschten den Prager Gemeinderat erst vom Anfange der sechziger Jahre an. Aber wie rüstig wurde damals national gearbeitet! Es entstanden in Prag Sängervereine und Turnvereine, die rasch Nachahmung fanden und sich über das Land verbreiteten[4]). Die nationale Aufrichtungstätigkeit hörte auf, das Vorrecht oder die Sorge der wenigen zu sein; immer größer

---

[1]) Anton Springer, „Aus meinem Leben". Berlin 1892.
[2]) Leopold v. Hasner, „Denkwürdigkeiten", S. 60 ff. Stuttgart 1892.
[3]) „Verhandlungsprotokolle des böhmischen Landtages". Siebenundzwanzigste Sitzung der zweiten Session, S. 784. Prag 1861.
[4]) Ernest Denis, „La Bohème depuis La Montagne Blanche", Bd. II, S. 441 ff. Paris 1903.

wurde die Zahl derer, die an dem schwierigen Werke hingebungsvoll schufen.

Zur mühereichen Arbeit kamen verschiedene Umstände helfend hinzu, ohne die der praktische Gewinn nicht so groß, die nachhaltige Wirkung nicht so tief gewesen wäre. Durch die Einführung der Gewerbefreiheit wurde die Vorherrschaft der Deutschen im Handwerke gebrochen; die nationalen Verhältnisse im Gewerbestande erfuhren eine vollständige Umwandlung. Im Staatsdienste stieg der Bedarf an Beamten, die mit der nichtdeutschen Landessprache vertraut waren, weil die Geschäfte der ersten Instanz stark zunahmen und weil die Bevölkerung nun ausgiebigeren Gebrauch von ihrem Rechte machte, sich der Muttersprache zu bedienen. Da die Deutschen sich nicht entschließen wollten, ein slawisches Idiom zu erlernen, waren die Studenten aus den slawischen Volkskreisen, die sich zu besseren Lebensstellungen emporzuringen suchten, im Vorteile. Mit der wachsenden Verbreitung der Presse, mit dem Aufschwunge der nationalen Literaturen und mit der raschen Entwicklung der politisch-nationalen Tätigkeit hörten die nichtdeutschen Idiome allmählich auf, als Sprachen zweiter oder dritter Güte betrachtet zu werden; die Intelligenz und der Mittelstand zögerten nicht mehr, die einstigen „Bauernsprachen" zu benutzen. Die rege nationale Arbeit riß besonders die Jugend hin, die voll Leidenschaft der neuen Strömung folgte. Wohl wurde in der Zeit Schmerlings in der französischen Kammer von der Freiheit „wie in Österreich" gesprochen, aber die Wirkung in die Ferne ist oft eine andere als die Wirkung in der Nähe. In Österreich war die Freiheit nur ein oft gebrauchtes Schlagwort, denn die Gendarmen und Polizisten sorgten dafür, daß man von der Freiheit keinen freien Gebrauch machte. Die politische, journalistische und nationale Betätigung führte in vielen Fällen ins Gefängnis; die aufstrebenden Völker hatten bald ihre kleinen Märtyrer, die gefeiert wurden und deren Verherrlichung mächtig anspornte. In dem Hexenkessel der nationalen Politik kam es nie zur Ruhe; da man sich immer verkürzt fühlte, hatte man stets Grund zu klagen und zu wünschen, ebenso wie es nie an reichlichem Stoff zur Diskussion gebrach. Die Schaukelpolitik, die

die Völker abwechselnd in der Gunst steigen oder in die Tiefe der Mißgunst sinken ließ, tat das übrige.

Als die Krone mit den Magyaren Friedensverhandlungen anknüpfte, gaben sich die österreichischen Slawen freundlichen Erwartungen hin. Die Tschechen hatten schon längst ihr dunkles Staatsrecht ausgegraben und ihre Forderungen von moderigen Dokumenten abgeleitet. Derselbe Franz Palacky, der im Kremsierer Verfassungsausschusse verständig ausgerufen hatte, daß er die lebende Geschichte der pergamentenen vorziehe[1]), bezeichnete nicht ganz zwei Jahrzehnte nachher seine einstige Ansicht und seinen einstigen Antrag „als nicht nur unpraktisch, sondern sogar als unmöglich". Er bekannte sich zu den historisch-politischen Individualitäten, zum böhmischen Staatsrechte, weil er nicht genug Ideologe zu sein meinte „ein politisches Programm, und wäre es das heilsamste, sozusagen 98 Prozent der öffentlichen Meinung zum Trotze" durchzuführen[2]). Gleich den Tschechen entwickelten auch die Polen ihre Sonderwünsche, und wie die beiden größeren slawischen Völker brummten, so summten die kleineren und jugendlicheren Nationen. Während in der östlichen Reichshälfte neben den Magyaren bloß die Kroaten ein größeres Maß von völkischen Rechten tatsächlich genießen sollten, schnitten im westlichen Reichsteile lediglich die Polen gut ab. Ihnen wandte sich die Gunst der deutschen Staatsmänner zu, obwohl das Jahr 1863 betrüblich gezeigt hatte, daß die Polen Galiziens nicht zu fest mit dem Staate verwachsen waren. Die einseitige Begünstigung dieses Volkes verstärkte den Grimm der Tschechen; im Oktober 1868 mußte über Prag und Umgebung der Ausnahmezustand verhängt werden. Alle slawischen und romanischen Völker Österreichs fühlten sich unbehaglich, und selbst die Polen gaben sich mit dem erreichten Vorteile nicht zufrieden, sondern strebten nach mehr.

Auch der Deutschen bemächtigte sich keine frohe Laune. Sie konnten sich ihres Besitzes nicht freuen, weil sie dessen Dauer nicht kannten; sie hörten, wie täglich neue Forderungen auf-

---

[1]) Anton Springer, „Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstage 1848/49", S. 34. Leipzig 1885.

[2]) Franz Palacky, „Österreichs Staatsidee", S. 37. Prag 1866.

tauchten, sie sahen, wie verschiedene Positionen teils schon verloren gingen, teils erschüttert wurden, und fühlten sich bei aller Bewegungsfreiheit eingeengt, bei aller Macht bedroht. Dabei lähmte die besorgniserregende Ungewißheit, ob man am Ende des Chaos oder am Anfange der Auflösung stehe, so daß es an Mut gebrach, frisch zu handeln.

Adolf Fischhof hat in dieser Zeit seinen politischen Scharfblick aufs neue gezeigt. Während andere unentschlossen räsonierten oder ganz allgemein gehaltene und teils unerfüllbare Programme aufstellten, verließ er nicht die Grenzen der staatsmännischen Klugheit. Durch die Erinnerungen an seine Jugenderfahrungen blieb Fischhof davor geschützt, die Bedeutung politisch werdender Nationen zu unterschätzen; er hatte die Überzeugung, daß die Deutschen nicht dauernd imstande sein würden, dem Ansturme im Norden und Süden siegreich zu trotzen, zumal da die aufstrebenden Völker, die sich nach Licht, Luft und eigenem Boden sehnten, das moralische Recht für sich hatten. Da mußte es wohl am klügsten sein, den sich vorbereitenden schweren Kämpfen durch eine friedliche Versöhnung zuvorzukommen und einträchtlich und planvoll zu ordnen, was sonst im rauhen Streite entschieden werden würde. Fischhof erkannte die feine Mechanik der Wechselwirkungen; ihn überraschte es nicht, daß die politische Befreiung die Wünsche nach nationaler Freiheit zum Aufkeimen brachte; er erklärte sich die Abstinenzpolitik der einen, die Opposition und das Schmollen der anderen, indem er die Verfassungseinrichtungen betrachtete und in ihrer Unzulänglichkeit erfaßte. Vor allem aber empfand er die mangelhafte Entwicklung des nationalen Rechtes drückend, die in der Gesetzgebung eine klaffende Lücke zeitigte.

Am 19. Juni 1867 hatte im cisleithanischen Abgeordnetenhause die erste Lesung der vier Gesetzentwürfe stattgefunden, die von der Regierung eingebracht worden waren. Drei Vorlagen erschienen zur Durchführung des Ausgleiches mit Ungarn notwendig; eine vierte Vorlage sollte die Verantwortlichkeit der österreichischen Minister regeln. Das wegen der Abwesenheit der Tschechen lückenhafte Parlament betraute einen Ausschuß mit der schleunigsten Beratung über die Modali-

täten für die geeignete Behandlung der Gesetzentwürfe und mit der ungesäumten Berichterstattung hierüber. In zwei Tagen wurde bereits der Vorschlag unterbreitet, die vier Gesetzentwürfe der Regierung einem aus 36 Mitgliedern zu bildenden Ausschusse zuzuweisen, was auch geschah. Der Verfassungsausschuß, dessen Obmann der deutschzentralistische Baron Pratobevera und dessen stellvertretender Vorsitzender Dr. v. Kaiserfeld wurde, beschränkte sich nicht auf die Durchbesprechung der vier Elaborate, sondern arbeitete aus eigenem Antriebe sechs Gesetzentwürfe aus, die im Wesen auch Gesetzeskraft erlangten. Als der Verfassungsausschuß zusammentrat, gab man sich der verlockenden Hoffnung hin, daß die 36 Abgeordneten den Neubau Österreichs in würdiger und vollkommener Weise in Angriff nehmen würden. Was die Februarverfassung nicht gebracht hatte, sollten die neuen Grundgesetze inaugurieren: die zweckmäßige Einrichtung des Staates, die teilnahmsvolle und gerechte Berücksichtigung aller Nationen und die weitherzigere Beachtung der Volksinteressen. Im Laufe der wenigen Monate, die der Tätigkeit des Verfassungsausschusses eingeräumt waren, schrumpften jedoch die utopischen Erwartungen zusammen; Nüchternheit, um nicht zu sagen Ernüchterung, trat ein. Eine illusorische Annahme aber, die durch die dringenden Bedürfnisse diktiert wurde, wollte nicht schwinden. Selbst als das Abgeordnetenhaus sich bereits rüstig mit den Gesetzentwürfen beschäftigte, die der Verfassungsausschuß als Ergebnis seiner Beratungen über die Revision der Verfassung vorgelegt hatte, huschte noch das Gerücht durch die Zeitungen, daß dem Parlamente in der nächsten Zeit ein Nationalitätengesetzentwurf zugehen werde[1]). Was man von den 36 Männern vergeblich erhoffte, sollte nun der privaten Initiative sein Entstehen verdanken.

Auch Fischhof hatte bestimmt damit gerechnet, daß der Verfassungsausschuß sich erfolgreich bemühen werde, die Daseinsbedingungen für das Zusammenleben der Völker zu verbessern, um so den Staat durch die Begründung der Eintracht im Innern zur Blüte zu bringen und nach außen hin zu stärken. Darum

[1]) „Telegraph". Graz 1867, 17. Okt. usw.

beeilte er sich, einen Gesetzentwurf über das Recht der Nationalitäten zu verfassen. Er beabsichtigte die goldene Mittelstraße zu zeigen, auf der sich die Politiker mit einander schroff gegenüberstehenden Ansichten begegnen könnten und auf der das Einverständnis zwischen den gerecht denkenden und versöhnungsbereiten Zentralisten, Autonomisten und Föderalisten herzustellen wäre. Demselben Zwecke diente ein Gesetzentwurf über die Autonomie in den verschiedensten Wirkungsgebieten. Beide Elaborate waren bestimmt, als vertrauliche Vorschläge im Kreise der führenden Parlamentarier zu zirkulieren, und als die Prager „Politik" einen Auszug aus dem zuerst genannten Gesetzentwurfe veröffentlichte, schrieb Fischhof seinem bewährten Vertrauensmanne und Mitarbeiter Wengraf — der unterdessen nach Wien übergesiedelt war, um später an die Spitze der „Konstitutionellen Vorstadtzeitung" zu treten —, daß ihm nichts ärgerlicher hätte sein können als die Indiskretion[1]) des deutsch geschriebenen Organes der Tschechen.

Am 23. August 1867 äußerte sich Fischhof in einem Briefe an Wengraf, daß er durch die große Hitze sehr abgespannt sei und sich zu nichts weniger als zur Arbeit aufgelegt fühle. Dennoch habe er das Nationalitätengesetz nach dem Muster der ungarischen Vorschläge entworfen. Drei Tage später übersandte Fischhof seinem Freunde Wengraf die fertige Skizze und ein Blatt, das den eben publizierten ungarischen Nationalitätengesetzentwurf enthielt. Daraus werde der Empfänger ersehen, daß sich der Autor „die Arbeit nicht gar zu leicht gemacht habe".

„In der Textierung und Anordnung" — meinte Fischhof — „wäre vieles zu verbessern, aber der Zweck, den der Entwurf erreichen soll, nämlich ein Substrat des Ideenaustausches zu bilden, ist er wohl zu erfüllen geeignet. Ich bitte davon mehrere Abschriften machen zu lassen und eine Kaiserfeld, die andere Dr. Ziemialkowski[2]) im Vertrauen zu zeigen und sie um ihre Bemerkungen zu ersuchen. Smreker soll zwei andere Abschriften an Dr. Toman[3]) und an einen der Tschechenführer im Vertrauen gelangen lassen und ihre Ansichten kennen lernen."

[1]) Fischhofs Brief an Wengraf. 5. Okt. 1867.

[2]) Polnischer Reichsratsabgeordneter und Mitglied des Verfassungsausschusses; später Minister.

[3]) Slowenischer Reichsratsabgeordneter und Mitglied des Verfassungsausschusses.

Fischhofs Nationalitätengesetzentwurf, der in der innerpolitischen Geschichte Österreichs eine große Rolle gespielt hat, ist in seiner ersten Fassung nicht erhalten. Im Nachlasse Franz Ladislaus Riegers wurde eine Umarbeitung angetroffen, die nicht mehr 45 Artikel, wie die erste Niederschrift, sondern nur mehr 38 wahrscheinlich präziser gefaßte Paragraphen enthält und die frühestens einige Monate nach dem ersten Texte entstanden sein kann, weil sie auf eine Broschüre Bezug nimmt, die erst im Frühjahr 1868 herausgekommen ist. Wir lassen die verbesserte Ausgabe im Anhange folgen[1]). Die erste Niederschrift kennen wir nur aus der auszugsweisen Veröffentlichung in der „Politik"[2]), die aber inhaltlich wenig befriedigt, da sie über wichtige Partien des Elaborats hinwegspringt und in der verkürzten Wiedergabe der anderen Stellen nicht immer das Richtige trifft. Fischhofs Nationalitätengesetzentwurf nahm auf die ganze westliche Reichshälfte Bedacht. Als Basis können zwei Bestimmungen angesehen werden: 1. Die Schaffung möglichst national einsprachiger Bezirke und 2. die Festsetzung, daß sich die Behörden der Königreiche und Länder im Verkehre mit den Zentralbehörden der deutschen Sprache zu bedienen haben, „weil diese im internationalen Verkehre am geeignetsten ist". Der Gesetzentwurf zerfällt in vier Teile, indem er zuerst die Rechte auf dem Gebiete der Verwaltung, dann auf dem der Justiz, ferner auf dem der Schule regelt und endlich Bestimmungen zum Schutze der nationalen Rechte auf dem Gebiete der Legislative schafft.

Die Artikel 1—21 befassen sich mit dem nationalen Rechte in der Verwaltung. Hier wird nach den Angaben der „Politik" der Grundsatz durchgeführt, daß jeder mündliche oder schriftliche Bescheid einer Verwaltungsbehörde in der Sprache der ansuchenden Partei erfolgen müsse. Die innere Geschäftssprache der Behörden ist dort, wo nur eine Nation seßhaft ist, die Sprache der Bevölkerung. In gemischtsprachigen Gebieten gilt die Sprache der Bevölkerungsmehrheit als innere Geschäftssprache. Die koordinierten Behörden eines Landes bedienen sich im Verkehre miteinander, wenn sie gleichsprachig sind,

---

[1]) Siehe Anhang Nr. II.

[2]) „Politik". Prag 1867, 2. Okt. („Der Nationalitätengesetzentwurf von Fischhof".)

der gemeinsamen Sprache, wenn sie verschiedene innere Amtssprachen haben, der Sprache jener Behörde, an die sie sich wenden. Im Verkehre einer unteren Behörde mit einer höheren und umgekehrt kommt die Sprache der unteren Behörde zur Anwendung. Artikel 10 sagt: Mit den Reichsbehörden verkehren die Behörden der Länder in der deutschen Sprache. Artikel 11 ordnet die nationale Abgrenzung der Bezirke an.

Die Artikel 12 bis 21 befassen sich mit einer neuen Institution. Zum Schutze der nationalen Rechte und Interessen gegenüber den Organen der Verwaltung soll im Zentrum des Reiches der obersten Exekutivgewalt ein nationaler Rat beigegeben werden. Dessen Mitglieder hätten „hervorragende und unabhängige Männer aus jeder Nation zu sein, die zur Hälfte von der Krone ernannt, zur Hälfte von den nationalen Vertretungen gewählt werden würden. Die Mitglieder des nationalen Rates kämen im Range unmittelbar nach den Ministern und dürften neben ihrer Stelle kein anderes Amt versehen. Der nationale Rat hätte auf Verlangen der Minister oder auf eigene Initiative Gutachten über Verwaltungsmaßregeln, soweit sie nationale Interessen berühren, zu erstatten, Klagen wegen Verletzung nationaler Rechte entgegenzunehmen und der Regierung vorzulegen. Wenn diese nichts zur Abhilfe täte, müßte der nationale Rat beim Reichsgerichte einschreiten. Die Regierung hätte alle nationale Rechte berührenden Gesetzentwürfe mit dem Gutachten des nationalen Rates dem Reichsrate vorzulegen. Der nationale Rat wäre auch berufen, bei Streitigkeiten zwischen den Völkern als Schiedsgericht zu fungieren. ..."

Fischhof bemerkt zu diesem Vorschlage in einer Fußnote: „Wir dachten anfangs an die Ernennung von nationalen Ministern ohne Portefeuilles, aber bei reiflicher Überlegung kamen wir von dieser Idee ab. Nationale Minister würden die bei uns ohnehin erschwerte Bewegung der Exekutive noch mehr hemmen, den parlamentarischen Charakter derselben alterieren und deren Verantwortlichkeit abschwächen. Die dem Parteiengetriebe fernestehenden Mitglieder des nationalen Rates sind überdies verläßlichere Wächter der nationalen Rechte, als die in prekärer Stellung befindlichen und von der Tagesleidenschaft bewegten Nationalminister."

Über die Bestimmungen zum Schutze der nationalen Rechte auf dem Gebiete der Justiz spricht sich die „Politik" nicht weiter aus.

Für das Erziehungswesen sollten folgende Bestimmungen gelten: „An den Volks- und Mittelschulen wäre in der Sprache der Bevölkerung des betreffenden Bezirkes zu lehren. Da, wo mehr als eine Sprache üblich ist, soll in jeder derselben gelehrt werden, und zwar nach dem Vorhandensein von Schülern und Geldmitteln in Parallelklassen oder in getrennten Schulen." „Zur Förderung des geistigen und sozialen Verkehres zwischen den Nationen eines Landes wird Vorsorge getroffen, daß auch die (zweite) Landessprache, die nicht Unterrichtssprache ist, als nicht obligater Gegenstand gelehrt wird." (Artikel 30.) „Nationale Universitäten werden aus Reichsmitteln gegründet und erhalten." (Artikel 32.) Die Regierung sorgt auf jede Weise für die Förderung der Sprachen aller einheimischen Nationalitäten. Sie veranstaltet jährlich Preisausschreibungen für die besten schön-

geistigen und wissenschaftlichen Leistungen eines jeden Volkes auf literarischem Gebiete.

Am ausführlichsten wurde in der „Politik" jener Teil wiedergegeben, der von dem nationalen Rechte auf dem Gebiete der Legislative handelt. Artikel 35 sagt: vom Vertretungskörper der Ortsgemeinde bis hinauf zum Landtage ist die Gleichberechtigung der Sprache durchzuführen. Jedes Mitglied kann sich seiner Muttersprache bedienen. Die Protokolle werden, falls die nationale Minderheit wenigstens ein Fünftel der Bevölkerung vertritt, auch in der Sprache derselben geführt. Die Reichs- und Landesgesetze sind nach Artikel 36 in allen landesüblichen Sprachen zu publizieren. Artikel 37 bestimmt: In Landtagen, in denen mehrere Völker vertreten sind, hat die nationale Minderheit, wenn sie wenigstens ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Landes repräsentiert, das Recht, bei jedem Vorschlage, der in bezug auf die Sprache in Schule, Amt, Kirche und im öffentlichen Leben gestellt wird, eine getrennte Abstimmung nach Kurien zu verlangen. Bei der Abstimmung nach Kurien ist ein Vorschlag nur dann angenommen, wenn sich die Mehrheit jeder Kurie dafür entscheidet. (Artikel 38.) Der nächste Artikel setzt in bezug auf die Kurien fest: a) Die Abgeordneten national einheitlicher Bezirke gehören der Kurie an, die dem nationalen Charakter des Bezirkes entspricht; b) die Abgeordneten gemischtsprachiger Bezirke wählen die Kurie nach der Mehrheit ihrer Wähler und nach ihrem bei der Wahl abgelegten nationalen Bekenntnisse. Im Falle von Kuriatabstimmungen votieren die Inhaber von Virilstimmen und die Großgrundbesitzer separat. Der Modus wird im Artikel 40 fixiert. Die Wahl in den Landesausschuß wird, falls die in der Minderheit befindliche Nationalität mindestens ein Fünftel der Landesbevölkerung ausmacht, so vorgenommen, daß erst die drei Wählerklassen je ein Ausschußmitglied wählen. Der Rest der Landesausschußstellen ist von den nationalen Kurien im Verhältnisse zur Zahl ihrer eigenen Mitglieder zu vergeben.

Artikel 42 verfügt, daß das Wahlgesetz dahin abzuändern sei, daß die Großgrundbesitzer eines Kronlandes ihre Landtagsabgeordneten in Zukunft in mehreren Gruppen wählen. (Dadurch soll hintangehalten werden, daß die Minderheit der Großgrundbesitzer ganz ohne parlamentarische Vertretung bleibt, wie das in Böhmen und Mähren der Fall war.) Artikel 43 besagt: „Um die proportionale Vertretung der Nationalitäten jedes Landes auch im Reichsrate zu ermöglichen, ist eine Änderung des geltenden Wahlgesetzes vorzunehmen. Diese müßte darauf hinauslaufen, daß direkte Wahlen in das Abgeordnetenhaus des Reichsrates stattfinden, daß also die Reichsratsabgeordneten nicht mehr von den einzelnen Landtagen entsendet würden. Auch das Herrenhaus müßte so umgestaltet werden, daß ein Teil desselben aus Vertretern der großen Adelsgeschlechter und der andere Teil aus Repräsentanten der Königreiche und Länder bestünde. Im Paragraph 44 wird ausgedrückt, daß dann, wenn die Einführung der direkten Reichsratswahlen vorerst auf unüberwindliche Hindernisse stoßen sollte, die Landtage der gemischtsprachigen Länder die Wahlen in den Reichsrat nach nationalen Kurien vorzunehmen hätten. ..."

Als eine Erläuterung dieser Anregungen kann ein Brief betrachtet werden, den Fischhof am 27. August 1867 an Wengraf absandte.

„Anknüpfend an mein gestriges Schreiben, bemerke ich, daß meine Arbeit keine strenge systematische Ordnung, sondern eine übersichtliche Zusammenstellung der Bestimmungen zum Schutze der Nationalitäten beabsichtigt. Manches davon gehört in das Wahlgesetz und an andere Stellen, aber bei einer Aneinanderreihung der nötigen Schutzvorkehrungen durfte es nicht fehlen. Die Bestimmung, daß die Behörden der Länder mit der Reichsregierung (und umgekehrt) in deutscher Sprache verkehren müssen, wird Anstoß bei den Nationen erregen: sie erscheint mir aber unumgänglich notwendig. In den einzelnen Ländern, wo nur zwei Nationalitäten sind, kann man utraquistisch verwalten, aber eine polyglotte Verwaltung des vielsprachigen Reiches ist unmöglich. — In der Justiz könnte man leichter die sprachliche Gleichberechtigung in allen Instanzen durchführen, wenn man beim obersten Gerichtshofe nationale Senate errichtete. Sie können dies als Anmerkung meinem Entwurfe beifügen. — Ihre Bemerkungen über die Nationalminister habe ich gewürdigt. . . . Mein Nationalrat hat eine imposante Stellung, und die Position, die den Mitgliedern desselben lebenslänglich gesichert ist, wird auf die Nationalen eine größere Anziehungskraft haben als selbst ein Ministerposten. — Für die Abstimmung der Großgrundbesitzer bei den nationalen Kuriatvoten habe ich jetzt besser gesorgt als in einem früheren Entwurfe. Die Großgrundbesitzer sind nicht genötigt, einer Nationalkurie anzugehören. Der Abstimmungsmodus ist weit weniger kompliziert, und die Großgrundbesitzer legen ein gleiches Gewicht in die Wagschale des Votums jeder der beiden Kurien.

Auch im Exekutivorgan der nationalen Länder: im Landesausschusse, habe ich den Vertretern jeder Nationalität den verhältnismäßigen Einfluß gesichert.

Die Errichtung nationaler Universitäten wird ein großes Geschrei der Deutschen hervorrufen. Sie kennen mein Motiv und wissen, daß sie eine Maßregel von weittragender politischer Bedeutung wäre.

Ich bin, wie ich glaube, in meinem Entwurfe den Nationalitäten im vollsten Maße gerecht geworden und finde trotzdem nichts darin, was für den Staat bedenklich wäre. Nur nationale Intoleranz und Ungerechtigkeit bedrohen das Reich, Duldsamkeit und Gerechtigkeit werden es sicherstellen. In der Schweiz, deren Fläche kaum sieben Neuntel, deren Bevölkerung kaum die Hälfte der böhmischen beträgt, leben drei Nationalitäten bei voller Gleichberechtigung friedlich und glücklich nebeneinander; warum sollten die zwei Völker Böhmens sich bei gegenseitiger Achtung ihrer Rechte nicht wohlbefinden können? Wirft der Schweizer Bürger französischer oder italienischer Zunge sehnsüchtige Blicke nach Paris oder Florenz? Man lasse die Völker in Österreich sich so ungehemmt und freudig entwickeln wie in der Schweiz, und

Moskau wird aufhören, das Mekka der Slawen zu sein. Daß so einfache Wahrheiten bei uns von so wenigen Politikern begriffen werden, zeigt, wie sehr ihr Blick durch Leidenschaft getrübt ist. ...

Ich schreite nun ungesäumt zur Ausarbeitung des Entwurfs über die Autonomie der Länder. Meine geringe Kenntnis der administrativen Details wird mir hierbei manches Hindernis in den Weg legen. Dennoch will ich bis zur Hierherkunft Kaiserfelds fertig sein, dessen Urteil ich vernehmen und von dem ich die Korrektur der etwaigen Fehler vornehmen lassen möchte, da er viele administrative Kenntnisse besitzt.

Bin ich mit dieser trockenen Arbeit zu Ende, dann will ich die mich zunächst interessierende Broschüre über ‚Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes' schreiben. ..."

Zum Schlusse erinnert der Briefabsender daran, daß auch der Abgeordnete Edler v. Mende ein Exemplar des Gesetzentwurfes erhalten müsse.

Fischhof hatte sich in diesem Schreiben gleichsam vor sich selbst rechtfertigt, weil er wußte, daß die extrem Gesinnten hüben und drüben an seinen Vorschlägen entrüstet, besorgt oder nörgelnd Kritik üben würden. Wer politisch in der Mitte steht, muß es sich gefallen lassen, von links und rechts zu vernehmen, daß er zu viel, beziehungsweise zu wenig biete. Doch nur der Schwachmütige wird durch solche Erwägungen niedergedrückt; der aufrechte Politiker kennt seine Pflicht und gehorcht ihr. Während Fischhof schon bei seinem zweiten Entwurfe hielt, vermißte er noch immer die Antwort Wengrafs. Dem Befremden und der Besorgnis darüber gab er in einem Schreiben Ausdruck[1]), das manche beachtenswerte Bemerkung enthält.

„Bei Ziemialkowski wird die (erste) Arbeit wenig Beifall finden. Die Polen, wie alle Nationalitäten bei uns, kennen nur ihre Rechte; von Pflichten gegen andere Nationalitäten wollen sie durchaus nichts wissen. Nicht unterdrückt zu sein, genügt ihnen nicht; sie müssen, um glücklich zu sein, mindestens eine Nationalität haben, die sie unterdrücken. Man wird auf die Polen eine moralische Pression ausüben müssen.

Wenn ich das Treiben unserer großen und kleinen Politiker beobachte und die Journale lese, komme ich mir oft vor wie ein Narr, der die Idee hat, Österreich zu retten, während alle andern auf das harmonischste zusammenwirken, um es zu zertrümmern. Meine sorgfältig ausgetüftelten Elaborate über Gleichberechtigung erscheinen mir dann wie lächerliche Hirngespinste.

Kaiserfeld war heute längere Zeit bei mir. Als ich ihm beim Abschiede meine Hochachtung ausdrückte, sagte er in seiner bescheidenen

[1]) Brief Fischhofs an Wengraf. 30. August 1867.

Weise: ‚Wenn Sie mit dem Politiker nicht einverstanden sind, bewahren Sie Ihre Sympathie dem Menschen!‘ Darauf antwortete ich ihm: ‚Wie wollen Sie, daß ich mit Ihrer Politik einverstanden sei? In anderen Staaten weiß der Politiker, daß er es nicht allen recht machen könne, bei uns muß er darauf rechnen, daß er es allen nicht recht machen werde!‘

Ist es nicht so, mein teuerer Herr Wengraf? Selbst wenn unser völkerbeglückender Freund auf der Ministerbank säße, würden hämische Kritiker an seinem tadellosen politischen Teint einige Sommersprossen ausfindig machen. ..."

Der zweite von Adolf Fischhof verfaßte Gesetzentwurf liegt uns nicht vor. Wir können nur die Entstehungsgeschichte dieses Elaborats verfolgen. Am 31. August 1867 ging der dürftige Bericht an Wengraf ab, daß der „Entwurf über die Autonomie der Kronländer", soweit er sich auf die politische Verwaltung beziehe, schon am Tage vorher fertig gebracht wurde. Nun wollte Fischhof die Einleitung dazu beenden, die als Motivenbericht gedacht war. Nachher beabsichtigte er über die Autonomie in der „Justiz, in den Schulen, in der Finanzgebarung, in der Volkswirtschaft und in der Polizei" zu schreiben. Die Arbeit sollte dann Moritz v. Kaiserfeld vorgelegt werden, der versprochen hatte, die „Blößen zu decken". Am 4. September war der Entwurf vollendet. Fischhof sandte ihn mit folgendem Schreiben an Wengraf:

„... Das Elaborat enthält den Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Autonomie der Königreiche und Länder und einleitende Bemerkungen zu dem Teile desselben, der von der munizipalen Einrichtung der Bezirksgemeinde handelt. ...

Der Kreis hätte sich vielleicht besser zur Umwandlung in ein Munizipium geeignet, als der Bezirk; aus mancherlei Gründen und besonders aus dem Grunde, daß in demselben leichter die zur Bildung des Magistrats nötige Menge von Kapazitäten aufzufinden wäre. Aber der Bezirk ist das Bestehende, und die Nationalitäten sind in demselben noch leichter auseinanderzuhalten als in Kreisen. Übrigens könnte man zwei bis drei Bezirke zu einem Kreise zusammenlegen. Die Bezirksgemeinde würde dadurch aufgehoben. An ihre Stelle träte die Kreisgemeinde mit der Kreisvertretung und dem Kreismagistrate, und zwar der Kreisverweser mit seinen Stellvertretern (erster und zweiter Vizegespan) und die Bezirksverweser. An der Spitze des Kreises stünde der von der Krone ernannte Kreispräsident (Obergespan). ..."

Aus dieser Zeit sind uns einige Briefe erhalten, die zwischen Fischhof und dem ehemaligen Abgeordneten Dr. Smreker,

der sich selbst „einen Apostel der Versöhnungspolitik“ nannte, gewechselt wurden. Smreker beglückwünschte Fischhof zu dessen „ausgezeichneten Versöhnungsarbeiten“ und übersandte ihm ein Schreiben Dr. Tomans, das zeigen sollte, „welche schöne Hoffnung einer der prononciertesten Nationalen“ den Gesetzentwürfen entgegenbrachte. Weiter berichtete Smreker, daß er mit Franz Ladislaus Rieger — „den der Teufel der tschechischen Leidenschaft etwas zu sehr beherrscht“ — gesprochen und daß er ihm die Übersendung der beiden Elaborate in Aussicht gestellt habe. Rieger hätte dabei bemerkt, daß er und seine Genossen „das Gute, das Männer wie Fischhof bieten, de facto gerne annehmen werden; man solle es nur im Reichsrate durchbringen“. Smreker bedauerte die Abwesenheit Fischhofs von Wien bei der Wiedereröffnung des Parlaments. „Dich erkennen alle Nationalitäten“ — heißt es in dem Schreiben — „als den geeignetsten Schiedsrichter an. Durch Deine persönliche Einwirkung auf die Abgeordneten Brestel und Ziemialkowski würdest Du den diesseitigen Ausgleich wesentlich fördern.“ Smreker teilte noch mit, daß er auch dem Reichskanzler Beust die Elaborate Fischhofs „ans Herz legen“ werde, und kündigte schließlich an, daß er, wenn das neue Vereinsgesetz erst in Geltung sei, die Gründung eines Vereines beabsichtige, um dadurch die nationalen Versöhnungsmühen auf einen größeren Kreis abzuwälzen. Es seien bereits Gründer aus allen Völkern gewonnen; Fischhof solle der Ehrenpräsident werden[1]).

Fischhofs Antwort darauf war von Dr. Smreker an Rieger übersandt worden; unter dessen reichhaltigem Nachlasse an politischen Schriftstücken fand sie sich auch[2]).

Fischhof dankt zuerst für Smrekers Bemühungen, um dann die Freude über Tomans günstige Äußerungen auszusprechen. „Ich beabsichtigte durch meine Arbeit den Verhandlungen ein Substrat zu geben. Bis jetzt kämpfte jede Partei unter einer Fahne, auf der nur e i n Schlagwort geschrieben war, und zwar ein Schlagwort von so vager Bedeutung, daß weder Freund noch Feind Klarheit darüber hatte. Und bekanntlich ist kein Streit hitziger, leidenschaftlicher, vergifteter, als der über Dinge, die keinem der Streitenden recht klar sind. Theo-

---

[1]) Brief Dr. Smrekers an Fischhof. Wien, den 11. Sept. 1867.
[2]) Brief Fischhofs an Dr. Smreker. 13. Sept. 1867.

logische Zänkereien gehörten aus diesem Grunde zu jeder Zeit zu den widerlichsten und bösartigsten. Verstehen die Parteien, was sie und ihre Gegner wollen, dann ist eine Verständigung leichter. Kennen sie die Distanz, die sie voneinander trennt, dann wissen sie, wie viel annähernde Schritte sie zu machen haben, um sich die Hände reichen zu können. Dieses Verständnis zu erleichtern, ist der Zweck meiner Bestrebungen.

Über zwei Fragen sind bei uns die Ansichten in einer den Staat bedrohenden Weise divergierend: 1. Über die Frage der Nationalität; 2. über die Stellung der Königreiche und Länder zum Reiche.

Ich habe im Nationalitätengesetzentwurfe die unabweislichen Forderungen der Staatsverwaltung mit den berechtigten Wünschen der Völker Österreichs in Einklang zu bringen gesucht. Im Gesetzentwurfe über die Autonomie strebte ich die Freiheitsansprüche des Individuums, des Munizipiums und des Kronlandes zu befriedigen, ohne die Machtsphäre des Reiches in beträchtlicher Weise einzuengen. Ich ging an diese Arbeiten mit größter Objektivität und ließ mich dabei weder durch Vorliebe bestechen, noch durch Voreingenommenheit beirren.

Beide Entwürfe sind artikuliert. Sie stellen die Rechte genau und mit unzweideutiger Klarheit in allen Sphären des Staatslebens fest und sind so detailliert, als es nur angeht. Die Parteien können nun sagen, was ihnen an Konzessionen darin zu viel, was zu wenig ist, und statt des unerquicklichen Gezänkes kann eine geregelte planmäßige Diskussion beginnen.

Dies meine Absicht. Falls sie sich realisiert, geht der glühendste Wunsch meines Herzens in Erfüllung, und selbst wenn sie unverwirklicht bleibt, werde ich nicht ganz ohne Befriedigung auf meine Arbeit blicken. Nicht jedem ist es gegönnt, das Glück seiner Mitbürger zu erreichen; es anzustreben ist jedermanns Pflicht. ..."

Mitte September 1867 unterbreitete das Subkomitee des parlamentarischen Verfassungsausschusses als Produkt seines sommerlichen Fleißes vier Gesetzentwürfe, die sich 1. mit den allgemeinen Rechten der Staatsbürger, 2. mit der Regierungs- und Vollzugsgewalt, 3. mit der richterlichen Gewalt und 4. mit der Errichtung eines Reichsgerichtes befaßten. Die deutsch-liberalen Politiker lenkten ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Paragraphen, die in das Dunkel der Konkordatszeit Licht hineinwarfen und die der Gleichberechtigung aller Staatsbürger eine sichere Unterlage schaffen sollten. Für die Slawen hatte in erster Linie die Regelung des nationalen Rechtes Interesse. Auch Adolf Fischhof konzentrierte sein

Augenmerk auf die im Gesetzentwurfe enthaltene Auseinandersetzung mit dem nationalen Probleme, ohne jedoch neben dem einen Wichtigen das andere Wichtige zu übersehen. Das Elaborat über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, das nun den Ausgangspunkt für die weitere abschließende Arbeit der Gesetzgeber bildete, enthielt 19 Artikel. Der 17. Artikel lautete:

„Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache.

In den Ländern, in denen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Unterrichtssprache auch die Volksstämme, die in der Minderheit sind, die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in ihrer Sprache erhalten.

Als Unterrichtssprache soll in den öffentlichen Volks- und Mittelschulen jene Sprache gelten, welche bei Staatsschulen der Staat, bei Landesschulen das Land, bei Gemeindeschulen die Gemeinde, wie überhaupt derjenige zu bestimmen hat, dem die Erhaltung obliegt.

Für den Religionsunterricht an den Volksschulen wird von der betreffenden Religionsgesellschaft Sorge getragen.

Dem Staate steht rücksichtlich des ganzen Unterrichts- und Erziehungswesens die oberste Leitung und Aufsicht zu."

Über diese Bestimmungen äußerte sich Fischhof ganz deprimiert und erbost seinem Freunde Wengraf gegenüber:

„Ich kann Ihnen nicht sagen, wie sehr mich das Durchlesen des vom Verfassungsausschusse ausgearbeiteten ersten Entwurfes konsterniert hat. Ich suchte vor allem nach den Bestimmungen über die Rechte der Nationalitäten, denn die übrigen Paragraphen brauchte man ja nur aus anderen Verfassungen mit einigen Veränderungen zu kopieren; aber von dem Abschnitte über die Nationalitäten hoffte ich, daß er ein originelles echt österreichisches Gepräge haben werde. Wie sehr fand ich mich in meinen Hoffnungen getäuscht! Welche Frivolität tritt in dieser Arbeit zutage!

In Artikel 17 enthält das erste Alinea die banale und durch die tausendfachen Wiederholungen, die sie bereits erfahren, jedem Ohre widerwärtig klingende Phrase über die Gleichberechtigung.

Der folgende Abschnitt ist zweideutig, da man nicht weiß, was die Worte: ‚die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in ihrer Sprache erhalten' zu bedeuten haben, denn es kann damit gesagt werden, daß die Nationalitäten die Mittel erhalten, sich in ihrer Sprache auszubilden, oder daß sie in ihrer Sprache die Mittel erhalten, sich auszubilden. Man weiß also nicht, ob den Nationalitäten die Sprache als Lehrgegenstand oder als Lehrmittel (Unterrichtssprache) zugesichert ist. Diese Zweideutigkeit kann jesuitischem Vorbedachte oder vaterländischer

Gedankenlosigkeit ihren Ursprung verdanken. In beiden Fällen muß man sich davon auf das Unangenehmste berührt fühlen.

Im dritten Alinea wird festgestellt, daß in Staatsschulen der Staat, in Landesschulen das Land usw. die Unterrichtssprache zu bestimmen habe. Das heißt, daß alles wieder dem Zufalle oder der Willkür der jedesmaligen Autorität anheimgestellt werde. Ist Belcredi Minister, dann wird tschechisiert, ist Herbst Minister, dann wird an den Staatsschulen germanisiert. Haben im böhmischen und mährischen Landtage die Tschechen die Majorität, dann wird die deutsche Sprache aus den Landesschulen verbannt, im entgegengesetzten Falle die tschechische. Ebenso wird in den Gemeinden die Minderheit von der Mehrheit tyrannisiert werden. Das ist nicht die Lösung, sondern die Umgehung der Nationalitätenfrage, d. h. den Sprachenhader der Gemeinden, der Landtage und des Reichsrates in Permanenz erklären und die politischen Parteien für alle Zeiten der Zersetzung durch die nationalen (Kämpfe) preisgeben und eine freiheitliche Entwicklung unmöglich machen. Das heißt endlich die jetzige akute Krankheit in ein chronisches Siechtum umwandeln, an dem der Staat zugrunde gehen muß.

Die Deutschen haben sich offenbar von den Polen düpieren lassen. Diese hatten sich vom Ministerium einige Spezialbegünstigungen erwirkt und wollten durch diesen Artikel 17 unter der Maske großer Bescheidenheit in ihren nationalen Forderungen sich nur die Hegemonie in ihrer Heimat sichern. Die Deutschen haben sich nur geschadet, denn in den Provinzen, wo sie ungemischt wohnen, bringt ihnen dieser Paragraph gar keinen, dort, wo sie die große Majorität bilden, einen kaum nennenswerten Nutzen. Dagegen kann er ihnen in Böhmen und Mähren von größtem Nachteile werden. . . .

Von der Berechtigung der Sprachen in der Verwaltung, in der Justiz und in der Legislative ist gar keine Rede. Glaubt man wirklich, auf diese Weise den Völkerfrieden in Österreich herstellen zu können? Vergißt man denn, daß es, die Polen abgerechnet, mehr als 9½ Millionen Staatsbürger in der westlichen Hälfte der Monarchie gibt, die nicht zur deutschen Nationalität gehören, welche, da sie die (Volks-) Majorität bilden, solche ihnen wie ein Almosen hingeworfene Konzessionen als eine herausfordernde Beleidigung ansehen müssen?

Bei der Gelegenheit zeigte es sich wieder, wie sehr die Ungarn den Deutschen als Politiker überlegen sind. Obgleich in bezug auf ihre Nationalität viel exklusiver als die Deutschen, taten sie doch aus Staatsräson ihren Neigungen Zwang an und gingen beim Entwerfen ihres Nationalitätengesetzes in ihren Konzessionen viel weiter als die Deutschen.

Wenn nicht die Regierung mit einer (besseren) Vorlage vor den Reichsrat tritt, ist an ein günstiges Resultat der Verhandlungen kaum zu denken. Ich wenigstens reduziere meine Hoffnungen auf ein Minimum. . . .“

Der vom Subkomitee vorgeschlagene Artikel 17 erlebte jedoch einschneidende Wandlungen und wurde endlich zum heutigen Artikel 19 umgemodelt.

Auch sonst befriedigte der Fortgang der vielversprechend begonnenen Arbeiten an der Umgestaltung der cisleithanischen Verfassung Fischhof nicht. Die Schuld daran mochte er in einem Augenblicke der Niedergeschlagenheit dem sonst aufrichtig bewunderten Kaiserfeld zugeschrieben haben, dessen staatsmännische Begabung ihm notwendigerweise eine tonangebende Stellung im Verfassungsausschusse verschafft hatte. Aber zwischen dem Führer der deutsch-liberalen Unionisten Dr. Eduard Herbst und dem Führer der deutsch-liberalen Autonomisten Dr. Moritz v. Kaiserfeld war schon früher eine Annäherung in der prinzipiellen politischen Auffassung vor sich gegangen; Herbst hatte die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung als unumstößliche Tatsache anerkennen müssen, während sich Kaiserfeld bemühte, alles hinwegzuräumen, was der gänzlichen Vereinigung der zwei Fraktionen der zersplitterten deutsch-liberalen Verfassungspartei hinderlich schien[1]). „Der Stand der Konstitutionsfrage betrübt mich, ohne mich zu entmutigen" — meinte Fischhof am 1. Oktober[2]). „Wenn Kaiserfeld der Fahnenträger der Zentralisten wird, so schädigt er damit sich, nicht Österreich, und er wird bald die Bahn aller Bache und Schmerlinge gehen. Den eigentümlich geformten Leib Österreichs zwängt man in kein Kleid nach zentralistischem Zuschnitte, mag es von Herbst, von Kaiserfeld oder von sonst einem engbrüstigen politischen Schneiderlein angefertigt werden. Die Herren kennen die simple Schneiderregel nicht, daß man den Rock dem Körper, nicht aber den Körper dem Rock anpassen müsse. . . ."

Vielleicht hat Fischhof die Schwierigkeiten unterschätzt, mit denen die Einsichtigen im Verfassungsausschusse zu kämpfen hatten und die manchen guten Willen erstickten. In der Festsetzung allgemeiner Freiheitsrechte brauchte man nicht zu knickerisch zu verfahren; da konnte man sich auf das Vorbild Ungarns berufen. Anders verhielt es sich mit der praktischen Betätigung der Freiheitsliebe und Volksfreundlichkeit. Allenfalls kam in dieser Periode der verfassungsrechtlichen Neuschöpfungen die ersehnte abschließende Festlegung des nationalen Rechtes

[1]) Krones, „Kaiserfeld", S. 272.
[2]) Brief Fischhofs an Wengraf.

nicht zustande. Zwar wurde in das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger der Rettungsanker des oft angerufenen Artikels 19 aufgenommen; aber das war zu wenig, um den Frieden des einträchtigen Völkerbeisammenseins zu begründen, und genug, um einer einseitigen nationalen Vorherrschaft den gesetzlichen Untergrund zu entziehen. Eine Rechtfertigung dieser Stückarbeit konnte vom Verfassungsausschusse natürlich nicht versucht werden, und man half sich deshalb mit einer Verlegenheitsphrase. „In eine Feststellung der Bestimmungen (wegen Ausführung des Grundsatzes der nationalen Gleichberechtigung) konnte nicht eingegangen werden, weil die Ausführungsgesetze und -Verordnungen teils zum legislativen Wirkungskreise der Reichsvertretung und der Landtage, teils zu den administrativen Befugnissen der Regierung gehören und weil aus den einzelnen Königreichen und Ländern in der Sprachenfrage sehr verschiedene Wünsche und Forderungen vernommen werden"[1]). Wie sonderbar! Die lohnende, wenngleich mühevolle Aufgabe der Gesetzgeber bestand darin, einen Ausgleich der verschiedenen Forderungen zu bewirken, und nun erklärte man einfach die Tatenlosigkeit mit dem Vorhandensein divergierender Ansichten! Doch die matten Schöpfer der Dezemberverfassung hatten nicht nur nicht den Mut und die Opferwilligkeit, das nationale Recht der Minderheitsvölker im Reiche und in den Ländern genau zu fixieren; ihnen gebrach es auch an der Energie, die deutsche Sprache zur Staatssprache zu erheben. Immerhin gelang es den Föderalisten, einen Erfolg davonzutragen. Das im Jahre 1867 geschaffene Grundgesetz über die Reichsvertretung, das zur Neuordnung der Bestimmungen vom Februar 1861 diente, zeigte in den Paragraphen 11 und 12 einen föderalistischen Zug gegenüber den zentralistischen Tendenzen der Paragraphen 10 und 11 des aufgehobenen Grundgesetzes. Während man in Ungarn die Einheit der ganzen östlichen Reichshälfte zielbewußt stärker herausarbeitete, lockerte man in Österreich die Umschnürung ein wenig. Wenn zwei das Gleiche tun — und sowohl in Cis- als in Transleithanien

[1]) „Die neue Gesetzgebung Österreichs", Bd. I, S. 312. Wien 1868. (Bericht des Verfassungsausschusses.)

richtete man ein Staatswesen neu ein —, dann ist es eben nicht das Gleiche....

* * *

Am 21. Dezember 1867 war die neue österreichische Verfassung in Kraft getreten; wenige Tage nachher wurde eine neue parlamentarische Regierung ernannt: das Bürgerministerium erschien mit dem Fürsten Carlos Auersperg an der Spitze auf der Bildfläche. Den leitenden Staatsmännern bot sich vielerlei wichtiges Material zur Arbeit, denn die Jahre, die seit der Erlassung des Februarpatents verflossen waren, hatten sich nicht durch gesetzgeberische Fruchtbarkeit und durch nennenswerte organisatorische Leistungen ausgezeichnet. Zu dem vielen, was nun geschaffen werden mußte, gehörte die Trennung der Justiz von der Verwaltung und der zweckentsprechende Ausbau der administrativen Einrichtungen. Die künftige Organisation der Verwaltung bildete also ein oftbesprochenes Thema, denn die Pläneschmiede eilen den Gesetzgebern immer wie die Herolde den Königen voraus. Aber das Werk war auch genug bedeutungsvoll, um reiflich durchdacht zu werden. Adolf Fischhof hat sich mit vielem Eifer an den sachlichen Erörterungen beteiligt. Am 19. und 21. Januar 1868 erschienen im „Ungarischen Lloyd" Anregungen des unermüdlich sorgenden Politikers, der von so großer Liebe zu Österreich erfüllt war, daß er keine passende Gelegenheit vorübergehen ließ, ohne seinen scharfen Verstand, seinen geübten Blick und sein weites und tiefes praktisches und theoretisches Wissen in den Dienst der Öffentlichkeit zu stellen. Dabei leitete ihn wahrlich kein anderes Bestreben als der selbstlose Wunsch, ein wenig beizutragen zum Wohle des Reiches und seiner Völker. Fischhof gab seine Vorschläge einige Wochen später als Broschüre heraus, die den Titel führte: „Zur Erweiterung der Munizipalautonomie"[1]). Bescheiden versicherte er, daß er nicht seine eigene Auffassung des Gegenstandes, sondern den Gegenstand selbst der Aufmerksamkeit empfehlen wolle.

---

[1]) Wien 1868. Wallishaußersche Buchhandlung.

In den einleitenden Bemerkungen gedenkt Fischhof des Verlangens nach Dezentralisation der Verwaltung, das sich in allen zentralisierten Staaten, selbst in Frankreich erhebe. Allgemein fühle man, daß es ohne Selbstverwaltung keine gesicherte Freiheit gebe. Der Parlamentarismus ohne Selfgovernment gleiche einer Festung, die nur e i n e Ringmauer hat. Sei diese genommen, dann höre jeder Widerstand auf. „Nur in Ländern mit starker Munizipalautonomie wie Nordamerika, England und in der Schweiz hat die Freiheit ein gesichertes Asyl. Nur infolge seiner Komitatseinrichtung gelang es Ungarn, seine altehrwürdige Verfassung Jahrhunderte hindurch zu wahren. In konstitutionellen Staaten, die bureaukratisch zentralisiert sind, kann die Verfassung im Handumdrehen eskamotiert werden. Das Niederwerfen der französischen Freiheit war die Arbeit eines kurzen Dezembertages. Fürst Schwarzenberg steckte mit dem Schlüssel des Reichsratssaales die westösterreichische Verfassung in die Tasche. ... Das Volk hat in solchen Staaten nur e i n Auge das wacht, nur e i n e n Mund der spricht: sein Parlament. ... Dort aber, wo es freie Munizipien gibt, ist jedes derselben ein Observatorium, von dem aus das Volk über seine Rechte wacht, und eine Tribüne, von der aus es für die angegriffene Freiheit plädiert." Diese Wahrnehmungen bestärken Fischhof in dem Wunsche, daß auch Österreich solche Schutzwälle aufrichten möge. „Aber nicht bloß die Freiheit, auch die Nationalität findet in den Munizipien ihre feste Deckung. Nicht das Kronland, wohl aber der kleine Bezirk kann national abgegrenzt werden, und innerhalb dieser Grenze kann die Sprache der daselbst heimischen Nationalität liebevoll gehegt und gepflegt werden. ... Und wie dem Volke, so bietet auch dem Throne das freie Munizipium die sicherste Gewähr, denn nicht nur freiheitliche Institutionen, sondern auch Dynastien werden in zentralisierten Staaten über Nacht gestürzt. Wer Paris besetzt, sei es ein legitimer Monarch, sei es ein Usurpator oder eine revolutionäre Clique, ist Herr von Frankreich." Als Vorbild schwebt Fischhof das ungarische Komitat vor Augen „und zwar nicht so wie es war, sondern so wie es sich voraussichtlich gestalten wird, wenn man es von seinen Auswüchsen befreit." Als Gebrechen des ungarischen Komitatswesens bezeichnet der demokratische Autor die oligarchische Verfassung, das Vorhandensein eines unwissenden und bestechlichen Wählertrosses, die Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Richter erster Instanz, die verderbliche Verquickung der Justiz mit der Verwaltung, sowie das Übergreifen des Komitats in die Tätigkeit des Reichstages und endlich das Recht, die Verordnungen der Regierung zur Seite zu schieben. Fischhof weist am Schlusse der einleitenden Bemerkungen darauf hin, daß das beste Dach ein Staatsgebäude nicht vor dem Einsturze bewahre, wenn dessen Fundamente morsch sind. Das Parlament sei nun das Dach, das freie Munizipium der feste Unterbau eines Staates.

Den Hauptbestandteil der dünnen Broschüre bilden die „flüchtig gezeichneten Umrisse eines Munizipalgesetzes". In ihnen dürfte der Gedanke über die „Bezirksgemeinde", der sich schon in dem „Entwurfe über die Autonomie" gefunden hat, eine sorgsame Ausarbeitung erfahren haben. Jedenfalls liegt es nahe, diese Verbindungslinie herzustellen.

Fischhof setzt erstens fest, daß die verfassungsmäßig verbürgte Autonomie der Ortsgemeinde aufrecht erhalten bleibe, um dann gleich zur Besprechung der Autonomie der Bezirksgemeinde überzugehen. Die jetzige Bezirkseinteilung sei beizubehalten und nur da abzuändern, wo dies zur nationalen Arrondierung notwendig erscheine. In politischer Beziehung bilde der Bezirk ein Ganzes: die Bezirksgemeinde. Das Gesetz vom Jahre 1862 verweist in den Wirkungskreis der Bezirksvertretung alle inneren, die gemeinsamen Interessen des Bezirkes und seiner Angehörigen betreffenden Angelegenheiten. Außerdem kann der Bezirksvertretung durch das Landesgesetz die Überwachung der Gemeinden übertragen werden. Dieses Tätigkeitsfeld will Fischhof unter Auslassung der politischen Bezirksämter durch die Übertragung der politischen Administration erweitern. Die Bezirksgemeinde soll die Steuereinnahme und die Geschäfte des nicht streitigen Richteramtes in Verlassenschafts- und Waisenangelegenheiten besorgen. Ebenso sind das Kirchen-, Schul- und Armenwesen, die Geschäfte der Konskription, der Rekrutierung und alle sonstigen in das Bereich der politischen Verwaltung und zur Ausübung der Lokalpolizei gehörenden Funktionen an die Bezirksgemeinde zu überweisen.

Die Justiz ist auch in der untersten Instanz von der Verwaltung zu trennen; die Krone ernennt die Richter.

Als beratendes, beschließendes und überwachendes Organ der Bezirksgemeinde wirke die Bezirksvertretung. Diese habe aus ihrer Mitte den engeren Ausschuß zur Überwachung der Verwaltung und das verwaltende und vollziehende Organ der Gemeinde: den Bezirksmagistrat und dessen Vorstand, den Bezirksverweser, zu wählen. Die Krone sei berufen, einen Bezirkspräsidenten an die Spitze des Bezirkes zu setzen.

Die Bezirksvertretung wäre durch allgemeine Wahlen auf drei Jahre zu wählen, und zwar zu je einem Drittel: a) aus der Gruppe der Großgrundbesitzer und der anderen Höchstbesteuerten; b) aus der Gruppe der Intelligenz; c) aus der Gesamtheit der Bevölkerung. Die Bezirksvertretung tritt jährlich viermal zusammen.

Nach einer eingehenden Darstellung der Aufgaben des engeren Bezirksausschusses wendet sich Fischhof dem „Bezirksmagistrate" zu. Dieses Verwaltungsorgan soll aus Beamten und Funktionären bestehen. Die Beamten werden von der Bezirksvertretung fix angestellt und besoldet; sie sind pensionsberechtigt und können bloß in bestimmten Fällen entlassen werden. Die Funktionäre werden von der Bezirksvertretung gewählt. An der Spitze des Bezirksmagistrates steht als erster Funktionär der gewählte Bezirksverweser.

Der von der Krone ernannte Bezirkspräsident ist zur Überwachung sowohl der autonomen als der übertragenen Tätigkeit der Bezirksgemeinde berufen. Ohne selbst zu administrieren, hat er für die pünktliche Ausführung der Gesetze und der behördlichen Anordnungen zu sorgen, die Interessen des Staates zu wahren und die Autorität der Regierung aufrecht zu erhalten. Die Präsidentenstelle soll womöglich mit einem Manne besetzt werden, der im Bezirke ansässig ist.

Die Magistrate und Vertretungen zweier oder mehrerer Bezirke

können in Angelegenheiten ihres autonomen Wirkungskreises miteinander in Verbindung treten und gemeinsam zu treffende Maßregeln vereinbaren. Bei Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises können sie dies nur unter Zustimmung der Landesregierung tun.

Städte mit eigenen Gemeindestatuten stehen außerhalb des Bezirksverbandes und haben alle Rechte der Bezirksgemeinde. Sie stehen unmittelbar unter dem Landesausschusse, respektive dem Landtage und der Landesstelle. Die Wahl des Gemeindevorstandes bedarf der Bestätigung durch die Krone. ...

Fischhof hat die Umrisse des Munizipalgesetzes in 31 Punkte zergliedert. Wir beschränkten uns darauf, die markantesten Bestimmungen des 10 Druckseiten umfassenden Gesetzeselaborats herauszugreifen, um die wesentlichsten Richtungslinien zu veranschaulichen.

Wie der scharfblickende Graf Stadion die freie Gemeinde zur Grundfeste des freien Staates machen wollte, so dachte Fischhof den freien Bezirk sowohl zur Grundlage der politischen als der nationalen Freiheit auszugestalten. Er kam auf diesen Gedanken immer wieder zurück, ohne damit freilich einen nutzbringenden Erfolg zu erzielen. Das öffentliche Leben in Österreich hat vielfach darunter leiden müssen, daß das verständig angepaßte Selfgovernment nicht eingeführt wurde, und die parlamentarischen Körperschaften ließen den Mangel der Vorschulen zur nüchternen Arbeit, die entsprechend organisierte Bezirksvertretungen darstellen, schmerzlich empfinden. Es muß nicht erst hervorgehoben werden, daß das Fischhofsche demokratische Munizipium mit der Gaueinteilung und dem Gaugrafentum — mit jenen ständisch feudalen Schöpfungen, die Graf Belcredi Salzburg, Galizien und Krain im Jahre 1867 aufdrängte — nicht das geringste gemein hat. Allerdings wäre der Aristokratie auch in der „Bezirksgemeinde" ein ansehnlicher Wirkungskreis zugefallen, aber eine neue Domäne der stolzen Feudalherren würde nicht entstanden sein. Fischhof selbst polemisierte gegen die Befürchtungen der Schwarzseher voll guten Glaubens und schöner Hoffnung. „Gewiß wird der Adel im Munizipium eine Rolle spielen; aber wir meinen zum Vorteile der Gesamtheit. Der Adel hat nun einmal eine große soziale Bedeutung in Österreich; ihn politisch beiseite schieben, hieße ihn nötigen, sich wie bisher in die Reihen der Armee, des Klerus, der Hofbediensteten, der Bureaukratie und Diplomatie zu drängen, um dort eine dem Bürgertume fremde oder gar feind-

liche Stellung einzunehmen. Ist er doch gewohnt, das Bürgertum als ein ihm mißgünstiges Element zu betrachten. Ganz anders im Munizipium! Hier, wo der Adelige nur durch das Vertrauen und die freie Wahl des Volkes temporär als Beamter fungiert, wird er sich daran gewöhnen, mit seinen Mitbürgern in täglichen Verkehr zu treten, die Stimme der öffentlichen Meinung zu hören und Standesvorurteile abzulegen. Für den übermütigen, sich selbst überhebenden Junker ist kein Platz in der autonomen Verwaltung, wohl aber für den Edelmann, der den löblichen Ehrgeiz hat, seine unabhängige soziale Stellung und seine sorgenfreie Existenz im Interesse des öffentlichen Wohles auszunutzen." So sehr Fischhof den Oberschichten der Bevölkerung Gerechtigkeit widerfahren ließ, so lebhaft und warm fühlte er mit den breiten Massen. Das Wahlrecht, das er für die „Bezirksgemeinde" vorschlug, überragte das Stimmrecht, das in den sechziger Jahren für die anderen österreichischen Vertretungskörper galt, um Turmeshöhe. In den vier Dezennien, die seither verflossen sind, haben sich die Tore, die in die Gemeinderäte oder Landesvertretungen[1]) führen, auch nicht annähernd so weit geöffnet wie die Pforte, durch die sich der Einlaß in die Munizipien vollziehen sollte.

* * *

In die konfliktereiche cisleithanische Politik wurde durch die Dezemberverfassung kein neuer befreiender Geist gebracht. Die Streitäxte verschwanden nicht in der Erde. Im Gegenteile! In der österreichischen Reichshälfte gährte es stärker als früher. Eineinhalb Jahre nach dem Erscheinen der Dezembergesetze konnte Fischhof betrübt darauf verweisen, daß seine Vorhersage, es würde ohne Verständigung mit den Völkern k e i n F r i e d e einkehren, vollinhaltlich bestätigt sei. Die politischen Verhältnisse in Österreich charakterisierte er mit den Worten: „Mit Ausnahme einiger Provinzen ungemischter

[1]) Von den „Bezirksgemeinden", die in Böhmen, Galizien und Steiermark eingerichtet sind und die mit den Fischhofschen Munizipien keine Ähnlichkeit haben, wollen wir nicht erst reden; sie sind den unteren Schichten der Bevölkerung ganz entrückt.

Nationalität sehen wir überall den alten Hader mit erneuter Heftigkeit emporlodern. In Böhmen wie in Mähren hielten sich die Tschechen, welche die Majorität in beiden Ländern bilden, während der letzten Session vom Landtage fern; in Galizien sträuben sich die Polen gegen die Verfassung und die Ruthenen gegen die ihrer Sprache von den Polen angetane Gewalt; in Tirol sind die Italiener mit den Deutschen und mit dem Reiche noch unausgesöhnt; in Triest und Dalmatien befehden sich die italienischen Stadt- und die slawischen Landbewohner, und in den Provinzen, wo die Slowenen neben den Deutschen wohnen, kommt es zwar nicht zu großen Konflikten, wohl aber zu jenen zahlreichen kleinen Reibungen, welche die Gemüter immer mehr verbittern"[1]).

Aber der kräftezerstörende Streit hatte nicht nur die Völker und die Politiker ergriffen, sondern auch das Ministerium in seinen Wirbel gezogen. Die deutsch-liberale Regierung war sich über die Notwendigkeit im klaren, die Slawen dem Reiche seelisch zu nähern, allein ihre einzelnen Mitglieder neigten verschiedenen Auffassungen über die Methode zu, die dabei anzuwenden wäre. Im Jahre 1869 suchte das Bürgerministerium durch inspirierte Zeitungsartikel und durch zwei offiziöse Broschüren auf die Stimmung der beiden Volksstämme in Böhmen versöhnlich einzuwirken. „Es bleibt der Regierung eine schöne Aufgabe: die Verständigung mit den in der Opposition stehenden Teilen der österreichischen Slawen" — hieß es in dem einen Schriftchen[2]) —; „Pflicht eines jeden, der es ehrlich meint mit dem Wohle der österreich-ungarischen Monarchie, mit der Zukunft der österreichischen Völker, ist es, nach besten Kräften dazu beizutragen, auf verfassungsmäßigem und legalem Wege eine Einigung der heterogenen Elemente anzubahnen und zu fördern." Die zweite Broschüre schloß mit der Hoffnung, daß beide Fraktionen des böhmischen Landtages „im Hinblicke auf die schwere Verantwortlichkeit, die sie übernommen, keine Gelegenheit vorübergehen lassen werden, sich versöhnlich zu

[1]) Adolf Fischhof, „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes", S. 2. Wien 1869.

[2]) „Österreich im Frühjahre 1869". Prag 1869.

zeigen, und daß beide Fraktionen sich einen werden zum Segen des gemeinsamen Vaterlandes"[1]). Dr. Giskra, der Minister des Innern, hatte um diese Zeit den Ministerialrat Banhans mit den Tschechen über den Eintritt in den Reichsrat verhandeln und diese zur Einigung mit den Deutschen bewegen lassen, aber über die ersten Besprechungen kam man nicht hinaus[2]). Die Regierung war dadurch in eine recht unangenehme Situation geraten, und die Verlegenheit blieb der spähenden Öffentlichkeit nicht verborgen: Krisengerüchte kamen in Umlauf. Das Bürgerministerium, das zu hochgespannten Erwartungen berechtigt hatte, spaltete sich in zwei Gruppen. Plener, Hasner, Giskra, Herbst und Brestel hielten am Zentralismus fest. Dagegen bekundeten drei andere Minister die Bereitwilligkeit, den Föderalisten neue Zugeständnisse zu machen. Die Minderheit in der Regierung war durch den Grafen Taaffe repräsentiert, der damals noch zu den sogenannten „Verfassungstreuen" gerechnet wurde; ihr gehörte auch der deutsch-liberale Dr. J. N. Berger an, der schon im Jahre 1861 die hehren Pflichten seiner Volksgenossen mit den schönen Sätzen ausgedrückt hatte: „Die Deutschen in Österreich haben nicht die politische, sondern die Hegemonie der Kultur unter den Völkern Österreichs anzustreben, die Kultur nach dem Osten zu tragen, die Propaganda des deutschen Gedankens, der deutschen Wissenschaft, der deutschen Humanität zu vermitteln"[3]). Die Spaltung des Ministeriums wurde schließlich aktenmäßig belegt, als die „Wiener Zeitung" am

[1]) „Zur Lage in Böhmen". Prag 1869. (Über den offiziösen Charakter der beiden Schriftchen siehe: „Neue Freie Presse", 18. August 1869, Leitartikel.)

[2]) Dr. Giskra erzählte, daß er den Verständigungsversuch unter dem Drucke des kaiserlichen Willens vornehmen ließ. Nur ungerne unternahm er diesen Schritt, und er glaubte, daß Graf Beust den Kaiser beeinflußt hatte. Dr. Anton Banhans lud den angesehenen Führer der Tschechen Sladkowsky zu einer Besprechung nach Wien ein. Da jedoch Sladkowsky verlangte, daß Böhmen Ungarn gleichgestellt werden möge, nahmen die Verhandlungen sogleich ihr Ende. Giskra meinte, daß, wenn man erst den Tschechen und dann auch den Polen die staatsrechtlichen Wünsche erfüllen würde — so etwa wie es Sladkowsky andeutete —, aus Österreich-Ungarn eine „österreichisch-ungarisch-böhmisch-galizische Monarchie" werden müßte. — (Heinrich Pollak, „Dreißig Jahre aus dem Leben eines Journalisten", Bd. II, S. 148. Wien 1895.)

[3]) Dr. J. N. Berger, „Zur Lösung der österreichischen Verfassungsfrage", S. 19. Wien 1861.

12. Januar 1870 die zwei langatmigen gegnerischen Memoranden veröffentlichte, die dem Monarchen von der Mehrheit und von der Minderheit in der Regierung vorgelegt worden waren. Vorerst behielten noch die Zentralisten die Oberhand, denn der Kaiser entließ die drei unerschrockenen Fürsprecher für die Reform der Verfassung: Taaffe, Berger und der polnische Magnat Potocki schieden aus dem Rate der Krone.

Das Bild, das die Regierung während der Meinungsgegnerschaften bot, gab im verkleinerten Maße wieder, wie sich die Verhältnisse in der großen Welt der politischen Parteiungen gestalteten. Nicht die Mehrheit der Bevölkerung, wohl aber eine beträchtliche Majorität im Parlamente huldigte den deutsch-zentralistischen Anschauungen; sie lebte auch in politisch-kultureller Hinsicht in dem Ideenkreise, den man kurz mit dem Worte Liberalismus bezeichnete. Die andere scheinbar kleinere, aber von der Mehrheit der Bevölkerung getragene Gruppe wurde aus den Föderalisten gebildet, die eine Lockerung der einheitlichen Staatsgewalt und eine Kräftigung der provinzialen Sonderrechte erstrebte. In diesem bunten Lager begegnete man den verschiedenen Slawen, die teils aus historisch-phantastischen Erwägungen heraus, teils in sehr nüchterner Überlegung gegen das Zentralparlament Front machten; hier traf man die Klerikalen, deren Muttersprache deutsch war und die sich in mächtigen Landtagen stärker auszuleben hofften als in dem Reichsrate, den liberale Auffassungen beherrschten.

Wie die Krone zwischen den beiden Parteien im Ministerium zu vermitteln suchte, so gab es auch Männer, die im politischen Alltagsgetriebe bemüht waren, die tiefe Kluft zu verschütten, die zum Teile Haß, Vorurteil, Leidenschaft und Unverstand zwischen den zwei Lagern der Zentralisten und Föderalisten aufgerissen hatten. Dr. J. N. Berger war ja kein weißer Rabe gewesen. Der edelgesinnte Philosoph und Politiker Carneri riet den Deutschen — einige Monate nach der umwälzenden Katastrophe von Königgrätz — freudig die Hand dazu zu bieten, daß der Wirkungskreis der Landtage erweitert werde, und durch die konsequente Durchführung einer echten Autonomie dahin zu streben, daß die wichtigsten nationalen Wünsche ihre Erfüllung

finden. Österreich müsse der freieste Staat der Welt werden; das war Carneris glühende Überzeugung[1]). Franz Schuselka, der im Jahre 1848 in der Frankfurter Paulskirche gesessen hatte, gab in Wien seit dem Jahre 1862 voll rastloser Arbeitsfreude eine politische Wochenschrift heraus, die unabläßig Friedensschalmeien ertönen ließ und den Föderalismus den Deutschen schmackhafter zu machen suchte. Im ersten Hefte schon wurde an Herders beherzigenswertes Wort erinnert, daß kein Vorwurf bedrückender sei, als der, anderen Nationen unrecht getan zu haben[2]). In dieser Periode seines Lebens war Schuselka ein aufrichtiger Liberaler, er fühlte sich mit Recht als deutscher Mann, aber er dachte nicht so, wie die übrigen parteipolitisch geeichten Deutschliberalen. Unter den ersten Jahresabonnenten der „Reform" befand sich auch Adolf Fischhof. Aus der Flut der publizistischen Kundgebungen für die Annäherung der Deutschen und Slawen und für die Bezahlung des lange vermißten Völkerfriedens mit einigen föderalistischen Scheidemünzen wollen wir schließlich noch die Arbeiten eines Mannes hervorheben, den wir schon als Jüngling kennen lernten, da er der Schüler Adolf Fischhofs war. Im Jahre 1862 erschien O. Bernhard Friedmanns Denkschrift: „Zur Einigung Österreichs", die leider ungehört an die Prinzipien des Kremsierer Verfassungsentwurfes erinnerte; sechs Jahre später schrieb er eine Broschüre, die zur Auffrischung seiner bereits vergessenen Vorschläge dienen sollte. Für Friedmann handelte es sich darum, „den teils berechtigten, teils schon gewährten Forderungen der Polen, Tschechen, Slowenen und Tiroler nach nationaler Autonomie innerhalb der dualistischen Staatsform möglichst zu entsprechen, ohne die einheitliche Regierung und Vertretung in Cisleithanien und ohne eine gemeinsame freiheitliche Entwicklung dieser Reichshälfte preiszugeben"[3]).

In der Zeit, in der das unstete Zünglein an der Wage der Entscheidungen am unruhigsten zwischen Zentralismus und

[1]) B. Carneri, „Österreich nach der Schlacht bei Königgrätz". Wien 1866.
[2]) „Die Reform", Wochenschrift, 1. Heft. Wien 1862. („Die Nationalität".)
[3]) O. Bernhard Friedmann, „Ein letzter Schritt zur Einigung Österreichs". Wien 1869.

Föderalismus hin und her schwankte, erschien Adolf Fischhofs politische Studie: „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes"[1]). Der Verfasser hatte ursprünglich gehofft, mit dem Buche schon früher hervortreten zu können; seine ärztliche Tätigkeit nahm ihn jedoch zu sehr in Anspruch, und als er sich wieder nach dem stillen Graz zurückzog, um in Ruhe an die Vollendung des Werkes zu schreiten, verschlimmerte sich sein körperlicher Zustand so, daß ihn eine schwere Krankheit durch sechs Wochen im Bette festhielt[2]). Diese unberechenbaren Zwischenfälle waren dem Buche nicht förderlich, denn seine politischen Anregungen wollten bedächtig erwogen werden, nicht aber in der dumpfen Krisenzeit gierig aufgegriffen und leidenschaftlich erörtert sein. Fischhofs grundlegende Arbeit war das österreichischeste Werk, das die politische Literatur in der Habsburger Monarchie seit dem Jahre 1848 hervorgebracht hatte. Man kann es als die Bekenntnisschrift eines Mannes bezeichnen, der — selbst ohne eigene Familie — mit ganzer sorgender Innigkeit an dem Staate und an dessen Völkern hing. Die politische Studie enthielt nicht billige Eintagsweisheit, nicht blitzende Gedanken, die einem geistreichen Kopfe leicht zufliegen, um schnell in Vergessenheit zu geraten. In dem Buche ist die hingebungsvolle Arbeit eines Lebens niedergelegt; jeder Satz trägt den Stempel grübelnder und beobachtender Überlegung. Fischhof hat nach dem Erscheinen des Werkes noch fast ein Vierteljahrhundert gelebt, aber er sah sich nie gezwungen, von dem Gedankenbau etwas abzutragen oder gar seine Urheberschaft zu verleugnen. In verschiedenen Epochen konnte er auf seine Schrift zurückgreifen und sich sowohl auf ihre Prophezeiungen als auf ihre konkreten Vorschläge berufen. Unsere Zeit ist ja in manchen Einzelheiten über die Fischhofsche Schrift hinausgewachsen, allein mehrere der von ihr aufgestellten Forderungen haben unterdessen Kurswert erlangt. Fischhof hat an dem denkwürdigen Märztage des Jahres 1848 als erster ausgesprochen, was sein soll, nun fühlte er sich bemüßigt, den unsicher

[1]) Wien 1869. Wallishaußersche Buchhandlung.

[2]) „Neue Freie Presse". Wien 1869, 8. Dez. (Siehe Fischhofs Zuschrift.)

tastenden, oft an sich selbst und an ihrer Schöpfung verzweifelnden Staatsmännern zu verkünden, was sein muß.

„Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" beginnt mit einem Zitate aus einem längeren Artikel, den Fischhof im Sommer 1867 veröffentlicht hatte. „Keine der großen Nationalitäten Österreichs" — heißt es — „kann für sich allein den Bestand der Monarchie sichern, aber jede derselben vermag durch ihren Widerstand das Reich zu gefährden; destruktiv eingreifen kann jede einzelne, konstruktiv vorgehen können nur alle vereint. Wenn Regierung, Volksvertretung und Publizistik sowohl dies- als jenseits der Leitha in ihrem Wirken und Schaffen sich diese Wahrheit stets vor Augen halten, wird Österreich sich konsolidieren, wo nicht — nicht." Fischhof sagt, daß Österreich im Besitze einer Verfassung sei, welche der Freiheit ein Asyl biete und an deren Aufrichtung Männer von hoher Begabung, von sittlichem Ernste und ausdauernder Kraft beteiligt waren. Dennoch erscheine das Gebäude trotz seiner gerühmten Architektur für die Mehrzahl derer, die sich darin häuslich niederlassen sollen, unwohnlich. Wie komme das? Mit der Ruhe und Objektivität eines Naturforschers will Fischhof, treu den Gewohnheiten seines Berufes, an die Beantwortung der Frage schreiten. Österreich erinnere an jene großen und widerspruchsvollen Naturen, die uns zuweilen begegnen und in denen die grellen Gegensätze im engen Rahmen eines Menschen faszinierend wirken. Solche Charaktere ziehen an, indem sie gleichzeitig abstoßen. „Eine staatliche Doppelnatur dieser Art ist Österreich; es ist bald von hoher sittlicher und kultureller Bedeutung, bald entsittlichend und den Geistesfortschritt hemmend; es ist bald kraftvoll und ausdauernd, bald hinfällig und schlaff." Den Forscher reizen diese Kontraste zu sorgfältigem Studium, während der gedankenlose Hanse gleich dabei sei, ein Hosianna oder ein De profundis anzustimmen. Indes, diese Widersprüche haben auch ihre gefährliche Seite, denn außer der zweifellosen Lebensunfähigkeit gebe es für einen Staat kaum etwas Verhängnisvolleres als den häufig wiederkehrenden Zweifel an seiner Lebenskraft. Darum müssen diese Widersprüche überwunden werden, was dadurch geschehen könne, daß sich Österreich zum

Träger eines hohen ethischen Gedankens mache. In einheitlichen Nationalstaaten sei der nationale Gedanke der leitende, und da in Europa kein einziger Großstaat existiert, in dem es nicht Splitter von fremden Völkern gebe, werden in allen Nationalstaaten die Angehörigen des nichtherrschenden Volkes niedergetreten. Österreich hingegen sei darauf angewiesen, allen Nationalitäten gleich gerecht zu sein, weil keines seiner vielen Völker mächtig genug erscheine, die anderen Volksstämme zu unterwerfen und dem Staate dauernd sein Gepräge zu geben. Österreichs leitende Idee müsse also die Gerechtigkeit sein. Diese Erkenntnis habe sich jedoch nicht allgemein durchgerungen. Wenn in Österreich kein Frieden herrsche, so liege der Grund hierfür „nicht in den Verhältnissen, sondern in jener kurzsichtigen inneren Politik, welche, die Natur Österreichs verkennend, eine Verfassung schuf, die anstatt das Panier des Reiches zu sein, nichts ist als das Schibbolet der Parteien."

Hat Fischhof in der Einleitung den Beweis zu erbringen gesucht, daß die Mannigfaltigkeit der Volkselemente Österreichs Gedeihen nicht störe, so wendet er sich nun der Aufgabe zu, jedes Volkselement einzeln ins Auge zu fassen. Die Deutschen — so führt er aus — zerfallen seit dem Prager Friedensschlusse in vier Hauptgruppen. Die einen wünschen ein großes mächtiges Österreich; aber auch die Wiederherstellung des engeren Verbandes mit Deutschland, in dem allein sie die Sicherheit des Reiches verbürgt und die Interessen der deutschen Bevölkerung gewährt sehen. Eine zweite Gruppe mißgönnt Preußen seine Stellung in Deutschland nicht, wünscht aber, daß Österreich mit den süddeutschen Staaten in ein Verhältnis trete, das dem Norddeutschen Bunde analog wäre. Eine dritte Fraktion hat für Österreich überhaupt nichts mehr übrig; sie will um jeden Preis in den Schoß der großen deutschen Völkerfamilie zurückkehren. Eine vierte Gruppe endlich wird von der Idee geleitet, daß Österreich und Deutschland vorerst getrennt ihre Wege ziehen müssen, wenn ersterem das Werk der Einigung und letzterem das der Konsolidierung gelingen soll. Sie hofft, daß das freundschaftliche Nebeneinandersein auf beide Teile nützlicher wirken wird, als der alte sterile Bund. Fischhof versichert, daß er mit

der zuletzt angeführten Fraktion völlig eines Sinnes sei. Er skizziert die schlimmen Folgen, die eintreten würden, wenn ein Teil der Deutschen im Habsburger Reiche sich ernstlich von Österreich loslösen wollte, und zeigt im Gegensatze dazu die hohen erstrebenswerten Ziele, die der historische Beruf den Deutschen Österreichs stecke. „Wenn wir mit deutscher Humanität die Rechte der anderen Nationen achten, ihre Sprach- und Kulturentwicklung fördern, dann werden wir die Völker Österreichs zwar nicht besiegen, aber gewinnen, nicht unterwerfen, aber unterweisen, nicht beherrschen, aber führen." Statt wie bisher die nichtdeutschen Völker durch die deutsche Sprache zur Kultur zu drängen, müsse man sich in Zukunft bestreben, sie durch die in ihrem Idiome gewonnene Bildung sachte zur deutschen Sprache hinzuleiten. Mit Nachdruck ruft Fischhof aus: „Weit mehr als von einer guten Wehrverfassung, hängt die Zukunft Österreichs von einer guten Lehrverfassung ab!"

Die folgenden Betrachtungen gelten den Slawen. Wie die Deutschen an Intelligenz und Bildung, so seien die Slawen den anderen Nationen der Monarchie an Volkszahl überlegen. Wie kommt es nun, daß sie selbst in jenen österreichischen Provinzen, wo sie eine bedeutende Majorität bilden, den Deutschen und Italienern unterordnet sind? Fischhof untersucht, um diese Erscheinung zu erklären, die historischen, geographischen, ethnographischen und konfessionellen Verhältnisse und zeigt einen offenen Blick für die Bedeutung der sozialen Gliederung. Bei der Besprechung der verschiedenen slawischen und romanischen Volksstämme wird es ihm leicht, die Widersinnigkeit der österreichischen Politik darzulegen und die heuchlerischen Ausreden der verlegenen Machthaber rücksichtslos zu geißeln.

In einem kurzen Abschnitte behandelt Fischhof die territorialen Elemente Österreichs. Kleinlich und unheilvoll ist es seiner Meinung nach, Österreich als Einheitsstaat aufzufassen; die österreichische Monarchie war nie ein Staat, sondern, nach Schuselkas treffender Bezeichnung, ein Reich von Reichen, ein Thron von Thronen, eine Krone von Kronen.

Das nächste Kapitel des Buches stellt „die geistige Strömung der Zeit" dar. Der Verfasser erinnert an den Aus-

spruch eines englischen Schriftstellers, daß es Wahrheiten gebe, die in der Phantasie wurzeln und die man trockenen Verstandesmenschen nie begreiflich mache. Ebenso kenne das Völkerleben Regungen und Strömungen, deren Nichtbeachtung gefährlich sei und von denen kühle Verstandespolitiker keine Ahnung haben. Österreich leide darunter, daß es zwar Staatsmänner mit scharfem Verstande, mit klarem Urteile oder mit warmer Empfindung und reicher Phantasie fand, daß aber kein führender einheimischer Politiker all diese Gaben in sich vereinigte. Darum konnte es zu keiner dauernden Schöpfung kommen. „Nur ein Mann in Österreich vollbrachte während der letzten 20 Jahre eine staatsmännische Tat, und dieser eine Mann (Graf Beust) — es ist schmerzlich, dies zu sagen — war kein Österreicher."

Eine geistreiche Untersuchung widmet Fischhof dem Thema: Nationalstaat oder Nationalitätenstaat? Mit vieler Gelehrsamkeit stellt er die Behauptung auf, daß die „Analyse des Nationalitätenstaates in abstracto zur Überzeugung führe, daß dessen föderative Gestaltung das unabweisliche Postulat seiner Natur sei". Unter der Überschrift: „Stimmen über die Konstituierung Österreichs" führt Fischhof die Auffassungen von Anton Springer, Baron Joseph Eötvös, Freiherrn Andrian v. Werburg und schließlich v. Mühlfeld und Egger an, um zu beweisen, daß sich diese namhaften Denker und Politiker für die föderative Gestaltung Österreichs ausgesprochen haben. Absichtlich zitiert er mit Ausnahme Eötvös' nur deutsche Autoren, ohne den slawischen Stimmen Raum zu geben. Er tut dies, weil es in der letzten Zeit sehr üblich geworden war, jeden föderalistisch gesinnten Deutschen als einen Verräter an der nationalen Sache hinzustellen.

Zwei Gemeinwesen, legt Fischhof dar, fesseln in erster Linie den politischen Beobachter: die stolze nordamerikanische Union jenseits des Ozeans, und die bescheidene Bundesrepublik dicht an der Grenze der Monarchie. Vornehmlich die Einrichtungen der Schweiz werden in dem Buche über „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" in den Kreis der Betrachtungen gezogen; an ihnen bemüht sich der Verfasser zu veranschaulichen, welche Gebrechen der österreichischen Staats-

organisation anhaften, und zu zeigen, welche Verbesserungsmittel bereits praktisch erprobt sind. Er will nicht durch abstrakte Verstandesschlüsse überzeugen, sondern durch den Hinweis auf das warme blühende Leben. Fischhof geht von der Ansicht aus: „die Schweiz ist ein republikanisches Österreich en miniature, wie Österreich eine monarchische Schweiz im großen ist" — ein Gedanke, der sich schon im Jahre 1848 in dem von den Liberalen aller deutschen Länder vielbenutzten und fast als Orakel geehrten Rotteck-Welckerschen „Staatslexikon" ausgedrückt fand. In einer klaren Übersicht wird die staatsrechtliche Entwicklung der Bundesrepublik vor Augen geführt und dann das Gesetzesfundament gezeigt, auf dem die Einheit der Schweiz ruht. Die Zentralisation sei auf ein Minimum beschränkt, in der Dezentralisation wurzle die Kraft, die Daseinsfreudigkeit und das friedvolle Wohlbehagen des kleinen Staates. Auf 71 Seiten bespricht Fischhof mit fühlbarer innerer Anteilnahme die Lebensäußerungen der Dezentralisation in der Verwaltung und Gesetzgebung. Immer wieder macht er den Luftsprung von den grünen Kantonen in die Königreiche und Länder; unermüdlich führt er seine Leser zwischen der Donau und den Schweizer Seen hin und her; mit Entzücken verweilt er bei dem Glücke des republikanischen Zwergstaates, und mit dem warmen Brusttone der Überzeugung sucht er der stolzen Monarchie zu beweisen, welch glanzvoller Zukunft sie entgegensehen könnte, wenn sie aus den schwer genug erarbeiteten und erkämpften Erfahrungen und aus den heilbringenden Schöpfungen der Eidgenossenschaft Nutzen ziehen wollte.

„Wie segensreich und schöpferisch in kleinen autonomen Verwaltungskreisen die innige Wechselbeziehung zwischen Volk und Regierung wirke," — meint Fischhof — „tritt wohl in keinem Lande so belehrend wie in der Schweiz hervor. Nirgends in ganz Europa finde man bei gleicher Schonung der Steuertragenden eine gleich kräftige Förderung des öffentlichen Wohles. In allen Zweigen der Verwaltung herrsche Sparsamkeit und Ordnung, und überall bekunde sich die eingehendste und liebevollste Fürsorge für die geistigen und materiellen Interessen der Bevölkerung. Ganz anders sehe es in Österreich aus, wo die

Selbstbestimmung der Mitvölker nicht aufkommen könne, weil das Bestimmtwerden durch die Deutschen zum Prinzipe erhoben sei. Die deutsche Herrschaft müsse selbst bei den besten Absichten den Völkern als Tyrannei erscheinen, und diese Tyrannei sei gefährlich, weil sie meist denen nicht zum Bewußtsein gelange, die sie üben, während sie aufs schmerzlichste von jenen empfunden werde, an welchen sie geübt wird. Den Deutschen scheine es unbegreiflich, wie man die Freiheit, die in der Verfassung ihren Ausdruck finde, als etwas Unleidliches bezeichnen könne, und die Nationalitäten wieder seien darüber erstaunt, daß man das Unleidliche als Freiheit zu bezeichnen wage. Aus diesem Widerstreite der Meinungen leite man bisweilen die Ansicht ab, daß die Nichtdeutschen in Österreich keinen Sinn für die Freiheit besitzen. „Nicht an Freiheitssinn fehlt es, sondern an Verfassungsformen, um ihn allseitig und gleichmäßig zu befriedigen. Auf so falsche Grundlagen ist unser Staat gestellt, so verworren sind dadurch unsere Verhältnisse, so verkehrt die Anschauungen, so entgegengesetzt oft die Begriffe, die an denselben politischen Ausdruck geknüpft werden, daß die nationalen Parteien einander kaum mehr verstehen und, anstatt zu diskutieren, sich gegenseitig beschimpfen.... Möge doch endlich das Urteil an die Stelle des Vorurteils treten und der Staat unbefangen ins Auge gefaßt werden, den man gestalten soll." Fischhof wendet sich nun gegen die verschiedenen Bedenken, die gegen die Überwindung des beengenden Nationalstaates durch den erlösenden Nationalitätenstaat erhoben werden. Die Minderheit müsse sich naturgemäß der Mehrheit unterwerfen, heiße es oft. Da, wo es sich bloß um politische Prinzipien und Parteien handle, habe dies seine Richtigkeit, da gebe es aber auch keine unvermittelten Gegensätze. Die äußerste Linke und die äußerste Rechte bilden die Endringe einer Kette, die durch die Zwischenringe der Mittelparteien miteinander verbunden sind. Hingegen stehen die nationalen Parteien, um die es sich in Österreich handle, einander schroff und unvermittelt gegenüber. Jeder Konflikt der Parteien entfessele den nationalen Groll, jeder parlamentarische Kampf werde leicht zum erbitterten Zusammenstoße, bei dem ganze Völkerschaften siegen und unterliegen.

„Der Staat, der durch Zentralisation die Gelegenheit zu feindlichen Berührungen ohne Not vervielfältigt, wird zum Tummelplatze nationaler Leidenschaften, zur Walstatt verzweifelt ringender Volksexistenzen; die Zentralisation als das Grab der Eintracht wird zum Grabe seiner Existenz." Als Einwand gegen die Dezentralisation der Verwaltung werde häufig auch geltend gemacht, daß die in Österreich bestehende, die Einheitlichkeit fördernde Verfassungsform den mühsamen Erwerb einer mehr als hundertjährigen Tätigkeit bedeute. „Die Zentralisation war von hoher Kulturwichtigkeit," — führt Fischhof aus — „als um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eine große Regentin die Reform der österreichischen Verwaltung unternahm; die Autonomie der Provinzen bedeutete damals nicht das Selbstverwaltungsrecht der Völker, sondern das Privilegium der bevorzugten Stände, sie schlug den Geist des Jahrhunderts in die Fesseln des Mittelalters und lähmte gleich sehr die Kraft des Volkes wie die Macht der Regierung. Die soziale Umwandlung erheischte gebieterisch Verwaltungsreformen im einheitlichen Sinne, und die Zentralisation bedeutete damals den Sieg des Rechtes über das Vorrecht, des Gesetzes über die Willkür. . . . Aber die neue Zeit rief neue Kräfte wach. Wie in den Tagen Maria Theresias die sozialen, so verlangen jetzt die nationalen Elemente eine Umgestaltung der Verwaltung. Begründete damals die Autonomie das Privilegium bevorrechteter Stände, so bedeutet jetzt die Zentralisation das Verwaltungsmonopol einer bevorzugten Nationalität. . . . Wünschen wir ernstlich die Freiheit und den Frieden, so darf es in unserer Mitte ebensowenig einen herrschenden Stamm, als einen herrschenden Stand und eine herrschende Kirche geben. Die Zentralisation in Österreich ist ein Anachronismus, eine Versündigung am Geiste der Zeit. Und der Deutsche bedarf dieser politischen Sünde nicht. Sucht der Deutschösterreicher ein Muster für sein politisches Vorgehen, so blicke er nach der Schweiz. Sein deutscher Bruder daselbst behauptet durch Maß, was er durch Kraft gewann; er verschmäht es, der Gebieter seiner Mitnationen, er wünscht nur ihr Genosse zu sein. *Er zog den Freundschaftsbund dem Einheitsbunde vor.*"

Fischhof hat diese Betrachtungen an die allgemein gehaltene Darlegung der Verwaltungsverhältnisse in der Schweiz geknüpft; er wendet sich nun einem Gesamtüberblicke über die Gesetzgebung zu. Leider gestattet es uns der Raum nicht, die interessanten Ausführungen in ihrer ganzen Breite zu wiederholen; wir müssen uns Beschränkung auferlegen und es mit der Wiedergabe einiger markanten Stellen genug sein lassen. „Soll das Selbstbestimmungsrecht nicht illusorisch gemacht werden, soll die österreichische Konstitution für alle Völker eine Wahrheit sein, dann darf in inneren Angelegenheiten für keines derselben der legislative Schwerpunkt außerhalb seines nationalen Kreises liegen, sondern muß stets innerhalb desselben ruhen, was nur im dezentralisierten Staate möglich ist. Die Frage, ob Zentralisation oder Dezentralisation, hat somit für die nichtdeutschen Volksstämme Österreichs eine hohe politische und nationale Bedeutung. Nicht blinde Oppositionswut, nicht Deutschenhaß, sondern der mächtigste aller individuellen und Volkstriebe, der Selbsterhaltungstrieb, drängt die Völker zum Kampfe gegen die Zentralisation, welche für sie den Tod bedeutet, den leise heranschleichenden Tod durch Verkümmerung.... Die Schweiz wandelt die ihr von der Natur vorgezeichnete Bahn — und gedeiht. Folgen auch wir den Geboten der Natur, und Österreich wird nicht minder erstarken. *Nur die Zentralisation macht die Völker zentrifugal, man dezentralisiere Österreich, und sie werden zentripetal.*" Fischhof erörtert — in seiner Polemik gegen den Zentralismus fortfahrend —, welche störenden Folgen damit verbunden sind, daß acht Völker im Reichsrate vertreten erscheinen. Die deutsche Sprache habe im Parlamente eine natürliche Herrschaft erreicht, aber die Vertreter der nichtdeutschen Völker müssen es immerhin als Kränkung empfinden, wenn sie beim Eintritt in den Saal der Gesetzgebung ihre Muttersprache gleichsam im Vorraume zurücklassen sollen. Doch der zwingenden Macht der Notwendigkeit füge sich jedermann. Allein die Billigkeit und die Staatsklugheit gebiete, daß man den Anlaß zur Bevorzugung eines Idioms einschränke. Die parlamentarische Sprachenfrage berühre jedoch nicht bloß eine der reizbarsten

Stellen des Nationalgefühls, sondern auch eine der wichtigsten Lebensinteressen der Völker Österreichs. Wilhelm von Humboldt habe nachgewiesen, daß die Sprache das Organ des Gedankens sei; darum verkümmere man einem Volke das nationale Organ des Denkens, wenn man die nationale Sprache aus irgend einem Gebiete der geistigen Tätigkeit verdränge. Nun sei die Gesetzgebungssphäre eines der wichtigsten Gebiete der nationalen Denktätigkeit. „Die Sprache eines Volkes aus der höheren Sphäre der Gesetzgebung verdrängen, heißt dieses Volk aus den fruchtbarsten Gefilden nationaler Geistestätigkeit verbannen, heißt es geistig ins Exil schicken.“ Schwer sei es allerdings — höre man ferner von allen Seiten —, die richtige Grenze für den Umfang der Autonomie, der Dezentralisation, zu bestimmen! Aber die Schweiz und Nordamerika seien auch in dieser Hinsicht sehr belehrend, denn sie zeigen nicht nur, bis wohin man in der Einschränkung der Dezentralisation gehen müsse, sondern auch, wie weit man im Ausbau der Autonomie gehen könne.... Bei einer Bevölkerung, welche der österreichischen gleichkomme — legt nun Fischhof dar —, bestehen in der nordamerikanischen Union neben der Bundesexekutive und -legislative 36 Staatenregierungen und gesetzgebende Versammlungen und in der Schweiz bei einer Bevölkerung, die nur den vierzehnten Teil der österreichischen betrage, 25 Kantonalregierungen und Legislativkörper. „Während in Österreich die Phrase: ‚Man kann mit 17 Landtagen nicht regieren‘ eine stehende ist, kommt nie eine Klage wegen der Fülle von Staatsgewalten über die Lippen eines Schweizer oder eines amerikanischen Staatsmannes.... Nur kurzsichtige Politiker betrachten die Landtage als die Krankheit Österreichs. Törichter Wahn! Nicht Österreichs Krankheit sind die Landtage, sondern Österreichs Krankensäle, in denen die an der Zentralisation leidenden Völker klagen und stöhnen. Die Landtage beseitigen, hieße nicht die Krankheit entfernen, sondern den armen Hilfesuchenden das Asyl versperren, und dem Arzte die Gelegenheit zur Erkenntnis und Heilung entziehen.“ Noch mit einer Frage hat sich Fischhof auseinanderzusetzen. Solle das von allen Seiten bedrohte Österreich die Dezentralisation wagen, während die

Großstaaten sonst ihre Kräfte zusammenfassen und stärken? „Den Ängstlichen möge es zur Beruhigung dienen," — sagt der Verfasser — „daß alles, was die Defensiv- und Offensivkraft betrifft, im Bundesstaate der Zentralgewalt ganz so anvertraut ist wie im zentralisierten Staatswesen. Alle internationalen Schutzwaffen sind in ihre Hände gelegt, die geistige Schutzwaffe: die Diplomatie, die physische: das Heer, die finanzielle: das Geld, und endlich die volkswirtschaftliche Waffe: das Recht, die Zölle und den Handel zu regeln."

Den nächsten Teil seines Buches: „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" widmet Fischhof einer ins Detail gehenden Betrachtung aller Zweige der Verwaltung. Wir wollen eine kleine Weile bei dem wichtigsten und interessantesten Kapitel stehen bleiben, das dem Unterrichtswesen eingeräumt ist. „Der fünfte Teil der öffentlichen Gesamtausgaben" — fängt der Abschnitt an — „entfällt in der Schweiz auf das Budget des Unterrichts und Kultus. 20 Prozent der Steuern, die das Schweizer Volk zahlt, werden somit dazu verwendet, die Bildung, die Sittlichkeit und den religiösen Sinn der Bevölkerung zu heben, während in Österreich nur $1^1/_4$ Prozent der Staatsausgaben auf das Budget des Kultus und des Unterrichts entfallen." Den Unterschied zwischen dem Militärstaate und der kleinen neutralen Eidgenossenschaft übersehend, meint Fischhof: „Wie tief beschämend ist für uns diese Parallele und wie belehrend zugleich für die Fanatiker der Zentralisation; denn all diese glänzenden Resultate verdankt die Schweiz einzig und allein der Einsicht und Sorgfalt ihrer Kantone und Gemeinden." Als Argument für die Notwendigkeit der vollständigen Veränderung des Volksschulwesens führt Fischhof auch die kulturelle Vielgestaltigkeit an, die Österreich in seinen verschiedenen Teilen aufweist. Gerade weil die Mehrzahl der Nationen und zwar größtenteils durch Schuld der österreichischen Regierung in ihrer geistigen Entwicklung zurückgeblieben sei, bedürfe es einer besonders verständnis- und teilnahmvollen Behandlung des Unterrichts- und Erziehungswesens. Wo wäre jedoch mehr Verständnis und Teilnahme für die Erziehung eines Volkes zu finden, als bei den hervorragenden Männern, die mit

ihrer Nation eins und die natürlichen Anwälte der national-kulturellen Aufwärtsbewegung seien? Gewiß, im Reichsrate werden nur die allgemeinen Grundsätze des Volksschulwesens festgestellt, ein Recht, das von den deutschen Zentralisten ebenso leidenschaftlich verteidigt, wie von den Föderalisten bekämpft werde. Ist aber die Feststellung dieser Grundsätze im Reichsrate — fragt Fischhof — eine so wichtige Lebensbedingung des Staates und der Schule, daß darob der innere Frieden gestört sein soll? Ausführlich sucht der Verfasser die Besorgnis zu widerlegen, daß die restlose Dezentralisation des Unterrichtswesens die Erschütterung des patriotischen Gefühles in der heranwachsenden Jugend zur Folge haben könnte. Dabei erinnert er an den Ausspruch, den der Pole Dr. Smolka im Jahre der Hoffnungen — Anno 1848 — getan hatte: „Lasset uns Polen und Tschechen sein, und wir werden gute Österreicher werden; aber ihr wollt uns gewaltsam zu guten Österreichern machen, und wir bleiben Polen und Tschechen!" Die Dezentralisation sollte bei der Volksschule nicht haltmachen; die Autonomie hätte sich ebenso auf die Mittelschulen und auf die Universitäten zu erstrecken. Fischhof weist darauf hin, daß Italien noch kein Einheitsstaat war, als seine Universitäten blühten, und daß Holland eine Föderation bildete, als seine Hochschulen sich unsterbliche Verdienste um die Wissenschaft erwarben. Fischhof bespricht auch die Universitätsverhältnisse in anderen Staaten, um darzutun, daß es überflüssig war, in der Dezemberverfassung die volle Gesetzgebung für die Universitäten dem Reichsrate vorzubehalten. „Lassen wir die Nationalitäten ungegängelt ihre Wege ziehen" — ruft Fischhof am Schlusse dieses Abschnittes ermahnend aus — „und sie werden sich von deutschem Geiste nicht zu weit entfernen. Das deutsche Unterrichtswesen ist kein Treibhausgewächs, das nur unter der zarten Pflege ministerieller Hände gedeiht. Es wurzelt tief im Boden der Erfahrung und reifte langsam an der Sonne der Wissenschaft, und wie die Russen und Serben werden auch unsere Nationalen ihre Muster in Deutschland suchen, wenn wir ihnen nicht durch Zudringlichkeit deutsches Wesen und deutsches Wissen zum Gegenstande des Widerwillens machen. Die deutsche Kultur hat in Österreich

keinen gefährlicheren Feind als ihre gewaltsamen Protektoren."

Einige Worte wollen wir noch dem Abschnitte über das Justizwesen widmen. Fischhof beginnt das Kapitel mit dem Satze: „Die Justizgesetzgebung ist in der Schweiz dezentralisiert." Die Politiker dieses Landes kennen wohl die zahlreichen Gründe, die in der Justizgesetzgebung zugunsten der Zentralisation sprechen, aber sie seien sich ebenso darüber klar, daß die einheitliche Gesetzgebung in einem Lande mit Einwohnern verschiedener Sprache und Nationalität überaus gefährlich sei. Fischhof wünscht die Einbürgerung des Schweizer Systems in Österreich. Allerdings vergißt er nicht, daß das Sondergesetzgebungsrecht der Kantone historisch ist, während in Österreich der Verlust der Gesetzeseinheit, die sich in die Gewohnheiten der Bevölkerung hineingelebt hat, auf das unangenehmste berühren müßte. Indes, es gebe ein Auskunftsmittel. „Eine aus den hervorragendsten Legisten gebildete Zentralgesetzgebungskommission hätte die Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die dann von einem aus Abgeordneten jeden Landes bestehenden Ausschusse einer erneuerten Beratung unterzogen werden. Das Operat desselben wäre von den Landesregierungen den betreffenden Landtagen vorzulegen." So würde es möglich sein, die Autonomie der Kronländer zu erweitern und dennoch die annähernde Übereinstimmung der Gesetze zu erreichen. Auch in der Justizverwaltung und Justizpflege hätte die Dezentralisation platzzugreifen. Die Besetzung der Richterstellen sollte nicht dem Reichsjustizminister, sondern den Justizchefs der einzelnen Kronländer obliegen. Neben dem schon bestehenden Staatsgerichtshofe wären immerhin nach dem nordamerikanischen Beispiele mehrere Reichsgerichtshöfe zu errichten, während das bereits vorhandene Reichsgericht in Wien mit erweiterter Kompetenz in ein Reichsobergericht umgestaltet werden müßte.

In einem fesselnd geschriebenen Kapitel behandelt Fischhof die „österreichische Experimentalpolitik". Mit plastischer Anschaulichkeit zeigt er die Versuche und Verirrungen, die im raschen Wechsel einander folgten und die dem schweren Probleme galten, Österreich als Verfassungsstaat wohnlich ein-

zurichten. Von der Dezemberverfassung sagt Fischhof, daß sie in einem anderen Staate, dessen innerste Natur der Zentralisation nicht widerstrebt, die Grundlage eines freien und glücklichen Gemeinwesens hätte bilden müssen. „Bei uns jedoch war sie nur dazu angetan, den bestehenden staatsrechtlichen Konflikt zu verschärfen, und zwar nicht trotz, sondern gerade wegen des in ihr sich klar aussprechenden Liberalismus, gerade ob der Fülle von Rechten, die sie der Volksvertretung einräumt. Im armseligen Baue der Februarverfassung waren die begünstigten Deutschen so kümmerlich untergebracht, daß die außenstehenden Völker wenig Ursache zum Neide hatten. Die parlamentarische Majorität war von geringem Einflusse; an der Spitze der Verwaltung standen größtenteils Männer aus der Bureaukratie. Im prächtigen Gebäude der Dezemberverfassung hingegen sind die Bevorzugten in höchst beneidenswerter Weise untergebracht. Unter der Herrschaft der jetzigen Grundgesetze diktiert die deutsche Reichsratsmehrheit der westlichen Reichshälfte ihre Gesetze, stehen die Männer dieser Partei an der Spitze der Regierung, geben sie der ganzen äußeren und inneren Politik ihre nationale und politische Färbung. Eine so ausgesprochene Herrschaft des deutschen Elements über die anderen Völker muß die Nationalitäten auf das tiefste erbittern; und da den Erbitterten das ganze konstitutionelle Arsenal geöffnet ward, so ist es ganz natürlich, daß sie die ihnen gebotenen Waffen gegen eine Verfassung kehren, die sie in ihren Rechten kränkt, in ihrer nationalen Existenz bedroht.... So wird im Kampf um die Form gar bald das Wesen zunichte werden, denn immer kürzer wird die den zentralistischen Experimenten eingeräumte Frist. Das Bachsche Regiment dauerte ein Dezennium, dem Februarpatente waren nur vier Lebensjahre gegönnt, und zweifelsohne sind der Dezemberverfassung die Tage der Existenz noch kürzer zugemessen..." In dieser einen Annahme hat sich Fischhof freilich geirrt. Die Grundgesetze vom 21. Dezember 1867 sind ihrem staatsrechtlichen Inhalte nach noch heute in Kraft. Das heißt: vier Jahrzehnte des zunehmenden nationalen Streites, der wachsenden Verbitterung, des gesteigerten Mißbehagens liegen seither hinter uns. Die Dezemberverfassung blieb bestehen,

weil man — den Frieden in Österreich nicht ernsthaft und nicht pflichtbewußt gesucht hat.

Scharf kritisiert Fischhof „den verfehlten architektonischen Plan, daß der schwere Quaderbau der Dezemberverfassung auf den Sumpfboden der Schmerlingschen Wahlordnungen aufgeführt wurde, der kaum das leichtgezimmerte Februarpatent zu tragen vermochte". Ritter v. Schmerling wäre insofern logisch vorgegangen, als er die Herrschaft einer Scheinmajorität im Parlamente mit einer Scheinverfassung verband. Die Regierungsmänner des Bürgerministeriums aber gaben sich, gleich den Schöpfern der Dezemberverfassung, der staatsverderblichen Illusion hin, daß eine wahrhafte Verfassung und eine fiktive Mehrheit, daß die Freiheit und das Unrecht vereinbar seien. Die Wahlgesetze, als die fundamentalen Bestandteile einer jeden Verfassung, üben wesentlichen Einfluß auf das gesamte öffentliche Leben eines Staates. Da die Wähler nur gleichgesinnten Bewerbern ihre Stimmen geben, so drücken sie der gesetzgebenden Körperschaft und indirekt auch der Gesetzgebung ihr politisches und nationales Gepräge auf. Die Fälschung der Wählermajoritäten durch die Künsteleien eines Wahlgesetzes sei daher ein den Konstitutionalismus schwer bedrohender Vorgang. Fischhof verweist auf das krasse Beispiel Mährens, wo drei Viertel der Bevölkerung Slawen sind; dennoch wären im mährischen Landtage neben 66 deutschen nur 34 slawische Abgeordnete. In Dalmatien entfielen auf die Slawen 87 Prozent, auf die Italiener nur 13 Prozent der Einwohnerschaft, und nichtsdestoweniger erscheine die slawische Bevölkerung im Lande zur Nullität verurteilt. Man motiviere wohl diese schwere Versündigung am Rechte mit der Notwendigkeit, den Gebildeten bei den Wahlen einen Vorzug einzuräumen; aber diese Bevorzugung finde in einer Weise statt, die den Anforderungen der Gerechtigkeit und aller politischen Klugheit hohnspreche. Doch noch mehr! Die unsittlichen Mittel, die ungerechten Wahlgesetze, haben ihren Zweck nur in höchst unvollkommener Weise erfüllt. Die Mehrheit im Abgeordnetenhause des österreichischen Reichsrats und damit die Entscheidung, ob der Staat im Interesse der Deutschen oder Slawen regiert

werden soll, wurde durch die unweise Gesetzgebung von dem Resultate der Landtagswahlen in Böhmen und Mähren abhängig gemacht und damit in die Hände der böhmischen und mährischen Großgrundbesitzer gelegt. „Welch eine Politik," — meint Fischhof bitter — „die das Schicksal der Deutschen, ja das der Monarchie in die Hände einiger Junker legt, welch eine Staatsweisheit, für die es nur ein Heute gibt, kein Gestern und kein Morgen, keine Erfahrung und keine Voraussicht!"

In einem besonderen Kapitel von „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" setzt sich der Verfasser mit dem Probleme auseinander, wie die Föderation mit dem ausreichenden Schutze der Nationen zu vereinen wäre. Die Dezentralisation würde ja eine starke Steigerung der Macht bedingen, die den einzelnen Königreichen und Ländern zustehe, und da es in den meisten Kronländern zwei oder mehrere Völker gebe, müßte man befürchten, daß sich die Zahl der unzufriedenen Gruppen annähernd in der Weise vermehren würde, in der die Zahl der Gesetzgebungszentren zunähme. Damit der Kriegsschauplatz nicht vom Reichsrate in die Landtage verlegt würde und die Hegemoniegelüste nicht um vieles gewaltsamer und gehässiger in jedem einzelnen Kronlande hervorträten, müßten die nationalen Minderheiten allerorts ausreichende Garantien gegen den Druck der Mehrheiten erhalten. In der Reihe der beruhigenden und versorgenden Bürgschaften stünde ein sorgfältig ausgearbeitetes Nationalitätengesetz voran. „Der Reichsrat," — legt Fischhof dar — „der mit rühmlichem Eifer die konfessionellen Minderheiten durch ein interkonfessionelles Gesetz in seinen Schutz nahm, hat es bisher unterlassen, die noch tiefer in das Staatsleben eingreifenden nationalen Verhältnisse durch ein internationelles Gesetz dauernd zu regeln... In einem solchen Gesetze müßte die Gleichberechtigung der Sprachen jedes Kronlandes in Schule, Kirche, Verwaltung, Justiz und Gesetzgebung so klar und unzweideutig normiert werden, daß die nationalen Minoritäten vor jedem Übergriffe der Majorität völlig sichergestellt wären. Der größte Nachdruck

wäre jedoch auf Bestimmungen zu legen, die zur Sicherung der nationalen Minderheiten in den Landtagen dienen." Fischhof empfiehlt die Schaffung von nationalen Kurien und beruft sich darauf, daß er diese Anregung schon vor zwei Jahren in seinem Nationalitätengesetzentwurfe gegeben habe und daß diese Idee seither in den tschechischen Kreisen Zustimmung finde. In ähnlicher Weise wie in den Landtagen müßte in den anderen Vertretungskörpern durch nationale Kurien Frieden geschaffen werden. Indes, der Schutz der Gesetzgebung allein reiche nicht aus; auch in der Verwaltung wäre die nationale Minderheit vor böswilligen oder egoistischen Übergriffen sicher zu stellen. Fischhof verlangt, daß in den Kronländern mit mehreren Nationen die Bezirke möglichst national abgegrenzt und daß ihre Rechte in dem Sinne erweitert werden, in dem er es in seinem Schriftchen über die „Munizipalautonomie" dargelegt habe.

Ein so erfahrener Politiker mußte imstande sein, sich über das Echo klar zu werden, das sein lautes Wort auslösen würde. Fischhof hat sich als Deutscher gefühlt; er dankte, was er strebend an Schätzen der Kultur erworben hatte, deutscher Geistes- und Veredlungsarbeit; er nahm als guter Sohn des deutschen Volkes an allen Leiden und an allen Freuden der Nation innig teil. Gerade deshalb bietet er jedes taugliche Mittel auf, um den Glauben an die unerschütterliche Richtigkeit der zentralistischen Auffassung zu brechen, und am Schlusse seiner Arbeit spricht er noch einmal eindringlich den Deutschösterreichern in die Seele: „Bedürfen denn die Deutschen einer gesetzlichen Suprematie? Sie sind im Besitze so großer Vorteile, daß sie auf jedes Vorrecht verzichten können. Sie lehnen sich, wenn auch politisch getrennt, geistig, moralisch und in letzter Linie auch physisch an 40 Millionen Stammesgenossen. Ihre Sprache ist denen der anderen Nationalitäten weit voran. Sie sind vorzugsweise im Besitze der Industrie und des Handels. Der Großgrundbesitz in den von Deutschen und Slawen gemeinschaftlich bewohnten Kronländern ist vorwiegend in den Händen eines deutsch gesinnten Adels, die Dynastie ist deutsch, die Metropole des Reiches ist eine deutsche Stadt; im Zentralparlamente wird, ohne daß Zwang geübt wird, durch die Macht

der Verhältnisse ausschließlich ihr Idiom gesprochen. Durch eine große Anzahl von Kapazitäten in ihrer Mitte fällt ihnen die parlamentarische Führerrolle zu. Im politischen Wettlaufe haben sie somit einen ungeheuren Vorsprung; ist es ihrer würdig, den ihnen mühsam nachfolgenden kleinen Nationalitäten Hindernisse in den Weg zu legen? Eine Verfassung kann den Deutschen das numerische Übergewicht in Österreich nicht geben, aber sie vermag auch nicht, ihnen das moralische Übergewicht zu nehmen. Nur die Gleichberechtigung läßt sich gesetzlich feststellen, nicht so die Gleichbefähigung, und dem Fähigsten bleibt die Führung an allen Orten und zu allen Zeiten."

Die Umgestaltung Österreichs wäre allerdings keine nur österreichische Angelegenheit gewesen. Fischhof, der sich in die neue Staatsform hineingeträumt hat, glaubt bereits zu sehen, wie sich hinter den Schleiern der Zukunft mehr als ein glückliches Österreich herausbilde: es ist ihm, als würde sich allmählich eine mitteleuropäische Föderation gestalten wollen. Doch das scheint ihm selbst noch ferne Zukunftsmusik zu sein. — — —

Jeder schaffensfrohe Politiker, der sich nicht mit dem äußeren Ansehen seiner Stellung oder mit den Vorteilen eines Mandates zufrieden gibt, ist mehr oder minder ein Optimist. Er arbeitet, um zu wirken, und hofft, daß sich an seine Tätigkeit der Erfolg heften werde. Die Gegenwart mag ihm trostlos erscheinen, die nächste Zukunft sogar wenig Freude versprechen; aber irgendwo sieht er doch ein Lichtlein aufblitzen, das sich zur Flamme entzündet. Nur wo Hoffnung ist, gibt es Fortentwicklung; ohne dieses belebende Element ist nur Versumpfung und Fäulnis möglich. Auch Fischhof hat sein Buch mit der Absicht zu bekehren geschrieben. Und nun, da die Arbeit in viele hundert Hände gelangt war, wartete er voll Spannung auf den Eindruck, den „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" auslösen werde. Die Habsburger Monarchie galt ja als das Reich der unbegrenzten Möglichkeiten. So viele staatsrechtliche Wandlungen waren schon vor sich gegangen, warum sollte jetzt nicht endlich einmal ein Anlauf zu einer vernünftigen Politik genommen werden? Fischhof hatte in seinem Buche nach einem

entschlossenen Staatsmanne gerufen; vielleicht würde sich doch der Retter finden. Aber die politische Studie war nicht nur bestimmt, nach oben hin zu wirken, sie sollte auch den deutschen Bürger von der Herrschaft eines landläufigen Schlagwortes befreien, mit nationaler Duldsamkeit erfüllen und zum Mitschöpfer eines verjüngten gekräftigten Österreichs machen. Gegen Ende der sechziger Jahre bildete die Politik noch eine Angelegenheit, die den Besten des Volkes nahe ging und Herz und Verstand mächtig ergriff. Der Bürger sprach nicht gelangweilt oder gar verächtlich von den politischen Geschehnissen; der Konstitutionalismus war zu jung, als daß er schon ermüdete. Die politische Teilnahmlosigkeit sollte erst später, in der Zeit schwächlicher Epigonen, die sonst geistig Regen erfassen. Als Fischhofs gedankenreiche Arbeit erschien, wurde sie von Jung und Alt wie ein großes Ereignis hingenommen. Wilhelm v. Berger erzählt in seinen Jugenderinnerungen, daß ihm sein kränklicher Vater, der eigenwillige Minister, die Schrift Fischhofs zur Lektüre empfahl, obschon er nicht mit allen Ideen einverstanden war, und spricht davon, daß er sie fast verschlungen habe[1]). Das wird kein Ausnahmefall gewesen sein.

Für die österreichischen Zeitungen aller Völker bildete das Werk den Gegenstand eingehender Erörterungen. Viele hundert Artikel wurden der politischen Studie Fischhofs gewidmet; es brachte nicht nur jedes Blatt eine umfangreichere Besprechung, sondern die großen Zeitungen nahmen in mehreren Artikeln zu dem Buche Stellung. Es wäre ein aussichtsloses Bemühen, ein vollständiges Bild der Preßpolemiken entrollen zu wollen. Wir glauben, am besten zu tun, wenn wir uns auf einige Stichproben beschränken, um das Gewoge der Meinungen zu veranschaulichen.

Eines der führenden Wiener Blätter, die offiziöse „Presse", sprach sehr ruhig und sachlich[2]) über „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes", ohne eigentlich recht Farbe zu bekennen. „Schon deshalb verdient Fischhof Anerkennung," —

[1]) Alfred und Wilhelm v. Berger, „Im Vaterhaus", S. 185. Wien 1901.
[2]) „Die Presse", Nr. 335. (Fischhofs neueste Flugschrift.) Nr. 341. (Fischhof über den Schutz der nationalen Minderheiten.) Wien 1869.

hieß es — „weil er der Hauptfrage unserer politischen Differenzen nicht aus dem Wege geht, sondern eine Lösung derselben versucht. Wenn auch seine Vorschläge nicht durchaus praktisch sind, so gebührt ihm doch das Verdienst, die Fragen wieder in den Bereich der Diskussion gezogen zu haben." Vom Votum der nationalen Kurien wurde gesagt, daß es sich zu einer furchtbaren Waffe gegen jeden Fortschritt entwickeln würde. Das klerikal-föderalistische Wiener „Vaterland" beschäftigte sich in vielen Aufsätzen mit dem wertvollen Buche; es beschränkte sich im allgemeinen auf eine maßvolle Darlegung der richtunggebenden Anschauungen und hatte seine Freude daran, im deutsch-liberalen Lager einen föderalistisch gesinnten Kampfesgenossen zu finden[1]). Die Prager „Bohemia" galt viel, weil sie das tonangebende Organ der liberalen Deutschen Böhmens war. Das Blatt konnte den Ansichten Fischhofs nicht zustimmen, denn es schwärmte für den Zentralismus. Die Art und Weise aber, in der es sich mit dem Buche auseinandersetzte, macht den Eindruck wohltuender Vornehmheit. In einem zehn Spalten langen Artikel, der am 7. Dezember erschien, wurde zugestanden, daß Fischhofs Schrift auch dann alle Beachtung finden müßte, wenn ihr Verfasser keinen Namen von so gutem Klange hätte. Allein Fischhof erweise sich mehr als doktrinärer denn als praktischer Politiker, wenn er 20 Jahre nach der Revolution noch im Geiste des Kremsierer Verfassungsausschusses schaffe, dessen Konstitutionsentwurf in vielen Punkten nicht mehr auf die gegenwärtigen Verhältnisse passe. Der Verfasser täusche sich über die letzten und eigentlichen Ziele der Gegner und bringe Einrichtungen in Vorschlag, die, so wohlgemeint sie sein mögen, kaum durchführbar erscheinen und die möglicherweise sogar einen ganz entgegengesetzten Erfolg als den beabsichtigten erzielen würden[2]). In einem zweiten Aufsatze wurde auf das Loblied hingewiesen, das die jungtschechische „Narodni Listy" dem deutschen Föderalisten sang, und gemeint, daß die Freude nicht überraschend sei. Immerhin fand Fischhof die Anerkennung, daß

[1]) „Das Vaterland", Nr. 335. („Der österreichische Gedanke".) Nr. 337 bis 339. („Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes".) Wien, Dez. 1869.
[2]) „Bohemia", Nr. 291. (Fischhofs neueste Flugschrift.) Prag 1869.

er mit redlichem Willen an die Lösung seiner Aufgabe gegangen sei, und daß er sich ernsten und tiefen Studien gewidmet habe. „Wenn man Fischhofs Buch im ganzen überblickt, so macht man eben wieder dieselbe Erfahrung, wie so häufig: die Fehler und Mängel des Bestehenden sind leicht aufgedeckt — aber schwer ist es, etwas Besseres an dessen Stelle zu setzen. Was auch Fischhof zugunsten des Föderalismus vorgebracht hat, es vermochte uns nicht zu überzeugen. Im Gegenteile! Indessen läßt sich das eine nicht weiter in Abrede stellen, daß die Ansicht, es müsse etwas zur Beseitigung der augenblicklichen Spannung der Gemüter geschehen, immer mehr Anhänger gewinnt. Wir wollen nicht weiter untersuchen, was zu dieser Spannung beigetragen hat: genug, die Dinge stehen einmal so, daß die (deutschliberale) Verfassungspartei Gefahr läuft, selbst bei solchen, die bisher mit ihr sympathisierten, den Vorwurf der Halsstarrigkeit auf sich zu laden, wenn sie sich weigern sollte, entgegenkommende Schritte zu einer Verständigung zu tun. Sie wird deshalb wohl zu erwägen haben, ob Vorschläge, die an sie gelangen, kurz abzuweisen sind, oder ob es nicht vielleicht geraten wäre, nach dem Vorschlage Fischhofs die Initiative in dieser Richtung zu ergreifen"[1]). Das alttschechische Organ, die Prager „Politik", kam einige Male auf das aufsehenerregende Buch „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" zu sprechen[2]). Einmal führte es aus: „Es ist eine zwanzigjährige reiche Erfahrung, die in dem Werke niedergelegt ist, eine Fülle von Belegen und Folgerungen, die fast in allen Einzelheiten volle Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Wir vertreten seit Jahren schon im Wesen die Prinzipien, deren Unausweichlichkeit für Österreich Fischhof in überzeugender Weise darlegt. Wir gestehen es offen, daß wir in manchen Einzelheiten von den Details der vorliegenden Denkschrift abweichen, daß wir von unserem Standpunkte aus die Rechtsbeständigkeit des böhmischen Staatsrechtes in weit ausdrücklicherer Weise betonen und festhalten, daß wir im

---

[1]) „Bohemia", Nr. 292. Dezember 1869. Prag. („Der Föderalismus".)
[2]) „Politik", Nr. 336 und 337. Prag 1869. (Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes.) Nr. 342. (Das konstruktive Element in Österreich.) Nr. 346. (Siehe: Journalistik.)

ganzen und großen den Resultaten, zu denen Fischhof gelangt, beistimmen, ohne jedoch alle von ihm vorgeschlagenen Wege und Mittel akzeptieren zu können. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die in Fischhofs Denkschrift niedergelegten Anschauungen in hohem Maße geeignet sind, den Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen zwischen Tschechen und Deutschen zu bilden."

Auch die „Neue Freie Presse" beschäftigte sich mit dem Buche in mehreren Artikeln. Am 7. Dezember wurde im Leitaufsatze bemängelt, daß Fischhof seine Schrift just in dem Zeitpunkte erscheinen ließ, in dem sich eine schwere politische Krise entwickelte. Die Arbeit habe den Sturm gegen das herrschende System verstärkt, und darin liege die politische Sünde, die Fischhof mit seinem Werke begangen habe. Der Autor mußte den Vorwurf hören, daß er nicht so lange hätte schweigen sollen, wenn er sich berufen fühle, ein Heilmittel zu offenbaren. „Nur Kitt zu sein, um die Quadern des Reiches zusammenzuhalten, dazu fühlen sich die Deutschen zu gut. Darin liegt die Verirrung Fischhofs, der als Arzt weiß, daß nicht die umfangreichsten Organe des Körpers seine wertvollsten sind, und der als Politiker die Österreicher gezählt, aber nicht gewogen hat. Die Ausführung seines Programmes wäre nicht die Versöhnung der Parteien, sondern, wenn nicht die Auflösung des Reiches in Atome, so doch die Einleitung zu einem Sonderbundskrieg"[1]). Ein zweiter Artikel, der gegen das Buch „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" gerichtet war, trug die Aufschrift: „Der Weg zur Reaktion". Darin hieß es: „Die monarchische Schweiz will Fischhof aus Österreich machen; das reiht sich unmittelbar an die Republik mit dem Großherzog. Die Föderation im Geiste der Schweizer Verfassung hat eben die republikanische Voraussetzung und ist ohne eine solche unhaltbar. ... Der Föderalismus würde in Österreich die Freiheit töten, denn in der Schweiz gibt es drei Kulturvölker. Fischhof mag sich rühmen, ein Liberaler zu sein, in seiner Schrift gibt er seinen Liberalismus preis und dient nur der Reaktion. ... Sein unverzeihliches Unrecht ist

[1]) „Neue Freie Presse", Nr. 1895. 1869.

es, daß er es unternommen hat, die Deutschösterreicher ins Unrecht zu versetzen. Fischhof hat sich mit seiner Schrift aus dem Lager der freisinnigen Deutschösterreicher unter die slawische Reaktion begeben. Er ist, wenn auch unbewußt, dort angekommen, und seine Worte sind jetzt Insinuationen eines Gegners. Man mag das beklagen, aber es ist nicht zu ändern"[1]). Einige Tage später erschien in der „Neuen Freien Presse" eine Betrachtung: „Fischhofs Broschüre" von dem Pester Korrespondenten des Blattes. Am Schlusse der langen Ausführung, die sich heftig gegen das vielbesprochene Buch wandte, sagte der Verfasser des Aufsatzes: „Fischhof konnte Großes leisten, wenn er den in dem Gemüte der Deutschen Österreichs wogenden Regungen Worte gab, wenn er ein Kind seines Volkes war; er wollte jedoch sein Volk zu seinem Kinde machen, das Volk erziehen, und seine Worte verhallen, nachdem sie in hohlen Köpfen etwas Lärm gemacht haben, ins Leere"[2]). Nach dem führenden Organe der deutsch-zentralistischen Liberalen Österreichs wollen wir noch die Wiener „Konstitutionelle Vorstadtzeitung" zu Worte kommen lassen, die auf die demokratische Tonart gestimmt war. „Fischhof hat in einsamer Studierstube" — hieß es in dem Aufsatze „Die monarchische Schweiz" — „am Schreibtische auf dem Wege philosophischer Spekulation ein System erdacht, das seine Herkunft nicht verleugnet. Es ist nicht das Werk des Staatsmannes, der stets mit gegebenen Faktoren und tatsächlichen Verhältnissen rechnet, es ist das Werk des Philosophen, der mit dichterischer Phantasie erst Hypothesen erfand und aus denselben dann logische Schlüsse zog.... Unsere innerste Überzeugung ist es, daß das, was Fischhof als Rettung vorschlägt, nichts anderes als der Weg zum Verderben ist.... Hätte Fischhof dieses Buch ungeschrieben gelassen, man hätte ihn für einen Staatsmann gehalten"[3]).

So vieltönig war das Stimmengewirr, das durch den österreichischen Blätterwald drang. Anerkennung, ja Bewunderung, respektvolle Zurückweisung und unerbittliche Gegnerschaft:

---

[1]) „Neue Freie Presse", Nr. 1896. Wien 1869.
[2]) „Neue Freie Presse", 12. Dezember. Wien 1869.
[3]) „Konstitutionelle Vorstadtzeitung", 9. Dezember. Wien 1869.

diese ungleichen Früchte der Kritik brachte das eine Buch. Erwähnenswert ist auch die private Äußerung des bewußt deutschfühlenden Dichters und Politikers Grafen Anton Auersperg, dem Ludwig August Frankl die Schrift zugesandt hatte. „Mögen unsere Anschauungen darüber, welche Heilmethode unserer Mutter Austria wieder auf die Beine zu helfen vermag, etwas verschieden sein, in der Liebe und Hingebung für sie sind wir eines Sinnes. Der redliche, uneigennützige, charakterfeste Patriot Fischhof hat gewiß Empfänglichkeit, Verständnis und — Duldung für von der seinigen abweichende Ansichten, wenn sie nur aus der unverfälschten reinen Quelle stammen, aus welcher er selber schöpft. Und so hoffe ich fernerhin bei ihm auch für meinen Standpunkt freundliches Zugeständnis zu finden. Mir aber wird die gedankenreiche Schrift, die ich im allgemeinen Umrisse aus Berichten von Freund und Feind bereits kenne, bei näherer und genauerer Bekanntschaft als Ausdruck eines edlen Geistes eine reiche Quelle des Genusses und der Belehrung sein, sowie ein echter und nachhaltiger Gewinn. . . .“[1]). Der nüchterne tschechische Politiker Dr. Alois Pražak, der in den achtziger Jahren zur Ministerwürde emporstieg, dankte Fischhof in einem längeren Schreiben für die Zusendung des Buches. Er wünschte Glück zu der ebenso gründlichen, als vom Geiste echter Humanität getragenen Arbeit und meinte tröstend: „Der Unmut der Gegner, die das Buch nicht widerlegen können, äußert sich nur in unwürdigen Versuchen, es zu verkleinern. Möge Ihnen vorläufig das Bewußtsein genügen, die Anerkennung nicht nur der zurückgesetzten Völker Österreichs, sondern auch jener der edelsten Männer des deutschen Volkes gefunden zu haben. Die Frucht des von Ihnen ausgestreuten Samens wird langsam aber sicher reifen. Die nächste Zukunft vielleicht wird die Hoffnung der Männer Ihrer Partei noch unerfüllt lassen, wie so mancher frühere Versuch, die richtige Bahn einzuschlagen, in Österreich mißglückte, dessen Staatsmänner das Unglück hatten, beharrlicher in der Verfolgung verfehlter Wege als richtiger zu sein. . . . Was unsere gegenwärtige

[1]) „Briefwechsel zwischen Anastasius Grün und Ludwig August Frankl“, S. 287. Berlin 1897.

Lage betrifft, so scheint es leider, daß der Staatsmann, dessen verhängnisvoller Schritt gegen den außerordentlichen Reichsrat zumeist das jetzige System aufgebaut hat, sich nicht entschließen kann, das Korrektiv zu finden, um die grollenden Völker zu versöhnen, die nach den herben Enttäuschungen des Jahres 1867 wieder zu hoffen beginnen. Und doch soll der Staatsmann auch durch persönliche Beleidigungen sich nicht abhalten lassen, das erkannte Gute zu erstreben. Ich freue mich, wenn ich beim nächsten Anlasse nach Wien komme, mich mit Ihnen über Ihr Buch und über die von Ihnen vorgeschlagenen Mittel zur Lösung weiter besprechen zu können ..."[1]).

Fischhofs Buch wurde von den deutschliberalen Zentralisten nicht nur durch Artikel bekämpft, man schleuderte auch schwerere Geschosse gegen den wohlmeinenden Verfasser. Der gelehrte Professor an der Wiener Universität Dr. W. Lustkandl schrieb gegen „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" eine heftig zusetzende Broschüre, die den Titel „Föderation oder Realunion?" erhielt[2]). „Eine Reihe von großen Irrtümern ist es," — begann Lustkandl — „die dem Leser Fischhofs schon bei der ersten Durchsicht der Schrift in die Augen fällt. Abgesehen von dem Unterschiede der monarchischen und republikanischen Souveränität in Österreich und in der Schweiz läßt sich Herr Fischhof zu vielen anderen Irrtümern und Unmöglichkeiten verleiten." Der streitbare Verfasser der Broschüre scheint sich sein Urteil offenbar nach einer oberflächlichen Lektüre des bekämpften Buches gebildet zu haben. Gleich auf der ersten Seite beging er ungeschickt den Fehler, gegen Fischhof den Vorwurf zu erheben, daß er „nicht einmal die Erweiterung des Wahlrechtes" besonders betont habe, trotzdem Fischhof sehr eingehend gegen die Ungerechtigkeiten der Schmerlingschen Wahlordnungen polemisiert hatte. Lustkandl verfuhr mit Fischhof so, wie ein griesgrämiger Professor bei der Prüfung mit dem Studenten, wenn der junge Mann bei der Erklärung eines Begriffes nicht genau jene Worte wiedergibt, die beim Vortrage gefallen sind. Der politische Gehalt der kleinen Streitschrift

[1]) Brief von Dr. Aloys Prazak an Dr. Fischhof. 10. Dezember 1869.
[2]) 2. Aufl. Wien 1870.

ist sehr dürftig. Die positiven Vorschläge enthalten nicht mehr als die üblichen Redensarten, die man Anfangs der siebziger Jahre täglich hören konnte. Der eine oder andere Einwand hat allerdings seine Berechtigung, ohne freilich die tragenden Gedanken des Buches irgendwie zu berühren. So gedachte Fischhof ganz flüchtig der Begründer der Nordamerikanischen Union, während Lustkandl mit behaglicher Breite Unrichtigkeiten und Flüchtigkeiten in der Beurteilung dieser Männer konstatierte. Auch sonst fehlte es nicht an Haarspaltereien. Dennoch hat die Streitschrift des Wiener Professors ihre Schuldigkeit getan; sie half die Autorität Fischhofs erschüttern und löste wohl in vielen Köpfen Zweifel aus, wo sonst guter Glaube geherrscht hätte.

Fischhof hat dem kranken Staate ein kräftigendes Heilmittel gereicht, aber die Ärzte, die durch ihr Amt an das Krankenbett gestellt wurden, verhinderten die Benutzung des Medikaments. Die guten Absichten des Verfassers erzielten also nicht den Effekt, den sie hervorbringen wollten. Fischhof hat durch seine Arbeit viele neue Verehrer gewonnen; viele alte Freunde, die manches Jahr Seite an Seite mit ihm gegangen waren, schwenkten jedoch politisch von ihm ab. Jede Partei muß auf Disziplin sehen; wer nicht für sie ist, ist gegen sie, wer ihren Grundauffassungen nicht beipflichtet, löst sich von ihr ab, wird ihr Widersacher. Im politischen Leben herrscht der Kampf, und dieser duldet in Zeiten der Gefahren keine zimperlichen Rücksichten. Die deutschliberalen Zentralisten hatten gegen Ende des Jahres 1869 das Gefühl, arg bedroht zu sein, denn die Chancen der Föderalisten waren besser geworden. Aus der Aufregung und Besorgtheit entwickelte sich geradezu eine blinde Feindschaft gegen die deutschliberalen Männer, die nicht am Parteistrange zogen. Dr. J. N. Berger, Dr. v. Stremayr[1]) und mehrere andere Männer haben das empfinden müssen. Es ist kein angenehmes Bewußtsein, sich von den guten Freunden eines Tages verlassen zu wissen. Selbst Joseph Unger schnitt das Band entzwei, das ihn mit Fischhof politisch verbunden hatte. Öffentlich

[1]) Karl v. Stremayr, „Erinnerungen aus dem Leben". Wien 1899. (Siehe die Bemerkung auf S. 50.)

erklärte er[1]), daß er ein entschiedener Gegner des Föderalismus sei. „Ich halte diese Staatsform in ihrer Anwendung auf Österreich, dessen Länder längst zu einer Realunion verwachsen sind, für ebenso ungeschichtlich als verderblich. Der Föderalismus ist seiner Natur nach die Verbindung des bisher Getrennten, in Österreich würde er die Trennung des bisher Verbundenen bedeuten."

Wir kennen leider keine Äußerung Fischhofs über die Aufnahme, die sein treu gehegtes Schmerzenskind, das Buch über „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" gefunden hat. Immerhin dürfte er zunächst von bangen Empfindungen gequält worden sein. Einige Jahre später schrieb ihm sein dienstbeflissener Freund Aloys Smreker, er fühle sich schuldbewußt, einen Teil dazu beigetragen zu haben, daß Fischhof der schönen und großen Idee der Einigung der österreichischen Völker Opfer an Geld und besonders an Gesundheit gebracht habe „und zwar bisher fast vergebens". „Ich sage bisher," — fuhr Smreker fort — „weil ich überzeugt bin, daß der edle Same, den Du ausgesät, früher oder später in segensreicher Fülle aufgehen muß, wenn die Geschichte nicht ihre ganze Logik verloren hat. Ich habe mir die österreichischen Völker und ihre Führer viel klüger und edler gedacht, als sie in der Tat sind. Die größte Schuld, daß Deine schönen und richtigen Ideen noch nicht durchgeführt sind, lastet auf den Führern, welche sich nicht durch die Rücksichten auf das gesamte Vaterland und die von ihnen geführten Nationalitäten, sondern durch Eitelkeit und Ehrgeiz leiten lassen"[2]). Fischhof war zu wohldenkend, zu vornehm, um sich in gallige Bitterkeit gegen Personen hineinzugrübeln und die Mißstimmung so weit aufkommen zu lassen, daß er die Absichten der anderen verdächtigt hätte. Selbst von hohem Pflichtbewußtsein und von opferbereitem Idealismus durchdrungen, wollte er die anderen nicht weniger guter Eigenschaften zeihen. Aber etwas von enttäuschungsvoller Gedrücktheit und doch zugleich wieder von hoffnungsseligem Zukunftsglauben

---

[1]) „Neue Freie Presse", 18. Dezember. Wien 1869. („Unger und Fischhof".)

[2]) Brief Smrekers an Fischhof. Oktober 1873.

mag auch in Fischhof lebendig gewesen sein, etwas von der Stimmung, die aus Smrekers Brief herausklingt.

* * *

Als das Jahr 1870 anbrach, waren die Tage des Bürgerministeriums gezählt. Im Dezember 1869 hatte sich der Reichsrat nach einer siebenmonatlichen Arbeitspause wieder versammelt, und nun standen in beiden Häusern die großen Adreßdebatten bevor, bei denen sich die Zerfahrenheit der Verhältnisse klar erweisen sollte. Die Föderalisten schliffen zuversichtlicher ihre Waffen, denn man gab sich der aufmunternden Ansicht hin, daß ein Regierungswechsel zu erwarten sei, und da wollte man die Übergangsfrist verkürzen und rechtzeitig dafür sorgen, daß das neue Regime einen anderen Charakter zeige als das bisherige. Die Tschechen, die vergrämt von dem parlamentarischen Kriegsplatze ferne lebten, hatten auch jetzt nicht das Bedürfnis, mit den gesinnungsverwandten oder auch nur mit den wohlwollend nahestehenden Persönlichkeiten in Wien in unmittelbare Fühlung zu treten. Bloß zufällig war Ottokar Zeithammer in die Kaiserstadt gekommen. Auf seine Anwesenheit in Wien bezieht sich ein Brief, den Adolf Fischhof in den ersten Tagen des Jahres 1870 an Franz Ladislaus Rieger sandte:

„Die Adreßverhandlungen können für die Geschicke Österreichs von hoher Bedeutung werden. Die Lage der Dinge berechtigt wohl nicht zu sanguinischen Hoffnungen, aber auch ebensowenig zu Hoffnungslosigkeit. Die Krone scheint der Ausgleichsidee geneigt, das Ministerium ist in sich gespalten, die parlamentarischen Parteien haben noch nicht feste Positionen genommen, die Dinge sind im Flusse, und es ist Sache der Freunde des nationalen Ausgleichs, sie womöglich günstig zu gestalten. Keine Partei darf müßig beiseite stehen. Die Ihrige ist im Parlamente nicht vertreten, aber sie muß mit den Führern der parlamentarischen Fraktionen in permanenter und unmittelbarer Verbindung sein. Herr Dr. Zeithammer wird Ihnen wohl mitgeteilt haben, daß seine flüchtige Anwesenheit hier nicht ganz ohne Nutzen war. Ich wünschte daher eine Verlängerung seines Aufenthaltes in Wien, die er aber mit Hinweis auf seine publizistische Pflicht nicht zugestand. Nach reiflicher Überlegung komme ich jedoch auf diesen meinen Wunsch zurück. Herr Dr. Zeithammer hat bei allen Personen den besten Eindruck zurückgelassen, und er kann jetzt Ihnen als Mittelsmann mehr nutzen, denn als Publizist. Es ist unumgänglich notwendig, daß jemand

aus Ihrer Mitte hier anwesend sei, um so oft als nötig Aufschlüsse zu geben und zu empfangen, Voreingenommenheit zu beseitigen, Irrtümer zu berichtigen. Es ist unerläßlich, daß Sie während der nächsten 14 Tage hier durch einen Vertrauensmann repräsentiert seien, der Sie prompt in genaue Kenntnis aller Vorgänge setzt, der jeden günstigen Moment rasch benutzt und der, wenn es nottut, die irregeleitete öffentliche Meinung anregt oder mit voller Namensunterschrift aufklärt, kurz, der Ihre Interessen mit Geschick und Energie vertritt. Es wäre unverzeihlich, wenn Ihre Partei während eines so wichtigen Momentes sich absentierte, denn die Abwesenden haben immer unrecht.

Wäre in den nächsten Wochen nicht mindestens eine Annäherung zwischen der gemäßigten Fraktion der Deutschen und den nationalen (slawischen) Parteien zu erzielen, so wird der innere Friede unzweifelhaft entweder durch zentralistische Gewaltstreiche oder durch feudale Reaktionsbestrebungen auf das schwerste bedroht werden.

Ich danke Ihnen für all das Freundliche, das Sie mir über meine Studie (‚Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes') schrieben."

Vorerst behalf man sich mit einer flüchtigen Rekonstruktion des Bürgerministeriums, die Anfangs Februar vollzogen war. Indes, dieser Notbehelf bedeutete nicht mehr als ein kurzes Provisorium. Minister Dr. Giskra erneuerte um diese Zeit den früher mißglückten Versuch mit den Führern des tschechischen Volkes, mit Dr. Rieger und Sladkowsky in Verbindung zu treten und einen Ausweg aus der Abstinenzpolitik zu finden. Gegen Ende Februar kam jedoch aus Prag ein ablehnendes Schreiben; die feudale tschechische Aristokratie, die das ausschlaggebende Wort zu sprechen hatte, hintertrieb kampfeslustig die Verständigung. Auch sonst wuchsen die Schwierigkeiten für das zermürbte Bürgerministerium. Die Föderalisten, die im österreichischen Abgeordnetenhause saßen, verließen am 31. März grollend das Parlament. Dieser allzu reichliche Aderlaß brachte es mit sich, daß der sieche Körper gänzlich entkräftet wurde. Nur 129 Abgeordnete harrten insgesamt aus. Nun konnte der politische Umschwung nicht länger auf sich warten lassen, denn die Verfassung war noch immer nicht von allen Völkern anerkannt und der Reichsrat glich einer baufälligen Ruine.

Mitte April 1870 wurde Graf Alfred Potocki, ein vornehmer polnischer Magnat — Beust nannte ihn einen österreichischen Whig[1]) — Ministerpräsident. Der Staatslenker

[1]) „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. II, S. 325 ff.

hatte bereits dem Bürgerministerium angehört; aber er war im Rate der Krone unterlegen, weil er mit zwei Kollegen für weitergehende Zugeständnisse an die Föderalisten eintrat. Jetzt bestand seine Aufgabe darin, unverweilt auf das Ziel loszusteuern, das die drei Minister dem Kaiser vor Monaten für die Politik empfohlen hatten. Der Staatskanzler Graf Beust hätte wohl lieber den deutschliberalen Berger an der Spitze der Regierung gesehen, doch der national versöhnliche Politiker war durch schwere körperliche Gebrechen kampfesuntauglich geworden. An der Seite des Grafen Potocki stand abermals Graf Taaffe, der Jugendgespiele des Kaisers; er hatte als Minister des Innern einen einflußreichen Posten in der neuen Regierung, die in einem Programme die Versicherung abgab, „auf dem Boden der verfassungsmäßigen Rechte und nur auf diesem" zu stehen. Das Kabinett Potocki war als Versöhnungsministerium gedacht; es sollte die mißmutigen oder gar zürnenden slawischen Volksstämme aus ihrer freiwilligen Isolierung reißen und zur frohen Arbeit für das Reich gewinnen. Die deutschliberalen Zentralisten verhielten sich gegen die Regierung ablehnend, die nicht wie das Bürgerministerium aus parlamentarischen Kapazitäten gebildet war. Graf Potocki hatte sich zwar bestrebt, angesehene Politiker und Parteiführer um sich zu scharen, aber die argwöhnischen Bedenken der einen und die übertriebenen programmatischen Ansprüche der anderen durchkreuzten seinen Plan.

Adolf Fischhof, der aus gewichtigen Gründen nicht in die Regierung eingetreten war, verfolgte die Versöhnungsbemühungen des optimistischen Ministerpräsidenten mit aufrichtiger Sympathie. Er suchte das heikle Beginnen des Grafen Potocki zu fördern, so gut er es konnte und soweit es bei seiner durch die Krankheit verminderten Beweglichkeit möglich war. Der fromme Regierungschef wurde zwar durch seine Gemahlin nach der klerikalen Seite hingedrängt, aber Fischhof hatte dennoch guten Grund zu hoffen, daß durch eine Verständigung der Völker und einen planvollen Umbau des Reiches eine neue Gestaltung des Parteibildes hervorgerufen würde, die sowohl ein national gerechtes als ein wahrhaft freiheitliches und volkstümliches

Regime zu begründen und zu sichern vermöchte. Die Logik sprach für Fischhof, doch seine Schlüsse eilten in ihren frohen Folgerungen trüben Jahrzehnten voraus.

Graf Potocki nahm seine Mission sehr ernst. Er begann die Verhandlungen mit den Tschechen, denen er zuerst die Hand zur Versöhnung bot. Am 27. April trafen Rieger und Sladkowsky in Wien ein, und die vertraulichen Aussprachen ließen eine Annäherung erhoffen. Guten Mutes fuhr daher der Ministerpräsident Mitte Mai nach Prag, um den dünnen Faden der Verständigung fortzuspinnen. Aber die tschechischen Granden hatten himmelstürmende Wünsche; sie waren durch das Vorbild Ungarns geblendet und glaubten sich in einem selbständigen dreieinigen Königreiche Böhmen, Mähren und Schlesien ein unverlierbares Herrschaftsgebiet schaffen zu können und daselbst jene heißersehnte Macht entfalten zu dürfen, die sie im weiten Reiche doch nicht zu erlangen vermochten. Die Thun, Schwarzenberg und Clam Martinic bliesen zum Sturme, statt zur Abrüstung. Hatten sich die volkstümlichen Führer in Wien noch bereit gezeigt, wenigstens den böhmischen Landtag zu beschicken, den die Tschechen seit drei Jahren mieden, so wurde in Prag nicht einmal dazu die Zustimmung gegeben. Die politische Geschäftsreise des Grafen Potocki endete mit einer herben Enttäuschung. Ebenso ergebnislos blieben die Verhandlungen mit den Polen, da der Ministerpräsident nicht zu bewegen war, die von seinen Stammesgenossen verlangte Sonderstellung Galiziens gutzuheißen[1]).

Im Frühling und Sommer gab es in Österreich eine stürmische Wahlbewegung; schon Ende Mai waren alle Landtage bis auf den böhmischen aufgelöst worden; später wurde auch dieses Landesparlament, das der Regierung so viel zu schaffen gab, von seinem Schicksale ereilt.

Doch die Ereignisse im Innern Österreichs: der Streit der Parteien, der Hader der Völker, der Kampf der Weltanschauungen, wurden für eine Weile durch die großen Geschehnisse von welthistorischer Bedeutung, die sich außer-

[1]) Walter Rogge, „Österreich von Vilagos bis zur Gegenwart", Bd. III, S. 300 ff. Leipzig 1873.

halb der Monarchie zutrugen, im Interesse stark beeinträchtigt. Am 2. Juli 1870 entschied sich das spanische Ministerium dafür, einen Hohenzollernprinzen auf den Thron zu setzen, und zweieinhalb Wochen später war der Krieg zwischen Frankreich und Preußen bereits zur Tatsache geworden. Mit sieghafter Unaufhaltsamkeit marschierten die deutschen Truppen vorwärts; bald kam der ruhmreiche Tag von Sedan, und Kaiser Napoleon mußte sich seinem Feinde ergeben. Am 20. September wurde das päpstliche Rom von italienischen Truppen besetzt; der kurze Kampf bei Porta Pia entschied über die weltliche Herrschaft des Statthalters Christi. Schon vorher, im Juli, hatte das römische Konzil das neue Dogma der Infallibilität verkündet. Vor dem Zusammenbruche seiner weltlichen Macht erhob sich das kirchliche Rom stolz und selbstsicher. Zu den päpstlichen Truppen waren viele jugendfrische Söhne Österreichs geeilt, manch frommer Tiroler suchte jenseits der Alpen an der Tiber Lorbeeren zu erhaschen. Dennoch raffte sich die Habsburger Monarchie zu einer energischen Tat auf. Die kaiserlich österreichische Regierung kündigte das Konkordat, das den Staat der römisch-katholischen Kirche unterordnet hatte.

Fischhof weilte wieder in der Umgebung der schmucken Landeshauptstadt an der Mur, als diese an historischem Inhalte so reichen Tage alle Welt in Atem hielten. Mit fieberhafter Spannung verfolgte er die hastige Entwicklung der preußisch-französischen Gegnerschaft und die schnelle Arbeit der deutschen Krieger. Von den deutschen Gauen Österreichs blickte man ja voll inniger Teilnahme über die Grenzen; jede Freudenbotschaft, die nach Berlin flog, zündete auch in Wien, jeder Sieg jenseits des Rheins brachte auch in Österreich tausende Augen zum Erglänzen. In den Stunden der Gefahr erweist sich erst recht die Treue. Fischhof hat in dieser Zeit der Sorge sein gut deutsches Empfinden, sein deutsches Nationalbewußtsein über allen Zweifel gestellt und unanfechtbar bewiesen, daß es nur milder Gerechtigkeitssinn und Verständnis für die österreichische Eigenart sein konnte, was ihn bewog, den nichtdeutschen Nationen des Staates mehr Entgegenkommen zu bekunden als ein großer Teil seiner Volksgenossen. Am 13. Juli wollte Fischhof noch

nicht an den Krieg glauben. Das Alter des Königs Wilhelm, die Kränklichkeit des Kaisers Napoleon III. schien ihm für den Frieden zu sprechen. Doch schon am 7. August schrieb er seinem Schwager Cohner in einer Aufwallung von schöner Leidenschaft: „Der Sieg der deutschen Armee bei Weißenburg ist ein wahres Labsal für mein Herz. Der freche Franzosenhäuptling, der in das gebildetste Land der Welt einbrechend, dieses Attentat für einen zivilisatorischen Akt auszugeben die Stirne hat, wird hoffentlich eine derbe Züchtigung erhalten." Diese Worte waren natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, und darum gewähren sie einen um so verläßlicheren Einblick in das Seelenleben Fischhofs. Einer Dame schrieb er am 23. August:

„Ihre politischen Fragen beantwortend, kann ich nur sagen, daß das Herz eines jeden, der deutsch spricht, denkt und fühlt, höher schlagen muß angesichts der Großtaten des deutschen Heeres. Aber nicht bloß als Deutscher, sondern auch als guter Österreicher freue ich mich der preußischen Erfolge. Preußen war nur jenem Österreich gram, das sich seiner deutschen Mission hemmend in den Weg stellte. An die Spitze Deutschlands gestellt, hat Preußen an der Erhaltung Österreichs ein mächtiges Interesse, denn die Vorteile der Annexion Deutschösterreichs wiegen lange die schweren Nachteile, ja die Gefahren nicht auf, die eine Zertrümmerung dieses Reiches nach sich zöge. Bismarck wird sich freudig Österreich zu- und Rußland abwenden, dessen Allianz stets teurer erkauft wird, als ihr Wert ist. Ich habe in meiner kurz nach der Schlacht bei Königgrätz erschienenen Schrift und in einer Ende vorigen Jahres publizierten Studie auf den Wert der Einigung Deutschlands, sowie auf die Notwendigkeit inniger Beziehungen zwischen beiden Staaten mit Nachdruck hingewiesen, aber man hörte bei uns die Stimme der Leidenschaft, nicht die der Vernunft, und liebäugelte stets mit dem kranken Manne in den Tuilerien. Jetzt, wenn der Krieg von Preußen glücklich beendet wird, erleben wir es wohl, daß unsere Staatsmänner aus der Not eine Tugend machen und durch die Verhältnisse gezwungen, das tun, wozu sie früher, zum Wohle Europas und zu ihrem eigenen Heile, sich freiwillig hätten entschließen sollen. Eine Allianz Deutschlands, Österreichs und Italiens wäre die sicherste Garantie des europäischen Friedens. Die Diplomatie wird sich hoffentlich dieser Einsicht nicht verschließen!"

Ähnlich sprach sich Fischhof in anderen Briefen aus, die seinem Empfinden in dieser schicksalsschweren Zeit, in der die Aufrichtung des Deutschen Reiches vollendet wurde, lebhaft und getreu Ausdruck gaben[1]).

[1]) Siehe z. B. den in der „Morgenpost", Wien, den 3. Juli 1885, abgedruckten Brief vom 5. September 1870.

Im Frühjahr 1870 hatte der „Pokrok", das tschechische Organ Riegers, voll nationaler Selbstüberhebung geschrieben: „Heute ist es gewiß mehr als eine Phrase, das stolze Wort, daß ganz Europa auf den Prager Landtag blickt"[1]). Jetzt, im Herbste, konnte man das nicht mehr sagen, weil Europa mit den wichtigen Ereignissen beschäftigt war, die ihre Spuren tief in die Geschichte gruben. Für die innerösterreichische Politik jedoch besaß das Ergebnis der böhmischen Landtagswahlen eine folgenschwere Tragweite; jedenfalls überragte es an Wichtigkeit beträchtlich die symptomatischen Erscheinungen, die der Wahlkampf in den anderen Kronländern zeitigte. In Böhmen hatte sich wieder einmal eine jener friedlichen politischen Umwälzungen vollzogen, die in der geschichtlichen Chronik Österreichs keine Seltenheit sind. Das böhmische Landesparlament verlor seine deutsche Mehrheit; die Tschechen wurden mit einem Male die gebietenden Herren des Landes. Den Ausschlag gab wie immer die Großgrundbesitzerkurie, die von den 241 Mandaten 70 vergeben durfte. Um zu zeigen, welche quantitative Bedeutung den hochgeborenen Wählern aus der Großgrundbesitzerkurie zukam, von deren Entscheidung das Geschick der ganzen Reichshälfte abhing, wollen wir einige Zahlen anführen. Die Gruppe der böhmischen Fideikommißbesitzer wies 45 Wahlberechtigte auf, von denen jedoch nur 24 ihre Stimmen abgaben. Die Gewählten vereinigten 19 Stimmen auf sich. Im Wahlkörper der nichtfideikommissarischen Großgrundbesitzer Böhmens waren 431 Wahlberechtigte vereinigt, von denen 352 an der Wahl teilnahmen. Die Minderheit, die vollständig unterlag, brachte 172 Stimmen zusammen, die Mehrheit hatte bloß 179 Stimmen zu verzeichnen[2]).

Die neuen Machthaber in Böhmen, die so bequem von der schmollenden Opposition zur herrschenden Mehrheit aufgestiegen waren, wollten den unterlegenen Deutschen immerhin ein Kompromiß anbieten. Am 26. August 1870 wurde im Klub der tschechischen Landtagsabgeordneten der Beschluß

[1]) Gustav Kolmer, „Parlament und Verfassung in Österreich", Bd. II, S. 57. Wien 1903.

[2]) „Neue Freie Presse". Wien 1870. 27. August.

gefaßt, den Klub der deutschen Landtagsabgeordneten zu einer Beratung über die Bedingungen einer nationalen Aussöhnung einzuladen. Dr. Rieger, Dr. Belsky und Dr. Klaudy erhielten den Auftrag, die zuvorkommende Einladung persönlich zu übermitteln, die auch von den deutschen Abgeordneten angenommen ward. Dr. Schmeykal, Dr. Banhans und Dr. Czyhlarz erschienen als Sendlinge des Klubs der deutschen Landtagsabgeordneten bei den tschechischen Kollegen, um für das freundliche Entgegenkommen zu danken und die Bereitwilligkeit zur gemeinsamen Verständigungsarbeit auszusprechen. Es wurde sogleich die Vereinbarung getroffen, daß je fünf Abgeordnete aus beiden Lagern die weiteren Vorbereitungen durchzuführen hätten. „Gott gebe seinen Segen zu dem großen Werke!" rief Rieger zuversichtlich aus, und die Prager „Politik" schrieb am nächsten Tage: „Was die Deutschböhmen zu ihrer freiheitlichen und nationalen Sicherstellung von Rechts wegen fordern können, das wird ihnen von unserer Seite gewiß in vollem Maße gewährt werden. Stehen wir beide auf dem Boden des gemeinsamen Landrechtes, dann darf es keinen Anlaß mehr zu weiterem Hader geben. . . ." Am 31. August eröffnete die Verständigungskommission in dem altertümlichen Prager Landhause frischen Mutes ihre Beratungen. Rieger stellte den Antrag, zuerst über rein nationale Fragen zu verhandeln, und tatsächlich zog man die nationale Abgrenzung der Bezirke, die Autonomie der Gemeinden und Bezirke in nationaler Hinsicht und den Schutz gegen die nationale Minorisierung in die Diskussion. Es wurde in Aussicht genommen, ein Nationalitätengesetz und eine neue Landtagswahlordnung auszuarbeiten. Man beschloß deshalb, den seinerzeit von Adolf Fischhof fertiggestellten Sprachengesetzentwurf zu beschaffen und außerdem das tolerante siebenbürgische Nationalitätengesetz aus der Ära Schmerling in Erwägung zu ziehen[1]). Fischhof wurde auch von Rieger gebeten, sein Elaborat baldigst zu übermitteln, und er verwendete einige Tage dazu, den Entwurf entsprechend umzuarbeiten. In Prag

[1]) „Politik", Nr. 235, 236 und 240. Prag 1870.

verflackerte aber einstweilen das schwache Flämmchen der Versöhnlichkeit. Die feudalen Aristokraten intrigierten mit Erfolg; ihre egoistische Begehrlichkeit und Rücksichtslosigkeit äußerte sich bald bei der Adreßdebatte im Landtage. Das kaiserliche Reskript vom 29. September wurde schroff zurückgewiesen. Nun erst konnte man ganz übersehen, welch klägliches Fiasko die gutgläubigen Bestrebungen des Grafen Potocki erlitten hatten. Der böhmische Landtag war jetzt nicht einmal mehr dazu zu bewegen, die Wahlen in den Reichsrat vorzunehmen.

Nach mehrmonatlichen Vorarbeiten wurde Anfangs Februar 1871 ein neues Ministerium geboren, das im schweigsamen Grafen Hohenwart seinen Präsidenten und Minister des Innern und im Professor Schäffle seinen Handelsminister fand. Schon das Programm der Regierung Hohenwart-Schäffle ließ keine Zweifel über die Absichten der herrschenden Staatsmänner zu. Die Krone hatte sich eben von der zentralistischen Politik abgewandt, und ihre neuen Vertrauensmänner waren berufen, den föderalistischen Ideen zum Siege zu verhelfen. Zu den vielen Verfassungsänderungen, die das konstitutionelle Österreich bereits durchmachen mußte, sollte sich ein neuer Umschwung hinzugesellen. Aber die deutschliberalen Zentralisten, die sich um die Früchte ihrer bisherigen Arbeit betrogen sahen, wehrten sich mit der starken Kraft der Verzweiflung gegen die Durchführung der föderalistischen Versuche; in ihnen fand Graf Hohenwart, der in der liberalen Ära den Ruf eines tüchtigen schneidigen Beamten besessen hatte und Statthalter von Oberösterreich gewesen war, vom ersten Augenblicke seiner Ministerschaft an die heftigsten Gegner.

Es ist unmöglich, ziffermäßig festzustellen, wie weit der gesinnungstreue Anhang der Verfechter des Februarpatents und der Dezemberverfassung im deutschen Volke reichte. Mit den täuschenden Zahlen der Wahlergebnisse vermag man nichts anzufangen, weil nur die Oberschichten der Bevölkerung zur Urne gehen durften. Über die Stimmung der breiten Massen kann man sich keinen verläßlichen Aufschluß verschaffen; die politische Organisation war bei den Deutschen wenig ausgebildet,

und der Mittelstand, die Bauern und die Arbeiter bewegten sich in ihrer Mehrzahl außerhalb des engen Kreises der Vereine. Adolf Fischhof fühlte sich allenfalls durch den politischen Umschwung zuerst angenehm berührt. Er war seit Jahren mannhaft für die Stärkung der Ländergewalt und für die weitherzige Berücksichtigung der nichtdeutschen Völker eingetreten; er konnte nun hoffen, daß seine Ratschläge erhört, seine Rezepte angewendet würden. Föderalismus war jetzt die Losung des Tages. Aber das Wort ist sehr dehnbar. Alles hing deshalb davon ab, wie sich die neue Politik praktisch bewähren werde. Fischhof hatte sich zwar für die Nichtdeutschen, doch niemals gegen die Deutschen ausgesprochen. Sollte er befriedigt sein, dann mußte es dem Grafen Hohenwart gelingen, die Beruhigung der einen durchzusetzen, ohne die anderen zu erzürnen.

Bereits am 25. April 1871 debütierte die föderalistische Regierung mit einem Gesetzentwurfe, der den Zweck hatte, die Autonomie der Königreiche und Länder bedeutend zu erweitern. Schon der erste Paragraph besagte: „Den Landtagen steht das Recht zu in Angelegenheiten, die bisher dem Reichsrate vorbehalten sind, Gesetzesvorschläge zu beschließen, die mit Zustimmung des Reichsrates und nach erfolgter Sanktion für das betreffende Land Gesetzeskraft erlangen." Paragraph 5 bezeichnete genau die Fälle, auf die sich dieses Zugeständnis nicht erstrecken sollte. Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses nahm die charakteristische Anregung des Ministeriums mit Hohn entgegen und ging über den Vorschlag zur Tagesordnung über. Vier Tage später legte Graf Hohenwart einen Gesetzentwurf vor, der lediglich Galizien mit einer verstärkten Autonomie ausstatten wollte, aber als föderalistisches Mustergesetz angesehen wurde. Auch dieser Vorlage blieb nicht das Los erspart, in den Archiven zu modern. Im Parlamente hatte die Regierung vorerst einen schweren Stand, obwohl die Föderalisten bis auf die Tschechen schon längst eingerückt waren. Es bedurfte vieler Mühe, um die Bewilligung des Budgets zu erwirken; schließlich gelang es der Regierung doch, diese Sorge von sich abzuwälzen und sich die Hände freizumachen.

Graf Hohenwart wollte es bei theoretischen Liebesbeweisen

für die Slawen nicht bewenden lassen. Auch die kleinen realen Gunstbezeigungen sollten bloß einen leichten Vorgeschmack der bevorstehenden großen Gaben auslösen. Mitte Mai wurde Schäffle nach Prag gesandt, wo eben eine landwirtschaftliche Ausstellung ihr bescheidenes Dasein fristete. Der Professor der Nationalökonomie an der Wiener Universität, der glücklich in den Ministerfrack geschlüpft war, stand auch dem Ackerbauministerium vor, und er war gewiß berufen, die Aussteller durch seinen hohen Besuch zu beehren. Allein Schäffle reiste mit geheimen Nebenabsichten nach der Hauptstadt Böhmens. Er nahm die Liniamente für einen nationalen Ausgleich mit den Tschechen und die offizielle Ermächtigung zu Verhandlungen mit ihren Führern mit sich[1]). Der Mann, dem eine so folgenschwere Aufgabe zugefallen wer, nannte Schwaben sein Heimatland. Als Protestant wollte er sich ursprünglich dem Seelsorgeramte zuwenden; er wurde jedoch in die Journalistik verschlagen, aus der er sich dann mit zähem Fleiße zur akademischen Lehrtätigkeit emporarbeitete. Im Jahre 1868 hatte er seine Übersiedlung nach Wien vollzogen. Ohne Kenntnis der verwickelten politischen Verhältnisse war Schäffle nach der Habsburger Monarchie gekommen, wo er sich zu einem überzeugten Föderalisten entwickelte. Den Deutschliberalen stand er als glühender Hasser gegenüber, denn er fand an ihren großkapitalistischen Einschlägen ebensowenig wie an ihren verfassungsrechtlichen Auffassungen Gefallen. In Prag konferierte Schäffle drei lange Abende hindurch mit den tschechischen Politikern, unter denen besonders Graf Heinrich Clam Martinic, ein zielbewußter, politisch versierter und einflußreicher Feudaler, und Dr. Franz Ladislaus Rieger hervorragten.

Rieger hat mehrmals in Fischhofs politisches Leben stark eingegriffen, und da wir seinen Namen oft nennen müssen, wollen wir für einen Augenblick bei dem Bilde des begabten Mannes verweilen. Im Dezember 1818 als Sohn eines vermögenden Müllers in Semil in Böhmen geboren, gelangte er schon im Vormärz zu einem gewissen Ansehen, denn er erwarb

[1]) A. E. F. Schäffle, „Aus meinem Leben“, Bd. II, S. 1—69. Berlin 1905.

sich große Verdienste um die Wiedererweckung des tschechischen Volkes. Kein Wunder, daß ihn im Jahre 1848 gleich sieben Wahlbezirke in den konstituierenden Reichstag entsandten. Der schöne, redebegabte Mann hat sowohl in Wien als in Kremsier die Blicke auf sich gelenkt. Nach der Revolution lebte er eine Zeit hindurch in Paris und England in der bunt zusammengewürfelten Gesellschaft enttäuschter und gehetzter Emigranten. Damals mag ihm vielleicht stärker als früher zum Bewußtsein gekommen sein, wie klein und eng der geistige Horizont eines einzelnen Volksstammes ist, wenn die internationalen Beziehungen aus den Augen verloren werden. Damals mag er auch erkannt haben, daß die Reaktion in seinem Vaterlande in gleichem Maße alle Völker des Reiches bedrücke, und es dürfte der Wunsch rege geworden sein, allen Völkern dereinst die Freiheit gleichmäßig nutzbar zu machen. Wie interessant wäre es, wenn man die Gespräche kennen würde, die auf den Wanderungen durch das schottische Hochland zwischen den Deutschböhmen Moritz Hartmann und Alfred Meißner und dem tschechischen Politiker geführt wurden. Als Rieger nach dem wieder pazifizierten Prag zurückgekehrt war, vermählte er sich mit der Tochter Franz Palackys, des gefeierten Historikers und „Vaters der Tschechen". Einen schicksalsschweren Entschluß mußte Rieger im Jahre 1861 fassen, als er, der liberale Alttscheche, seine Partei mit den rückschrittlich gesinnten tschechischen Feudalen in Verbindung brachte und das dunkle böhmische Staatsrecht zum Schaden seines Volkes und Österreichs in den Vordergrund schob. Rieger hat sich in der Gesellschaft der frischgeworbenen Bundesgenossen nicht sonderlich wohl gefühlt; er war doch zu sehr Volkspolitiker, um das Diktat der selbstbewußten Aristokraten nicht peinlich zu empfinden. Gewiß, die tschechische Nation ist ihrem Adel Dank schuldig, denn ohne dessen Beziehungen zum Hofe hätte sie wohl nicht die politische Macht erlangt, die sie in wenigen Jahrzehnten siegesfroh erwarb. Aber Rieger war eben mehr als nur Tscheche. Er begegnete sich mit Fischhof in der zukunftsreichen Auffassung, daß die liberalen Elemente aller österreichischen Nationen zusammenstehen müßten, und er hat sich — wie wir sehen werden — rechtschaffen bemüht, von den Feudalen loszukommen.

Mit den liberalen Deutschen im Bunde wollte er dies tun. Es ist ihm nicht geglückt, und so blieb er weiter bei einer Politik, die immer rückschrittlicher geartet wurde und ihm zuletzt viel Kummer bereiten mußte. Dem feurigen, hingebungsvollen, doch raschen Stimmungsänderungen unterworfenen Politiker erstanden gegen Ende der achtziger Jahre in seinem eigenen demokratisch fühlenden Volke erbitterte Feinde. Tschechen warfen ihm die Fenster ein, obgleich er für seine Nation in einem langen bewegten Leben als Kulturträger und Politiker sehr viel geleistet hatte, und dies trotz aller Irrungen und Fehlgriffe.

Was bei den geheimnisvollen Unterredungen zwischen Schäffle und den slawischen Politikern Böhmens ausgekocht wurde, kam erst nach Monaten zur Kenntnis der trotz aller Vorbereitungen überraschten Öffentlichkeit. Im August erfolgte die Auflösung von acht Landtagen; überall dort, wo bisher deutschzentralistische Mehrheiten vorhanden waren, sollten Neuwahlen stattfinden, wobei die Regierung natürlich ein wenig Schicksal zu spielen beabsichtigte. In Oberösterreich kam auch eine klerikal-föderalistische Landtagsmajorität zustande, und im mährischen Landtage gewannen die Tschechen jubelnd das Oberwasser. Am 14. September 1871 traten die österreichischen Landtage zusammen. Doch die Blicke aller politisch Interessierten wandten sich neugierig nach P r a g. Dort wurde das kaiserliche Reskript vom 12. September verlesen, das den Tschechen gleich süßer Melodie in die Ohren klang. Wie fast allen Landtagen, war auch dem böhmischen Landesparlamente eine neue Landeswahlordnung vorgelegt worden, die aber dem demokratischen Geiste des Herrn Schäffle wenig Ehre machte. Für Prag wurde ein Steuerzensus von zehn Gulden, für die anderen Städte von acht Gulden und für die übrigen Gemeinden von fünf Gulden beibehalten. Trotzdem die Verteilung der Mandate eine Verstärkung des tschechischen Einflusses zum Ziele hatte, meinte die demokratische „Narodni Listy“, daß die Wahlrechtsvorlage ein „Monstrum von Prinzipienlosigkeit, Ungleichmäßigkeit und mittelalterlicher Engherzigkeit“ sei.

Mehr Aufmerksamkeit verdient der von der Regierung

gleichzeitig überreichte Entwurf eines Nationalitätengesetzes für Böhmen. Die Vorlage war im allgemeinen auf dem Prinzipe der Gleichberechtigung aufgebaut.

Paragraph 4 ordnete die nationale Abgrenzung der Bezirke an.

Paragraph 9 lautete wörtlich: „Bei landesfürstlichen Behörden im Königreiche Böhmen darf niemand als Konzeptbeamter oder als Richter angestellt werden, der nicht beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig ist. Insolange sich in Böhmen im öffentlichen Dienste Beamte vorfinden, welche nur einer Landessprache mächtig sind, ist dafür Sorge zu tragen, daß dieselben nur in solchen Bezirken verwendet werden, wo diese Sprache die Amtssprache ist. Autonome Behörden sind verpflichtet, Vorsorge zu treffen, daß die Anwendung der Subsidiaramtssprache, soweit sie nach dem Gesetze einzutreten hat, vollständig zur Durchführung gelangen kann."

Paragraph 10 besagte: „Zum Schutze der Unverletzlichkeit des gleichen Rechtes beider Nationalitäten wird der Landtag in nationale Kurien geteilt."

Paragraph 11 schrieb vor: „Die Nationalkurien werden in folgender Weise gebildet: Die Vertreter der Wahlbezirke der Städte und Landgemeinden gehören der Kurie jener Nationalität an, welcher ihre Wahlbezirke angehören. Die Vertreter sprachlich gemischter Bezirke haben beim Eintritt in den Landtag die Wahl, ob und in welche Kurie sie eintreten wollen. Die Vertreter des Großgrundbesitzes sind in die Kurie jener Nationalität einzureihen, welcher der Bezirk angehört, in dem ihr Besitz gelegen ist. Liegt derselbe in Bezirken verschiedener Nationalität oder in sprachlich gemischten Bezirken, so steht es ihnen frei, ob und in welche Kurie sie sich einreihen lassen wollen. Das gleiche Recht gilt für die Virilstimmenberechtigten und für die Vertreter der Großindustrie. ..."

Paragraph 12 lautete: „Jede Nationalkurie kann verlangen, daß der im Landesbudget für Schul- und Unterrichtszwecke festgestellte Aufwand — insoweit er nicht für beiden Nationalitäten gemeinsame Anstalten seine Verwendung findet — im Verhältnisse des Steuerertrages aus den Bezirken ihrer Nationalität für Bildungsanstalten ihrer Sprache verwendet werde. In demselben Verhältnisse können sie die Zuweisung des Ertrages der zu diesem Zwecke gewidmeten Fonds, insofern sie keine bestimmte besondere Widmung haben, in Anspruch nehmen. Es bleibt ihrer Nationalkurie unbenommen, für Bildungsanstalten ihrer Sprache eine besondere Umlage auf die Bezirke und Gemeinden ihrer Nationalität rechtsgültig zu beschließen. Die Ausübung dieses Rechtes ist gesetzlich zu ordnen. Im Geiste dieser Bestimmungen ist auch den nationalen Minoritäten in Bezirken und Gemeinden durch das Gesetz eine ähnliche Wehr zu bieten. ..."

Paragraph 13 besagte: „Jede Nationalkurie kann verlangen, daß jedes Gesetz, welches Bestimmungen enthält über den Gebrauch der Sprache im öffentlichen Leben, bei den Behörden und bei solchen Bildungsanstalten, welche nicht ausschließlich der anderen Nationalität gewidmet sind, nach der zweiten Lesung im Landtage noch einer Ab-

stimmung nach Nationalkurien unterzogen werde. Nach einer solchen Abstimmung ist ein Gesetz als abgelehnt zu betrachten, wenn zwei Drittel einer Kurie dagegen gestimmt haben. ..."

Am 6. Oktober 1871 wurde endlich der Schleier gelüftet, der bis dahin diskret über den Abmachungen lag, die bei den Prager Verhandlungen getroffen worden waren. Nun kamen die sogenannten Fundamentalartikel zum Vorscheine, die den Preis enthielten, den die Regierung zur Befriedigung der Tschechen zahlen wollte. Zwischen dem Nationalitätengesetzentwurfe, den Fundamentalartikeln und der neuen Wahlordnung bestand ein innerer Zusammenhang. Böhmen sollte den Tschechen überliefert werden, während man den Deutschen, die sich seit der Schlacht auf dem Weißen Berge als Herren fühlen gelernt hatten, nun als Minderheit einigen Schutz verbriefen wollte. Die Fundamentalartikel enthielten ein Maximalprogramm dessen, „was äußersten Falles den Deklaranten[1]) eingeräumt werden konnte," — meinte Schäffle — „wenn die Vertreter der übrigen Kronländer zustimmen würden." Auf Grund dieses Elaborats sollten erst weitere Verhandlungen geführt werden, denn man wollte nicht bloß Böhmen aus dem Machtkreise des Zentralismus herausziehen, sondern man beabsichtigte ganz Cisleithanien in eine Staatenföderation umzuwandeln. Die maßgebenden Auseinandersetzungen hätten im Reichsrate erfolgen sollen, dessen Abgeordnetenhaus nach dem Ausfalle der letzten Landtagswahlen und nach dem Eintritte der Tschechen eine ausgleichsfreundliche Zweidrittelmehrheit erwarten ließ und dessen Herrenhaus leicht den neuen Verhältnissen angepaßt werden konnte. Der erste Teil der Fundamentalartikel war der nachträglichen Anerkennung des österreich-ungarischen Ausgleiches vom Jahre 1867 gewidmet; doch sollte der böhmische Landtag die auf dieses Kronland entfallenden Vertreter in der Delegation künftig direkt aus seiner Mitte entsenden. Als gemeinsame Angelegenheiten der westlichen Reichshälfte, die in einem cisleithanischen Zentralparla-

[1]) Die tschechischen Abgeordneten Böhmens wurden Deklaranten genannt, weil diese Politiker am 22. August 1868 dem Landtage eine „Deklaration" überreicht hatten, die ihre staatsrechtlichen Forderungen enthielt. Ein analoger Vorgang erfolgte auch in Mähren.

mente zu verhandeln gewesen wären, führte Artikel 11 folgende Materien an: 1. die kommerziellen Angelegenheiten, wie speziell die Zollgesetzgebung, die Gesetze über Handels-, See- und Wechselrecht, über Maß und Gewicht, über Marken- und Musterschutz, über den Schutz des geistigen Eigentums und über Zettelbanken; 2. die Gesetzgebung über die mit der industriellen Produktion in Verbindung stehenden indirekten Abgaben, dann über Monopole, Regalien, über gewisse Stempel und Gebühren; 3. das Münzwesen; 4. die Verfügungen, die Gesetzgebung und Verwaltung über Telegraphen-, Post-, Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, sofern es sich nicht nur um Landesinteressen handelt; 5. die Feststellung des Wehrsystems und die Gesetzgebung über gewisse Gegenstände, die damit zusammenhängen; 6. verschiedene staatsfinanzielle Agenden; 7. die Gesetzgebung über die Staatsbürgerschaft und über die Fremdenpolizei. Artikel 14 ließ erkennen, daß Böhmen sich mit einer prozentualen Quote an der Aufbringung der Mittel für die Erfordernisse der gesamtstaatlichen Angelegenheiten der Monarchie beteiligen würde. Über bestimmte Gegenstände, die sich nicht gut zur verschiedenartigen Behandlung in den einzelnen Landtagen eignen, sollte ein Senat beraten. Die Fundamentalartikel wollten nicht nur den Wirkungskreis des Reichsrates wesentlich einengen, sie räumten sogar mit der gewohnten Bezeichnung für das Zentralparlament auf. So wäre an die Stelle des Abgeordnetenhauses ein Delegiertenkongreß getreten.

Die einander überstürzenden Vorkommnisse, die sich im Sommer und Herbste zutrugen, hatten die ohnehin aufgeregte Bevölkerung Österreichs in Wallung gebracht. Die Föderalisten hielten jetzt einen kurzfristigen Wechsel in der Hand, dessen Einlösung ihnen die lange erträumten Reichtümer gewähren sollte, und die lockenden Unterschriften, die das Papier zeigte, zerstreuten alle Bedenken über die volle Bezahlung der großen Summe. Die deutschliberalen Zentralisten aber schäumten wutentbrannt auf. Deutschösterreich wurde von einer eindrucksvollen Bewegung stürmisch erfaßt; die Zeitungen peitschten zur Gegenwehr an; in den Landtagen und in den Vereinen hagelten Proteste nieder; an der Wiener Universität kam es

zu wirkungsvollen Demonstrationen. Und doch stand man erst am Anfange einer immer lauter werdenden Volkskundgebung! Die Leidenschaften wuchsen, so daß sich die verantwortlichen Faktoren endlich fragen mußten, ob es nicht an der Zeit wäre, andere Bahnen einzuschlagen.

Fischhof weilte im Sommer des Jahres 1871 in der Umgebung Klagenfurts, in dem kleinen Pitzelstätten. Seine Krankheit — vor allem die durch die politischen Aufregungen noch gesteigerte Nervosität — quälte ihn sehr, und als der Herbst ins Land zog, wurde die Sehnsucht nach der milden Luft und nach dem Sonnenglanz des Südens rege. In Nervi wollte Fischhof seine zerrütteten Nerven stärken und seine Schaffensfreudigkeit wiederfinden. Aber so krank er auch war, die wechselvollen Vorgänge im öffentlichen Leben nahmen ihn doch ganz gefangen. Wie innig er sich mit den Ereignissen beschäftigte, wie sehr er es sich angelegen sein ließ, die Geschehnisse zum Guten zu wenden, wie grausam er aus leichten Hoffnungen in bittere Enttäuschungen gestürzt wurde: das können wir am besten aus den Briefen ersehen, die in diesen Tagen entstanden sind.

Am 19. August schrieb Fischhof an Franz Ladislaus Rieger:

„Ich danke Ihnen herzlich für Ihre schmeichelhaften Zeilen. Es hätte Ihres Appells an meinen Patriotismus nicht bedurft, um mich in einem für die Geschichte Österreichs so entscheidenden Momente zu einer energischen Tätigkeit zu veranlassen, wäre ich nicht durch ein hartnäckiges Kopfübel an intensiver geistiger Tätigkeit völlig gehindert. Nie habe ich mein Leiden schmerzlicher empfunden, als gerade jetzt! Doch halte ich es für eine Ehrenpflicht, mein Restchen geistiger Kraft für die große Sache der Humanität und Gerechtigkeit aufzubieten, welche Anstrengungen es auch kosten möge.

Sobald die Ausgleichsstipulationen veröffentlicht sind und in diesen den Nationalitäten sowohl, als auch dem Reiche die Garantien einer gedeihlichen Existenz — wie ich nicht zweifle — geboten sind, werde ich an Sie, sehr geehrter Freund, ein Schreiben richten, das seinem vollen Inhalte nach auch für die Öffentlichkeit bestimmt ist, und in welchem ich diesen Stipulationen und den darin sich ausprägenden Grundsätzen, sowohl vom deutschen als vom liberalen Standpunkte aus, auf das wärmste und energischeste beistimmen werde.

Die Briefform scheint mir darum als die zweckdienlichste, weil ich auf diese Weise, ohne anmaßend zu erscheinen, vieles sagen kann, was sonst als Arroganz ausgelegt werden könnte, und ich bei der Gelegenheit auch manches an die Adresse der Tschechen richten darf, was in einer anderen Form von diesen leicht mißdeutet werden könnte. Ich hoffe

durch diese prunk- und anspruchslose Form eindringlicher werden zu können, als durch einen öffentlichen Aufruf an die Deutschen.

Ich darf wohl nicht erst einem Manne von Ihrer Praxis und Erfahrung ans Herz legen, wie unumgänglich notwendig es sei, in Wien, als dem Zentralpunkt der Monarchie, journalistische Organe unverzüglich zu erwerben, denn ohne den Besitz eines mächtigen journalistischen Apparats ist jede politische Aktion ohne Aussicht auf Erfolg.

Wenn alles sich in dem hier angedeuteten Sinne vollzieht, dann hoffe ich auch Mende und den Grafen Spiegel[1]), die stets Anhänger meines Programmes waren, zur Beteiligung an der Aktion veranlassen zu können."

Nach der Eröffnung des böhmischen Landtages richtete Fischhof folgendes Schreiben an Rieger:

„Schon das erste flüchtige Durchlesen des soeben publizierten Nationalitätengesetzentwurfes hat mich frappiert. Ich kann in diesem Augenblicke noch nicht in eine detaillierte Kritik eingehen und Ihnen alles das bezeichnen, was ich in demselben vermisse und was ich an demselben tadle. Übrigens wird ein Vergleich des publizierten Entwurfes mit dem meinigen, der sich in Ihren Händen befindet, und mit dem Kapitel: ‚Zum Schutze der nationalen Minoritäten' in meiner Schrift ‚Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes' Ihnen bald die Überzeugung verschaffen, daß in dem veröffentlichten Entwurfe große Lücken vorhanden sind.

Wogegen ich mich jetzt schon entschieden erklären muß, sind der Paragraph 9 und im Paragraph 11 die Abschnitte 2 und 3.

Gegen Paragraph 9 muß ich vom Standpunkte der Gleichberechtigung sowohl, wie auch als Deutscher entschieden Einwand erheben. Wozu bedarf ein Beamter eines rein deutschen Bezirkes (in Böhmen) der Kenntnis der tschechischen Sprache? Dieser Paragraph ist entschieden zugunsten der tschechischen Beamten ersonnen und wird überall in deutschen Kreisen die größte Indignation hervorrufen. Er ist um so gehässiger, als er überflüssig ist, da bei Verwirklichung der Gleichberechtigungsidee in Böhmen jeder Beamte, schon um sein Avancement zu erleichtern, sich die Erlernung beider Landessprachen angelegen sein wird lassen.

Was Paragraph 11 betrifft, so will ich zuerst von Alinea 3 sprechen. In einer Note des Nationalitätengesetzentwurfes, den ich Ihnen übersandte, findet sich die Bemerkung, daß ich im Falle der Annahme des von mir vorgeschlagenen Kuriatvotums gerne bereit sei, den Modus anzugeben, durch welchen die Schwierigkeiten zu beheben seien, die durch die Abstimmung der Großgrundbesitzer beim Kuriatvotum bereitet werden. Sie haben von meinem Anerbieten keinen Gebrauch gemacht und etwas zutage gefördert, was ganz absonderlich ist und den berechtigten Verdacht der Deutschen hervor-

[1]) Graf Christoph Spiegel zeichnete sich als Politiker auch durch sein sozialpolitisches Verständnis aus.

rufen muß. Ist es nicht absonderlich, die Großgrundbesitzer ungemischter Bezirke zu nationaler Hörigkeit zu verurteilen und den in national gemischten Bezirken domizilierenden Großgrundbesitzern es frei zu stellen, ob sie sich in eine nationale Kurie einreihen wollen und in welche? Letzteres könnte leicht das Votum der nationalen Kurien aufs empfindlichste alterieren, besonders das der deutschen Kurie, die um vieles schwächer ist, als die tschechische. Diese Alterierung des Votums könnte um so leichter stattfinden, als zur Gültigkeit desselben eine Zweidrittelmajorität erheischt wird. Nach meiner Ansicht darf der Großgrundbesitzer national nicht willkürlich nach dem Bezirke rangiert werden, in welchem sich zufällig sein Besitz befindet. Ebensowenig kann die Wahl der Kurie dem Belieben der Großgrundbesitzer anheimgestellt werden.

Ich habe folgendes statuiert: Die Großgrundbesitzer werden in gar keine nationale Kurie eingereiht. So oft eine Kuriatabstimmung erfolgt, stimmt die Gruppe der Großgrundbesitzer gesondert von den zwei nationalen Kurien ab, und es werden sowohl die bejahenden, als auch die verneinenden Stimmen dieser Gruppe zu gleichen Teilen den gleichlautenden Voten der beiden Kurien zugezählt. Wenn z. B. von den 70 Großgrundbesitzern 40 mit ‚Ja‘ und 30 mit ‚Nein‘ stimmen, so werden je 20 bejahende Stimmen den zustimmenden Voten der beiden nationalen Kurien zugezählt und ebenso je 15 verneinende Stimmen zu den negativen Voten jeder der beiden Kurien. ... Man kann diesem Abstimmungsmodus wohl den Vorwurf der Kompliziertheit machen, aber besser kompliziert und zweckentsprechend, als einfach und zweckwidrig und überdies noch den Argwohn wachrufend. Komplizierte Verhältnisse erheischen eben einen komplizierten Apparat, da läßt sich einmal nichts ändern.

Auch mit dem verdächtigen Absatz 2 des Paragraphen 11 kann ich mich nicht befreunden. Es gibt in der großen Mehrzahl der Fälle ein Kriterium zur Beurteilung der Nationalität des Abgeordneten eines gemischten Bezirkes, und das ist: die Nationalität der Wähler. Nur dann wäre die Wahl der Kurie einem Abgeordneten freizugeben, wenn bei dessen Wahl politische und nicht nationale Motive sich geltend machten und er Wählern beider Nationalitäten sein Mandat verdankt.

Das in aller Eile für heute! Sobald mein Kopfleiden es mir gestattet, werde ich Ihnen meine sonstigen Wünsche und Bedenken mitteilen.

Das Nationalitätengesetz, insbesondere das Kuriatvotum, hat ein weit über die Grenzen Böhmens hinausreichendes Interesse, und es ist sehr zu bedauern, daß der erste Eindruck, den der publizierte Entwurf macht, kein beruhigender, sondern vielmehr ein allarmierender sein muß. Sie hätten wohlgetan, die Elaborate vorher einigen unbefangenen Männern beider Nationalitäten mitzuteilen; noch läßt sich das Versäumte nachholen. Dem Sprachengesetze darf nicht der leiseste Makel der Zweideutigkeit anhaften, wenn es beruhigend und vertrauenerweckend wirken soll.

P. S. Fast hätte ich die Bemerkung vergessen, daß es notwendig sei, der beim Kuriatvotum normierten Zweidrittelmehrheit die ein-

fache Mehrheit zu substituieren, wenn nicht die deutsche Kurie immerfort gefährdet sein soll. ... Wahrlich, der Föderalismus würde Österreich noch rascher zum Verderben führen, als der Zentralismus, wenn die zum Schutze der nationalen Minoritäten bestimmten Gesetze sich in der Ausführung als illusorisch erwiesen."

Rieger wandte sich am 24. September an Fischhof, um dessen rückhaltlose Kritik mit einer Rechtfertigung zu erwidern:

„Ich danke Ihnen für die Offenheit, mit der Sie sich über das Gleichberechtigungsgesetz ausgesprochen haben; hoffentlich werden Sie es nicht übelnehmen, wenn ich Ihnen mit der gleichen Offenheit sage, daß Sie bei Ihrer Kritik vielleicht nicht alle Verhältnisse erwogen haben, ja sich sogar zu einem Verdachte haben hinreißen lassen, der nach meiner ehrlichen Überzeugung und Versicherung nicht begründet ist. Doch vorerst möchte ich zur Orientierung über mein persönliches Verhältnis zu dem Gesetzentwurfe bemerken, daß dieser Entwurf ursprünglich von Schäffle — dem biedern Schwaben — herrührte, dem ich die möglichste Benutzung Ihres Entwurfes empfohlen und der versicherte, ihn wohl beachtet zu haben. Als uns im Verlaufe unserer Verhandlungen dieser Entwurf mitgeteilt wurde, hatte ich Ihre Schriften nicht bei der Hand, um eine Kontrolle vorzunehmen. Allerdings hat der Entwurf über unsere Bemerkungen und Anträge mehrere Abänderungen erfahren — insbesondere mehrere Kürzungen — aber keine in irgend tendenziöser Art. Die Minister haben uns selbst ihre Befriedigung über unser Entgegenkommen ausgesprochen, alle etwa für die Deutschen bedrohlichen oder zu Verdächtigungen Anlaß bietenden Bestimmungen wegzulassen. Wenn wir auf die Kürzung resp. Weglassung aller wesentlichen Detailbestimmungen einen Wert gelegt haben, so werden Sie das ganz gerechtfertigt finden, wenn Sie erwägen, daß es gewiß bedenklich ist, noch nirgends erprobte Detailbestimmungen in ein Gesetz aufzunehmen, das unter den Schutz des Krönungseides gestellt werden soll. ... Zudem ist ja im Paragraphen 13 die Erlassung weiterer Gesetze zur Durchführung vorbehalten, wobei die Deutschböhmen sich bereits der Kuriatabstimmung bedienen und besser schützen können als selbst gegenwärtig. Glauben Sie mir aufrichtig, daß, wenn mir der Streik der Deutschen[1]) unangenehm ist, es wesentlich deshalb ist, weil wir ihre Meinung über dieses Gesetz nicht vernehmen und ihnen nichts zu Gefallen machen können, wozu jetzt eben in meiner Partei eine aufrichtige und geradezu fabelhaft sich selbst verleugnende Bereitwilligkeit ist, denn der Wunsch nach Aussöhnung mit den deutschen Landsleuten ist unter meinen Kollegen und unter meinem ganzen Volke nie so mächtig hervorgetreten, wie gerade jetzt, wo wir wenigstens scheinbar in vorteilhafter Stellung sind. ...

Sie haben wesentlich zwei Paragraphen als beschwerlich für die Deutschen hervorgehoben; dies sind auch die einzigen, gegen welche von

[1]) Die deutschen Abgeordneten besuchten nun nicht den böhmischen Landtag.

der deutschen Presse hier Einwendung erhoben wurde. (Von Phrasen und Beschimpfungen natürlich abgesehen.) Denken Sie sich einmal das Gegenteil des Grundsatzes im Paragraphen 9 aufgestellt: ‚Beamte und Richter in deutschen Gegenden müssen nicht Böhmisch, in böhmischen nicht Deutsch können!‘ Mit dieser einzigen Bestimmung ist der Deutschböhme fortan nur in einem Drittel, der Böhme nur mehr in zwei Drittel des Landes zu Hause. Im übrigen Landesteile ist er Fremdling. Denn er kann mittels seiner Sprache nicht Recht, nicht Schutz verlangen, noch erhalten, außer mit Hilfe teuerer Dolmetsche und Advokaten, oder mit enormem Zeitverluste nach Delegierung an andere, seiner Sprache mächtige Behörden und Gerichte. Halten Sie das für rätlich, für zweckmäßig? Geben wir etwa ein Gleichberechtigungsgesetz für die Beamten oder für Millionen von Bürgern? Sollen diesen Millionen zulieb die wenigen Beamten sich nicht die Mühe nehmen, die zweite Landessprache zu lernen? ... Ist das etwa ein Sprachenzwang, wenn man von einem Kandidaten der klassischen Literatur verlangt, daß er Latein lerne? ... Ist nicht jeder Bissen Brot, den der Beamte ißt, zum Teile mit böhmischem, zum Teil mit deutschem Gelde bezahlt? Gibt es überhaupt einen Zwang, Beamter zu werden? Man hat davon gesprochen, daß man die Deutschen zu Bürgern zweiten Grades machen wolle. Nie tut man es mehr, als wenn man Ihrem Wunsche gemäß festsetzt, daß kein Beamter und Richter in böhmischen Gegenden der deutschen (wie keiner in deutschen der böhmischen) Sprache mächtig sein müßte. Dann ist eben der Deutsche in zwei Drittel des Landes nicht mehr Vollbürger. Der böhmische Beamte, zu dem er kommt, kann ihm (auch selbst wenn er deutsch spricht) aus Bequemlichkeit oder justament höhnisch zurufen: Nix deutsch! Soll es dazu kommen? Wer wird darunter leiden? ...

Wir werden wahrscheinlich den Paragraphen 9 nur auf gemischte Orte und Bezirke beschränken und so die Schroffheit des gegenteiligen Grundsatzes durch Aufnahme einer Bestimmung mildern, daß Vorsorge getroffen werde, daß Angehörige des anderen Stammes überhaupt Gehör verlangen können. Aber auch das wird sich in der Praxis dem deutschen Elemente wenig angenehm erweisen, obschon es hoffentlich befriedigen wird. Sollte es deutscherseits gewünscht werden, dann wären wir bereit, auch den Gegensatz vom Paragraphen 9 anzunehmen.

Was den Großgrundbesitz betrifft, so wäre es offenbar ungerecht, ihn von den Kurien auszuschließen, da man ihnen ja im Paragraphen 12 sogar das Recht der Selbstbesteuerung einräumt. Sie haben diesen Umstand wohl übersehen, sonst hätten Sie die Ausschließung nicht verlangt. Die Bestimmung des Paragraphen 11, Absatz 3, ist dieser (Billigkeits-) Erwägung entsprossen. Jedenfalls hätte dadurch nur die böhmische Kurie gelitten und nicht die deutsche, in die nicht *ein* Tscheche eingereiht worden wäre, während in die böhmische Kurie wohl 30 Deutsche gekommen wären. Wir werden diese Bestimmung mit Freude fallen lassen.

Es wird uns lieb sein, wenn Sie, solange es noch Zeit ist, mir etwaige weitere Bemerkungen mitteilen. Seien Sie versichert, daß es uns ernstlich und ehrlich darum zu tun ist, ein Werk der Gerechtigkeit zu

schaffen. Aber diese Sache ist so leicht nicht, und jede Bestimmung hat eine zweifache Schneide und große Konsequenzen"[1]).

Fischhof beantwortete diese Zuschrift mit einem Briefe, der von Pitzelstätten am 29. September abging. Darin heißt es:

„Sehr richtig ist die Bemerkung in Ihrem Schreiben vom 24. d. M., daß nichts die Anwesenheit der Deutschen im böhmischen Landtage Ihnen so wünschenswert erscheinen ließe, als die Beratung des Sprachengesetzes. Unzweifelhaft würde dieses, wenn es unter Beteiligung der Vertreter beider Nationalitäten zustande käme, sehr viel an innerem Werte und an äußerer Geltung gewinnen. Doch ist Ihr Wunsch ein frommer. Mein Urteil bildet ein armseliges Surrogat für das schmerzlich vermißte der deutschböhmischen Kapazitäten. Doch ist es für Sie insoferne von einigem Werte, als ich deutsch fühle und dabei vorurteilsfrei denke. Wenn nun Paragraph 9 einem so gemäßigten Beurteiler wie ich auf das tiefste widerstrebt, so verdient er wohl gestrichen zu werden. Ich ersehe daher mit Vergnügen aus Ihrem Briefe, daß Sie zur Ausmerzung dieses Paragraphen entschlossen seien. Selbst die gesetzliche Vorsorge für die gemischten Bezirke erscheint überflüssig. Die Legislative tut jederzeit wohl daran, nicht durch gehässige Paragraphen zu erzwingen, was durch die Macht der Verhältnisse ohnehin herbeigeführt wird. Ganz besonders aber empfiehlt sich dies in einem Gesetze wie das Nationalitätengesetz und in einer Zeit wie die jetzige, in welcher der Zwiespalt so groß, der Argwohn so wach, und die Verleumdung so rastlos ist.

Zur Motivierung meiner Ansicht, daß die Großgrundbesitzer aus den nationalen Kurien ausgeschieden werden sollen, muß ich etwas weiter ausholen. Wie das Nationalitätengesetz die Basis des österreichischen Föderativstaates, so ist das Kuriatvotum das Fundament des Nationalitätengesetzes. Die nationale Kurie ist die Festung, innerhalb welcher die nationale Minorität sich erfolgreich gegen die Angriffe der nationalen Majorität verteidigen kann, solange die Besatzung eine ungemischt nationale, eine verläßliche ist. Mengt man aber dieser nationalen Besatzung fremde, zweifelhafte oder gar feindliche Elemente bei, so wird aus der Festung eine Falle. Für die Beurteilung der Nationalität eines Großgrundbesitzers gibt es kein sicheres Kriterium. Seine Nationalität von der örtlichen Lage seines Besitzes abhängig zu machen, wie dies in Ihrem Gesetze geschieht, ist die größte Willkür, die wahrhaft befremdend in einem Gesetze ist, das die Nationalität jedes Staatsbürgers schützen soll. Es kann jemand ein sehr guter Tscheche sein und seinen Grundbesitz in einem deutschen Lande haben und umgekehrt. Ihr Gesetz schafft Muß-Tschechen, Muß-Deutsche und ist wahrhaft verletzend für die Großgrundbesitzer und gefährlich für die nationalen Kurien. Wie dem einen Teile der Großgrundbesitzer unberechtigter Zwang angetan wird, so wird dem anderen Teile, der zufällig in einem national gemischten Bezirke Grundbesitz hat, unbeschränkte Freiheit

[1]) Dieser Brief ist abgedruckt in der Tageszeitung: „Die Zeit". Wien 1903. 14. März. („Ein Brief Riegers an Adolf Fischhof".)

gelassen. Er kann nämlich bestimmen, ob er in eine nationale Kurie eintreten will und in welche. Diese unbeschränkte Freiheit ist für die nationalen Kurien noch gefährlicher als der früher besprochene Zwang, denn es ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, daß der in seiner Wahl Unbeschränkte im Interesse seiner nationalen Partei sich in die Kurie der Gegenseite einreihen werde. Die deutsche Kurie wäre dabei immer mehr bedroht, weil sie numerisch schwächer ist als die tschechische und ihr Veto daher durch Eindringlinge viel leichter illusorisch gemacht werden kann. Die Landtagskommission will zwar, wie Sie mir mitteilen, daß die Großgrundbesitzer beim Veto der Kurie nicht mitstimmen, aber erstens genügt das Fernhalten der Großgrundbesitzer von der Abstimmung nicht. Jede Nationalität soll in ihrer Kurie en famille sein, ganz vertraulich und ungezwungen verhandeln und das Geheimnis ihrer Pläne bewahren können. Zweitens ist im böhmischen Sprachengesetzentwurfe den Kurien nicht bloß ein Veto zugedacht, sondern auch die Initiative in der wichtigsten Nationalfrage, in der Schulfrage nämlich. Deshalb wäre das Eindringen mitberatender und mitbeschließender fremder Elemente auf das höchste gefährlich. Es bleibt darum nichts übrig, als die Großgrundbesitzer von den Kurien und von den Kuriatvoten auszuschließen. Es wird ihnen hierbei kein allzu großes Opfer auferlegt, denn daß sie das nationale Interesse des einen oder anderen Volksstammes sich zu Herzen nehmen, haben sie in den letzten zehn Jahren nicht bewiesen. Die Abgeordneten dieser Gruppe sind weit mehr Vertreter einer Gesellschaftsklasse als einer Nationalität. Sollten die Großgrundbesitzer ihrer Ausschließung aus den Kurien nicht zustimmen, so bliebe kein anderer Ausweg, als der in meinem ersten Briefe angedeutete. In bezug auf die Vertreter der Städte und Landgemeinden gemischtsprachiger Bezirke gilt dasselbe, was von den Großgrundbesitzern dieser Bezirke gesagt wurde. Die Wahl der Kurie kann ihrem Belieben anheimgestellt werden. Da es jedoch in den meisten Fällen ein Kriterium für die Bestimmung ihrer Nationalität gibt, so sind sie in den Kurien einzureihen. Zur Hintanhaltung jeder Willkür beim Einreihen erlaube ich mir folgendes zu proponieren: Am Beginne jeder Landtagssession konstituieren sich die beiden nationalen Kurien, jedoch werden vorerst in dieselben nur die Abgeordneten der ungemischten Wahlbezirke eingereiht. Die so gebildeten Kurien bestimmen nun durch Vereinbarung, in welche Kurie jeder Vertreter eines gemischten Wahlbezirkes einzureihen sei. Jene Mitglieder, über welche eine Vereinbarung nicht erzielt werden kann (was wohl höchst selten der Fall sein wird), bleiben während der ganzen Session von den Kurien und von dem Kuriatvotum ausgeschlossen. Diese Mitglieder sind auszuschließen, weil kein Zweifelhafter in eine der beiden nationalen Kurien eintreten darf. Die nationale Kurie absichtlich oder unabsichtlich durch Pseudonationale verunreinigen, hieße die Keime raschen Verderbens in den Boden der österreichischen Föderativverfassung legen.

Die Wirksamkeit der Kurien betreffend wird Ihnen wohl nicht entgangen sein, was die ‚Neue Freie Presse‘ letzthin mit Recht gegen Paragraph 12 vorbrachte. Der Passus: ‚insoweit er nicht für beide Nationalitäten gemeinsame Anstalten usw.‘ ist für die Deutschen höchst

bedenklich. In der Schule faßt das nationale Leben seine Wurzel. Alle Volksstämme Österreichs haben die Schule daher vorzugsweise ins Auge gefaßt. Wenn der Landtag ernstlich der Gegenpartei Vertrauen einflößen und den Frieden im Lande herstellen will, muß alles, was mißdeutet werden kann, in diesem Paragraphen sorgfältig vermieden werden.

Die Angabe alles dessen, was ich in Ihrem Gesetze vermisse und demselben hinzuzufügen wünsche, würde mich zu weit führen. Ich übersende Ihnen beiliegend das Kapitel über den Schutz der nationalen Minoritäten aus meiner Schrift: ‚Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes‘, in welchem ein Teil meiner Postulate enthalten ist. Um Ihnen unnötige Lektüre zu ersparen, habe ich die Sie zunächst interessierenden Stellen mit blauem Bleistifte angestrichen. Meine sonstigen Forderungen sind in dem von mir entworfenen Nationalitätengesetze enthalten, dessen Abschrift sich in Ihren Händen befindet. Speziell lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf das nationale Schiedsgericht und auf jenen Paragraphen, welcher statuiert, daß bei den Wahlen der Landtage in den Reichsrat die auf jede Nationalität entfallende Zahl der Deputierten im Verhältnisse zur Bevölkerungsziffer stehe und daß jede nationale Kurie die auf dieselbe entfallende Zahl von Abgeordneten selbst wähle. Durch diese Bestimmung wird die Unbill, welche die nationalen Minoritäten bisher bei den Wahlen in den Reichsrat zu erdulden hatten, beseitigt, während diese durch die Festsetzung eines Minimums im böhmischen Entwurfe nicht erzielt wird.

Gewiß teilen Sie meine Überzeugung, daß seit dem Kudlichschen Antrage kein Gesetz in irgend einem österreichischen Vertretungskörper beraten wurde, das an Bedeutung dem in Rede stehenden gleich käme. Was jetzt im böhmischen Landtage beraten werden soll, greift tief in die Interessen der Gesamtmonarchie. Die Deutschen halten sich vom Landtage fern, und das Sprachengesetz wird nur dann gut sein, wenn man ihm diese Abwesenheit nicht anmerkt. Arbeiten Sie dieses Gesetz so sorgfältig und gewissenhaft aus, als ob es zum Schutze einer tschechischen Minderheit dienen sollte. Das erfordert nicht bloß die Gerechtigkeit, sondern auch die Klugheit, denn in Österreich ist alles so wandelbar, sind die Majoritäten so wechselnd, daß der Schutz, den Sie heute der Gegenpartei bieten, vielleicht schon morgen Ihnen zugute kommt, so wie Sie vielleicht schon morgen in die Schlinge geraten, die Sie heute den Gegnern legen. Die Schmerlingschen Wahlordnungen sind der schlagendste Beweis hierfür. Überdies ist das Mischungsverhältnis der Nationalitäten in Österreich derart, daß derselbe Volksstamm in der einen Provinz die Majorität, in der anderen die Minorität bildet. Das Geschenk, welches somit der Slawe hier dem Deutschen macht, erhält er von diesem dort als Gegengeschenk wieder.

An Sie, geehrter Freund, richte ich vorzüglich meinen Appell. Eine große Aufgabe ist Ihnen zugewiesen, Sie müssen sich vom Standpunkte des tschechischen Nationalführers zu dem eines österreichischen Politikers erheben. Nicht die Klugheit des Parteimannes, sondern die Weisheit des Staats-

mannes erheischt der Moment. Ein großes Prinzip und ein großes Reich stehen auf dem Spiele. Ich vertraue Ihrem Scharfblicke und Ihrer Erfahrung.

P. S. Noch eine Bemerkung erlaube ich mir, die zwar nicht direkt, wohl aber indirekt hierher gehört. Die Großgrundbesitzer sollen nicht, wie projektiert wird, in drei, sondern in sieben bis zehn Wahlgruppen in den Landtag wählen, damit nicht je nach Belieben des Hofes heute lauter Deutsche und morgen lauter Tschechen aus der Urne dieser Wählerklasse hervorgehen. Solche Wahlresultate sind nicht nur skandalös, sondern auch für das ganze Staatsleben gefährlich.

Der Bericht der Sprachengesetzkommission sollte 6—8 Tage vor der Plenarsitzung des Landtages publiziert werden, um der Kritik Raum zu geben und es dem Landtage zu ermöglichen, auf gemachte Einwände und zweckmäßige Verbesserungsvorschläge Rücksicht zu nehmen."

Fischhof hatte sich der Erwartung hingegeben, daß seine wohlüberlegten und maßvollen Einwendungen von den Ausschüssen des böhmischen Landtages, die sich unterdessen mit der Vorberatung der Regierungsvorlagen befaßten, entgegenkommend berücksichtigt würden. Wie schmerzlich erstaunt war Fischhof jedoch, als die Berichte des Ausschusses zur Veröffentlichung gelangten, als die Fundamentalartikel bekannt wurden und als er nun wahrnehmen mußte, daß seine Warnungsrufe und seine Mahnungen in der leeren Luft verhallt waren.

Aus dieser Zeit liegen einige an Alexander Scharf, den Herausgeber der „Wiener Sonn- und Montagszeitung", gerichtete Briefe vor. Scharf führte ein Doppelleben: er betätigte sich als Geschäftsmann, der sich ein ansehnliches Vermögen erwarb, und als Politiker, der über einflußreiche Beziehungen verfügte und hinter den Kulissen nicht unbedeutende Dienste verrichtete. Die „Wiener Sonn- und Montagszeitung" hat durch Jahrzehnte zielbewußt und unentwegt für die dauernde und programmatische Verständigung der österreichischen Völker plädiert. So waren Adolf Fischhof und Alexander Scharf einander politisch nahe gekommen. Am 15. Oktober ging aus Pitzelstätten folgendes Schreiben des kranken österreichischen Vordenkers an Scharf ab:

„Ihren Brief erhielt ich am Vorabend meiner Abreise nach Genua und kann daher Ihre Fragen vorerst bloß flüchtig beantworten.

Im Ziele sind Sie mit Hohenwart einig. Ihre Wege seien verschieden. Ihre Haltung sei eine selbständige, Ihr Tadel ein offener

und männlicher, Ihre Warnung eine wohlwollende. Fern sei es von Ihnen, in das Wutgeschrei derjenigen einzustimmen, denen das Ziel verhaßter ist als der Weg. Für Sie gebe es kein kaiserliches Reskript und kein tschechisches Memorandum, sondern nur einen legal zusammengesetzten konstituierenden Reichsrat. Sie wollen eine gründlich umgeänderte, aber keine umgestoßene Verfassung. Den Deutschen empfehlen Sie das Betreten des legalen Reichsrats. Die Dezemberverfassung bietet ihnen, wie es sich jetzt zeigt, nur einen erbärmlichen Schutz. Auch sie müssen eine Verfassungsänderung wünschen, selbstverständlich nur auf legalem Boden. Ihre Lage im Reichsrate würde keinesfalls so schlimm sein, als es den Anschein hat. Wenn die Deutschen sich zur unabweislich gewordenen Autonomie (der Länder) entschließen, so wird es ihnen nicht allzu schwer werden, die Tschechen mit ihren übermäßigen Forderungen zu isolieren, die Rumänen, Italiener und die Gemäßigten unter den Nationalen würden sich ihnen anschließen. Auch den Ultramontanen könnten die Deutschen im Bunde mit den Liberalnationalen den Sieg entreißen. Ihrem passiven Widerstand[1]) fehlt die imponierende Einheit. Die Landtage von drei deutschen Provinzen beschicken den Reichsrat. Aus Steiermark und Salzburg erscheinen gleichfalls Abgeordnete in der Reichsvertretung, wenn Hohenwart direkte Wahlen ausschreibt. Es blieben somit von den deutsch-österreichischen Kronländern nur Niederösterreich, Kärnten und Schlesien im Reichsrate unvertreten: eine Demonstration, die sich kläglich neben der ausnimmt, welche seinerzeit gegen Belcredi stattfand.

Das böhmische Nationalitätengesetz müssen Sie auf das schärfste tadeln. Die föderative Konstituierung Österreichs, ohne ausgiebigen Schutz der nationalen Minderheiten, wäre um vieles staatsgefährlicher als selbst die Zentralisation. Das böhmische Nationalitätengesetz, das der Minderheit diesen Schutz gewähren soll, ist voller Zweideutigkeiten und Hinterhalte. ...

Was die Fundamentalartikel betrifft, so wird in denselben allerdings nur wenig mehr (an Dezentralisation) gefordert, als ich in meiner Schrift zu gewähren bereit war. Aber dieses Wenige ist überaus wichtig. So ist die interkonfessionelle Gesetzgebung dem Landtage überlassen und dadurch der Reaktion und dem konfessionellen Hader Tür und Tor geöffnet. Ferner ist dem Gewichte der Landtage kein genügendes Gegengewicht im Zentrum gegeben. Lesen Sie in meiner Schrift die Kapitel: ‚Die Föderation und der Schutz der nationalen Minoritäten‘, ‚Justizgesetzgebung‘, ‚Kultus und Unterricht‘, und Sie werden sehen, welche Kautelen ich zum Schutze der Minderheiten und des Reiches empfahl. Lesen Sie ferner im Kapitel: ‚Die Schweiz‘, welche Vorsorge diese Republik für die Freiheit ihrer Bürger und für die Sicherstellung des Bundes gegen Übergriffe der Kantone getroffen hat, und Sie werden daraus ersehen, wie leichtfertig die Regierung beim Ausgleiche vorgegangen ist. Auf diese Unterlassungssünden des Mini-

[1]) Im Kreise der deutschliberalen Abgeordneten wurde der Gedanke erwogen, das Abgeordnetenhaus des Reichsrates nicht zu betreten, solange die Politik der Regierung nicht eine Änderung erfahren würde.

steriums hinzuweisen, sei die Aufgabe Ihrer Artikel. Den Tschechen rufen Sie zu, was ich übermütig gewordenen Arbeitern im Jahre 1848 gesagt habe: ‚Ihr sollt unsere Brüder sein, aber unsere Herren niemals.'"

Der nächste Brief Fischhofs an Scharf wurde in Nabresina am 18. Oktober geschrieben:

„In meinem vorgestrigen Antwortschreiben sprach ich mich noch ganz ruhig aus, heute aber schreibe ich unter dem Eindrucke des mir von Rieger zugeschickten Ausgleichselaborates in erregtester Stimmung. Ich habe seit der Publikation des böhmischen Sprachengesetzentwurfes mit Rieger Briefe gewechselt, deren Kopien Wengraf aufbewahrt. Ich ermächtige Sie zur Einsichtnahme in dieselben. Sie werden daraus entnehmen, daß der Landtag nicht einmal die Änderungen vornahm, auf welche mich Rieger hoffen ließ. Die (deutsche) Nationalkurie ist nun so eingerichtet, daß sie nicht die sichere Zufluchtsstätte der deutschen Minorität, sondern die Brutstätte von Lug, Trug und Verrat zu sein geeignet ist. *Dieser Falschmünzerei des Gleichberechtigungsprinzips* müssen wir auf das energischeste entgegentreten. Man will, wie es scheint, eine Föderativverfassung ganz so auf dem Sumpfboden des Unrechts aufbauen, wie dies zum Unglücke Österreichs bei der Februar- und Dezemberverfassung der Fall war. *Wir deutschen Föderalisten wollen die Autonomie, um jeder Nationalität die Waffe zu entwinden, mit der sie ihre Mitnationen zu gefährden vermag. Aber wir sind weder so töricht, noch so verbrecherisch, um zuzugestehen oder auch nur stillschweigend zuzugeben, daß aus der Föderation eine Waffe geschmiedet werde, die sich gegen die Deutschen kehrt.*

Zwar versichert mir Rieger in einem Schreiben, das mir gestern zukam, seine Landsleute seien noch zu weiteren Zugeständnissen bereit, aber ich erwarte von den Tschechen nichts. Sie sind Partei. Dem Ausgleichsministerium liegt es ob, jede den Deutschen zugedachte Unbill abzuwehren. Es vermag wohl nicht momentan den Ausgleich der Gesinnungen herbeizuführen, aber was es jederzeit anstreben muß, das ist der Ausgleich der nationalen Interessen, durch den die Aussöhnung langsam, aber sicher erzielt wird. Das Sprachengesetz ist zum Schutze der Minorität geschaffen; die zu schützende Minorität (in Böhmen das deutsche Volk), nicht die Majorität muß durch dasselbe befriedigt werden. Das Ministerium muß daher alle im deutschen Lager erhobenen Einwände, soferne sie berechtigt sind, würdigen und sich mit Hinweis auf sein Programm zu deren Anwalt machen. Eine solche Aktion würde, wenn auch keine Versöhnung, so doch eine Besänftigung der Gemüter in Deutschösterreich zur Folge haben.

Da Sie mit den leitenden Staatsmännern zuweilen in persönliche Berührung treten, suchen Sie in diesem Sinne zu wirken. Finden Sie kein geneigtes Ohr, bleiben die Deutschen Böhmens und Mährens den Tschechen überantwortet, dann *Krieg, erbitterter Krieg*

gegen den Ausgleich und die Männer des Ausgleichs!"

Die optimistische Annahme Fischhofs, daß sich die Regierung Hohenwart vielleicht doch für die begründeten Ansprüche der Deutschen Österreichs einsetzen werde, erwies sich bald als vollständig unberechtigt. Vom Ministerium war nichts zu erwarten. Dennoch trat innerhalb weniger Tage ein gänzlicher Stimmungs- und Systemwechsel ein. Der Monarch gebot der föderalistischen Entwicklung Stillstand; er suchte wieder mit den deutschliberalen Zentralisten in Fühlung zu treten und das Aschenbrödel aus der kurzen Zeit der Experimente mit dem früheren Glanze zu umgeben. Der Widerspruch, der sich in Ungarn erhob und in den Vorstellungen des Grafen Julius Andrassy sein Echo fand, und vor allem die unheimlich wachsende Gereiztheit der Deutschösterreicher bewirkte die Umkehr zur Einkehr. Am 20. Oktober 1871 wurde ein denkwürdiger großer Ministerrat abgehalten, an dem außer den österreichischen Ministern noch die drei Reichsminister, ferner der ungarische Ministerpräsident Graf Julius Andrassy und der ungarische Minister am königlichen Hoflager, Baron Wenckheim, teilnahmen. Bei dieser wichtigen Beratung kam der Szenenwechsel in sein entscheidendes Stadium. Zehn Tage nachher waren Graf Hohenwart, Schäffle und zwei andere Minister entlassen. Die Ausgleichsära hatte jäh ihren Abschluß gefunden; aber Österreich lag nicht im Schimmer der Versöhnungsfreuden, sondern es wand sich in verstärkten Zuckungen. Die zentralistisch gesinnten Deutschen fühlten sich zwar befreit, und mancher gute Bürgersmann beleuchtete siegesstolz seine Fenster. Um so ergrimmter waren die Tschechen, die sich dem nationalen Himmelreich auf Erden so nahe gewähnt hatten und die den irdischen Jammer nun erst recht drückend empfanden.

Fischhof wandte sich aus Genua an einen Freund mit den Worten: „Sie wünschen mein Urteil über den Ausgleich kennen zu lernen. Nun, ich bin froh, daß die Hohenwartsche Aktion ihr Ende gefunden hat, denn bei längerer Fortdauer derselben hätte ich mich meiner Pflicht kaum entziehen können, gegen diese Sorte von Föderalismus

zu Felde zu ziehen. Die Zentralisation in Österreich ist das Übergewicht der Deutschen, die Föderation, wie ich sie meine, ist das Gleichgewicht aller Nationalitäten. Hohenwart jedoch nahm ein Gewicht nach dem anderen aus der Wagschale der Deutschen und legte es in die der Tschechen, so daß diese das Übergewicht erhielten. Ein solches Vorgehen ist ebenso unbegreiflich wie unverzeihlich.... Sie wissen, ich hasse jede nationale Suprematie in Österreich. Wenn ich aber nur zwischen der Präponderanz der Tschechen und jener der Deutschen zu wählen habe, kann die Wahl nicht einen Augenblick zweifelhaft sein...."[1])

III. Ein Kolonisationsprojekt für Galizien

Adolf Fischhof war von hohen Idealen erfüllt, ohne sich in idealistischer Schwärmerei zu verlieren. Er setzte der aufstrebenden Menschheit zukunftsfroh Entwicklungsziele, die in weiter Ferne lagen, aber er wußte auch, daß man dahin nur von Etappe zu Etappe in unverdrossener Arbeit gelangen könne. Leute, die Fischhof und sein Wirken nicht genau kannten, haben ihn bisweilen als Phantasten hingestellt, während er ein gelassen erwägender Realpolitiker war, der vor den anderen nüchternen Volksführern das eine voraus hatte, daß er über den Tag nicht die Jahre vergaß und die Einzelleistung immer als Glied einer langen Kette von Arbeitserfordernissen zu werten verstand. Darum gewann sein Tun Schwung und sein Denken Adel. Das haben kleine Geister, die im Sumpfe der Alltäglichkeit steckten, kurzsichtig verkannt.

Fischhofs realpolitischer Sinn zeigt sich auch in seiner Stellung zur Judenfrage. Durch die Revolution des Jahres 1848 war der Bann gebrochen worden, der Jahrhunderte schwer auf den österreichischen Juden gelastet hat. Fischhof selbst stand unter den Kämpfern für die unterschiedslose Gleichberechtigung aller Staatsbürger in der ersten Reihe. Schon in seiner fessel-

[1]) Nach einem Briefkonzepte.

sprengenden Märzrede war er für die „Aufhebung aller an das Glaubensbekenntnis geknüpften politischen Beschränkungen" tapfer eingetreten, und dieses Beginnen hatte ihm den Beifall von vielen tausend Bürgern und Studenten eingetragen, die er an den drei großen Tagen der Befreiung kennen zu lernen Gelegenheit fand. So wenigstens teilte er in einem Schreiben mit, in dem er darauf hinwies, daß die „Wiener Zeitung" unter den von ihm aufgezählten Volkswünschen das Verlangen nach allgemeiner Toleranz anzugeben unterlassen hatte[1]). Aber mit der theoretischen Anerkennung der Gleichberechtigung war für die Juden noch nicht alles getan, man mußte ihnen auch die Möglichkeit geben, nach jeder Richtung hin Vollbürger zu werden. Der nicht immer würdig geführte Streit über die Emanzipation der Juden rief im Jahre 1848 eine reiche Literatur hervor; in Wien wimmelte es von Broschüren, Flugschriften und Plakaten. Auch an Zeitungspolemiken war kein Mangel. Bei den Auseinandersetzungen blieb man jedoch meistens an der Oberfläche haften; man debattierte über die Rechtsstellung und kam nur selten auf den sozialen und wirtschaftlichen Untergrund der Judenfrage zu sprechen.

Im Nachlasse Fischhofs fand sich allerdings ein Aufruf vom 17. Juli 1848, den der Wiener Rabbiner Lazar Horwitz an die „Juden des Kaisertums Österreich" erlassen hatte. In dem werbenden Schriftstücke wurde der Gedanke vertreten, daß sich zur rechtlichen Befreiung eine Verbesserung der sozialen Lage der Juden hinzugesellen müsse und daß als geeignetes Mittel die Betreibung des Ackerbaues in die Wege geleitet werden solle. „Daher, treue Glaubensbrüder," — hieß es — „eilet heran, einen Verein zu bilden, der die Aufgabe sich stelle, junge, kräftige Männer derart zu unterstützen, daß sie auf eigene Faust und mit eigener Hand den Ackerbau betreiben und somit von dem Ertrage, den sie dem Boden abgewinnen, sich und die Ihrigen in Ehren erhalten und ernähren können." Welches

[1]) „Wiener Zeitung". Wien 1848. 14. März. (Siehe den Brief Fischhofs und die Antwort der Redaktion.) Merkwürdigerweise findet sich die Forderung nach der konfessionellen Gleichberechtigung auch nicht in der von Fischhof selbst besorgten Aufzeichnung seiner Rede. (Siehe: Reschauer, „Das Jahr 1848". Bd. I, S. 183.)

Schicksal diesem Aufrufe beschieden war, ist uns nicht bekannt. Wohl aber wissen wir, daß Adolf Fischhof einige Zeit nachher daran ging, einen interessanten Kolonisationsplan zu entwerfen und in den klaren Bestimmungen eines Statutes konkret zu sagen, wie er sich den Übergang der besitzlosen Juden zur landwirtschaftlichen Beschäftigung vorstellte.

Den Anstoß dazu hat offenbar die amtliche Studienreise durch Galizien gegeben. Fischhofs offenem Blicke waren die traurigen sozialen Verhältnisse der Juden im Nordosten der Monarchie nicht verborgen geblieben. Andere hätten es vielleicht bei wortreichem Mitleide bewenden lassen, Fischhof aber hatte das Bedürfnis, helfend beizuspringen. Schon bei seiner Anwesenheit in Galizien mag in dem damaligen Ministerialrat der Gedanke aufgekeimt sein, dem jüdischen Proletariate durch eine großangelegte Kolonisationstätigkeit in der Heimat neue und bessere Erwerbsquellen zu erschließen. Wahrscheinlich waren jedoch die Hindernisse für die Verwirklichung des interessanten sozialpolitischen Versuches noch zu bedeutend, um eine sofortige Tat zuzulassen. Erst drei Jahre später scheinen sich die Chancen gebessert zu haben. Ein Brief aus dem September 1851 läßt die Annahme zu, daß sich ein reicher Israelite in Brody geneigt zeigte, 5000 Gulden — damals ein ansehnlicher Betrag — für die Begründung einer *jüdischen Ackerbaukolonie* zur Verfügung zu stellen. Die restlichen 45 000 Gulden, die zur Durchführung des ersten Versuches notwendig waren, hoffte man durch rührige Sammlungen auftreiben zu können. Mit der Errichtung *einer* landwirtschaftlichen Niederlassung wäre freilich nur ein bescheidener Anfang gemacht gewesen. Allein der Erfolg übt eine starke Anziehungskraft aus. Durch das Gelingen des ersten Schrittes wären sicherlich neue finanzielle Hilfskräfte herangezogen worden, die die allmähliche Erweiterung des Arbeitsfeldes gefördert hätten. Wie sollte aber das schwierige Werk praktisch angefaßt werden? Fischhof hat die Antwort in einem *Musterstatut* erteilt, das er für einen „*Israelitischen Ackerbauverein in Galizien*" im Sommer 1851 hoffnungsfroh entwarf.

Heben wir nun die wichtigsten Bestimmungen des Elaborats heraus!

Als Zweck des Vereines wird die Gewinnung galizischer Israeliten für den Ackerbau festgesetzt. Im Paragraph 2 heißt es: „Um diesen Zweck zu erreichen, wird der Verein: 1. eine und unter günstigen Verhältnissen mehrere israelitische Ackerbaumusterkolonien gründen und 2. einige junge Leute israelitischer Konfession in bewährten landwirtschaftlichen Instituten auf seine Kosten zu wissenschaftlich gebildeten Ökonomen heranbilden lassen." Der nächste Paragraph bestimmt: „Der Verein akquiriert zur Anlage einer Musterkolonie den zur Ansiedlung von mindestens dreißig Familien nötigen Grundbesitz, der in gleiche Parzellen geteilt und den Kolonisten zum Ackerbau zugewiesen wird."

In dem Abschnitte über die Kolonisten heißt es: „Paragraph 4. Jeder als Ansiedler in die Musterkolonie Aufzunehmende muß: 1. ein aus Galizien gebürtiger Israelite zwischen 18 und 30 Jahren sein (ausgediente Soldaten werden ausnahmsweise bis zum 35. Lebensjahre aufgenommen); 2. von dem hierzu bezeichneten Arzte als zum Feldbau körperlich tüchtig erklärt werden; 3. stets einen moralischen Lebenswandel geführt haben; 4. lesen und schreiben können. Paragraph 5 besagt: Der aufgenommene Kolonist erhält vom Vereine auf der Musterkolonie die zum anständigen Unterhalt einer Familie nötigen Grundstücke nebst allen Gerätschaften. Das erforderliche Zug- und Nutzvieh, den zur ersten Aussaat notwendigen Samen empfängt er gleichfalls vom Vereine, dem er jedoch die dafür gemachten Auslagen in gleichen, von der Vereinsdirektion zu bestimmenden Jahresrenten zurückerstatten muß." Ferner heißt es: „Paragraph 6. Der Kolonist ist in den ersten fünf Jahren nach seiner Aufnahme in die Kolonie bloß Nutznießer des ihm zugewiesenen Bodens samt dem fundus instructus. Paragraph 8. Widerspenstigkeit, Faulheit oder Trunkenheit werden, falls die zweimalige Ermahnung der Vereinsdirektion fruchtlos geblieben, mit der Entfernung des Schuldigen aus der Kolonie bestraft. Paragraph 10. Nach Verlauf von fünf Jahren wird jeder seinen Boden mit Fleiß und Geschick bebauende Kolonist Eigentümer desselben, nachdem er sich vorher schriftlich verpflichtet hat: 1. seinen liegenden Besitz sein Leben lang weder zu verschenken, noch zu verkaufen, noch ohne Zustimmung des Vereines zu verpachten; 2. ohne Zustimmung der Vereinsdirektion nur jüdische, vom Vereine vorgeschlagene Ackerknechte in den Dienst zu nehmen; 3. die erhaltenen Vorschüsse zurückzubezahlen."

Der nächste Abschnitt regelt die Verhältnisse der Ackerknechte, wobei festgesetzt wird, daß jeder Ackerknecht, der drei Jahre ununterbrochen in der Kolonie treu und fleißig gedient hat, bei der nächsten Verteilung von Grund und Boden vorzugsweise zu berücksichtigen ist.

Sämtliche Kolonisten der Musterkolonie bilden die Koloniegemeinde. Der Verein sorgt für die Herstellung eines Gemeindebet-, Schul- und Badehauses und für die Bereitstellung der nötigen Wohnungen für die Kultus- und Verwaltungsbeamten. Der israelitische Ackerbauverein vertritt die Interessen der Koloniegemeinde sowohl der Regierung als auch Privatpersonen gegenüber. Paragraph 20 lautet: „Wenn aller Grund und Boden der Kolonie verteilt und Eigentum der Kolonisten geworden ist und die Majorität der Gemeindemitglieder vom Vereine unabhängig werden will, sind der Gemeinde zwei Probe-

jahre einzuräumen. Verwaltet sie sich während dieser Zeit anstandslos selbständig, dann wird sie definitiv feierlich selbständig erklärt."

Die Mittel für die Errichtung der Vereinszwecke sind durch freiwillige Beiträge aufzubringen. Gründer und ständiges Mitglied des Vereins wird, wer einen einmaligen Kapitalbeitrag von mindestens 200 Gulden leistet. Ein Jahresbeitrag von 5 Gulden, der für die Dauer von mindestens drei Jahren zugesagt wird, verschafft die temporäre Mitgliedschaft. Wer sich bloß auf ein Jahr zu einem Beitrag verpflichtet und nicht weniger als 1 Gulden zahlt, ist Teilnehmer des Vereins. Jedes Vereinsmitglied hat aktives und passives Wahlrecht. Auch ganze Gemeinden können beitreten; sie erhalten je eine Wahlstimme.

Die Verwaltung des Vereines wird einer aus 7 Mitgliedern bestehenden Direktion übertragen, die auf drei Jahre gewählt wird. Sie entscheidet kollegialisch mit absoluter Stimmenmehrheit. Paragraph 35 sichert der Direktion das Recht, alle Beamten der Kolonie zu ernennen und mit Instruktionen zu versehen. Er wird durch den Paragraphen 17 ergänzt, der besagt: „1. Der Verein besoldet den Ökonomen der Kolonie und seine etwaigen Gehilfen so lange, bis die Kolonisten in allen landwirtschaftlichen Verrichtungen vollkommen unterrichtet sind; 2. die Kultusbeamten der Gemeinde in den ersten drei Jahren. Nach Verlauf dieser Zeit übernimmt die Gemeinde nach und nach die Pflichten der Besoldung."

Das in den Statuten entwickelte Kolonisierungsprojekt fand die freudige Zustimmung der Männer, die sich den beschwerlichen Gründungsarbeiten in Brody hingeben wollten. Nur gegen eine einschränkende Bestimmung wurde Einspruch erhoben. Die Aufnahme in die Kolonie sollte nicht von der Kenntnis des Lesens und Schreibens abhängig gemacht werden. „Galizien sei mit Leuten gesegnet, die weder schreiben noch lesen können," heißt es in dem bereits erwähnten Briefe[1]). „Ich spreche dabei nur von ihrer Muttersprache (nämlich Jüdisch). Die Bescheidenheit ist hierzulande so groß, daß, wenn einer dieser Leute nur ein klein wenig das Jüdische schreibt, er schon die körperliche Arbeit für seiner unwürdig hält." Man hoffte die Genehmigung der Statuten durch die Statthalterei ohne besondere Schwierigkeiten durchsetzen zu können und gab sich der Erwartung hin, schon im Frühjahre 1852 mit dem Aufbau des Vereins und der ersten Kolonie beginnen zu dürfen. Wie weit diese Zuversicht gerechtfertigt war, ist uns nicht bekannt. Dieses Kolonisationsplanes wurde auch nur Erwähnung getan, weil er uns in Adolf

[1]) Brief vom 8. September 1851. (Leon Härzberg Fränkel.)

Fischhof einen Wegbahner zeigt. Das „Musterstatut" ist ebensowenig ein Statut wie viele andere, als der Verein nicht mehr denn ein gewöhnlicher Verein gewesen wäre. Wir haben es vielmehr mit einem nüchtern vorgetragenen, großzügigen sozialpolitischen Projekte zu tun, mit dem wagemutigen Versuche, das jüdische Proletariat Galiziens durch Selbsthilfe sukzessive in die Höhe zu bringen.

5. Der Weise von Emmersdorf

A. Die Prüfungen des Lebens

Wer fast sechzig Jahre arbeitsam und nützlich sein Tagewerk vollbracht hat, der braucht ein ruhiges, sorgenfreies Dasein für den Rest des Erdenwallens nicht demütig vom strengen Schicksale zu erbitten; er kann es erhobenen Hauptes fordern. Aber nicht alle gerechten Ansprüche werden erfüllt. Das Haar, das Adolf Fischhofs Stirne üppig umgab, war bereits silberbleich gefärbt, als der alte Mann noch einmal in den Kampf hinausziehen mußte, um ein neues Leben zu beginnen, eine neue Existenz zu begründen. Wieviel hatte dieser gesinnungsstarke Politiker schon durchgemacht, wieviel Leid war dem Kämpfer und Denker widerfahren, der gar nicht schulmeisterlich, sondern nur aus bescheidenem Pflichtgefühl ein Erzieher zur Freiheit und zur politisch-nationalen Gerechtigkeit gewesen ist und den ein unbeugsamer Zukunftsglaube inmitten von kopfhängerischen Pessimisten einen Ermahner zum Optimismus sein ließ! Wer den Besten seiner Zeit genug getan hat, der mag zuversichtlich mit wohlverdientem Nachruhme rechnen, aber die Bürde der Gegenwart wird ihm dadurch nur erleichtert, nicht abgenommen; die Qual der Stunde verschwindet nicht, sie erfährt bloß eine kleine Erleichterung. Nach dem körperlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruche, nach den furchtbaren seelischen Erschütterungen, die das leidensvolle Jahr 1873 für Fischhof mit sich gebracht hatte, verlebte der schwergeprüfte Mann eine Zeit in Pitzelstätten, um dann mehr als ein halbes Jahr im Hause seines Bruders in Perchtoldsdorf bei Wien zu verweilen. Aber der Aufenthalt im Familienkreise konnte nicht von Dauer sein, und

Fischhof mußte sich um ein anderes Heim umsehen. Da ihm die würzige Luft im grünen Kärnten behagte, und da der um sein Vermögen gekommene Arzt und Politiker gezwungen war, die täglichen Ausgaben auf ein Minimum herabzudrücken, entschloß er sich, in der Umgebung Klagenfurts, in dem verkehrsentlegenen Emmersdorf ständigen Wohnsitz zu nehmen. Im Frühling 1875 wurde die Übersiedlung vollzogen.

In einstündiger Wagenfahrt kann man von der Hauptstadt Kärntens das kleine Dorf erreichen, dessen früher unbekannter Name nun durch den Aufenthalt Fischhofs allen österreichischen Politikern geläufig wurde und auch außerhalb der Monarchie einen guten Ruf gewann. Auf einem Berge thront friedlich die berühmte Wallfahrtskirche Maria Saal, gleichsam als wollte sie das ruhige Emmersdorf beschützen, das sich im Tale hinstreckt. Oberhalb der schlichten Dorfkirche steht ein einfaches, aber nettes Landhaus, dem durch die Bezeichnung Villa zu viel Ehre erwiesen würde. Man nennt es rings in der Gegend vertraut den „Koglhof". Dahin lenkte Fischhof seine Schritte; hier verbrachte er fast zwei Jahrzehnte, bis ihm der Tod die Augen schloß, die sich so gerne und so innig des entzückenden Panoramas erfreuten, das ein Blick von der kleinen Veranda bot. Lieblich dehnt sich das Glantal zwischen sanft ansteigenden Bergen hin. Links kann das Auge Klagenfurt erspähen, während rechts die Karawanken ihre grünen Gipfel in die Höhe recken. Fischhofs empfänglicher Sinn für Naturschönheiten entdeckte immer neue Reize, die ihn einigermaßen für die vielen Entbehrungen zu entschädigen vermochten.

„Wir haben hier anhaltend kaltes, aber herrliches Wetter und wunderbare Abendbeleuchtungen," — schrieb er im Dezember 1875 — „vorgestern war Alpenglühen auf dem Obier und gestern ein zauberhaftes Kolorit der Abendlandschaft. Die ganze Luft war von einem überaus zarten, durchsichtigen Nebelduft erfüllt, und dieser wurde bei untergehender Sonne erst rosa, dann karminrot, später violett und blau in den verschiedensten Nüancen gefärbt, und diese Tinten warfen stets ihren Reflex auf die ganze Schneedecke des Tales und der Höhen. Das gab eine Farbenwirkung, wie ich sie noch nie gesehen habe. Von der Stille der Luft bei der gegenwärtigen Kälte kann ein Bewohner des Wiener Beckens sich gar keine Vorstellung machen. Diese Stille bewirkt, daß ich selbst bei sehr niedriger Temperatur hübsch lange im Freien sitze, ohne die Kälte zu verspüren. Überhaupt muß ich sagen,

daß diese Wohnung hier ein Trost in meiner traurigen Lage ist. Ihre Helle, ihre Geräumigkeit, die anständige Einrichtung machen, daß mir meine Armut nicht so entgegengrinst, wie das anderwärts der Fall gewesen wäre. Die Einsamkeit, die mir sonst höchst peinlich gewesen wäre, affiziert mich jetzt weniger, da es mir hier an Anregung von außen nicht fehlt. Nur, daß ich ganz ohne Fühlung mit dem Lesepublikum bin, trifft mich schwer. ..."[1])

Die Wohnung Fischhofs bestand aus einem hellen Raume im Erdgeschosse, der als Ordinationszimmer diente und neben dem sich auch die Küche und eine kleine abgesonderte Wohnung befand. Im ersten Stockwerke trat man direkt in das Empfangszimmer, das später eine lebensgroße Büste Fischhofs — ein Geburtstagsgeschenk — zierte. Von diesem Gesellschaftsraume kam man in das Schlafgemach Fischhofs. Davon getrennt lag ein Speisezimmer und ein zweiter Schlafraum, der dem Bruder, Simon Fischhof, eingeräumt war[2]). Das ganze Heim machte einen freundlichen Eindruck, und trotz aller Einfachheit kam in dem Besucher bald ein anziehendes Behagen auf. Nicht oft hat Fischhof seinen weltabgeschiedenen Wohnsitz für längere Zeit verlassen. Einige Reisen nach Wien und in das Salzkammergut, sowie eine Fahrt nach Monte Carlo, die Adolf Fischhof als Begleiter seines alten Freundes David Singer unternahm, brachten nicht immer freudige Abwechslung.

Wie die Jahreszeiten die Natur, so verändern die Lebenszeiten die Menschen. Im Manne ist nur schwer der Jüngling wieder zu erkennen, und der Greis zeigt eine andere Physiognomie als der auf der Höhe des Daseins stehende Mann. Die zart gehegte Erinnerung an Adolf Fischhof hat wohl in den meisten Bekannten die imposante Erscheinung festgehalten, die der alte Herr seinen Besuchern in Emmersdorf bot. Auf einem mittelgroßen vollen Körper saß ein fesselnder Kopf, der das ganze Bild beherrschte. In reichen Silbersträhnen umflatterte das Haar das edelgeformte Haupt, das nach unten von einem weißen breiten Vollbart umrahmt war. Graublaue Augen blitzten klug und wohlwollend hinter dichten Brauen hervor.

---

[1]) Brief Fischhofs an Wengraf. 15. Dezember 1875.

[2]) „Neue Freie Presse". Wien, 22. März 1903. (Erinnerungen an Adolf Fischhof. Von Siegmund Singer jr.)

Das Äußere allein verriet schon einen nicht gewöhnlichen Intellekt und einen Menschen, der nicht nur zu denken, sondern auch warm und gütig zu empfinden verstand. Bei aller Würde war doch die Vertraulichkeit nicht ausgeschlossen. Fischhof hatte ein wundervoll sonores Organ, und seine Art zu hören und zu sprechen übte auf den Zuhörer keine geringere Wirkung aus, als die Klarheit der Gedanken, die Treffsicherheit des Urteils und die vielseitigen Kenntnisse, die nur in einem Leben voll emsiger geistiger Arbeit anzuhäufen waren. Es gibt genug bedeutende Individualitäten und große Männer, die den Nächsten kalt lassen, deren wahres Wesen eine rauhe Schale nicht zu durchbrechen vermag. Fischhof besaß die seltene Gabe, sofort einzunehmen, zu überwältigen. Er machte den tiefen Eindruck eines „Weltweisen"[1]; als „Weiser von Emmersdorf" war Adolf Fischhof weit bekannt. Dieses Epitheton ist seinem Namen über das Grab hinaus geblieben, während andere ehrenvolle Bezeichnungen vergessen wurden. Denn wer gedenkt heute der Zeiten, da der wackere Kämpfer von seinen Freunden der „österreichische Deak"[2] genannt wurde?

„Du befragst mich wegen meiner Tagesordnung;" — berichtete Fischhof im Dezember 1875 an Ludwig August Frankl — „bei meinem Zustande gibt es keine andere Tagesordnung als die Unordnung. Ich arbeite, wenn ich kann, und faulenze, wenn ich muß." Konnte der alte Herr sich nicht an eine feste Tageseinteilung binden, so bemühte er sich dennoch, die Zeit so gut auszufüllen, als es bei seiner stark angegriffenen Gesundheit möglich war. Die Nerven erwiesen sich noch durch viele Jahre als unbotmäßig; die Füße litten bisweilen, die Hände versagten beim Schreiben, die Augen gestatteten nicht mehr die Lektüre, und im Kopfe hämmerte es oft unerträglich. Aber der gemächliche Aufenthalt in der frischen Luft und die beruhigende Arbeit des Landbewohners, der seinen Garten selbst pflegte und mit tiefer Liebe das Wachstum beobachtete, nicht weniger als die

---

[1]) Mit diesem Wort charakterisierte ein deutschösterreichischer Staatsmann, der als Minister und Parlamentarier eine große Rolle gespielt hat, den Eindruck, den er beim Besuche Fischhofs empfand.

[2]) Kürnberger, „Briefe an eine Freundin", S. 72.

Entfernung von dem brausenden, anstrengenden Leben der Großstadt übten eine heilsame Wirkung aus. In der freien Natur erstarkte Fischhof allmählich; der Druck der Jahre wurde geringer, und der Nachhall der trüben Erlebnisse verklang immer mehr. Das lebhafte Bedürfnis, sich über sein Tun jederzeit Rechenschaft zu geben, hatte den alten Herrn veranlaßt, sorgsam in Tabellen zu verzeichnen, was die einzelnen Tage an Empfindungen und an Tätigkeit mit sich gebracht haben. Fischhof oblag auch mit unversieglichem Eifer einer kleinen ärztlichen Praxis; darin fand er nicht bloß Zerstreuung, sondern er konnte seinem starken Drange genügen, den Nebenmenschen nach Kräften nützlich zu werden. Für die ärztlichen Dienste, die er den Landbewohnern hingebungsvoll erwies, nahm er nie eine Bezahlung entgegen. Nur um nicht zu kränken, ließ es der völlig mittellose Mann geschehen, daß ihm bisweilen ein Ei oder sonst irgend eine Kleinigkeit als Zeichen der Dankbarkeit verabreicht wurde. Dagegen hat er manchmal großmütig in die Tasche gegriffen, um einem armen Kranken das Geld zu geben, das zur Beschaffung der Medizin fehlte. Kamen kleine Kinder zu dem gütigen Arzte, dann gingen sie nie unbeschenkt weg; Süßigkeiten, die für den feinen Gaumen des Städters berechnet waren, verschafften ihnen seltene Genüsse. Als Arzt scheute der Greis keine Mühe; er folgte dem Rufe in die entlegenste Hütte. Selbst vom Mahle stand er auf, wenn ein Patient im „Koglhof" erschien; der Arme werde weniger Zeit haben als er, meinte Fischhof in solchen Fällen. Im Winter, wenn es in Emmersdorf einsam war, wurden die Mußestunden bisweilen der publizistischen Beschäftigung gewidmet; im Sommer gab es im „Koglhofe" viele Gäste, die vom nahen Wörthersee zu dem greisen Manne kamen und ihm die Zeit angenehm vertrieben. Auch verursachte dann der kleine Garten einige frohgeleistete Arbeit, so daß für die zeitraubende literarische Tätigkeit wenig Gelegenheit vorhanden war.

Als treuer Famulus stand Adolf Fischhof sein Bruder S i m o n zur Seite, der freiwillig den Dienst eines Sekretärs und Vorlesers versah. Der schlichte Mann hatte in Pest ein kleines Spezereiwarengeschäft betrieben, das dem anspruchslosen Men-

schen zu bescheidenen Ersparnissen verhalf. Da Simon Fischhof unter ungünstigen Gesundheitsverhältnissen zu leiden hatte, gab er in den sechziger Jahren das anstrengende Geschäft auf, um zuerst in Pest von einer sehr mäßigen Rente zehrend still für sich hinzuleben und vom Jahre 1871 ab als aufopferungsvoller Gefährte seinem berühmten und geliebten älteren Bruder beizustehen. Der gute Wille ist ein tüchtiger Lehrer; Simon Fischhof war von dem aufrichtigen Bestreben erfüllt, seinem Bruder gute Dienste zu leisten, und deshalb gelang es ihm auch, obwohl die Aufgaben, die ihm in Emmersdorf bevorstanden, so ganz anderer Natur waren, als die Pflichten, die der emsige Kaufmann früher im engen Geschäftslokale zu erfüllen hatte[1]).

Peinlich wurde von Adolf Fischhof der Abschied von der großen Bibliothek empfunden, die er in Wien zurücklassen und verkaufen mußte. Ohne die vertrauten Bücher kam er sich vereinsamter als sonst vor. Eine harte Prüfung war es für ihn auch, nicht mehr wie einst als immer Lernender dem Studium eifrig obliegen zu können und nur das an neuem Wissen aufnehmen zu dürfen, was ihm sein Vorleser an stillen Abenden vermittelte. Dennoch verlor Fischhof durchaus nicht den Zusammenhang mit dem beweglichen Geiste der Zeit und mit den Strömungen auf den weiten Gebieten der Kunst, Literatur und Wissenschaft. In der Großstadt wird man mitgerissen: wer nicht schwimmen kann, geht unter; wer nichts weiß, fühlt drückend die Nötigung zu schweigen, wenn er mit Wissenden zusammenkommt. Anders lagen die Verhältnisse für den Einsiedler in Emmersdorf, den die Gefahr der geistigen Versumpfung bedrohte, weil der Antrieb zur intellektuellen Fortbildung nicht von außen, sondern nur von innen kommen konnte. Doch Fischhof widerstand der Versuchung, in trägem Versinken stumpfe Lebensfreude zu schöpfen, obwohl er vielleicht das Schopenhauersche Diktum: „Alle Beschränkung beglückt" gekannt hat.

Für seine geistige Regsamkeit zeugen die verschiedensten

[1]) Simon Fischhof betreute seinen Bruder Adolf bis zu dessen Todesstunde. Hierauf übersiedelte er nach Wien, wo er im März 1899 starb.



Der „Koglhof" in Emmersdorf

Briefe aus der Emmersdorfer Zeit; davon geben alle Gespräche Kunde, von denen wir Kenntnis erhalten haben. Der Politiker, der sich im Jahre 1848 wohl als einer der ersten in Österreich mit der sozialen Frage, mit dem Schicksal des industriellen Proletariats praktisch befassen mußte, hatte mit regem Interesse verfolgt, wie sich der wissenschaftliche Sozialismus herausbildete, wie es der feurigen Beredsamkeit eines Lassalle und der Riesenarbeit eines Marx und Engels gelang, die Fundamente zu schaffen, auf denen die moderne Arbeiterbewegung ruht. Ohne Sozialdemokrat zu sein, war Fischhof schon zu einer Zeit Gefühlssozialist, in der für die meisten Intellektuellen in der Habsburger Monarchie die soziale Frage nach dem stumpfsinnigen Ausspruche Giskras noch immer bei Bodenbach aufhörte. Ebenso frisch folgte der „Weise von Emmersdorf" den Errungenschaften auf dem medizinischen Gebiete: zum gewöhnlichen Landarzte sank Fischhof nicht herab. Bei dem rastlosen Sichfortbilden kam der Mensch nicht zu kurz. Die Jahre hatten einen klärenden und vertiefenden Einfluß, und ein edler milder Geist durchwehte alles, was Fischhof sprach und schrieb. Lassen wir einen Brief für den Verfasser reden; einen von den vielen, die man anführen könnte. Welch erhebende Lebensphilosophie verkündet doch das folgende Schreiben, das im Januar 1880 an den Maler August George-Mayer, einen Schüler Karl Rahls, gerichtet wurde:

„Die Kunst geht nach Brot, schreiben Sie. Nun, man muß zufrieden sein, wenn sie es findet. Nach Brot zu gehen, degradiert weder die Kunst, noch den Künstler. Correggio blieb Correggio, auch als er seine Werke für Bettelsummen schuf. Degradierend ist nur, wenn der Künstler kokettierend um die Gunst des Tages buhlt, wenn ihm seine Ideale um ein Lächeln eines geschmacklosen Gönners feil sind. Solchen Frevels haben Sie sich stets unfähig gezeigt. Durch so stolzen unabhängigen Sinn wird wohl der Kampf ums Dasein nicht wenig erschwert, aber der Kampf stählt die Kraft.

Sie selbst, lieber Freund, verstehen es, im kühnen Geistesfluge zu jener Höhe der Anschauungen sich emporzuschwingen, von wo aus alles Irdische so winzig und die Distanz zwischen dem, was man Glück und was man Unglück nennt, so unmerklich ist, daß man mitleidig lächelnd auf jene blickt, die reptilartig durchs Leben kriechend, über die ungeheuere Kluft jammern, welche sie vom Glücke trennt.

Das Dasein ist eben nur erträglich, wenn man entweder in sinnlicher Trunkenheit, ahnungslos und sorglos an dessen Abgründen

vorbeitaumelt oder wenn man im geistigen Adlerfluge stolz über dieselben hinwegschwebt. Und da Schweben schöner und besser als Taumeln ist, so trafen Sie die richtige Wahl als Ästhetiker wie als Philosoph"[1]).

Aristoteles verdanken wir die tiefen Worte, daß das Glück denen gehöre, die sich selber genügen. Freilich kann man den Satz heute nicht mehr ohne Einschränkung gelten lassen; schwer lastet auf dem Menschen die materielle Sorge. Auch Fischhof konnte ihren Fangnetzen nicht entgehen. Bei aller Bedürfnislosigkeit hatte er viel zu schaffen, um das wenige aufzubringen, das er brauchte. Der kleine Betrag, der aus den Stürmen des Jahres 1873 gerettet wurde, war schlecht angelegt; ebenso lieferte das bescheidene Kapital, das Simon Fischhof sein eigen nannte, nicht einmal den kärglichen Zinsenertrag, den man erhoffen durfte. So mußten die beiden Fischhof nicht zuletzt von den paar hundert Gulden leben, die Adolf als Pension von dem Wiener Journalisten- und Schriftstellerverein „Konkordia" rechtmäßig bezog. Kein Wunder, daß das bescheidene Wirtschaftsbudget nicht recht klappen wollte. Die materielle Not klopfte vernehmlich an die Pforten des „Koglhofs", obwohl der Haushalt sehr einfach geführt wurde. Es ist rührend, in Fischhofs Briefen zu lesen, wie der alte Mann nach Ersparnissen sann, wie er gewissenhaft berechnete, welche Erleichterung eine energische Herabminderung der ohnehin spärlich bemessenen täglichen Fleischration bringen würde und was der bevorstehende Dienstantritt einer billigeren Haushälterin für den Etat bedeuten werde. So drückend war die finanzielle Enge, daß selbst die Portoauslagen für die große Korrespondenz, die Fischhof unterhielt, eine empfindliche Belastung bildeten. Trotzdem lehnte der Einsiedler von Emmersdorf dankend und entschieden alle freundschaftlichen Anerbieten ab, ihm zu helfen. Wiener Bekannte dachten an eine Nationalspende, ohne Fischhofs Zustimmung zu erlangen; selbst der teilnehmende Antrag der „Konkordia", die Pension freiwillig zu erhöhen, wurde nicht angenommen. Alles, was der alte Mann dulden wollte, waren zarte Aufmerksamkeiten, die sich in Weinsendungen, in der

[1]) August George-Mayer, „Erinnerungen an Karl Rahl", S. 205. Wien 1882.

Übermittlung von Leckerbissen oder auch eines guten Bratens äußerten. Durch diese freundlichen Zuwendungen wurde die Speisekammer im „Koglhofe" manchmal reich ausgestattet. Die Vorräte dienten aber hauptsächlich zur Verbesserung der Mahlzeiten, die gegeben wurden, wenn Fremde in Emmersdorf weilten. Da wollte der alte Gastfreund seines Haushaltes nicht spotten lassen; er war zu stolz, um seine Kümmernisse jedem zu entdecken oder augenfällig zu machen.

Trotz der bedrängenden Dürftigkeit hat Adolf Fischhof niemals nein gesagt, wenn sich jemand hilfesuchend an ihn wandte. Wie oft mag die Güte des greisen Mannes mißbraucht worden sein! Unter seinen nachgelassenen Papieren fanden sich Bettelbriefe in großer Zahl, und daraus kann man ersehen, daß nicht nur die Politiker nach Emmersdorf blickten. Immerhin waren die Mittel Fischhofs zu gering, um eine großangelegte Mildtätigkeit zuzulassen. Aber der Mann, der für sich keine Unterstützung annehmen wollte, ruhte nicht, wenn es wirklich bedürftigen Freunden oder Bekannten Dienste zu erweisen galt. Da setzte er sich sogleich mit seinen gütergesegneten Bekannten in Verbindung. Als Füster, der aufrechte Feldkaplan der Studentenlegion aus dem Jahre 1848, voll der herbsten Enttäuschungen aus Amerika heimkehrte, suchte Fischhof dem wackeren Manne eine Unterstützung zu erwirken, und als er von der Not erfuhr, in die Angehörige Ernst v. Violands geraten waren, setzte er gleichfalls die Hebel in Wien in Bewegung. Obwohl der „Weise von Emmersdorf" für sich niemals den kräftigen Vorspann der Protektion in Anspruch genommen hatte, verweigerte er nicht seine einflußreiche Fürsprache bei Freunden und Bekannten, wenn es an der Zeit war, einem Würdigen beizuspringen. Nicht immer bedurfte es einer direkten Bitte. So manche mögen Adolf Fischhof Dank schuldig gewesen sein, ohne jemals erfahren zu haben, daß der alte Herr sich für sie wohlwollend eingesetzt hatte. Diese stillen Interventionen werden ihm sicherlich die meiste Freude bereitet haben; wer edelsinnig Gutes tut, schöpft aus dem Wirken volle Befriedigung. Der Dank liegt schon in der Tat und muß nicht erst feierlich ausgesprochen werden.

Gegen Ende der siebziger Jahre ballten sich über dem „Koglhof" düstere Wolken zusammen. Der bisherige Besitzer des kleinen Anwesens, ein Klagenfurter Kaufmann, hatte abgewirtschaftet, und das friedliche Heim Adolf Fischhofs kam unter den Hammer. Der alte Herr geriet in große Aufregung. Sollte der mehr als Sechzigjährige nochmals seinen Wohnsitz wechseln, und wo konnte er so billig leben, wie in dem Häuschen in Emmersdorf? In diesen schweren Tagen erwies sich Louis Freiherr Haber v. Linsberg als ein feinfühliger Retter. Im Jahre 1873 hatte er Fischhof in Nervi kennen gelernt. Der Baron, der damals mit seiner Gattin Henriette im Süden weilte, war an einer Rippenfellentzündung plötzlich erkrankt. In seiner Verlassenheit fand er in Fischhof einen aufopferungsvollen ärztlichen und seelischen Helfer, trotzdem der Wiener Arzt für sich selbst der Hilfe und des Trostes bedurft hätte. Die Familie Haber bewahrte von da ab dem demokratischen Politiker innige Freundschaft. Noch im Jahre 1879 schrieb die Baronin nach Emmersdorf: „Es würde mich auch drängen, Ihnen mündlich zu wiederholen, wie dankbar ich der Zeit gedenke, die Sie meinem geliebten Manne mit Aufopferung Ihres Selbst gewidmet haben und in der Sie mir damals, allein wie ich war, jeden anderen Beistand ersetzten." Freudig beeilte sich Baron Haber, dem Glücksgüter in reichem Maße zur Verfügung standen, seine alte Dankesschuld abzutragen: er kaufte den „Koglhof" an. Gerne hätte er den ländlichen Besitz Adolf Fischhof überlassen, aber er wußte, daß der alte Mann die Schenkung nicht annehmen würde. Für den „Weisen von Emmersdorf" war es auch schon ein Gewinn, seine Wohnstätte bei Bezahlung des Pachtschillings gesichert zu haben. Als die Baronin Haber im Jahre 1884 starb, hatte sie in ihrem Testamente unter gefühlvoller Berücksichtigung der Empfindlichkeit die herzliche Bitte ausgesprochen, daß Fischhof zum Beweise der treuen Freundschaft jährlich 1000 Gulden als Beitrag zur geziemenden Bestreitung eines Winteraufenthaltes in Nervi annehmen möge. Diesem letzten Wunsche konnte er nicht trotzen; durch das Legat war der bis dahin bekümmerte Politiker aller Sorgen enthoben. Hatte er bisher nur mit Bangigkeit der Zukunft entgegengesehen, so durfte er ihr nun

mit Ruhe entgegenblicken. Als später auch Baron Haber aus dem Leben schied, fiel der „Koglhof" Fischhof zu. Wieder besiegte eine testamentarische Bestimmung allen Widerstand.

Durch die Entfernung von Wien war der politische Vordenker Österreichs aus dem unmittelbaren Kontakt mit dem öffentlichen Leben gerissen. Allein es blieben doch viele Fäden unversehrt, die den Zusammenhang vermittelten. Mit einer ansehnlichen Zahl von Parlamentariern verkehrte Fischhof von Fall zu Fall brieflich, und außerdem empfing er nicht selten die stets willkommenen Besuche von bedeutenden Männern, die im Wiener Reichsrate angesehene Positionen inne hatten. Emmersdorf wurde ja überhaupt das Ziel für viele Politiker, Gelehrte, Journalisten und Persönlichkeiten, die im wirtschaftlichen Getriebe standen. Sie suchten bisweilen den alten Herrn auf, um ein Stündchen oder einen Nachmittag bei ihm geistig angeregt zu verbringen. Außerdem gingen noch die persönlichen Freunde Fischhofs durch Emmersdorf durch, und alle ergänzten gerne die intimere Kenntnis der flüchtigen politischen Tagesereignisse, die der Greis aus den Zeitungen und aus Privatkorrespondenzen geschöpft hatte. Dadurch war er immer gut orientiert, so daß die Entfernung von den politischen Kampfplätzen weniger fühlbar wurde. Nach wie vor stand Fischhof das Sprachrohr der Presse zur Verfügung. Er hat in den einzelnen Jahren an verschiedenen Blättern mitgearbeitet, und sein Einfluß war dabei nicht auf den Artikel beschränkt, der seinen Namen trug. Der „Weise von Emmersdorf" bemühte sich, auf die Haltung der Blätter einzuwirken; er scheute keine Mühe, um die Herausgeber von der Richtigkeit seiner politischen Ansichten zu überzeugen, was ihm freilich nicht immer gelang. In einzelnen Fällen ist es ihm jedoch geglückt, seine Ideen in die Spalten bedeutender Zeitungen einfließen zu lassen, ohne daß die Öffentlichkeit von dem Zusammenhange etwas erfuhr. Im November 1875 schrieb Michael Etienne, der Begründer der „Neuen Freien Presse", an Fischhof: „Rechnen Sie fort und fort auf mich und das Blatt. Sie führen die Singstimme, und ich akkompagniere. Ich will auch mitsingen, wenn's nottut, und so wollen wir unverdrossen weiterringen."

Gewiß, diese Worte waren darauf berechnet, dem alten Herrn eine Freude zu bereiten, aber es steckt in ihnen doch mehr als nur gütige Schmeichelei. In den achtziger Jahren war wieder die „Wiener Allgemeine Zeitung" bestrebt, im Geiste des „Weisen von Emmersdorf" politisch zu wirken[1]).

An Ehrungen Adolf Fischhofs hat es nicht gefehlt. Er war schon 1846 zum ordentlichen Mitgliede der „Allerhöchst sanktionierten und unter besonderem Staatsschutze stehenden praktischen Gartenbaugesellschaft in Bayern" ernannt worden. In dem Dekrete wurde diese Ehrung mit Verdiensten um Literatur, Gartenbaukunde, Obstbaumzucht und Landesverschönerung" in Verbindung gebracht. Wir wissen nicht, welche Bewandtnis es damit hatte. Im Jahre 1850 war es der „Deutsche Nationalverein für Handel und Gewerbe" in Leipzig, der Fischhof unter seine wirklichen Mitglieder berief. Auch darüber konnten wir nichts Näheres erfahren. In Österreich gedachten verschiedene politische Vereine und Studentenvereinigungen ehrend des nackensteifen Achtzehnhundertachtundvierzigers. Viel Freude dürften im „Koglhof" die politischen Aufmerksamkeiten bereitet haben, die dem alten Manne von einem Teile der akademischen Jugend erwiesen wurden, denn in der emporsteigenden Generation leben ja die Absterbenden weiter. Im Jahre 1889 erklärte — um ein Beispiel anzuführen — der „Österreichische Studentenverein an den Wiener Hochschulen" in einem Dankschreiben: „Nichts ist so sehr geeignet, uns zu stärken in dem schweren Kampfe, in welchem wir stehen, als der Gedanke, daß Adolf Fischhofs Ideen es sind, für die wir eintreten, daß Adolf Fischhofs Wohlwollen mit uns ist." Und an einer anderen Stelle wurde mit frohem Ausblicke gesagt: „Wenn auch jetzt noch nicht der Sieg auf Ihrer Seite ist, Ihre Ideen haben begeisterten Anklang gefunden bei einem großen Teile der akademischen Jugend, der dieselben später gewiß ins Leben hineintragen und für sie einstehen wird. Ihre Schriften aber sollen uns dazu dienen, daß wir immer tiefer eindringen in

[1]) Selbst nach seinem Tode stellten sich noch Organe in den Dienst seiner Ideen. Siehe z. B. Prof. Dr. J. Singers Artikel „Adolf Fischhof". Wochenschrift „Die Zeit", Heft vom 16. November 1895.

den edlen Geist, der sie umweht, und daß wir ihre großen Ideen in uns aufnehmen, um sie zu hegen und zu pflegen, zu hüten und zu verwirklichen."

Am 8. Dezember 1876 wurde Adolf Fischhof sechzig Jahre alt. Liebevoll gedachten seine Freunde und Bekannten dieses Tages, und die Gratulationsschreiben häuften sich im „Koglhofe". Etwa sechzig Reichsratsabgeordnete erinnerten sich des Mannes, der kühn den Bann des Absolutismus gesprengt hatte. Gemeinsam sandten sie „dem hochverehrten Volksmanne und Patrioten" die innigsten Glückwünsche. Eine bunte Gemeinde von Schätzern war zusammengetreten. Auf der improvisierten Adresse finden wir neben den Abgeordneten Eduard Herbst, Georg Ritter v. Schönerer. Auch Adolf Schwab, Adolf Beer, Dr. Eduard Sturm, Rudolf Auspitz, Baron Walterskirchen, Dr. Bareuther, Professor Eduard Sueß, Ignaz Kuranda, Johann Fux, Dr. Magg, der Slowene Dr. Joseph Vošnjak, Dr. Franz Roser, Dr. Viktor Ruß, Alexander Peez und viele andere unterschrieben sich. Die erhebenden Ehrungen und Gunstbezeigungen lösten in dem gefeierten Manne mehr wehmütige als jubelnde Gefühle aus. Seine Stimmung läßt der nachstehende Brief[1]) überprüfen:

Fischhof berichtet, daß sich an hundert Telegramme und Gratulationsbriefe vor ihm aufgestapelt hätten. Da gebe es mit der Beantwortung viel zu tun. „Wahrlich, ein schweres Stück Arbeit ist zu vollbringen, doch muß ich daran, denn Gruß ist Artigkeit, Gegengruß Pflicht." Und dann meint er, daß bei einem Nervenkranken „ein so lauter und vielstimmiger Zuruf, wie erhebend er auch sei", nur die Melancholie steigere. „Hinweis auf entschwundene Tage und Anweisung auf kommende Tage, was frommt uns all das? Was bedeuten uns die Schattenbilder der Vergangenheit, die Luftspiegelungen der Zukunft? Glücklich ist, wer wonnetrunken in den Armen der Gegenwart ruht. Mich aber erfaßt sie mit brutaler Hand, mir bringt sie nur Seelenqual und körperliche Pein. Hinweg mit der Unsterblichkeitsträumerei, hinweg mit der Aufgedunsenheit des ‚Ich', mit dem Pfauenradschlagen übers Grab hinaus! Nichts wünsche ich in meiner trüben Stimmung als die ungestörte Ruhe eines ewigen Schlafs. ..."

Obgleich Fischhof den Wunsch ausgesprochen hatte, daß sein siebzigstes Geburtsfest in Ruhe vorüber gehen möge,

[1]) Brief Fischhofs an Ludwig August Frankls Gattin. 13. Dezember 1876.

beschäftigte man sich doch im Dezember 1886 im ganzen Reiche mit dem „Weisen von Emmersdorf". Über 300 Gratulationen sammelten sich nun im „Koglhofe" an. Viele Vereine, Korporationen, Politiker und Journalisten verabsäumten nicht, dem alten Manne ein Zeichen der Wertschätzung zu geben. Selbst politische Gegner, wie der konservative Geschichtschreiber J. A. Freiherr v. Helfert, grüßten respektvoll. Um so unangenehmeres Aufsehen machte die kleinliche Haltung der Wiener Gemeindevertretung. Der liberale Gemeinderat Simon hatte angeregt, daß die Vertretung der Stadt Wien einen herzlichen Glückwunsch nach Emmersdorf richten möge. Er war jedoch von dem Vorschlage zurückgetreten, als er merkte, daß er nicht auf allgemeine Unterstützung rechnen könne. Deshalb griff der demokratische Gemeinderat Dr. Ignaz Mandl den Antrag am 3. Dezember 1886 auf, und in einer vertraulichen Sitzung des Gemeinderats wurde darüber verhandelt. Die demokratischen Stadtväter setzten sich für die Beglückwünschung warm ein. Mandl nahm zuerst das Wort, dann sprach Dr. Karl Lueger, der unter anderem der liberalen Mehrheit zurief: „... Keiner von den Herren hier im Saale kann Fischhof das Wasser reichen, und keiner lebt, der sich mit ihm an politischer Vergangenheit, an Verdiensten um die Stadt Wien und an Charakterintegrität messen kann...." Die aufmunternden Ermahnungen nützten nichts. Die liberale Gemeinderatsmehrheit stimmte die Anregung der Demokraten nieder; der Antrag Mandls wurde nur von 18 Männern unterstützt. Wahrhaftig: nicht Fischhof, sondern die Gemeindevertretung von Wien war durch diesen Entschluß kompromittiert worden, und überall dort, wo man auf die Kaiserstadt nicht gut zu sprechen war, herrschte helle Freude. In der Prager „Politik" wurde höhnisch darauf hingewiesen, daß man Moses Montefiore zu seinem hundertsten, dem geradsinnigen Führer der Deutschböhmen Franz Schmeykal zu seinem sechzigsten Geburtstage geehrt habe, während man bei Fischhofs Fest keinen Anlaß zu warmherziger Anerkennung finde. Mit Worten begeisterter Hochschätzung feierte das Prager Blatt die Verdienste des Politikers und Publizisten und schilderte das kleine stille Emmersdorf als ein „politisches Mekka, wohin Männer der verschiedensten Rich-

tung pilgerten". Doch das, „was ihm, dem guten Österreicher und Deutschen, in den Augen aller Welt zur Ehre gereicht," werde ihm von der Mehrheit des Wiener Gemeinderats als Verbrechen angerechnet[1]). Worin bestand nun die Schuld des alten Herrn, der doch mit der Geschichte Wiens so vorteilhaft verknüpft war? Die Wiener Stadtväter gehörten in ihrer großen Majorität zu den strammen Verfechtern der deutschzentralistischen Anschauungen; sie hatten gegen den Menschen Fischhof selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden, sie wußten vielleicht sogar die echt demokratische Gesinnung des unwandelbaren Achtundvierzigers voll zu würdigen, aber sie wollten dem Manne nicht verzeihen, daß er für den Föderalismus manche Lanze gebrochen hatte und daß er rastlos bemüht blieb, Österreich für seine Völker und die Völker für Österreich zu gewinnen. Dennoch wurde der „Weise von Emmersdorf" von dem Votum des Wiener Gemeinderates schmerzlich berührt. Ein Gratulationsschreiben weniger hatte nichts zu bedeuten. Doch der alte Herr war gekränkt, weil die deutsche Stadt Wien, an der er mit zärtlicher Zuneigung hing und in der er einst zum berühmten Manne wurde, ihn als einen zweitklassigen Deutschen behandeln zu können vermeinte. In einem Antwortschreiben an die demokratischen Wiener Gemeinderäte, die sich mit einem herzlichen Telegramme eingestellt hatten, — als erster war Dr. Karl Lueger unterzeichnet — gab Fischhof mit stolzer Würde einen Überblick über sein nationalpolitisches Wirken, um jene Lügen zu strafen, die sein nationales Bewußtsein anzuzweifeln wagten[2]).

Die männlich edle Abwehr blieb nicht ohne Eindruck. Fischhofs Dankesbrief war an den demokratischen Gemeinderat Dr. Karl Lueger gerichtet, der den Inhalt der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte. Lueger selbst teilte dem kampferprobten Politiker in Emmersdorf mit, daß sein Schreiben ihm und allen jenen Parteigenossen, die es kennen, die größte Freude bereitet habe, und daß wohl auch die übrigen, die es noch lesen würden,

---

[1]) „Politik". Prag 1886. 5. Dezember. („Montefiore, Schmeykal und Fischhof".)
[2]) Siehe Anhang Nr. III.

von gleichen Gefühlen durchdrungen sein dürften. „Das Schifflein unserer Partei" — so setzte Dr. Lueger die Antwort fort — „ist auf stürmischem Meere, und die Sonne des Glückes leuchtet uns nicht auf der Fahrt. Da tut es wohl, sehr wohl, wenn aus der Einsamkeit eines fernen Gebirgsdorfes die ermunternde Stimme eines edlen Mannes zum Ausharren auffordert. Sie ermuntert die Mutigen und spornt selbst die, welche an einem endlichen Siege zweifeln, zur erneuerten Tätigkeit an. Wenn insbesondere ich über Ihre Worte mich freute, so war es deswegen, weil ich mir, wenn ich die Zeitungen las, oft die Frage vorlegte: Was wird der Mann in Emmersdorf von dir denken ...[1])?" Dr. Lueger ist bald nachher von den Pfaden abgewichen, die Fischhof seinen Anhängern gewiesen hatte. Der „Weise von Emmersdorf" schied zu einer Zeit aus dem Leben, in der die christlichsoziale Partei unter der Führung Luegers im wildsten Kampfe stand. Ihrem ehrgeizigen und begabten Oberhaupte war es gegönnt, noch länger als ein halbes Jahrzehnt fortzuarbeiten und die Ziele seiner Sehnsucht siegestrunken zu erreichen. Als die Tage der Gärung für die christlichsoziale Partei vorüber waren und als besonders Dr. Lueger milder und ruhiger wurde, sprach er wieder nicht ohne Wärme von dem Politiker, zu dem er einst verehrungsvoll emporgeblickt hatte.

B. Die politische Wirksamkeit

I. Das Ringen der österreichischen Nationen

Folgenschwere Veränderungen vollzogen sich im Spätherbste des Jahres 1871. Anfangs November schied der Reichskanzler Graf Beust von dem Amte, das einst Männer wie Kaunitz und Metternich geleitet hatten. An die Stelle des glückbegünstigten Sachsen, der mit den österreich-ungarischen Verhältnissen nie recht vertraut werden konnte, trat jetzt der ungarische Ministerpräsident Graf Julius Andrassy, dessen feuriges Temperament durch einen klaren Verstand und einen eisernen Willen gebändigt

[1]) „Die Zeit". Wien, 23. März 1903. Das Schreiben Dr. Luegers ist vom 15. Dezember 1886.

wurde. Die kleinlichen Revanchegedanken, die aus der Mißgunst gegenüber dem sieghaften und kräftigen Preußen herausgewachsen waren, verschwanden; vom Norden wurden die Blicke nach Osten gelenkt, und eine neue Phase in der auswärtigen Politik der Habsburger Monarchie begann. Gegen Ende November 1871 übernahm das Ministerium des Fürsten Adolf Auersperg die Leitung der cisleithanischen Geschäfte. Die deutschliberalen Zentralisten waren also wieder am Ruder; sie konnten sich wie früher des süßen Besitzes der Macht erfreuen, aber die allgemeinen Verhältnisse gestalteten sich noch ungünstiger als ehedem und hemmten den Gang der Räder, die aufs neue in Bewegung gesetzt wurden. Die Seele der österreichischen Regierung war der alte Verwaltungspraktiker Baron Lasser, der dem Ministerium des Innern vorstand, während Joseph Unger, der gefeierte Privatrechtslehrer, als redebegabter Mund der Regierung gelten konnte, denn er fungierte als Sprechminister.

Zuerst mußte das Ministerium daran gehen, die Struktur der Landtage den geänderten Bedürfnissen anzupassen. Am 25. November 1871 wurden die föderalistischen Landesparlamente von Oberösterreich, Krain, Mähren, Vorarlberg und der Bukowina aufgelöst. Die Neuwahlen ergaben wenigstens in Oberösterreich, Mähren und in der Bukowina Resultate, die der Regierung angenehm sein konnten. Auch in den übrigen neugewählten Landtagen paßte man sich den Wünschen des deutsch-liberalen Ministeriums, wenngleich schmollend, an. In Böhmen half sich Fürst Adolf Auersperg vorerst durch die Ausschreibung von direkten Notwahlen; im März 1872 wurde dann der böhmische Landtag aufgelöst und die ebenso stürmischen als unreinen Wahlen ergaben wieder eine deutschliberale Mehrheit. Von einschneidender Bedeutung war die Emanzipation des Reichsrates von den Landtagen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1873, trotz aller papierenen Proteste der slawischen und klerikalen Föderalisten durchgesetzt ward. Fortab hatten nicht mehr die Landesparlamente die Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus ihrer Mitte zu delegieren, sondern die wahlberechtigten Bürger

waren unmittelbar berufen, die Abgeordneten zu wählen. Am 4. November 1873 trat das erste nach dem neuen Wahlgesetze gebildete Abgeordnetenhaus zusammen, in dem es nun 353 Sitze gab. Die Deutschliberalen hatten ihre Majorität behauptet, aber ihre Stärke wurde durch die innere Zerrissenheit wesentlich vermindert. Dadurch gewannen die Föderalisten an Einfluß, denn auf ihrer Seite wurde stramme Disziplin gehalten. 49 Polen, 3 Slowenen und 40 Mitglieder der „Rechtspartei" bildeten die Angriffstruppe, die zum Vormarsche gegen den von den Deutschliberalen hochgepriesenen Zentralismus rüstete. Die tschechischen Deklaranten wollten vorerst vom neuen Abgeordnetenhaus noch weniger wissen als vom alten. Trotz aller Lockmittel beharrten sie starrköpfig bei ihrer unfruchtbaren Abstinenzpolitik. Dadurch blieb das Abgeordnetenhaus weiter auf dem Niveau eines Rumpfparlaments; fast ein ganzer Volksstamm verschmähte es, nach der Kurbel an der Gesetzgebungsmaschine gierig zu greifen und vom Reichsrate aus auf den Verwaltungsapparat einzuwirken.

Das zweite Ministerium Auersperg hatte sich viel mit kirchenpolitischen Fragen zu beschäftigen. Zu schweren Erschütterungen führte die andere schwierige Arbeit, die bevorstand. Der wirtschaftliche und finanzielle Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn, der für ein Jahrzehnt geschlossen worden war, mußte erneuert werden. Dabei zeigte es sich, daß die zwei Hälften der Monarchie im Laufe des letzten Dezenniums nicht fester zusammengewachsen waren; der Spalt, der zwischen Cis- und Transleithanien lief, hatte sich vielmehr erweitert. Adolf Fischhof verfolgte die einzelnen Phasen der bewegten Ausgleichsverhandlungen, die im Jahre 1875 ihren Anfang nahmen, mit steter Aufmerksamkeit, wenn ihn auch nicht alle Einzelfragen im gleichen Maße interessierten. Ein Brief aus dieser Zeit der politischen Erregung möge hier seinen Platz finden. Am 25. Oktober 1876 wurden der damaligen österreichischen Nationalbank von den beiden cis- und transleithanischen Finanzministern der Entwurf eines neuen Statuts und Reglements mitgeteilt und so die Grundlagen bekannt gegeben, auf denen die zukünftige „Privilegierte österreichisch-ungarische Bank-

gesellschaft" aufgebaut sein sollte. Dem bisher österreichischen Noteninstitute war eine engeinschnürende dualistische Umgestaltung zugedacht, die dem Weitblicke der cisleithanischen Minister keine Ehre machte. In einem meisterhaften Referate nahm der Generalsekretär des Instituts, Herr Lucam, gegen das projektierte Statut nachdrücklich Stellung, und zwar nicht ohne Erfolg[1]). In diesen Tagen beschäftigte man sich in der Presse und im Parlamente auch eingehend mit der Einrichtung der österreichisch-ungarischen Delegationen, die den Ersatz eines festgezimmerten Reichsparlaments bilden sollten und die nach einem Worte Carneris[2]) eine „Taubstummenversammlung" waren. Im Oktober 1876 wurde im österreichischen Abgeordnetenhause der Antrag gestellt, daß die Wahl der österreichischen Delegation fortab nicht länderweise, sondern aus dem ganzen Hause erfolgen möge, aber die Wünsche vieler Parlamentarier und Publizisten gingen erheblich weiter; sie ersehnten eine gründliche Umgestaltung oder sogar die Hinwegräumung[3]) der ganzen Einrichtung. Auf diese Geschehnisse spielt folgendes Schreiben[4]) des „Weisen von Emmersdorf" an:

„Was Sie mir über die Delegation schreiben, finde ich ganz natürlich. Man richtet nicht eine Wohnung her, die man je eher, desto lieber räumen möchte. Auch ich interessiere mich wenig für diese Frage. Nicht die Paragraphen des Delegationsgesetzes sind es, in denen ich die Krankheit der Monarchie finde. Daß man über einen neuen Modus der Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten sich mit den Magyaren einige, halte ich für schwieriger, als im Kreise der Verfassungspartei angenommen wird. Für eine Modifikation im zentralistischen Sinne ließe sich vielleicht die Sennyeipartei in Ungarn gewinnen. Diese aber ist zu unansehnlich. Gegen eine Änderung im Sinne der Personalunion würde, falls die Tiszapartei zustimmte, sich die Deak- und Sennyeipartei und das ganze Oberhaus erklären. Doch ist kaum anzunehmen, daß die Tiszapartei jetzt noch die Personalunion wünsche. Sie scheint zur Einsicht gelangt zu sein, daß die Personalunion identisch ist mit

[1]) Walter Rogge, „Österreich seit der Katastrophe Hohenwart-Beust". Bd. II, S. 260 ff. Leipzig 1879.

[2]) B. Carneri, „Österreich nach der Schlacht bei Königgrätz", S. 14. Wien 1866.

[3]) Heinrich Friedjung, „Der Ausgleich mit Ungarn" Zweite Auflage. S. 54 ff. Wien 1877.

[4]) Brief Fischhofs an Wengraf. Dezember 1876.

dem Zerfalle der Monarchie oder mit der schließlichen Niederwerfung der schwächeren Reichshälfte, das ist Ungarns. Vielleicht gehe ich irre. Bei uns ist das Unsinnigste zugleich auch das Wahrscheinlichste.

In bezug auf das neue Bankstatut ließ ich mir die Kritik Lucams abschnittweise vorlesen. Einige Einwände sind nichtig, die meisten jedoch wohlbegründet. Prüft man sie aber leidenschaftslos, so gelangt man zur Überzeugung, daß alle gerügten Mängel ohne Schädigung des dualistischen Prinzips durch einige Änderungen und Zusätze sich beseitigen ließen. Und dennoch rüstet man sich gegeneinander, wie gegen eine russische Invasion. In Österreich gibt es meist Temperamentspolitiker, welche die schlimmste Sorte von Hütern des Gemeinwohls sind. Ein Zug von Gehässigkeit geht durch unser öffentliches Leben, bei dem ein staatliches Gedeihen unmöglich ist. Welche Konfusion im Innern! Und dabei rückt die Gefahr von außen immer näher an uns heran. ..."

Auch während der Regierungszeit des Fürsten Adolf Auersperg gab es unter den Völkern Österreichs genug des althergebrachten Streites, und die traurigen Liedlein von Zurücksetzung oder die empörungsvollen Sturmgesänge von Vergewaltigung hallten wie in anderen Jahren durch den Staat. In den deutschen Siedlungsbezirken war wohl die Leidenschaft aus den Tagen der Hohenwartschen Epoche geschwunden; man hatte ja nichts mehr zu fürchten. Die Polen, die bald wieder einen Landsmannminister im Rate der Krone erhielten, genossen in vollen Zügen die Wonnen der politischen Vormachtstellung, die ihnen in Galizien zugefallen war. Fast wäre es ihnen gelungen, dem nördlichen Königreiche eine ansehnliche Erweiterung der Autonomie zu verschaffen. Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses arbeitete im Juni 1872 ein Gesetzeselaborat aus, das die Anerkennung der meisten Forderungen der galizischen Polen enthielt. Allein der Entwurf wurde nie Gesetz, und daran sind nur die polnischen Glückskinder schuld gewesen, denen er ein stattliches Geschenk bringen sollte. Die polnischen Abgeordneten glaubten ihre innerliche Freude verbergen zu müssen; sie legten die Stirnen in Falten und beklagten sich über ein zu geringes Maß von Wohlwollen; sie selbst opponierten den einzelnen Bestimmungen des Elaborats und verhinderten so, was sie egoistisch erstrebten: die Sonderstellung Galiziens. Indes, sie konnten schließlich auch mit der alten

Ordnung der Dinge reichlich zufrieden sein. Um so unerfreulicher gestalteten sich die politischen und nationalen Verhältnisse für die Ruthenen, die für ihre guten Dienste schlecht bedankt wurden und nun — fast rechtlos und schutzlos geworden — nur beweglich klagen konnten. Die „Tiroler des Ostens" sanken immer mehr zu österreichischen Parias hinab. Zunehmendes Mißvergnügen bemächtigte sich ferner der Italiener, die im Süden Österreichs sehr verschieden und wenig staatsklug behandelt wurden. In Dalmatien genossen sie Begünstigungen, die sich weder aus ihrer numerischen noch wirtschaftlichen Stärke erklären ließen und den Kroaten als ungerechte Verkürzung ihrer aufstrebenden Nation erscheinen mußten. In Tirol aber kämpften die Italiener vergebens um mehr Vertrauen, mehr Luft und mehr Selbständigkeit. Im März 1874 überreichte Baron Prato dem österreichischen Abgeordnetenhause ein Memorandum, das eindringlich die Autonomie für die zwei südtirolischen Kreise verlangte. Drei Jahre später war der Ausschuß des Parlaments wohl so weit gekommen, den welschen Südtirolern eine teilweise Erfüllung der alten Wünsche, die schon im Kremsierer Verfassungsausschusse vertreten worden waren, zuzugestehen, aber das Abgeordnetenhaus schlug andere Wege ein; es verwarf den Akt des Wohlwollens. So merkwürdig und überraschend sind die parlamentarischen Erscheinungen in Österreich, daß in diesem Ringen der deutsche Zentralist Herbst verständnisvoll auf Seite der Italiener stand, während der föderalistische Graf Hohenwart die autonomistischen Forderungen unbeugsam zurückweisen half. Ergrimmt legten die südtirolischen Abgeordneten ihre Mandate nieder, verstimmt zog sich Herbst von der Leitung des disziplinlosen „Klubs der Linken" zurück, denn wieder einmal hatte der Führer einen Teil seines Anhanges unter den Gegnern gesehen[1]). Am lautesten und heftigsten gebärdeten sich im völkerbunten Chorus der Unzufriedenen die Tschechen. Wandelbar ist politische Macht! Die Schoßkinder der Hohenwartschen Regierung, die die Rückkehr zum Zentralismus mit antidynastischen Exzessen beantwortet hatten, wurden jetzt

[1]) Gustav Kolmer, „Parlament und Verfassung in Österreich". Bd. II, S. 362 ff. Wien 1903.

arg bedrängt. Der Feldmarschalleutnant Baron Koller war zum Statthalter von Böhmen ernannt worden; mit eiserner Faust sollte er die Tschechen zur heilsamen Ordnung bekehren. Militärische Strenge: das war der Balsam, den man verwundeten Herzen bot. Die böhmischen Feudalen, die stolzen Diktatoren des tschechischen Volkes, fühlten sich gedemütigt, und mit ihnen hielten die Alttschechen. Beide Gruppen mieden fortab nicht nur das Wiener Abgeordnetenhaus, sondern auch den böhmischen Landtag auf dem Prager Fünfkirchenplatze. Klüger, weil praktischer dachten die noch schwachen demokratischen Jungtschechen, die sich immer mehr emanzipierten. Als Baron Koller im Jahre 1874 Reichskriegsminister ward, ließen sich sieben jungtschechische Abgeordnete herbei, den böhmischen Landtag aufzusuchen, obwohl noch geraume Zeit später in einem von Palacky verfaßten starren Memorandum der derbe Satz stand: „Wir können nicht die Peitsche küssen, die für uns geflochten wurde"[1]). Erst im Jahre 1878 füllte sich wenigstens der böhmische Landtagssaal, nachdem vorher Kronprinz Rudolf versöhnend nach Böhmen gekommen war.

Adolf Fischhof hat die Klagen der Völker betrübt vernommen. Der gefeierte Redner vom 13. März 1848 war unwandelbar überzeugt gewesen, daß Österreich ohne Freiheit nichts in der Welt und nichts für sich selbst bedeuten könne; er wußte jedoch, daß dies nicht der Weisheit letzter Schluß sei. Baron Eötvös legte in seinem reifsten politischen Werke dar, daß drei Ideen auf die Gegenwart entscheidenden Einfluß ausüben: die Idee der Freiheit, der Gleichheit und der Nationalität. „Da das Streben unserer Zeit nach Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit nur als Fortsetzung einer längst begonnenen Bewegung erscheint," — schrieb der einsichtsvolle Magyare[2]) — „so ist es eigentlich bloß die Nationalitätsidee, die der neuesten Zeit ihren eigentümlichen Charakter verleiht." Während das nationale Empfinden in anderen Ländern staatenbildend wirkte und die Trennungslinien der staatlichen Sonderwesen überwand,

[1]) Kolmer, „Parlament und Verfassung". Bd. II, S. 521.

[2]) Joseph Freiherr v. Eötvös, „Die Nationalitätenfrage", S. 11. Pest 1865.

brachte es in Österreich mannigfaltige Komplikationen mit sich. Die gewaltige Kraft, die anderwärts ein freudiges und starkes Staatsgefühl herausbildete, hemmte in den Habsburgerlanden die Vermählung des Bürgersinns mit dem Staatsbewußtsein; sie zerriß, statt zu einigen, sie entzweite, statt zu versöhnen, sie löste niederdrückenden Kummer statt des aufrichtenden Hochgefühls aus, das den Deutschen im Deutschen Reiche, den Italienern im geeinigten Königreiche eigen war. Für die Monarchie, die fast ein halbes Jahrhundert unter einem Systeme seufzte, das man nicht ganz richtig das Metternichsche nannte, bedeutete die Durchsetzung des allgemeinen bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsprinzipes eine imposante Tat. Allein nach den sorgenreichen Anstrengungen, die zum vielverheißenden Vollbringen dieses Werkes aufgewendet werden mußten, konnte man sich nicht behäbiger Ruhe hingeben; es hieß gleich zur zweiten Tat ausholen, um die Verhältnisse so zu gestalten, daß alle Völker und alle Volksgenossen sich des neuen Segens zu erfreuen vermochten. Fischhof hat diese Notwendigkeit in seinem Buche über „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" kräftig unterstrichen und die Richtlinien für eine hoffnungsvolle Entwicklung gezeigt. Besorgt mußte er seither beobachten, wie die Zwietracht wuchs, wie die Mißverständnisse zunahmen und wie das nationale Kampfgetümmel in Österreich immer mehr Fähigkeiten lähmte und Arbeitsenergien zerstörte.

Das nationale Problem ist die kardinale, die eigentliche Lebensfrage Österreichs, und es ließ den demokratischen Patrioten weder an den schönen Gestaden der italienischen Küste, noch in der freundlich stillen Alpenwelt Kärntens los. Ein zur Veröffentlichung gelangter Brief[1]), den Fischhof im Dezember 1873 in Nervi schrieb, beweist uns, daß selbst die schweren Gemütsaufregungen und das dadurch gesteigerte nervöse Leiden Fischhofs regen Geist nicht von der selbstlosen Beschäftigung mit dem Schicksale Österreichs abbringen konnten. In Emmersdorf hat der greise Einsiedler seine Studien fortgesetzt, um sich tiefer in das völkische Problem einzugraben und es in seiner

[1]) „Morgenpost", Nr. 178. Vom 1. Juli. Wien 1885.

ganzen Breite und Inhaltsfülle lückenlos übersehen zu können. Aus dieser Zeit liegt eine beachtenswerte Arbeit vor. In einem „Politischen Volkskalender“[1]) für das Jahr 1877 finden wir neben einem Artikel Schönerers einen 18 Seiten langen Aufsatz über „die österreichischen Alpenländer und ihre Populationsbewegung“, der von den damals üblichen nationalpolitischen Arbeiten weitab führt und seinen Verfasser, den „Weisen von Emmersdorf“, hoch über das Niveau gar vieler Schlagwortnationalisten stellte.

„Die Alpenländer, einst die Wiege Österreichs, sind der Hauptsitz jenes Volksstammes, dem es seine Stellung und sein Emporwachsen verdankt. Während die Deutschen in den nichtalpinen Provinzen unserer Monarchie, mit Ausnahme Schlesiens, die Minorität der Bevölkerung bilden, sind sie in unseren Alpenländern mit Ausnahme Krains die überwiegende Mehrheit der Population.“ Mit diesen Worten leitet Fischhof seine Arbeit ein. Nach einigen statistischen Darlegungen meint er dann: „Der Mensch ist unzweifelhaft des Staates höchster Besitz. Alles andere erhält erst durch ihn Bedeutung und Wert. Diesen Besitz zu vermehren, das Anwachsen der Bevölkerung da, wo die Ernährungsverhältnisse günstig sind, zu fördern, ist somit ein wichtiges Gemeininteresse.“ Nach diesem allgemeinen Bekenntnisse wendet sich der Verfasser den speziellen Verhältnissen der Deutschen zu, um zuerst ihre Kapazität darzulegen. „Unbestritten sind die Deutschösterreicher der gebildetste und intelligenteste Volksstamm der Monarchie. Was der Deutsche geistig bedeutet, zeigt seine Literatur; seinen ökonomischen Wert bekundet die Bodenkultur der von ihm bewohnten Landesteile, der Handel, das Kleingewerbe und die Großindustrie. Daß er auch militärisch in vorderster Reihe steht, beweist die Rekrutierungsstatistik, aus der ersichtlich ist, daß er nebst den Magyaren am frühesten körperlich reif und wehrfähig ist, daß er ferner unter allen Nationalitäten die Mühen des Kriegslebens am besten zu ertragen vermag. Der Deutschösterreicher ist aber nicht bloß Besitzer einer höheren Kultur, sondern Verbreiter derselben, Propagandist der Gesittung in Österreich. Wie sehr sich die anderen Völker der Monarchie gegen dessen politisches Übergewicht sträuben, seinem kulturellen Einflusse widerstehen sie nicht. ... Vom Adriatischen bis zum Schwarzen Meere, von der oberen Donau bis zum Pruth hat er trotz vieler Unterlassungssünden der Regierungen zivilisatorisch gewirkt. Nichts könnte somit der Monarchie gedeihlicher sein, als die rasche Zunahme der deutschen Bevölkerung. Leider ist gerade in unseren Alpengebieten die Populationsvermehrung eine überaus langsame und spärliche.“

Fischhof vertieft sich in umfassende statistische Darlegungen. Zuerst führt er das ungünstige, durchschnittliche Verhältnis der Geburtszahlen

---

[1]) „Politischer Volkskalender für das Jahr 1877“. 7. Jahrgang. Linz a. D. 1876. Herausgegeben vom liberalen politischen Verein für Oberösterreich.

zur Zahl der Bevölkerung in den einzelnen Kronländern vor Augen. In Galizien entfiel z. B. jährlich eine Geburt auf 21, in Niederösterreich auf 25³/₁₀, in Oberösterreich auf 32²/₁₀, in Tirol auf 33³/₁₀ Bewohner. Im Anschlusse daran veranschaulicht Fischhof die Mortalitätsverhältnisse in Westösterreich. „Mit Ausnahme Niederösterreichs, wo die Mortalität durch Wien ungünstig beeinflußt wird, und Salzburgs haben somit unsere Alpenländer die geringste Sterblichkeit unter allen Provinzen der westlichen Reichshälfte. Eine sehr günstige Mortalität vermag eine ungünstige Nativität mehr als auszugleichen, wie dies beispielsweise in dem westlichen Teile der preußischen Monarchie gegenüber dem östlichen Teile der Fall ist. In unseren Alpenländern jedoch ist das Minus der Todesfälle nicht ansehnlich genug, um das beträchtliche Minus der Geburten zu kompensieren."

Fischhof führt weiter aus, wie sich die Volkszunahme in den einzelnen Kronländern gestaltet. In den alpinen Provinzen zeigt sich mit Ausschluß Niederösterreichs die geringste Volkszunahme in den zwei Kronländern Oberösterreich und Salzburg, die größte im überwiegend slawischen Krain. Unter den Kronländern Österreichs sind es die Alpenländer, welche eine sehr geringe Vermehrung der Bevölkerung aufweisen und daher auch den Populationszuwachs des ganzen Staatsgebietes ungünstig beeinflussen. Im Jahre 1830 zählte der Komplex der Länder Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Tirol und Vorarlberg 3 231 000 Einwohner, im Jahre 1869 gab es 3 692 000 Bewohner. Der durchschnittliche jährliche Bevölkerungszuwachs betrug demnach 0,343 Prozent. Die übrigen Länder des im Reichsrate vertretenen Staatsgebietes zählten dagegen im Jahre 1830 mit Berücksichtigung Krakaus 12 484 000 Einwohner, während sie 1869 schon 16 524 000 Bewohner aufwiesen, so daß die Proportion hier auf 0,722 Prozent stieg und die Verdopplungsperiode der Bevölkerung auf 96 Jahre statt der für die früher erwähnten Gebiete in Betracht kommenden Dauer von 202½ Jahren sank.

Bei dieser höchst unbefriedigenden Volkszunahme im Alpengebiete würde es dem Forscher ein Trost sein, meint Fischhof, wenn die Deutschen der übrigen Kronländer in bezug auf die Populationsvermehrung den anderen Nationalitäten voranstünden oder mindestens gleichkämen. Leider erweist sich die deutsche Populationsbewegung auch in den nicht alpinen Ländern der westlichen Reichshälfte ungeeignet, das numerische Verhältnis der Deutschösterreicher zu den übrigen Nationalitäten im Laufe der Zeit günstig zu gestalten, wenngleich sie hier nicht so ungünstig verläuft wie in den alpinen Ländern.

Bei dem Anfangs der siebziger Jahre gering entwickelten Stande der Statistik war es für Fischhof ein schwieriges Beginnen, die nationalen Lehren aus der Populationsbewegung zu ziehen und mit der Prägnanz der Ziffernsprache auszudrücken. Im zweiten Teile seiner Arbeit wirft er nun die Frage auf, worin die ursächlichen Momente des erwiesenen Übels bestünden. „Gemeinsamkeit der Erscheinungen deutet meist auf Gemeinsamkeit der Ursachen. ... Es drängt sich somit die Vermutung auf, daß die Bodenelevation und Konfiguration der geringen Populationsbewegung zugrunde liege."

Um diese Meinung zu erhärten, bringt der Verfasser verschiedene Beispiele aus anderen Gebieten, so aus der Schweiz, aus Siebenbürgen und aus Schottland.

„Den angeführten Tatsachen" — erwägt Fischhof — „gebührt um so größere Aufmerksamkeit, als unsere Statistiker wohl den dürftigen Volkszuwachs verzeichnen, aber nirgends andeuten, daß die Dürftigkeit nicht auf das österreichische Hochland beschränkt sei. An Erklärungsgründen für die Tatsache fehlt es nicht. Obenan steht der Umstand, daß der Boden dieser Länder zu ansehnlichen Teilen unproduktiv ist. Hierzu kommt der Nachteil des Klimas. Die Spätfröste im Frühling und die Frühfröste im Herbste zerstören oft die Früchte mühsamer Arbeit. Auch Handel und Industrie werden durch das Hochgebirge wenig begünstigt. Selbst Krämer und Handwerksleute finden in den kleinen Dörfern nur sehr dürftigen Erwerb. Zu diesem wirtschaftlichen Moment kommt in unseren Alpenländern ein soziales Moment: das Ungeteiltbleiben des bäuerlichen Grundbesitzes, ganz besonders in Kärnten, Salzburg, Tirol. ... Sehr ins Gewicht fällt noch ein ethnologischer Grund. Der Deutsche schreitet im Durchschnitte viel später zur ehelichen Verbindung als die anderen Nationalitäten Österreichs. Dies hat seinen Grund in den höheren Anforderungen, die er an das Hauswesen stellt."

Fischhof untersucht das Verhältnis der Trauungen in den Alpenländern zu denen in den übrigen Provinzen und meint dann: „Die so geringe Frequenz der Trauungen in den Alpengebieten und die durchschnittlich so späte Heiratszeit müßten durch ihren nachteiligen Einfluß auf die eheliche Propagation geradezu eine Entvölkerung herbeiführen, wenn diese nicht durch eine übergroße Zahl unehelicher Geburten verhindert würde. Durch eine Tabelle führt Fischhof vor, wie sich die unehelichen Geburten in den Provinzen durchschnittlich zu den Gesamtgeburten verhalten.

Daß die so überaus schwache numerische Erhöhung der bedeutendsten Nationalität dem Reichsinteresse abträglich sei — argumentiert der Verfasser —, bedarf nach seinen einleitenden Erörterungen keines weiteren Nachweises. „Noch mehr durch diese geringe Volksvermehrung bedroht sind die Deutschen selbst. Ihre kulturelle Bedeutung wird durch sie zwar nicht geschwächt. In der Politik ist jedoch das numerische Verhältnis von Wichtigkeit; die Majorität hat im Verfassungsstaate bedeutende Rechte. Schon jetzt ist die parlamentarische Übermacht, die der Deutschösterreicher der Interessenvertretung im Abgeordnetenhause verdankt, von den anderen Völkern hart bekämpft, und ihre Behauptung wird um so schwieriger, je greller das Mißverhältnis zwischen Parlament und Volksmajorität sich herausstellt."

Fischhof hat sich nicht nur die Untersuchung des Übels und seiner Ursachen zur Aufgabe gemacht, sondern er will auch durch seine Erörterungen zu heilbringenden Maßnahmen anspornen. „Durch die Erkenntnis des Übels wird uns der Weg angedeutet, welcher, wenn nicht zu dessen Hebung, so zu dessen Milderung führt." Alles ist nach Möglichkeit ferne zu halten, was die Sterblichkeit erhöht. Die Alpenwirtschaft ist rationeller zu gestalten. Auch für die Hebung der Gewerbe-

tätigkeit ließe sich manches tun. Fischhof verweist auf das Vorbild, das die Berner Regierung gibt. Durch die Vermehrung des Erwerbs würde sich auch die Zahl der Trauungen vermehren, und diese Zunahme müßte die Nativität günstiger beeinflussen. Um die Mortalität zu verringern, muß vor allem für eine bessere Gesundheits- und Krankenpflege gesorgt werden. Der Verfasser verlangt eine wachsamere Gesundheitspolizei und insbesondere eine strengere Baupolizei auf dem Lande. In den Städten und Fabriksorten wäre der Bau von Arbeiterwohnungen höchst wünschenswert. Die Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse würde die unehelichen Geburten vermindern helfen, die bisher die Mortalität beträchtlich verstärkten. „Was die Armee als Faktor der gesteigerten Mortalität betrifft," — meint Fischhof — „müßte deren Herabminderung angestrebt werden." Dem übermäßigen Konsume geistiger Getränke wäre durch Bildung von Sportsvereinen und Mäßigkeitsvereinen entgegenzutreten.

Fischhof war sich dessen bewußt, daß er im engen Rahmen eines Artikels nicht alles sagen könne, was über das wichtige Problem zu berichten wäre. Er wollte durch seinen bescheidenen Beitrag die Bevölkerung und die Gesetzgebung bloß auf eine wichtige nationale und staatliche Angelegenheit aufmerksam machen, die im Feuer des verfassungsrechtlichen Gefechtes ganz unbeachtet geblieben war. Indes, der kleine Artikel hat kulturgeschichtlichen Wert. In ihm wurden zum ersten Male — freilich ganz flüchtig — soziale und sozialpolitische Erscheinungen und Fragen berührt, die sonst erst Jahrzehnte später eingehende Erörterungen gefunden haben.

Fischhofs nationalpolitische Betrachtungen blieben nicht an der Oberfläche haften; sie durchdrangen die Probleme, sie durchwühlten sie und ließen kein Eckchen unberührt. Doch nicht nur darin unterschied sich der „Weise von Emmersdorf" von so manchem erfolggekrönten Politiker, der die Scheidemünze der landläufigen Phrasen als echtes Gold ausgab. Mit den Bierbankpolitikern, mit den Männern der Kirchturmperspektive hatte Fischhof nichts gemein, wie sehr er auch die lokalen Interessen und Bedürfnisse würdigen mochte. Er hielt seinen Blick stets auf das Ringen der Nationen in Europa, auf die diplomatischen und auf die blutigen Kämpfe der Großmächte gerichtet, um aus dem Geschicke des Kontinents auf das Schicksal Österreich-Ungarns Schlüsse zu ziehen. Da konnte es nicht fehlen, daß der

russisch-türkische Krieg und vor allem die russisch-slawische Politik den alten Mann lebhaft beschäftigte. Michael Etienne, der die Ereignisse nicht bloß mit kaltem Verstande, sondern auch mit warmem Herzen verfolgte, der nicht nur über die Tagesereignisse glänzend schrieb, sondern auch ganz und gar fühlend in ihnen lebte, klagte Fischhof Ende April 1877 bitter über den Gang der Geschehnisse. „. . .Ich für meinen Teil" — meinte der Herausgeber der „Neuen Freien Presse" am Schlusse seines ausführlichen Briefes — „sehe sehr düster in die Zukunft und fürchte, daß die Bestrebungen zu Lokalisierung des Krieges das Schicksal der Anstrengungen zur Rettung des Friedens haben werden. Was dann? Niemand kann es wissen. Wenn man alt wird, erlebt man eben nichts als Enttäuschungen; man stirbt zuerst geistig ab, und dann geht der Körper nach. Trösten Sie einen Hoffnungslosen, verehrter Freund, wenn Sie es können. Ihnen in Ihrer Einsamkeit geht es vielleicht besser als mir in meinem Trubel. Hoffentlich ist Ihr Befinden ein gutes, und vielleicht raffe ich mich demnächst auf und gehe auf ein paar Tage weg von Wien, um einige Stunden in Emmersdorf mit Ihnen zu plaudern und mich an Ihren Worten aufzurichten. . . ." In dem Konzepthefte Fischhofs aus dieser Zeit findet sich der Entwurf einer längeren Erwiderung, der nicht übergangen werden soll. Der Emmersdorfer schrieb am 17. Mai 1877:

„Die Hartnäckigkeit des Leidens, durch welches mein Bruder ans Bett gefesselt wurde, verzögerte in höchst unliebsamer Weise diese Antwort auf Ihren jüngsten Brief, der, in desolater Stimmung geschrieben, auch mich in tiefer Verstimmung fand.

Stünde Europa im Solde Rußlands, es könnte sich ihm nicht gefügiger zeigen, als dies nun der Fall ist. Die russische Präpotenz hat nur zum kleinen Teile ihren Grund in der politischen Konstellation, zum weitaus größten Teile in der Macht der Idee, als deren Vorkämpfer der Moskowite sich geriert. Das schlimmste hierbei ist, daß Rußland auch jetzt, durch die Türkei oder eine Koalition besiegt, früher oder später den Kampf wieder aufnehmen wird. Ist es nicht zwei Dezennien nach den Niederlagen in der Krim anmaßender und gewalttätiger denn je? Den Hort des Panslawismus anzugreifen bleibt nutzlos, solange man nicht die panslawistische Idee bekämpft. Niedersäbeln und niederkartätschen läßt sich diese nicht. Eine Idee wird nur durch eine Idee besiegt. Dem Panslawismus muß der slawische Partikularismus entgegengestellt werden, der Einstampfung aller Slawen in den moskowitischen Staatsbrei die Förderung der Eigenart, des Eigenlebens

und der Eigenentwicklung jedes einzelnen slawischen Volksstammes. Der Panslawismus ist ein Symptom krankhafter politischer Zustände in der Slawenwelt, denn nicht die Rasse, nicht die weitläufige Verwandtschaft, sondern nur die Identität des Stammes und des Idioms bildet einen festen, staatlichen Kitt. Erfreuten sich die slawischen Stämme gleich den germanischen und romanischen eines gesicherten nationalen und politischen Besitzes, würde vom Panslawismus so wenig die Rede sein, wie vom Pangermanismus. So wenig wie ein Individuum, liebt es ein Volk, sich abzumühen, nur damit ein entfernter Cousin sich bereichere; wenn es aber seines Besitzes sich entäußern muß, überläßt es diesen doch lieber dem Verwandten als einem Fremden, der sich überdies noch stets unfreundlich erwies.

Eine Sanierung des krankhaften politischen Zustandes der West- und Südslawen ist somit das einzige Mittel, den Panslawismus und dessen Träger für immer unschädlich zu machen. Die Türkei vermag diese Aufgabe nicht zu erfüllen. Ihr mangelt die kulturelle Befähigung, und zum nationalen Widerstreit gesellt sich dort auch der konfessionelle, der kaum auszugleichen ist. Nur Österreich kann durch eine kluge innere Politik die Westslawen der abendländischen Kultur erhalten, die Südslawen für dieselbe gewinnen und mit den okzidentalischen Völkern befreunden. Eine geheime Scheu vor Rußland zeigt sich ja in den Gemütern der west- und südslawischen Stämme, aber wenn man ihnen keine andere Wahl läßt, als zwischen der Bedrückung in der Türkei und der Hintansetzung in Österreich einerseits und der Russifizierung anderseits, so ist es natürlich, daß sie sich für Rußland entscheiden, daß sie von zwei Übeln das kleinere wählen. Man wünscht zu leben; wenn man jedoch sterben muß, zieht man den Tod im Schoße der Familie vor. Durch freundliche Behandlung der Slawen würde Österreich eine deutsche, ja eine abendländische Mission, eine große Kulturaufgabe vollziehen. Es würde die Slawen Rußland abwendig machen und an sich ziehen. Beharrt es aber auf seinen Irrtümern, dann wird es seine eigene slawische Bevölkerung abstoßen und in die Arme Rußlands drängen. Die von unserer Verfassungspartei begangenen Fehler sind nicht bloß eine österreichische, sondern auch eine europäische Kalamität, denn wenn es den slawischen Partikularismus und dessen Förderung nicht auf seine Fahnen schreibt, wenn es die Slawen nicht von ihren soi disant-Befreiern befreit, dann ist es dem Untergange geweiht und ganz Europa unter russische Oberherrlichkeit gestellt. Wie grundfalsch unsere innere Politik ist, erhellt ja aus dem Umstande, daß wir in der einzigen Frage der äußeren Politik, die für uns von Interesse ist, nur ein negatives Programm haben. Wir wollen keine Annexion, keine Entstehung kleiner unabhängiger südslawischer Staaten, keine südslawische Föderation und kein russisches Protektorat. Soll Österreich seine Existenz von jener seines südöstlichen Nachbars abhängig machen? Soll es sich ins Siechenbett der Türkei legen und der siamesische Zwillingsbruder des todkranken Mannes sein? Das türkische Reich ist für die Dauer nicht zu erhalten, obgleich ich sehr daran zweifle, daß es jetzt schon untergeht. Österreich muß auf dessen Tod ernstlich vorbereitet sein und es durch eine weitsichtige Politik dahin bringen, daß ihm der

Löwenanteil der Verlassenschaft zufalle und daß Rußland ja nicht die Hand danach ausstrecke. Bei seiner jetzigen Verfassung wäre ein Zuwachs an slawischer Bevölkerung allerdings nichts anderes als die Aufnahme russischer Schmerzenskinder in seine malkontente slawische Völkerfamilie. Wenn es aber in seinem und dem europäischen Interesse handelt, wird sich bei den Süd- und Nordslawen die Scheu vor Rußland in jenen Abscheu verwandeln, den der Pole bereits seit langem fühlt, dann wird dem Panslawismus wie dem Moskowitismus für immer ein Riegel vorgeschoben sein.

Sie, verehrter Freund, kämpfen mit Heroismus, aber ohne Aussicht auf Erfolg gegen die russische Übermacht; es nützt nichts, das Ziel zu kennen, wenn man den Weg verfehlt, der zu demselben führt. Ich hätte Ihnen über diese Frage nicht geschrieben, da ich weiß, daß Sie ein Gegner meiner Anschauungen sind, die ich ja um vieles besser und eingehender als in diesen Zeilen vor neun Jahren auseinandersetzte; aber Sie haben Trost von mir verlangt, und ich spende Ihnen den wenigen, den ich zu bieten vermag, und glaube, daß Sie heute, da alles, was ich vorhergesagt, in Erfüllung geht, meine von den Ereignissen kommentierte Schrift anders als vor fast einem Dezennium beurteilen werden. Man darf freilich jetzt angesichts eines Krieges, den wir, falls die Türkei unglücklich kämpft, gegen Rußland führen müssen, nicht an eine Ausgleichsaktion denken; es ist jedoch wichtig, eine günstigere Stimmung in unserer slawischen Bevölkerung hervorzurufen, bevor wir in den Krieg ziehen, denn militärisch sind wir in gewisser Beziehung schlechter daran als die Türkei, deren Bevölkerung zum Teile unverläßlich, deren Armee aber in ihrer Gesamtheit toute épreuve ist. Daß aber Österreich in einem nationalen Kriege seinem Heere unbedingt vertrauen könne, haben die Jahre 1848 und 1866 nicht gelehrt. Durch die allgemeine Wehrpflicht ist es in dieser Hinsicht noch schlimmer geworden. Die Mannschaft der Reserve und Landwehr, die in Kriegszeiten die überwiegende Mehrheit des Heeres bildet, tritt mit den Eindrücken der Heimat in dasselbe. ... Die ganze männliche Jugend unzufriedener Volksstämme wehrhaft machen, das ist gerade so, als wenn man jemandem einen Schlag ins Gesicht und zugleich einen Revolver in die Hand geben würde.

Flößen Ihnen, verehrter Freund, meine Ansichten nicht mehr den Schrecken von ehedem ein, dann öffnen Sie mir gefälligst Ihr Journal für einige Artikel, in denen ich meine Gedanken zum Ausdruck bringe. Sie brauchen zu denselben nicht Stellung zu nehmen; es würde schon von günstiger Wirkung auf die Slawen sein, wenn Ihr Blatt diese Enunziationen tolerierte. ... Der Reichsrat macht nun in bezug auf Südtirol den ersten, wenngleich zaghaften Schritt zur Befriedigung der nationalen Wünsche. Möge er mutig und beharrlich auf dieser Bahn fortschreiten, die allein zum Heile führt. Ich habe vor neun Jahren ein konziliantes Vorgehen gegenüber dem Trentino dringend ans Herz gelegt. ..."

* * *

Als die siebziger Jahre zu Ende gingen, verdüsterte sich der Himmel, der über den Deutschliberalen zuletzt sonnenhell geleuchtet hatte. Das Regieren war in Österreich niemals eine sorgenlose Freude, und gar oft mußten sich die Mitglieder des Ministeriums Adolf Auersperg fragen, ob es nicht besser wäre, aus den Höhen hinabzusteigen. Obgleich die Männer der Regierung und der Mehrheit in beiden Häusern des Reichsrates politisch gleichgesinnt waren, hatte sich doch der Einklang zwischen den Räten der Krone und den Parlamentariern bald verloren, und die arbeitfördernde Harmonie wurde durch eine hemmende Disharmonie ersetzt. Im Juli 1878 erbaten die deutschliberalen Minister vom Monarchen ihre Entlassung; sie wollten nicht länger die schwere Bürde tragen. Aber erst im Oktober empfing der bisherige Finanzminister de Pretis den Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden; in seiner Person lag immerhin eine gewisse Bürgschaft dafür, daß der Kurs des Staatsschiffes in Zukunft nicht wesentlich anders sein würde als in den letzten Jahren. Allein die Bemühungen dieses Staatsmannes scheiterten in kurzer Zeit, und Fürst Adolf Auersperg mußte bis zum Februar 1879 weiter im Amte bleiben. Monate voll Ungewißheit zogen über den Staat hin. Wird es nur einen Regierungswechsel geben oder steht ein Systemwechsel bevor? Das war die bange Frage. Dazu kam noch eine andere Sorge. Die Legislaturperiode des Reichsrates eilte ihrem Abschlusse zu; in wenigen Monaten waren Neuwahlen zu erwarten. Was werden sie bringen? Wird das Abgeordnetenhaus fernerhin verurteilt sein, ein Rumpfparlament zu bilden oder werden die böhmischen Tschechen gleich den mährischen Brüdern[1]) ihren Unmut überwinden, ihre Abneigung gegen Wien niederkämpfen und das verlästerte „Schmerlingtheater" betreten? Diese Erwägungen vermehrten das Gefühl der Unbehaglichkeit, das sich der deutschliberalen Politiker bemächtigt hatte und das noch durch einen anderen Umstand bedeutend gesteigert wurde.

Nicht bloß zwischen vielen deutschliberalen Abgeordneten

---

[1]) Die wenigen tschechischen Abgeordneten aus Mähren waren mit Ausnahme des Grafen Egbert Belcredi schon im Januar 1874 in das Wiener Abgeordnetenhaus eingezogen.

und der geschäftsmüden Regierung gab es schwerwiegende Differenzen. Weit gewichtiger war die Entfremdung, die zwischen den deutschen Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses und der Krone platzgriff. Durch sie wurde in den liberalen Männern, die jahrelang das entscheidende Wort sprechen durften, die Empfindung ausgelöst, daß der Boden unter den Füßen wanke; lehrte doch die Erfahrung, wie rasch sich in Österreich die Macht der Herrschenden erschöpft. Die deutschen Zentralisten dankten ihre einflußreiche Stellung nicht der jubelnden und treuen Unterstützung hingebungsvoller Volksmassen, sondern dem persönlichen Vertrauen der Krone. Wandte sich diese Zuneigung ab, dann war es um die Herrlichkeit geschehen. Und nun zeigte es sich, daß der Monarch ebenso wie seine Umgebung durch vielerlei Vorkommnisse mißgestimmt wurde und daß er sich in seinen Erwartungen getäuscht sah. Die Gunst verwandelte sich allmählich in Mißgunst, das Vertrauen in Mißtrauen. Worin lagen die Gründe hierfür? Die deutschliberalen Zentralisten im Parlamente waren Vertrauensmänner der Intelligenzkreise und auch selbst geistig hochstehende Persönlichkeiten. Unter ihnen hatte sich der Individualismus stärker als bei anderen Parteien entwickelt, und die ausgeprägte Eigenwilligkeit wurde zum Verhängnisse. Wo jeder sich als sein eigener Herr fühlt, kann es keine Disziplin geben, und wo Zucht und Ordnung fehlt, gebricht es an den unerläßlichen Voraussetzungen für ein festes Parteigebilde. Spaltung und Zersetzung hat im deutschliberalen Lager immer gewütet; nie jedoch waren diese unheilvollen Erscheinungen so schwer empfunden worden wie in den letzten Jahren, in denen die geborenen Oppositionellen stramm mit der Regierung gehen sollten. Fürst Adolf Auersperg und Baron Lasser wurden gar oft von ihrem parteipolitischen Anhange im Stiche gelassen, und die Krone mochte sich ernstlich fragen, ob sie sich an die richtige Adresse gewandt hatte, als sie deutschliberale Politiker in ihren Rat berief. Sie war wohl der Meinung, Führer einer parlamentarischen Armee um sich zu scharen und sie mußte nun erkennen, daß die politischen Generäle keineswegs über sichere Truppen verfügten. Die zweite Ursache für die Abkehr der Krone entsprang dem Verhältnisse der Deutsch-

liberalen zu den Militärfragen. Das Denken dieser Männer war noch zu sehr von alten Überlieferungen beherrscht. In der absolutistischen Epoche hatte eine tiefe Kluft zwischen der Armee und dem Volke gegähnt. Dieser Zustand wirkte lange Zeit nach, als die Wehrmacht bereits demokratisiert war und aus einem Volksheere bestand. Ferner hatten die Liberalen mit der bedrohlichen Unordnung des Staatshaushaltes hart zu kämpfen, als sie in Österreich an das Ruder kamen. Das Defizit zu überwinden, galt als eine der vornehmsten Pflichten, denn man war ja dem Absolutismus nicht zuletzt mit dem einleuchtenden Argumente entgegengetreten, daß eine ersprießliche Finanzwirtschaft des Staates bloß dann vorhanden sein könne, wenn die Öffentlichkeit die Befugnis habe, in die Geheimnisse der Einnahmen- und Ausgabenverrechnung einzudringen. Nirgends ließ sich jedoch so leicht Ersparnis an Ersparnis reihen, wie bei der Durchsicht des Militärbudgets, und allmählich hatte sich das sogenannte „Streichquartett" herausgebildet; es wurden stets Abstriche gemacht. Dadurch traf man die Krone an ihrer empfindlichsten Stelle. Der Monarch wollte ein starkes und wohlgerüstetes Heer, während die liberalen Politiker in der Armee lediglich ein notwendiges Übel sahen und den Aufwand dafür allzu knickerig herabzusetzen suchten.

In einen unmittelbaren Gegensatz zur Krone geriet ein großer Teil der liberalen Politiker auch bei der Überwachung der auswärtigen Politik. Graf Julius Andrassy hatte mit der Wahrheit nicht herausrücken dürfen, als er auf die Okkupation Bosniens und der Herzegowina losgesteuert war. Diplomaten können nicht gut mit offenen Karten spielen. Die meisten liberalen Abgeordneten aber verlangten im österreichischen Parlamente und in der österreichischen Delegation kategorisch Wahrheit und Klarheit. Sie fürchteten die materiellen Opfer eines Vormarsches nach dem Osten, und sie schreckten vor allem vor der drohenden Vermehrung der slawischen Bevölkerung im Machtgebiete Österreich-Ungarns zurück. Die künstlich aufrecht erhaltene Vorherrschaft der Deutschen in Cisleithanien stand ohnehin nicht im Einklange mit dem nationalen Anteile der Deutschen an der Volksziffer, und man wollte verhindern, daß

sich das numerische Mißverhältnis vergrößere. Indes, selbst als die Okkupation bereits vollzogen war, mäkelte man noch an dem Berliner Vertrage und an dem europäischen Mandate herum. Am 19. August 1878 wurde Sarajewo von den österreich-ungarischen Truppen erobert. Im Januar 1879 entzweite man sich aber im österreichischen Abgeordnetenhause noch heftig darüber, ob die Zustimmung zu den Geschehnissen schlankweg oder motiviert, das heißt mit einer Kritik, zu erteilen sei. Einen weiteren Grund für den Frontwechsel des Hofes lieferte das Verhalten der deutschliberalen Politiker in den kirchenpolitischen Kämpfen. Das seiner Mehrheit nach fortschrittliche Parlament stürmte reformlustig voran, während das Herrenhaus ängstlich zurückblieb und die Regierung von einer Verlegenheit in die andere kam. Karl v. Stremayr, der im Ministerium Adolf Auersperg Kultus- und Unterrichtsminister war, meinte in seinen wenig mitteilsamen Memoiren[1]), daß man bei einer klügeren Taktik mehr hätte erreichen können als bei der Politik des Drängens und Stoßens. Für die bei Hofe einflußreichen Klerikalen war jedoch das schon zu viel, was an kirchenpolitischem Liberalismus praktisch durchgesetzt wurde. Ihre Gegnerschaft erstarkte; sie bemühten sich, die freiheitlich gesinnten Politiker aus den Sätteln zu heben, und nährten die vorhandene Mißstimmung.

In dieser schwierigen und unerquicklichen Situation wußten nur ganz wenige Männer Rat. In den Reihen des deutschen Volkes erfaßten bloß einige scharfblickende liberale Persönlichkeiten die große politische Bedeutung, zu der die Tschechen in der nächsten Zukunft gelangen mußten. Alles hing ja davon ab, wer die Wortführer dieser rührigen Nation für sich gewinnen werde, die bisher — soweit sie in Böhmen in das Abgeordnetenhaus entsandt wurden — machtlos im Schmollwinkel standen. Wenn alle tschechischen Abgeordneten mit den Deutschliberalen im Bunde im Parlamente arbeiten wollten, dann blieben die intensiven Bestrebungen aussichtslos, den Liberalismus zur Ohnmacht zu verurteilen und auszuschalten. Ließen sich aber

---

1) Karl v. Stremayr, „Erinnerungen aus dem Leben", S. 57. Wien 1899.

die tschechischen Vertreter übel beraten herbei, mit den sich vordrängenden Klerikalen und Feudalen zu paktieren, dann gab es für die Fortführung der liberalen Politik keine Möglichkeit, und das deutsche Volk mußte schlimme Zeiten befürchten. Die tschechische Bevölkerung war überwiegend von demokratischen Ansichten erfüllt. Aus ihrer Mitte heraus hatten sich zwei Parteien gebildet: die anhangstarken Alttschechen und die langsam aufstrebenden Jungtschechen, deren Programm die Deklaration vom 28. September 1874 darstellte. Die Auffassungsunterschiede zwischen diesen beiden Gruppen waren in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gering, und sie hätten sich leicht beseitigen lassen[1]). Mehr links standen die Jungtschechen, während den Alttschechen das enge Beisammensein mit den Feudalen schlecht angeschlagen hatte. Franz Ladislaus Rieger, der Führer der älteren Partei, war ein impulsiver Mann, der aus raschen Entschlüssen furchtlos die Konsequenzen zog. In der kritischen Zeit gerade fühlte er sich im Banne der tschechischen Feudalen weniger wohl als sonst, und wenn es gelang, ihn von den hohen Herren in den alten böhmischen Schlössern loszulösen und wieder ganz seinem Volke zurückzugeben, dann konnte bei einigem guten Willen alles Trennende zwischen den zwei parteipolitischen Gruppen bald überwunden werden. Von einem rückhaltlos für liberale Ideen einstehenden Rieger hätte man also wirklich sagen dürfen, daß er seine Nation hinter sich habe.

Aber in der Brust der Tschechen wohnten zwei Seelen. Das Volk dachte nicht nur freiheitlich, sondern es war auch in hohem Grade national bewußt und national eroberungssüchtig geworden. Mit voller Kraft strebte es jugendfrisch danach, die untergeordnete Stellung zu überwinden, in die es die Geschichte gestoßen hatte. Gleichberechtigung in allem, nicht Unterordnung! lautete das Feldgeschrei. Wollten sich also die Deutschliberalen der Kampfesbruderschaft der Tschechen versichern, so durften sie nicht nur an das freiheitliche Gewissen dieses Volkes appellieren, sondern sie mußten sich auch mit den künftigen Kampfesgenossen national

[1]) Ernest Denis, „La Bohème depuis la Montagne Blanche“, Bd. II, S. 560. Paris 1903.

auseinandersetzen. Das war nun scheinbar mit schmerzlichen Verzichten auf alte Rechte verbunden, die man als wohl erworben betrachtete. Wo einer Platz nimmt, muß der andere weichen; die Deutschen hätten freiwillig von einigen Stühlen aufstehen müssen, um sie den Tschechen zu überlassen, die laut nach neuen Plätzen begehrten. Dafür konnte die Geneigtheit eingetauscht werden, einen Frieden zu schließen und Einrichtungen zu schaffen, die dem unausgesetzten Kleinkriege ein Ende zu bereiten und beiden Volksstämmen Böhmens genügend Bewegungsfreiheit einzuräumen vermochten. Unter allen nationalen Sorgen Österreichs stand aber die nagende und bohrende Zwietracht in Böhmen in erster Reihe. Schwieriger als alle anderen nationalen Fragen ließ sich das deutsch-tschechische Problem lösen, und wer dieses bezwang, der hatte dem Völkerfrieden in der westlichen Reichshälfte der Habsburger Monarchie mächtig vorgearbeitet.

Darum wäre es angebracht gewesen, in der kritischen Zeit der siebziger Jahre reiflich und mannhaft zu erwägen, ob sich all das, was sich die Deutschen an nationalen Benefizien und Rechten gesichert, dauernd erhalten lasse und ob die Kraft groß genug sei, sieghaft zu verteidigen, was der Arm umschlang. Jahrzehnte der bittersten Erfahrungen, die seither vorübergegangen sind, haben gelehrt, daß die Deutschen in Österreich in der Ära des Fürsten Adolf Auersperg die Höhepunkte ihrer politischen Machtentfaltung erklommen hatten, von dem sie allmählich hinabgestoßen wurden. Was sie in den entscheidungsschweren Jahren nicht vorbedacht und wohlbedankt preisgeben wollten, das ist ihnen später entrissen worden: das und noch weit mehr! Fürst Bismarck, der große Realist und erfolgreiche Tatenmensch, ließ im Jahre 1895 in einer Festesstunde den Deutschösterreichern durch eine Abordnung der Steiermärker zwei beherzigenswerte Winke zukommen. „Pflegen Sie Ihre Beziehungen zur Dynastie in höherem Maße, als es mitunter in der Vergangenheit geschehen ist!" besagte die eine Lehre. Die zweite Mahnung legte ans Herz, den Kampf mit den anderen Nationen voll Wohlwollen und sachlich zu betreiben und den Gegner nicht zu kränken, zu ärgern oder zu reizen. Wäre eine

stärkere Dosis dieser empfohlenen inneren Zuneigung gegen Ende der siebziger Jahre bei den Führern der cisleithanischen Deutschen vorhanden und damit ein reicheres Maß von Voraussicht gepaart gewesen: wer weiß, wie ganz anders Österreichs politische Entwicklung ausgefallen sein würde.

Der psychologische Moment für die nationale Verständigung im Interesse des Liberalismus ist zwar von den parlamentarischen Matadoren der Deutschliberalen nicht erkannt worden; deshalb haben aber nicht alle Bemühungen geruht, im richtigen Zeitpunkte die richtige Tat zu vollbringen. Man spricht in Österreich oft von versäumten Gelegenheiten, und man muß davon auch reden, wenn man sich der mühseligen Bestrebungen erinnert, die in den Emmersdorfer Konferenzen ihren Zentralpunkt fanden. An viel verheißenden Anläufen hat es in der Habsburger Monarchie nie gefehlt; das Unglück ist nur, daß sich bisher fast jeder beherzt angetretene Weg in das Freie zuletzt als Weg in einen Sumpf erwies. Allein diese bitteren Worte schließen schon eine Kritik der Verhältnisse ein, und wir haben vorerst zu erzählen, welche Bewandtnis es mit den vorerwähnten Konferenzen im verkehrsfernen Wohnorte Fischhofs, im stillen „Koglhofe" hatte.

Am 25. Juli 1878 schickte der schreibselige Rieger an den „Weisen von Emmersdorf" eine lange Zuschrift:

„Ihr neulich vom ‚Osten'[1]) publizierter Brief hat mich überzeugt, daß Sie noch immer an der Gestaltung der politischen Verhältnisse Österreichs lebhaften Anteil nehmen und nicht nur dem Prinzipe der Autonomie, sondern auch der Gerechtigkeit für die Slawen das Wort reden. Seit wir uns nicht gesehen, hat der dualistische Zentralismus Zeit genug gehabt, sich zu erproben; ich glaube nun, heute ist die Überzeugung bereits allgemein, daß er Österreich in Cis- oder Transleithanien dem finanziellen Ruin entgegenführt, ihm im Innern keine wahre Freiheit schafft und es auch nach außen lahm legt. Der Ausgleich mit Ungarn ist zwar erneuert, aber nur zum beiderseitigen Mißbehagen. — Die beiden herrschenden Nationalitäten fühlen sich durch ihn geschlagen: was soll erst die slawische Bevölkerungsmajorität dazu sagen, auf deren Knechtung dieser Apparat berechnet ist? Es gibt sonach in ganz Österreich heute nicht ein zufriedenes Volk. Zufrieden ist höchstens eine auf Herrschaft und Ausbeutung des Reiches bedachte Koterie, welche am Ruder zu erhalten der Cisleithanier die

[1]) „Der Osten". Wochenschrift. 7. Juli, Heft Nr. 27. Wien 1878.

Mehrbelastung tragen muß. Einig sind alle nur in der Überzeugung, daß es so nicht lange mehr gehen könne, und in dem Wunsche, daß es bald anders werde.

Mittlerweile wird Österreich durch die Ereignisse auf neue Bahnen gedrängt. Der zielbewußte Rat eines bewährten Freundes ermuntert es, seinen Schwerpunkt im Osten zu suchen, ja sich an die Spitze einer byzantinischen Föderation zu stellen!! Das durch den Undank Österreichs (im Krimkriege) begründete ‚Übelwollen' Rußlands ist durch die unklare, nach allen Seiten unverläßliche, schwankende Politik Andrassys während des letzten Krieges zu einer förmlichen Exasperation des russischen Volkes (nicht etwa bloß der regierenden Kreise) gesteigert worden, die für Österreich von keiner guten Vorbedeutung ist. Aller Welt ist klar, daß der Berliner Friede nur der erste Abschluß des orientalischen Dramas ist. Der Entreakt wird vielleicht ein sehr kurzer sein, Österreich schickt sich ja eben an, den zweiten Akt zu beginnen. Wird es in seiner gegenwärtigen Verfassung seinen Schluß erleben können? Muß ihm die Fortsetzung seiner bisherigen slawenfeindlichen Politik im Süden nicht Mißerfolge, ja in weiterer Folge ernste Konflikte und Gefahren bereiten? Oder wird es sich endlich entschließen, sich durch Befriedigung der bescheidenen und vollberechtigten Ansprüche der Slawen, durch Geltendmachung der in Österreich mehr wie irgendwo berechtigten, ja unentbehrlichen Grundsätze des Selfgovernments Stabilität und bei Zusammenschluß aller Teile festen Halt nach außen zu erwerben? Oder wird es in seiner ebenso ungerechten wie unklugen, als schwankenden und planlosen Politik fortfahren und selbstzerstörend die Mauerrisse erweitern, in welchen feindliche Nachbarn in kurzem die Hebel werden ansetzen können? Das heurige Jahr legt vielleicht den Samen weittragender Ereignisse, ja es kann je nach der Politik, die Österreich einschlagen wird, für seine Zukunft maßgebend, um nicht zu sagen verhängnisvoll werden.

Sie sind mit mir der Überzeugung, daß Österreich nur durch loyale Annahme und Durchführung des Föderalismus gefestigt, ja sagen wir es geradeheraus, nur durch ihn noch gerettet werden kann. Weder seine politisch-nationale, noch seine finanzielle, am wenigsten seine Stellung nach außen gestattet ein längeres Zögern; es kann sonst kommen, daß auch dieses Heilmittel, weil zu spät angeordnet, nicht mehr hilft, denn unabhängig von den Gewalthabern und den Hohenpriestern der Verfassungstreue vollziehen sich in den Völkern wichtige Wandlungen. Glauben Sie nicht, daß jetzt der Moment sein dürfte, wo es den Föderalisten Österreichs die Pflicht gebietet, noch einen Versuch zu machen, ihre Überzeugungen zu ernster Diskussion, vielleicht auch zur Geltung zu bringen? Die allseitigen Mißerfolge des bisherigen Systems in den letzten Jahren dürften selbst viele von unseren Dualisten (die sich, Gott verzeihe es ihnen, auch liberal nennen) überzeugt haben, daß es mit der rücksichtslosen Majorisierung mittels gefälschter Wahlordnungen und Chabrusse nicht geht, denn unser Volk steht nach einem unerhörten, nahezu zwanzigjährigen, mit einer Ausdauer, Mäßigung und Loyalität geführten konstitutionellen Kampfe um sein historisches und natürliches Recht seiner Selbstbestimmung heute noch ungebeugt

und unentmutigt da; sie dürften durch die Erfahrung am eigenen Volke die Einsicht erlangt haben, daß ihr politischer Glaube nicht der alleinseligmachende ist, und dürften so auch jetzt bereitwilliger sein, unserer föderalistischen Anschauung: daß man auch andere nach ihrer Fasson selig werden lassen müsse, beizustimmen. Die Propositionen, die Sie in Ihrer ‚Grundlage des Bestandes Österreichs'[1]) niedergelegt haben und die damals von unseren Deutschliberalen im besten Falle cum respectu ad acta gelegt wurden, dürften wohl heute mehr Beachtung finden, und wenn Sie die Fahne, die Sie damals erhoben haben, jetzt wieder entfalten, so werden die zerstreuten autonomistischen Elemente unter den Deutschen Mut bekommen und sich unter Ihrer Fahne sammeln, ja selbst die Dynastie dürfte vielleicht Mut bekommen, etwas (und das wahrlich nur im eigensten Interesse) im Sinne der Vermittlung zu unternehmen, sobald sie nicht mehr befürchten muß, daß man jeden Schritt in dieser Richtung in der Wiener Presse gleich als Angriff auf das Deutschtum, als Reaktion oder gar als Ultramontanismus verdächtigen und die Gasse dagegen aufhetzen wird.

Es ist wohl unnötig, Ihnen unter meinen Landsleuten Anhang zu versprechen. Er ist dem Wesen nach kaum zweifelhaft; über die Formen dürfte man sich unschwer verständigen. Zu laut und zu früh ausgesprochen, könnte Ihnen unser Beifall (bei dem Haß, den man gegen uns Böhmen, zumal in Wien seit Jahren großgezogen hat) keineswegs nutzen. Wir konnten ja schon bei dem Erscheinen Ihres Buches nicht mit großem Eifer für Ihre Ansichten eintreten, weil man sonst bei der damaligen Voreingenommenheit in Wien gesagt hätte, daß Sie nur den Tschechen zulieb das Deutschtum schädigen, wie man das später dem recht freisinnigen, ehrlichen und durch und durch deutschen Schäffle vorgeworfen hat, weil er bei der Verfassung eines durchaus gerechten Nationalitätengesetzes mitgewirkt hat, welches mit den (je weniger bekannten um so mehr verleumdeten) Fundamentalartikeln zu Grabe getragen wurde. Heute ist das Verhältnis günstiger, obschon die Vorurteile der Wiener noch keineswegs überwunden sind. Aber wenn es überhaupt eine Autorität, eine Popularität gibt, die heute unter den freisinnigen Deutschen Österreichs, insbesondere für die Wiener Bevölkerung, einem föderalistischen Regime als Schild, ja als Empfehlung dienen kann, so ist es die Ihre. Wenn Sie nicht hervortreten, so ist jeder Versuch, den föderalistischen Anschauungen unter den genannten Elementen einen Anhang zu gewinnen, vergeblich und wird jede solche Manifestation eines anderen Mannes als eine deutschfeindliche Handlung oder höchstens als ein einseitiges Interesse der Böhmen oder Slawen angesehen und dem naiven Publikum hingestellt werden.

Auch kenne ich niemand unter den deutschen Föderalisten, der eine Autorität und Popularität besäße, die zumal in den liberalen Kreisen der Ihren vergleichbar wäre; und jene Deutschösterreicher, die dem Föderalismus zuneigen, sind in der Tat meist klerikal gefärbt, daher der Wiener Presse schon deshalb verdächtig, und wird man ihnen

[1]) Soll heißen: „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes".

mit mehr oder weniger Berechtigung Reaktion in die Schuhe schieben können. Eine derartige Verdächtigung kann aber bei Ihnen nicht Platz greifen. Sie allein haben also, oder doch mehr wie irgend jemand, die Kraft, dem föderalistischen Prinzipe, das Sie literarisch so glänzend vertreten haben, auch im praktischen Leben Eingang zu verschaffen. Ich hoffe, Sie werden es mir nicht übel deuten, wenn ich mir erlaube, Sie zu erinnern, daß diese Autorität und eine so exzeptionell günstige persönliche Stellung und Eignung, welche es Ihnen möglich machen, für eine Sache, die ebensowohl für Ihr Vaterland so wichtig als auch Ihnen selbst persönlich teuer ist, mit mehr Erfolg als irgend jemand einzutreten, Ihnen auch die Pflicht auferlegen, das mit Entschiedenheit zu tun, sobald der geeignete Moment gekommen ist. Nach dem Gesagten ist dieser Moment da: ein günstigerer wird kaum kommen. Ich will Ihnen keine Ratschläge geben und überlasse es gerne Ihrer Einsicht, in welcher Weise Sie diese Aktion zu beginnen für angemessen erachten, ob etwa durch eine Broschüre oder durch die Einleitung einer Beratung zur Gründung einer deutschföderalistischen Partei. Ich bemerke bloß, daß uns von polnischer Seite der Vorschlag gemacht worden ist, einen österreichischen Föderalistenkongreß zu veranlassen und zwar ohne Rücksicht auf Nationalität, Religion und sonstige politische Anschauung, an welchem Kongreß einzig und allein die Einigung aller Föderalisten über ein gemeinsames Programm zur Umbildung der österreichischen Verfassung zu verhandeln und anzustreben wäre. Vielleicht würde das Ziel früher erreicht werden, wenn vorerst in schlichter und unauffälliger Weise eine Konferenz hervorragender Föderalisten und Autonomisten der verschiedenen Länder und Nationen einberufen und darin der Entwurf eines solchen Programms und allenfalls der Aufruf zu einem Kongresse vereinbart würde. Ein solches Programm (mit Inbegriff einer freisinnigen und gerechten Wahlordnung) würde die Basis für ein gemeinsames parlamentarisches und außerparlamentarisches Vorgehen aller österreichischen Föderalisten bilden und schon bei den bevorstehenden Wahlen zur Geltung gebracht werden können.

Ich erlaube mir nun die Frage, ob Sie bereit wären, an einer solchen Konferenz teilzunehmen (welche noch in der ersten Hälfte des Augusts, wohl am besten in Wien abgehalten werden könnte) oder besser auch, ob Sie wohl geneigt wären, eine solche selbst einzuberufen. Ich bitte, mir über alles dies gütigst Ihre Meinungen und Ihre Willensäußerung tunlichst bald zukommen zu lassen oder mir mitzuteilen, ob Sie überhaupt in eine derartige Aktion in einer solchen Weise einzugehen gesonnen sind."

Darauf erwiderte Fischhof am 1. August:

„Durch die in Ihrem Briefe mir zugedachte Mission fühle ich mich geehrt; sie entspräche ganz meinen Überzeugungen und Gefühlen. Unzweifelhaft wird durch die Besetzung Bosniens, welche doch nur eine

verschämte Besitzergreifung dieser Provinz ist, eine Situation geschaffen, welche zur Änderung der inneren Politik führen muß, wenn der Gebietszuwachs uns nicht verderblich werden soll. Dies mit Klarheit und Schärfe auseinanderzusetzen, halte ich für meine patriotische Pflicht. Leider bin ich durch meinen Gesundheitszustand an ihrer Ausübung verhindert. Es fehlt mir nicht der moralische Mut, wohl aber die physische Kraft zur Führung eines Kampfes, der mit großen Emotionen verbunden ist. Jede stärkere Gemütsbewegung ruft mir unsägliche, oft monatelang dauernde Qualen hervor. Sie wissen, daß bei unseren publizistischen Rassenkämpfen vergiftete Pfeile abgeschnellt werden, daß man die Absichten verdächtigt und den ehrlichen Namen besudelt. Das alles bei dem ohnedies überreizten Zustande meines ganzen Nervensystems zu ertragen, wäre mir geradezu unmöglich. Ich habe mir deshalb für das publizistische Wirken das humanitäre Gebiet ausersehen, auf dem man wohl auch dem Widerspruche und dem Widerstande begegnet, aber nicht der Bosheit und der Tücke. Im stillen habe ich wohl während des jüngsten Krieges wiederholt den Versuch gemacht, für eine versöhnliche Politik zu wirken. So wurde von mir in einem Briefe an den befreundeten Herausgeber eines großen verfassungstreuen Journals mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die von ihm so warm befürwortete antirussische Politik Österreichs eine slawenfreundliche Politik im Innern zur unerläßlichen Vorbedingung habe. Er möge mir daher gestatten, in seinem Organe eine Reihe konziliatorischer Artikel zu veröffentlichen. Mein Schreiben blieb ohne Antwort. Auch andere Versuche hatten ein nichts weniger als ermunterndes Resultat. Zudem glaube ich, daß Sie die Wirkung meiner etwaigen Aktion sehr, recht sehr überschätzen. Wer bei Erörterung nationaler Fragen nur im eigenen Namen spricht, wer keine nationale Partei oder doch mindestens eine Fraktion derselben hinter sich hat, besitzt keine Autorität.

Mein Rat wäre daher, daß Sie, Herr Doktor, die Initiative ergreifen. Sie haben nicht bloß durch Ihr hervorragendes Talent, sondern auch durch Ihre Stellung als Führer einer großen nationalen Partei eine Bedeutung wie nur wenige in Österreich. Ihre Position berechtigt, ja verpflichtet Sie, in einem Momente, der für die Zukunft Österreichs und der Slawen unserer Monarchie von so großer Bedeutung ist, Ihrer Ansicht öffentlichen Ausdruck zu geben und den Parteigenossen wie den Gegnern die Mission Österreichs in einem ruhigen staatsmännischen Exposé klar zu machen. Nicht als Gegner müssen Sie die Deutschen und Magyaren behandeln, sondern als die Teilnehmer an einer hohen, im Interesse des europäischen Abendlandes zu übernehmenden Mission. Sie müssen nachweisen, daß die Förderung des west- und südslawischen Partikularismus ein dem gesamten Okzidente, somit auch dem Deutschen Reiche erwiesener Dienst ist. Vom deutschen Standpunkte aus ist die Notwendigkeit der Wandlung unserer Politik nachzuweisen. Der staatsrechtliche Teil der Frage soll, wie ich glaube, nicht akzentuiert werden, denn die starke Betonung desselben schärft den Gegensatz und ruft selbst im nichttschechischen Teil der slawischen Bevölkerung, wie mir seinerzeit Toman sagte, mannigfache Bedenken hervor. Die Nationalitätsidee ist eine Zeitidee, die jeder begreift. Für diese können Sie

durch eine klare und warme Enunziation die öffentliche Meinung von ganz Europa gewinnen, namentlich, wenn Sie den Zusammenhang der west- und südslawischen Interessen mit jenen des europäischen Westens nachweisen. Ich bin überzeugt, daß Sie in einer solchen Staatsschrift oder Ansprache keinen Augenblick daran vergessen, daß nicht ein Kampf mit Deutschen und Magyaren zu provozieren, sondern ein Ausgleich herbeizuführen sei. Ein Sieg der österreichischen Slawen über Deutsche und Magyaren ist kaum zu erwarten, und wenn sie ihn momentan errängen, würde er ihre wahren Interessen nicht fördern, wie ja auch der Sieg über Ihre slawischen Mitbewohner nicht förderlich war, nicht förderlich sein kann. Bereits im Jahre 1867 habe ich es ausgesprochen, daß in Österreich jede der großen Völkerschaften destruktiv wirken könne, konstruktiv aber nur alle vereint.

Im jetzigen Augenblicke ist wohl an einen Ausgleich nicht zu denken. Die Folgen des Gebietszuwachses werden erst nach einiger Zeit hervortreten. Einstweilen muß man Stimmung machen, die Gemüter besänftigen und an die Stelle der giftigen Polemik eine ruhige Diskussion treten lassen. Zur Erfüllung einer so wichtigen Aufgabe ist niemand berufener als Sie. Welchen Titel und welche Form Ihre Kundgebung haben solle, werden Sie wohl am besten beurteilen. Mag sie ein Aufruf aus Anlaß der Wahlen oder eine Einladung zu einer Konferenz der österreichischen Slawen sein, sie wird ihre Wirkung nicht verfehlen, wenn sie auf der Höhe Ihres Talentes und Ihres Berufes steht, wenn sie Würde mit Wärme paart. Die Würdelosigkeit hat Ihrer Partei enorm geschadet, nur würdevolles Vorgehen kann die eingebüßte Achtung wieder gewinnen. Falls, wie zu hoffen ist, Ihre Kundgebung eine objektivere und ruhigere Besprechung der Fragen der inneren Politik zur Folge hat, will ich auf dem Korrespondenzwege hervorragende Männer der Verfassungspartei freundlich zu stimmen suchen und wenn tunlich auch auf publizistischem Wege den Ausgleich mitfördern.

Im Interesse des inneren Friedens und des Wohles der Monarchie, die bei einer vernunftgemäßen Politik zu so Großem berufen ist, wünsche ich Ihren Bestrebungen Erfolg."

Diese Korrespondenz blieb der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Die beiden Briefe wurden zwar nicht publiziert, aber die wesentlichsten Teile ihres Inhalts machten die Runde durch die Blätter, als die „Neue Freie Presse" davon Nachricht gegeben hatte[1]).

Unterdessen trat die Ausgleichsaktion in ein neues Stadium ein. Alexander Scharf, der Herausgeber der „Wiener Sonn- und Montagszeitung", war mit zäher Ausdauer bestrebt, hervorragende Persönlichkeiten sowohl in den Kreisen der Deutschen

[1]) „Neue Freie Presse". Wien, 8. September 1878.

als der Tschechen für den nicht sehr aussichtsreichen Plan einer unmittelbaren Auseinandersetzung, eines mündlichen Gedankenaustausches zu gewinnen, und seine mühevollen Anstrengungen schienen nicht fruchtlos zu sein. Dr. Franz Ladislaus Rieger erklärte sich bereit, einer Beratung in Anwesenheit Fischhofs beizuwohnen, und aus dem deutschen Lager kam gleichfalls eine wichtige Zustimmung. Michael Etienne, der Herausgeber und Chefredakteur der „Neuen Freien Presse", hatte sich nach und nach den politischen Ansichten des „Weisen von Emmersdorf" genähert; ihn beseelte nun die Überzeugung, daß die Zukunft Österreichs nur durch den Zusammenschluß der freiheitlich denkenden Elemente des deutschen und tschechischen Volkes nachhaltig und glücklich beeinflußt werden könnte. Etienne nahm als Leiter des gelesensten und führenden deutschen Blattes der Habsburger Monarchie eine außergewöhnliche politische Stellung ein. War Dr. Eduard Herbst trotz aller persönlichen und sachlichen Gegnerschaften der parlamentarische Generalissimus der Deutschliberalen, so galt der Begründer der „Neuen Freien Presse" als ihr tonangebender journalistischer Berater. Etiennes Stimme kam also sehr in Betracht, und in seiner Unterstützung der Verständigungsbestrebungen lag ein Teil der Gewähr für ein glückliches Gelingen. Fischhof wurde von Alexander Scharf über alle oft heiklen Vorbereitungen für eine Versöhnungskonferenz auf dem laufenden gehalten, und Mitte Oktober konnte der Emmersdorfer Einsiedler bereits an Rieger schreiben[1]), daß er gerne bereit sein werde, den Unterredungen der zwei politischen Persönlichkeiten als „Zeuge und Mittelsmann" beizuwohnen. Am liebsten würde es ihm sein, wenn die Zusammenkunft in Emmersdorf stattfände, weil sein Gesundheitszustand viel zu wünschen übrig lasse; sollte es not tun, käme er jedoch auch anderwärts hin, da er „die politischen Rücksichten höher stelle als die sanitären". Um dieselbe Zeit erinnerte Fischhof seinen Freund Etienne daran[2]), daß er sich stets für den nationalen Ausgleich zwischen den Deutschen und Tschechen eingesetzt hatte. Schon vor neun Jahren war von ihm erklärt worden, daß

[1]) Fischhofs Brief an Rieger vom 15. Oktober 1878.
[2]) Fischhofs Brief an Michael Etienne vom 17. Oktober 1878.

Österreich das Bestreben der slawischen Stämme, „sich ihrer Eigenart entsprechend politisch und national zu entwickeln, auf das kräftigste fördern müsse, selbstverständlich auf eine Weise, welche die nationalen Interessen nicht verletzt". Nur Vorurteile, nationale Leidenschaft und die Furcht vor der Schädigung nationaler deutscher Rechte habe bis jetzt ein konziliantes Vorgehen der Verfassungspartei verhindert. Nun aber seien die Leidenschaften in beiden Lagern gedämpft, und die Prüfung der Mittel, „durch welche es sich bewirken lasse, daß die Befriedigung der Slawen nicht auf Kosten wirklicher deutschnationaler Interessen stattfände", könne Gegenstand der Besprechungen hervorragender Männer aller Parteien sein. Er selbst habe schon im Jahre 1869 Vorschläge gemacht; doch — meinte Fischhof bescheiden — die „Beratungen der Führer aller Parteien würden Besseres und Praktischeres zutage fördern". Etiennes und Riegers Konferenz wäre nur ein Anfang, dem im Falle eines günstigen Resultates weitere Besprechungen mit anderen Politikern folgen sollten.

Am 30. Oktober reisten Michael Etienne, Dr. Franz Ladislaus Rieger und Alexander Scharf nach Klagenfurt; am nächsten Tage waren sie Fischhofs Gäste. Vormittags gab es im „Koglhofe" lebhafte Debatten, bei denen das nationale Problem nochmals sorgsam durchgesprochen wurde. Trotz der Gegensätze, die bestanden hatten, konnte eine Einigung erzielt werden, deren Inhalt nachmittags zu Papier gebracht wurde; so kam das „Emmersdorfer Memorandum" zustande, das in drei Exemplaren ausgefertigt ward. Das Konzept rührte von Rieger her; Fischhof und Etienne redigierten nur den Text[1]). Das interessante Dokument lautet:

„Die Emmersdorfer Aufzeichnungen vom 31. Oktober 1878."

„Wir konstatieren unsere Übereinstimmung in folgenden Grundsätzen, welchen wir — vorbehaltlich der Gutheißung unserer Parteigenossen — im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen wünschen, um Österreichs Völkern ein einträchtiges Zusammenwirken für das Wohl des Gesamtreichs zu ermöglichen:

---

[1]) Nach dem Entwurfe eines Artikels: „Die Emmersdorfer Konferenz", der sich im Nachlasse Alexander Scharfs fand.

1. Der Friede unter den Nationalitäten ist mittels eines Nationalitätengesetzes zu sichern, welches in allen Ländern der Monarchie die nationalen Minoritäten gegen Beeinträchtigung ihrer nationalen Rechte und ihrer nationalen Entwicklung schützt.

2. Die Wahlordnungen, zumal in den böhmischen Ländern, sind im Sinne der Billigkeit zu reformieren, und insofern diese Reform nicht unmittelbar und auf einmal nach dem Prinzipe der Gleichberechtigung zu erreichen wäre, ist wenigstens die fortschreitende Reform bis zur vollen Geltung obigen Prinzips auf dem Wege der Reform und Abänderung durch einfache Majorität offen zu halten. Der Abschaffung des politischen Vorrechtes des Großgrundbesitzes wird von unserem Standpunkte zugestimmt werden.

3. Das Selfgovernment der Länder ist anzustreben und soll in dieser Beziehung nicht unter das im Oktoberdiplome festgestellte Maß hinuntergegangen werden. Auch ist bei der diesfälligen Verständigung die Möglichkeit eines freiwilligen Eintrittes der Ungarn in eine gemeinsame Vertretung der österreichischen Union im Auge zu behalten.

4. Den Böhmen ist die Möglichkeit zu sichern, vor dem Eintritte in den Reichsrat ihren Rechtsstandpunkt hinreichend zu wahren.

5. Die Böhmen, einmal in den Reichsrat eingetreten, werden darin für die freiheitlichen Prinzipien unserer Zeit wirken, mit Ausschluß ultramontaner und feudaler Tendenzen und bei Wahrung des Rechtes freier Selbstbestimmung und Selbstverwaltung.

6. Um diese Prinzipien zur Geltung zu bringen, ist für baldigstes Zusammentreten der Führer jener politischen Parteien, die denselben Anerkennung verschaffen wollen, zu wirken, damit vorerst die Verständigung mit den Böhmen erzielt, deren Eintritt in die Reichsvertretung möglich gemacht und eine Revision der Verfassung vorbereitet werden kann.

7. Um diese Aktion zu fördern, werden die zustimmenden deutschen und böhmischen publizistischen Organe schon jetzt auf eine Klärung der öffentlichen Meinung im obigen Sinne hinwirken.

Dr. Ladislaus Rieger, Dr. Adolf Fischhof, Michael Etienne."

Das „Emmersdorfer Memorandum" beschränkte sich auf die Vorzeichnung der Richtlinien für die künftige Versöhnungspolitik und vermied das Eindringen in Details und in juristische Feinheiten. Es kann nicht einem fertigen Gebäude, sondern nur einem allgemeinen Situationsplane verglichen werden. Dennoch war mit der prinzipiellen Einigung eines deutschen und tschechischen Wortführers vom Range Etiennes und Riegers ein außerordentlicher Fortschritt erzielt worden, und wenn die Fortsetzung dem Anfange gleichen würde, dann durfte man zuversichtlich in eine schöne Zukunft blicken. Das „Emmersdorfer Memorandum" ist das Produkt der Kompromisse, die im

„Koglhofe" gewiß nicht leichtfertig geschlossen wurden, und man kann wohl sagen, daß sich in ihnen die Fischhofschen Ideen durchgerungen haben. Allerdings läßt das Dokument, das die Beschlüsse festhält, eine feinfühlige Rücksichtnahme auf das Dekorum der Tschechen erkennen. Als Michael Etienne dem freundlichen Gastgeber im „Koglhofe" die Hand zum Abschiede reichte, meinte er: „Ich habe viel zugestanden, vielleicht zu viel, aber wir Deutsche und die Tschechen sind gemeinsam in Gefahr, und wir müssen uns gemeinsam retten"[1]).

Alles kam jetzt darauf an, welches Los den nächsten Schritten beschieden sein würde. Franz Ladislaus Rieger mußte seine tschechischen Freunde für die Abmachungen zu gewinnen suchen, und Michael Etienne hatte den schwerern Teil der Arbeit zu vollführen: er sollte die deutschliberalen zentralistischen Abgeordneten zur Politik des nationalen Entgegenkommens bekehren. Als der Herausgeber der „Neuen Freien Presse" nach Emmersdorf gefahren war, nahm er kein Mandat seiner Gesinnungsgenossen mit, aber er hatte immerhin Eduard Herbst und Karl Giskra von der bevorstehenden Zusammenkunft mit Rieger in Kenntnis gesetzt[2]). Daß die ersten vertraulichen Besprechungen Etiennes in Wien nicht ganz ungünstig verliefen, beweist eine Mitteilung, die er am 7. November 1878 durch Scharfs Vermittlung an Rieger gelangen ließ. Darin wird gesagt, daß Etienne mit mehreren Herren verhandelt und bei ihnen die Bereitwilligkeit gefunden habe, bei einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft zu erwägen, wie den böhmischen Abgeordneten der Eintritt in den Reichsrat erleichtert werden könne. „Ich muß jedoch bemerken," — führte Etienne aus — „daß auch in dem kleinen Kreise, in dem ich verkehrt habe, erhebliche Bedenken darüber geäußert wurden, daß die mit Rieger besprochenen, auf die Verfassung bezüglichen Punkte auf kaum zu überwältigenden Widerstand stoßen dürften. Selbst eine persönliche Geneigtheit der Betreffenden vorausgesetzt, wäre keine Aussicht vorhanden, bei den Parteikörpern Konnivenz zu finden."

[1]) „Neue Freie Presse", Nr. 5518. Wien, 8. Januar 1880. (Inland: Fischhofs Brief.)

[2]) Fischhofs Brief an seinen Schwager Cohner vom 21. Januar 1880.

Immerhin war eine scharfe Abweisung von vornherein nicht erfolgt. Nun wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um einerseits den deutschliberalen Abgeordneten in vertraulicher Zwiesprache die Verständigung mit den Tschechen plausibel zu machen und anderseits das Zustandekommen einer größeren Konferenz von Abgeordneten aus den deutschen und tschechischen Parteilagern zu bewirken. Alle sichtbaren Zeichen sprechen dafür, daß Eduard Herbst in diesen Tagen der stillen und emsigen Tätigkeit den Ansichten Etiennes immer mehr beigepflichtet hat.

Am meisten Schwierigkeiten bereitete der Passus im „Emmersdorfer Memorandum", der den Hinweis auf das Oktoberdiplom enthielt. Bei den Beratungen, die am Vormittage des 31. Oktober in Emmersdorf stattgefunden hatten, war von dieser Klausel nicht die Rede gewesen; Rieger hatte sie erst nachmittags durchgesetzt[1]). Fischhof wandte sich deshalb an den Führer der Alttschechen, um ihn zu bewegen, den Hinweis auf das Oktoberdiplom nachträglich auszumerzen. Der Brief, der diesem Zwecke diente, lautete[2]):

„Herr Scharf war so freundlich, mir die Kopie seines an Sie gerichteten Schreibens zuzusenden. Nach reiflicher Überlegung stimme ich seiner Ansicht bei und halte dafür, daß die Annahme der von deutscher Seite vorgeschlagenen Konferenz sehr empfehlenswert sei, da das Anerbieten ein Beweis des Entgegenkommens ist, das nicht unerwidert bleiben soll. Sie haben wohl selbst nicht darauf gerechnet, daß die leitenden Männer der deutschliberalen Verfassungspartei, die in der zwanglosen und nicht verpflichtenden Emmersdorfer Besprechung gemachten Konzessionen ohne weiteres in ihrem ganzen Umfange gutheißen werden. Der Umstand, daß jene Männer nach Einsichtnahme in die Emmersdorfer Aufzeichnungen eine Zusammenkunft wünschen, berechtigt jedoch zur Annahme, daß man im deutschen Lager an ernste Zugeständnisse denkt. Ist Ihre Partei gleich versöhnlich, kann die Zusammentretung von Erfolg sein und ich glaube, daß auf ein konziliantes Vorgehen Ihrer Parteigenossen in der so wichtigen Verhandlung zu rechnen sei. ... Sie werden aus der Konferenz, falls sie zustande kommt, gewiß nicht vollbefriedigt heimkehren, aber auch die deutschen Führer nicht, denn bei einem Ausgleiche verzichtet jeder auf einen Teil seiner Wünsche und Forderungen. Was aber erzielt werden soll und kann, das ist die Beruhigung aller, die völlige Beruhigung über die ungehemmte Entwicklung jenes Volksstammes, dessen Vertreter sie sind.

---

[1]) Brief Fischhofs an Alexander Scharf vom 10. November 1878.

[2]) Fischhofs Brief an Rieger vom 11. November 1878.

In bezug auf das Ausmaß der Autonomie wird die Verständigung allerdings eine sehr schwierige sein, doch für unüberwindlich halte ich diese Schwierigkeiten nicht, wenn man sich von vorgefaßten Meinungen befreit und wenn auf beiden Seiten die Gefahren des Moments erkannt werden, sowie auch die Notwendigkeit, unserer äußeren Politik eine feste Basis in der Eintracht unserer Völker zu geben. Ihren Hinweis auf das Oktoberdiplom können Sie unbedenklich weglassen. Er verrammelt Ihnen nur den Weg zur Konferenz und bietet Ihnen keinerlei Gewähr für die Ihren Forderungen entsprechende Bemessung der Autonomie. Sie wissen ja selbst, daß im Artikel 3 des Oktoberdiploms das erste Alinea, welches allerdings die Kompetenz der Reichsvertretung sehr enge umschreibt, durch das zweite Alinea völlig illusorisch wird. Es gibt keinen besseren Beweis hierfür, als daß Schmerling auf der Grundlage dieses Alineas das Februarpatent aufrichtete und in Paragraph 11 des Gesetzes über die Reichsvertretung sich ausdrücklich auf dasselbe berief. Herr Etienne hätte gewiß in der Emmersdorfer Zusammenkunft dem erst bei der stilistischen Fixierung des Besprochenen durch Sie hineingezwängten Hinweise auf das Oktoberdiplom nachdrücklich Opposition gemacht, wenn er nicht davon überzeugt gewesen wäre, daß trotz jenes Hinweises für die Diskussion über den Umfang der Reichskompetenz genügend freier Raum bleibe. An der Sache festhaltend, glaubte er, sich an Worte nicht stoßen zu sollen. Vielleicht würden auch die deutschen Parlamentsführer nicht Anstoß nehmen, aber für das Gros der Partei ist das Wort ein Greuel, und in diesem Momente der Zerfahrenheit und des Mißtrauens ist die Empfindlichkeit des Parteikörpers weit mehr als sonst zu schonen.

Ganz einverstanden bin ich damit, daß die Konferenz ein anspruchsloses Aushängeschild erhalte. Besser eine bedeutsame Aktion ohne Lärm, als viel Lärm um nichts. Es würde überdies eine große Zahl deutscher Parteigenossen alarmieren, wenn man schon im vorhinein die Revision der Verfassung als Ziel der Konferenz bezeichnete. Tagt diese einmal und zeigt sich bei allen Teilnehmern gute Disposition, dann kann die eingeweihte Presse die öffentliche Meinung vorbereiten und das Gros der Abgeordneten günstig stimmen."

Rieger war von den redlichsten Absichten erfüllt; er wollte nicht, daß anstößige Worte zu ernsten Hindernissen würden, und gab ohne stärkeren Widerstand nach.

„Ich freue mich," — konnte Fischhof am 30. November dem Führer der Alttschechen bekennen — „daß Sie, alle strittigen Ausdrücke beiseite lassend, die Konferenz annehmen. Ein (vorher festgesetztes) Programm (für die Beratung) scheint mir nur geringen Wert zu besitzen, denn ein vages bringt keinen Nutzen, da es tausend Schlupflöcher hat, und zu einem detaillierten, schon im vorhinein bindenden wird die Gegenpartei sich nicht herbei lassen. Ist die Stimmung eine versöhnliche, dann wird der Ausgleich auch ohne Programm zustande kommen. Die Zusammenkunft der beiderseitigen Parteihäupter ist schon als Tatsache allein von nicht geringer Bedeutung; im schlimmsten

Falle bringt sie Klarheit in die Situation. Damit die Aufhellung eine möglichst vollständige sei, erscheint es mir als ratsam, daß die Führer beider Parteien gleich bei ihrem Zusammentritte erklären, nicht bei der ersten Frage, über die man sich nicht einigen kann, auseinanderzugehen, sondern alle Punkte, welche für den Ausgleich von Belang sind, durchzuberaten, damit am Schlusse ersichtlich werde, wie weit man sich einander genähert habe. Die Führer sind bei solchem Vorgehen in die Lage versetzt, der betreffenden Partei den Stand der Angelegenheit ersichtlich zu machen. Dieses Vorgehen hätte überdies den Vorteil, daß eine künftige Konferenz, welche wahrscheinlich nach Scheitern der ersten früher oder später zusammentreten würde, die Arbeit nicht wieder von vorne beginnen müßte.

Auf ein Gesetz zum Schutze der nationalen Minoritäten scheint man in der Verfassungspartei wenig Gewicht zu legen. Ich hingegen teile Ihre Ansicht und glaube, daß die Diskussion der Hauptbestimmungen des Sprachengesetzes gleich zu Beginn der Konferenz stattfinden solle, da nach erfolgter Sicherung der nationalen Minoritäten die Schwierigkeit bei den Vereinbarungen in bezug auf die Länderautonomie und die Wahlordnungen beträchtlich geringer sein würde. Ich habe meinen Sprachengesetzentwurf dem Herrn Etienne auf dessen Verlangen zugesendet. Ihnen ist er schon seit dem Jahre 1867 bekannt, doch wurde er seit jener Zeit von mir revidiert und habe ich namentlich die Bestimmungen über das Kuriatvotum modifiziert. Gerne böte ich auch Ihnen eine Abschrift, aber ich habe keinen Kopisten hier. Vielleicht läßt Herr Etienne einige Abzüge machen oder sorgt Herr Scharf gefälligst für eine Kopie, falls eine solche von Ihnen gewünscht wird.

Herrn Etienne tun Sie unrecht. Er wünscht ernstlich den Ausgleich und erhofft ihn auch, weil nach seiner Meinung die gemeinsame Not zu einem gemeinsamen Rettungsversuche drängt. Sein Blatt konnte er bis jetzt nicht engagieren. Die Emmersdorfer Zusammenkunft muß ja vorderhand auch seinen Mitarbeitern geheim bleiben. Erst wenn die Verhandlungen der Konferenz guten Fortgang nehmen, kann die ‚Neue Freie Presse' auf die öffentliche Meinung im Sinne des Ausgleiches wirken. Losgetrennt von der Verfassungspartei, in der sie wurzelt, könnte sie der Sache nichts nützen, sich selbst aber unheilbar schädigen. Herr Etienne tat, als er hierher kam, was er im Interesse des Gemeinwohls privatim tun konnte und durfte; wenn die Konferenzen sich zerschlagen, wird er als Redakteur, als publizistischer Vorkämpfer seiner Partei tun, was er als solcher tun muß. Sie, geehrter Freund, sind ein Gentleman und werden es ohne Zweifel nicht gestatten, daß man bei einer etwaigen Wiederaufnahme des Kampfes das Emmersdorfer Rendezvous als Waffe gegen Herrn Etienne kehre. Ich müßte einen solchen Angriff als eine mir angetane schwere Kränkung ansehen, da ich ein Mitförderer dieser Begegnung war."

Trotzdem sich Fischhof in diesem Briefe gegen die Ausarbeitung einer Diskussionsbasis für die bevorstehende Konferenz der deutschen und tschechischen Abgeordneten aussprach, hatte er doch

schon einige Tage vorher den Versuch unternommen, ein solches Elaborat zu entwerfen. Er übersandte das Konzept, von dem er meinte, daß es von beiden Parteien angenommen werden könnte, an Alexander Scharf, dessen Ansicht über die Notwendigkeit einer Konferenzgrundlage er einholen wollte[1]). Der Entwurf hatte folgenden Wortlaut:

„Die zur Teilnahme an der beabsichtigten Ausgleichskonferenz sich bereit erklärenden Mitglieder beider Parteien geben hiermit noch vor ihrem Zusammentritte ihre Geneigtheit kund, folgendes gemeinsam anzustreben:

1. Das Schaffen eines Gesetzes, das die nationalen Minoritäten in allen Ländern, welche im Reichsrate vertreten sind, gegen Beeinträchtigung ihrer nationalen Rechte und ihrer nationalen Entwicklung sichert.

2. Die Reform der Wahlordnung sowohl für die Reichsvertretung als auch für die Landtage im Sinne der Billigkeit und eine Modifikation der Konstitution, welche das künftige Abändern der Wahlordnungen durch einfache Majorität gestattet, damit so deren fortschreitende Verbesserung im Geiste der Zeit und im Sinne der Gerechtigkeit erleichtert werde; ferner das Zusammenwirken beider Parteien, falls im Interesse des Ausgleichs eine Beschränkung oder Aufhebung des Sondervertretungsrechtes nötig ist, welches dem Großgrundbesitze im Abgeordnetenhause und im Landtage eingeräumt ist.

3. Erweiterung der Länderautonomie, bei deren Ausmaße sowohl die eine, sowie die andere Partei jenen Geist des Entgegenkommens und jene Rücksicht für die Bedürfnisse aller Volksstämme wird walten lassen, durch welche allein das zu Schaffende Dauer gewinnt.

4. Das Zusammenwirken beider Parteien im Sinne des Fortschrittes und den gemeinsamen Widerstand gegen ultramontane und feudale Bestrebungen.

5. Den baldigen Zusammentritt der Ausgleichskonferenz, welche alles, was in den vorstehenden vier Punkten nur skizziert wurde, sorgfältig in den Details zu prüfen und im Falle eines erzielten Einvernehmens in Punktationen festzustellen hat.

6. Die außerparlamentarische Erlangung des Beitrittes einer so großen Anzahl von Abgeordneten beider Parteien, als zur Sicherung der angestrebten Verfassungsmodifikation nötig ist.

7. Den Eintritt der Deputierten Böhmens tschechischer Nationalität in den Reichsrat, sowie das baldige Schreiten zur Verfassungsrevision. Den Abgeordneten obgenannter Nationalität bleibt es unbenommen, vor ihrem Eintritte in die Reichsvertretung ihren Rechtsstandpunkt zu wahren."

Unter den Männern, die sich unverdrossen bemühten, die nationale Verständigungsberatung zur Tatsache zu machen,

[1]) Brief Fischhofs an Scharf vom 23. November 1878.

war Michael Etienne, der viel und eingehend mit Dr. Herbst verhandelte, am hoffnungsfrohesten gewesen. Da die österreich-ungarischen Delegationen im November in Budapest zusammengetreten waren und die Kräfte der maßgebenden Abgeordneten sehr in Anspruch nahmen, riet Herbst, die Konferenzen zu vertagen, bis das zweigliedrige Reichsparlament seine Verhandlungen beendet haben würde, und dieser Vorschlag wurde auch angenommen. Am 25. November konnte Etienne, der über gute Informationen verfügte, an Alexander Scharf schreiben:

„Ich möchte Ihnen mitteilen, daß eine wichtige Kundgebung in unserer Sache im Zuge ist. Herbst wird in einer Rede über das Budget des auswärtigen Amtes den Nachweis liefern, daß die Andrassysche Annexionspolitik in Österreich niemand befriedigt, als die Kroaten. Daß die Polen und Ungarn dieselbe nicht billigen können, sei klar, daß Deutsche und Böhmen (Tschechen), die aktivsten Völker Österreichs, sie perhorreszieren, werde täglich laut ausgesprochen. Bei dieser Gelegenheit wird Herbst in seiner Rede auf die Notwendigkeit hinweisen, daß Deutsche und Böhmen sich verständigen. Ich weiß bestimmt, daß Herbst dies plant. ..."

Welch schwere Enttäuschung mußte es daher Etienne bereiten, als das Gegenteil von dem, was dieser um die freiheitliche Entwicklung Österreichs so besorgte Politiker erwartet hatte, plötzlich eintrat. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug der Brief ein, den Eduard Herbst am 3. Dezember aus Budapest an den Herausgeber der „Neuen Freien Presse" richtete. „Das, was jüngst in Prag vorfiel, macht es mir unmöglich, an der wiederholt erörterten Besprechung" — hieß es in dem Schreiben — „jetzt oder in der nächsten Zeit teilzunehmen. Es würde sich gewiß keiner meiner Prager Freunde hiezu herbeilassen und zwar um so weniger, als dieselben die als Grundlage der Besprechung vorgeschlagenen Punkte sicher perhorreszieren müssen." Diese jähe und schroffe Ablehnung war ein harter Schlag. Das unvorhergesehene Vorkommnis, auf das sich der Führer der Deutschliberalen berief, bestand darin, daß eine Brücke, die in der Hauptstadt Böhmens erbaut worden war, nicht — wie ursprünglich beabsichtigt wurde — den Namen Kronprinz-Rudolf-Brücke erhielt, sondern Palackybrücke getauft ward. Die loyalen Deutschliberalen mochte dieser Zwischenfall un-

angenehm berühren, allein er bot nur einen Vorwand für den ängstlichen Rückzug, der wahrscheinlich auch ohne das peinliche Geschehnis vollzogen worden wäre. Herbsts oppositioneller Sinn und starrer Geist konnte nicht auf die Dauer zurückgedrängt werden. Der charaktervolle, selbstlose, sicherlich gutmeinende Parlamentarier war eine zu stark ausgeprägte Individualität, deren auf die immerwährende Negation gerichtetes Wesen sich nicht verwischen ließ. Etienne aber geriet in heftige Gemütserregung, und in aufwallendem Zorne sprach er von „einer dürren und schnöden, in ihrer Motivierung erlogenen Absage"[1]). Der Führer der Deutschliberalen kam auch sonst schlecht weg. Viel milder urteilte Fischhof, der freilich erst mehr als eine Woche später zu Worte kam[2]):

„Die Nachricht von dem Nichtzustandekommen der Konferenz hat mich weder überrascht, noch sonderlich betrübt. Sie wissen, daß ich stets Zweifel hegte. Die Gemüter sind noch immer nicht in der rechten Stimmung. In den Köpfen der Politiker dämmert es wohl bereits, aber noch fehlt die klare Anschauung, die allein ein Resultat hoffen läßt. Herbsts Schwanken ist echt österreichisch und erinnert an Zerlinens vorrei e non vorrei; er will und er will nicht, sagt heute ‚ja' und morgen ‚nein', und wie das ‚Ja' nicht Zuversicht einflößen konnte, darf das ‚Nein' nicht entmutigen. Wer dem Schwankenden Beharrlichkeit entgegensetzt, der gewinnt's ihm schließlich ab. Darum überhasten wir nichts, sondern folgen wir den Dingen mit Aufmerksamkeit und erspähen wir den Moment, welcher der Vermittlung günstig ist. Vor allem bewahren wir uns Kaltblütigkeit und Ruhe. ..."

Trotz der Mißerfolge warf man die Flinte nicht mattherzig ins Korn. Gut Ding braucht Weile, predigt ein altes Sprichwort, und ein anderer Spruch lehrt, daß ein starker Baum nicht gleich auf den ersten Schlag und Streich fällt. Bald hatte sich Etienne aus dem unbehaglichen Zustande seelischer Depression herausgerissen, und am ersten Weihnachtstage überraschte er die Leser der „Neuen Freien Presse" mit einem aufsehenerregenden Leitartikel, der mit der kaltabweisenden Haltung gegenüber den Slawen Böhmens und Mährens brach. In lauten und vollen Tönen erklang das Lied der Versöhnlichkeit, das damals

[1]) Brief Etiennes an Scharf vom 4. Dezember 1878. Veröffentlicht in der „Wiener Sonn- und Montagszeitung", Nr. 6. Wien 1880.
[2]) Brief Fischhofs an Scharf vom 13. Dezember 1878.

den deutschliberalen Zentralisten gar fremd war. „Wenn die Abgeordneten des tschechischen Volkes" — hieß es — „ehrlich und konsequent, wenn sie (und wir haben keinen Grund daran zu zweifeln) aufrichtige Vertreter der Interessen ihrer arbeitsamen, begabten, wirtschaftlich hochentwickelten und steuerkräftigen Wählerschaft sein wollen, dann müssen sie tausend Berührungspunkte mit der deutschen Verfassungspartei finden, welche ganz analoge Interessen, ganz ähnliche Wählerschaften vertritt und derzeit ganz allein den Verteidigungskampf der aktiven Provinzen gegen eine Politik führt, die sich naturgemäß auf die Abgeordneten minder besteuerter oder passiver Provinzen stützt.... Ob die Böhmen (ins Parlament) kommen auf Grund eines Kompromisses oder ohne ein solches — wir werden ihre Anwesenheit im Reichsrate als eine willkommene Verstärkung für die Macht des parlamentarischen Regimes in Österreich betrachten, und wir hegen auch die Überzeugung, daß trotz aller nationalen Schwierigkeiten das Kompromiß mit den Deutschliberalen, welches ihrem Eintritte in den Reichsrat vorangehen könnte, sind sie einmal da, lediglich durch die Tatsache ihrer Anwesenheit gefunden werden wird"[1]. Stark war das Echo, das dieser Artikel und die späteren, in ähnlichem Sinne gehaltenen Aufsätze auslösten, und mit Befriedigung schrieb das Wiener Blatt: „Ein gutes Wort findet immer einen guten Ort"[2]. Doch die Freude eilte dem Erfolge zu weit voraus. Michael Etienne wurde krank, und dadurch kamen die emsigen und beharrlichen Bemühungen zum Stillstand, die ohnehin kaum mehr ein günstiges Resultat erwarten ließen. Ende April 1879 starb der Herausgeber der „Neuen Freien Presse", der das fünfzigste Lebensjahr erst vor kurzem überschritten hatte. Sein Hinscheiden war ein fast unersetzlicher Verlust für die Freunde der nationalen Verständigung, denn die große Autorität des gesinnungstüchtigen und tatkräftigen Publizisten stand nun nicht mehr zu Gebote.

Noch einmal schien es in diesen Tagen, als ob das Schifflein der Versöhnungsidee von der Sandbank loskommen würde, auf die es geraten war. Im Februar 1879 hatte Karl v. Stre-

[1]) „Neue Freie Presse". Wien, 25. Dezember 1878.
[2]) „Neue Freie Presse". Wien, 28. Dezember 1878. (Inland.)

mayr den Vorsitz im Ministerium übernommen, dem auch wieder der schlagfertige, bequeme Graf Eduard Taaffe als Minister des Innern angehörte. Der Regierung sollte nur ein kurzes Dasein beschieden sein, denn ihre Mission bestand vornehmlich in der Durchführung von Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus. Mitte Mai wurde das „lange Parlament" aufgelöst; die Wahlbewegung nahm ihren Gang und brachte die Würfel der Entscheidung ins Rollen. Graf Taaffe führte mit den verschiedenen tschechischen Parteien Verhandlungen über den Eintritt der künftigen Abgeordneten in das neu zu bildende Parlament. Der Minister, in dem man den kommenden Staatslenker erkennen mußte, setzte sich für die bedingungslose Abkehr von der öden Abstinenzpolitik ein, aber den Tschechen gelang es im September, eine Reihe von Zugeständnissen zu erwirken. Eine andere Aktion des Grafen Taaffe zielte auf die Herbeiführung einer freundschaftlichen Auseinandersetzung zwischen den verfassungstreuen und feudalen Großgrundbesitzern über die Verteilung der Mandate ihrer Privilegienkurie ab. Dem Feudaladel Böhmens wurden auch wirklich zehn Sitze überlassen, so daß die hochgeborenen Herren in Zukunft im Abgeordnetenhause vertreten waren.

Anfangs Mai hoffte Scharf neuerdings die deutschliberalen und die tschechischliberalen Politiker zu einer Konferenz zusammenbringen zu können, und Fischhof gratulierte trotz aller Skepsis zu den erwarteten Beratungen der „Ausgleichsdeputation"[1]. Am 18. Mai fand jedoch in Prag eine Versammlung der tschechischen Parteimänner statt, in der sowohl über die Beschickung des Reichsrates, als über die nationalen Ausgleichsberatungen verhandelt wurde. In der von Rieger, Brauner und Sladkowsky unterzeichneten Resolution erklärten die Vertrauensmänner, daß es noch nicht an der Zeit sei, „von dem Beschlusse in der Reichsratsbeschickungsfrage abzutreten"; die alte verfehlte Taktik blieb also formell unerschüttert. Bezüglich der Verständigung mit den Deutschen wurde gesagt: „Die Abgeordneten haben die Bestrebungen ihrer Vertrauensmänner

[1] Fischhofs Brief an Scharf vom 11. Mai 1879.

behufs Verständigung mit den Vertretern der deutschen Nationalität, für welche sie die aufrichtigste Sympathie hegen, als auch die Bestrebungen behufs Verständigung mit den Vertretern der Krone gutgeheißen"; man legte aber den politischen Unterhändlern nahe, „die historische Individualität und Autonomie des Königreiches Böhmen" auf keinen Fall preiszugeben. Wer von der Besprechung der tschechischen Politiker eine Förderung der Annäherung zwischen den beiden im Kampfe liegenden Volksstämmen erwartet hatte, der wurde unerbittlich um eine schöne Illusion beraubt. Der Wortlaut der Prager Kundgebung verstimmte die Deutschliberalen nur noch mehr, die scheu und kurzsichtig die Hand zurückzogen, die sie vor Monaten, wenngleich zögernd, den Tschechen zu reichen bereit schienen. Das führende verfassungstreue Blatt in Wien übte an der Prager Resolution eine vernichtende Kritik, und es meinte am Schlusse eines Leitartikels[1]): „Wenn jedoch die ‚historische Individualität' des Königreichs Böhmen vor der Wohlfahrt und Freiheit der böhmischen Völker neuerdings den Vorrang behaupten soll, wenn ihnen nicht das Land, sondern das Königreich mehr am Herzen liegt, dann ist das ein bedauerlicher Rückfall in Irrtümer, die wir längst überwunden glaubten . . ., dann ist aber auch die Verbrüderung der beiden Volksstämme, die wir so nahe wähnten, ein Traum, dann bleibt nichts anderes übrig als geduldig zu warten, bis die ‚Prosperität' über die eingebildete ‚Würde', die Vernunft über die Einbildung siegt."

Im Zusammenhange mit unseren Darlegungen über die „Emmersdorfer Konferenzen" müssen wir eines Nachspieles gedenken, das diese Bestrebungen einige Zeit später hatten. Am 5. Januar 1880 brachte die Wiener „Montagsrevue" einige sensationelle „Enthüllungen" über die Beratungen im „Koglhofe", die weit mehr Dichtung als Wahrheit enthielten. So wurde auch kühn behauptet, daß Eduard Herbst und Franz Ladislaus Rieger im einfachen Heime Adolf Fischhofs einander begegnet wären. Die unrichtigen Angaben veranlaßten Alexander Scharf, in seinem Blatte eine längere Entgegnung zu veröffent-

---

[1]) „Neue Freie Presse", Nr. 5291. Wien, 20. Mai 1879.

lichen[1]). Nun mengte sich auch die Wiener „Deutsche Zeitung“ in den Streit, die einen Leitartikel mit der Aufschrift: „Wahrheit über Emmersdorf“ brachte[2]). Der Aufsatz verriet einige Bestimmungen des „Emmersdorfer Memorandums“, das ein „sonderbares Machwerk“ genannt wurde, und wartete im übrigen mit einigen gehässigen Schmähungen auf. Alexander Scharf glaubte, daß Eduard Herbst die Indiskretion und die Ausfälle veranlaßt habe, und antwortete mit einem heftigen Angriff auf den Führer der Deutschliberalen. Herbsts Wille sei gewiß redlich, aber sein Geist sei so, daß er das Gute wolle und das Böse schaffe. Dr. Herbsts größter Feind sei eben Dr. Herbst selbst.... Adolf Fischhof war mit dem persönlichen Gezänke nicht einverstanden, und weil der Brief, den er unter dem trüben Eindrucke der Polemik an Scharf richtete, sein Empfinden deutlich veranschaulicht, wollen wir einige Stellen hierhersetzen[3]):

„... Was die Darstellung in Ihrem Journale betrifft, so ist sie wahrheitsgetreu, voll Geist, hat aber den Fehler, keine ruhige historische, sondern eine aggressive polemische zu sein. Sie spitzt sich tendenziös zu einer Anklage gegen Herbst zu. Man merkt die Absicht und wird verstimmt. Unsere Zusammenkunft hatte die Versöhnung zum Zwecke, und die Darstellung hätte gleichfalls konziliant sein sollen. Die historische Wahrheit erheischte allerdings die Angabe, daß Etienne durch Herbsts Absagebrief in große Aufregung versetzt wurde, aber die Mitteilung der in der ersten Erregung geschriebenen Worte war nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich und um so unstatthafter, als Sie selbst in Ihrem letzten Artikel Herbsts Charakter für makellos erklärten. Sie sagen, daß man auch im Lager der Verfassungspartei nicht gut auf Herbst zu sprechen sei; Sie wissen jedoch, daß Familienmitglieder oft schimpfend voneinander sprechen, aber gegen den Fremden Chorus machen, wenn er sich Schimpfworte gegen eines ihrer Mitglieder erlaubt.

Ihre Darstellung ist auch nicht komplett, denn es wird in ihr nicht mitgeteilt, daß ich nach dem Pester Absagebrief eine programmlose Konferenz vorschlug, daß Etienne und Rieger sie annahmen, daß aber die Erkrankung des ersteren eine Besprechung mit Herbst verhinderte. Gerade die Publikation dieser Tatsache hätte es ermöglicht, dem Ganzen einen versöhnlicheren Abschluß zu geben. ... Durch Ihre Darstellung ist der Riß (in den deutschliberalen Parteien) größer geworden, und Herbst, von dem selbst die Tschechen sagen, daß er der einzige in der

[1]) „Wiener Sonn- und Montagszeitung“. Wien 1880. Siehe die Artikelserie: „Die Emmersdorfer Konferenz“ in Nr. 5, 6, 7 und 8.

[2]) „Deutsche Zeitung“, Nr. 2884. Wien, 14. Januar 1880.

[3]) Fischhofs Brief an Scharf vom 23. Jannar 1880.

deutschböhmischen Fraktion sei, mit dem sich ein ausgleichsfreundliches Wort sprechen ließe, ist schwer beleidigt. . . .

Die ‚Emmersdorfer Konferenz‘ wird dereinst ihr Nachspiel in einem anderen Orte haben. Die Misere unserer öffentlichen Zustände wird schließlich doch zur richtigen Einsicht führen. Die hiesige Zusammenkunft flößte mir deshalb (seinerzeit) kein Vertrauen ein, weil zur Versöhnung die conditio sine qua non fehlte: die Versöhnlichkeit. Die Gemüter sind für einen Ausgleich noch nicht vorbereitet. . . .“

Der klägliche Ausgang der mit so vielem Eifer begonnenen Vorverhandlungen war für Fischhof eine bittere Erfahrung mehr; doch es hieß weiterkämpfen und ausharren. Seinem durchdringenden Scharfblicke konnte die folgenreiche Bedeutung der im Frühling 1879 in Fluß geratenen Wahlbewegung nicht entgehen. Er hätte gewiß gerne alles getan, um nach Möglichkeit dem Unheile vorzubeugen, das sich vielfach ankündigte, und um auch im Kreise der deutschen Liberalen auf wirkungsvollere Weise als bisher zur Einkehr, Besonnenheit und ersprießlichen Abwehr der Gefahren aufzurufen. Von verschiedenen politischen Freunden wurde dem alten Manne aufmunternd geraten, aus der Reserve hervorzutreten und sich in das aufregende Getümmel des parlamentarischen Lebens hineinzustürzen. Auch Franz Ladislaus Rieger ließ es sich angelegen sein, Fischhof zur Bewerbung um ein Mandat für das Abgeordnetenhaus und zur Bildung einer nationalen Mittelpartei anzueifern. Doch der Emmersdorfer Politiker fühlte sich in dieser Zeit körperlich schwach, und seine Nervosität äußerte sich damals empfindlicher als sonst. Deshalb konnte er dem Führer der Alttschechen nur antworten[1]):

„Unwohlsein und eine dringende Korrespondenz hinderten mich bisher an der Beantwortung Ihres Schreibens, in welchem der Wunsch nach meiner parlamentarischen Tätigkeit in der nächsten Legislaturperiode so schmeichelhaften Ausdruck fand. Leider ist trotz der Übereinstimmung meines Wunsches mit dem Ihrigen eine solche Aktion durch meinen Nervenzustand mir völlig versagt. Im übrigen wäre die Bildung einer deutschen Mittelpartei sehr schwierig. In nationalen Kämpfen wird Mäßigkeit fast immer als Abfall verschrieen. Wie würde man in Ihren Kreisen von einer tschechischen Mittelpartei sprechen? Ich erwarte nur dann Heil, wenn man im Schoße der (alten)

[1]) Fischhofs Brief an Rieger vom 6. Juni 1879.

Parteien das Maßhalten lernt. Namentlich die Führer sollten im Bewußtsein ihrer großen Verantwortlichkeit jene Selbstbeherrschung zeigen, die unumgänglich nötig ist, wenn man eine schwierige Situation beherrschen will. Deak brachte den (österreich-ungarischen) Ausgleich nur zustande, weil er der festeste, aber zugleich auch bedächtigste und mäßigste Mann seiner Partei war und den Genossen, der Nation und der Krone durch seine ruhige Überlegenheit imponierte ..."

* * *

Was gegen Ende der siebziger Jahre nur dunkle Ahnung vorausblickender Politiker gewesen ist, das hat das achte und neunte Jahrzehnt grausam verwirklicht. Für das deutsche Volk brachen in Österreich kummervolle Tage an, denn sie beschieden nicht bloß Demütigungen und Zurücksetzungen, sondern auch die herben Kränkungen, die verständnisloser Gleichmut oder gar gefühlsbarer Spott verursacht, wenn er zum Schaden hinzutritt. Man hatte den cisleithanischen Deutschen die Herrschaft entrissen; ihr nationaler Besitzstand war auf allen Gebieten verringert worden, und man wollte doch nicht begreifen, weshalb diejenigen nun bitter klagten, die früher für die Klagen der anderen taub gewesen sind.

Im Oktober 1879 schied Graf Julius Andrassy, der Minister des Äußeren, aus dem Amte, kurz nachdem er in kluger Zusammenarbeit mit Bismarck das segensvolle Bündnis mit dem Deutschen Reiche aufgerichtet hatte. Der liberal denkende magyarische Aristokrat war den Deutschen oft in bedrängnisreicher Stunde ein treuer Freund gewesen. Als in den sechziger Jahren die dualistische Staatsverfassung begründet wurde, hatte Andrassy seinen Einfluß geltend gemacht, um in Cisleithanien der deutschen Nation die politische Vorherrschaft zu erhalten. Freilich kam dabei auch erheblich in Betracht, daß diese Politik die Vormachtstellung der Magyaren in der ungarischen Reichshälfte gleichsam mit einem Schutzwalle umgab. In den Tagen der föderalistischen Versuche war der damalige ungarische Ministerpräsident gegen den Grafen Hohenwart zu Felde gezogen, und sein Wort mag nicht wenig zur Rückkehr auf die alte Bahn beigetragen haben. Während der Orientkrise wurde Graf Andrassy von den deutschliberalen Abgeordneten mit vielem Undanke heimgesucht. Briefe aus dieser Zeit lassen annehmen,

daß sich der Minister des Äußeren zuletzt den Tschechen näherte, und die Begegnung, die er mit Rieger hatte, beschäftigte die Öffentlichkeit nicht wenig; sie gab auch Fischhof Anlaß zu verschiedenen brieflichen Erörterungen.

Im Juli 1879 waren die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus des Reichsrates beendet. Im Parlamente saßen in der nächsten Zeit 91 Mitglieder des „Klubs der Liberalen" und 54 Mitglieder des deutschen „Fortschrittklubs". Die klerikal-föderalistische „Rechtspartei" hatte 57 Mandate erobert; der „Tschechenklub" verfügte über 54 Sitze; dem „Polenklub" gehörten 57 Mitglieder an. 40 Abgeordnete standen außerhalb der festen Organisationen. Das Verhältnis der Kräfte war so geartet, daß die deutsch-zentralistische „Linke" der klerikal-föderalistischen „Rechten" ungefähr an Stärke entsprach[1]). Die Regierung mußte im Anfange zwischen den beiden Lagern lavieren und später dafür sorgen, daß die schwankenden oder unzuverlässigen Elemente auf ihre Seite hinüber kamen und ihr zur Majorität verhalfen.

An der Spitze des Ministeriums stand seit Mitte August 1879 Graf Eduard Taaffe, der ergebene Vertrauensmann des Kaisers. Die politische Gesinnung des nunmehrigen Ministerpräsidenten war schwächer als sein starker, dem Augenblicke dienstbarer Sinn für politische Nützlichkeiten. Graf Taaffe hatte sich früher schon in verschieden gearteten Regierungen wohlgefühlt, und er schlug nun als Chef des Ministeriums einen Weg ein, der sich bald als krumm erwies. Die Minister, die der Vertrauensmann der Krone um sich sammelte, repräsentierten alle Farben der parteipolitischen Musterkarte. Stremayr, Horst, Korb-Weidenheim und Chertek waren Anhänger der deutschliberalen Anschauung. Falkenhayn vertrat die klerikalfeudale Gruppe, Pražak wurde als Wortführer der Tschechen in die Regierung aufgenommen, während Ziemialkowski das Interesse der Polen wahren sollte. Das Ministerium Taaffe stellte sich also in seiner ersten Form als Koalitionsregierung dar; es war nach keiner Seite hin gebunden, es konnte sich nach

[1]) Gustav Kolmer, „Parlament und Verfassung in Österreich". Wien 1905. 3. Band. Seite 12.

jeder Richtung entwickeln. Ehe ein Jahr vorüberging, hatte das Kabinett einen bestimmten Anstrich erhalten. Die deutschliberalen Minister waren ausgetreten, und die neuaufgenommenen Männer wurden von den Rechtsparteien des Parlaments unterstützt. Das Ministerium Taaffe-Stremayr hatte sich in ein Ministerium Dunajewski-Taaffe umgewandelt. Die Regierung, die ursprünglich über den Parteien stehen wollte, war fortab bis zum Ende der achtziger Jahre eine Regierung der klerikal-feudal-slawischen Gruppen, und der polnische Finanzminister Julian v. Dunajewski spielte in ihr die Primgeige.

Graf Taaffe hatte von der Krone den mühseligen Auftrag erhalten, die politisch reiferen Völker Österreichs einander näher zu bringen. Er tat jedoch nicht viel dafür. Wenn der Ministerpräsident dennoch während seiner ganzen Amtstätigkeit an der Fiktion festhielt, daß er einem „Versöhnungsministerium" vorstehe, so geschah dies nicht aus beflügelndem Ehrgeize, der bisweilen die Kraft zu großem Vollbringen verleiht, sondern aus kluger, aber wenig tapferer Rücksicht auf kleine Zweckmäßigkeiten. In der ersten Zeit seiner neuerlichen Wirksamkeit in Wien wurde auch einige Mühe aufgewandt, um die deutschliberalen Parteiführer für das Ministerium zu gewinnen; allein die Bestrebungen blieben fruchtlos. Die Deutschliberalen sahen in Taaffe nur den Mann, der vor einem Jahrzehnt die Sezession aus dem Bürgerministerium mitgemacht hatte, und sie hegten tiefes Mißtrauen. Auch meinten sie, daß das neue Regime keinen Bestand haben könne. Herbst äußerte sich einmal, daß eine „Taaffesche Wirtschaft" kaum länger als vier bis sechs Wochen dauern würde[1]), und ähnlich dachten viele seiner Kollegen. Die Deutschliberalen überschätzten ihre Stärke und begingen damit einen bedenklichen Fehler. Noch weit schlimmer aber war die Tatsache, daß sie die Stoßkraft der anderen Parteien zu geringe veranschlagten. Dadurch gewannen sie eine irreleitende Vorstellung von der mutmaßlichen Entwicklung. Sie glaubten aus einer kurzen Oppositionsperiode verjüngt und

[1]) Heinrich Pollak, „Dreißig Jahre aus dem Leben eines Journalisten", Bd. III, S. 228. Wien 1898.

mächtiger hervorzugehen, während die einmal begonnene Opposition lange währen und die Kräfte zermürben mußte.

Durch den Eintritt der Tschechen in das Parlament änderte sich gar viel. Vor allem erschöpfte sich die Teilnahme dieses Volkes an den parlamentarischen Geschäften nicht mehr in der Negation der verfassungsrechtlichen Einrichtungen. Wohl wurde die zentralistische Februar-Dezember-Verfassung auch weiterhin bekämpft; dabei aber suchten die tschechischen Abgeordneten allmählich die Stacheln zu entfernen, die die bestehende Konstitution für sie hatte. Man brachte es durch konsequentes Vorgehen dahin, daß der Geist der Verfassung umgedeutet wurde; man machte sich die Verwaltung dienstbar und unternahm es, das Denken der Beamtenschaft von der altösterreichisch-zentralistischen Tradition abzubringen. Nicht weniger Aufmerksamkeit wurde der Durchsetzung der nationalen Wünsche im Erziehungswesen geschenkt. Im Jahre 1882 erreichten die Tschechen die Errichtung einer slawischen Universität in Prag und zwei Jahre später die Ausgestaltung derselben. Gleich nachdrücklich wurde die Vermehrung und Verstaatlichung der tschechischen Mittelschulen betrieben, während das Ministerium Taaffe einige bereits vorhanden gewesene deutsche Mittelschulen in den Sudetenländern beseitigte[1]). So war es nicht bloß Überhebung, wenn die Prager „Politik" in ihrer Rückschau auf das Jahr 1882 schrieb: „Wir haben schon einiges, und wir wollen noch mehr. Ist bis zum heutigen Tage auch noch nicht alles durchgesetzt, was unser Recht ist, so kann doch niemand bestreiten, daß unsere Ansprüche als rechtsgültig anerkannt wurden, und daß wir bezüglich derselben die Exekution führen können, die wir auch durchführen werden." Die Vorteile, die sich die Tschechen schlau errangen, eiferten die Südslawen zu hochfliegenden Wünschen und zu trotzigen Vorstößen an. Im slowenischen Volke wuchs allgemach ein Mittelstand heran, der die Nation zu politischen Eroberungen trieb. Natürlich stieg auch das Selbstbewußtsein der Kroaten. Den polnischen Oberschichten ging es in politischer Hinsicht besser denn je, so

[1]) Gustav Strakosch-Graßmann, „Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens", S. 331 ff. Wien 1905.

daß in der slawischen Völkerfamilie in Österreich nur das arme Bauernvolk der Ruthenen zurückgesetzt blieb, das bei den Wahlen im Jahre 1879 brutal niedergestoßen worden war. Die Feudalen und Klerikalen standen unter geschickter Führung und zogen aus dem politischen Umschwunge bedeutenden Gewinn. Nachgiebig gegenüber den nationalen Forderungen der Slawen, vermochten die deutschen Klerikalen einen Anspruch auf die entgegenkommende Berücksichtigung ihrer kulturellen Herzenswünsche zu erheben; sie zogen die slawischen Parteien in ihren Bann und erstickten die freiheitlichen Triebe, die aus vergangenen Zeiten zurückgeblieben waren. Die Schoßkinder des Grafen Taaffe verstärkten ihre Position noch durch die Wahlreform im Jahre 1882, die den Kreis der wahlberechtigten Bürger zugunsten des Mittelstandes erweiterte.

Grillparzers Wort: „Die Freiheit des einen ist das Verhängnis des andern" kann auf die Situation angewendet werden, in die nun die deutschen Liberalen kamen. Das herrschende System verletzte sie nicht nur in ihren nationalen, sondern auch in ihren kulturellen Empfindungen auf das härteste. Vor kurzer Zeit waren sie noch Gebieter gewesen, und jetzt mußten sie sich gegen die Angriffe zur Wehre setzen, die von allen Seiten kamen. Die Nation, die in den Jahrzehnten der nationalen Regsamkeit als Herrenvolk gegolten hatte, sah sich gezwungen, zur Gründung von Schutzvereinen zu schreiten. Aus den Artikeln der Blätter, aus Reden und Broschüren klang der Notschrei Verfolgter heraus: der Radikalismus nahm unter dem deutschen Träumervolk überhand, die nationale Exklusivität wurde immer stärker.

So kam man in der ersten Hälfte der achtziger Jahre weiter und weiter von der Mittelstraße ab, auf der sich die Völker versöhnlich zusammenfinden sollten. Das war für den „Weisen von Emmersdorf" eine traurige Zeit, denn er fühlte als Deutscher schmerzlich, was seinen Brüdern an nationaler Ungerechtigkeit und Zurücksetzung widerfuhr; er sah als Österreicher mit Betrübnis, wie sich die Mißverständnisse und Zwiespältigkeiten zwischen den Völkern vermehrten und die Chancen für einen nationalen Landfrieden beträchtlich verminderten; er mußte auch

als freiheitlich denkender Mensch mit Sorge wahrnehmen, daß die kulturelle Politik des Staates eine rückläufige Bewegung aufwies.

Gleich einem roten Faden zieht sich der Kampf um die Regelung des Sprachenrechtes durch die Taaffesche Ära. Als die Vertrauensmänner der Tschechen mit dem Ministerpräsidenten über den Eintritt in den Reichsrat verhandelten, wurde ihnen neben anderen Konzessionen die Durchsetzung der Gleichberechtigung der verschiedenen Idiome bei den Ämtern und Gerichten zugestanden. Graf Taaffe zögerte nicht lange mit der Einlösung dieses Versprechens. Im April 1880 erschienen zwei ministerielle Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, denen der deutsche Justizminister Stremayr „nach vielfacher Abschwächung des Textes und mit Wahrung des Deutschen als innere Amtssprache endlich zugestimmt“ hatte[1]). Diese nationalen Ordonnanzen setzten in den zwei Kronländern das Prinzip der Doppelsprachigkeit für den Verkehr aller Gerichte und Ämter mit den Parteien und mit der Öffentlichkeit fest. Dadurch wurden also auch die Behörden in den rein deutschen Sprachgebieten verhalten, auf Verlangen der tschechischen Parteien und Advokaten in der tschechischen Sprache ihres Amtes zu walten. Da die deutschen Beamten und Richter der zweiten Landessprache Böhmens und Mährens in der Regel nicht mächtig waren, weil sie von deutschen Mittel- und Hochschulen kamen, erleichterten die Ordonnanzen das Vordringen der tschechischen Jugend, die nun selbst in den Ämtern der rein deutschen Amtsbezirke in den Sudetenländern ihren Platz finden konnte, zumal da sie meistens die deutsche Sprache beherrschte. Die beiden Sprachenverordnungen waren ein kräftiger Alarmschuß, der auch die Schläfrigen unter den Deutschen aufrüttelte. Aus allen Teilen Deutschböhmens ertönten Beschwerden, und der Prager Landtag, der noch eine deutsche Mehrheit hatte, sträubte sich entschieden gegen das neue ministerielle Gebot. Auf dem deutschböhmischen Parteitage in Karlsbad wurden die Sprachenverordnungen im Oktober 1880 gleichfalls heftig verurteilt; man wies darauf hin, daß in den deutschen Bezirken

[1]) Karl v. Stremayr, „Erinnerungen“, S. 60.

bereits der Ruf nach der Teilung Böhmens in ein deutsches und in ein tschechisches Administrationsgebiet vernehmbar werde[1]). Im Abgeordnetenhause des Reichsrates hatten alle deutschen Abgeordneten mit Ausnahme der Klerikalen gegen Ende April eine Interpellation an die Minister gerichtet, in der sie die Rechtfertigung des Geschehenen verlangten. Stremayrs Antwort befriedigte nicht. Anfangs Mai stellte Herbst den Antrag, daß über die Sprachenverordnungen die Debatte eröffnet werde, und da dieser Forderung nicht Folge gegeben wurde, begehrte er die Einsetzung eines Ausschusses, der sich mit der Antwort des Justizministers beschäftigen sollte. Am 10. Mai richtete der deutschliberale „Fortschrittsklub" durch den Grafen Wurmbrand an die Regierung die kurze, aber inhaltsschwere Aufforderung, ein Sprachengesetz auszuarbeiten, das „unter Festhaltung der deutschen Sprache als Staatssprache" den Gebrauch der landesüblichen Sprachen in Amt, Schule und öffentlichem Leben zu regeln hätte. Erst im Dezember kam das Abgeordnetenhaus dazu, die beiden Anregungen in Beratung zu ziehen und die weitere Prüfung einem Ausschusse abzutreten. In dieser Zeit schrieb Adolf Fischhof an seinen Freund Wengraf[2]):

„Unsere politischen Zustände sind betrübendster Art. Immer verbitterter wird die Stimmung, und im polemischen Ausdrucke reißt eine Verwilderung ein, die geradezu anwidernd ist. Von den beiden Anträgen in der Sprachenfrage wird der Herbstsche, selbst wenn er ohne praktische Folgen bleibt, der Verfassungspartei zu einem rhetorischen Siege verhelfen, da die ministeriellen Verordnungen Blößen genug darbieten. Bei der Diskussion des Wurmbrandschen Antrages aber sind, falls die ‚Rechte' nur einiges Geschick zeigt, für die Verfassungspartei selbst oratorische Lorbeeren kaum zu pflücken. Nach meiner Ansicht ist die deutsche Sprache in der höheren Verwaltungs- und Gesetzgebungssphäre auch ohne gesetzliche Normierung, die für die Nationalitäten verletzend sein müßte, ‚Staatssprache' durch die unbegrenzte Macht der Verhältnisse. In bezug auf die untere Verwaltungssphäre könnte die Verfassungspartei, ohne ein deutschnationales oder staatliches Interesse irgendwie zu gefährden, den Nationalitäten gegenüber konziliant sein."

Auf dieselbe Angelegenheit kam Fischhof noch eine Woche später zu sprechen. In einem Briefe an Wengraf heißt es[3]):

---

[1]) Max Menger, „Der böhmische Ausgleich", S. 121 ff. Stuttgart 1891.
[2]) Fischhofs Brief an Wengraf vom 9. Dezember 1880.
[3]) Fischhofs Brief an Wengraf vom 15. Dezember 1880.

„Durch Ihre freundliche Mitteilung, daß Eduard Herbst besonderen Wert auf meine Gratulation legt[1]), wurde ich sehr erfreut. Ich machte übrigens dem Führer der Verfassungspartei in meinen Zeilen kein Kompliment, sondern wurde ihm nur gerecht. Nicht minder angenehm war es mir, aus Ihrem Briefe zu ersehen, daß die Verfassungspartei, wenn ihr die Beseitigung des jetzigen Ministeriums gelingt, einen Ausgleich mit den (nichtdeutschen) Nationalitäten herbeizuführen bemüht sein dürfte. Das habe auch ich als die Aufgabe der Verfassungspartei angesehen. ... Bei solcher Absicht begreife ich aber nicht das Schüren der nationalen Leidenschaft durch die beabsichtigte Diskussion des unter den jetzigen Verhältnissen unfruchtbaren Wurmbrandschen Antrages. Die Regelung der Sprachenfrage ist auch ohne die Forderung, daß das deutsche Idiom gesetzlich zur Staatssprache erhoben werde, nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus formellen Gründen sehr schwierig, da eine große Anzahl von Bestimmungen zur Kompetenz der Landtage gehört, was der Lösung große Hemmnisse in den Weg stellt. Mir will scheinen, daß nur in einer außerparlamentarischen Vorerörterung durch die Führer der nationalen Parteien — mit Ausschluß der spektakelsüchtigen Dii minorum gentium — diese heikle und für den inneren Frieden so wichtige Frage sich mit Aussicht auf einen friedlichen Ausgleich behandeln lasse. Ist außerparlamentarisch ein Kompromiß herbeigeführt, dann wird die legislatorische Erledigung im Reichsrate und in den Landtagen viel leichter sein. Daß nach befriedigender Erledigung der Sprachenfrage die Regelung der (provinzialen) Autonomie viel weniger Schwierigkeit bieten würde, habe ich seinerzeit Rieger vis-à-vis ausgesprochen, und dieser stimmte mir vollkommen bei. Leider ersah ich aus dem, was Etienne mir über seine Unterredung mit Herbst schrieb, daß dieser seinerzeit gegen ein Sprachengesetz (gewesen) ist. ..."

In der Geschichte des Kampfes um die Vormachtstellung in Böhmen trat im Jahre 1883 ein wichtiges Ereignis ein. Bei den Wahlen für den Landtag ging den Deutschen die Kurie der Großgrundbesitzer verloren; die tschechischen Feudalen rissen alle Mandate an sich, nachdem die deutschen verfassungstreuen Großgrundbesitzer es abgelehnt hatten, ein Kompromiß unter den ihnen gestellten Bedingungen einzugehen. Nun saßen wieder, wie zur Zeit des Grafen Hohenwart, 167 Tschechen und Feudale 75 Deutschen gegenüber. Die neuen Herren begannen ihr Regime mit dem Versuche, die Wahlordnung für den Landtag abzuändern, um ihrer Herrschaft die Gewähr der Dauer zu verleihen. Allerdings sollte dabei auch der Steuerzensus, von

[1]) Dr. Eduard Herbst feierte am 9. Dezember 1880 sein sechzigstes Geburtsfest.

dem die Erlangung des Stimmrechtes abhing, herabgesetzt werden. Im August gab es im Landtage auf dem Prager Fünfkirchenplatze eine längere und hitzige Debatte über die Wahlreform. Die Deutschen Schmeykal, Ernst v. Plener, Herbst und Bareuther setzten sich in eindringlichen Reden für die administrative Zweiteilung Böhmens ein. Rieger aber erwiderte: „Die Idee einer Teilung Böhmens macht mich lachen" und beschuldigte seine nationalen Gegner, daß sie ein „neues Trentino" schaffen wollten.

Um diese Zeit machte ein Briefwechsel viel von sich reden. Rieger hatte am 1. August an den Führer der Deutschböhmen Dr. Franz Schmeykal ein eingehenderes Schreiben gerichtet, in dem gesagt wurde, daß ein Sprachengesetz sehr nötig sei. „Namentlich in unserem Vaterlande Böhmen sind klare Bestimmungen über die Durchführung des Staatsgrundgesetzes in Schule, Amt und öffentlichem Leben dringend geboten, weil der Mangel eines solchen Gesetzes einerseits Klagen Raum gibt, daß dem Grundrechte (der nationalen Gleichberechtigung) in der Praxis nicht im richtigen Maße entsprochen werde, anderseits Besorgnis erregt, daß die eine oder die andere Nationalität durch den Wechsel der Majoritäten oder durch die Gunst oder Ungunst der einer festen Norm entbehrenden Behörde in ihrem Rechte verkürzt werden könne." Da die Tschechen nicht, ohne die Deutschen zu hören, Bestimmungen festsetzen wollen, denn ein durch Majorisierung zustande gekommenes Gesetz könnte seine Aufgabe nicht erfüllen, erscheine eine freie Aussprache beider Volksstämme über ein zu beschließendes nationales Landesgesetz wünschenswert. „Die Abgeordneten des böhmischen (tschechischen) Stammes haben behufs Sicherstellung aller nationalen und kulturellen Interessen beider Völker die Abstimmungen nach nationalen Kurien und andere Normen mehr in Vorschlag gebracht. Sollten die Vertreter des deutschen Volkes, ohne das Prinzip des gleichen Rechtes zu verkümmern, andere Garantien proponieren, so werden wir bereit sein, diese in Erwägung zu ziehen." Rieger stellte das „brüderliche Ansuchen", daß die deutschen Abgeordneten ihre Vertrauensmänner für die Konferenz ernennen möchten. Schmeykal antwortete fünf Tage später: Die unbefriedigenden Zustände

hätten nicht ihren Grund darin, daß die tschechische Sprache sich nicht der völligen Gleichberechtigung erfreue, sondern sie wurzelten vielmehr in der Tatsache, „daß von tschechischer Seite fortwährend Ansprüche erhoben werden, welche die deutsche Sprache nur als Landessprache und nicht als die einmal faktisch bestehende Staatssprache des Reiches anerkennen. . . .“ Die Bestimmungen über den Gebrauch der verschiedenen Sprachen in Amt, Schule und öffentlichem Leben könne nicht für Böhmen noch überhaupt für ein einzelnes Land allein im Wege der Landesgesetzgebung festgestellt werden; die Ordnung müsse, den Bedürfnissen des Reiches entsprechend, nach allgemeinen Grundsätzen getroffen werden und der Ort hierfür seien nicht die Landtage, sondern der Reichsrat. Schmeykal meinte, daß von nationalen Kurien unter den gegebenen Verhältnissen eine wesentliche Besserung nicht zu erwarten wäre. Es sei den Deutschen nicht möglich, auf Verhandlungen einzugehen, die nur ein Regierungssystem befestigen würden, das allen ihren Überzeugungen widerspreche. Die Deutschen Böhmens müssen in der schwierigen Zeit sich selbst zu schützen suchen, und sie finden in der Zusammengehörigkeit aller Deutschen in Österreich einen Rückhalt gegen alle feindlichen Bestrebungen. . . .

Die beiden Volksstämme hatten also wieder nicht eine Brücke gefunden, die über die tiefe Kluft führte. Durch den Umschwung in den politischen Machtverhältnissen in Böhmen wurde der Unmut unter den Deutschen nur größer und das Gefühl der Zurücksetzung immer stärker. Unterdessen hatte der Ausschuß des Abgeordnetenhauses, dem die Beratung der nationalen Anregungen von Herbst und Wurmbrand übertragen worden war, jahrelang in völliger Untätigkeit verharrt. Im Januar 1884 konnte aber endlich die zweite Lesung des Wurmbrandschen Antrages im Plenum des Parlaments erfolgen. Eine fünftägige leidenschaftliche, von glänzenden Rednern und vorzüglichen Reden beherrschte Debatte hielt die Öffentlichkeit stark in Atem. In praktischer Hinsicht wurde jedoch nichts erreicht; das Abgeordnetenhaus konnte keinen positiven Beschluß zustande bringen, weil alle Anträge, die vorlagen, abgelehnt wurden. Zwei Tage später begann die Beratung des Antrages, den

Herbst vor dreieinhalb Jahren gestellt hatte und dessen Tendenz darauf hinauslief, daß die beiden nationalen Sprachenverordnungen der Minister Taaffe und Stremayr als ungesetzliche Maßnahmen eliminiert werden sollten. Bei der Beschaffenheit des Abgeordnetenhauses, die sich im Laufe der Zeit ergeben hatte, konnte der Ausgang der Debatte nicht zweifelhaft sein. Die Anregung des deutschliberalen Führers fiel unter den Tisch.

Der Völkerkampf in Österreich lieferte trotz der langen nationalen Erörterungen auch weiterhin den Hauptstoff für die parlamentarische Diskussion. Im März 1884 fand die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag statt, und auch bei diesem Anlasse wurde viel über die nationalen Wünsche und Beschwerden gesprochen. Ein beliebtes Thema gab damals die Forderung nach der Zweiteilung Böhmens ab, die schon vorher bei verschiedenen größeren Parteiberatungen offiziell aufgestellt worden war. Anfangs 1884 erschien eine Broschüre, die in ihrem ersten Absatze das Verlangen nach der administrativen Teilung Böhmens als „Ausfluß des Erwachens des deutschnationalen Gedankens in Österreich überhaupt und als eine ganz natürliche Folge" der politischen Entwicklung in dem Sudetenkönigreiche hinstellte[1]). Das klang ganz anders als die stolze Ablehnung des Zweiteilungsgedankens, die noch vor einiger Zeit ein rühriger Politiker im Wiener „Deutschen Verein" mit den Worten begründet hatte, daß man nicht seine Ansprüche auf ganz Böhmen preisgeben dürfe. „So stolz müssen wir in Österreich immer sein, um zu behaupten, daß wir, wenn der Hammer und der Amboß zufällig umfallen, dergestalt, daß es dem Amboß gefällt auf den Hammer zu schlagen, das Ding schon wieder einmal in die richtige Position rücken können"[2]). Größere Aufmerksamkeit erregte auch die Rede, die Dr. Viktor Ruß am 11. März 1884 im Abgeordnetenhause hielt. „Es fällt mir nicht bei," — meinte der deutschliberale Parlamentarier — „aus Böhmen, das heute e i n e Provinz, e i n Administrationsgebiet ist, zwei solche

[1]) Dr. Joseph Turnwald, „Die administrative Teilung Böhmens und das Kuriatvotum am Landtage". 4. Aufl., S. 1.

[2]) Viktor v. Kraus, „Über die politische Lage der Deutschen in Böhmen". Wien 1883.

Provinzen oder zwei Administrationsgebiete zu machen. Wir halten fest an der Einheit der Verwaltung, wie sie derzeit besteht, allein wir wollen, daß die Deutschen in Böhmen, die in einem geschlossenen Sprachgebiete von 77 ungemischt deutschen Bezirken wohnen, dasselbe Recht genießen wie die übrigen Deutschen in den anderen Provinzen Österreichs. Und daher, glaube ich, könnte man folgende Grundsätze aufstellen: Die innere Amtssprache, das heißt sowohl die Gerichts- als Verwaltungssprache ist und bleibt einzig die deutsche als Staatssprache. Ferner verlangen wir, daß in den rein deutschen Bezirken die Amtssprache der Verwaltung und der Gerichtsbehörden ausschließlich die deutsche sei. Die gemischten Bezirke sollen unter dem Grundsatze verwaltet werden, daß die Gleichberechtigung sowohl der deutschen als der tschechischen Sprache eifersüchtig festgehalten wird. Dabei versteht es sich von selbst, daß Prag als gemischtsprachiges Gebiet betrachtet werden muß. Wir glauben weiter, daß die Verkehrssprache der Behörden erster Instanz in tschechischen Bezirken die tschechische sein soll, es sei denn, daß eine Partei die Amtsführung in der deutschen Sprache verlangt." Bei der Statthalterei sollten zwei Senate oder Sektionen gebildet werden, für deren Kompetenz nicht die geographische Grenze, sondern die Sprache der Akten maßgebend zu sein hätte. Ähnliche Verhältnisse wären beim Oberlandesgerichte in Prag herbeizuführen[1]).

Auf diese Ausführungen verwies Adolf Fischhof in einer im Jahre 1885 erschienenen Broschüre über „Die Sprachenrechte in den Staaten gemischter Nationalität"[2]). Die Schrift bestand aus Artikeln, die in den Monaten Februar, März und April 1884 in der „Wiener Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht worden waren. Der „Weise von Emmersdorf" hatte sich niemals der kleinlichen Auffassung hingegeben, daß die nationalen Kämpfe in Österreich lediglich Eigentümlichkeiten dieses Staates seien, und scheute deshalb

[1]) Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses. Neunte Session. Dreihunderteinundvierzigste Sitzung, S. 11 859 ff.
Siehe auch die später erschienene Broschüre von Viktor Ruß, „Der Sprachenstreit in Österreich". Wien 1884.

[3]) Wien 1885. Manzsche Verlagsbuchhandlung.

weder Zeit noch Mühe, um sich gründlich über die ähnlichen Erscheinungen in anderen Ländern und Weltteilen zu informieren. Doch es handelte sich nicht nur um die Kenntnis der Formen, in denen sich die nationalen Gegensätze in den verschiedenen Staaten äußerten, sondern es galt zu erforschen, mit welchen Mitteln man da und dort die nationalen Schwierigkeiten zu meistern versuchte. Fischhof mußte sich nicht bloß die in Betracht kommenden Gesetze verschaffen und die verschiedenen Verordnungen und Maßnahmen studieren; es war vielmehr unerläßlich, auch einen Überblick über die Erfolge zu gewinnen, die in den einzelnen Staaten erzielt wurden. Da die Literatur keinen Aufschluß bot, mußten Privatpersonen und Behörden um Auskünfte angegangen werden. Das reiche Material, das sich im „Koglhofe" allmählich angesammelt hatte, war von Fischhof zum Teile dem Grafen Wurmbrand zur Verfügung gestellt worden. Die Veröffentlichungen in der „Wiener Allgemeinen Zeitung" haben noch so manchem anderen Redner gute Dienste geleistet, ohne daß man des Mannes gebührend gedacht hätte, der die lästige und anstrengende Sammelarbeit vollbrachte. Die Artikelserie in der „Wiener Allgemeinen Zeitung"[1]) stammte nicht in allen Teilen aus Fischhofs Feder. Für die ersten drei Darstellungen hat der alte Herr nur das Material und die leitenden Gedanken beigestellt; die stilistische Ausarbeitung besorgte ein Redakteur des Blattes, der nach Emmersdorf gekommen war. „Die Publikation über die Sprachenrechte" — klagte der unermüdliche Politiker — „erforderte viel Schreibereien, und ich habe mir dabei Kopf und Augen gründlich ruiniert. Sie fragen, warum ich an die Veröffentlichung nicht vor der Sprachendebatte ging. Ich vermied die Publikation damals mit Absicht, weil man sie leicht als tendenziös hätte ansehen können. . . ." Autorruhm, meinte Fischhof, sei mit seiner Schrift nicht zu erwerben, aber er hoffe, daß sie für den Politiker nicht ohne Wert sein werde[2]). In der Artikelserie wurden der Reihe nach die Verhältnisse in Ostindien, in Kanada,

---

[1]) Wien 1884. Nr. 1333, 1440, 1447, 1461, 1468, 1474, 1492. (Siehe die Artikelserie: „Das Sprachenrecht in den Staaten gemischter Nationalität".)
[2]) Fischhofs Brief an Wengraf vom 11. März 1884.

in der Kapkolonie, in Belgien, in der Schweiz, in Finnland und in den russischen Ostseeprovinzen, in Ungarn, in Elsaß-Lothringen sowie in Russisch- und in Preußischpolen erörtert. Ein besonderer Artikel war dem böhmischen Sprachengesetzentwurfe vom Jahre 1871 gewidmet. Die politischen Nutzanwendungen werden am Schlusse der Arbeit gemacht.

Unter der Aufschrift: „Der österreichische Sprachenkonflikt" sind folgende Gedanken zum Ausdrucke gebracht: Verschiedenartig, wie die politische Gestaltung in den früher erwähnten Ländern, repräsentieren sich auch die gesetzlichen Bestimmungen über den Gebrauch der Sprachen daselbst. In den meisten Fällen gebe sich das Bestreben kund, den nationalen Konfliktstoff durch ein genügendes gesetzliches Ausmaß der sprachlichen Berechtigung zu beseitigen. An gutem Willen hierzu fehlte es auch nicht in Österreich „und nur die Verquickung der nationalen mit den staatsrechtlichen Anforderungen, sowie der Umstand, daß die Feststellung der einschlägigen Gesetze immer nur von einem Teile der berufenen Interessenten vorgenommen wurde, während der andere abseits im nationalen Schmollwinkel stand, haben es verschuldet, daß in der konstitutionellen Ära eine umfassende und organische Sprachengesetzgebung noch nicht zustande kam". Der Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger leiste, was seine Intentionen betreffe, den anspruchsvollen Beurteilern Genüge, aber er erfülle dennoch nicht seinen Zweck, weil konkrete Bestimmungen ermangeln. Der Schaffung derartiger Spezialgesetze standen immer Kompetenzschwierigkeiten entgegen, und man brauche zum Beweise hierfür nur an die außerparlamentarische Diskussion zu erinnern, die sich an die Anregungen des Abgeordneten Dr. Ruß geknüpft hatten. Fischhof erneuert seinen oft gegebenen Rat, daß man zur Besiegung der Hemmnisse eine private Beratung der Parteiführer veranstalten möge, und beleuchtet die Vorteile dieses einzig zweckmäßigen Vorganges. Um zu zeigen, daß die Gegensätze in der Auffassung der nationalen Rechte bei den Deutschen und Tschechen nicht unüberbrückbar seien, rekapituliert der „Weise von Emmersdorf" die Ergebnisse der Berichte, die vom Sprachenausschusse über den Antrag des Grafen Wurmbrand erstattet wurden. Danach gebe es ein größeres Geltungsgebiet für die deutsche Sprache in der Verwaltung, das von den Tschechen zuerkannt werde, während ein zweites Gebiet vorhanden sei, für das sowohl die Deutschen als die Tschechen den Gebrauch der landesüblichen Sprachen zulassen wollen. Nur über vier Fragen wurde bisher kein Einvernehmen erzielt: noch streite man sich darüber, in welcher Sprache bei den Ämtern Eingaben zu machen und die Bescheide zu erteilen seien; welche innere Geschäftssprache bei den provinzialen Staatsbehörden in Geltung sein solle; welche Sprache im Verkehr der autonomen Behörden mit anderssprachigen Behörden anzuwenden sei; und endlich, welche Sprache für die Führung der öffentlichen Bücher in Betracht komme.

„Bekanntlich dreht sich der heftigste Streit um den ersten der hier angeführten Punkte, und die Regierung hat mit ihrer Sprachenverord-

nung vom 19. April 1880 für Böhmen nur Öl ins Feuer gegossen, indem sie der Anordnung, daß im genannten Lande jeder Einwohner in seiner Muttersprache Eingaben zu überreichen und Bescheide zu fordern berechtigt sei, die Bestimmung hinzufügte, daß jeder Beamte in allen Teilen und Ämtern beider Landessprachen mächtig sein müsse. Ohne die letztere, besonders für die Deutschen höchst kränkende Zwangsbestimmung, welche füglich durch Bestellung von Translatoren bei den Ämtern sprachlich ungemischter Bezirke ersetzt werden könnte, würde die mit Erbitterung bekämpfte Sprachenverordnung vielleicht ein praktisches Auskunftsmittel zur Erreichung des angestrebten Zweckes gebildet haben." Fischhof beschäftigt sich nun mit der Institution der Übersetzer und erinnert auch an das Schweizer Vorbild, das eventuell herangezogen werden könnte, soferne es nicht möglich wäre, die Deutschen und Tschechen durch die Bestellung von Translatoren mit dem Grundgedanken der Sprachenverordnung zu versöhnen.

Fischhof verweist weiter darauf, daß die Verfassungspartei durch die Gewährung der Konzessionen an die Polen ein vom Prinzipe der Spracheinheit im inneren Geschäftsverkehr bedenklich abweichendes Präjudiz geschaffen habe. Doch das den Polen eingeräumte Recht lasse sich nicht mehr zurücknehmen. Noch aus der vormärzlichen Zeit bestehe auch für Südtirol, Istrien und Dalmatien ein die Einrichtung der inneren deutschen Geschäftssprache durchbrechender Gebrauch. „In den übrigen nichtdeutschen oder national gemischten Provinzen dürfte aber eine Regelung im Sinne der staatsamtlichen Spracheinheit einem hartnäckigen Widerstande um so weniger begegnen, als die tschechischen Journale ein Entgegenkommen ihrer Partei in Aussicht stellten, wenn das Staatswohl dasselbe erheischt." Übrigens würde sich auch zur Herabminderung der im Verkehre der Parteien mit den provinzialen Zentralbehörden und den Obergerichten sich ergebenden sprachlichen Schwierigkeiten die Annahme der vom Abgeordneten Dr. Ruß unterbreiteten Vorschläge empfehlen, denn es gebe in der Tat keine einfachere Lösungsform als die Errichtung von zwei Senaten oder Sektionen beim Prager Oberlandesgerichte.

Weit weniger verwickelt erscheine die Bewältigung der Hindernisse, die einem Einvernehmen der Deutschen und Tschechen bezüglich des dritten und vierten Streitpunktes entgegenstehen. Fischhof lenkt die Aufmerksamkeit auf die einschlägigen Bestimmungen des ungarischen Nationalitätengesetzes, die den Weg, der zu betreten wäre, vorzeichnen. „Bei einer ruhigen und gerechten Behandlung aller Fragen ergibt sich dann von selbst die Umgrenzung des ausschließlichen Geltungsgebietes der deutschen Sprache in den staatlichen Funktionen, sowie der feste Anhaltspunkt für jene Bedeutung derselben im öffentlichen Leben, durch welche sie das werde, was man mit dem viel angefeindeten und oft mißbrauchten Ausdrucke ‚Staatssprache' bezeichne. Ein Wort, mit dem nicht ein Vorrecht, sondern nur ein Vorzug ausgedrückt werden solle, welchen die deutsche Sprache keineswegs der Willkür des deutschen Stammes, sondern lediglich der Macht der Tatsachen und der eigenen kulturellen Entwicklung verdanke." Pflicht der Deutschen aber sei es, die anderen Nationalitäten, von denen diese Tatsachen

und die daraus sich ergebenden Konsequenzen anerkannt werden, in dem berechtigten Wunsche zu unterstützen, daß auch ihnen der Staat die erforderlichen Mittel zu einer im Interesse des allgemeinen Kulturfortschrittes gelegenen Entwicklung gewähren möge.

Am Schlusse seiner Darlegungen fand Fischhof in einer Zeit, in der der nationale Radikalismus so sehr um sich griff, den nachahmenswerten Mut, mit warmen, gefühlsinnigen Worten an die Notwendigkeit des friedlichen Beisammenwohnens der Völker zu erinnern; in den Tagen, in denen das österreichische Staatsempfinden bedenklich zu schwinden anfing, mahnte er voll Besonnenheit, der Pflichten der Staatszugehörigkeit nicht zu vergessen. Suche man sich auch im Geiste und im Herzen von dem alten Gemeinwesen loszulösen, so bleibe man doch damit physisch auch fernerhin verbunden. Solle die Gesellschaft vor Erschütterungen bewahrt werden, welche alle Nationalitäten ohne Unterschied gleich schwer treffen würden, dann müsse sie sich zunächst auf einen kräftigen, widerstandsfähigen Staatsorganismus stützen können. Ein Österreich aber, an welchem die Deutschen nicht mit aufbauen, könne nie ein solcher Organismus werden. „Mögen das doch unsere Slawen nicht vergessen und sich stets vor Augen halten, daß dasjenige, was sie von einer Regierung als Almosen erhalten, nicht die Gewähr der Dauer in sich birgt; wohl aber das, was sie im Wege des Rechtes und der freien Vereinbarung mit den Deutschen erlangen. Den Deutschen aber können wir — eingedenk des Bismarckschen Ausspruches, daß die Völker Österreichs gleichberechtigt sein müssen, der Deutsche aber stets die beste Handhabe zur Festhaltung der Völkergesamtheit der Monarchie bilde — nicht eindringlich genug nahe legen, daß eine Handhabe, wenn sie sich praktisch erweisen soll, in festem Gefüge mit dem zu Handhabenden bleiben muß. Löst sie sich von diesem los, oder lockert sie nur das Gefüge, dann verliert sie ihre Brauchbarkeit, ihren Wert. Und nicht die Herabsetzung, sondern die Erhöhung des Eigenwertes ist die Aufgabe einer Nationalität, welche für die Monarchie von so hoher Bedeutung wie die deutschösterreichische ist."

Fischhof übersandte seine Broschüre an Rieger, der nun im Parlamente eine machtvolle Stellung einnahm. Er fragte ihn, ob er es nicht angezeigt finde, jetzt in Wien die Initiative zu einer außerparlamentarischen Beratung der maßgebenden Parteimänner zu ergreifen, die er vor zwei Jahren in Prag erfolglos gegeben hatte, denn wider eine freie Konferenz der Reichsratsabgeordneten ließen sich nicht die Einwände erheben, die seinerzeit von den Deutschen gegen die Aussprache der böhmischen Landtagsabgeordneten über ein Landessprachengesetz gemacht wurden.

„Der lange Fortbestand (nur auf das nationale Interesse bedachter) Parteien" — schrieb Fischhof[1]) — „ist nicht bloß verderblich, sondern

[1]) Fischhofs Brief an Rieger vom 28. Januar 1885.

geradezu unmöglich, denn er bringt ihre Angehörigen allzuoft mit sich selbst in Konflikt. Man hat ja nicht bloß nationale Gefühle, sondern auch politische Überzeugungen. Und schließlich kollidiert er häufig mit den materiellen Interessen der vertretenen Volksstämme. Denken Sie, geehrter Freund, darüber nach, ob nicht die erste Gelegenheit, die sich darbietet, zur Anbahnung einer Konferenz benutzt werden soll. Es könnte sonst die Reaktion immer kühner ihr Haupt erheben und ein bureaukratisches Regime herbeiführen, das für die Nichtdeutschen um vieles bedrohlicher als für die Deutschen wäre, weil es nationalen Bestrebungen immer abhold ist. Von der Haltung der nationalen Parteien in der nächsten Zeit scheint mir der Sieg oder die Niederlage der Fortschrittsbestrebungen abhängig zu sein. Möge Ihre Partei die Verantwortlichkeit sich vor Augen halten, die sie auf sich ladet. Mißlänge Ihr Annäherungsversuch, so hätten Sie mindestens Ihre Pflicht als Österreicher erfüllt und könnten ruhig dem Urteile der öffentlichen Meinung entgegensehen. Tief bekümmert lege ich Ihnen und Ihren Freunden mit aller Wärme und Eindringlichkeit das Gemeinwohl ans Herz. Die politische Not heischt die gemeinsame Aktion der Fortschrittlichen aller Volksstämme, und weit mehr noch die soziale Gefahr, denn der Staat ist ein Gebäude, das selbst schwer geschädigt sich restaurieren läßt, die Gesellschaft aber ist ein heikler Organismus, der, in seinem Geäder und in seinen Nerven schwer verletzt, kaum mehr zu restaurieren ist."

Zum vollen Verständnisse dieses Briefes müssen einige Aufklärungen gegeben werden. Im Jahre 1883 war trotz des zähen Widerstandes aller freiheitlichen Elemente im Abgeordnetenhause und Herrenhause eine Novelle zum Reichsvolksschulgesetze zustande gebracht worden, die einen Teil der Forderungen erfüllte, für die sich die Männer im Gefolge des Hofrates Lienbacher und der beiden Liechtensteine mit unentwegter Ausdauer eingesetzt hatten. Dabei zeigte sich erschrecklich, welch enge Freundschaft bereits zwischen den Alttschechen und den Deutschklerikalen herrschte. Rieger sprach für die Novelle. Mit dem einen Schlage gaben sich die antiliberalen Politiker aber nicht zufrieden; man versuchte immer neue Vorstöße und meldete unausgesetzt neue Wünsche an, die das zerstören sollten, was in der liberalen Ära an freiheitlichen Einrichtungen geschaffen worden war. Eine andere Erscheinung, die Fischhof sehr bekümmerte, bildete die schwere Krise, in der sich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die Arbeiterbewegung in Österreich befand. Die Erinnerungen an Lassalle wurden durch anarchistische Lehren verdunkelt; irregeleitete Proletarier

eröffneten einen wütenden Kampf gegen die Gesellschaft und gaben der Regierung den Anlaß, ein System der Unterdrückung einzuführen, das den Arbeiter, der ohnehin kein politisches Stimmrecht hatte, vollends um die Rechtsgleichheit mit den übrigen Bürgern brachte. Diese Zustände mußten den alten Demokraten, der in Emmersdorf gerne des Jahres 1848 gedachte, mit banger Sorge erfüllen. Die wahnwitzige Taktik der Radikalen unter den Arbeitern brachte es eben nicht nur mit sich, daß für das Proletariat in einzelnen Bezirken ein Sonderrecht geschaffen wurde, sondern sie erschwerte auch die Arbeit derer, die sich voll menschlicher Teilnahme und mit politischer Klugheit für die Verbesserung der Verhältnisse einsetzten, unter denen die unteren Schichten der Bevölkerung lebten.

Fischhofs inniges Verlangen nach einer wohlbedachten Verständigung der österreichischen Nationen über einen erreichbaren Modus des Zusammenwirkens und Zusammenlebens ohne verletzende Bevorrechtung und ohne häßlichen Streit und schwächenden Kampf sollte auf Jahre hinaus ein unerfüllter brennender Wunsch bleiben. Die nationalen Eifersüchteleien und Streitigkeiten vermehrten und verstärkten sich, weil das Regime der Rechtsparteien den Slawen zu neuen Einflüssen und Betätigungsmöglichkeiten verhalf. Nicht alles zwar, was sich an nationalen Vorstößen ereignete, bedingte eine übelwollende Einschränkung deutscher Macht; manches von dem, was dem früher herrschenden Volke in Österreich verloren ging, bröckelte ab, weil es durch den Siegeszug der Nationalitätsidee unhaltbar geworden war. Aber niemand verzichtet gerne und ohne Seufzer auf wertvolle und teure Rechte. Wie laut mußte deshalb der Protest erschallen, als der Gegner Schritt für Schritt in Gebiete des Besitzes und der Betätigung eindrang, die der Deutsche als altererbte Domänen betrachtete. Immer kleiner wurde der Geltungskreis der deutschen Sprache in Cisleithanien.

Um weitere Verluste zu verhindern, brachte Freiherr v. Scharschmid im Parlamente am 8. Februar 1886 einen von 116 Abgeordneten unterzeichneten Gesetzentwurf ein, der sich die Regelung des Sprachenrechtes in der westlichen Reichshälfte der Habsburger Monarchie unter ausdrücklicher Festlegung der deut-

schen Staatssprache zum Ziele setzte. Nach diesem Elaborate sollte die deutsche Sprache von allen staatlichen Behörden und Ämtern im inneren Dienste, sowie im Verkehre miteinander gebraucht werden; sie wurde als Geschäftssprache im Reichsrate, als Sprache der Gesetze und der öffentlichen Bücher festgestellt. Auch der Gebrauch der landesüblichen Sprachen erfuhr eine detaillierte Ordnung. Dieser Sprachenantrag wurde zwar nach einer lebhaften Debatte im Parlamente an einen Ausschuß geleitet, aber dies geschah nur, um den Entwurf nicht in aller Öffentlichkeit in eine Versenkung verschwinden zu lassen. Ehe die deutschliberalen Abgeordneten ihre Anregungen auf den Tisch des „hohen Hauses" niedergelegt hatten, war Baron Chlumecky, einer ihrer gemäßigten Führer, nach Emmersdorf geeilt, um den alten Herrn nach seiner Meinung zu befragen. Fischhof verfaßte ein Memorandum, in dem er seine Ansichten zum Ausdrucke brachte[1]); es braucht aber nicht erst gesagt zu werden, daß sich seine Anschauungen und Grundsätze mit dem Elaborate der 116 Abgeordneten nicht deckten.

Bald gab es neuen Zündstoff. Seit dem Jahre 1881 war das Justizwesen in Österreich der Leitung des mährischen Tschechen Dr. Pražak anvertraut. Die Unterschrift dieses an sich national gemäßigten Politikers trug auch der Erlaß vom 23. September 1886, durch den die tschechische Sprache beim Oberlandesgerichte in Prag für gewisse Anträge der Referenten auch als innere Amtssprache eingeführt wurde. Einige Tage später ging eine ähnliche Verordnung an das Oberlandesgericht in Brünn ab. Diese Maßnahme erregte viel böses Blut. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses verhinderte zwar eine eingehendere Debatte; im Herrenhause jedoch wies der Präsident des obersten Gerichtshofes und Begründer der Februarverfassung, Ritter v. Schmerling, auf die Gefahr des Pražakschen Erlasses hin, indem er gleichzeitig die notwendige Einheitlichkeit in der Führung des inneren Dienstes bei den Gerichten stark betonte. Im Dezember 1886 brachte der jüngere Plener die verschiedenen Sprachenverordnungen im böhmischen Landtage zur Diskussion,

[1]) „Neue Freie Presse". Wien, 22. März 1903. („Erinnerungen an Adolf Fischhof".)

und seine entschieden hervorgehobene Forderung lief auf die Zurücknahme der ministeriellen Maßnahmen hinaus. Außerdem sollten die Gerichtsbezirke in Böhmen national abgegrenzt und beim Prager Oberlandesgerichte ein deutscher und ein tschechischer Senat gebildet werden. Die Tschechen und Feudalen lehnten dieses Ansinnen brüsk ab und beschlossen darüber zur Tagesordnung überzugehen. Durch dieses unwirsche Verhalten fühlten sich die deutschen Landtagsabgeordneten tief verletzt. Nachdem Schmeykal die schroffe Zurückweisung gebrandmarkt hatte, verließen die Vertreter des deutschen Volkes grollend den Landtagssaal, den sie erst nach Jahren abermals betreten sollten.

Während der Wirksamkeit des „Versöhnungsministeriums" war es also so weit gekommen, daß die Deutschen und Tschechen im böhmischen Landesparlamente nicht mehr gemeinsam beraten wollten und konnten. Aber die Extreme berühren sich. Von der erbittertsten Feindschaft zu einem Friedensschlusse ist oft ein kleinerer Sprung als von aufkeimenden Mißverständnissen zu gütlichen Auseinandersetzungen. Je größer und näher die Gefahr eines katastrophalen Zusammenstoßes ist, desto lebendiger wird eben das Bewußtsein, daß alles aufgeboten werden müsse, um das Äußerste zu verhindern. Im Oktober 1887 hatte Fürst Georg Lobkowitz als Führer des böhmischen Feudaladels und im Einverständnisse mit den Tschechen an die Adresse der deutschböhmischen Abgeordneten ein Schreiben gerichtet, durch das die Veranstaltung einer privaten Konferenz der Vertrauensmänner der beiden Volksstämme in Anregung gebracht wurde. Bei dieser Beratung hätte man darüber schlüssig werden sollen, unter welchen Modalitäten die gekränkten deutschböhmischen Abgeordneten ihre Rückkehr in den Prager Landtag vollziehen könnten. Um für die Besprechungen eine feste Grundlage zu schaffen, machte der Oberstlandmarschall Fürst Lobkowitz gleich Vorschläge, wie die wichtigsten nationalen Angelegenheiten einverständlich zu ordnen wären. Dr. Schmeykal, der Obmann des deutschen Vertrauensmännerkollegiums, beantwortete diese Zuschrift eineinhalb Monate später. Er räumte gerne ein, daß die Propositionen der Tschechen und Feudalen anerkennenswerte

Zugeständnisse enthielten, und erklärte verschiedene Anregungen für diskussionsfähig. Allerdings stellte Schmeykal noch Bedingungen auf, die über das weit hinaus gingen, was von der Mehrheit im Prager Landtage an Konzessionen angeboten wurde. Mit größtem Nachdrucke betonte er die Forderung nach der nationalen Abgrenzung der Bezirke und somit nach der Preisgabe der Taaffe-Stremayrschen Sprachenverordnung. Am 21. Januar 1888 verlangten die deutschliberalen Abgeordneten überdies, daß die Tschechen und Feudalen die vorgebrachten Wünsche der Bevölkerungsminderheit in Böhmen gutheißen möchten, bevor die Besprechungen ihren Anfang nähmen, und damit war den Konferenzen das Grab gegraben. Die Zwietracht der beiden Völker verstärkte sich nun wieder; die gehässige Agitation nahm zu, weil der nationale Radikalismus hüben und drüben immer mehr in Flor kam.

Während man im allgemeinen nur die Gegensätze ins Auge faßte, die durch die Korrespondenz zwischen dem Fürsten Lobkowitz und Dr. Schmeykal neuerdings zum Ausdrucke gekommen waren, lenkte Adolf Fischhof sein Augenmerk vornehmlich auf die Zeichen der verständnisvollen Annäherung, die sich in den veröffentlichten Briefen fanden. In einem privaten Schreiben[1]) führte er aus:

„... Dem, was Sie über den Ausgleichsversuch mitteilen, trete ich völlig bei. Die Erklärung der deutschböhmischen Vertrauensmänner, die Beratungen nur zu beginnen, wenn man ihnen die Früchte derselben schon vorher in den Schoß legt, erinnert mich fast an den Mann, der sich weigerte, ins Wasser zu gehen, bevor er schwimmen gelernt.

Trotz des Scheiterns achte ich den Versuch nicht gering. Die Korrespondenz zwischen Lobkowitz und Schmeykal hat ja manches zutage gefördert, was erfreulich ist. So zeigt sie, daß beide Parteien bezüglich des Kuriatvotums so ziemlich in Übereinstimmung sind. Auch in bezug auf die sprachliche Ordnung des Parteienverkehrs mit den autonomen Behörden ist man einander näher gerückt. Der Leser der Schriftstücke ersieht nicht ohne Befriedigung aus denselben, daß Lobkowitz nicht mehr allen Beamten im geschlossenen deutschen Gebiete die Kenntnis der tschechischen Sprache aufzwingen will, und daß anderseits Schmeykal den Tschechen die Möglichkeit von Eingaben an die Behörden rein deutscher Bezirke in ihrer Muttersprache nicht ganz

---

[1]) Fischhofs Brief an Dr. Heinrich Modern vom 27. Januar 1888.

zu verschließen beabsichtigt. Auch betreffs der Bildung von zwei Senaten beim Prager Oberlandesgerichte ist man einig. Es bedürfte somit nur geringen Entgegenkommens von beiden Seiten, um schließlich eine Verständigung herbeizuführen.

Sie berührten in Ihrem Schreiben auch die Kompetenzfrage. In meiner 1869 erschienenen Schrift: ‚Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes' sprach ich mich gleichfalls für die Kompetenz der Reichsvertretung aus, aber Dr. J. N. Berger schrieb mir damals kurz vor seinem Scheiden aus dem Bürgerministerium folgendes:

‚Sie weisen das Nationalitätengesetz zum Schutze der nationalen Minoritäten der Kompetenz des Reichsrates zu, und es wäre allerdings das Wünschenswerteste, wenn diese Kompetenz bei Wahrung des heutigen verfassungsmäßigen Standpunktes außer allem Zweifel stünde. Indes ist da eine scharfe Musterung aller einzelnen Bestimmungen eines solchen Gesetzes nötig. Die meisten derselben scheinen nur der landtägigen Kompetenz anheimzufallen, so jene über die Einführung der Kuriatvota in den Landtagen, weil darin eine Abänderung der Landesordnungen liegt, die den Landtagen zusteht. Das gleiche gilt von den Kuriatvoten in den Bezirksvertretungen, von der Änderung der Bezirkseinteilung, sowie bezüglich der Bestimmungen über die Schulen und mehreres Andere, was die landtägliche Kompetenz berührt.'

Aus Bergers Andeutungen ersehen Sie, daß die Kompetenzfragen der ohnehin so schwierigen Lösung des Sprachenproblems manche Hindernisse in den Weg stellen. Nur durch außerparlamentarische Konferenzen käme man über all diese formalen Diffikultäten leicht hinweg. Ist man sachlich in Ordnung, dann bietet die Form kein ernstes Hindernis mehr."

Die in diesem Briefe niedergelegten Ansichten kehrten mit einer Änderung in der Wahl des Verständigungsinstrumentes in einer Reihe von Artikeln wieder. Im Februar und März 1888 erschien im „Neuen Wiener Tagblatte"[1]) eine eingehende Darlegung Adolf Fischhofs über den „Österreichischen Sprachenzwist", die später in gewohnter Weise in einer Broschüre[2]) verbreitet wurde. Das „Vorwort" des Schriftchens erinnert an den großen irischen Agitator Daniel O'Connell, der bei seinen Agitationszügen stets einen Mann mit sich führte, den er seinen Pazifikator nannte und der die Pflicht hatte, die durch die Reden des Meisters leidenschaftlich erregten Volksmassen zu besänftigen. „Bei uns" — fährt Fischhof in seinen

---

[1]) „Neues Wiener Tagblatt", Nr. 45, 58, 72, 86. Wien 1888.

[2]) „Der österreichische Sprachenzwist. Ein Wort aus Anlaß der diesjährigen historischen Gedenktage." Wien 1888. Manzsche Verlagsbuchhandlung.

Ausführungen fort — „hat jeder kleine Klub seinen Agitator, jede Vereinskneipe ihren O'Connell. Wo aber sind die Pazifikatoren?... Ja, alle schüren, niemand dämpft. Diese permanente Aufstachelung muß zur Verbitterung der Gemüter führen, zur Verwilderung der Sitten, zur Verirrung der Geister und zur Verwirrung der Rechtsbegriffe. Durch stetes Prozessieren rechthaberisch geworden, glaubt bei uns jede Nationalpartei allen Ernstes, daß sie allein recht habe, sie ganz allein. Und hierin liegt die Schwere unserer Kalamität. Denn solange der eine wie der andere der nationalen Streiter sich fälschlich in vollem Rechte glaubt und die Gegner in vollem Unrechte wähnt, wird jede Verständigung zur Unmöglichkeit. Läßt doch der Rechtswahn ganz so wie das Rechtsbewußtsein die Nachgiebigkeit als Selbstverrat ansehen, als Versündigung gegen ein ethisches Gebot.... Hiermit ist die Aufgabe vorgezeichnet, die jeder sich zu stellen hat, der bei uns pazifikatorisch wirken soll. Er muß ohne Furcht vor Verspottung oder Verdächtigung dem Wahne entgegentreten, den die Agitatoren und Volksschranzen allüberall so üppig genährt. Er muß auf das Unrecht, die Unbilligkeit oder Unklugheit hinweisen, denen man in mancher Forderung der einen oder der anderen Nationalpartei begegnet. Er muß auch die Wege andeuten, auf welchen die verschiedenen nationalen Interessen einander nicht kreuzen, sondern ohne gegenseitige Beirrung und Störung parallel laufen....Das mir vorschwebende Ziel nie aus dem Auge verlierend, habe ich mir, durch wiederholte Mißerfolge ungebeugt, neuerdings die eben skizzierte Aufgabe gestellt. *Im Kampfe für eine gute Sache weicht ein ernster Mann vor momentanen Mißerfolgen nicht zurück.* Der Irrtum erfreut sich ja oft der Huldigung des Tages; aber die Billigung der Zukunft wird nur der Wahrheit zuteil."

„Der erbgesessene Pessimismus schärft uns Österreichern den Blick," — meint der „Weise von Emmersdorf" am Beginne seines Artikels — „wenn es gilt, das Schlimme zu erspähen, das sich in unseren heimischen Zuständen und Vorgängen birgt; er schwächt jedoch gar bedenklich unsere Sehkraft, wenn das Gute ins Auge zu fassen ist, das in denselben ruht." Fischhof bespricht nun die *Korrespondenz* zwischen Lobkowitz und Schmeykal und bemüht sich, davon zu überzeugen, daß

im knappen Raume von vier Briefen mehr Verständigungsmaterial zutage gefördert wurde, als unter den gegebenen Verhältnissen und bei den herrschenden Stimmungen sich vorhersagen ließ. „Man denke sich nur statt der Schwerfälligkeit des brieflichen die Raschheit und Lebendigkeit des persönlichen Ideenaustausches in einer kleinen Versammlung hervorragender Politiker, und man wird unentmutigt durch das Scheitern des jetzigen Versuches an den schließlichen Erfolg der Bemühungen maßvoller patriotischer Männer in beiden nationalen Lagern um so weniger verzweifeln, als die momentane innere und äußere Lage der Monarchie gebieterisch zu einem Kompromisse drängt."

Man betrachte doch die politischen Verhältnisse! Sofort trete der Antrag, den Prinz Aloys Liechtenstein am 25. Januar 1888 im Abgeordnetenhause gestellt hatte, in die Erinnerung. Durch ihn sollte das Unterrichts- und Erziehungswesen ganz im Geiste der klerikalen Anforderungen umgestaltet werden. „Die Reaktion hätte sich mit dieser Anregung kaum so rasch und kühn hervorgewagt, wären die Alttschechen durch den Abbruch der Ausgleichsverhandlung nicht wieder mehr in die Arme der Klerikalen gedrängt." Mit Bekümmernis sagt Fischhof, daß diese erste Attacke wohl mißlingen werde, daß aber die kleine zielbewußte Partei, die die nationale Zerklüftung so gut auszubeuten verstehe, nur momentan zurückweichen werde, um wieder zu einem kühnen Sprung auszuholen, sobald ihr der Zeitpunkt günstig erscheine. Die Aufgabe des Liberalismus sei es, die Pläne der klerikalen Fraktion zu vereiteln und ihr die Waffenbrüderschaft derjenigen zu entziehen, durch die allein sie ihre Fahne siegreich entfalten könne. Die deutschen Liberalen mögen sich das Verhalten der belgischen Wallonen im Jahre 1873 zum Vorbilde nehmen und mit der nationalen Gegenpartei Frieden schließen, damit die liberalen Elemente der verschiedenen Völker gemeinsam gegen die kulturelle Reaktion ankämpfen können. Hoffentlich werden auch die Tschechen des Strebens ihrer Ahnen nach Geistes- und Gewissensfreiheit eingedenk sein und die anderen Slawen erwägen, „daß bei der engen Berührung der lebensvollen nationalen Idee mit einer abgelebten Idee, die abgelebte nicht lebensfrisch, die lebensfrische aber leicht abgelebt wird." Eingehend erörtert Fischhof die Erscheinungen der internationalen Politik, die durch die Kriegsgefahr als Folge der orientalischen Wirren beherrscht erscheine. Rußland wolle vordringen. Seine Losung sei: „Orientalisierung", während Österreich der Parole: „Okzidentalisierung" folge. Fischhof bespricht nun, was diese Gegensätze für die Slawen bedeuten; er untersucht auch, welche Pflichten für die österreichischen Völker in Anbetracht der Kriegsgefahr erwachsen. Die Herstellung des nationalen Friedens würde sich als die beste Ausrüstung für den drohenden Kampf der Staaten erweisen.

Aber nicht bloß die Bedürfnisse der inneren und der äußeren Politik drängen zur friedlichen Versöhnung der Völker. Im Jahre 1888 werde es zwei Gedenktage geben. Vor vier Dezennien — am 13. März 1848 — sei zuerst die Freiheit der Völker in Österreich gefordert worden, vor vierzig Jahren habe auch Kaiser Franz Joseph den Thron bestiegen, und alle Vertretungskörper und Korporationen rüsten zur wür-

digen Feier dieses Tages. Gäbe es ein schöneres Festesgeschenk für den Monarchen als die Herbeiführung der Möglichkeit, daß er am 2. Dezember ein Gesetz sanktioniere, das den Kampf um die Sprache durch ein tolerantes Sprachenrecht dämpfen würde?

Fischhof erwartet, daß man an ihn die Frage stellen werde, wie man 1. im Zeitraume weniger Monate die Differenzen überwinden solle, die in vier Jahrzehnten nicht zu besiegen waren, und wer 2. die Initiative zur Verständigung ergreifen werde, da sich bei dem Gedankenaustausche zwischen dem Fürsten Lobkowitz und Schmeykal ergeben habe, daß die beiden Völker Böhmens einander fremd gegenüberstehen. Darum sucht er gleich die Bedenken zu zerstreuen.

Es gebe zwei Kategorien von nationalen Schwierigkeiten: bei den objektiven Hindernissen stehe das Streitobjekt im Mittelpunkte, und die Hinwegräumung nehme überaus lange Zeit in Anspruch; bei den subjektiven Schwierigkeiten komme die Hartnäckigkeit oder Voreingenommenheit der streitenden Parteien in Betracht, und da lasse sich unter Umständen rasch eine Verständigung erzielen. Fischhof bemüht sich darzutun, daß die nationalen Streitigkeiten in Österreich zur letzgenannten Kategorie gehören.

Das wichtigste „punctum litis" bilden die Bestimmungen der Sprachenverordnung vom 19. April 1880. Diese Ordonnanz verlange zwar nicht wie der böhmische Sprachengesetzentwurf aus dem Jahre 1871 ausdrücklich, daß die Beamten beider Landessprachen mächtig sein müssen; „durch die Mehrzahl ihrer Anordnungen übt sie jedoch einen indirekten Sprachenzwang aus, und der Forderung, daß dieser Zwang aufhöre, muß jeder Deutsche in Österreich sich anschließen, wie maßvoll in nationalen Ansprüchen er immer sein mag. Diese Nötigung kollidiert sowohl mit dem Prinzipe der Gleichberechtigung als auch mit der nationalen Ehre und mit den nationalen Interessen aller Deutschen Österreichs". Fischhof untersucht in den nächsten Absätzen, was man in anderen Staaten unter ähnlichen Verhältnissen wie in Böhmen getan habe, ohne eine Nation zu verletzen, und erhebt neuerdings das Verlangen, daß „Translatoren" angestellt werden mögen, durch die der deutsche Beamte der Notwendigkeit enthoben würde, tschechisch zu können. Der Verfasser erinnert ferner daran, daß er schon vor Jahren Dr. Rieger auseinandergesetzt habe, daß es unbillig sei und dem Gebote der Gleichberechtigung nicht entspreche, wenn man von den deutschen Beamten im rein deutschen Landesgebiete verlange, daß sie tschechisch sprechen. Der Staat müsse an den Beamten zwei sprachliche Forderungen stellen. Die eine mache es ihm aus Rücksicht für die Bevölkerung, mit der er amtlich verkehrt, zur Pflicht, der in seinem Wirkungskreise üblichen Volkssprache mächtig zu sein. Die andere Forderung gehe dahin, daß er, um den Ansprüchen des Staatsdienstes zu genügen, die allgemeine Verständigungssprache, das ist die deutsche Sprache, zu gebrauchen verstehe. In den deutschböhmischen Bezirken falle die Lokalsprache mit der allgemeinen Verständigungssprache zusammen und die Folgen dieser Erscheinung bringen für die deutsche Beamtenschaft kein Vorrecht, sondern nur einen Vorteil, „der ihr ganz von selbst aus Verhältnissen erwächst, welche das notwendige

Resultat einer historischen Entwicklung sind". Für diese habe der Staat den Tschechen keinen Gegenvorteil zu bieten.

Fischhof wendet sich nun dem zweiten Postulat der Deutschböhmen zu, das sich auf die nationale Abgrenzung der Bezirke bezieht, und hält den Tschechen vor, daß sie sich im Jahre 1871 selbst bereit erklärten, diese Maßnahme durchzuführen. Woher das derzeitige Sträuben? Erstlich liebe es die jetzige tschechische Majorität ebensowenig wie die ihr vorangegangene deutsche, der nationalen Gegenpartei Schutzmittel gegen die Politik der freien Hand zu bieten. Als zweiter Grund lasse sich Furcht bezeichnen. Von den Deutschen wurde so viel von der administrativen Zweiteilung Böhmens gesprochen, „daß die Tschechen fürchten, die nationale Abgrenzung der Bezirke bilde nur die chirurgische Vorbereitung zu jenem großen operativen Akte". Am meisten bestimmend für die Tschechen dürfte jedoch der Gedanke sein, daß sie fortan aus weiten Landesstrecken sprachlich exiliert sein würden. Durch die nahegelegte Einführung von Translatoren ließe sich aber jeglicher Nachteil beseitigen. Gegen den Verkehr der tschechischen Bevölkerung mit den politischen Behörden deutscher Bezirke durch Vermittlung von Translatoren gebe es keine Bedenken.

Das dritte deutschböhmische Postulat, welches die Bildung zweier Senate beim Prager Oberlandesgerichte zum Gegenstande habe, wurde von den Tschechen akzeptiert; desgleichen die vierte Forderung, deren Objekt das Kuriatvotum bilde. Fischhof verweist weiter darauf, daß bisher von der Anwendung des Kuriatvotums bei den Bezirks- und Gemeindevertretungen national gemischter Bezirke nicht die Rede war, und ermahnt, daran nicht zu vergessen.

Merkwürdigerweise sucht der Verfasser auch den Beweis zu erbringen, daß die von den deutschböhmischen Landesvertretern aufgestellte Forderung nach der Teilung des Landesschulrates in eine deutsche und in eine tschechische Sektion weder dem Vorteile der Deutschen, noch dem staatlichen Wohle entspreche. Dabei bemerkt er: „Ein verfassungsmäßiger Nationalitätenstaat wie Österreich muß, wenn er die Kompaktheit und Kohäsion des Nationalstaates erlangen will, sorgsam dahin wirken, daß in seinen Volksstämmen neben dem genetisch-nationalen Sonderbewußtsein auch das politisch-nationale Gesamtbewußtsein erstarke. Zur Kräftigung dieses österreichischen Bewußtseins genügt aber nicht die Beendigung des nationalen Zwistes. Der Staat muß alles tun, damit die Volksstämme seiner Kronländer nicht unfreundlich oder nur gleichgültig nebeneinander, sondern freundlich und nach und nach freundschaftlich miteinander leben. Wie aber soll dies gelingen, wenn man in einem und demselben Lande zwischen Volksstamm und Volksstamm eine Mauer selbst dort aufrichten will, wo dies nicht geboten erscheint? ... Da, wo eine Trennung zum Schutze der nationalen Minoritäten eine Notwendigkeit ist, muß der Staat allerdings in dieselbe willigen, wo sich aber eine solche nicht ergibt, muß er sie auf das ängstlichste vermeiden, denn die Völker dauernd voneinander entfernen, heißt sie einander immer mehr entfremden. ... Ist die Hebung der Schule, die Pflege der wichtigsten Kulturstätten des Landes nicht ein gemeinsames Interesse, nicht eine

solidarische Pflicht? Auch dem deutschen Wohle kann dieser exzessive Trennungshang nichts weniger als förderlich sein. Der Deutschösterreicher strebt mit Recht nach der politischen Führerschaft und soll die Interessen des Germanentums im Orient wahren, indem er als Bindeglied des Germanentums und Slawentums das Aufeinanderplatzen derselben verhindert. Wie aber soll er dieses Ziel erreichen, wenn er sich auf einen Isolierschemel stellt?"

Dieselben Erwägungen veranlassen den Autor auch gegen die von den Deutschen verlangte Trennung des Landeskulturrates in Böhmen in eine deutsche und tschechische Sektion Stellung zu nehmen.

Fischhof befaßt sich weiter mit den Schwierigkeiten einer Verständigung über die Staatssprache. Er schlägt vor, daß man sich vor allem über das Geltungsgebiet der landesüblichen Sprachen einigen möge, was leichter sei, um dann etwa in einem Paragraphen festzusetzen: „In allen Ämtern und bei allen amtlichen und sonstigen öffentlichen Funktionen, welche durch dieses Gesetz nicht ausdrücklich in das Geltungsgebiet der Landessprachen einbezogen wurden, hat im Interesse des öffentlichen Dienstes der bisherige ausschließliche Gebrauch der deutschen Sprache in Zukunft fortzubestehen." Damit sei in der Sache alles erreicht und doch der Ausdruck ‚Staatssprache' vermieden, der die Empfindlichkeit der Nichtdeutschen verletze.

Wer soll nach dem Scheitern des jüngst in Prag gemachten Versuches die Initiative zu einem neuerlichen Verständigungsversuch ergreifen? Würde es sich abermals um eine außerparlamentarische Beratung handeln, dann wäre die Antwort schwer. Leichter sei es jedoch augenblicklich eine parlamentarische Verständigung zustande zu bringen. Im Abgeordnetenhause bestehe ein Sprachenausschuß, dessen Präsident berufen wäre, die Initiative zu ergreifen. ...

Wir haben bei der Wiedergabe der Fischhofschen Gedanken nur die wichtigsten Leitsätze hervorgehoben. Am Ende seiner Ausführungen meint der alte Kämpfer und Ermahner: „Der Deutsche stelle sich den Volksstämmen nicht schroff entgegen, sondern wohlwollend voran, und er wird allezeit Führer sein in Österreich!" In einem Anhange bringt das Schriftchen über den „Sprachenzwist" noch eine Abhandlung: „Die nationalen Kurien und das Kuriatvotum", in der sich Fischhof mit Lebhaftigkeit für die Schaffung von nationalen Kurien einsetzt.

Der zweite Dezember 1888 ging vorüber, ohne daß die österreichischen Gesetzbücher um ein Sprachengesetz bereichert worden wären. Über die Anregung, die der „Weise von Emmersdorf" gegeben hatte, wurde zwar viel gesprochen und geschrieben,

aber zu einer Tat hat sie nicht den Anstoß geboten. Von den zahlreichen Kritiken, die über die Schrift erschienen sind, wollen wir bloß ein deutsches Urteil wiedergeben, nicht weil es voll des Lobes, sondern weil es nüchtern und doch nicht national gefühllos ist. In einem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung"[1]), in dem Fischhof „einer der besten Männer, die Österreich besitzt", genannt wurde, heißt es am Schlusse: „. . . Das sind die Gedanken und Vorschläge einer Persönlichkeit, deren Freiheitsliebe und Patriotismus wohl in ganz Österreich anerkannt wird. Sie beweisen aber auch, daß Fischhof ein Deutscher geblieben ist und daß ihm nichts ferner gelegen hat, als eine Versöhnung der Nationalitäten auf Kosten des Deutschtums herbeiführen zu wollen. Dieser letztere Gedanke gehört dem Grafen Taaffe an; der Demokrat und Deutsche Fischhof hat nichts mit ihm gemein. Auch Graf Taaffe will die Versöhnung, aber wie er sie will und was er bisher erreicht hat, ist bekannt. Durch sein Wirken hat das Wort ‚Versöhnung' für deutsche Ohren einen bedenklichen Beiklang erhalten. Darunter sollen aber die wohlgemeinten und gewiß beherzigenswerten Ideen eines Fischhof nicht leiden. Nicht als ob wir glaubten, sie enthielten unbedingt die Lösung der nationalen Streitfragen; wohl aber meinen wir, daß hier der Weg gezeigt ist, auf dem man zu solchem Ziele gelangen kann." In dieser Besprechung wird also ausdrücklich anerkannt, daß der Einsiedler in Emmersdorf seine Meinungen mit warmem deutschem Nationalempfinden vorgetragen hatte; in Österreich jedoch glaubten die radikalen Deutschen den alten Mann durch den Vorwurf kränken zu sollen, daß er an dem deutschen Volke Verrat übe oder bestenfalls als naiver Mensch gelten könne. Der politische Tageskampf trübt oft die Blicke der Streiter, während die Augen derer, die aus der Ferne beobachten, klar sehen. Dabei kann man nicht immer sagen, daß die Schärfe der Erkenntnis und die Fülle der Kenntnis der Einzelheiten mit der zunehmenden Entfernung vom politischen Kriegsschauplatze geringer werde.

Im Juli 1889 wurde der böhmische Landtag neu gewählt. Um diese Zeit fanden mehrfache Beratungen zwischen dem Grafen

---

[1]) „Frankfurter Zeitung", Nr. 172. Frankfurt a. M., 20. Juni 1888.

Taaffe und den Vertrauensmännern der deutschen Wählerschaft in Böhmen statt, bei denen der Versuch unternommen wurde, die grollenden Deutschen zur Abkehr von ihrer Abstinenzpolitik zu bewegen. Fürst Alexander Schönburg, der in den Kreisen der Deutschen viel Vertrauen genoß, bemühte sich sogar zwischen den beiden Völkern Böhmens zu vermitteln, aber auch ihm wollte nicht glücken, was sich so oft als vergebliches Wagnis erwiesen hatte. Die Tschechen waren nun im Prager Landtage ganz unter sich, und die Jungtschechen rückten mit ihren staatsrechtlichen Aspirationen ungestüm heraus. Im Abgeordnetenhause richteten die deutschen Parlamentarier besorgte Anfragen an die Regierung, und Graf Taaffe mußte sich am 17. Dezember 1889 zur Versicherung herbeilassen, „daß das Staatsinteresse vor allem eine auf Grundlage der geltenden Verfassung fortschreitende ruhige Entwicklung erheische und der gegenwärtige Zeitpunkt zur Verhandlung von Verfassungsfragen nicht geeignet sei". Doch diese Beschwichtigung übte keine fühlbare Wirkung aus; die Nervosität unter den Deutschen verstärkte sich; man erwog, ob nicht die deutschen Reichsratsabgeordneten gleich den deutschböhmischen Landtagsabgeordneten von den parlamentarischen Beratungen ferne bleiben sollten. Das Wort deutsche „Gemeinbürgschaft"[1]) flog ermunternd auf; in Nord und Süd, in Ost und West des Staates wollten die Deutschen gemeinsam für einander einstehen und über die Rechte ihrer Volksgenossen in Böhmen schützend wachen. Eine starke politische Unruhe zitterte durch Österreich. Wie soll das enden? fragte man sich bekümmert, und während die einen schon zu verzagen begannen, trat rätselhaft plötzlich das ein, woran man so lange verzweifelt hatte: die Regierung bemühte sich, ihrer Sendung eingedenk, eine Verständigungskonferenz zustande zu bringen, und Deutsche und Tschechen sagten zu.

Am 4. Januar 1890 begannen in den stilvollen Räumen des Ministerratspräsidiums in Wien unter dem Vorsitze des Grafen Taaffe die denkwürdigen Beratungen, an denen deutsche und tschechische Parlamentarier beteiligt waren. Fischhofs

[1]) Gustav Kolmer, „Parlament und Verfassung in Österreich", Bd. IV, S. 392 ff. Wien 1907.

jahrelange Predigt wurde endlich gewürdigt, seine Ideen feierten teilweise einen späten Triumph. Am ersten Tage der Verhandlungen präzisierten die Deutschen ihre Forderungen; am zweiten Tage fixierten die Tschechen ihre Wünsche. Ohne sonderliche Schwierigkeiten gelang es, einige kleine Angelegenheiten zu erledigen, doch schon in der sechsten Sitzung tauchten schwere Differenzen auf, denn man kam zur Besprechung der eigentlichen Sprachenfrage. „Sofort" — berichtet Dr. Hallwich, einer der Teilnehmer — „trat eine empfindliche Spaltung ein. Gleichwohl wurde dank der Haltung des Justizministers Grafen Schönborn, der seine Sache mit vieler Hingebung verfocht — er war durchtränkt von den Ideen eines Adolf Fischhof, über dessen Schriften er sich mit mir gerne und oft unterhielt —, das erste Hindernis, das einer nationalen Abgrenzung der Gerichtsbezirke, verhältnismäßig leicht überwunden"[1]). Mehrmals gab es noch bedenkliche Zwischenfälle, aber der ernste Wille führte zu deren Überwindung. Da die Einzelheiten der Konferenzen geheim gehalten wurden, konnte die Öffentlichkeit nicht störend eingreifen und die jeweilig zaudernden Teilnehmer nicht beirren. Am 19. Januar, an einem Sonntage, fand die deutsch-tschechische Konferenz ihren Abschluß. Ein Protokoll wurde unterzeichnet, das über die Zusammenstellung und Einrichtung des Landesschulrats, über die Minoritätsschulen, über die Organisation des Landeskulturrates, über die Handelskammern und über die Abgrenzung der Gerichtsbezirke in Böhmen, sowie über die Einrichtung des Prager Oberlandesgerichtes und über die Schaffung nationaler Abstimmungskurien im Landtage bedeutsame Beschlüsse enthielt. Eine prinzipielle Einigung kam auch darüber zustande, daß die Sprachenverordnung vom 19. April 1880 einer Revision zu untreziehen sei; allerdings sagte das Protokoll über den deutsch-tschechischen Ausgleich, daß sich beide nationale Gruppen „für ihre Haltung bei den Verhandlungen über die Revision ihren grundsätzlichen Standpunkt wahren". Hier handelte es sich also noch nicht um die endgültige Beseitigung aller Meinungsverschiedenheiten, sondern bloß um den feier-

[1]) „Neue Freie Presse". Wien, 16 Januar 1910. („Vor zwanzig Jahren".)

lichen Ausdruck der löblichen Absicht hiezu. Der zehnte Punkt des Protokolls spricht von der Einigung über den Gebrauch der Landessprachen bei den autonomen Behörden des Königreiches Böhmen.

Adolf Fischhof war 74 Jahre alt geworden, ehe ihm das unberechenbare Schicksal die große Freude erwies, die Richtigkeit seines alten Lehrsatzes von der Zweckdienlichkeit der Konferenzen zu bekunden. Mit froher Genugtuung ergriff er die Feder, um „einige Worte über die Ausgleichskonferenz"[1]) zu schreiben und die pflichtbewußten Männer zum Ausharren, zur ruhigen Vollendung ihres Werkes anzuspornen.

„Wonach sich alle Vaterlandsfreunde seit langem gesehnt und was die meisten derselben kaum mehr erhofft," — beginnt Fischhof seine Ausführungen — „ist nun Ereignis geworden. Hervorragende Vertreter beider Volksstämme Böhmens suchen Verständigung in einer Konferenz. Wohl bemühten sich noch im letzten Augenblicke und suchen noch jetzt einige von Pyromanie befallene Politiker die Brandfackel ins Staatsgebäude zu schleudern, das Haus anzuzünden, unter dessen schützendem Dache allerdings die Gegner wohnen, aber auch sie. Zum Glücke wahrten sich die leitenden Männer ihre Besonnenheit. ..." Fischhof ermahnt die Konferenzteilnehmer, nicht zu verzagen, wenn die Meinungen zum ersten Male wuchtig aneinander geraten; er sagt, daß eine der wichtigsten Bedingungen des Erfolges die Geheimhaltung der Vorgänge im Beratungssaal sei, und rät zur Verschwiegenheit, solange die Verhandlungen andauern. „Die Beratung von Friedenspräliminarien verträgt nicht offene Türen und ebensowenig offene Fenster, durch die man hinaus spricht und hinaus schreit, denn die Leidenschaft, die keine Führerin, sondern eine Verführerin ist, soll man nie entschiedener von sich weisen, als wenn es Verworrenes zu entwirren gilt." Die Forderungen der Deutschen und der Tschechen seien im allgemeinen bekannt, doch gebe es noch verschiedene notwendige Maßnahmen, an die erinnert werden müsse. „Jede der Streitfragen, und wäre sie auch sekundärer Art, sollte wo möglich jetzt gelöst werden; ein kleines Ferment ruft eben unter begünstigenden Umständen oft große Gärung hervor."

Fischhof erklärt es als bedenklich, daß man nichts für den Schutz der deutschen Minderheiten in den national gemischten Bezirken und Gemeinden vorkehren wolle, und legt unter Beibringung vieler Argumente die umfassendere Einbürgerung der Kuriatvoten ans Herz.

Dringend geboten sei es, die Frage der Erlernung der zweiten Landessprache in den böhmischen Schulen zu erörtern und zu erledigen. So, wie er es schon in seiner Schrift über den „Sprachen-

[1]) „Neues Wiener Tagblatt". Wien 1890. 7. Januar.

zwist" getan hatte, empfiehlt er wieder dringend den vom tschechischen Herrenhausmitgliede Professor Randa gemachten Vorschlag, nach dem der Staat nur jene Schüler zur Erlernung einer zweiten Landessprache verhalten solle, deren Eltern oder Vormünder das ausdrücklich verlangen. In solcher Weise ließe sich ohne Verletzung des Artikels 19 die Gleichberechtigung wahren und „die stets notwendige Kenntnis der deutschen und die stets nützliche Kenntnis der tschechischen Sprache im Lande verbreiten".

Fischhof ruft ferner in Erinnerung, daß die Regelung der Sprachenfrage bei den Gemeinde- und Bezirksvertretungen und beim Verkehre der autonomen Bezirks- und Gemeindebehörden untereinander und mit den Parteien eine gesetzliche Ordnung erheische und daß zu bestimmen sei, wie man für den muttersprachlichen Unterricht jener Kinder sorgen könne, die in einer Gemeinde zu einer kleinen sprachlichen nationalen Minderheit gehören.

Optimistisch legt Fischhof dar, daß sich ein Ausgleich der Ansichten ohne allzu große Schwierigkeiten herbeiführen lasse, wenn sich die Vertreter der beiden Volksstämme auf die Vorbringung berechtigter Forderungen beschränken. Die Verständigung der Deutschen und Tschechen in Böhmen sei nicht nur für die Habsburger Monarchie, sondern für das ganze Abendland von eminenter Bedeutung, denn wie einst gegen die moslemitische, so sei Österreich jetzt gegen die moskowitische Gewaltherrschaft und Barbarei der Schutzwall. „Mögen daher die patriotischen Teilnehmer der Konferenz mit großem Sinne zu einer großen Aufgabe schreiten. Es bietet sich Gelegenheit zu einer historischen Tat, die mit Hingebung, Besonnenheit und Geschick vollbracht zu haben, ein Mannesherz mit Stolz erfüllen muß. . . ."

Überall dort, wo nicht unbezähmbarer Radikalismus oder unverbesserlicher Pessimismus unausrottbar waltete, begrüßte man mit gemessener Genugtuung das Gelingen der deutsch-tschechischen Ausgleichskonferenz. „Das Unwahrscheinliche ist also wieder in Österreich Ereignis geworden" — hieß es in einem Blatte[1]). „. . . . Dort, wo noch vor wenigen Wochen der Schauplatz der tiefsten politischen Demütigung der Deutschen war, in Böhmen, erscheint auf einmal die Morgenröte einer besseren Zukunft." Mit rückhaltloser Anerkennung sprach eine andere Wiener Tageszeitung[2]) „ein Wort des Dankes" an Adolf Fischhof aus. In einem umfangreichen Aufsatze wurde der vielen Verdienste gedacht, die sich der „Weise von

[1]) „Neue Freie Presse". Wien, 19. Januar 1890.
[2]) „Neues Wiener Tagblatt". (Abendausgabe.) Wien, 10. Februar 1890. („Ein Wort des Dankes".)

Emmersdorf" durch seine maßvollen Vorschläge und durch seine unbeugsame Zuversicht um die nun zustande gebrachte nationale Einigung erworben habe. „Der Idealist Fischhof" — so klang der Artikel aus — „hat sich als ein vortrefflicher Realpolitiker bewährt, das bezeugen die von seinen Ideen erfüllten Ausgleichsvereinbarungen, denen alle besonnenen und einsichtigen Deutschen in Österreich ihre Zustimmung gegeben haben." Auch sonst wurde dem alten Manne im Emmersdorfer „Koglhofe" manche nachträgliche Würdigung zuteil, und einige frohe Wochen verklärten seinen Lebensabend. Ein Brief aus dieser freudvollen Periode möge die Empfindungen Fischhofs wiedergeben. Der „Wiener demokratische Zentralverein" hatte den Vorkämpfer für den nationalen Ausgleich herzlich beglückwünscht und nachher folgende Erwiderung erhalten:

„... Ich glaube des Dankes nicht unwürdig zu sein, denn seit Dezennien habe ich unbeirrt durch Verspottung und Verunglimpfung der Ausgleichsidee und einer außerparlamentarischen Verständigungskonferenz das Wort geredet und nicht nur das Ziel, sondern auch den Weg angedeutet, auf dem dasselbe zu erreichen ist. Zeuge des Ausgleiches zu sein, hätte ich im Hinblick auf mein hohes Alter nicht mehr gehofft, obwohl mir der schließliche Sieg der Vernunft über die Leidenschaft unzweifelhaft war. Wenn es mir nun doch gegönnt ist, das Ersehnte als Tatsache zu begrüßen, so schulde ich dies der patriotischen Hingebung und der Weisheit jener hervorragenden Männer beider Parteien, die an der Konferenz teilnahmen, und drücke ihnen wie jeder gute Österreicher den aus tiefster Seele strömenden Dank aus. In der Stille des Studierzimmers Ausgleichsprojekte zu entwerfen, ist leicht — schwer aber ist es mitten im Getöse der Waffen, dem Kampfe Einhalt zu tun. Nur die Hingabe ans Vaterland und die Erkenntnis der hohen, weit über Österreich hinausgreifenden Interessen, die auf dem Spiele stehen, konnten zur Überwindung jener Schwierigkeiten führen, über die hinweg zu kommen fast unmöglich schien.

Sie, meine Herren, traten stets mannhaft für die Verständigung ein, und es läßt sich hoffen, daß man dem Beispiele folgend, welches die Männer der Regierung und der Volksvertretung geben, auch in anderen politischen Vereinen und Kreisen den noch zu lösenden Teil der Sprachenfrage mit jener Mäßigung erörtern werde, die allein frommt.

Warmherzigkeit, nicht aber Leidenschaftsglut, Klugheit, nicht Klügelei, Rechtssinn, nicht Rechthaberei, Achtung des eigenen, nicht minder aber Achtung des nachbarlichen Volkstums schaffen und wahren die Ruhe und Wohlfahrt Österreichs.

Was mich betrifft, so stehe ich bereits am Rande des Grabes, aber

solange die Feder nicht meiner Hand entsinkt, werde ich nach Maßgabe meiner Kraft publizistisch mit dazu beitragen, daß der nationale Friede einkehre in alle Gaue unseres großen, von der Natur so reich gesegneten, aber durch menschliche Torheit jahrzehntelang fluchbeladenen Vaterlandes."

Noch einmal griff Adolf Fischhof in die Diskussion über den deutsch-tschechischen Ausgleich ein. Im Protokolle der Konferenz war festgesetzt worden, daß im böhmischen Landtage hinfort eine deutsche und tschechische Nationalkurie für die Abgeordneten der Stadt- und Landbezirke sowie der Handelskammern und eine separate Kurie für die Vertreter der Großgrundbesitzer bestehen solle. Jede dieser drei Kurien sei mit einem Vetorecht auszustatten. Diese Beschlüsse der Ausgleichskonferenz schienen Fischhof für den nationalen Frieden nicht förderlich zu sein, und er legte deshalb in einem Artikel über „Das Vetorecht"[1]) dar, was er an Einwänden vorzubringen hatte.

„Es entspricht wohl kaum dem Gebote einer klugen Politik, Bestimmungen in ein Gesetz aufzunehmen, die in keinem Falle nützlich, unter gewissen Umständen aber bedenklich sein können." Als eine solche bedenkliche Maßnahme sei die Bestimmung anzusehen, die der Vertretung des Großgrundbesitzes im böhmischen Landtage ein Kuriatvotum auch bei der Abstimmung über Sprachenfragen einräumt. Diese Begünstigung müsse sich als überflüssig erweisen, wenn beide Nationen in ein und demselben Sinne votieren, und als nutzlos, falls die Abstimmungsergebnisse der beiden Nationalkurien zueinander im Gegensatze stehen, da das Gesetz nur diejenigen Beschlüsse als bindend bezeichnen soll, die von allen drei Kurien in Übereinstimmung gefaßt werden. Während also die Kurie der Großgrundbesitzer weder im Falle der Übereinstimmung, noch der Divergenz an dem Urteile der beiden Nationalkurien durch ihre Zustimmung eine Korrektur zu schaffen und so vielleicht im öffentlichen Interesse zu wirken vermöge, könne sie für das öffentliche Wohl bedenklich werden, wenn sie bei der Sprachenfrage dem übereinstimmend bejahenden Votum der beiden Nationalkurien mit einem verneinenden Beschlusse entgegentrete. Die politische Voraussicht gebiete daher, nach Möglichkeit zu sorgen, daß die von der Ausgleichskonferenz „dem Großgrundbesitze gewiß nur notgedrungen auch bei Sprachenfragen zugestandene Kuriatabstimmung, wenn sie dem Gemeinwohle schon keine Vorteile bringe, demselben wenigstens nicht zum Nachteile gereiche". Es empfehle sich daher, gesetzlich zu normieren, daß auch bei Beschlußfassungen über Sprachenfragen vorerst nicht kuriatim, sondern viritim abgestimmt werde, daß somit in erster Linie die Majorität des ganzen Hauses entscheide. Die Kuriatab-

[1]) „Neues Wiener Tagblatt". Wien, 21. Mai 1890.

stimmung solle erst erfolgen, wenn die Mehrheit der einen oder anderen Nationalkurie sie nach der ersten Votierung verlange. Durch diesen Vorgang könnte man erreichen, daß die Großgrundbesitzer als Kurie nicht die Harmonie zu stören vermöchten, wenn die beiden Nationalkurien sich bei der ersten Abstimmung geeinigt hätten. „Durch die hier empfohlene gesetzliche Vorkehrung würde mit der Zeit das Kuriatvotum mindestens bei Sprachenfragen außer Übung gelangen, was von nicht geringem Nutzen wäre, denn" — so führt Fischhof aus — er habe stets betont, „daß diese anomale Art des Votierens nur eine transitorische Einrichtung sei, eine Einrichtung, die sich selbst dadurch überflüssig mache, daß sie, die beiden Nationalparteien zur Achtung der guten Rechte der Minderheit zwingend, allmählich an deren freiwillige Respektierung gewöhne. . . ."

Allein das Verhängnis wollte, daß die weitere Überprüfung der Ausgleichsabmachungen bald überflüssig werden sollte. Die Regierung hatte zu den Verständigungskonferenzen im Wiener Modenapalaste nur die gemäßigt denkenden Männer unter den deutschen und tschechischen Politikern geladen. Die radikal gesinnten Volksvertreter wurden nicht zugezogen, obwohl ihr Einfluß auf die Massen der Bevölkerung und auf die öffentliche Meinung wahrlich nicht gering war. Was schlaue Berechnung sein wollte, erwies sich allzu schnell als politische Unklugheit! Als Vertreter der tschechischen Nation erschienen in dem Konferenzsaale neben den tschechischen Feudalen lediglich Parteigänger der alttschechischen Gruppe. Und doch hatten die letzten Landtagswahlen in Böhmen gezeigt, daß die oppositionellen Jungtschechen von der Gunst der Bevölkerung getragen und von dem Vertrauen der Wähler gehoben wurden. Waren bis zum Jahre 1889 nur ganz wenige jungtschechische Abgeordnete im Prager Landtage, so öffneten die Neuwahlen 37 jungtschechischen Politikern die Tore des Landesparlamentes. Daher kam es, daß die drei Männer, die das Ausgleichsprotokoll im Namen des tschechischen Volkes unterschrieben, von ihrer Nation eigentlich schon fallen gelassen worden waren. Ottokar Zeithammer war in seinem angestammten Wahlbezirke unterlegen. Franz Ladislaus Rieger hatte bloß mit wenigen Stimmen Mehrheit gesiegt — angeblich nur deshalb, weil die Jungtschechen ihm nicht rechtzeitig einen Gegenkandidaten gegenüberstellten —, und von dem dritten alttschechischen Konferenzteilnehmer Dr. Karl Mattuš wußte man, daß er sich vom politischen Leben zurück-

ziehen wolle[1]). Die Ausgleichsabmachungen kamen also eigentlich ohne die direkte oder indirekte Zustimmung der Bevölkerung zustande, und die Jungtschechen entfalteten eine ebenso rührige als rücksichtslose Agitation, um die „Wiener Punktationen" zu durchkreuzen. Es gelang ihnen auch, den Ausgleichspakt nachträglich zu zerreißen. Von den verschiedenen wohltätigen Reformen, die der deutsch-tschechische Ausgleich versprach, wurde nur ein geringer Bruchteil durchgeführt[2]).

Und darin liegt eine tiefe Tragik, die ihre düsteren Schatten auf Fischhofs hoffende Seele warf. Als die geräuschlosen „Emmersdorfer Konferenzen" ein Einvernehmen zwischen Michael Etienne und Franz Ladislaus Rieger hergestellt hatten, da war es möglich gewesen, zwischen den kämpfenden Nationen einen vielverheißenden Friedensschluß zu bewerkstelligen, und dem Liberalismus neuorganisierte kraftvolle Streiterscharen zur Verfügung zu stellen. Gegen Ende der siebziger Jahre verhielten sich die Führer der Deutschliberalen jedoch ablehnend, wozu nicht so sehr nationale Besorgnisse als verfassungsrechtliche Bedenken beitrugen. Für das deutsche Volk in Österreich wäre vor der Taaffeschen Ära weit mehr an nationalem Rechte und nationalem Schutze zu erringen gewesen als später selbst in der Zeit, in der die Versöhnlichkeit ihre schönste Blüte hervorbrachte: die Verständigungskonferenz.

Jetzt aber verlief die Aktion der Friedfertigen jammervoll, weil die liberalen Führer der Tschechen ihre Abneigung lärmend manifestierten. Vergebens hatte Fischhof ein Jahrzehnt dringend empfohlen, die Alttschechen aus ihrer kulturellen Isolierung im Parlamente herauszureißen und sie vor den Verlockungen der Klerikalen zu bewahren. Rieger war von den Deutschliberalen nicht verstanden worden, während die deutschen Klerikalen um seine Gunst warben, und der sonst so einsichtsvolle tschechische Politiker ließ sich irreleiten, indem er von seinem bisherigen Entwicklungs-

---

[1]) Max Menger, „Der böhmische Ausgleich", S. 216.

[2]) Es kam die Schaffung von je einer deutschen und einer tschechischen Sektion beim Landesschulrate und beim Landeskulturrate für Böhmen durch Gesetzgebungsakte zustande, und es erschien die Verordnung des Justizministeriums vom 3. Februar 1890 für das Prager Oberlandesgericht, die im Sinne der Ausgleichsbeschlüsse gehalten war.

wege absprang. Dadurch verlor er bei seinen Volksgenossen an moralischem und politischem Ansehen; es brach jene enttäuschungsschwere Zeit für ihn an, in der die Angehörigen seiner eigenen Nation johlend vor den Fenstern seiner Wohnung erschienen. Adolf Fischhof und Franz Ladislaus Rieger waren so manches Mal gleichzeitig von frohen Erwartungen erfüllt gewesen: nun hatten sie beide — jeder nach seiner Art — schweren Kummer zu tragen.

Die nächste Folge des Zustandekommens der Ausgleichskonferenz bildete ein merklicher Wandel in der Politik des Ministeriums Taaffe. Der unvermittelte Gegensatz zu den Deutschliberalen verschwand. Ein Jahr nach den bedeutsamen Beratungen der Deutschen und Tschechen in Wien schied der polnische Finanzminister v. Dunajewski aus dem Amte, und gegen Ende des Jahres 1891 trat sogar ein Vertrauensmann der deutschliberalen Politiker, Graf Kuenburg, in die Regierung ein, während der tschechische Landsmannminister Dr. Aloys Freiherr v. Prazak im August 1892 seine Entlassung nahm. Indes, statt der ersehnten Beruhigung der Gemüter trat unter dem Einflusse der jungtschechischen Organisation eine empfindliche Zunahme der nationalen Erregung ein. Außerdem griff die Unzufriedenheit der breiten Massen mit ihrer Rechtlosigkeit um sich; der Rassenkampf setzte stärker ein, und die konfessionelle Entzweiung vermehrte die Disharmonie.

Unter solchen fast trostlosen Erscheinungen nahte wenig beachtet der Tag, an dem vor einem Vierteljahrhundert die österreichische Dezemberverfassung geschaffen worden war. Die Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes" hatte sich an Adolf Fischhof mit der Bitte um eine Kundgebung zum 25. Geburtstage der Staatsgrundgesetze gewandt, und der greise Politiker, der nicht ungefällig sein wollte, sah sich nun gezwungen, seinem bedrückten Herzen Luft zu machen. Er schrieb[1]):

„Die Macht im Staate ruht, wie Lassalle richtig bemerkt, nicht da, wohin die Paragraphen einer Verfassung sie legen, sondern dort, wo die

[1]) „Neues Wiener Tagblatt". Wien 1892, 21. Dezember. (Siehe: „Der einundzwanzigste Dezember".)

wirklichen Machtfaktoren ruhen. Der energische Wille einer einheitlichen Volksgesamtheit ist solch ein Machtfaktor, die Sondervelleitäten disparater Volkselemente sind es nicht. Das Surrogat der Volkseinheit im Nationalitätenstaate ist die Völkereinigkeit. Sämtliche Nationalparteien Österreichs erkennen auch den Wert der Völkereinigung, doch sie wollen nicht gemeinsam den Preis bezahlen, der dem Werte entspricht. Sie prozessieren. Jeder strebt danach, den Besitz für sich heimzubringen, die Kosten auf die Schultern anderer zu wälzen. Und das Resultat? Keiner der streitenden Parteien bleiben die großen Kosten des Prozesses erspart, allen bleibt der Besitz versagt. Nichts für die Macht des Parlamentes gewährend, gibt man alles für dessen Ohnmacht hin. Armes Österreich."

Armes Österreich! so mußte ein Mann reden, der ein langes Leben dem Kampfe für ein großes, kraftvolles, durch das Glück und durch die produktive Schaffensfreudigkeit seiner Bürger reich gewordenes Österreich gewidmet hatte. Selbst der unwandelbar scheinende Optimist in dem von Schwarzsehern erfüllten Staate war durch die niederschmetternden Ereignisse endlich verzagt geworden. Doch am Grabe noch pflanzt der Mensch die Hoffnung auf. Armes Österreich! das ist nur der letzte politisch-nationale Stoßseufzer, den wir von dem Kämpfer Fischhof in aller Öffentlichkeit vernommen haben; seine letzten Worte waren es nicht. . . .

II. Die Gründung der „deutschen Volkspartei"

Nach längerem Stillschweigen hatte sich Adolf Fischhof wieder im April 1882 in einem offenen Briefe[1]) an die politische Welt Österreichs gewandt. Mit der unversieglichen Wahrheitsliebe, die ihm eigen war, hielt er der deutschliberalen Verfassungspartei ein Spiegelbild ihres Wesens vor, das die Runzeln und Furchen zeigte, die das Alter mit sich bringt und von denen die trügerische Eitelkeit nichts wissen will. Die wohlbedachten Ausführungen des alten Mannes haben nicht überall Befriedigung ausgelöst; die einen fühlten sich unangenehm betroffen und schwiegen erbost; andere neigten der Auffassung zu, daß die Zeit und der Ort der Veröffentlichung nicht richtig gewählt

---

[1]) „Wiener Allgemeine Zeitung". Wien 1882, 23. April. Morgenblatt. (Siehe auch den Leitartikel vom 18. April, der den Bruch des Blattes mit den Liberalen vollzog.)

worden waren. Fischhof nahm die Vorwürfe gelassen hin, denn die Einwände erschütterten ihn nicht in seiner Meinung, gut gehandelt zu haben.

„... Wenn Männer, wie Baron Walterskirchen, wie Carneri, Graf Wurmbrand usw., deren deutsche Gesinnung unzweifelhaft ist, mit dem Vorgehen ihrer Partei unzufrieden sind," — schrieb der alte Herr[1]) — „wenn in den Reihen der Arbeiter und der kleinen Gewerbsleute die Nationalitätenfehde laute Mißbilligung findet, wenn infolge des Auseinanderhaltens der liberalen Elemente, die im Schoße jeder Partei sich befinden, die Reaktion immer kühner emporsteigt, wenn schließlich der Panslawismus angesichts unserer inneren Zerrissenheit immer bedrohlicher wird, ist es wahrlich an der Zeit, die deutschliberale Verfassungspartei zur nüchternen Prüfung ihrer Politik aufzufordern. Und ich habe ausdrücklich gesagt, daß die Partei nicht Anlaß zur Entmutigung, wohl aber zur Ernüchterung habe. ...

Sie fragen vielleicht, welche Hoffnungen ich in bezug auf den politischen Effekt meines Briefes hegte und noch hege? Gar keine oder doch nur eine sehr geringe!, ist meine Antwort. Ich kenne zu sehr die österreichische Schlaffheit und den österreichischen Schlendrian, als daß ich nachhaltige Wirkung hätte erwarten können. Ich sehe auch die Männer nicht, die zur erfolgreichen Führung einer etwaigen Dissidentenpartei den Beruf in sich trügen. Ich schrieb, weil der Versuch, mit Maß und Schonung auf die Irrtümer einer zu Großem bestimmten Partei hinzuweisen, mir im jetzigen Momente als Pflicht erschien. Was das Blatt, die ‚Tribüne', sagt, ist mir ganz gleichgültig. ‚Wer da baut auf den Gassen, muß die Leute reden lassen,' lehrt ein deutscher Spruch."

Als Fischhof diesen Brief absandte, dachte er nicht daran, bald selbst auf den Kampfplatz der Parteien treten zu müssen. Er wollte den verantwortlichen Politikern ein Warnungszeichen zukommen lassen, aber er hatte keine Absicht, ihnen an der Spitze einer feindlichen Schar zu begegnen. Wer den Stein ins Rollen bringt, weiß jedoch nie genau, wie weit er kollern wird. Fischhofs Brief hatte eine Bewegung entfesselt, die im Laufe der nächsten Monate auch den arglosen Schreiber mit sich riß.

Am Beginne der achtziger Jahre befanden sich die Parteien in Österreich in einem gärungsvollen Umbildungsprozesse. Das Großbürgertum, das sich das politische Mitbestimmungsrecht mit engherziger Exklusivität vorbehalten hatte, war für den Geist, der in einigen führenden Parteien

[1]) Fischhofs Brief an Wengraf vom 26. April 1882.

herrschte, maßgebend gewesen. Aber das Interesse an den politischen Vorgängen beschränkte sich nicht auf den kleinen Kreis der Wahlberechtigten. Die unteren Schichten der Bevölkerung begannen sich lebhafter zu rühren und ihre Stimme in Vereinen und Versammlungen laut zu erheben. Demokratische Forderungen wurden mit Nachdruck aufgestellt, ohne daß sie einzelne Parteien berücksichtigen wollten. Die Masse des Volkes fing überhaupt an, die regierenden und gesetzgebenden Mächte stärker zu beschäftigen. Demokratisierung! war die Losung des Tages, und die Politiker, die sich ihr nicht unterwarfen, gerieten mit dem Zeitgeiste in Widerspruch. Mochten sie sich auch liberal nennen: ihre Abkehr von den großzügigen Ideen des Liberalismus konnte nicht mehr mit hohlen Worten hinweggetäuscht werden, weil sie durch die Taten unzweifelhaft offenbar wurde. Am deutlichsten trat das Mißverhältnis zwischen Sein und Schein bei der Debatte und Abstimmung über die Wahlreform hervor, die im März 1882 das Abgeordnetenhaus beschäftigte. Innerhalb der beiden Gruppen der Verfassungspartei gab es einzelne Männer, die der Erweiterung des Stimmrechtes nicht abhold sein konnten. Die Steiermärker hatten sich allezeit durch stärkeren Sinn für die freiheitlichen Rechte der breiten Massen ausgezeichnet, und sie gerieten nun mit ihren liberalen Fraktionskollegen in Streit, als man ihnen die Hände binden und den Mund verschließen wollte. Baron Robert Walterskirchen, ein aufrechter, unabhängiger, wirklich fortschrittlicher Politiker ließ sich gleich einigen anderen Freunden nicht einschüchtern; er setzte sich für die Wahlreform gewissenhaft ein und legte sein Mandat nieder, als ihm Vorwürfe gemacht wurden. Doch die Wähler in Steiermark dachten anders als die furchtsamen Parteioberhäupter. Baron Walterskirchen wurde sogleich wiedergewählt, aber er konnte sich nicht entschließen, in die alte Fraktionsgemeinschaft einzutreten.

Indes, nicht nur der Zug der Demokratisierung wirkte allmählich verändernd auf das Wesen der Parteien. Noch eine zweite Tendenz trat hervor. Die Gruppierung der Abgeordneten erfolgte im Parlamente unter zweierlei Gesichtspunkten. Für den Hohenwartklub, für die Rechtspartei, war zum Beispiele

das kulturell-verfassungsrechtliche Bekenntnis der einzelnen Parlamentarier ausschlaggebend. Neben den deutschen Klerikalen fanden sich Slowenen, Kroaten und Rumänen unter der Führung des einsilbigen, aber schlauen ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Hohenwart zusammen. Für andere Klubverbände kam allerdings ausschließlich das nationale Moment in Betracht. Die deutschliberale Verfassungspartei hatte sich zwar immer als Organisation der freiheitlich gesinnten deutschen Abgeordneten betätigt; sie war jedoch viele Jahre hindurch zuerst von österreichischen und dann erst von deutschen Empfindungen beseelt gewesen. Zwischen ihr und zwischen den ruthenischen Abgeordneten hatte lange Jahre eine innige Kampfgemeinschaft bestanden, die keinen Anstoß erregte. Nun aber war das deutsche Volk aus seiner gleichmütigen Ruhe aufgescheucht worden, und die folgenschwere Richtungsänderung in der innerösterreichischen Politik drängte im Lager der freiheitlich denkenden Deutschen nach und nach alle anderen Rücksichten hinter den nationalen Erwägungen zurück. Die liberale Verfassungspartei oder richtiger gesagt die Parteien der „Alten" und „Jungen", die an ihre Stelle getreten waren, trugen dieser Strömung bereitwillig Rechnung. Allerdings kam das deutsche Nationalbewußtsein nicht überall gleich stark zur Geltung.

Es gab genug Bürger deutscher Nationalität, die mit dieser parteipolitischen Entwicklung nicht einverstanden waren und in ihr einen krankhaften Zug wahrnahmen. Dazu gehörten vor allem die Wiener Demokraten, die in den reinen Traditionen des Völkerfrühlings vom Jahre 1848 aufgingen und die mit der deutschliberalen Verfassungspartei gar manchen harten Strauß ausgefochten hatten. Ihrer im wechselvollen Laufe der Jahre gefestigten Überzeugung entsprach es, das politische Denken mit mehr volksfreundlicher Teilnahme zu erfüllen und der nationalen Unduldsamkeit hüben und drüben mit nationaler Friedfertigkeit zu begegnen. Das sollte nicht heißen, daß man sich seiner nationalen Zugehörigkeit entäußern mochte; die Wiener Demokraten fühlten als Vollblutdeutsche. Sie dachten jedoch, im Mittelpunkte des Reiches und auf unbestrittenem deutschem Kulturboden lebend, wesentlich anders über die

angemessene Betätigung des völkischen Empfindens als jene Männer, die von den eigentlichen nationalen Kriegsplätzen herkamen. Der alte Bauernfeld hatte einmal griesgrämig gemeint:

„Wie sagt das Sprichwort? Not kennt kein Gebot!
Was Nationalität? Ein einig Reich tut not!"

In dieser Richtung bewegten sich die Gedanken der Wiener Demokraten gewiß nicht, wenngleich sie das kräftige Gefühl für das Reichsganze mit dem fruchtbaren Dichter teilten. Zwischen den Demokraten und dem Abgeordneten Baron Walterskirchen gab es viele Berührungspunkte, und die ehrgeizige Absicht, eine neue große demokratische und gemäßigt nationale deutsche Partei ins Leben zu rufen, erwachte bald. Sie wurde durch den Herausgeber der dreimal täglich erscheinenden „Wiener Allgemeinen Zeitung", durch Dr. Theodor Hertzka, eifrig unterstützt. Die „Wiener Allgemeine Zeitung", die von allem Anbeginne für eine gemäßigt deutsche Politik eingetreten war, hatte sich damals mit den Mitgliedern des „Klubs der Linken" wie auch des „Fortschrittklubs" überworfen; nun predigte sie unermüdlich, daß die Erbschaft der Verfassungspartei von neuen Männern mit jugendfrischen Ideen übernommen werden müsse und solle. So flossen verschiedene Interessen und Umstände zusammen, und als Kreuzungsprodukt der Wünsche entstand die „deutsche Volkspartei".

Adolf Fischhof stimmte in der politischen Auffassung mit den wagelustigen Männern in Wien überein. Ihn trennte von ihnen nur die Ansicht, daß es nicht darauf ankomme, ein neues parteipolitisches Gehäuse zu zimmern, sondern daß es geboten sei, den alten Schlauch mit frischem Weine zu füllen und inmitten der bestehenden liberalen Gruppen reformierend zu wirken. Auch zweifelte der alte Kämpfer an der günstigen Konstellation für eine erfolgreiche parteipolitische Gründung. Allein die Männer, die sich einmal mit der kühnen Idee vertraut gemacht hatten, wollten von ihrem Vorhaben nicht ablassen; sie bemühten sich, den Pessimismus des alten Herrn zu zerstreuen, denn die Mitarbeit Fischhofs schien ihnen eine unerläßliche Vorbedingung, ja sogar eine teilweise Bürgschaft des vollen Erfolges zu sein. Deshalb suchte man den Einsiedler von Emmers-

dorf umzustimmen und auf ihn etwas von dem aufrichtigen Optimismus zu übertragen, den man selbst hegte. Im Mai 1882 war Fischhof nach Wien gekommen, um in der Hauptstadt Umschau zu halten und im unmittelbaren Verkehre mit den führenden Persönlichkeiten der neuen Gruppierung zu prüfen, wie weit seine eigene Meinung berechtigt sei[1]).

„Gestatten Sie mir" — schrieb er am 27. Mai an den Herausgeber der „Wiener Allgemeinen Zeitung"[2]) — „die öffentliche Erklärung, daß nicht die Absicht, eine neue parlamentarische Partei zu bilden, meiner Reise nach Wien zugrunde lag. Völlig außerhalb der Abgeordnetenkreise stehend, hätte ich jeden derartigen Versuch für anmaßend und töricht gehalten. Ich kam nach Wien, als zu meiner Kenntnis gelangte, daß Reichsratsmitglieder, deren Charakter selbst den Gegnern Hochachtung einflößt und deren deutsche Gesinnung unzweifelhaft ist, den Versuch machen wollen, durch Vereinigung mit Gleichgesinnten nicht jählings, sondern allgemach eine Änderung jenes Zustandes herbeizuführen, der bei uns so viele politische Anomalien schuf und der befürchten läßt, daß die Früchte unseres Konstitutionalismus früher faul werden als reif. Ich kam nach Wien, um mich diesen Männern als Volontär zur Verfügung zu stellen, als Soldat, der es für Feigheit hielte, sich zu schonen und vor den Geschossen der Gegner Scheu zu haben, wenn es für die kostbarsten Güter unseres Vaterlandes zu kämpfen gilt. Wiederholt war in den letzten Jahren die Versuchung an mich herangetreten, dem Ausgleiche der Nationalitäten öffentlich das Wort zu reden, doch widerstand ich ihr stets. Ich machte aus meinen Ansichten kein Hehl, als die Verfassungspartei sich noch am Staatsruder befand; aber deutsch denkend und fühlend widerstrebte es mir, gegen sie ein Wort des Tadels zu einer Zeit auszusprechen, da der Deutschösterreicher sich hintangesetzt fühlte. Zudem hatte ich schon vor 13 Jahren ausgesprochen, daß eine Versöhnungsaktion nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn sie von Mitgliedern der Verfassungspartei in die Hand genommen werde und daß kein Friedenspakt Geltung haben könne, dem nicht der Deutsche mit voller Beruhigung sein Siegel aufgedrückt. ...

Die Vorgänge bei der Abstimmung über die Wahlreform und der Austritt eines Mannes wie Walterskirchen aus dem Reichsrate ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß selbst die eiserne Klammer der Parteidisziplin Unhaltbarem nicht dauernd Halt verleihen könne. Einen Beweis für die auch in den deutschösterreichischen Provinzen sich regende Opposition lieferte die einstimmige Wiederwahl des Mannes, der den Mut hatte, das von ihm als staatsförderlich Angesehene höher zu stellen als die Diktatur des Klubs. Unter solchen Umständen hielt

---

[1]) „Wiener Allgemeine Zeitung", 16. Juni 1882. Morgenblatt. Fischhofs Brief vom 14. Juni 1882.

[2]) „Wiener Allgemeine Zeitung", 28. Mai 1882. Fischhofs Brief vom 27. Mai.

ich es nicht bloß für statthaft, sondern für geboten, durch Ehre wie durch Pflicht geboten, mit diesem unerschrockenen Manne und seinen deutschen Genossen für jene Sache einzutreten, die mir stets eine heilige war. ...

Bis jetzt ist es nicht die politische Überzeugung, sondern das sprachliche Interesse, welches unsere Volksvertreter mit Ausnahme einer geringen Zahl trennt und eint. Die neuzubildende Partei will dahin wirken, daß mit der Zeit nicht das Idiom, sondern die politische Gesinnung das Bindemittel der Parteien sei. Koalitionen politisch divergierender, ja entgegengesetzter Gruppen weisen wohl alle Parlamente auf, doch sind diese Verbindungen meist vorübergehend und so meist ohne tiefere Bedeutung. Die Permanenz solcher Parteiallianzen, wie wir sie im Reichsrate[1]) erblicken, ist aber das Symptom eines tiefkranken öffentlichen Lebens und zugleich ein krankheitserzeugendes Moment. Indem sie politisch Homogenes auseinanderhält, politisch Heterogenes zusammenzwingt und so den einzelnen wie die Parteien in verfängliche Situationen und eine Fülle von Konflikten mit der eigenen Anschauung bringt, muß sie Unklarheit und Unwahrheit erzeugen, die öffentliche Moral trüben und schließlich zu politischem und ethischem Siechtume führen, zu einem Zustande, gegen den jedes Heilmittel versagt. Nicht minder bedenklich als der Widerspruch mit sich selbst ist der Widerspruch, in welche jede der zwei großen nationalen Parteien mit einer der mächtigen Zeitideen gerät. Die Verfassungspartei, die ein ziemlich feines Gehör für den Freiheitsruf des persönlichen Individuums hat, ist recht harthörig, so oft sie den Ruf des noch viel bedeutsameren nationalen Individuums vernehmen soll, und setzt sich so in Konflikt mit der unsere Zeit mächtig durchflutenden Nationalitätsidee. Im Gegensatze zur deutschen bekundet die vorwiegend aus Slawen bestehende Reichsratsgruppe die lebhaftesten Schwingungen der Gehörnerven, wenn der Genius des Jahrhunderts seine Stimme zugunsten nationaler Rechte erhebt, während sie die Stimme nur allzuoft überhört, wenn sie das persönliche Individuum und seine berechtigten Forderungen eindringlich ihrer Sorgfalt empfiehlt. Ist ein rüstiges Fortschreiten denkbar bei solcher Selbsthemmung hüben und drüben? Was nützt es, den einen Fuß zu beflügeln, wenn man ein Bleigewicht an dem anderen trägt? Man kann den einzelnen nicht sittlich, nicht politisch heben, wenn man ihn national zu erniedrigen sucht, denn das Volkstum ist die Wurzel der Einzelkraft. Ebensowenig kann die Wurzel des nationalen Daseins Boden fassen und der Volksstamm sich kräftigen ohne sorgsame Pflege alles dessen, was demselben in Fülle entkeimend, nach individueller Gestaltung strebt. ...

Es ist ferner an der Zeit, nicht die Äußerlichkeiten, sondern die Natur des Staates zu prüfen, dessen Existenz man unter seine Obhut nahm. Unsere politischen Experimente müssen in der Zukunft wie in der Vergangenheit eine Kette von Irrungen sein, solange man es sich nicht klar macht, daß der Nationalitätenstaat ein Organismus ist, der wesentlich vom

[1]) Gemeint ist der „eiserne Ring“.

Nationalstaate differiert. In letzterem sind Staat und Nation eins, sie können miteinander nicht in Konflikt geraten. Ganz anders im Nationalitätenstaate; hier ist eine Kollision staatlicher und nationaler Bestrebungen, ja staatlicher und nationaler Lebensinteressen gar sehr möglich, und es bedarf zu deren Fernhaltung ausnehmender Klugheit und Besonnenheit, sowie der größten Schonung nationaler Empfindlichkeiten. Einer Partei, deren Politik, falls sie dauernd Platz griffe, ganze Völkerschaften in den kritischen Momenten des staatlichen Daseins nur allzu leicht vor die Alternative stellen würde, sich entweder für die nationale Selbsterhaltung oder für die Erhaltung des Staates zu entscheiden, einer solchen Partei mag man mit Hinblick auf die Lauterkeit ihrer Gesinnung wohl rühmend nachsagen, daß sie die treueste Wahrerin des Patriotismus, die eifrigste Pfadsucherin der echten und rechten Staatsidee sei. Eines läßt sich ihr jedoch nicht nachrühmen: die Erkenntnis, daß in der Politik wie in der Musik die feinst ersonnene Harmonie zur peinlichen und abstoßenden Disharmonie wird, wenn infolge mangelnder Sorgfalt für das gute Zusammenstimmen die Exekutierung die schönsten Absichten ins Gegenteil verkehrt. Und gerade diese Erkenntnis ist es, die den Politiker macht.

Der neu zu bildenden Partei ist die Aufgabe zugedacht, die Ausführung in Einklang mit den Tendenzen jeder guten Konstitution überhaupt und unserer Verfassung insbesondere zu bringen.... Die Männer, die sich zu einer wahrhaft österreichischen und eminent deutschen Tat verbunden, denken nicht daran, sich kopfüber in die nationale Ausgleichsaktion zu stürzen und Leidenschaften heraufzubeschwören, deren Dämpfung in ihrer Absicht liegt. Sie wollen sich nicht gegnerisch von der (bestehenden) nationalen Partei entfernen, sondern durch kluge Mäßigung die anderen nationalen Gruppen ihr näher bringen und ihr den Sukkurs der Liberalen aller Volksstämme verschaffen, ohne die sie für immer in ihrer jetzigen unfruchtbaren Opposition und Negation verharren müßte. Sie werden dabei kein Recht preisgeben, das dem Staate zukommt, und ebensowenig eines, das den Deutschen und dem Deutschtume gebührt. Sie wollen nur den Liberalismus vom Vorwurfe befreien, daß er unduldsam sei und nicht wie die Reaktion verschiedene Völkerelemente um sich zu scharen wisse. Sie wollen dem Fortschritte jenen Gewinn zuführen, welchen bis jetzt der Rückschritt aus der Gewährung berechtigter nationaler Wünsche (der Nichtdeutschen) zog. ... Aus Erfahrung wissen wir, daß diejenigen unversöhnlich sind, die Unrecht erdulden, und noch unversöhnlicher jene, die Unrecht üben. Die neue Partei wird daher nach Maßgabe ihres Könnens der Übung und der Duldung jedweden Unrechts entgegentreten. Das Unrecht hintanhalten, heißt in unserem Falle die Interessen versöhnen, und der Versöhnung der Interessen folgt mit der Zeit auch jene der Gemüter nach. ..."

Die neue Partei sollte den Namen „deutsche Volkspartei" erhalten. Auch Graf Taaffe hatte, als er gegen Ende

der siebziger Jahre die Leitung der Staatsgeschäfte übernahm, an die Schaffung einer nationalen Mittelpartei gedacht. Doch wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht immer das gleiche. Dem Ministerpräsidenten schwebte die Bildung einer national indifferenten deutschen Gruppe vor, während man nun in Wien eine national bewußte, aber auch national gerecht denkende Partei ins Leben rufen wollte. Graf Taaffe war zu allem eher bereit als zur Förderung einer wirklich demokratischen Organisation, während die großzügigen Ideen der Demokratie das Programm und die Gesinnung der Männer erfüllten, die jetzt unter Fischhofs geistiger Führung hoffnungsfroh in den Vordergrund traten.

Tage voll Aufregung brachen für den „Weisen von Emmersdorf" an. Noch ehe die „deutsche Volkspartei" zur Aktion gekommen war, wurde ein Sturm ohnegleichen gegen die Männer entfesselt, die ihre politische Meinung durchzusetzen wagten. Die alten liberalen Gruppen befanden sich in einer trüben Zeit der Bedrängnis; das Glück hatte sich von ihnen abgewandt, und ihren ängstlichen Gemütern erschien die Gefahr, die das Entstehen einer neuen Partei für sie allenfalls bedeutete, erheblich vergrößert. Mit zweierlei Waffen wurde gegen die „deutsche Volkspartei" gekämpft. Ein Teil der Presse und der Politiker schwieg sie vollständig tot; der andere Teil verleumdete, verhöhnte und beschimpfte sie. Nur schwer läßt sich sagen, welches Kampfmittel schmerzlicher berührte. Selbst der alte, nackensteife Hans Kudlich wurde gegen Fischhof, Baron Walterskirchen und gegen den prinzipienfesten Führer der Wiener Demokraten Dr. Ferdinand Kronawetter gewissenlos ausgespielt. Der Bauernbefreier aus dem Jahre 1848, der in Amerika lebte, war wohl über die Ziele der „deutschen Volkspartei" und über das Wesen der Männer, die an der Spitze der Bewegung standen, falsch unterrichtet worden, und so konnte bald ein verletzender und unbegründeter Schmähbrief des „edlen Volksmannes Hans Kudlich" durch unzählige Flugblätter verbreitet werden. Abgesehen von den persönlichen Verdächtigungen, hieß es in dem Schreiben, daß die neue Partei nur dazu diene, „die Reihen der Deutschen zu schwächen und zu zersplittern, wo doch jetzt alles

sich in Reih' und Glied stellen und seine eigenen partiellen Gravamina dem nationalen Kampfe unterordnen sollte".

Nicht weniger rücksichtslos gingen die deutschnationalen Anhänger des knorrigen volkstümlichen Abgeordneten Georg Ritter v. Schönerer vor, die eben ein radikal deutsches Programm entworfen hatten, das am 16. August 1882 veröffentlicht wurde. Es hat unter dem Namen „Linzer Programm" einen bedeutenden Einfluß auf die Geschichte des deutschösterreichischen Parteiwesens geübt. Am 1. Juli 1882 brachten die „Deutschen Worte" einen erregten Leitartikel. Darin wurde ausgeführt, daß Schönerer bereits am 10. November 1880 in Waidhofen an der Thaya die Bildung einer „deutschen Volkspartei" verkündet hatte, und die Priorität des Gedankens und der Firma[1]) nachdrücklich für die Deutschnationalen in Anspruch genommen, die ihrer Organisation freilich einen ganz anderen Inhalt geben wollten, als Fischhof und Walterskirchen.

Mitte Juni fanden die Vorbesprechungen der Vertrauensmänner statt, die den Offiziersstab der „deutschen Volkspartei" bilden sollten[2]). Ihre erste „feierliche Kundgebung" erfolgte am 13. Juni in einer Versammlung, die von etwa hundert Personen besucht war. Der verdienstvolle Dr. Ritter v. Newald führte den Vorsitz. Den Reigen der Redner eröffnete Dr. Karl Lueger mit einer zuversichtlichen Ansprache. Er schilderte[3]) die Ursachen der Gründung der neuen Partei und sprach davon, daß einerseits „die Anerkennung der deutschen Staatssprache" erfolgen müsse, daß aber auch anderseits den Nichtdeutschen Gelegenheit geboten werden solle, ihre Sprache fortzubilden. Die Interessenvertretung, auf der das Abgeordnetenhaus beruhe, möge endlich einmal verschwinden und durch eine wahre Volks-

---

[1]) „Deutsche Worte", Nr. 13. Herausgegeben von Engelbert Pernerstorfer. (Deutsche Volkspartei.) Wien 1882.

[2]) Als Vertrauensmänner fungierten unter anderem für den I. Bezirk in Wien: Architekt Wilhelm Fränkl und Dr. Edmund Singer, für den II. Bezirk die Gemeinderäte Feucht und Bachmayr; für den III. Bezirk die Gemeinderäte Dr. Lueger und Mandl; für den V. Bezirk Gemeinderat Lauber und Rasp; für den VI. Bezirk Gemeinderat Dr. Pichl und Landtagsabgeordneter Schlechter; für den VII. Bezirk Gemeinderat Kreuzig; für den VIII. Bezirk Abgeordneter Dr. Kronawetter; für den IX. Bezirk Ritter v. Newald; für den X. Bezirk Gemeinderat Reisinger.

[3]) „Wiener Allgemeine Zeitung". Mittagblatt. 14. Juni 1882.

vertretung ersetzt werden, denn „wie die Sachen heute stehen, hat ein kleines Häuflein von Klerikalen im Parlamente mehr Einfluß als sämtliche Vertreter der sogenannten liberalen Deutschen". Lueger schloß unter lebhaftem Beifalle mit dem Ausrufe: „Ich glaube, daß unser Programm würdig ist der Diskussion, daß dessen Ziel würdig ist politischer Männer, und daß wir es freudig begrüßen müssen, daß endlich solche Gedanken Platz gegriffen haben." Weiter ergriffen noch Dr. Theodor Hertzka, Professor Dr. Moritz Benedikt, Dr. Edmund Singer und die Gemeinderäte Kreuzig und Väth das Wort.

Viel Mühe und Ausdauer ist allemal notwendig, wenn es ein politisches Unternehmen in die richtigen Wege zu leiten gilt. Ein mitgliederreiches, des Zusammenspiels ungewöhntes Orchester muß in beharrlicher Arbeit einem starken Willen unterordnet werden. Die Wochen der emsigen Vorbereitungen für die Gründung der „deutschen Volkspartei" hatte Adolf Fischhof in Wien verbracht. Von seinen engeren Gesinnungsgenossen wurde dem pflichtbewußten Kämpfer manche herzerfrischende Huldigung dargebracht, und diese Versicherungen treuer Anhänglichkeit wirkten um so wohltuender, weil zum ersten Male nach langer Zeit Gelegenheit geboten war, die Probe auf die Popularität zu machen. Als der alte Mann wieder im geräuschlosen Emmersdorf weilte, mochte ihm die Stille seiner Kärntner Einsiedelei doppelt willkommen gewesen sein, denn der strapaziöse Aufenthalt in Wien hatte an die leicht erregbaren Nerven große Anforderungen gestellt. Aber nicht lange sollte es Fischhof gegönnt sein, im „Koglhofe" der Ruhe zu pflegen, denn die harte Pflicht rief ihn bald nach der alten Kaiserstadt an der Donau zurück.

Für Sonntag den 16. Juli 1882 war in dem geräumigen Wiener Musikvereinssaal die erste öffentliche Versammlung der „deutschen Volkspartei" einberufen worden. In dem schönen, dem edelsten Wohlklange geweihten Raume wollte man den letzten Akt der Parteigründung vollziehen, und in leicht beschwingter Hoffnungsfreudigkeit harrte man nun einer eindrucksvollen, nachhaltigen Kundgebung des Wiener freiheitlichen Bürgertums für das gute Beginnen. Doch mit des

Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten, und das Unglück reitet schnell! Als Sonntag vormittag die neunte Stunde schlug, wurde der Eintritt in den Musikvereinssaal gestattet. Der festliche Saal füllte sich nicht zu rasch. Trotzdem der Einlaß nur auf Personen beschränkt war, die Eintrittskarten vorweisen konnten, mußte man in kurzer Zeit die Wahrnehmung machen, daß sich die deutschnationalen Gegner unter Engelbert Pernerstorfers und Dr. Heinrich Friedjungs Führung in nicht geringer Zahl eingefunden hatten und den Versuch unternehmen wollten, sich der Leitung der Versammlung zu bemächtigen. Mit Lärmszenen wurde die Beratung eröffnet; unter heftigen Tumulten nahm die Versammlung ein programmwidriges Ende. Die ersten Begrüßungsworte sprach der gesinnungstüchtige demokratische Wiener Gemeinderat Kreuzig, der auch das Programm der Partei verlas[1]). Die Satzungen lauteten:

„Durch eine möglichst genaue gesetzliche Feststellung des Wirkungskreises der Staatssprache und durch Durchführungsgesetze zu dem Artikel 19 der Verfassung mit einer Definition der darin enthaltenen Begriffe der Landessprache, der landesüblichen Sprachen und der Volksstämme Österreichs ist die Verordnungsgewalt der Regierung zu beschränken und die Einengung des nationalen Kampfgebietes anzustreben. Dabei sollen die sprachlichen Rechte der Nationalitäten ihre Beschränkung nur in den unabweislichen Bedürfnissen der staatlichen Einheit, des öffentlichen Dienstes und der kulturellen Aufgaben des Unterrichtes finden.

Durch eine Wahlreform mit Beseitigung der Interessenvertretung sind breitere Schichten der Bevölkerung zum öffentlichen Leben heranzuziehen und die Minoritäten in den einzelnen Ländern, seien es deutsche oder solche anderer Nationalitäten, durch geeignete Maßregeln möglichst vor Unterdrückung zu schützen.

Die zunächst liegende Aufgabe der Deutschen ist die Verteidigung ihrer nationalen Rechte. Wir erachten diese Verteidigung am wirksamsten bei völliger Anerkennung der nationalen Rechte anderer führen zu können. Wir haben in verkünstelten und illiberalen Wahlgesetzen einen dauernden Schutz des Deutschtums nicht gefunden und glauben die Stellung der Deutschen in Österreich am besten dadurch zu sichern, wenn die Bedingungen geschaffen werden, die es ermög-

---

[1]) Es erübrigt sich wohl, besonders hervorzuheben, daß jedes Parteiprogramm das Ergebnis von Kompromissen ist, die zwischen den, allerdings nach einer bestimmten Richtung führenden Spezialwünschen der einzelnen Persönlichkeiten geschlossen werden. Auch Adolf Fischhof wird sicherlich in dem einen oder anderen Punkte dem Willen seiner Parteifreunde Konzessionen gemacht haben.

lichen, daß dieselben Hand in Hand mit den fortschrittlichen Elementen der übrigen Nationalitäten des Reiches dem Staate jene Einrichtungen sichern und verleihen, die die freiheitliche Entwicklung aller ermöglichen.

Wir wollen demnach auch jene Änderungen in der Gesetzgebung, durch welche erst der volle Gebrauch der in den Grundgesetzen verliehenen (staatsbürgerlichen) Rechte möglich sein wird."

Stürmische Zwischenfälle traten schon bei der Wahl des Präsidiums ein; schließlich konnte aber der Demokrat Dr. v. Newald den Vorsitz übernehmen. Er erteilte zuerst Adolf Fischhof das Wort: „Kaum ist" — hieß es im Berichte der „Wiener Allgemeinen Zeitung"[1]) — „sein von weißen Locken und einem wallenden weißen Barte umrahmter würdiger Kopf sichtbar geworden, so erhebt sich ein Beifallssturm, wie er in einer politischen Versammlung in Wien seit dem Jahre 1848 nicht wieder vernommen worden ist. Die unbegrenzte Verehrung, welche die freisinnige Wählerschaft der Residenz für den unentwegten Paladin der Freiheit hat, gelangt in minutenlangem Händeklatschen zum Ausdrucke. Die ‚Nationalen' zischen, müssen aber ihr Zischen angesichts der donnernden Hochrufe einstellen."

Fischhof dankte aus tiefinnerstem Herzen für den ehrenvollen Empfang der Wiener Bevölkerung. „Möchte es mir noch in den letzten Tagen meines Daseins gegönnt sein," — meinte der alte Kämpfer — „der Bevölkerung und ihrer Sache zu dienen, jener edlen Bevölkerung, die einen so glänzenden Lohn selbst für die geringsten Verdienste hat." Da der Zustand seiner Nerven das Halten eines längeren Vortrages nicht gestatte, habe er seine Gedanken zu Papier gebracht. Er bitte die Versammlung um Nachsicht, wenn er den Entwurf seiner Rede vorlesen lasse.

Die wohlüberlegten und wirkungsvoll aufgebauten Darlegungen Fischhofs, die Dr. Edmund Singer vortrug, hatten folgenden Wortlaut:

„Hochgeehrte Versammlung.

Es ist für uns ein edles Gefühl, im geistigen Kontakte mit den hochachtbaren Männern zu sein, die heute zusammentreten, um ein gewichtiges Urteil über das politische Programm zu fällen, auf dessen

---

[1]) „Wiener Allgemeine Zeitung". Morgenblatt. Wien, 17. Juli 1882.

Grundlage die „deutsche Volkspartei“ im Schoße des Reichsrates sich bilden soll. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, welche den Deutschen und dem Deutschtum in Österreich den Einfluß wieder gewinnen wollen, den diese durch eine irrige Politik eingebüßt, wünschen, daß bei der Erörterung jener Fragen, von deren glücklicher Lösung das Wohl aller unserer Volksstämme und der Bestand der Monarchie abhängig sind, die ruhige Erörterung an die Stelle der pathetischen Deklamation trete. Sie fühlen das Bedürfnis, ihr Wollen und Streben, sowie die Anschauungen, von denen sie geleitet sind, vor das Forum der öffentlichen Meinung zu bringen und im Gedankenaustausche mit national fühlenden, aber auch politisch denkenden Männern verschiedenster Berufs- und Gesellschaftsklassen die Ansichten zu klären, den eigenen Irrtum oder den Irrtum anderer zu berichtigen und in solcher Weise das Urteil an die Stelle des Vorurteils treten zu lassen. So sei es denn gestattet, den Gedanken zu entwickeln, der allen Bestrebungen dieser Männer zugrunde liegt, den Gedanken, der in dem Satze sich ausdrücken läßt, daß der liberale Deutschösterreicher drei Pflichten zu erfüllen hat: die eine als treuer Sohn Österreichs, die zweite als der würdige Sohn des großen deutschen Volkes und die dritte als der echte und rechte Sohn seiner Zeit.

Als Österreicher muß er das Gedeihen und die Macht seines Vaterlandes mit aller Energie zu fördern bemüht sein, als Deutscher hat er die Obliegenheit, seinem Volksstamme die ihm gebührende Stellung und den ihm zukommenden Einfluß in der Monarchie mit Entschlossenheit, Beharrlichkeit und Klugheit zu wahren, und als das echte Kind seiner Zeit hat er die Pflicht, rastlos an der mächtigen Geistesarbeit der Gegenwart teilzunehmen und alles zu beseitigen, was die kulturelle Entwicklung in Österreich zu hemmen vermag.

Die Förderung des Gedeihens und der Macht Österreichs ist nur dann möglich, wenn die Verfassung und alle öffentlichen Institutionen sorgfältig den Lebensbedingungen dieses Staates anbequemt sind. Und zur Erkenntnis dieser Lebensbedingungen gelangen wir nicht durch das Haften unseres Blickes an dem Unwesentlichen und Formalen, sondern durch ernste Prüfung der inneren Natur des Staatsorganismus, dessen gedeihliche Entwicklung unserer Obhut anvertraut ist. Bei den Einrichtungen des großen Gemeinwesens, dem wir angehören, müssen wir stets im Auge behalten, daß Österreich als konstitutioneller Nationalitätenstaat von den großen verfassungsmäßigen Nationalstaaten unseres Weltteiles sich wesentlich unterscheidet, denn im Nationalstaate, der ausschließlich oder doch überwiegend eine Nation in sich birgt, sind Staat und Nation eins, ist der Patriotismus identisch mit dem Nationalgefühle, liebt sein Vaterland, wer sein Volk liebt. Im Nationalitätenstaat hingegen, der mehrere selbstbewußte Volksstämme in sich faßt, von denen kein einziger die Mehrheit der Bevölkerung bildet und deren jeder als eine ansehnliche Minorität ernste politische Bedeutung hat, sind Nation und Staat nicht eins, muß dieser, sobald er sich als Nationalstaat geriert, das heißt sobald er eine Nationalität zugunsten der anderen bevorzugt, die Eigenliebe der hintangesetzten Völker in Kollision bringen mit der Liebe zum Vaterlande. Und da

der Selbsterhaltungstrieb der mächtigste aller Instinkte ist, erscheint bei dieser Kollision der Staat weit mehr als die hintangesetzten Völker bedroht, wenn diese die Mehrzahl bilden und wenn ein gewaltiges und gewaltsames Nachbarreich diesen Konflikt auszubeuten versteht. Was hier theoretisch auseinandergesetzt wurde, findet in der Praxis in den vieljährigen Erscheinungen des öffentlichen Lebens seinen traurigen Beleg. Infolge der ungenügenden Beachtung der Staatsnatur von seiten unserer Politiker konnte Österreich seit Beginn der konstitutionellen Ära nicht zu jener Fertigkeit, nicht zu jener Stabilität gelangen, deren es sich nur dann erfreuen könnte, wenn seine staatliche Existenz von den vorhandenen inneren politischen Fluktuationen unbedroht bliebe. Heute sind wir nur Zeugen des publizistischen Bürgerkrieges und des parlamentarischen Rassenkampfes, heute ist es nur das vergiftete Wort, das man in Schrift und Rede einander entgegenschnellt; aber wenn bei Fortdauer und Verschärfung der nationalen Gegensätze dereinst in Tagen schwerer innerer Krisen oder einer von außen hereinbrechenden Gefahr die Staatsgewalt nicht mehr haltgebietend zwischen die Kämpfer zu treten vermag, dann sind es tödliche Geschosse, die man gegeneinander schleudert und mit denen man den Staat im Kerne seines Daseins trifft.

Wir haben auf Tatsachen hingedeutet, und auch die Berufung auf eine gewichtige Autorität ist uns gegönnt. Wir sind weit davon entfernt, dem beizustimmen, was der dem Liberalismus abholde Kanzler des Nachbarreiches gegen die leitenden Politiker des deutschösterreichischen Volksstammes vorgebracht, aber einige Sätze, die er völlig untendenziös hinstellte, sind der unzweifelhafte Ausdruck seiner staatsmännischen Überzeugung; und es gereicht uns zur hohen Befriedigung, daß der größte Politiker der Gegenwart, daß der hervorragendste deutsche Mann den Satz aussprach, welchen die deutsche Volkspartei im Staatsleben Österreichs zur Geltung bringen soll, den Satz nämlich: daß keine Nationalität bevorzugt, somit auch keine hintangesetzt werden dürfe. Man hat im Lager der Unversöhnlichen oft behauptet, daß jene Politik, welche nicht die Bevorzugung der Deutschen auf ihre Fahne schreibt, die Allianz mit Deutschland bedrohen müsse. Wir haben nun aus dem Munde des kompetentesten Mannes erfahren, daß die Behauptung völlig aus der Luft gegriffen sei. Der Reichskanzler, dessen Geist zu scharf und zu tief ist, als daß er die Staatsindividualität Österreichs verkennen sollte, wünscht als Alliierten Deutschlands ein in sich geeinigtes Österreich, das sich stark erweist in den Stunden gemeinsamer Not, nicht aber ein Österreich, dessen Volksstämme einander grimmig befehden zu einer Zeit, in welcher die Allianz der beiden Reiche sich erproben soll.

Sie fragen wohl, hochgeehrte Herren: ‚Wenn der Deutsche in Österreich aus Hingebung für den Staat auf jede Bevorzugung verzichten muß, wie soll er sich die im Programme der „deutschen Volkspartei" so stark akzentuierte und auch vom deutschen Kanzler für ihn beanspruchte Führerrolle trotz der Ungunst der numerischen Verhältnisse sichern und jene hervorragende Stellung einnehmen, die aufzugeben weder sein nationales Selbstgefühl ihm erlaubt, noch sein patriotischer Sinn?‘

Wir antworten: ‚Durch kluge und zugleich wohlwollende Ausnutzung seiner Überlegenheit.‘ Bei der Abstimmung in den Volksvertretungskörpern entscheidet allerdings die Majorität, aber das Votum erfolgt unter der bestimmenden Einwirkung weniger durch Verstand, Geist und Willenskraft zur Leitung berufener Männer. Ein Blick auf den Reichsrat zeigt, daß der deutschösterreichische Volksstamm in den Reihen seiner Vertreter weit mehr Kapazitäten aller Art als die Gesamtheit der übrigen Nationalitäten zählt. Dem Deutschen wird somit die politische Führerrolle zufallen, sobald er in jenen, zu deren Führung er in berechtigter Erkenntnis der österreichischen Staatsindividualität berufen ist, stets die Überzeugung wach zu halten weiß, daß er als kundiger und wohlmeinender Führer nicht bloß seine, sondern auch ihre Interessen zu fördern geeignet und geneigt sei. Gewaltsam beherrschen kann man selbst Widerwillige, führen aber nur jene, denen man Vertrauen einflößt und die willig folgen.

In bezug auf unsere kulturelle Mission stimmen wir mit der Verfassungspartei darin überein, daß die deutsche Sprache, in welcher die Geisteserntem der Jahrhunderte aufgespeichert und die literarischen Schätze fast aller Nationen aufgestapelt sind, das wichtigste Kulturvehikel in Österreich sei.

Die Differenz der Ansichten besteht darin, daß man im Lager der Verfassungspartei das Eindringen nichtdeutscher Idiome in Schule und Amt als ein Hemmnis der uns Deutschösterreichern obliegenden zivilisatorischen Mission ansieht und daher ihren Gebrauch als Unterrichtssprache, namentlich in den mittleren und höheren Lehranstalten und jede Anwendung derselben im staatsamtlichen Verkehre hindern oder nur widerwillig und zögernd gestatten will, während die Männer, welche die Bildung der Volkspartei sich zur Aufgabe machen, es als einen Akt der Billigkeit ansehen, wenn man in Österreich dem Gebrauche der Nationalidiome keine andere Schranke setzt als jene, die durch die unabweislichen Anforderungen des öffentlichen Unterrichtes in der Schule und die Postulate des öffentlichen Dienstes im Amte gegeben ist. Ja, sie erblicken in der möglichst hohen Entwicklung der nationalen Idiome nicht bloß ein legitimes Recht der Nationalitäten, sondern auch ein österreichisches, ein deutsches und selbst ein europäisches Interesse, weil die Nichtbeachtung der gegründeten nationalen Wünsche unsere Slawen schließlich in die Arme des für das gesamte westliche Europa gefährlichen Panslawismus drängen würde.

Nach unserer Ansicht müssen wir acht Millionen Deutsche — da es unmöglich ist, vierzehn Millionen Nichtdeutsche national zu absorbieren — uns darauf beschränken, sie geistig zu assimilieren und kulturell uns nahe zu bringen, nicht durch Tötung, sondern durch Belebung ihres nationalen Geistes und ihres nationalen Idioms. Wir wünschen, daß die deutsche Sprache in derselben Art auf unsere Nationalitäten zivilisatorisch wirke, wie die griechische und lateinische auf die großen Nationen Europas gewirkt, deren Idiome durch die klassischen Sprachen nicht unterdrückt, sondern emporgehoben wurden. Die Bemühungen der „deutschen Volkspartei“ sollen nun dahin gerichtet sein, daß die deutsche Sprache, den klassischen gleich, ihre zivilisatorische Mission nicht auf

Kosten, sondern zu Gunsten und unter der förderlichen Mithilfe der nationalen Idiome in Österreich erfülle. Das deutsche Idiom sei in allen Schulen Österreichs einer der Hauptlehrgegenstände, Unterrichtssprache aber nur dort, wo die heimische Sprache hierzu nicht die Eignung hat, um ihr Platz zu machen, sobald diese ihre volle Qualifikation erlangt. So lenken wir die willig folgenden Nationalitäten und ihre Idiome sachte und wohlwollend auf die Pfade der Kultur. Unsere Sprache, die, solange sie die anderen zu verdrängen oder doch zu verkümmern sucht, dem Hasse verfällt, wird als deren freundliche Begleiterin und Führerin unseren Völkerschaften sympathisch werden und diese der deutschen Art und Sitte, dem deutschen Denken, Fühlen und Streben immer näher und näher bringen. Ebenso wollen wir den Sprachen die Pforten der Amtsstube so weit öffnen, als das Interesse des öffentlichen Dienstes und die Notwendigkeit der zentralen Leitung dies statthaft erscheinen läßt.

Es wird vielfach der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß Österreich slawisiert werden könnte. Soll das Wort ‚Slawisierung‘ im Gegensatze zum Worte ‚Germanisierung‘ die Herbeiführung der slawischen Sprachherrschaft in der Schule und in der Staatsverwaltung Österreichs bedeuten, dann hat es keinen Sinn, denn es gibt wohl eine gemeinsame Schriftsprache der Deutschen, aber keine der Slawen in Österreich, und daß eines unserer zahlreichen slawischen Idiome — die doch alle nur provinzielle Bedeutung haben und außerhalb des engen Sprachgebietes selbst den verwandten slawischen Völkern unverständlich sind — die Alleinherrschaft in der Schule und im öffentlichen Leben Österreichs erlangen könnte, wird wohl kaum von jemandem geglaubt.

Viel ernster zu nehmen ist dieses Wort als Bezeichnung des Strebens unserer slawischen Volksstämme, für ihre Sprache die Suprematie in jenen deutschslawischen Ländern zu erringen, in welchem unser Volksstamm die Minderheit der Bevölkerung bildet. Um einer derartigen Vergewaltigung der Deutschen und des Deutschtums wirksam zu begegnen, haben wir in unser Programm als eines der wichtigsten Postulate die Erlassung eines Sprachengesetzes aufgenommen, welches die im Artikel 19 der Verfassung allen Idiomen zugestandenen Rechte genau präzisieren, vor jeder administrativen Willkür schützen und in sprachlich gemischten Ländern jeder Vergewaltigung der nationalen Minorität vorbeugen soll. Wir schlagen zu diesem Zwecke unter anderem vor, daß in allen provinziellen Vertretungskörpern gemischter Nationalität bei Entscheidungen über Sprachenfragen kuriatim abgestimmt werde, mit anderen Worten, daß die Minorität und die Majorität voneinander abgesondert in je einer Gruppe abstimmen und daß nur das als angenommen zu betrachten sei, wofür die Mehrheit sowohl der einen als der anderen Gruppe gestimmt hat. Hierdurch wird die Überstimmung und Benachteiligung der nationalen Minorität zur Unmöglichkeit. Unsere Volksstämme werden zur gegenseitigen Achtung ihrer sprachlichen Rechte erzogen, und der Weg wird geebnet, der uns zum inneren Völkerfrieden führt. Das Kuriatvotum hat zur Zeit konfessionellen Haders in Deutschland manchen schweren Konflikten

vorgebeugt; und wie dort das religiöse Gewissen, wird es bei uns das nationale Bewußtsein vor Kränkung durch die Majorität bewahren und schließlich hier wie dort seine Anwendung überflüssig machen. Wir wünschen daher auch, daß diese Art von Abstimmung nur dann stattfinde, wenn sie von der nationalen Minorität ausdrücklich gefordert wird.

Als dritte Pflicht jedes liberalen Deutschösterreichers bezeichneten wir im Eingange unserer Auseinandersetzung die energische Förderung des Fortschrittes auf politischem wie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete. Schon wenn es gelingt, die politische Atmosphäre von den Miasmen des Sprachenhaders zu befreien, wirken wir auf die Gesundung unseres öffentlichen Lebens hin, das in Siechtum zu verfallen droht. Indem ferner der Keil hinweggeschafft wird, welcher bis jetzt die demokratischen Elemente der verschiedenen Volksstämme auseinanderhält, erlangen die Deutschliberalen, die jetzt in der Minorität sich ohnmächtig abmühen, jenen Sukkurs, durch den allein sie dauernde Erfolge zu erzielen und dem Konstitutionalismus eine breite Basis zu geben imstande sind.

‚Aber die Nichtdeutschen Österreichs kennen keinen Liberalismus; ihnen bedeutet die Nationalität alles, die Freiheit nichts!‘ ruft man uns Tag für Tag zu.

Lächerliche Behauptung! Mit der Freiheit bietet man dem Volke eine Fülle von Rechten, somit eine Besitzesfülle, die nicht bloß von idealem, sondern auch von realem Werte ist. Und welches Individuum und welches Volk ist so töricht, einen wertvollen Besitz zurückzuweisen, der ihm angeboten wird, ja nach dem es nur zu greifen hat? In Wahrheit verschmähen unsere Volksstämme nur jene Freiheit, die man nicht anders als auf Kosten der Nationalität, das ist nicht anders als durch Verkümmerung seiner Sprache erlangen kann. Die Freiheit ist wohl ein kostbares, doch wenn verloren, nicht unwiederbringliches Volksgut; die Sprache aber ist der Geist, ist die Seele des Volkes, das, einmal mit ihr untergegangen, nie wieder emportaucht im Strome der Zeit. Die Völker wurden oft von ihren Sprachen überlebt, aber niemals eine Sprache von ihrem Volke, denn ihr letzter Laut ist dessen letzter Lebenshauch.

Daß auch der Deutsche, vor die Alternative gestellt, sich entweder für die Freiheit oder für seine Nationalität zu entscheiden, in bezug auf die Wahl keinen Augenblick lang schwankend sei, bewies er in Schleswig. Die Führer der dänischen Verfassungspartei schufen eine liberale Konstitution, durch die aber die deutsche Bevölkerung in ihren Rechten und ihren Nationalgefühlen sich gekränkt fühlte. Die verfassungstreuen Eiderdänen suchten die Deutschen zu dänisieren, indem sie deren Sprache aus einem Teile der höheren Schulen und aus der Kirche verdrängten. Die Deutschen, wohl wissend, daß ein Volk, um frei leben zu können, vor allem leben müsse, wiesen mit Entrüstung jene Spezies von Liberalismus zurück, die ihr Volkstum bedrohte. Sie griffen anfänglich zur geistigen Waffe, später zum Schwerte; und so verlor schließlich

das auf dem Papiere so staatseinheitlich konstituierte Dänemark zwei Provinzen, die noch heute in seinem Besitze wären, hätte es Gefühle zu schonen gewußt, die tiefer als jedes andere im Herzen eines nationalbewußten Volkes ruhen.

Bedrohen wir, durch solches Beispiel gewarnt, unsere Volksstämme nicht in ihrer Sprache, und sie werden unsere Genossen sein im Kampfe für die politische Freiheit; denn im Rechte, das alle Volksindividualitäten schützt, suchen und finden alle ihren festen und sicheren Hort.

Zum Schlusse sei noch einem Einwande begegnet, der sich nicht gegen die Aktion der neu zu bildenden Partei, sondern gegen den Zeitpunkt richtet, in welchem sie beginnen soll. Herr v. Plener hat, wie wir freudig konstatieren, in seiner Ansprache an seine Wählerschaft sich nicht unversöhnlich gezeigt, sondern nur hervorgehoben, daß wenn der Deutschösterreicher jetzt, da er besiegt ist, dem siegreichen Gegner vis-à-vis sich konziliant zeige, sein Versöhnungsanerbieten die Bedeutung einer Kapitulation haben müßte. Aber, hochverehrte Versammlung, ist es denn richtig, daß der Deutschösterreicher der Besiegte der Slawen ist? War es die Strategie der Tschechen, Polen und Slowenen, durch welche die Verfassungspartei in die Minorität gedrängt wurde? Nein! Das Kompromiß eines der angesehensten Männer der Verfassungspartei, die Schwäche einiger deutschböhmischer Edelleute hat die Deutschen um die Majorität gebracht! Nicht von den Slawen gestürzt wurde die Verfassungspartei, sie sank von ihrer Höhe durch das Wanken derer hinab, die sie als die festesten Pfeiler ihrer Macht angesehen. Zudem hat ja auch Herr v. Plener auf die feste Defensivstellung hingewiesen, welche die Deutschen noch immer einnehmen. Wer einem in günstiger Verteidigungsposition befindlichen Gegner vis-à-vis steht, kann sich nicht als Sieger betrachten, wie offensivkräftig er auch sei. Und wie ist es denn mit der Offensivkraft der Slawen bestellt? Einen entscheidenden Schlag vermögen sie nicht zu führen, denn für sich allein bilden sie nicht die Majorität. Sie sind überdies weder national noch politisch homogen, und ihre Majorität hängt von einer Partei ab, deren Genossenschaft fast gefährlicher als deren Gegnerschaft ist. Um kleine nationale Erfolge zu erzielen, müssen sie unverhältnismäßig große Opfer bringen; für Pfennige fordert die ultramontane Fraktion ihnen das Gold ab, welches die Nationen sich aus dem tiefen Schachte der Volksbildung holen. Wir haben in letzter Zeit mit liberalen slawischen Publizisten und Politikern viel verkehrt, aber die Miene des Siegers haben wir an ihnen nicht erblickt. Alle erkannten das Demütigende und das Bedenkliche ihrer Situation, alle erklärten, sie würden die Bildung einer deutschliberalen Partei, die sich ihnen entgegenkommend zeigt, als ein Glück betrachten, als die Erlösung von einer Allianz, welche ihnen nur durch die nationale Notwehr aufgedrängt wurde. Wessen Auge nicht geblendet ist, der sieht in unserem Parlamente nicht siegende und nicht besiegte Nationalitäten, sondern ohnmächtige Deutsche, ohnmächtige Slawen und einen hinfälligen Parla-

mentarismus, der für die einen wie für die anderen unheilbringend ist und nutzverheißend nur für jene kleine klerikale Fraktion, die als vereinzelte Oase üppiges Hoffnungsgrün zeigt, inmitten unserer konstitutionellen Wüstenei!

Der Herr Abgeordnete der Egerer Handelskammer hat, seine Wähler ermutigend, die Wiedergewinnung der Macht seitens der Verfassungspartei in Aussicht gestellt.

Nun, das Wiedererlangen der Majorität ist für die freiheitlichen Deutschen auf viererlei Art möglich: Die erste bestünde in der wiederholt empfohlenen Gewinnung der Polen durch die weitest gehenden Zugeständnisse in bezug auf ihre Landesautonomie. Hieße das nicht eine Aktion unternehmen, durch welche die Partei mit ihren feierlichen Erklärungen sich in Widerspruch setzte? Und würde durch solch ein Vorgehen der nationale Hader aus der Welt geschafft und Österreich konsolidiert?

Ein zweites Mittel zur Wiedererlangung der Macht wäre die Allianz mit den Ultramontanen. Doch solch ein Abfall der Partei von sich selbst ist nicht denkbar!

Die dritte Möglichkeit der Machtgewinnung böte die geänderte Richtung des Luftstromes in den obersten Schichten der politischen Atmosphäre, in jenen Schichten, deren leisester Hauch den Gesinnungsflugsand eines Doppeldutzend privilegierter Wähler nach rechts, nach links, kurz dorthin weht, wo er bis auf weiteres ruhen soll. Ist es der deutschösterreichischen Volksvertretung würdig, die parlamentarische Stellung ihres Stammes von einem Lufthauche abhängig zu machen und den Bau des Konstitutionalismus und Liberalismus auf Flugsand aufzuführen?

Es bleibt somit als letzte Möglichkeit nur das Bündnis mit den nichtdeutschen Liberalen. Diese Allianz will die „deutsche Volkspartei" verfechten; denn dieses Bündnis allein gibt der Freiheit den Boden einer gesicherten Majorität. Freilich setzt diese Allianz die friedliche Lösung der sprachlichen Fragen voraus; aber wenn König Heinrich IV. sagen konnte: ‚Der Besitz von Paris ist eine Messe wert', dürfen wir es mit noch größerem Rechte aussprechen, daß die Sicherung des Fortschrittes, die Beseitigung der nationalen Wirren und die Konsolidierung des Reiches mit einigen sprachlichen Konzessionen doch nicht zu teuer erkauft seien. Welchen Sinn hat denn auch die Fortsetzung eines Kampfes, der schließlich kein anderes Resultat haben könnte, als daß der Sieger eine etwas geringere Zahl tödlicher Wunden davontrüge, als derjenige, den er besiegt.

Der Deutschösterreicher hatte stets eine große Mission zu erfüllen; er war der Propagandist deutscher Sprache, deutscher Sitte und Bildung. Wirkte sein Stammesgenosse draußen im Reiche mehr intensiv auf die Entfaltung des nationalen Geistes und des nationalen Idioms, so wirkte er in Österreich mehr extensiv, denn er trug seine Sprache und seine Kultur von den Ufern des Inn bis zu den Ufern des Pruth, von den Küsten der Adria bis zu den Gewässern des Pontus. Soll er seine Mission auch in unserer humanen Zeit erfüllen, so bleibe er dessen eingedenk,

daß man die Menschen und Völker gewinnen muß, auf die man wirken soll, daß nur das Wohlwollen Propaganda macht, nicht die Mißgunst und nicht der Haß.

Wir wenden uns vertrauensvoll an Wien, denn Wien ist das Herz der Monarchie, und in diesem Herzen darf kein Übelwollen gegen jene Platz greifen, welche die gemeinsame Mutter Austria ihre Kinder nennt. Der Wiener, der eine Fülle des Wohlwollens über jeden ausgießt, der sich ihm naht, wird am allerwenigsten mit diesem Gefühle kargen, wenn es, vom Mittelpunkte des Reiches weithin sich ausbreitend, den Gemütern wieder jene Ruhe zu bringen vermag, deren sie bedürfen und deren auch Österreich bedarf, wenn es konstitutionell erstarken und wirtschaftlich sich regenerieren soll! Sprechen nun Sie Ihre Meinung aus, meine Herren!"

Lebhafter Beifall lohnte und ehrte Adolf Fischhof, als seine Ausführungen zu Ende gelesen waren. Nun ergriff Baron Walterskirchen zu einem langen, inhaltsreichen Vortrage über die politischen Verhältnisse in Österreich das Wort. Der gewiegte Parlamentarier wußte die Zuhörer zu fesseln, und seine Darlegungen wurden auch von den Gegnern ruhig und aufmerksam angehört. Das dritte Referat hatte Dr. Theodor Hertzka übernommen, der die wirtschaftlichen und sozialen Tendenzen der neuen Partei erörterte. Den offiziellen Reden sollte eine zwanglose Diskussion folgen. Als erster Wortführer der deutschnationalen Opposition erschien Dr. Heinrich Friedjung auf der Tribüne. Er gedachte eine Resolution zur Annahme zu empfehlen, die „gegen die Veruneinigung der Deutschen Österreichs" Protest erhob. Zur Abstimmung darüber konnte es aber gar nicht kommen, weil sich schon während der ersten Sätze, die der oppositionelle Redner sprach, ein wilder Tumult auslöste, der alle Bande der Ordnung sprengte und zur vorzeitigen Schließung der Versammlung nötigte.

So hatten sich die Gründer der „deutschen Volkspartei" den ersten entscheidenden Schritt in die Öffentlichkeit nicht vorgestellt! Tiefe Niedergeschlagenheit und Verzagtheit bemächtigte sich einzelner Führer, die in ihrer Hoffnungslosigkeit noch bestärkt wurden, als sie am nächsten Tage den Jubel vernahmen, den der unerquickliche Verlauf des Meetings in den Zeitungen der Verfassungspartei hervorrief. „Zerschlagen und zersprengt, verspottet und verhöhnt wurde gestern die Volkspartei, als sie zum ersten Male aus dem trüben Dunkel vieldeutiger Programme

ans helle Tageslicht sich hervorwagte," konnte man in dem tonangebenden Blatte der Deutschliberalen lesen[1]). „War das eine Heiterkeit! Es lachten die Freunde und die Gegner, es lachten selbst die Standbilder der erhabensten deutschen Tondichter, die den Saal schmücken. Das Gelächter verpflanzte sich auf die Straße, und schließlich lachte die ganze Stadt. Wie grausam ist das Schicksal dieser Versammlung!... Die Volkspartei wird wohl in stiller Zurückgezogenheit ihre schwere Wunde pflegen; aber wenn sie wieder wagen sollte, sich öffentlich zu zeigen, wird es heißen: Bleibe ruhig mein Kind, in dürren Blättern säuselt der Wind!" Nun, so schlimm, wie es dieser Artikel schildert, war es natürlich nicht, ebensowenig, wie die „deutsche Volkspartei" „eine Partei des Grafen Taaffe" sein sollte, was die unerbittlichen Gegner allerorten verkündeten. Indes, in einer Hinsicht hatte die Schadenfreude nicht übers Ziel geschossen. Die „deutsche Volkspartei" lag wirklich schon zerschlagen am Boden, ehe sie noch recht geschaffen war. Zuerst zogen sich die Schwachmütigen und die politischen Streber ängstlich zurück; die übrigen jedoch beschlossen die Arbeit während des Sommers ruhen zu lassen, um im Herbste desto kräftiger vordringen zu können. Doch dazu kam es nicht mehr; der eine Sommersturm hatte die Blüte vernichtet, ehe sie zur Frucht zu reifen vermochte.

Adolf Fischhof hielt sich am wackersten; er riet zur Ausdauer, er tröstete die Kleinmütigen und hätte gerne die Fortführung der Arbeit gesehen. Aber vom weltentlegenen Emmersdorf aus ließ sich das ins Stocken geratene Räderwerk nicht in Bewegung setzen, und in Wien geschah ernstlich nichts dergleichen.... Im öffentlichen Leben wechseln die Ereignisse rasch, und die Vergessenheit ist immer beschäftigt und bemüht, ihre Schleier auszubreiten. Meist bleibt nichts zurück als das oft ungerechte Urteil, das in der eilenden Stunde unbedacht gebildet wurde. Darum scheint es uns nicht überflüssig zu sein, einen Augenblick bei den leitenden Gedanken, die zur mißglückten Gründung der „deutschen Volkspartei" führten, prüfend zu verweilen. Um

[1]) „Neue Freie Presse". Wien 1882. 18. Juli. (Leitartikel.)

was handelte es sich? Österreich sollte allmählich zielbewußt in einen demokratisch regierten Völkerstaat umgewandelt werden; man wollte dafür sorgen, daß die Politik von freiheitlichen Ideen durchströmt werde. Dazu war es notwendig, die fortschrittlich denkenden Elemente aller Nationen zu sammeln. Das hätte nun nicht etwa bei lässiger Preisgabe des nationalen Eigenwesens und der selbständigen nationalen Organisation geschehen sollen. Nein! Die Deutschen mochten sich ebenso wie die anderen Völker eine nationale Partei schaffen. Aber irgendwie hätte es möglich sein müssen, die einzelnen Gruppen — wenngleich nur in loser Fühlung — zu vereinen und so zu einer mächtigen Armee zu machen. Das liberale Bürgertum Österreichs sollte ungefähr das zustande bringen, was Jahrzehnte später trotz der vorausgegangenen aufreibenden nationalen Kämpfe der Arbeiterschaft gelang und zu einer einflußreichen politischen Position verhalf.... Und darum so viel Feindschaft für die Männer, die diesen Gedanken huldigten!

III. Die Reduktion der kontinentalen Heere

Der einzige Trost, den das Unglück bietet, besteht darin, daß es das Glück schätzen und suchen lehrt. Aus der tiefsten Erniedrigung hat sich der strebende Menschengeist oft zu den höchsten Höhen emporgeschwungen; in den Zeiten des schwersten Ungemaches ist immer viel Scharfsinn aufgewendet worden, um die Mittel zur dauernden Überwindung der Bedrängnisse zu finden. Aus den wilden Greueln des Kriegsgetümmels stieg die heiße Sehnsucht nach einer Zeit der Kriegslosigkeit, nach einer unwandelbaren Epoche ungetrübter Harmonie verlangend empor. Unter den Eindrücken des langwierigen Kampfes um das spanische Erbe schrieb der Abbé St. Pierre im Jahre des Utrechter Übereinkommens sein berühmtes Buch über den Frieden, und als der erste Koalitionskrieg Europa erschütterte, entstand in dem einsamen Königsberger Philosophen Immanuel Kant der Plan zu seinem den Jahrhunderten so sehr vorauseilenden Traktat über den ewigen Frieden. Seither hat der Krieg gegen den Krieg fast nicht geruht. Aus den verstärkten Humanitäts-

gefühlen, ebenso wie aus den politischen und volkswirtschaftlichen Bedürfnissen wuchsen die verschiedensten Vorschläge, Versuche und Unternehmungen heraus, die entweder die blutigen Kämpfe der Staaten überhaupt beseitigen oder wenigstens ihre Möglichkeit vermindern wollten.

Anfangs der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts kam die moderne Friedensbewegung in ein rascheres Tempo. In mehreren Ländern entstanden Friedensgesellschaften; aber die Gründungen wurden wenig beachtet und blieben kleine Lokalereignisse. Am 27. August 1870 hielt der großdenkende österreichische Abgeordnete Baron Robert Walterskirchen in dem betriebsamen Alpenorte Mürzzuschlag eine bedeutsame Rede, die jedoch spurlos verklang und auch später keine Beachtung fand, obgleich sie als vierseitige Flugschrift verbreitet wurde. In den bewegten Tagen, in denen der preußisch-französische Krieg die ganze Welt in Aufregung versetzte, suchte der nachdenkliche Politiker nach zweckmäßigen Garantien für einen dauernden Frieden. Mit anschaulichen Worten empfahl er die Schaffung eines internationalen Deputiertenvereines, dessen Mitglieder die Mehrheiten der verschiedenen Parlamente vertreten sollten. Würden sich diese Männer gewisse Verpflichtungen auferlegen, dann müßte künftig „der Ausbruch eines Krieges ganz außerordentlich erschwert werden"[1]). Im Jahre 1873 regte der englische Parlamentarier Henry Richard den Abschluß internationaler Schiedsgerichtsverträge im altehrwürdigen Hause der Gemeinen an, und im selben Jahre wurde im Kongresse der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein ähnlicher Antrag gestellt. In der italienischen Kammer sprach man um diese Zeit gleichfalls von der Nützlichkeit der Schiedsgerichtsverträge[2]). In der großen Öffentlichkeit Österreichs aber rührte sich nichts. Man klagte nur mißmutig über die wachsenden Kosten der Armee und über das Defizit des Staatshaushaltes, das sich nicht überwinden ließ. Das

[1]) Die Rede ist neuerdings abgedruckt in der „Friedens-Warte", Wien, März 1910. 12. Jahrgang, Heft 3. (Ein Beitrag zur Vorgeschichte der interparlamentarischen Union.)

[2]) A. H. Fried, „Die moderne Friedensbewegung", S. 65. Leipzig 1907.

Schlagwort des Tages war: sparen! und es wurde der Regierung oft zugeschleudert. Niemand aber wußte, wie man das anfangen sollte, denn die Ausgaben für kulturelle Zwecke duldeten keine Einschränkungen, und das Budget für die Armee konnte zur Not bloß unwesentlich beschnitten werden.

Als Adolf Fischhof die traurigste Periode seines Lebens durchzumachen hatte, da entriß er sich den auf ihn einstürmenden Kümmernissen durch die intensive Beschäftigung mit einem für ihn neuen Probleme. Im Juli 1875 brachte er die Ergebnisse seiner Erwägungen zu Papier, und so entstand ein Aufsatz: „Zur Reduktion der kontinentalen Heere", der wegen der türkischen Wirren und wegen der ungünstigen Jahreszeit vorerst in der Schreibtischlade blieb. Im September entschloß sich Fischhof jedoch, den Artikel der Öffentlichkeit zu übergeben, und die „Neue Freie Presse" übernahm den Abdruck des umfangreichen Manuskriptes[1]).

„Das Gefühl der Sicherheit und Ruhe" — legt der Verfasser dar — „hat seine festeste Wurzel im Bewußtsein der Kraft. Das gilt vom persönlichen Individuum und weit mehr noch vom staatlichen, das nur so viel Recht als Kraft besitzt. Die Erhaltung der Wehrhaftigkeit ist somit des Staates ernste Pflicht und die imponierende Machtentfaltung eine der wesentlichsten Garantien seines Bestandes, vorausgesetzt, daß sie nicht auf Kosten, sondern auf Grundlage der inneren Kraftentwicklung geschieht. Was uns aber auf dem Festlande Europas vor Augen tritt, erinnert lebhaft an das Vorgehen jenes streitbaren Jünglings, der sich, zu gymnastischen Kämpfen vorbereitend, wochenlang einen ansehnlichen Teil der Nahrung entzog, um die Ersparnisse für Turngeräte und Turnunterricht hinzugeben, und der am Tage der Entscheidung ganz verblüfft sah, daß ihm die Spannkraft fehle, für deren Hebung er doch so weislich gesorgt. Der Friede unserer Tage ist ein Friede ohne Segnungen. Nach beendetem Kriege wird die Waffe nur in die Toga gehüllt. Das Gefühl der Bangigkeit weicht daher auch in der Friedenszeit nicht. Der Unternehmungsgeist ist gelähmt. Nirgends Behaglichkeit, nirgends Zuversicht! Zwischen Zündstoff und Pulvertonne gestellt, wie sollte Europa sich da behaglich fühlen, wie Zuversicht gewinnen? ..." Das schlimmste bei dieser allgemeinen Kalamität ist, daß die Bevölkerung allerorten vergeblich nach einem Retter sucht. Fehlt es etwa den Männern des öffentlichen Vertrauens an Einsicht, an Mut, an Hingebung? Nein! Die Parlamentarier stimmen, wie sie stimmen müssen unter den Einwirkungen von Verhältnissen, deren Änderung bisher außer dem Bereiche ihres Könnens liegt. Wenn der Kriegsminister auf die großen Umwälzungen im Heere aller

[1]) „Neue Freie Presse". 26. und 28. September 1875.

Kontinentalstaaten hinweist, dann kann eine patriotische Kammer nicht gegen die Forderungen der Heeresverwaltung auftreten. Die Parlamente beherrschen eben nicht die europäische Situation, sondern sie werden von ihr beherrscht.

„Woher diese Zwangslage, diese Ohnmacht der Legislativkörper gegenüber der größten Völkerplage unserer Zeit?“ fragt Fischhof, und er antwortet gleich: in der Isolierung der Parlamente, die den gegenseitigen Kontakt, ja selbst die Annäherung hemmend, keine Vereinbarung gestattet. Jede Volksrepräsentanz ist in ihrer Kammer eingeengt, an einen großen gemeinsamen Beratungssaal für die parlamentarische Gesamtrepräsentanz unseres Weltteils hat man bisher noch nirgends gedacht. Wie wäre es nun, wenn die Volksvertretungen von Zeit zu Zeit einer Völkervertretung Raum ließen und wenn die Regierungen bei wichtigen Anlässen die Stimme Europas vernähmen? „Für alle Interessen wurden bereits internationale Beratungsstellen geschaffen — nur die öffentliche Meinung unseres Weltteils hat selbst für politische und soziale Fragen kein Zentralorgan.“ Und dennoch: Wenn irgend ein Interesse die europäische Gesamtheit berührt, so ist es die Wehrfrage. „Dieser eine Sorgfalt zu widmen, die im Verhältnisse zu ihrer Bedeutung steht, wäre die Aufgabe eines allgemeinen Volksvertretertages, einer Wanderkonferenz von Mitgliedern aus dem Schoße aller europäischen Legislativkörper oder vorerst aus der Mitte der großstaatlichen Volksvertretungen. Eine Versammlung dieser Art, und bestünde sie nur aus Parlamentsmitgliedern, die ohne jedes Mandat zusammentreten, hätte ein nicht geringes Gewicht; noch um vieles bedeutungsvoller wäre sie jedoch, wenn ihre Teilnehmer von den Volksrepräsentanten eines jeden Landes in einer außerparlamentarischen Versammlung als Mandatare designiert würden.“ Was der Wirksamkeit der Einzelparlamente fast entrückt ist, das vollzöge sich rasch bei gemeinsamer Aktion. „Die Konferenz allein vermöchte durch ihren Appell an die Regierungen eine Heeresreduktion zu erzielen, die von allen Staaten des Kontinents zu gleicher Zeit und in gleicher Proportion zu ihrem jetzigen Friedensstande bewerkstelligt, das gegenseitige Machtverhältnis nicht im mindesten alterierte.“ Dieses Machtverhältnis resultiert ja nicht aus der absoluten, sondern aus der relativen Größe der kontinentalen Heere. Wer hundertarmig mit einem Briareus ringt, hat nicht mehr Chancen des Erfolges, als wer nur zweiarmig gegen einen Zweiarmigen kämpft. „Wozu somit der riesige Heeresaufwand, der von allen gleichmäßig betrieben, für alle gleich nutzlos ist? Wozu diese unersättliche Gier nach Kriegern und Waffen, diese Überspannung der Kräfte, die schließlich nur zur Erschöpfung führt? Vernunft und Menschlichkeit rufen den Regierungen zu, fortan um die Wette abzurüsten, wie sie bisher um die Wette gerüstet haben.“

„Einen kräftigen Impuls zu so löblichem Wetteifer gäbe die Konferenz durch zwei Beschlüsse, von denen der eine die Quote des gegenwärtigen Friedensstandes bezeichnete, um welche nach ihrer Ansicht die Heeresmacht der Kontinentalstaaten zu verringern sei, während

durch den zweiten Beschluß die Konferenzmitglieder sich verpflichteten, schon im Laufe der nächsten Session in ihren betreffenden Parlamenten etwa folgende Kundgebung zu beschließen: „Das Haus erwartet mit Zuversicht, daß die Regierung in kürzester Frist allen kontinentalen Mächten und zuvörderst allen Großmächten des Kontinents die Bereitwilligkeit kundgebe, den Friedensstand ihres Heeres um die von der Konferenz angegebene Quote zu verringern, falls die anderen Regierungen ein Gleiches täten."

Am Schlusse der ersten Hälfte des Artikels schreibt Fischhof: „Spricht die Konferenz mit Nachdruck aus, daß die unnütze Belastung der Steuerträger, diese schwere Versündigung der Staaten an sich selbst, nicht mehr statthaft sei, dann wird ihr Mahnruf nicht überhört werden, selbst wenn er noch unverstärkt durch das Echo der Parlamente den Machthabern ans Ohr dränge. Schon in ihrer Zersplitterung wurde die öffentliche Meinung Europas die sechste Großmacht genannt; sie würde aber zur Universalmacht, wenn sie durch Konzentration in einem Organe ihre Wucht potenzierte. Wahrlich, die Bretter jener Rednerbühne, von der herab die Vertreter der Nationen im Namen der Nationen sprächen, sie wären es, die fortan die Welt bedeuteten. . . ."

„Wohl mancher meiner Leser" — setzt der Verfasser seine Ausführungen fort — „dürfte die Frage stellen: „Wozu ein neuer parlamentarischer Apparat? Eine allgemeine Abrüstung zu vereinbaren, das wäre ja Aufgabe der Diplomatie." Allerdings, aber hat die Diplomatie die Lösung dieser Aufgabe bis nun versucht? In den Gesellschaftskreisen, denen die Diplomatie angehört, besitzt man einen viel feineren Sinn für das Macht- als für das Sparsamkeitsbedürfnis der Staaten. Ein Impuls von dorther ist kaum zu erwarten. Man muß selbst den Anstoß geben. Gilt es eine Bürde zu erleichtern, dann fällt die Initiative naturgemäßer dem zu, der die Bürde trägt, als jenem, der sie ihm auf die Schulter gelegt.

„Die Heeresreduktion ist *nicht die einzige* internationale Angelegenheit, die des Impulses bedarf. Eine Fülle *ökonomischer und sozialer Interessen* ist allen Völkern gemeinsam; politische Fragen jeder Art harren ihrer Lösung durch das Zusammenwirken aller. Wer eignete sich zur Prüfung derselben mehr, als jene interparlamentarische Konferenz, die sich nicht wie eine diplomatische Konferenz überwiegend aus Männern einer Gesellschafts- und Berufssphäre, sondern aus Mitgliedern zusammensetzt, in denen die verschiedensten Stände und Berufsarten ihre Repräsentanten finden? Europa hat eine destruktive Internationale, eine konstruktive sei ihr entgegengestellt, damit sie die Gefahren banne, mit welcher eine utopische Demagogie unsere Gesellschaft bedroht. Hätte man nur einmal an das überwuchernde Kriegsbudget herzhaft die Schere gelegt, dann böten sich der Gesetzgebung die Mittel zur Genüge dar, um in großem Sinne reformatorisch zu wirken. . . ."

„Fürwahr, die Staatswirtschaft in den meisten Ländern Europas bedarf der raschen Umkehr. Diese Wandlung auf staatswirtschaftlichem Gebiete mit Entschlossenheit herbeizuführen, wäre eine der großen Aufgaben, welche die Volksvertreter sich stellen müßten. Ihre Aktion,

anfangs nur im losen Zusammenhange mit jener der Einzelvertretungen, würde im Laufe der Zeit organisch mit ihr verwachsen, und die Hoffnung wäre nicht allzu sanguinisch, daß die Konferenz dereinst als verbindender Ring den Volksvertretungen eingefügt werde. ... Dem allgemeinen Abgeordnetentage fiele die Aufgabe zu, in allen die Gesamtheit unseres Weltteils berührenden Gesetzgebungsfragen vorberatend und begutachtend zu wirken, ferner im Vereine mit der Repräsentanz der Regierungen einen Areopag für internationale Streitigkeiten zu bilden und so dem Kriege einen Damm entgegenzustellen."

Fischhof widerlegt nun eingehend die Einwände, daß erstens der Zeitpunkt für die interparlamentarische Konferenz noch nicht gekommen sei und daß zweitens Schwierigkeiten erwüchsen, weil Rußland bei der Konferenz nicht vertreten sein würde.

„Es bleibt also nur noch die Frage zu erörtern," — heißt es am Schlusse der umfangreichen Arbeit — „von wem soll die Einladung zur internationalen Zusammenkunft ausgehen, falls der Konferenzgedanke in parlamentarischen Kreisen Anklang findet? ... Die Initiative könnte nur den Deputierten Österreich-Ungarns oder Italiens zugedacht werden, und da hat der Ausspruch volle Berechtigung, daß ersteren der Vortritt gebühre. Italien ist die jugendlichste der Großmächte, Österreich-Ungarn hingegen ist ein großstaatlicher Veteran, und die ihm zufallende Friedensmission entspräche seinem Staatscharakter."

„Die österreich-ungarischen Delegationen sind jetzt zusammengetreten. Nur während der kurzen Dauer ihrer Session findet eine Berührung der Vertreter beider Reichshälften statt. Erfreut sich die Konferenzidee sympathischer Aufnahme, so böte sie den cis- und transleithanischen Deputierten zum Meinungsaustausche vielfache Gelegenheit dar," meint Fischhof. „Im Falle der prinzipiellen Annahme des Vorschlages könnte rasch zur Bildung eines Komitees geschritten werden, das die Modalitäten der Einladung, den Ort und die Zeit für die erste Konferenz einer Prüfung unterziehen müßte." Mit Lebhaftigkeit setzt sich Fischhof dafür ein, daß sich die Vertreter aller Parlamente in Wien ihr erstes Rendezvous geben mögen. Die Stadt des Wiener Kongresses eigne sich vorzüglich für einen Völkerkongreß, für eine „Vertretung der Nationen, wie sie ohnegleichen wäre in der Geschichte der Menschheit, eine Versammlung europäischer Notabeln, die, eine Friedensmission erfüllend, Segen brächte der Stadt und der Welt. Urbi et orbi."

In großer Zahl entströmten die Anregungen dem Artikel, in dem Fischhof den Ruf nach einer interparlamentarischen Organisation ertönen ließ. Ganz selbständig vorgehend, war er mit Baron Walterskirchen in mehrfacher Hinsicht zu einer geistigen Übereinstimmung gelangt, und es bereitete ihm eine große Überraschung, als er von den früheren Vorschlägen des steirischen Abgeordneten hörte. Zunächst machte sich Fischhof

ans Werk, um für den allgemeinen Volksvertretertag und für die durch einen übereinstimmenden Beschluß herbeizuführende Herabminderung der Soldatenzahl in den einzelnen Staaten eine neue Lanze zu brechen. In einem Aufsatze mit dem Titel: „Noch ein Wort über die Heeresreduktion"[1]) kämpfte er scharfsinnig gegen die Bedenklichen und Furchtsamen an; auch suchte er die hochmütigen Männer der Tat zu widerlegen, die in kleinlicher Selbstgewißheit gerne über Utopien lächeln, wenn eine neue Idee das menschliche Denken bereichern will. „Sollen wir denn stets siebenschläfrig hinter den anderen Völkern einherschleichen?" apostrophierte Fischhof seine österreichischen Landsleute. „Seien wir Männer! Erfüllen wir uns mit jenem Ehrgeize, den ein Volk wie ein Individuum in sich bergen muß, wenn es eine große Mission vollzieht. Gehen wir beherzt voran! Gleichgesinnte aller Nationen folgen uns dann nach. Die Feigheit ist ansteckend, der Mut ist es auch."

Fischhof war durch sehr nüchterne Erwägungen zu seinem Vorschlage gelangt. Die Forderung nach der Reduktion des Heeres hatte schon vorher das eine oder andere Parlament beschäftigt. Dabei konnte jedoch kein praktisches Resultat erblühen, weil das Ansinnen, die militärische Macht zu verringern, immer nur von wenigen Abgeordneten eines einzelnen Staates gestellt wurde. Fischhof aber hatte die Frage als internationales Problem aufgefaßt; von den Parlamentariern ganz Europas sollte gleichzeitig die Initiative ausgehen. Da er seine Erörterungen in einem vielgelesenen Blatte vornehmen durfte, wurde ihm nicht das betrübliche Schicksal des Barons Walterskirchen zuteil. Mehr als das. Der helltönende Weckruf fand ein ungewöhnlich starkes Echo. Die Artikel über die Heeresreduktion machten ihre Runde durch die europäische Presse; sie rüttelten in allen Kulturzentren das Gewissen vieler Parlamentarier wach. In Wien erschienen zwei Broschüren, die Fischhofs Aufsätze gesammelt enthielten[2]). Der bekannte eng-

[1]) „Neue Freie Presse". 15. Oktober 1875.

[2]) Adolf Fischhof, „Zur Reduktion der kontinentalen Heere". Heft 1 und 2. Wien 1875. Verlag Wallishauser.

lische Friedensfreund Freeland besorgte die Ausgabe einer englischen Übersetzung, die mit einem erklärenden Vorworte und Anhange versehen als stattliches Schriftchen durch das Inselreich zog. Viele österreichische Vertretungskörper wandten sich mit Petitionen an das Abgeordnetenhaus des Reichsrates, um den Fischhofschen Anregungen Nachdruck zu verleihen; wir nennen nur die Gemeinderäte von Wien, Graz und Linz.

Noch hatte der unentwegte Kämpfer seinen Köcher nicht ganz geleert. Ihm schien nicht nur die Verminderung der Heere ein dringendes volkswirtschaftliches und kulturelles Gebot zu sein, sondern er konstatierte auch, daß in der österreichischen Armee manches nicht in Ordnung sei, und seine überzeugenden Darlegungen wurden zur Sensation.

An der Spitze eines flammenden Appells stand die Überschrift: „Ein neues Defizit. Offenes Sendschreiben an Seine Exzellenz den Kriegsminister Freiherrn v. Koller"[1]. „Die Bureaus der Kriegsminister sind die Geburtsstätten der Defizits," — heißt es am Beginne — „doch die Zeugungsstätten sind fern von jenen Stätten der Geburt, in den dumpfen unheimlichen Souterrains der menschlichen Herzen, da wo die Bestie lauert, das grinsende zähnefletschende Tier. ... Die Kriegsminister schaffen nicht das Defizit, sie fördern es nur zutage, sie registrieren es, sie tragen keine Schuld. Nicht wer die hohe Rechnung bringt, sondern wer die übergroße Zeche gemacht, ist der Verschwender. ..."

„Handelte es sich bei uns um das altherkömmliche Defizit in der Geldwirtschaft des Staates, ich würde die kostbare Zeit Eurer Exzellenz nicht in Anspruch nehmen. Man wird stumpf gegen das Gute wie gegen das Schlimme, nicht nur durch die Gewohnheit der Übung, sondern auch durch die Gewohnheit des Anblicks. Die Wunder der Natur und die Greuel der Menschheit werden uns fast gleichgültig durch ihre Alltäglichkeit. Aber, Exzellenz, wir stehen in Österreich vor viel Schlimmerem. Uns bedroht eine neue Art von Defizit, ein Defizit der Volkskraft, und dieses deckt man nicht durch Steuern im Inlande, nicht durch Anleihen im Auslande. Solch ein Defizit führt zum Niedergange und, wird es chronisch, zum Untergange."

„Unsere Armee, die Blüte unserer männlichen Jugend, die Bürgschaft unserer staatlichen Zukunft, wird nicht ausgiebig genug ernährt, sie erhält die knappste Fleischration unter allen großstaatlichen Heeren Europas. Der englische Soldat verzehrt täglich eine fast dreimal stärkere Fleischportion als der unsere, der französische eine mehr als doppelt so große, der italienische konsumiert um die Hälfte mehr. ... Die österreichische Armee ist dabei intensiver an-

[1] „Neue Freie Presse". Wien, 7. November 1875.

gestrengt als die Mehrzahl der großstaatlichen Heere, denn die mangelhafte Schulbildung und die großenteils wenig entwickelte Intelligenz machen bei uns die Schulung für die Abrichter und für die Abzurichtenden mühsamer und aufreibender. Eure Exzellenz haben wohl, als Sie die daraufbezüglichen Angaben des Herrn v. Oppenheimer[1]) in der österreichischen Delegation bestätigten, mit den Worten getröstet: „Ein so großes Gewicht auch auf die Menageaufbesserung der Mannschaft gelegt werden muß, muß ich denn doch bekennen, daß im Interesse der Reichsverteidigung die Notwendigkeit einer intensiven Ausbildung des Heeres noch weit höher steht, als eine etwas bessere Mannschaftsverpflegung." Fischhof widerspricht dieser Auffassung, indem er dieser militärischen Ansicht die Lehren der Naturwissenschaft gegenüberhält. Dann setzt er fort: „Wenn Sie, Herr Kriegsminister, infolge der neuen Heeresorganisation und der neuen Gefechtsweise Ihre Soldaten intensiver ausbilden, das ist: intensiver anstrengen und sie nicht auch intensiver nähren, so schaffen Sie in der Armee ein Defizit von Kraft. Seit der Einführung der kurzen Präsenzzeit muß unser Soldat in drei Jahren mehr lernen, als früher in acht Jahren; er muß somit seine Kraft viel mehr anspannen, als in früherer Zeit. Eine so vermehrte Absuhr von Kraft erheischte eine gesteigerte Zufuhr von Nahrung, und die findet in der Menage nicht statt. Böte der Staat seinen Kriegern während der Präsenzdauer stets genügenden Stoffersatz, so nähme er während der ganzen Dienstzeit nur die Rente der Heereskraft für sich in Beschlag; ihr Kraftkapital brächte die Mannschaft unversehrt, ja durch geschärfte Intelligenz erhöht, mit ins bürgerliche Leben; aber bei der jetzigen Heerespflege konsumiert der Staat einen Teil des Kraftkapitals der unter Waffen stehenden Jugend. Bei solchem Vorgehen depotenziert er nicht nur die jetzige Generation, sondern auch die kommende, schädigt er nicht bloß seine Gegenwart, sondern auch seine Zukunft." Fischhof befaßt sich noch mit den anderen Ernährungsmitteln, die neben der Fleischkost in Betracht kommen, allein er sieht sich in seiner Behauptung von der Kraftabnahme nur bestärkt. Er stellt den Satz auf: „Ein entkräftetes Geschlecht, ein entartetes Geschlecht; ein entartetes Geschlecht, ein verkümmerter Staat."

„Eure Exzellenz fragen vielleicht, auf welche Daten ich meine Behauptungen stütze und bei welcher Gelegenheit ich die Kräfte unserer Armee gemessen oder gewogen? Ich habe die Kräfte der Armee weder gemessen noch gewogen; das würde mir auch (bei den heute fehlenden Behelfen) schwer geworden sein. Aber Ihre eigenen Angaben, Herr Minister, als Grundlagen akzeptierend und mit dem Gesetzbuche der Natur in der Hand, durfte ich sagen, was ich gesagt habe. Überdies blieb die Kräfteverminderung unserer Armee nicht ohne statistischen Ausdruck. An die Heeresreduktion wagt sich bei uns keine Ministerhand, aber eine Hand vollzieht sie doch — die knöcherne Hand des

[1]) „Stenographische Protokolle der Delegation des Reichsrates. Fünfte Sitzung der achten Session. S. 84. (11. Oktober 1875.) — Ludwig Ritter v. Oppenheimer behandelte in seiner Rede ausführlich die Ernährungsverhältnisse und die Sterblichkeit bei der Armee. Einzelne der von der Öffentlichkeit wenig beachteten Daten wurden von Fischhof übernommen.

Todes. Die Sterblichkeit in unserer Armee hat sich durch eine ganze Reihe von Jahren konstant erhöht und stellt sich im Vergleiche zu jener des deutschen Heeres im Durchschnitte ungefähr wie drei zu eins dar. Das macht per Jahr zu Ungunsten unserer Armee eine Differenz von 2400 Mann. Diese Zahl bedeutet dem Statistiker nur vier kleine Ziffern; für 2400 Mutterherzen jedoch, für den Haushalt von 2400 Familien bedeutet sie ein gar schweres und schmerzliches Defizit. ... Im Jahre 1865, somit zur Zeit der alten Heeresorganisation, war die Mortalität in unserer Armee etwas günstiger als gleichzeitig im preußischen Heere; sie betrug 9/10 Prozent. Erst mit der neuen Heereseinrichtung trat die Steigerung der Mortalität ein. Und da durch diese Reform in all jenen Faktoren, welche außer dem Mißverhältnisse zwischen Anstrengung und Ernährung der Mannschaft auf die Sterblichkeit hätten wirken können, keine ungünstige Änderung hervorgerufen wurde, so ist die Annahme vollkommen berechtigt, daß die erhöhte Sterblichkeit in jenem Mißverhältnisse ihren Grund habe. ..."

„Nach dem Ausspruche Napoleons siegt jene Armee, welche am schnellsten marschiert. Nur der gut genährte muskelstramme Soldat ist der geflügelte Bote des Sieges."

„Exzellenz, ich habe bis jetzt nur von der Mortalität in unserem Heere gesprochen. Die statistischen Ausweise der Erkrankungen und der Invalidität in den Reihen unserer Armee sind noch erschreckender. Im Jahre 1872 kamen bei einem durchschnittlichen Truppenstande von 238 772 Mann 434 105 Erkrankungen vor. Somit entfielen zwei Erkrankungen im Jahre auf fast jeden Mann. Deuten diese Ziffern nicht auf ein Mißverhältnis zwischen Anstrengung und Ernährung? Am erschreckendsten ist die Zahl der invalid entlassenen Mannschaft. Im Jahre 1872 wurden 4 Prozent der ganzen Mannschaft als zeitliche Invaliden beurlaubt und 2 Prozent des gesamten Truppenstandes als dauernde Invaliden in die Heimat entlassen. ... Der Nachwuchs des Wildes, der Fische, der Vögel steht unter der Obhut des Gesetzes, der Nachwuchs unserer Bevölkerung, der Stolz und die Hoffnung des Vaterlandes — ich bin zu erregt, Herr Minister, ich mag den Satz nicht enden. Die angeführten Mißstände können nicht so bleiben. Angesichts so tief schmerzlicher Tatsachen ist der Verpflegsmisere möglichst rasch abzuhelfen. Das haben ja auch Eure Exzellenz als Soldat empfunden und als Minister angestrebt, aber wie Hilfe schaffen? Prüfen wir! Daß man der jüngeren Generation, die unter den Waffen steht, den Brotkorb nicht hoch hängen dürfe, wurde eben nachgewiesen; denn das hieße die Zukunft bedrohen. Soll man etwa der älteren Generation den Brotkorb höher hängen, damit die wehrhafte Jugend sich gütlich tue? Das hieße die Gegenwart bedrängen, die Väter und die Mütter. Die produktive Tätigkeit des Nährstandes deckt ja ohnedies kaum mehr die unproduktive des Wehrstandes. Die Steuer hat ja wie jede Last ihre Begrenzung in der Tragkraft derer, welchen man sie auferlegt. ... Sollen Sie, Herr Minister, ohne Rücksicht auf die Vorgänge in den Nachbarstaaten, eine Reduktion unserer Armee vornehmen? Das hieße Gegenwart und Zukunft gefährden. Gegen solche Zumutung haben Sie, Herr General, nicht allein im Interesse

des Reiches Ihr Veto eingelegt, denn die Vollkraft Österreichs ist eine der wichtigsten Friedensgarantien unseres Weltteils."

„Wohin sich nun wenden? Exzellenz, wollen Sie das Mittel erspähen, das Abhilfe schafft, dann müssen Sie vom Staatsbürger sich zum Weltbürger erheben, dann müssen Sie Ihren Blick hinausrichten über die Schranken Österreichs, hinaus nach dem ganzen übrigen Europa, um die Rettung da zu suchen, wo sie allein zu finden ist: in der allgemeinen Heeresreduktion. Einer der besten Söhne Österreichs, einer der hervorragendsten Staatsmänner unseres Vaterlandes, der greise Präsident der österreichischen Delegation[1]) hat ihr das Wort geredet, hat sie aus dem Gebiete der Utopie, in welches man sie zu verweisen gedachte, mit sicherer Hand hinübergetragen auf den festen Boden realer Politik. Fortan steht diese Frage auf der Tagesordnung der europäischen Diskussion, und dauernd abgesetzt wird sie nicht mehr, bevor sie gelöst ist!"

„Herr Minister," — schließt Fischhof seinen beredten von edelster Menschlichkeit erfüllten Appell — „seien Sie ein Förderer der allgemeinen Heeresreduktion! ..."

Fischhofs ausdauernde Arbeitsfreudigkeit und hingebungsvolle Selbstvergessenheit erstrahlte im hellsten Lichte, wenn der menschenfreundliche Kämpfer in eine Aktion eingetreten war. Als er den Feldzug gegen den internationalen militärischen Rüstungswetteifer aufgenommen und für Österreich die For-

[1]) In seiner Schlußrede sagte Ritter v. Schmerling als Präsident der österreichischen Delegation am 17. Oktober 1875: „... Alljährlich, wenn die Delegation zusammentritt, wenn von Seite der Regierung an Sie die Vorlagen gemacht werden, wenn wir in ihnen die Blätter und das Blatt, betitelt: „Erfordernis des Heeres und der Marine" überblicken, so entwindet sich unserer Brust immer ein tiefer Seufzer. Wir können uns nicht verhehlen, daß der Aufwand, der in Anspruch genommen wird, ein sehr bedeutender sei. Wie glücklich wären wir unzweifelhaft, wenn der Moment herankommen würde, wo dieser Teil des Staatsaufwandes eine bedeutende Ermäßigung gestatten würde. ... Aber es ist wohl, glaube ich, ein unbestreitbarer Satz, daß, wie die Lage Österreichs in Europa ist, umgeben von Staaten, die riesige Armeen aufzubieten vermögen, eine Reduktion der Armee heute seine Selbständigkeit aufgeben hieße, und was ein unglücklicher Krieg Österreich kosten würde, brauche ich nicht weiter auszuführen. Unter diesen Verhältnissen bleibt uns daher nur der Wunsch, es mögen endlich in den maßgebenden Kreisen jene Stimmen Eingang finden, die unaufhörlich betonen, es möge doch einmal ein Ende gemacht werden diesen fortgesetzten Bestrebungen, die Stärke der Armee noch zu erhöhen; diesen Bestrebungen stets neue Kräfte in die Reihen der Armee hineinzuziehen, stets neue Gürtel von Festungen aufzubauen und neue Zerstörungsmittel zu ersinnen. Mögen daher in den maßgebenden Kreisen endlich jene Stimmen Einlaß finden, die dahin gehen, daß bei aller Verehrung und bei aller Anerkennung der Armee der Staat denn doch noch eine andere Aufgabe zu lösen hat, die, für Kultur und Wissenschaft zu sorgen und vor allem die fleißige Arbeit zu unterstützen, die ja allein dem Staate die Macht gibt, wenn es nötig ist gebieterisch aufzutreten. ..." („Stenographisches Protokoll der Delegation des Reichsrates". Elfte Sitzung der achten Session.)

derung nach einer besseren Verpflegung und Haltung der Armee aufgestellt hatte, da packte ihn die wichtige Angelegenheit so sehr, daß er einen jugendlichen Eifer entwickelte, um mit immer neuen Argumenten, Daten und Hinweisen die Zweifler in ihrem wankenden Glauben an die Richtigkeit seiner Darlegungen zu stärken, um die Spötter in die Flucht zu schlagen und die Gegner zu überzeugen. In rascher Folge erschienen die Artikel: „Militärisch-statistische Nachlese", „Zur Frage der Mortalität in der Armee" und „Ein Mahnruf"[1]). Am Schlusse des zuletzt erwähnten Aufsatzes findet sich eine kräftige Abwehr und Mahnung: „Man hat mich in offiziösen Journalen der Übertreibung geziehen und so meine Loyalität verdächtigt. Ich habe nichts getan, als daß ich amtlich erwiesenen Tatsachen größere Publizität gegeben und sie nach bestem Wissen und Gewissen kommentiert. Mögen andere die Pflichten der Loyalität anders verstehen. Ich glaube, die Loyalität besteht im Enthüllen der Gefahr und im Hinweise auf die Mittel, durch die man sie bannt. Die Unterlassungssünde rächt sich oft schwerer als eine verbrecherische Tat, und Schweigen ist unter Umständen die schlimmste Sorte von Landesverrat. Die Pflichten gegen das Vaterland und das Herrscherhaus gebieten, daß man angesichts ernster Daten unerschrocken die Wahrheit sage. Das Reich, sein Gebiet, seine Bevölkerung mit ihrem Wohlsein und ihrem Wohlstand, mit ihrer Bildung und ihrer Sitte, sie sind das Patrimonium der Dynastie, das Erbgut unseres Herrscherhauses. Wer das verschweigt, was dem Reiche Unheil bringt, was seiner Größe Abbruch tut, schädigt Kaiser und Land. ... Alles drängt zur Tat, zur raschen Tat! Wir, die Männer der älteren Generation, die wir dem Grabe zueilen, wir möchten es noch gerne erleben, daß man bei uns die Pfade des Heils betritt. Es wäre tief schmerzlich, wenn der knappe Rest unseres Daseins durch die Besorgnis getrübt würde, daß dieses altehrwürdige Reich im Sinken, daß sein Stern im Erbleichen sei."

Manche schöne Genugtuung wurde Fischhof während seiner mannhaft geführten Aktion zuteil. In einem überaus

[1]) „Neue Freie Presse". Wien 1875. 21., 23., 24. und 28. November.

herzlichen Schreiben dankte Michael Etienne für die anstrengenden Arbeiten des vielgeprüften Kämpfers. „Sie haben da ein gewaltiges Stück geliefert, mächtig im Gedanken wie in der Sprache" — schrieb der Herausgeber der „Neuen Freien Presse" am 7. November 1875 — „und ein Feldzug, der so geführt wird, führt sicher zum Siege.... Ihr heutiger Artikel hat eine zwingende Kraft; er schlägt dem kleinmütigen Zweifel vollends den Boden aus. Etwas Idealismus ist doch etwas ganz anderes als der modern gewordene, auf der Erde hinkriechende, alles Höhere und Bessere gering schätzende Realismus. Vielleicht erleben wir noch eine heilsame Reaktion des Idealismus gegen eine hausbackene Philisterweisheit, die es... nicht über eine elende Mittelmäßigkeit hinausbringt. Der Glaube ist ein großes Ding, die Skepsis versetzt kein Sandkorn. Also Dank für die heutige herrliche Arbeit und einen herzhaften verständnisinnigen Händedruck dem Einsiedler von Emmersdorf, der von seiner Zurückgezogenheit aus, mit seinem guten Glauben und Vertrauen für das Gute, eine Welt in Bewegung setzt." Als Fischhofs Artikel „Ein neues Defizit" erschienen war, fühlte sich auch Ferdinand Kürnberger mächtig ergriffen, und gleich nach der Lektüre versicherte er seinem bewährten Freunde[1]):

„Sie haben oft gut geschrieben, diesmal aber haben Sie g r o ß geschrieben. Ich glaubte den besten römischen Klassiker zu lesen. Die kühne Einfachheit so vieler Syllogismen und Antithesen ist von einer durchschauernden Kraft, Wahrheit und Erhabenheit. Welcher Guß der Form, welch strammer Marschierschritt! An diesem Stile ist alles Genie.

Aber während ich die Faktur lobe, muß ich diesmal auch das Konzept loben. Ihre ‚Heeresreduktion‘ wird als unpraktische Utopie in Wien belächelt, und Sie wissen, fast tat ich es selbst, freilich nicht um Ihretwillen, sondern um der Gemeinheit der Menschennatur willen. Sie wirkten mit der Abstraktion ‚Volkswohl‘, aber der Mensch wie das Tier läßt nur sinnliche Motive auf sich wirken. Daher mein Widerspruch. Diesmal aber haben Sie der Sinnennatur auch ein Sinnenmotiv gefunden. Das Messer, das ins ‚Volkswohl‘ noch nicht schneidet, ist hier aufs schärfste geschliffen und sitzt ganz dicht an der Kehle. In (Ihrem Artikel über die) ‚Heeresreduktion‘ wollten Sie gleichsam den Teufel auf freiem Felde fangen; im ‚Defizit‘ drücken Sie den Teufel an die Wand und in den engsten Wandwinkel.

---

[1]) Kürnbergers Brief vom 7. November 1875. Kürnberger hatte schon früher mit Fischhof über das Problem gesprochen.

Das Entrinnen ist nun weitaus schwerer geworden. Denn auch der Frivolste wird nicht sagen: nun gut, so verpflegen wir die Mannschaft besser, nachdem uns schon die schlechteste Verpflegung erdrückt. Es gibt nur einen Ausweg: Heeresreduktion!

Erst heute begreife ich Ihre Abneigung, Honorare zu nehmen. Aber für den ‚gallischen Krieg' und die ‚Annalen' nahmen Cäsar und Tacitus auch kein Honorar."

In schwerer Menge brachte die Post täglich nach Emmersdorf die Kundgebungen aus nah und fern. Führende Persönlichkeiten aus Deutschland, Frankreich, England, Spanien usw. setzten sich mit dem Einsiedler von Emmersdorf in Verbindung; selbst der alte und doch junge Giuseppe Garibaldi ließ zuerst dem österreichischen Politiker mündlich freundschaftliche Grüße übermitteln. Später schrieb er voll Begeisterung[1]):

„Mein teurer und berühmter Freund!

„Die von Ihnen kundgegebenen Prinzipien und Ihre Initiative in der Frage der Einschränkung der militärischen Extravaganzen des Jahrhunderts erwarben Ihnen die allgemeine Dankbarkeit. Der Luxus der stehenden Heere und die Bureaukratie, welche so schwer auf dem moralischen und materiellen Leben der Völker lasten, erzeugen das Elend, die Korruption und die Verderbnis aller."

Garibaldi meint nun weiter, daß die Nationen bei ihrem gesunden Sinn sich leicht verständigen würden, „um die Menschenschlächtereien zu vermindern, welche man Krieg nennt," aber der unbeugsame Republikaner glaubt, daß die regierenden Mächte dem Frieden abhold seien. Sie allein macht er für alle Kriegsgreuel verantwortlich, so etwa, als würden die Direktoren der Bahnen lediglich die Schuld tragen, wenn sich bisweilen Zugszusammenstöße ereignen.

„Und Sie, hochherziger Mann und Wohltäter der Menschheit," — fährt Garibaldi in seinem Briefe fort — „Sie wagen sich kühn auf den Pfad der Volksemanzipation. Die Menschheit ist noch nicht gänzlich verderbt und braucht nicht zu verzweifeln, wenn sie noch fähig ist, Männer wie Sie hervorzubringen. Wir werden Ihnen folgen, und wenn man uns heute als Utopisten behandelt, wird man uns doch nicht einen Vorwurf daraus machen, daß wir hinter der Wahrheit einherziehen, welche ihre Frucht dereinst unseren Kindern bietet.

Ich grüße Sie vom Herzen."

Am 8. Dezember wurde Fischhofs letzter Artikel in der Serie über Heeresreduktion veröffentlicht[2]). Er hatte die Aufschrift: „Petition an den Reichsrat" und sagte noch einmal in formvollendeter Weise und dabei doch in gedrängter

---

[1]) Brief Garibaldis vom 12. Dezember 1875.

[2]) „Neue Freie Presse", Nr. 4075. Wien 1875.

Kürze, was in den vorhergehenden Aufsätzen erörtert worden war. Mehr als drei Jahrzehnte, ehe der Soziologe Rudolf Goldscheid die Mitwelt auf den Mißbrauch der Menschenkraft und des Menschheitskapitals aufmerksam machte[1]), plädierte der Denker im „Koglhofe" für „Menschenökonomie". Die Kernsätze der „Petition" mögen hier ihren Platz finden, schon deshalb, weil Adolf Fischhof in dem Aufsatze seine stilistisch vollendetste Arbeit sah.

„Die Volksvertretung ist das Volksasyl. Kein Einzelwunsch ist so winzig, kein Gesamtbegehr so groß, daß er daselbst nicht Eingang fände. Im Verfassungsstaate ist das Individuelle nicht die Schranke des Individuums. Vertreter der Gesamtheit ist jedermann, und fehlt ihm auch das Recht der Legislation — das Recht der Petition ist ihm nicht versagt. ...

Hohe Versammlung! Ein schlichter Supplikant ist es, der Ihnen ehrfurchtsvoll naht, doch suppliziert er nicht für sich. Was er denkt und was er wünscht: Allen gilt's, nicht ihm allein. Prüfen Sie die Idee, nicht den Mann, dem sie entstammt. Der Gedanke bedarf des Stammbaumes nicht.

Großes, meine Herren, ist Ihnen zugewiesen. ... Wie immer auch Sie gesetzgeberisch wirken: als Politiker oder Volkswirte, als Förderer des geistigen oder als Beschützer des materiellen Wohles, welchen Besitztümern Sie auch Ihre Sorgfalt weihen, höher als der Besitz stehe Ihnen der Besitzer, der Mensch. ... Das Leben, dieser Grundstock des individuellen und staatlichen Vermögens, sei vom Staate vor allem mit liebevoller Hand gepflegt. Wehe ihm, wenn er mit selbstmörderischer Rücksichtslosigkeit nach diesem Leben greift. Mit besonderer Sorgfalt sei das Leben der Jugend geschont, die dem Staate die Pforten der Zukunft öffnet. Die Gesundheit, die leibliche Tüchtigkeit ist der Stamm am Lebensbaume des Staates, Sittung und Bildung ranken sich an ihm heran.

Vor allem ein sicheres Fundament und ein solider Staatsbau aus dem festen Materiale eines physisch tüchtigen Volkstums, dann erst die Möblierung, denn ohne verläßliche physische Grundlage ist alle Legislation eitles Bemühen. ... Erst die Festigkeit, dann die Einrichtungen für den Bedarf, später die Bequemlichkeit und schließlich der Luxus: nicht umgekehrt!

Und ist die Wurzel alles Strebens und Schaffens, ist das Leben unter jene staatliche Obhut gestellt, deren es bedarf? Die Ziffern des militärstatistischen Berichtes wurden Ihnen jüngst vor Augen gestellt. Urteilen Sie selbst!

Der moderne Staat ist Hypochonder geworden. Befindet er sich auch wohl, so wird er seiner Gesundheit doch nicht froh. Anstatt in

---

[1]) Rudolf Goldscheid, „Entwicklungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie". Leipzig 1908.

mäßigem Genusse und in erhöhter innerer Kraft Schutz gegen Gefahr und Schädlichkeit zu finden, denkt er immer nur ans Kranksein. ... Durch beständiges Medizinieren wird auch der Robusteste siech. Von den verschiedenen Notständen umringt, haben wir nicht die Zeit, uns lange zu bedenken. ...

Das europäische Schiff treibt auf offener See. Wäre es nicht für alle Passagiere gut, sich schleunigst in den Hafen zu retten? Und wir, die wir das Schaukeln des Fahrzeuges am schlechtesten vertragen, täten wir nicht wohl daran, unseren Mitpassagieren den Vorschlag einer raschen Landung zu machen? Sie zögern, meine Herren, bemerkend, daß sich Kapitän und Steuermann um den Ruf nicht kümmern. Nun, versuchen Sie es nur! ... Hört man Ihren ersten Ruf nicht, so lassen Sie ihn wiederholt ertönen! ...

Meine Herren, was auch zunächst das Ergebnis Ihres Kampfes sei, der Tag, an dem die große Frage der Menschheit im österreichischen Parlamente zur Beratung gelangt, ist ein epochemachender. An jenem Tage erhebt sich der Reichsrat zur Völkervertretung einer großen Weltidee. Die Diskussion wird ein europäisches Ereignis, jedes gesprochene Wort eine historische Tat. ...

Wohlan denn, voran zum Kampfe!"

In dem begeisterungsvollen Feldzuge für eine große Idee hatte der sieche Mann zur freudigen Überraschung seiner Freunde eine bewundernswerte Agilität entwickelt, und es fehlte nicht an Gratulationen zur schnellen Wiedergenesung, zur glücklichen Besiegung der unbotmäßigen Nerven. Aber ein schöner, heiterer Tag macht noch nicht den Frühling aus, und ein Mensch, der sich in zäher Energie aufrafft und nennenswerte Leistungen vollbringt, ist deshalb noch kein kraftstrotzender Riese. Hören wir, was der „Weise von Emmersdorf" in einem trüben Briefe bekannte[1]):

„... Sie schreiben, meine Artikel haben ‚oben' tiefe Wirkung gemacht, aber welcher Art war diese Wirkung? Aus Ihrer Vorhersage, daß während der Reichsratsferien der journalistische Kampf gegen mich entbrennen werde, muß ich glauben, daß man ‚oben' sehr ergrimmt sei[2]). Hat Ihre Prophezeiung eine tatsächliche Grundlage oder beruht sie nur auf Kombination? Ich bitte Sie, mir darüber bestimmte Auskunft zu geben. Was mich betrifft, so wünsche ich den Kampf. Den Ärger und die Mühsale, von denen Sie sprechen, scheue ich nicht im mindesten. Ich verteidige eine große Sache, bin im Besitze guter Argu-

---

[1]) Emmersdorf, 13. November 1875.

[2]) Fischhof faßte Wengrafs Brief falsch auf. Die Erörterungen hatten in den leitenden Kreisen tiefen Eindruck gemacht. Übrigens erhielt Fischhof auch viele anerkennende Schreiben von Offizieren; besonders freute ihn der Dank eines gewöhnlichen Soldaten.

mente und weiß von dieser Waffe Gebrauch zu machen. Die einzige Kraft, die ich in Österreich fürchte, ist die Trägheitskraft, denn diese ist in Österreich wahrhaft unüberwindlich. Ich habe auch kaum mehr eine Hoffnung, diese indolente Volksvertretung zur Initiative anzustacheln.... Ihrem Rate, die Provokation offiziöser Organe nicht zu beachten, kann ich nicht unbedingt folgen. Schimpfereien werde ich allerdings unbeachtet lassen, aber Argumente erheischen Gegenargumente. Schweigen wäre Feigheit und Verrat an der Sache, deren Anwalt ich bin. ...

Sie schreiben von der Regeneration meiner Kraft. Wie sehr sind Sie im Irrtume! Habe ich nicht während meiner ganzen Krankheit an Freunde und Freundinnen Briefe geschrieben, die stilistisch meinen Artikeln nicht nachstehen? Nur die Wichtigkeit des Gegenstandes gibt diesen ein Relief. Ich habe die moralische Kraft, selbst unter heftigem Widerstreben meines Gehirnes zu arbeiten. Die Strafe bleibt allerdings nie aus. Aber ich würde noch rascher krank werden, wenn ich mich nicht der Gedanken entledigte.

Auch von der Heiterkeit, die Sie aus meinem Briefe herauslasen, verspüre ich nichts in mir, höchstens die Ruhe der Resignation. In meiner Situation ist auch nichts Erheiterndes. Ich glaube, daß kaum je ein Mensch eine politische Agitation in einer ungünstigeren Lage betrieben hat als ich. Nicht einmal die Bücher kann ich mir auftreiben, die ich brauchte, und wenn ich sie hätte, könnte ich sie wegen meines Leidens nicht lesen. *Die Kenntnis des ganzen Umfanges meiner Körper- und Seelenleiden wird einst mit mir ins Grab gelegt werden.* Ich behellige meine Freunde nicht gerne mit meinem Jammer, aber Ihr Sanguinismus erpreßte mir diesen Schmerzensruf. ..."

Fischhof war zu sehr Realpolitiker, um sich der Meinung hinzugeben, daß seine Anregungen zur Schaffung eines interparlamentarischen *Abgeordnetentages* sogleich aufgegriffen würden. Er wollte nur ein Saatkorn ausstreuen und dann tun, was immerhin möglich wäre, um es zum Aufgehen in fruchtbarer Erde zu bringen. „Ich würde schon zufrieden sein, wenn in dieser Session die Reduktionsfrage parlamentarisch diskutiert würde," — schrieb er anfangs 1876[1]) — „auf eine günstige Abstimmung ist ja ohnehin nicht zu hoffen." Aber selbst dieser bescheidene Wunsch sollte nur zum Teile in Erfüllung gehen. Fischhof hatte in dem rührigen Znaimer Stadtsekretär Johann Fux einen eifrigen Apostel gefunden. Fux war ein sehr angesehenes Mitglied des Fortschrittklubs im Abgeordnetenhause, und er scheute keine Mühe, um — von Baron Walterskirchen unterstützt — zuerst seine Partei und dann das Parlament

[1]) Fischhofs Brief an Wengraf. (Ohne Datum.)

in Bewegung zu setzen. Allerdings war dies mit großen Schwierigkeiten verbunden. Am 13. Januar 1876 kam es bei der Beratung des Abgeordnetenhauses zu einem kleinen Vorpostengefechte zwischen Fux und Walterskirchen einerseits und dem unerschrockenen, biederen, doch auch derben Joseph Schöffel, der den Reduktionsgedanken bekämpfte und für die Schaffung einer „Jugendwehr" als Übergangsbehelf zum Milizsysteme[1]) eintrat. Eine Woche später ging dem Abgeordnetenhause endlich ein „Antrag der Abgeordneten Fux, Dr. Heilsberg und Genossen" zu, der folgenden Wortlaut hatte:

„Das hohe Haus wolle die nachfolgende Resolution beschließen:

1. Das Abgeordnetenhaus erklärt, daß es in der Reduktion der Heere und Einschränkung des Militäraufwandes ein allseitiges, unabweisbares Bedürfnis im Interesse der größeren Sicherheit des Friedens und der ungehemmten Kulturentwicklung, im Interesse geordneter Staatsfinanzen und einer gesunden Volkswirtschaft erblicke.

2. Das Abgeordnetenhaus spricht die Erwartung aus, es werde die k. und k. gemeinsame Regierung zur Betätigung der stets beteuerten Friedensliebe um des allgemeinen Besten willen die Idee einer solchen allgemeinen, gleichmäßigen und gleichzeitigen Reduktion der Heere, welche das gegenseitige Machtverhältnis der Staaten nicht alterieren würde, ins Auge fassen und den dahinzielenden Bestrebungen ihre Mitwirkung nicht versagen.

3. Das Abgeordnetenhaus bringt dem Gedanken der Abhaltung einer europäischen Abgeordnetenkonferenz, um gemeinsam über die Mittel zur Herbeiführung einer gleichmäßigen und gleichzeitigen Reduktion der Heere und Erleichterung in den verschiedenen Staaten Ideen auszutauschen, die wärmste Sympathie entgegen.

Die k. k. Regierung wird ersucht, die Resolutionspunkte 1 und 2 zur Kenntnis des k. und k. gemeinsamen Ministeriums des Äußern zu bringen.

Die Vorberatung ist einem eigenen Ausschusse zuzuweisen"[2]).

Indes, diesem von Fischhof begrüßten Antrage war keine freundlichere Aufnahme bestimmt als den vielen anderen Anregungen, die in einem großen Parlamentsbetriebe im Laufe einer Session untergehen.

---

[1]) Siehe: Joseph Schöffel, „Erinnerungen aus meinem Leben", S. 164 ff. Wien 1905. Ferner: Stenographisches Protokoll des Abgeordnetenhauses. Achte Session. Hundertzweiundsiebzigste Sitzung.

[2]) Nr. 519 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses. Achte Session.

Dennoch schien es eine Zeit hindurch, als würde den Freunden der allgemeinen Heeresreduktion ein günstiger Stern leuchten. Im April 1876 war der bewegliche spanische Parlamentarier und Friedensfreund Artur de Marcoartu auf seiner europäischen Agitationsreise von Rom nach Wien gekommen, um daselbst für seine Ideen ebenso wie im Kreise der italienischen Abgeordneten Propaganda zu machen. Graf Wilczek, Baron Walterskirchen und Johann Fux beriefen eine private Beratung von Mitgliedern des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses für den 27. April in die Räume des österreichischen Reichsrates ein, in der Marcoartu ein Referat halten sollte. 34 Mitglieder beider Kammern folgten voll Sympathie dem tatenfrohen Rufe. Nach einer anregenden, belebten Debatte, an der sich Dr. Sturm, Dr. Hoffer, Dr. Promber, Baron Walterskirchen, Dr. Giskra, Neuwirth, Steudel, v. Tinti, Fürst Schönburg und Freiherr v. Kübeck beteiligt hatten, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Versammlung spricht ihre Zustimmung aus zu den Grundsätzen der allgemeinen Friedenspolitik, zu dem Anstreben eines internationalen Schiedsgerichtes und zunächst zur Beschickung eines dahin abzielenden Kongresses von Mitgliedern der legislativen Körperschaften, sowie zur tunlichsten Herabminderung der Auslagen für Kriegszwecke. Sie erklärt dahin wirken zu wollen, daß ein solcher in Aussicht genommene Kongreß möglichst zahlreich von Abgeordneten aus Österreich beschickt werde, und wählt behufs Einleitung der erforderlichen Schritte ein Komitee von neun Mitgliedern"[1]).

Der 27. April brachte also einen teilweisen Sieg der Fischhofschen Ideen. Wenn auch nicht das Parlament in seiner Gesamtheit, so hatten doch hervorragende Mitglieder die Gedanken aufgegriffen, die von dem Emmersdorfer Einsiedler zur Diskussion gestellt waren und die durch die Ausführungen Marcoartus unterstützt und ergänzt wurden. Mit lebhaftem Bedauern vermißten die Anhänger der Reduktionsidee die Anwesenheit Fischhofs; dieser konnte es jedoch nicht über sich bringen, die anstrengende Reise in die Großstadt zu unternehmen. Um so herzlicher gedachte man seiner bei der fröhlichen Tafelrunde,

[1]) Dem Komitee gehörten an: Fürst Colloredo, Graf Wilczek, Fürst Schönburg, Graf Hoyos, Baron Walterskirchen, Fux, Steudel, Bareuther und Sturm.

an der die Besucher der Versammlung im Parlamente teilnahmen, und ein kräftiges Hoch erklang auf den humanen Streiter[1]).

Das Komitee für die Vorbereitung einer interparlamentarischen Konferenz, als dessen Obmann der Abgeordnete Dr. Eduard Sturm fungierte, arbeitete mit froher Lust. Johann Fux vermittelte den lebhaften Verkehr mit Adolf Fischhof, und durch seine Hände gingen auch die Briefe, die der „Weise von Emmersdorf" mit den gleichgesinnten Freunden im Auslande, vor allem mit dem Mitgliede des deutschen Reichstages Freiherrn v. Dücker und mit dem englischen Parlamentarier Henry Richard wechselte. Welch verschiedene Rollen hatte doch das Schicksal dem ehemaligen Sekundararzte im Wiener allgemeinen Krankenhause zugedacht! Nun war er in seiner Alpeneinsamkeit der Diplomat der Reduktionsidee.

Im Juni 1876 unterbreitete Fux einen Arbeitsplan für das im April eingesetzte Komitee. Man solle sich an hervorragende, für Fischhofs Anregungen empfängliche Persönlichkeiten in jedem Lande mit der Einladung wenden, in der nächsten Zeit und in ähnlicher Weise, wie dies in Wien geschah, ein Komitee als ständiges Organ zur Förderung des Abrüstungsgedankens einzusetzen. Diese freundschaftlichen Aufforderungen wären von Fischhof zu unterstützen, und das würde einen guten Erfolg versprechen. „Sobald die Komitees gebildet sind, könnten sie gemeinschaftlich die Einladung zu einem Kongresse ergehen lassen und nach der Auswahl des Zusammenkunftsortes das Komitee des betreffenden Landes mit den Vorbereitungen für den Kongreß betrauen. Am besten würde es sein, sich das Rendezvous für das Jahr 1878 gelegentlich der Pariser Weltausstellung, also eines Friedensfestes, zu geben"[2]). Dieser Vorschlag wurde schließlich akzeptiert, und das österreichische Komitee traf in ständiger Fühlung mit Fischhof die Vorbereitungen für eine ansehnliche Teilnahme an dem interparlamentarischen Meeting. Der 19., 20. und 21. September 1878 waren für die Beratungen in Aussicht genommen. Allein je näher

[1]) Brief Fux' vom 27. April 1876.
[2]) Brief Fux' an Fischhof vom 8. Juni 1876.

der Kongreß rückte, um so größer wurden die Schwierigkeiten, die sich der Beschickung der Pariser Veranstaltung entgegenstellten. Einzelne österreichische Parlamentarier waren durch Landtagsverhandlungen an der Reise nach Paris gehindert, bei anderen Abgeordneten hatte ein Stimmungsumschwung Platz gegriffen, so daß die Zahl derer, die sich noch lebhaft für eine interparlamentarische Konferenz interessierten, wesentlich reduziert war. Durch die Abhaltung des Berliner Kongresses und durch den bosnischen Krieg wurde „die Situation für die aktiven Politiker vollständig geändert, wodurch eine Vertagung, wenn auch niemals ein Aufgeben unserer Bestrebungen geraten scheint," berichtete Sturm anfangs September 1878 nach Emmersdorf. Wohl fand zur festgesetzten Zeit in Paris ein internationaler Friedenskongreß statt, aber sein Bild glich nicht der Vorstellung Fischhofs, und die interparlamentarische Agitation erhielt keine befruchtende Förderung. Die im österreichischen Reichsrate erwacht gewesene Handlungsfreudigkeit war unterdessen ganz verflackert, statt der Aktion gab es schon ein Jahr nach dem Pariser internationalen Kongresse vollständige Stagnation. In wehmütiger Niedergeschlagenheit klagte Johann Fux in einem Briefe an Fischhof[1]):

„Wie gerne hätte ich mein Stillschweigen gebrochen und Ihnen längst geschrieben, wenn ich irgend etwas Erfreuliches mitzuteilen hätte. Ich kann es noch immer nicht verwinden, daß auch nicht einer von den vielen (österreichischen Parlamentariern), die sich zunächst bereit zeigten, an dem Friedenskongresse in Paris teilzunehmen (erschienen war) und daß sich selbst Männer zurückgezogen haben, welche die Mittel und die Gelegenheit Österreich zu vertreten hatten und überdies durch Ihre Verbindungen in Paris das Terrain dort geebnet gefunden hätten.

Unser ‚Abrüstungskomitee' in Wien ist in Lethargie versunken. Ich und Dr. Sturm machten wiederholt Versuche, die Herren ein wenig aufzurütteln. Der von mir schon vor zwei Jahren im Parlamente gestellte Antrag, daß dieses wenigstens im allgemeinen der Abrüstungsidee und dem Projekte eines internationalen Abgeordnetenkongresses seine Sympathie bezeigen möge, ist bis zur Stunde nicht einmal zur ersten Lesung gelangt. ..."

Auch das Fehlschlagen der an den Pariser Kongreß gesetzten Hoffnungen war nicht imstande gewesen, den „Weisen von

---

[1]) Brief vom 4. März 1879.

Emmersdorf" zur müden Untätigkeit zu bestimmen. Er eiferte im Beginne des Jahres 1880 seine Wiener parlamentarischen Freunde zuversichtlich an, die Arbeiten für einen künftigen internationalen Kongreß der Abgeordneten nicht aufzugeben und die Idee neuerdings in Erinnerung zu bringen. Was in seinen Kräften lag, tat Fischhof pflichtbewußt, um von dem „Koglhofe" aus günstige Stimmung zu machen. Ein Brief an Rieger möge dafür sprechen[1]):

„Herr Fux und Genossen brachten im Abgeordnetenhause eine Resolution ein[2]), die mit den von mir im Jahre 1875 gemachten Vorschlägen übereinstimmt, und ich würde es als Förderung meines Strebens und als Freundschaftsdienst ansehen, wenn Sie dahin wirkten, daß Ihre Partei sich der Resolution freundlich erweise. Sollte es die Taktik nicht gestatten, daß Ihre Partei als Gesamtheit zustimme, dann bitte ich Sie, wenigstens die Frage als eine offene zu erklären. Ich wüßte auch keinen Grund für eine Parteiopposition. Der Patriotismus mag sich wohl dagegen sträuben, daß Österreich allein reduziere; eine allgemeine gleichzeitige und proportionale Reduktion aber wäre allen Staaten und somit auch uns finanziell sehr förderlich, während sie das Machtverhältnis und die Kriegschancen unverändert ließe.

Der Emmersdorfer Rummel[3]) hat Sie zweifelsohne ganz so unangenehm wie mich berührt. Ich weiß nicht, wer die Indiskretion beging. Im übrigen wird trotz des Geschreies früher oder später der Ausgleichsversuch sich erneuern. Auf der harten Schulbank der Erfahrung sitzend, werden schließlich alle zu jenem Verständnisse der österreichischen Staatsnatur gelangen, das mit Notwendigkeit zur Verständigung führt. ..."

Kleinmütige mochten glauben, daß die Idee des internationalen Abgeordnetentages für immer begraben sei. Aber vielen wertvollen Anregungen ergeht es wie verschiedenen Pflanzen, die lange Zeit brauchen, bevor sie duftende Blüten tragen. Was der „Weise von Emmersdorf" sehnsüchtig gewünscht, das ist zum Teile in der „Interparlamentarischen Union" in die Erscheinung getreten; die Abgeordnetentage

---

[1]) Brief Fischhofs an Rieger. 29. Januar 1880.

[2]) Am 20. Januar 1880 hatten Johann Fux, Dr. Heilsberg und Genossen den Antrag erneuert, das Abgeordnetenhaus möge die Erwartung aussprechen, daß die k. und k. gemeinsame Regierung die Idee einer allgemeinen gleichmäßigen und gleichzeitigen Reduktion der Heere ins Auge fassen und die dahinzielenden Bestrebungen fördern werde (Nr. 128 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses. Neunte Session).

[3]) Gemeint ist die Polemik Alexander Scharfs, die durch verschiedene „Enthüllungen" provoziert worden war.

finden seit dem Jahre 1889 in regelmäßiger Folge statt. Gewiß, die weitausgreifenden Aufgaben, die Fischhof den interparlamentarischen Konferenzen gestellt hat, sind bisher nicht erfüllt; die Beratungen haben wohl viel geistige Anregung geboten, ohne jedoch die heilsamen Aktionen zu vollführen, die ihnen zugedacht waren. Aber als Fischhof seinerzeit das Ziel so nahe gerückt zeigte, hat er die Distanz zwischen dem ersten Versuche und dem Erfolge sicherlich mit Absicht verkleinert, um den agitatorischen Effekt zu steigern. Im Jahre 1891 fand in Rom die dritte interparlamentarische Friedenskonferenz statt, an der zum ersten Male österreichische Parlamentarier teilnahmen. Damals wurde es als eine Pflicht der Dankbarkeit und der Gerechtigkeit empfunden, daran zu erinnern, daß der Gedanke einer solchen Beratung „wenn nicht in Österreich entstanden, so mindestens von Österreich aus die mutigste Vertretung und nachdrücklichste Verbreitung gefunden hat". Fischhofs Vorschlag sei jetzt zur Wirklichkeit geworden und werde sich hoffentlich noch segensreich weiterentwickeln, meinte die „Neue Freie Presse"[1]).

Wer für die Zukunft arbeitet, muß es mit in den Kauf nehmen, daß ihn die stumpfe Gegenwart nicht versteht. Wer das schwerste Hindernis allen Fortschrittes, die menschliche Gewohnheit, überwinden will, den dürfen Widerstände nicht einschüchtern. Der Sämann zeitfremder, das heißt der Zeit vorauseilender Gedanken mag es mit dem tapferen Spruche halten, den der düstere Melancholiker Lenau in einer für ihn seltenen Stunde der Zuversicht aufzeichnete:

„Ihr kriegt mich nicht nieder,
Ohnmächtige Tröpfe!
Ich komme wieder und wieder,
Und meine steigenden Lieder
Wachsen begrabend euch über die Köpfe!"

---

[1]) Nummer vom 27. Oktober 1891. (Inland.)

6. Fischhofs Tod

Immer ruhiger und friedlicher war das Leben des greisen Politikers geworden, als die schweren materiellen Sorgen den „Koglhof" verlassen hatten. Selbst das körperliche Wohlbehagen fand sich bei Adolf Fischhof wieder ein, und die würdige Erscheinung, die stets einen gesunden Leib und eine frohe Seele vermuten ließ, täuschte nicht mehr. Eine wundervolle Abgeklärtheit war über den alten Mann gekommen, der in seinem Wesen und in seinem Äußeren an die patriarchischen Gestalten der Bibel erinnerte. Wer das siebente Jahrzehnt vollendet hat, der stellt an das Dasein keine großen Ansprüche, dem kann der rasch hineilende Tag auch nicht viel versagen. Die Hoffnungen auf freudige Erfahrungen und Überraschungen hatte Fischhof bereits begraben, soweit sie sein persönliches Erleben betrafen, die siegesgewisse Zuversicht, daß seine Ideale einst durchdringen würden, trug er unerschüttert mit sich.

Gewiß, die sprunghaften und wirrnisvollen politischen Ereignisse boten in Österreich wenig Aufmunterung, aber wer nach dem Dunkel der vormärzlichen Epoche das flammende Aufleuchten in den Märztagen bewundernd mitangesehen hatte, wer Zeuge war, wie aus der Konkordatszeit heraus die Ära des Liberalismus emporwuchs, der brauchte nicht zu verzweifeln. Über das, was am Beginne der neunziger Jahre an Entartung und Verwilderung bemerkbar wurde, urteilte Fischhof freilich strenge und betrübt. Als im Dezember 1891 in einer politischen Versammlung in Wien beschlossen wurde, den „Weisen von Emmersdorf" als „ersten Demokraten" Österreichs

telegraphisch zu beglückwünschen, da dankte Fischhof mit folgenden charakteristischen Zeilen[1]):

„Es wäre ein Übermaß von Selbstüberschätzung, wenn ich mich wirklich für den ‚ersten Demokraten‘ Österreichs hielte. Ich bin nur ein alter Verfechter der demokratischen Idee, des Gleichberechtigungsprinzipes, und als solcher begrüße ich Sie herzlichst aus Anlaß der Konstituierung Ihres Vereins. Sie werden, dessen halte ich mich gewiß, mit sittlichem Ernste an ein ernstes Werk gehen; des Blendwerks hat ja unsere Zeit genug. Überall Volksbeglücker, nirgends das beglückte Volk! Charlatane verdrängen die Heilkundigen vom Krankenbette der Zeit, und was die Krankheit nur halb bewirkt, vollendet die Kur. So sucht man die durch wirtschaftliche Störungen getrübte Volksstimmung völlig zu verdüstern, den Rechtssinn zu umnachten, die Altwiener Gesittung zu verunedlen, jene humane Gesinnung, die da bewirkt, daß man aus teilnahmsvoller Rücksicht für andere sich Beschränkung auferlegt. Statt dieser edlen Selbstbeschränkung fördert der eine Teil unserer Volksbeglücker die Beschränktheit, durch die das Volk zum zahmen Nutzvieh herabsinkt, und weckt der andere Teil die Schrankenlosigkeit, für die es keine Eindämmung durch Recht, Sitte und Menschlichkeit gibt. Ihre Aufgabe, meine Herren, ist es nun, die entgleisten Volksschichten, soweit sie Ihrer Einwirkung zugänglich sind, ins Geleise zurück zu lenken.“

Aber nicht nur die Demagogie, die sich lärmend in den Wirtshäusern und Schenken breit machte und die den Antisemitismus mit wilder Leidenschaft in allen Straßen Wiens ausposaunte, bedrückte den unbeugsamen Achtundvierziger sehr; ihn schmerzte es nicht weniger, daß in jener Zeit auch die parlamentarische Tribüne, an deren Aufrichtung man vor nicht ganz einem halben Jahrhunderte selbstlos gekämpft hatte, verunziert und entweiht wurde. Der Zusammenbruch der parlamentarischen Formen wirkte auf die Menschen mit gutem Geschmacke verletzend. „Es war bereits der Ton der Straße und der Kneipe, auf den manche Dialoge im Abgeordnetenhause herabgestimmt wurden[2]),“ versichert der Historiker des österreichischen Parlaments bei der Besprechung der Unsitten im Reichsrate anfangs der neunziger Jahre. Einer der krassesten Mißbräuche bestand darin, daß einzelne Abgeordnete ihre Immunität zur Besudelung und Kränkung wehrloser Personen

---

[1]) „Neues Wiener Tagblatt“. 24. März 1893. (Ein Schreiben Fischhofs.) Es handelte sich um die konstituierende Versammlung des demokratischen Vereines im II. Wiener Bezirke.

[2]) Gustav Kolmer, „Parlament und Verfassung in Österreich“. Bd. V, S. 127 ff. Wien 1909.

benutzten. Um das Volk vor den Regierenden zu schützen, war einst das Parlament stürmisch begehrt worden; nun hieß es fast, das Volk vor seinen Volksvertretern zu bewahren. In dem letzten größeren Artikel, den Adolf Fischhof veröffentlicht hat, zog er denn auch gegen die verwerflichste aller parlamentarischen Unsitten zu Felde[1]).

„Die zum öffentlichen Ärgernisse gewordene Ausnutzung der Abgeordnetenimmunität zu Angriffen auf die Ehre von Personen, die der Diffamation schutzlos gegenüberstehen, mahnt mit allem Ernste zur gesetzlichen Abwehr solch frevelhaften Mißbrauches," so beginnt der Aufsatz über die „Abgeordnetenimmunität und Bürgerehre". Und weiter heißt es: „Wenn unser Parlament gleichwohl vor einem legislatorischen Eingreifen zurückschreckt, so hat das seinen Grund darin, daß die Immunität das Palladium der Unabhängigkeit der gesetzgebenden Körperschaft und der Schild ist, welcher das ganze öffentliche Leben und die Gesamtheit der Volksrechte deckt. Wie aber, wenn der Schutz der Staatsbürger vor leichtfertiger oder böswilliger Verunglimpfung mit der Wahrung der Immunität sich als vereinbar erwiese? Dürfte die Gesetzgebung auch dann noch die Hand in den Schoß legen?"

Fischhof bemüht sich darzulegen, daß die Ehre der Privatpersonen ohne Eingriff in das Immunitätsrecht der Abgeordneten gewahrt werden könne und daß es dazu nur der Einfügung einer neuen Bestimmung in die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses bedürfe. Durch die neue Festsetzung wäre zu normieren, daß so oft ein Redner im Abgeordnetenhause eine oder mehrere außerhalb des Parlaments stehende Persönlichkeiten einer strafbaren Handlung beschuldigt, der Vorsitzende des Hauses die Pflicht habe, den Redner zu unterbrechen und zu befragen, ob er willens sei, auf die Immunität zu verzichten, wenn der Beschuldigte ihn gesetzlich belangen werde. Erteile der Abgeordnete eine verneinende oder ungenügende Antwort, dann müßte der Vorsitzende verfügen, daß die beleidigende Stelle der Ausführungen nicht ins Sitzungsprotokoll gelange und auch nicht in den für die Zeitungen bestimmten offiziellen Auszug aufgenommen werde. Erkläre sich der Redner bereit, die Verantwortung zu übernehmen, dann solle er seine Rede ungehindert fortsetzen können. Diese Maßregel hätte nicht bloß für die Plenarversammlungen, sondern auch für die Beratungen der Ausschüsse zu gelten.

„Man hat zu Beginn unseres Verfassungslebens der Ehre des Staatsbürgers keinen Schutz gegen den Mißbrauch der Immunität gewährt, weil man annahm, daß die Gewählten des Volkes dessen Auserwählte sein würden. Doch die Wahlurne birgt manche schwere Verirrung, und da die Tatsachen sich nicht der Annahme einer früheren Zeit akkommodieren, muß die Gesetzgebung sich den Tatsachen von heute anbequemen." Fischhof betont am Schlusse seines Artikels, daß

---

[1]) „Neue Freie Presse". Wien, 23. Februar 1892.

er die Anregung der Öffentlichkeit übergebe, ohne auf die Durchführung seines Vorschlages unbedingt zu rechnen; er wolle nur eine Diskussion entfesseln, die zu einer praktischen Lösung der dringenden Frage führen könne.

Mit dem Alter kommen die Todesahnungen. Es geht dem Menschen wie der Natur an einem klaren Herbsttage. Das welke Laub am Boden und die kahlen dürren Äste in der Höhe erinnern an die Vergänglichkeit aller Pracht, wie sehr sich die Sonne bemüht, um das starre Bild goldene Fäden zu weben. Auch Adolf Fischhof wurde bisweilen von Todesahnungen erfaßt; aber er schritt dem Grabe mit männlicher Entschlossenheit zu. Er klammerte sich nicht an das Dasein; er hielt seine Rechnung mit dem Leben immer abgeschlossen. Schon am Anfange der siebziger Jahre — es war allerdings die unglücksvollste Zeit seines Lebens — schrieb Fischhof seiner Schwester, die vor einem Jahre einen inniggeliebten Sohn verloren hatte[1]):

„Ein für uns alle tiefschmerzlicher Tag tritt heran, und ich bin hier in Italien um so wehmütiger gestimmt, als dessen schöner Himmel dem teueren Dahingeschiedenen einst Genesung verhieß und als dessen verhängnisvoller Boden es war, auf dem er ganz unerwartet seine kindlich reine Seele aushauchte. Oft während des abgelaufenen Winters, wenn ich in diesem bezaubernden Nervi mühselig herumschlich, fragte ich, warum das Grab sich nicht öffne, um dem Freund- und Hoffnungslosen die ersehnte Ruhe zu geben, und warum es so vorzeitig den blühenden Leib eines Jünglings umschloß, der ein Dasein voll Verheißungen in sich barg. Doch all mein Sehnen, all mein Klagen führte den Tod nicht herbei, den Toten nicht zurück. Ich bin resigniert; sei es auch! Uns blüht kein Heute und kein Morgen; erlaben wir uns am Dufte der Vergangenheit. Was wir in der Erinnerung festgehalten, das lebt, und was wir geistig besitzen, raubt uns kein hartes Geschick. ..."

Dieselbe lebensmüde Stimmung kehrt in einem von dem Greise kurz vor seinem Hinscheiden notierten Verse wieder:

„Das Schlimmste, was uns hienieden bedroht,
Ist langes Leben, nicht früher Tod!"

Und das Schicksal, das mit Fischhof gar manches Mal grausam gespielt hatte, machte dem Greise, der in Gesellschaft noch immer vergnügt plaudern konnte, den Abschied von der Erde nicht schwer. Mit zarter Hand griff es nach dem Manne, der an

---

[1]) „Neues Wiener Tagblatt". 19. Dezember 1893. („Aus dem Nachlasse Adolf Fischhofs". Von Jacques Fischer.)

harte Schläge des Geschickes gewöhnt war. Als der März des Jahres 1893 heranbrach, fühlte sich Fischhof, der einige Zeit vorher an einem Magenkatarrh gelitten hatte, körperlich sehr wohl, und als die Sonne wieder wärmend schien, machte er sich sogleich im Garten zu schaffen, um die Schäden zu beheben, die an das Treiben des Winters erinnerten. Bei der Arbeit im Freien war der Greis wohl in Schweiß gekommen und dabei von einem tückischen Wind überfallen worden. Eine heftige Erkältung stellte sich ein und brachte eine Lungenentzündung mit sich. Nach einigen Tagen des Leidens kam rasch die Erlösung. Am 23. März 1893 verschied der alte Kämpfer, der bis zum letzten Augenblicke im vollen Besitze seiner geistigen Kräfte geblieben war.

Als die schmerzliche Kunde von dem Tode des österreichischen Politikers von Emmersdorf nach allen Richtungen drang, da erfaßte man überall dort, wo sich der Sinn für Freiheit und Fortschritt noch regte, was man an dem aufrechten, selbstlosen Kämpfer und Patrioten, an dem warmherzigen Pfadsucher und Berater, an dem edeln Freund der Menschen, an dem zielbewußten Politiker und warmherzigen Publizisten besessen und nun verloren hatte.

Adolf Fischhof hatte den Wunsch ausgesprochen, daß man ihn, wo immer er sterben möge, in Wien zur letzten Ruhe bestatten solle. In der Stadt, in der er die freudvollsten Stunden seines Lebens verbrachte, dort, wo er einst von den Massen der Bevölkerung umjubelt wurde, wollte er seine Grabstätte finden. Pietätvoll sorgte man dafür, den letzten Wunsch zu erfüllen. Die Leiche des „Weisen von Emmersdorf" wurde zuerst von dem „Koglhofe" nach Klagenfurt überführt und in der Hauptstadt Kärntens aufgebahrt; dann kam die traurige Fahrt nach Wien, wo politische Strömungen zur Herrschaft gekommen waren, die in weiten Kreisen der Bevölkerung das Verständnis für die Bedeutung des heimgegangenen Mannes erstickten. Dennoch wurde Adolf Fischhof ein prächtiges Leichenbegängnis bereitet, denn es gab genug Bürger, die im Geiste des Dahingeschiedenen zu wirken, zu kämpfen entschlossen waren. Auf dem großen Totenacker des Zentralfriedhofes, wo nun auch die im

Kampfe gefallenen Opfer aus der Zeit des Völkerfrühlings schlummern, ruht jetzt Adolf Fischhof in einem Ehrengrabe auf der israelitischen Abteilung. Über seiner Ruhestätte erhebt sich ein schlichtes Denkmal, das ihm treue Freunde und Verehrer gesetzt haben. Dauernder als Stein wird aber die Anerkennung sein, die dem ehrenfesten geradsinnigen Manne dankbare Generationen zollen werden. Adolf Fischhof gehörte nicht zu den Helden des Eintagsruhmes, er war geistig ein Zeitgenosse derer, die da kommen werden. Er kämpfte immer für einen freien friederfüllten Völkerstaat Österreich, und dieser ist erst in seiner Entwicklung begriffen; er setzte seine gewandte Feder für die internationale Verständigung der Staaten ein und verfocht so ein Prinzip, dessen volle Wichtigkeit erst allgemach erkannt wird.

Am offenen Grabe Fischhofs wurden tiefempfundene Reden gehalten. Die Abgeordneten Professor Dr. Eduard Sueß und Dr. Ferdinand Kronawetter feierten den Politiker. Der liberale Gelehrte und der demokratische Volksmann sandten dem Verblichenen die letzten Grüße nach. Wir möchten jedoch noch zwei andere stille Kundgebungen der Vergessenheit entreißen, weil sie eindringlich zum Herzen sprechen. Als Fischhofs Sarg in Wien aufgebahrt lag, da sandte ein Legionär aus dem Jahre 1848 ein dürres Sträußchen und eine schwarz-rot-goldene Schleife: zwei Erinnerungszeichen, die aus dem Sturmjahre stammten. Diese sinnige Aufmerksamkeit wurde dem charakterfesten Politiker gezollt, der seinen Idealen unbekümmert um die flüchtige Meinung des Tages gelebt hatte und der immerdar ein Achtzehnhundertachtundvierziger — das Wort in dessen reinster Bedeutung erfaßt — geblieben war. Die andere Kundgebung galt dem Menschen Fischhof. Gleich nach dem Tode des milden Greises erschien ein Trauerbrief, der trotz seiner ungelenken Sprache innigen Empfindungen beredt Ausdruck gibt. „Die Blüten fingen an" — heißt es in dem Schreiben[1]) — „unsere Wiesen und Weidengründe zu besuchen, und da wachten unsere Herzen auf, um der wieder belebten Natur

[1]) „Klagenfurter Zeitung". 28. März 1893.

entgegenzujauchzen. Doch wie es in der Gebirgswelt oft eintritt: der liebkosende trügerische Hauch des Frühlings nimmt uns manches Mal das Liebste, Ehren- und Achtenswerteste, das wir besitzen. Es nahm uns heuer der frostige Frühlingshauch des 23. März ein Leben mit, dessen Hinscheiden viele, viele betrauern und beweinen werden. Unser Wohltäter und Menschenfreund Dr. Adolf Fischhof ist dahin geschieden.... Es zeichnen zum letzten Gruße, zu Dank und abermals zu Dank die Gemeindevertretungen von Ponfeld und Lendorf und die Ortschaft Emmersdorf...."

---

7. Rückblicke

Wie der Chemiker eine Substanz in ihre Elemente auflöst, um das geheimnisvolle Dunkel zu zerstören, das über der Zusammensetzung liegt, und um verläßlichen Bescheid über die mannigfachen Wirkungen und Eigentümlichkeiten des Stoffes zu gewinnen, so taucht der Biograph einer interessanten Persönlichkeit zuerst im reißenden Strome der Ereignisse unter, um an das Tageslicht zu ziehen, was erhaltenswert scheint; er sucht die einzelnen Handlungen und Regungen gewissenhaft bloßzulegen, die in ihrer Gesamtheit den schaffenden Menschen ausmachen. Auf diese Weise entsteht allmählich ein Bild, das Wesenszug an Wesenszug reiht und die verschiedenen Taten als Glieder einer Kette ineinander fügt. So wird der Mensch, wie er langsam gereift und in fortwährender Umbildung durch das Dasein gegangen ist, vor unserem geistigen Auge lebendig. Aber dieses Gemälde wächst zu sehr in die Breite und Höhe, um mit einem Blicke übersehen werden zu können, und darum sollen auch die markantesten Merkmale herausgegriffen und der Inhalt auf möglichst einfache und leicht faßliche Formeln zurückgeführt werden. Solch ein Bestreben wird besonders zweckdienlich sein, wenn die forschende Erinnerung sich einer Persönlichkeit zuwendet, deren Art und Wert bisher durch falsch gebrauchte Schlagworte mißdeutet wurde. Adolf Fischhofs Bild ist fast weniger durch der Parteien Haß und Gunst als durch den Unverstand der Beurteiler verzerrt worden, und es ist deshalb Pflicht der dankbaren Pietät, die nachträglich aufgetragenen grellen Farben sorgsam zu entfernen.

* * *

Adolf Fischhof war ein gesinnungsstarker Achtzehnhundertachtundvierziger. Dieses einst so geläufige

Wort erheischt heute schon eine nähere Erklärung. Die Menschen, die sich im Vormärz im heißen Verlangen nach der Überwindung des Absolutismus, nach der Begründung eines konstitutionellen Regimes verzehrten, waren von einem großen und tiefen Glauben an den Menschen und an die Menschheit erfüllt. Sie dachten, daß man nur die Ketten der Bevormundung sprengen müsse, um gleich mit fliegenden Fahnen in das Paradies der Freiheit einziehen zu können. Wie ein Vogel jubelnd in die Lüfte steigt, wenn er der Gefangenschaft — und sei es selbst hinter goldenen Stäben — zu entrinnen vermag, so meinte man, werde sich auch das Volk gleich zurechtfinden können, wenn es die Macht erhalte, sein Schicksal selbst zu schmieden. Man hielt an diesem holden Wahne fest, obwohl die jähen Umwälzungen im Leben des französischen Staates eines Besseren belehren konnten und trotzdem ein Blick in Rousseaus mit Recht hochverehrte Schrift über den „Gesellschaftsvertrag" die Augen zu öffnen vermochte. „Jeder in der Sklaverei geborene Mensch wird für die Sklaverei geboren, nichts ist gewisser," heißt es im zweiten Kapitel des ersten Buches. Jeder Untertan trägt — im ganzen und großen — die Eigenschaften mit sich, die den Traditionen des Untertanentums entsprechen, und es bedarf einer langen, oft wechselvollen und krisenreichen Entwicklung, bis die Masse jene Qualitäten erlangt, die für den vollen Genuß der Freiheit tauglich machen. Und nur um die breiten Schichten und nicht um die einzelnen Reiferen, Selbständigeren handelt es sich. Als nun im Jahre 1848 die Tore aufgerissen wurden, durch die man aus der absolutistischen Vergangenheit in eine konstitutionelle Zukunft gelangen konnte, da drängte sich ungestüm die betrübende Erfahrung auf, daß ganz wenige mit klarer Erkenntnis in die neuen Verhältnisse überzutreten wußten, und daß die anderen, die dem Zug der Zeit folgend nachgekommen waren, mit ihren Rechten nichts anfangen konnten, es sei denn, daß sie, von verantwortungslosen Hetzern aufgepeitscht, ungebärdig nach immer neuen Rechten verlangten.

Davon, wie man diese Eindrücke in sich verarbeitete, hing die Stellung ab, die man fortab zum Jahre 1848 einnahm. Die Sturmzeit sollte die Befreiung aller bringen, und darunter

verstand man in der drangsalsvollen Periode des Unterdrücktseins sowohl die innere als die äußere Entfesselung der Menschen. Daß es mit der inneren Befreiung, mit der Ausmerzung des Knechtsinns und mit dem Siege des selbstbewußten Bürgergefühles seine langen Wege haben werde, war klar geworden. Wie aber sollte man es mit der Herbeiführung der äußeren Freiheit, das heißt mit der Vergebung des Mitbestimmungsrechtes an der Staatspolitik halten? Die einen entschieden sich dafür, daß wohl theoretisch die Gleichheit aller auszusprechen sei, daß die politische Mitarbeit jedoch bloß den wenigen überlassen werde, die man als Mündige bezeichnete. Erst allmählich hätte der Kreis der Vollberechtigten ausgedehnt werden sollen, so daß sich die innere Ausbildung mit der äußeren Entwicklung decken konnte. Indes, es fehlte nicht an Politikern, die anderer Auffassung waren. Sie wollten keinen Unterschied zwischen Bürgern und Halbbürgern bestehen lassen, sie strebten mit ihrem ganzen Idealismus darnach, das Ideal des Jahres 1848 zu verwirklichen und alle großjährigen männlichen Staatsbürger mit gleichbemessenen Befugnissen auszustatten, wenigstens soweit die Beziehungen des Individuums zur Gesamtheit in Betracht kamen. Man möge die Menschen getrost in der Freiheit für die Freiheit erziehen; Ausartungen seien nicht zu befürchten, wenn die Autorität der Regierenden aufrecht erhalten bleibe und nicht in einem tollen Wirbel untergehe, wie in den Monaten nach dem Völkerfrühling.

In diesem Sinne war Adolf Fischhof Achtzehnhundertachtundvierziger; in diesem Geiste hatte er immer gedacht; aufrecht und fest wie ein überzeugungsvoller Mensch, aber nicht wie ein blind wütender Fanatiker, der vieles verächtlich zurückweist, wenn er nicht alles haben kann.

Noch eine unzutreffende Vorstellung muß berichtigt werden. Die Erinnerung an die führenden Männer der gewaltigen politischen Umwälzungszeit weckt bisweilen die Ansicht, daß die revolutionären Tendenzen mit republikanischen Bestrebungen durchsetzt waren. Nichts ist irriger als diese verallgemeinerte Anschauung. Die Wiener Revolution ist von Regungen des kaisertreuen Gefühles erfüllt gewesen. Als sich der Jubel der

Massen nach den drei denkwürdigen Märztagen in freudigen Umzügen und anderen festlichen Kundgebungen Luft machte, da wurde das Bild des Kaisers gar oft huldigend umhergetragen. Selbst in der Zeit der Straßenkämpfe gedachte man noch treu des Monarchen, mit dessen Namen eine Barrikade getauft ward. Der leitende Gedanke der bürgerlichen Kerntruppen, die sich der Bewegung anschlossen, war ja die Befreiung des Herrschers von seinen zeitfremden Beratern gewesen, die ihren Konservatismus im Stillehalten statt im vernünftigen planvollen und gelassenen Fortschreiten betätigten. Gewiß, im Spätsommer und im Herbste tauchten in Wien ganz unverhohlen Lobpreiser der Republik auf, aber die Männer, die am 13., 14. und 15. März im Vordergrunde gestanden waren, lebten in offener Fehde mit den verworrenen Verwirrern, mit den regsamen Störenfrieden. Dennoch hatte sich etwas im Verhältnisse zwischen den ehemaligen Untertanen und dem Monarchen geändert. Die Haltung der Wortführer des Bürgertums war männlicher geworden, die servile Lobhudelei mutete bereits wie eine fremde Mode an. Männerstolz vor Königsthronen!, diese Schillerschen Worte haben in Österreich erst in der Revolutionszeit ihren vollen Klang erhalten, und die Achtzehnhundertachtundvierziger vergaßen ihrer nie. Allerdings bewiesen sie auch ihren Männerstolz vor dem launenhaften Volke.

* * *

Als sich Adolf Fischhof in der nachrevolutionären Zeit am angelegentlichsten mit den Problemen befaßte, die im öffentlichen Meinungsaustausche den breitesten Raum einnahmen, da ging vom Osten Europas bis zu den westlichen Gestaden, vom Süden bis zum Norden eine mächtige Welle, in der das nationale Empfinden zum Aufschäumen kam. Die Sehnsucht der Völker nach nationaler Einheit und Selbständigkeit war stärker als jedes andere Verlangen; so wie in späteren Zeiten die soziale Frage die Köpfe und die Gemüter nachhaltig beschäftigte, so beeinflußte in den Tagen, da Fischhof am intensivsten über politische Probleme nachdachte, die Gestaltung, die der Landkarte Europas gegeben werden sollte, das Sinnen

und Trachten. Der Wortführer vom 13. März war nicht nur seinem Berufe nach, sondern auch in seiner politischen Betätigung Arzt; wie er teilnahmvoll vor dem Siechenlager des Patienten stand, so hilfsbereit weilte er am Krankenbette der Zeit. Sein politisches Denken galt vor allem den Bedürfnissen der Gegenwart, den brennendsten Sorgen, und er unterschied sich von den anderen Heilkünstlern oder Kurpfuschern, die gleichfalls die vorhandenen Übel zu beseitigen suchten, nur dadurch, daß er nicht bloß die Krankheitsäußerungen berücksichtigte, sondern ihren Ursachen nachging, daß er nicht allein die Schmerzen zu lindern oder für kurze Frist zu betäuben, sondern die Krankheitserreger zu bekämpfen unternahm. Während nun in den meisten Teilen Europas die nationalen Gefühlsbewegungen mit den staatlichen Schöpfungsbestrebungen zusammenliefen, durchkreuzten sich diese beiden Tendenzen auf dem Boden des alten Kaiserstaates Österreich. Das Staatsproblem und das Nationalitätenproblem mußte auseinandergehalten werden; erst war der Rahmen zu schaffen, und dann konnte in Ordnung gebracht werden, was er zu umschließen hatte.

Fischhofs Meinung über die staatliche Organisation der Habsburger Monarchie war frühzeitig geklärt. Der Dualismus, das heißt die Gleichstellung beider Reichshälften in einem realunionistischen Verbande, schien ihm die heilsamste Einrichtung zu sein. Im Jahre 1867 hat diese Anschauung ihren Triumph gefeiert. Seither sind die hohen Erwartungen geschwunden, die die zuversichtlichen Dualisten dem Umgestaltungsprozesse entgegenbrachten. Aber nichts wäre ungerechter, als wenn man aus den Empfindungen unserer Zeit heraus das Urteil über die Männer bilden wollte, die vor Jahrzehnten die Abkehr vom gesamtstaatlichen Zentralismus geistig vorbereiten und praktisch durchführen halfen. Man wirft heute nur Zahlen in die Wagschale, spricht von dem Beitragsschlüssel und klagt in Österreich über die hohen Kosten des Dualismus. Dabei vergißt man etwas in Berücksichtigung zu ziehen, was freilich unwägbar ist: das Gefühlsmoment. Die Stimmung unserer Tage ist ganz verschieden von dem Empfindungsleben, das vor mehr als vier Jahrzehnten in Cis- und Transleithanien beobachtet werden

konnte. Mochten die materiellen Lasten Österreichs auch größer sein, als sie es bei einer gerechten Verteilung hätten sein sollen, so konnte man diese Beschwernis seinerzeit hinnehmen, weil man sich dafür einerseits ehrliches Wohlwollen und anderseits einen offenen günstigen Wirtschaftsmarkt sicherte. In Ungarn verfügten Männer wie der weise Deak, der gerechte Eötvös und der moderne, kluge Graf Julius Andrassy über den maßgebenden Einfluß. Das waren nennenswerte Faktoren in der Rechnung der österreichischen Verfechter des Dualismus, die nicht voraussehen konnten, daß diese Posten so bald aus dem Kalküle gestrichen werden mußten. Die Basis für den Dualismus war tragfähig. Der Umstand, daß später Erschütterungen eintraten, konnte die Bedeutung der dualistischen Vorkämpfer ebensowenig verringern, wie etwa der Ruhm der großen Baumeister Venedigs darunter litt, daß an ihren Werken im Laufe der Zeit Risse und Sprünge entstanden. Übrigens darf man eine gewichtige Tatsache nicht außer Erwägung lassen. Wenn das Kräfteverhältnis zwischen Österreich und Ungarn innerhalb weniger Jahrzehnte eine solche Änderung erfuhr, daß in den Vorteilen und Nachteilen der bestehenden staatsrechtlichen Einrichtungen ein für die westliche Reichshälfte empfindlicher Wandel eintrat, so ist das vor allem auf die bedeutende Vorstoßfähigkeit zurückzuführen, die Ungarn allmählich erlangte. Die Ursache dieser Erscheinung liegt aber nicht so sehr in einer Kraftvermehrung Transleithaniens als in der Schwächung Cisleithaniens durch die ungünstige Entwicklung seiner innerpolitischen Verhältnisse. Nun war aber gerade Fischhof rastlos bemüht, Österreich auf neue Bahnen zu lenken und Ansichten zur Geltung zu bringen, von denen er unbeugsam meinte, daß sie zum Heile gereichen würden.

* * *

Fischhof war Föderalist. Ihm schienen die Königreiche und Länder einmal gegebene und unantastbare Formen zu sein, in die nur der richtige Inhalt hineingegossen werden müßte. Der Schwerpunkt des Reiches sollte nicht mehr im Wiener Zentralparlamente liegen; der größte Teil der politischen und

der legislativen Tätigkeit wäre in die Landtage zu verlegen gewesen. Der entgegengesetzten Auffassung waren die Zentralisten, die der Organisation Österreichs ihre Gestalt gegeben hatten. Sie besaßen weder Verständnis noch Liebe für die sogenannten historisch-politischen Individualitäten; sie vermochten nicht an dem Kult teilzunehmen, der mit den Kronländern getrieben wurde. Als Fischhof seine Reformvorschläge entwickelte, suchte er in erster Linie die verschiedenen Völker mit dem Staatsleben zu versöhnen, und es läßt sich nicht leugnen, daß dazu das Prinzip des Zentralismus wenig geeignet schien. Gerade bei den Nichtdeutschen war das historische Empfinden stark entwickelt, gerade bei ihnen spielten die historischen Mächte noch eine führende Rolle, und der Realpolitiker durfte diese Tatsache nicht übersehen. In einer Zeit, in der die feierliche Überführung der böhmischen Krone von der Wiener Schatzkammer nach dem St. Wenzelskronarchiv zu einem politischen Ereignisse wurde, in der der Ruf nach einer Revision der Verfassung tausendstimmig ertönte, lag es nahe, ein befriedigendes Kompromiß in der Weise anzustreben, daß man den einen die Herrschaft in den Kronländern zugestand, den anderen aber die Sorgen der nationalen Minorität dadurch abnahm, daß man ihnen ausreichenden Schutz verbriefen wollte. Und noch eines übersehe man nicht! Solange die deutschen Zentralisten im stolzen Vollbesitze der Herrschaft waren, wehrten sie sich zähe gegen die Föderalisierung Österreichs, weil sie befürchteten, einzelne Teile würden sonst zum aussichtsvollen Tummelplatze reaktionärer Politiker werden. Als das liberale Regime zusammenbrach, zeigte es sich jedoch, daß ganz Österreich auf ein tieferes Niveau herabgedrückt ward, was wohl vermieden worden wäre, wenn Fischhofs Ideen allgemeine Anerkennung gefunden hätten. Auch hat sich seither erwiesen, daß die einzelnen Kronländer nicht an Bedeutung verloren, sondern an Macht gewonnen haben. Rekapitulieren wir also: Die Vorherrschaft der Deutschen wurde im Laufe der Zeit gestürzt, ein liberales Regime ließ sich nicht aufrecht erhalten, die Kronländer gewannen an Einfluß; und dies alles, ohne daß selbst ein Teil jener nationalen Bürgschaften für die Deutschen zugestanden worden wäre, die Fischhofs

Vorschläge verhießen — ganz abgesehen davon, daß vor Jahrzehnten noch der Einfluß der freiheitlichen Prinzipien ungeschwächt zu konservieren war.

Einige Jahre nach Fischhofs Tod ist die Schule der nationalen Autonomisten in den Vordergrund getreten, und ihre geistige Werbekraft darf nicht unterschätzt werden. Allein es gibt nichts Neues unter der Sonne; die Hauptgedanken der nationalen Autonomisten sind Fischhof gewiß nicht fremd geblieben. Wir haben schon ausgeführt, welche Gründe den „Weisen von Emmersdorf" bewogen, an der Kronländerorganisation festzuhalten und somit jene Vorschläge abzuweisen, die eine Gliederung des Staates nach den Grenzlinien der nationalen Siedlungsgebiete empfahlen. Aber auch der Begriff des Personalitätsprinzips, der von Karl Renner mit so eindringlicher Klarheit seit etwas mehr als einem Jahrzehnt vertreten wird, ist der Zeit Fischhofs nicht unbekannt gewesen, denn Baron Eötvös hat ihm bereits eine geistreiche Untersuchung gewidmet. Doch damals lautete eben die Frage für Österreich: Zentralismus oder Föderalismus? und daran konnte man nicht vorbeikommen, während heute das Problem in die Worte: Chaos oder nationale Autonomie! zusammengefaßt werden kann.

Wenn also Fischhof in mancher Hinsicht überholt wurde, so hat er dadurch keineswegs an Bedeutung eingebüßt. Der beste Wagenbauer des 18. Jahrhunderts darf nicht geringer bewertet werden, weil im 19. Jahrhundert der vorwärtseilende Scharfsinn auf die Ausgestaltung der Eisenbahnzüge konzentriert ward, und weil das 20. Jahrhundert im Zeichen der Luftverkehrsmittel steht. Was für die Gesamtrichtung von Fischhofs Denken gilt, das läßt sich auch auf die einzelnen Bestandteile seines geistigen Rüstzeuges, auf die verschiedenen Argumente und Beweisführungen anwenden.

Der aufrechte Denker und Politiker schrieb nicht gelehrte Werke, sondern Schriften und Artikel, die politisch wirken sollten und die darum eine ganz bestimmte Aufgabe zu erfüllen hatten. Ein großes zusammenhängendes allumfassendes politisches Anschauungsbekenntnis hat Fischhof nicht abgelegt; selbst das Buch über „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes"

ist nur der westlichen Reichshälfte der Habsburger Monarchie gewidmet, und in diesem engen Kreise werden nur einzelne Probleme berücksichtigt. Verschiedene Aufsätze wurden veröffentlicht, um zwischen einander schroff gegenüberstehenden Ansichten zu vermitteln; sie enthalten Plädoyers zugunsten der Wahl des kleineren Übels und spiegeln nur das wider, was Fischhof in einer bestimmten Zeit fördern wollte und nicht das, was ihm persönlich als höchstes Ziel vorschwebte. Auch war er stets bereit, von andern zu lernen, seine Vorschläge zu ergänzen und zu verbessern. Aus diesen Gründen ist es sehr schwer, ein in allen Einzelheiten getreues und vollendetes Bild von dem zu geben, was in dem „Weisen von Emmersdorf" nach langer Beobachtung und vieler Erfahrung als österreichisch-ungarisches Staatsideal herangereift war. Aber einige Richtungslinien lassen sich immerhin gewinnen.

Die beiden Hälften der Habsburger Monarchie, die eine so verschiedene Vergangenheit hatten, sollten durch die dualistische Verfassung zu einem festen Ganzen vereinigt werden, das seine Kraft aus der Stärke der einzelnen Teile und seine Macht aus dem Wohlergehen und aus dem harmonischen Zusammenwirken der Glieder zu schöpfen vermöchte. Der Dualismus war eben nicht als Mittel zu immer weiterer Trennung gedacht, sondern er sollte jene Gefühle des Sichverstehens und Vertragens allmählich wach werden lassen, die eine langsame engere Aneinanderschmiegung befördern würden. In der österreichischen Reichshälfte hätte sowohl die legislative als die administrative Zentralgewalt nur ein solches Maß von Befugnissen eingeräumt erhalten dürfen, als zur Sicherung der Einheit und zur Vertiefung des Einheitssinnes erforderlich gewesen wäre. In den Kronländern sollte dem politischen Betätigungsdrange und den Verwaltungstalenten ein weiter Spielraum geboten werden. Die zu schaffenden Kreisorganisationen würden den einzelnen Nationen unbestrittene Stützpunkte und friedvolle Heimstätten gewähren. Durch ein weise ersonnenes Nationalitätengesetz wäre den Bedürfnissen und Ansprüchen aller Volksstämme so weit Rechnung zu tragen, als es bei der unabweislichen Rücksicht auf das Ganze anginge. Die deutsche Vermittlungs-

sprache müßte in ungeschmälerter Wirksamkeit erhalten bleiben, weil dies im Interesse der Verwaltung liege; die geistige und wirtschaftliche Führerrolle des deutschen Volkes würde sich von selbst mit Notwendigkeit ergeben und allen zum Vorteile gereichen, wenn die nichtdeutschen Völker nicht mehr auf Eroberungen bedacht sein müßten oder zu Vorstößen veranlaßt würden. Da die Macht oft unwiderstehlich zum Mißbrauche der Gewalt verleitet, hätten die nationalen Minderheiten in den Ländern, Kreisen, Bezirken und Gemeinden durch die Einführung des Kuriatvotums einen besonderen Schutz zu erhalten. Die Selbstregierung des Volkes wäre im weitesten Maße zur Durchführung zu bringen und durch ein volkstümliches Wahlrecht zu verankern. Die Schaffung der Kreisorganisation und der Kreisselbstverwaltung müßte einen großen Fortschritt in dieser Richtung bedeuten. Durch diese sinngemäße und den Verhältnissen entsprechende Einrichtung des Staates würde das Dasein der Völker von katastrophalen Zwischenfällen und von fortwährenden Störungen befreit werden; die Nationen müßten nicht mehr daran denken, einander zu übervorteilen oder zu unterdrücken; der schöne Ehrgeiz, es einander gleich oder zuvor zu tun, käme zu segensreicher Entfaltung. Nationale Politik würde fortab nicht mehr Kriegspolitik, sondern Kultur- und Sozialpolitik sein; kein Volksstamm wäre veranlaßt, dem andern in Zukunft Erziehungsbehelfe zu versagen, weil jede Nation (bis auf die Ruthenen) in einem Kronlande an der Herrschaft wäre und so freie Entfaltungsmöglichkeiten hätte. Auch würde die Furcht der einen vor der Verdrängung oder Überrumpelung durch die anderen wegfallen. Wie der nationale Friede durch die richtige Organisation des Staates verbürgt wäre, so würde der Sieg der liberalen Ideen durch die Annäherung der freiheitlichen Elemente der einzelnen Völker mächtigen Vorschub erhalten. Durch das Verschwinden der Hemmungen müßten unzählige Kräfte frei werden, die sich in wirtschaftliche Energien umzusetzen vermöchten.

Auch in Ungarn wäre den einzelnen Volksstämmen bei aller Anerkennung und bei der tatsächlichen Erhaltung der magyarischen Führerschaft die freie nationale Entwicklung zu sichern, die im Geiste des vorhandenen, aber nicht beachteten Nationalitäten-

gesetzes liegt, dessen Sinn von dem weitherzigen, klarblickenden und einsichtigen Baron Eötvös rein und groß aufgefaßt wurde. Durch die Förderung demokratischer Institutionen würden die Volksstämme Ungarns in den Vertretungskörpern jenen Einfluß erlangen, auf den sie ein unzweifelhaftes Recht haben; in den ihrer feudalen Einrichtungen entbundenen Komitaten erschlössen sich ausreichende Betätigungsfelder für die verschiedenen Nationen. ... Nach dieser Richtung hin gingen sicherlich Fischhofs Gedanken über die ungarische Politik, wenngleich es nicht möglich ist, dafür aus den hinterlassenen Schriften beweiserbringende Unterlagen heranzuziehen. Aus Aufzeichnungen, die sich im Nachlasse des rastlosen Denkers fanden, geht jedenfalls deutlich hervor, daß der „Weise von Emmersdorf" für das transleithanische Völkerproblem, für die Verhältnisse der ungarischen Nationen, reges Interesse hatte.

Das ist das dürre Gerippe, dem nun jeder nach dem Reichtume seiner Phantasie Leben einhauchen und abgerundete Form geben kann.

* * *

Der warmfühlende Mann, der es trotz aller augenblicklichen Mißerfolge immer aufs neue unternahm, in das österreichische Völkerchaos Ordnung zu bringen, die Streitenden zu versöhnen und die Schwerter in Pflugscharen umzuschmieden, mußte schließlich dazu kommen, der internationalen, beziehungsweise der *interparlamentarischen Organisation* das Wort zu reden. Die kontinentalen Abgeordnetentage, für deren Abhaltung Fischhof mit Lebhaftigkeit eintrat, sollten in besonnener, rüstiger Arbeit nicht nur die Anregung zur Reduktion der Heere und ihrer Lasten geben, sondern auch alle tiefeinschneidenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen sachlich erörtern. Nicht ohne Ursache wurde Österreich vielfach als das kleine Probierfeld der großen Welt charakterisiert; der Politiker, der den verdienstvollen Mut besaß, sich an die Heilung der österreichischen Gebrechen heranzuwagen, der mochte auch die Kühnheit des Gedankenfluges besitzen, die notwendig ist, wenn man das Leben der kontinentalen Staaten wenigstens in der Theorie mit Regelmäßigkeit, Übereinstimmung und planmäßiger gegen-

seitiger Förderung erfüllen will. In dem einen wie in dem anderen Falle: als österreich-ungarischer und als kontinentaler Politiker, als Bürger eines Staates und als Weltenbürger wurde Fischhof oft zu den Ideologen gezählt, die sehr brave und achtenswerte Menschen sein mögen, die aber von den realen Verhältnissen keine Ahnung haben und darum nicht ernst genommen werden dürfen. „Was heißt Vernunft?" — fragt Börne in seinen Pariser Briefen — „Der Wahnsinn aller. Was heißt Wahnsinn? Die Vernunft eines einzelnen. Was nennt man Wahrheit? Die Täuschung, die Jahrhunderte alt geworden. Was Täuschung? Die Wahrheit einer Minute." Wenn es dem „Weisen von Emmersdorf" auch nicht gegönnt war, die Zweifler und Spötter durch die Verwirklichung all seiner Pläne und großzügigen Anregungen eines Bessern zu belehren, so hat er doch die Genugtuung gehabt, daß einzelne seiner im großen Zusammenhange erdachten Vorschläge — freilich bisweilen zu spät — von sehr nüchternen Staatsmännern und Politikern aufgegriffen wurden. Als im Februar 1890 der berühmte Erlaß Kaiser Wilhelms II. über die Arbeiterfrage veröffentlicht ward, konnte Fischhof mit Stolz darauf hinweisen, daß er schon vor fünfzehn Jahren die österreichischen „Reichsratsabgeordneten zu einer ähnlichen Initiative aufgefordert habe. Anfangs schien alles entflammt; aber es war nur Strohfeuer, die Indolenz siegte über die Begeisterung. . . ."[1]).

* * *

Nicht nur das, was das Hirn ersinnt und erarbeitet, macht den Mann; die Züge des Wesens, die Eigentümlichkeiten des Charakters dürfen auch nicht außer acht gelassen werden. Adolf Fischhof war von einer ungekünstelten Vornehmheit, von einer erwärmenden Innigkeit des Empfindens, von jener echten Humanität, die ungesucht hervorquillt und wirkt, weil sie da ist.

---

[1]) Brief Fischhofs an Wengraf vom 9. Februar 1890. — Der Erlaß Kaiser Wilhelms stellte fest, daß sich die Lage der deutschen Arbeiter, die wesentlich bestimmt ist durch die Weltkonkurrenz, nur durch internationale Vereinbarungen verbessern lasse. Deshalb sollte die Regierung Deutschlands mit den Regierungen anderer Länder wegen einer internationalen Verständigung in Verbindung treten.

Edle Persönlichkeiten tun nichts, um zu empfangen; ihnen ist alles eine selbstverständliche Erfüllung großaufgefaßter Pflichten. In den Tagen des verfänglichsten Glückes, der Macht, der Popularität ist Fischhof schlicht und bescheiden geblieben, in den Zeiten der schweren Prüfung blieb er im allgemeinen doch aufrecht. Der Mann, von dem so viel gesprochen und geschrieben wurde, war niemals der Versuchung unterlegen, sich mit starken Ellenbogen in den Vordergrund zu drängen. Im Jahre 1848 haben ihn die Ereignisse mitgerissen, und er nahm die Ämter, die ihm zufielen, nur an, weil er das berechtigte Gefühl hatte, Gutes leisten zu können. Nachher widerstand er allen Verlockungen und Rufen; nicht die ihm ins Haus geschickte Amnestie, nicht das angebotene Ministerportefeuille, nicht das leicht erlangbare Reichsratsmandat konnte ihn aus der scheuen Zurückhaltung herausreißen. Er ging ruhig seines Weges, ohne sich durch die glänzenden Aussichten beirren zu lassen, die eine geschäftskluge Anempfindung an die landläufigen Meinungen verhieß. Als armer Mann blieb er freudig unbestechlich, nicht als Sklave seines Eigensinnes, sondern als pflichtbewußter Verfechter seiner forschend, grübelnd und betrachtend errungenen Überzeugung. Er, der alles gab, was er zu bieten vermochte, ohne jemals etwas für sich zu verlangen, er, der Freund im tiefsten Sinne des Wortes sein konnte, hatte für sich keinen anderen Ehrgeiz als den, seinen Namen unbemakelt zu erhalten. Ruhm und Nachruhm bedeutete für Fischhof nicht viel. Der „Weise von Emmersdorf" war im Leben von mannigfachen Bitternissen heimgesucht worden; er hatte viel menschliche Niedrigkeit kennen gelernt, und da mochte es ihm als Höchstes erscheinen, vor sich selbst als untadeliger Charakter dazustehen. Vielleicht hat er sich manchmal der Worte Grillparzers erinnert:

„Eines nur ist Glück hienieden,
Eins: des Innern stiller Frieden
Und die schuldbefreite Brust.
Und die Größe ist gefährlich,
Und der Ruhm ein leeres Spiel;
Was er gibt, sind nicht'ge Schatten,
Was er nimmt, es ist so viel."

* * *

Fassen wir alle unsere Eindrücke zusammen!

Adolf Fischhof war keine sekuläre Erscheinung, keiner von den wenigen, die einer Epoche ihren Namen leihen. Er zählte nicht zu den gewaltigen Persönlichkeiten, die das Geschick der Staaten bestimmen und die im trauten Liede reichbedankt fortleben, wenn ihr Werk dem Glücke der Völker gewidmet war. Adolf Fischhof ist nicht einer der Größten gewesen, aber er war für Österreich-Ungarn sicherlich ein großer Mann, emporgehoben durch den Adel seines Wollens, ausgezeichnet durch die Tiefe seines Denkens und bedeutend durch seine historische Rolle in bewegter Zeit.

Er hat das österreichische Problem durchdacht und durchwühlt wie kein anderer in seinen Tagen; was für so viele bloß Augenblickssorgen, Verstimmungen, vorübergehende Krisen, Fragen der Routine und der Parlamentsdiplomatik waren, das bildete für ihn einzelne Symptome einer aufreibenden Krankheit, deren Diagnose er scharf formulierte und deren Heilung er seine ganze Kraft widmete.

Wenige haben Österreich glühender geliebt als Adolf Fischhof, dessen Vater einst unter dem Zwange eines rücksichtslosen Gesetzes den Boden Österreichs verlassen mußte. In Ungarn als Sohn jüdischer Eltern geboren, erblickte er in Wien seine zweite Vaterstadt, in Österreich sein zweites Vaterland. Und er war ein Deutscher! Deutsch seiner Bildung nach, obwohl er ein ungarisches Gymnasium in der magyarischen Renaissanceperiode besuchte, deutsch seinem Fühlen und seinem Denken nach!

Die Sorgen, die Adolf Fischhof während vieler Jahrzehnte bewegten, sind heute noch unsere Sorgen; was er erstrebt, ersehnt, erdacht: ein einiges festgefügtes Österreich, eine starke sich rüstig fortentwickelnde österreich-ungarische Monarchie, das alles gilt fast zwei Jahrzehnte nach seinem Tode noch als Ideal, als Errungenschaft einer fernen Zeit. Dem Untätigen fallen keine Früchte in den Schoß. Soll erreicht werden, was Fischhof so innig herbeiwünschte, dann muß unverdrossen an die Arbeit gegangen werden, dann darf keine Enttäuschung zum Erlahmen der Kräfte führen. Im Geiste Adolf Fischhofs

wird man am sichersten an das weite Ziel gelangen: in freier Durchführung seiner Ideen, nicht in knechtischer, buchstabengläubiger Auslegung. Der Große hat das Land der Verheißung nur mit seinem geistigen Auge gesehen, hoffentlich aber wachsen nun Größere heran, die es auch erreichen können und die die anderen mit sich ziehen. Im einleitenden Kapitel seines gedankenvollen Buches über die „Repräsentanten des Menschengeschlechtes" meint Ralph Waldo Emerson: „Große Männer existieren deshalb, damit Größere ihnen folgen. . . ."

---

8. Anhang

I. Der Sicherheitsausschuß

Um zu veranschaulichen, welch bunt gemischtes und reiches Arbeitspensum der unter Fischhofs Leitung stehende Wiener „Sicherheitsausschuß“ im Jahre 1848 in jeder Sitzung zu bewältigen hatte, lassen wir hier zwei willkürlich herausgegriffene Beschlußprotokolle im Wortlaute folgen. Dazu ist zu bemerken, daß die lithographierten Protokolle oft lückenhaft geführt wurden und daß sich meistens bei jeder Frage lebhafte Diskussionen entwickelten. Auch darf nicht vergessen werden, daß die leitenden Mitglieder des „Sicherheitsausschusses“ bemüßigt waren, einen Teil der Beschlüsse selbst zur Ausführung zu bringen und vor allem die unzähligen Proklamationen, Aufrufe und Adressen zu verfassen, die sich im Laufe der Zeit ergaben.

Protokoll. 12. Juni 1848. Morgensitzung!

1. Ein Ministerialreskript bewilligt den in den Ausschuß gewählten Beamten den angesuchten Urlaub.

2. Der Brief der Deputierten des Ausschusses aus Innsbruck wird gelesen, worin sie den ihnen von seiten der Minister zu teil gewordenen Empfang schildern.

3. Zuschrift eines Garden über das unschickliche und gesetzwidrige Baden im Wiener-Neustädter Kanal. Es wird eine Kundmachung dagegen beschlossen.

4. Antrag einer Deputation der Liberalen, den Verfasser eines Artikels in dem Abendblatte der „Wiener Zeitung“ vom 10. d. M. wegen Ehrenbeleidigung in den Anklagestand zu versetzen. Wurde abgelehnt.

5. Die Polizeioberdirektion wurde ersucht, die in der „Grazer Zeitung“ gegen einen hiesigen Polizeikommissär erhobene Beschuldigung dahin zu berichtigen, daß das angeblich von ihm gekaufte grüne Holz zwar in feinen Häusern, aber ohne sein Vorwissen gekauft wurde.!

6. Das Ersuchen mehrerer Brünner Studenten wegen Befreiung mehrerer aus ihnen zum Militär Genommenen beim Ministerium das Nötige zu veranlassen, wird dem Studentenkomitee zugewiesen und die Beantwortung dieser Bitte zugesichert.

7. Auf Antrag des Professors Füster und aus Anlaß, daß der böhmische Geistliche in der Ligorianerkirche die böhmischen Arbeiter in

slawischer Sprache aufrege, wird beschlossen, beim hohen Ministerium dahin zu wirken, daß den Priestern, welche Kanzel oder Beichtstuhl zu politischen Umtrieben mißbrauchen, die Entfernung von ihrem Amte angedroht werde und daß diesfalls die Anweisung ans Ordinariat erlassen werde.

8. Der Antrag des Herrn Professor Füster, an Sonntagen für die Arbeiter in der Universitätskirche Vorträge halten zu wollen, wird mit Dank angenommen.

9. Die Beschwerde eines Garden über Müller- und Bäckerwucher wird dem Gemeindeausschusse zur Berichterstattung zugewiesen.

10. Über eine Zuschrift der Polizeioberdirektion, betreffend die Stunde der Eröffnung der Linien für die Marktparteien wird beschlossen, daß die Expedition der Viktualien zu jeder Stunde der Nacht vorgenommen und diesfalls die Kameralverwaltung zur schleunigen Amtshandlung gegen Berichterstattung angewiesen werden möge.

11. Anweisung an das Arbeiterkomitee, den die Regen- und Feiertage betreffenden Beschluß durch ein Plakat zu veröffentlichen und die mündliche Verständigung der Arbeiter zu veranlassen.

12. Die Depots für Naturalgaben werden angewiesen, nur solchen, die dazu berechtigt sind, Naturalien zu verabfolgen.

13. Visenino stellt den Antrag, eine Deputation nach Prag zu senden; wird verworfen.

14. Über den motivierten Antrag des Dr. Goldschmidt wird beschlossen, das Ministerium anzugehen, daß Leo Graf Thun und die mitbeteiligten Beamten, welche ihre Amtsgewalt durch Lossagung vom Ministerium mißbraucht haben, als Hochverräter in den Anklagestand versetzt werden und augenblicklich vom Amte suspendiert werden mögen.

15. Eine von zwei Damen überbrachte Kollekte für die Studenten wird dem Studentenkomitee zugewiesen.

16. Das Wahlprogramm für den Reichstag wird vom Wahlkomitee vorgelegt und einstimmig angenommen. Die vom Wahlkomitee vorgelegte Belehrung an das Landvolk in volkstümlicher Sprache wird Herrn Umlauft zur Endredaktion übergeben.

Vorsitzender: Fischhof. Schriftführer: Schiel.

Protokoll. Abendsitzung vom 7. Juni 1848

1. Fürst Radziwill hält einen Vortrag über die am Brünlbade und beim „blauen Herrgott" vorgefallenen Aufwiegelungen unter den Arbeitern.

2. Iglauer Bürger überreichen ihre Adresse. Präsident Fischhof spricht den Dank aus.

3. Deputierte vom Kloster Lambach überreichen eine Adresse.

4. Präsident Fischhof liest eine Zuschrift des Gemeindeausschusses über die Bestimmungen seines Wirkungskreises mit dem Ansuchen, bei wichtigen Angelegenheiten denselben durch Mitglieder aus dem Sicherheitsausschusse zu verstärken.

5. Vorschlag zur Beschäftigung von einigen tausend Arbeitern. Dem Arbeiterkomitee zugewiesen.

6. Präsident Fischhof liest eine Anzeige, daß sich Arbeiter an zwei verschiedenen Plätzen bezahlen lassen. Unter einem werden 9 fl. K.-M. für die Arbeiter übergeben. An das Arbeiterkomitee übergeben.

7. Beschluß einer Zuschrift an die Arbeitsinspizienten des Inhalts, daß den Arbeitern im Prater erlaubt werde, Sonnabends nachmittag unter Aufsicht Reisig zu sammeln.

8. Beschluß, beim Ministerium des Äußern anzufragen, was die in der „Wiener Zeitung" enthaltene Drohung Rußlands gegen Preußen befürchten lasse.

9. Beschwerde über die Mißbräuche beim Sammeln der Gelder für die Arbeiter. Beschluß, daß alle allenfalls ausgestellten Sammlungsvollmachten zurückgenommen werden sollen und daß das Publikum zu verständigen sei, auf derlei Vollmachten künftig nichts mehr zu geben.

10. Beschluß einer Adresse an das Parlament in Frankfurt über unseren innigen Anschluß an Deutschland und Aufforderung der Provinzen, ähnliche Adressen nach Frankfurt zu schicken.

11. Es sollen täglich vier Individuen der Sicherheitswache als Ordonnanzen zur Verfügung des Ausschusses gestellt werden.

12. Es sind künftig die Brotanweisungen der Arbeiter zu stempeln und die Bäcker davon zu verständigen.

13. Jeder Arbeiter erhält künftig eine Karte, die er früh und abends vorzuzeigen hat und welche von Woche zu Woche verlängert wird.

14. Ansuchen um Assistenz zu einer Pfändung im Prater. Wird als unzulässig zurückgewiesen.

15. Professor Kudler ladet den Ausschuß ein, einem von ihm zu bildenden Wahlkomitee beizutreten, worüber zur Tagesordnung geschritten wurde.

16. Antrag des Herrn Umlauft, die augenblickliche Ausschreibung der Reichstagswahlen durch eine Deputation an das Ministerium und durch eine Aufforderung an die niederösterreichische Landesregierung zu betreiben. Zugleich schleunigst ein Komitee zur Abfassung der beschlossenen Belehrung über die Wahlen zusammenzusetzen. Wird der bereits bestehenden Kommission betreffs der Wahlen zugewiesen.

17. Antrag des Dr. Schiel: Es möge das hohe Ministerium gebeten werden, die Paragraphen 26 und 45 der Kundmachung vom 1. Juni l. J. dahin zu erläutern, daß in jenen Fällen, wo bei wiederholter Abstimmung die höchste Stimmenzahl auf mehr als zwei Kandidaten gleich verteilt ist, alle jene Kandidaten, welche bei der zweiten Abstimmung gleich viele Stimmen erhalten haben, in die engere Wahl zu bringen seien und diese Wahl so oft wiederholt werde, bis sich eine absolute Stimmenmehrheit ergibt. Wird einstimmig angenommen.

18. Antrag des Dr. Schiel: Das hohe Ministerium möge angegangen werden, es von den Bestimmungen des Paragraphen 34 der erwähnten Kundmachung — wodurch festgesetzt wird, daß zur Vornahme einer gültigen Wahl des Abgeordneten die Anwesenheit von drei Viertel der Wahlmänner des Bezirkes erforderlich sei — abkommen zu lassen. Wird mit großer Majorität angenommen.

19. Antrag des Herrn Goldschmidt: Das hohe Ministerium um die Verfügung zu bitten, daß sowohl betreffs der Wahl der Wahlmänner,

als auch der Deputierten, die Zeit des Beginnes und des Schlusses zum Eintritte der Wähler im vorhinein bei jedem Wahldistrikte oder Wahlbezirke festgesetzt werde. Angenommen.

20. Bericht des Arbeiterkomitees über künftig vorzunehmende Arbeiten. Beschluß einer Aufforderung an die Arbeiter, sich den Feld- und Landarbeiten zuzuwenden.

Dr. Fischhof, Vorsitzender.

II. Fischhofs Sprachen-Gesetz-Entwurf[1])

1. Bestimmungen zum Schutze der nationalen Rechte

A. Auf dem Gebiete der Verwaltung

1. Jeder österreichische Staatsbürger kann einzeln, oder in Gemeinschaft im mündlichen oder schriftlichen Verkehre mit den weltlichen und kirchlichen Behörden seiner Ortsgemeinde und seines Bezirkes, sowie mit den Zentralbehörden seines Landes sich einer der Sprachen bedienen, welche im respektiven Verwaltungsbezirke heimisch sind.

2. Der mündliche oder schriftliche Bescheid der oben benannten Behörden erfolgt in der Sprache, deren sich die Ansuchenden bedienten.

3. Die Publikationen der weltlichen und kirchlichen Behörden jedes der österreichischen Königreiche und Länder erfolgen in der heimischen Sprache und bei gemischter Bevölkerung in den heimischen Sprachen des respektiven Verwaltungsgebietes.

4. Die innere Geschäftssprache der autonomen Gemeinde- und Bezirksbehörden wird durch die respektive Vertretung, die der Staatsbehörden durch ein Landesgesetz normiert.

5. In den von den Kirchengemeinden geführten Matrikeln kommt die Sprache der Gemeindebevölkerung, und wo diese national gemischt ist, die von der Vertretung der respektiven Ortsgemeinde normierte in Anwendung. Doch müssen die

[1]) Man darf nicht vergessen, daß dieser gegen Ende der sechziger Jahre entstandene Entwurf nur die Grundlage für weitere Verhandlungen bilden sollte. Ferner muß in Berücksichtigung gezogen werden, daß die „Beamtenfrage" in der Zeit, in der die Arbeit entstand, noch nicht die Bedeutung besaß, die ihr von den achtziger Jahren ab zukam. Wie Fischhof über die sprachliche Qualifikation der Beamten dachte, das geht aus seiner Korrespondenz mit Rieger und aus seinen späteren Darlegungen hervor.

Namen und Vornamen der Einzutragenden genau nach der Angabe und in der Sprache der Beteiligten eingeschrieben werden. Die Matrikelscheine müssen auf Verlangen des Bewerbers in dessen Muttersprache ausgestellt werden.

6. Im Verkehre der koordinierten Behörden eines Landes miteinander bedienen sich die Gleichsprachigen ihrer gemeinsamen Amtssprache, die Ungleichsprachigen der Sprache der Behörden, an die sie sich wenden.

7. Im Verkehre der unteren Behörden mit den oberen — die Landes*zentral*behörden miteingerechnet — und umgekehrt, kommt die Sprache der unteren Behörden zur Anwendung.

8. Im Verkehre mit der *Zentral*regierung bedienen sich die obersten Behörden der österreichischen Königreiche und Länder der deutschen Sprache.

9. In Ländern mit gemischter Nationalität werden die politischen Verwaltungsbezirke möglichst *national* arrondiert.

10. Der Bezirk bildet in politisch-administrativer Beziehung ein Ganzes: die Bezirksgemeinde[1]). Dieser Bezirksgemeinde ist außer der ihr gesetzlich zugewiesenen Tätigkeit, unter Auflassung des gegenwärtigen politischen Bezirksamtes, die ganze politische Administration des Bezirkes zu übertragen, so daß sie in politicis die erste Instanz ist. Sie hat, unter Solidarhaftung, die Steuereinnahme und Steuerverwaltung im ganzen Umfange des Bezirkes zu besorgen und eventuell die auf den Bezirk entfallende Steuerquote auf die Ortsgemeinden desselben umzulegen. In ihr und durch sie ist für die Geschäfte des nicht streitigen Richteramtes, in Verlassenschafts-, Waisen- und Kurandenangelegenheiten zu sorgen, somit ist auch die Führung des kumulativen Waisenamtes an sie zu übertragen. Ebenso sind das Kirchen-, Schul- und Armenwesen, die Geschäfte der Konskription, der Rekrutierung und alle sonstigen, in das Bereich der politischen Verwaltung und zur Ausübung der Lokalpolizei gehörigen Funktionen an die Bezirksgemeinden zu übertragen.

---

[1]) Die genaueren Details enthält meine (Fischhofs) Schrift: „*Zur Erweiterung der Munizipalautonomie*".

Anmerkung. Falls die Bezirksgemeinden für die Ausübung dieser Funktionen zu klein befunden würden, könnte man mehrere Bezirksgemeinden zu einer Kreisgemeinde zusammenlegen.

Entsprechend dem Mehrbetrage der hieraus erwachsenen Verwaltungsauslagen wird die von dem Bezirke an den Staat zu entrichtende Steuer ermäßigt.

In der Ausübung ihrer Funktionen ist die Bezirksgemeinde streng zur Einhaltung der Reichs- und Landesgesetze verpflichtet. Das beratende, beschließende und die Verwaltung überwachende Organ der Bezirksgemeinde ist die Bezirksvertretung. Die Bezirksvertretung wählt: 1. aus ihrer Mitte den engeren Ausschuß zur Kontrollierung der Verwaltung; 2. das verwaltende und vollziehende Organ der Gemeinde, den Bezirksmagistrat und seinen Vorstand, den Bezirksverweser.

Zur Überwachung sowohl der autonomen, als auch der übertragenen Tätigkeit der Bezirksgemeinde steht an der Spitze des Bezirkes ein von der Krone ernannter Bezirkspräsident, welcher das Organ der Regierung in der Bezirksverwaltung ist. Ohne selbst zu administrieren, hat er die pünktliche Ausführung der Gesetze zu überwachen, die Interessen des Staates zu wahren, die Autorität der Regierung aufrecht zu erhalten, ungesetzliche Beschlüsse der Bezirks- und Gemeindevertretungen, sowie gesetzwidrige Akte der Magistrate hintanzuhalten, und ebenso die fehlerhafte Anwendung der Gesetze zu verhindern.

Anmerkung. Der Bezirkspräsident stellt den Zusammenhang zwischen den vom Volke gewählten und den von der Regierung ernannten Verwaltungsbeamten her und bildet so den verbindenden Ring in der Kette der Administration.

B. Auf dem Gebiete der Justiz.

11. Jeder Staatsbürger kann, wenn er den Schutz des Gesetzes oder richterliche Hilfe in Anspruch nimmt, in seiner Gemeinde, seinem Bezirke und bei der höheren Gerichtsinstanz des Landes sich jeder der landesüblichen Sprachen bedienen.

12. Der Richter entscheidet beim Verfahren außer Streit-

sachen in der Sprache der Repräsentation oder Eingabe, beziehungsweise in der Sprache der Beteiligten.

13. In Prozeßsachen führt er die Verhandlung in der Sprache der Prozessierenden, das Zeugenverhör, die Konfrontierung und ähnliche richterliche Akte in der Sprache der verhörten Individuen, das Protokoll selbst in der Sprache, in welcher das Amtsprotokoll geführt wird.

14. Die Vorladung erfolgt in der Sprache der vorzuladenden Parteien, wenn diese Sprache zu den landesüblichen gehört. Ist die Sprache dieser Partei nicht bekannt, in der Amtssprache der Gerichtsbehörde.

15. Jeder Bescheid oder Beschluß, jedes Urteil und in außerordentlichen Fällen — auf Wunsch der Parteien oder Beteiligten — selbst die Mitteilung der wichtigeren Dokumente, erfolgt von seiten des Richters in der Sprache oder in den Sprachen der Beteiligten.

16. Was die innere Geschäftssprache der Gerichtsbehörden und die Verkehrssprache der Gerichtsbehörden untereinander betrifft, so gelten für dieselben die in Alinea 4 bis inklusive 8 enthaltenen Bestimmungen dieses Gesetzes.

17. Die Sprache der Grundbuchämter ist bei ungemischter Nationalität die Sprache dieser, bei gemischter, die der Majorität der Bevölkerung. Doch müssen die Bescheide und Extrakte in jener der im Gerichtssprengel üblichen Sprachen ausgefolgt werden, welche die Partei wünscht.

18. Durch Errichtung nationaler Senate im obersten Gerichtshofe wird die Gleichberechtigung der Sprachen auch in der obersten Instanz gesichert.

C. Auf dem Gebiete der Schule.

19. In der Volks- und Mittelschule wird der Unterricht in der Sprache der Bevölkerung erteilt, welche in der Gemeinde oder im Bezirke heimisch ist, dort wo mehr als eine Sprache üblich ist, wird in jeder derselben gelehrt, und zwar entweder an einer und derselben Schule durch Lehrer, welche beider Sprachen kundig sind, oder in Parallelklassen, oder wo die Zahl

der Schüler dies erheischt und die Geldmittel es gestatten, in getrennten Schulen.

20. Zur Förderung des geistigen und sozialen Verkehrs zwischen den Nationalitäten eines Landes wird Vorsorge getroffen, daß jede Landessprache in den Schulen gelehrt werde, doch nur die Muttersprache als obligater Gegenstand.

21. Was die höheren Unterrichtsanstalten in Ländern von gemischter Nationalität anbelangt, so müssen sie entweder im Lande so verteilt und eingerichtet werden, daß in denselben jede Nationalität Belehrung in ihrer Muttersprache finden könne, oder wo dies untunlich ist, daß der Unterricht daselbst durch Errichtung von Parallelklassen in beiden Sprachen erteilt werde.

22. Nationale Universitäten werden aus Reichsmitteln gegründet und erhalten.

23. Den Staatsbürgern jeder Nationalität steht das Recht zu, aus eigenen Mitteln oder mittelst Assoziation untere, mittlere und höhere Unterrichtsanstalten zu errichten, um in ihren nationalen Kreisen Kunst und Wissenschaft, Handel, Industrie und Ackerbau zu heben. Nur müssen sie dabei nach den vom Staate gutgeheißenen Statuten vorgehen, und den Geldfonds unter Oberaufsicht des Staates verwalten. Diese Institute sind unter der Bedingung der Übereinstimmung ihres Lehrplanes mit dem der gleichnamigen Staatsinstitute diesen völlig gleichgestellt.

24. Im Landesschulrate sowie in den Bezirks- und Ortsschulräten müssen bei sprachlich gemischter Bevölkerung alle im respektiven Lande, Bezirke und Orte heimischen Nationalitäten ihre proportionale Vertretung finden.

D. Auf dem Gebiete der Legislative.

25. Sowohl in den Vertretungskörpern der Orts- und Bezirksgemeinden, als auch in den Landtagen kann jedes Mitglied sich jeder der landesüblichen Sprachen bedienen. Die Protokolle werden, falls die Minorität mindestens ein Fünftel der Bevölkerung vertritt, auch in der Sprache derselben geführt. Alle schriftlichen und mündlichen Anträge, Berichterstattungen,

sowie alle Gesetzentwürfe müssen in den Sprachen der repräsentierten Nationalitäten vor die Vertretung gebracht werden.

26. Die Reichs- und Landesgesetze werden in den Königreichen und Ländern in den daselbst heimischen Sprachen promulgiert.

27. In Landtagen gemischter Nationalität hat die nationale Minorität das Recht, in Schulfragen und bei Bestimmungen jener Gesetze, welche auf die Sprache Bezug haben, eine getrennte Abstimmung in nationalen Kurien zu verlangen.

Anmerkung. Sollte in jenen Kronländern, wo das gegenseitige Mißtrauen der Volksstämme ein tiefgehendes ist, wie beispielsweise in Böhmen und Mähren, die nationale Minorität sich mit einem beschränkten Kuriatvotum nicht zufrieden geben, so könnte man dieses auch bei Abstimmungen über andere Fragen zugestehen; aber nur, falls drei Vierteile der nationalen Minorität es verlangen. Dieses Zugeständnis sollte jedoch vorläufig nur für eine kurze, genau zu bestimmende Zeit gemacht werden, nach deren Ablauf die Reichsgesetzgebung auf Grundlage gemachter Erfahrungen über dessen Fortdauer zu entscheiden hätte.

28. Bei der Abstimmung in Kurien ist der Vorschlag nur bei Zustimmung der Majorität einer jeden der beiden Kurien angenommen.

29. In bezug auf diese Kurien wird folgendes festgestellt: a) Die Abgeordneten national ungemischter Wahlbezirke gehören der gleichnamigen nationalen Kurie an. b) Die Vertreter national gemischter Wahlbezirke sind, je nach der nationalen Gesinnung der Majorität ihrer Wähler und je nach ihrem eigenen, bei der Kandidatur abgelegten nationalen Bekenntnisse, in die eine oder in die andere Kurie einzureihen.

Anmerkung. Es wird hier vorausgesetzt, daß vom Gruppenwahlsysteme abgegangen wird. Sollte dieses aufrecht erhalten bleiben, so bin ich auf Verlangen bereit, die Art und Weise zu bezeichnen, in welcher die hierdurch bei der Kuriatabstimmung entstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen seien.

30. In den Landesausschuß werden, falls die in der Minder-

heit befindliche Nationalität mindestens ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, die Mitglieder von jeder der nationalen Kurien proportional ihrer eigenen Mitgliederzahl gewählt. Falls jedoch auf die kleinere Kurie ein ganzes Mitglied proportional nicht entfiele, ist sie dennoch zur Wahl eines Ausschußmitgliedes berechtigt.

31. Nach demselben Modus wäre auch die Ersatzwahl in den Landesausschuß vorzunehmen.

Anmerkung. Die Bestimmungen der Paragraphen 29 und 30 sind mit Rücksicht auf die bestehende Verfassung entworfen. In meiner Schrift: „Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes" habe ich mich offen als Gegner des Institutes der Landesausschüsse bekannt.

32. Falls die Wahlen in die Reichsvertretung nicht direkt von der Bevölkerung, sondern von den Landtagen vorgenommen werden, so haben diese dort, wo eine gemischte Bevölkerung lebt, in getrennten Nationalkurien stattzufinden. Die Zahl der von jeder Kurie zu wählenden Reichsratsabgeordneten ist proportional der Summe der ihr angehörigen Landtagsdeputierten.

33. In ähnlicher Weise, wie in den Landtagen, ist auch in den Vertretungs- und Verwaltungskörpern national gemischter Orts- und Bezirksgemeinden, bei Entscheidungen über Schul- und Sprachfragen, und bei Ernennung von Lehrern kuriatim abzustimmen.

34. Auch im Landesschulrate und in den Schulräten gemischter Bezirks- und Ortsgemeinden findet die Abstimmung über Sprachfragen, über Anstellung, Beförderung und Besoldung, Pensionierung und Entlassung der Lehrer kuriatim statt.

2. Bestimmungen zur Schlichtung nationaler Streitigkeiten

35. Als Forum zur Austragung nationaler Streitigkeiten ist im Zentrum des Reiches ein Schiedsgerichtshof einzusetzen, in welchen jede Nationalität in gesetzlich vorgeschriebener Weise aus ihrer Mitte eine gleiche Anzahl von Schiedsrichtern zu wählen hat.

36. Im Entscheidungsfalle konstituiert sich das Schiedsgericht, indem je zwei Schiedsrichter jeder Nationalität, welcher die streitenden Parteien angehören, zusammentreten und sich als Obmann einen Schiedsrichter beigesellen, der einer neutralen Nationalität angehört. Bei Stimmengleichheit gibt das Votum des Obmanns den Ausschlag.

37. Das nationale Schiedsgericht urteilt über Klagen von Individuen, Korporationen und Gemeinden, wegen Verletzung der ihnen verfassungsmäßig zustehenden nationalen Rechte. Es entscheidet ferner Kollisionsfälle in national gemischten Landtagen, sowie in kleineren Vertretungs- und Verwaltungskörpern darüber, ob eine Frage als solche zu betrachten sei, bei welcher ein Kuriatvotum stattzufinden hat oder nicht.

38. Den Entscheidungen des nationalen Schiedsgerichtes ist nötigenfalls der Vollzug durch Reichsexekution zu sichern.

3. Gewährleistung der nationalen Rechte

39. Alle in den obigen Paragraphen enthaltenen Bestimmungen werden mit denselben Garantien wie die Staatsgrundgesetze umgeben.

III. Ein Brief Fischhofs

Fischhofs Antwortschreiben an die demokratischen Wiener Gemeinderäte. Dezember 1886[1])

Hochgeehrte Herren.

Sehr erfreut durch die Achtung und Sympathie, die Sie aus Anlaß meines siebzigsten Geburtstages mir zu bekunden so freundlich waren, sage ich Ihnen hiermit den wärmsten Dank; gleich Ihnen glaube ich an den schließlichen Sieg der Humanitätsidee. Gleich Ihnen bin ich davon überzeugt, daß das nationale ganz so wie das persönliche Individuum seine Existenz nicht durch das Verkümmern anderer Existenzen, sondern dauernd nur dadurch fördert, daß es deren Wohl unlöslich fest an das seinige knüpft. Man hat mir vorgeworfen, daß ich durch die beabsichtigte Bildung der deutschen Volkspartei vom Deutschtum mich entfernt habe. Meine Herren, Sie kennen das damals aufgestellte und von Ihnen geprüfte Programm. Es enthält vier Programmpunkte. Im ersten forderten wir die gesetzliche Sicherung der Sprachenrechte aller Volks-

---

1) „Neue Freie Presse". Wien, 17. Dezember 1886. (Dr. Fischhof.)

stämme Österreichs unter Wahrung der unserer Muttersprache im Interesse des Staatswohles gebührenden Position. Und was geschah jüngst? Die hervorragendsten Männer der Linken setzten ihren Namen unter einen Gesetzentwurf von gleicher Tendenz. Im zweiten Punkte verlangten wir eine zeitgemäße Wahlreform, eine Ausdehnung des Wahlrechtes auf breite Volksschichten. Und einer der hervorragendsten Männer im Kreise der Linken brachte vor kurzem einen Gesetzesvorschlag in das Abgeordnetenhaus, in welchem, wenn auch in bescheidener Weise, das Wahlrecht den Arbeitern eingeräumt wird. Der dritte Punkt verlangte die Inangriffnahme sozialer Reformen. Und auch diese Forderung wurde bald darauf von der Linken feierlichst in ihr Programm aufgenommen. Was den vierten Punkt betrifft, sprachen wir uns in demselben für die erhöhte Sicherung der Preßfreiheit und des Vereinsrechtes aus. Ist dieses Postulat etwa antideutsch oder antiliberal? Meine Herren, ich bin noch nicht zu Ende. Schon vor siebzehn Jahren plädierte ich in meiner Schrift für die nationale Abgrenzung der Bezirke Böhmens, und die Deutschen dieses Landes traten im Interesse ihrer Nationalität während der letzten Landtagssession energisch für dieselbe ein. In der genannten Schrift schlug ich auch Maßregeln zum Schutze der nationalen Minoritäten vor, und vor zwei Jahren sprach ich in einem Journalartikel mich dahin aus, daß die Wahlbestimmungen nach englischem oder italienischem Vorbilde so abgeändert werden, daß die nationalen Minoritäten in den Vertretungskörpern der Bezirks- und Ortsgemeinden so gut wie in den Landtagen nicht nur eine Repräsentation erlangen, sondern auch durch das Kuriatvotum, das ist ein der nationalen Minorität in Sprachfragen eingeräumtes Vetorecht, vor der Vergewaltigung durch die Majorität geschützt werden. Und siehe da, vor kurzem meldeten die Journale, daß der gefeierte Dr. Schmeykal einen Vorschlag zum Schutze der nationalen Minoritäten in den böhmischen Landtag einbringen wolle. Diese Absicht ist gewiß sehr löblich; aber weshalb tadelt man an mir, was man an anderen lobt? Ist das Datum ein Verbrechen? War gestern undeutsch, was heute als echtes Deutsch gepriesen wird? Eine Beantwortung dieser Fragen ist kaum zu erwarten. Zum Glücke fechten mich irrige Beschuldigungen und ungerechtfertigter Tadel nicht an. Ich schätze die Volkstümlichkeit und respektiere die öffentliche Meinung; aber wenn es Recht und Wahrheit gilt, klimme ich den steilen Pfad, der zu denselben führt, unverdrossen hinan, auch wenn er vom Strahle der öffentlichen Gunst nicht beschienen wird.

IV. Bibliographie

Von Fischhofs Arbeiten sind im Buchhandel erschienen:

„Zur Lösung der ungarischen Frage“. Wien 1861. (In Gemeinschaft mit Dr. Joseph Unger verfaßt; anonym veröffentlicht.)

„Ein Blick auf Österreichs Lage". Wien 1866.
„Zur Erweiterung der Munizipalautonomie". Wien 1868.
„Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes". Wien 1869. (Auch ins Tschechische übersetzt.)
„Zur Reduktion der kontinentalen Heere" Heft 1 und 2. Wien 1875. (Heft 1 ist ins Englische übersetzt.)
„Die Sprachenrechte in den Staaten gemischter Nationalität". Wien 1885. (Nach den von Dr. Adolf Fischhof gesammelten Daten und gemachten Andeutungen dargestellt.)
„Der österreichische Sprachenzwist". Wien 1888.

Personenregister

A.

Andrassy, Julius Graf 160, 169, 177, 276, 299, 315, 320, 333, 340.
Andrian-Werburg, Viktor Freiherr v. 24, 36, 226.
Angeli, Moritz Edler v. 126.
Auersperg, Adolf Fürst 299, 300, 302, 313, 314, 316, 318.
— Anton Graf 173, 245.
— Carlos Fürst 213.
— Karl Graf 80.
Auspitz, Rudolf 295.

B.

Bach, Dr. Alexander 39, 69, 81, 101, 153, 211, 235.
Bach, Maximilian 35, 60.
Banhans, Dr. Anton (Freiherr v.) 219, 256.
Bareuther, Dr. Ernst 295, 348.
Bartos, Professor Joseph 8.
Bauernfeld, Eduard v. 33, 116.
Beer, Professor Dr. Adolf 295.
Belcredi, Egbert Graf 313.
— Richard Graf 130, 131, 156, 157, 158, 168, 177, 180, 193, 210, 216, 274.
Belsky, Dr. 256.
Benedikt, Professor Dr. Moritz 128, 387.
Berger, Dr. J. N. 39, 41, 116, 147, 219, 220, 247, 251, 361.
Berger, Wilhelm v. 240.
Bernard, Dr. Karl Ambros 12.
Beust, Graf Friedrich 132, 177, 180, 183, 184, 207, 219, 250, 251, 298.
Bismarck, Fürst 254, 318, 340, 355, 391.
Borrosch, Alois 78, 83, 118.
Brauner, Dr. Franz 336.
Brestel, Dr. Rudolf 83, 85, 95, 99, 100, 207, 219.
Bruck, Karl Freiherr v. 101.
Brühl, Dr. Bernhard 23.

C.

Carneri, Barthol. Ritter v. 220, 221, 301, 378.
Cavour, Camillo Graf 2.
Chertek, Emil Freiherr v. 341.
Chiari, Professor Dr. Johann 15.
Chlumecky, Johann Baron 358.
Clam-Martinic, Graf Heinrich 252, 259.
Cohner, H. 31, 254, 328.
Colloredo, Graf Ferdinand 49. 50.
Colloredo-Mansfeld, Joseph Fürst 417.
Csengery, Anton 160, 168.
Czartoryski, Georg Fürst 132.
Czyhlarz, Dr. 256.

D.

Dahlmann, Professor F. C. 41.
Deak, Franz v. 41, 144, 146, 153, 154, 155, 158, 159, 160, 161, 167, 168, 169, 301, 340.
Denis, Ernest 195, 317.
Deresenyi, Hofrat Johann Freiherr v. 43, 44.
Dessewffy, Joseph Graf 3.
Doblhoff, Anton Freiherr v. 62, 69, 72, 74, 76, 77, 80, 81, 106, 116, 118.
Dücker, F. Freiherr v. 418.
Dunajewski, Dr. Julian v. 342, 376.
Duncker, W. G. 86, 102.

E.

Ebersberg, J. S. 38, 63, 121, 122.
Egger 226.
Eisenmann, Professor Dr. Louis 169.
Endlicher, Professor Dr. Stephan 30, 45.

Engel, Dr. Maximilian 45.
Eötvös, Joseph Freiherr v. 174, 175, 177, 226, 303.
Esterhazy, Moritz Graf 154, 156, 157.
Etienne, Michael 293, 310, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 333, 334, 335, 338, 347, 375, 411.

F.

Falkenhayn, Graf Julius 341.
Felsenthal 112.
Ferdinand I., Kaiser von Österreich 28, 29, 36, 42, 46, 47, 48, 57, 69, 81, 88, 89, 100.
Feucht, Wiener Gemeinderat 386.
Ficquelmont, Graf K. L. 77.
Figdor, Gustav 127.
Fischer, Aloys 73, 74.
— Dr. Jacques 135, 425.
Fischhof, Abraham Wolf 5.
— David 7.
— Franziska 7, 425.
— Joseph 5. 6.
— Joseph Beer 5.
— Lazar 5.
— Moritz (Aloys) 7, 30, 31, 137, 283.
— Rosalie 6, 136, 137.
— Simon 7, 285, 287, 288, 290.
— Wilhelm 7.
Fischl, Dr. Alfred 192.
Frankl, L. A. 29, 30, 40, 111, 112, 116, 120, 132, 136, 173, 174, 245, 286, 295.
Fränkl, Architekt Wilhelm 386.
Franz, Kaiser von Österreich 2, 26.
Franz Joseph, Kaiser von Österreich 71, 101, 120, 130, 156, 159, 177, 219, 220, 276, 314, 363.
Franz Karl, Erzherzog 28.
Freeland 406.
Fried, A. H. 400.
Friedjung, Dr. Heinrich 28, 102, 111, 141, 156, 301, 388, 397.
Friedmann, O. B. 10, 221.
Füster, Professor Anton 48, 50, 53, 57, 58, 67, 83, 117, 291.
Fux, Johann 295, 415, 416, 417, 418, 419, 420.

G.

Garibaldi, Giuseppe 412.
Giskra, Dr. Karl 39, 47, 184, 219, 250, 289, 328, 417.
Goldmark, Dr. Joseph 22, 44, 45, 47, 63, 68, 76, 78, 80, 83, 95, 111, 117, 118, 119, 120.
Goldscheid, Rudolf 413.
Goluchowski, Agenor Graf 141, 175.
Grillparzer, Franz 11, 29, 344.
Grüner, C. 81, 84, 86.

H.

Haber, Baronin Henriette 292.
— Baron Louis 292, 293.
Häfner, Leopold 15, 47.
Hallwich, Dr. Hermann 369.
Hartmann, Moritz 260.
Härzberg-Fränkel, Leon 281.
Hasner, Leopold v. 195, 219.
Hebra, Professor Dr. 13.
Heilsberg, Dr. Alfred 416. 420.
Hein, Dr. Franz 95.
Helfert, J. A. Freiherr v. 19, 23, 46, 53, 74, 89, 106, 111, 295.
Herbst, Professor Dr. Eduard 184, 210, 211, 219, 295, 303, 325, 328, 329, 333, 334, 337, 338, 342, 346, 347, 348, 349, 350.
Hertzka, Dr. Theodor 381, 387, 397.
Höchsmann, Karl 119.
Hoffer, Dr. Karl 417.
Hohenwart, Karl Graf 257, 258, 273, 274, 276, 277, 302, 303, 340, 347, 379, 380.
Hornbostel, Theodor 80, 81, 83.
Horst, Julius Freiherr v. 341.
Horwit, Lazar 278.
Hoyos, Graf Ernst 43.
Hye, Professor Dr. Anton 39, 63.
Hyrtl, Professor Dr. 13, 38.

J.

Jelen, Aloys 112.
Jellatschitsch, Joseph Freiherr v. 76, 77, 86, 88.
Jellinek, Dr. Hermann 39, 40.
Johann, Erzherzog 62, 72, 73.
Joseph II., Kaiser 9. 14, 66, 190.

K.

Kaiser, Friedrich 38.
Kaiserfeld, Moritz v. 154, 157, 173, 176, 184, 189, 199, 200, 205, 206, 211.
Kaunitz, Wenzel Fürst 298.
Kazinczy, Franz v. 4.
Kemenyi, Baron 168.
Kisfaludy, Karl v. 2.
Klaudy, Dr. 256.
Knepler, Dr. Hermann 81, 118, 119, 120.

Koller, Baron Alexander 303, 406, 407, 408.
Kolmer, Dr. Gustav 255, 303, 368, 423.
Korb-Weidenheim 341.
Kossuth, Ludwig 3, 21, 76, 116.
Kraus, Philipp Freiherr v. 83, 118.
— Professor Dr. Viktor v. 350.
Kreuzig, Anton 386, 387, 388.
Kriehuber, Joseph 38.
Kronawetter, Dr. Ferdinand 385, 386, 427.
Krones, Professor Dr. F. v. 176, 189, 211.
Kübeck, Baron Karl Friedrich 81.
— Baron Max 417.
Kudlich, Hans 67, 70, 71, 72, 83, 85, 111, 117, 125.
Kuenburg, Gandolf Graf 376.
Kuranda, Ignaz 39, 295.
Kürnberger, Ferdinand 29, 41, 128, 137, 145, 286, 411.

L.

Lasser, Dr. Joseph Freiherr v. 80, 83, 95, 299, 314.
Latour, Graf Theodor 77, 78, 79, 80, 83, 104, 105, 117, 118.
Lauber, Wiener Gemeinderat 386.
Ledru-Rollin 116.
Liechtenstein, Aloys, Prinz 356, 363.
Lienbacher, Dr. Georg 356.
Lobkowitz, Georg Fürst 359, 360, 362, 364.
Löblich, Franz 130.
Löhner, Dr. Ludwig v. 33, 77, 83.
Lonyay, Graf Melchior 169, 177.
Lubomirski, Georg Fürst 68.
Lucam, Wilhelm v. 301, 302.
Ludwig, Erzherzog 26.
Ludwig XVI. 46.
Lueger, Dr. Karl 296, 297, 298, 386, 387.
Lustkandl, Professor Dr. Wenzel 246, 247.

M.

Magg, Dr. Julius 295.
Mahler, Moritz 63, 64.
Mandl, Dr. Ignaz 296, 386.
Mannheimer, Rabbiner 55.
Marcoartu, Artur de 417.
Maria Theresia, Kaiserin 66.
Mattuš, Dr. Karl 374.
Mayer-George, August 289, 290.
Mayer, Dr. Kajetan 67, 70, 72, 73, 83, 95.
Meißner, Alfred 89, 260.
Mende, Leopold Edler von 174, 176, 205, 266.
Menger, Dr. Max 346, 375.
Metternich, Fürst Klemens 3, 26, 39, 81, 108, 298, 305.
Mitschik, Dr. Eduard 15.
Modern, Dr. Heinrich 360.
Montefiore, Moses 296.
Möring, Karl 25.
Montecuccoli, Graf Albert 18, 21, 22.
Mühlfeld, Dr. Eugen Alexander v. 226.

N.

Napoleon III. 254.
Neumann, Abgeordneter 67.
Neuwirth, Joseph 417.
Newald, Dr. Julius Ritter v. 386, 389.
Nostitz, Graf 195.

O.

Oppenheimer, Ludwig Ritter v. 407.

P.

Palacky, Franz 94, 95, 96, 197, 260, 304, 333.
Palffy, Graf Moritz 153.
Peez, Alexander 295.
Pernerstorfer, Engelbert 386, 388.
Pichl, Dr., Wiener Gemeinderat 386.
Pillersdorf, Franz Freiherr v. 39, 40, 41, 43, 44, 45, 49, 50, 51, 52, 53, 62, 64, 69, 88, 89, 115.
Pinkas, Adolf 95, 96, 97, 103.
Plener, Ignaz v. 219.
— Ernst v. 348, 358, 395, 396.
Pollak, Heinrich 219, 342.
Potocki, Adam Graf 89, 90.
— Alfred Graf 131, 132, 220, 250, 251, 252, 257.
Prato, Johann 89, 111, 115.
— Giovanni Freiherr v. 303.
Pratobevera, Adolf Freiherr v. 199.
Pražak, Dr. Aloys (Freiherr v.) 245, 341, 358, 376.
Pretis, S. de 313.
Promber, Dr. Adolf 417.
Przibram, L. Ritter v. 154.
Pulszky, Franz 86, 176.

Purtscher, Adolf 48, 49.
Puschmann, Dr. Theodor 15.

R.

Rahl, Karl 289.
Rainer, Erzherzog 145.
Randa, Professor Dr. Anton 371.
Rasp, Wiener Gemeinderat 386.
Rechbauer, Dr. Karl 132.
Reschauer, Heinrich 19, 278.
Reisinger, Wiener Gemeinderat 386.
Richard Henry 400, 418.
Rieger, Dr. Franz Ladislaus (Freiherr v.) 69, 94, 95, 173, 175, 201, 207, 249, 250, 252, 255, 256, 259, 260, 265, 266, 268, 275, 317, 319, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 336, 337, 338, 339, 341, 347, 348, 355, 356, 364, 374, 375, 376, 420.
Rogge, Walter 153, 252, 301.
Rokitansky, Professor Dr. 13.
Rosenfeld, A. 35.
Roser, Dr. Franz 295.
Rotteck, Karl W. v. 227.
Rudolf, Kronprinz 303, 333.
Ruß, Dr. Viktor 295, 350, 351, 353, 354.

S.

Saphir, M. G. 12, 38.
Sardagna, Joseph v. 50.
Schäffle, Professor Dr. A. E. F. 257, 259, 261, 263, 276, 321.
Scharf, Alexander 138, 273, 275, 324, 325, 326, 328, 329, 331, 332, 333, 334, 336, 337, 338, 420.
Scharschmid, Max Freiherr v. 357.
Scherzer, Karl (v.) 80, 111.
Schiel, Dr. 43, 44.
Schiffner, J. Ch. 15, 18.
Schlechter, Landtagsabgeordneter 386.
Schmerling, Anton Ritter v. 27, 145, 153, 154, 156, 193, 194, 195, 196, 211, 236, 246, 256, 272, 330, 358, 409.
Schmeykal, Dr. Franz 256, 296, 348, 349, 359, 360, 362, 364.
Schneider 39.
Schöffel, Joseph 138, 416.
Schönborn, Graf Friedrich 369.
Schönburg, Alexander Fürst 368.
Schönerer, Georg (Ritter v.) 295, 306, 386.
Schuselka, Franz 39, 82, 83, 84, 85, 91, 118, 119, 147, 148, 191, 221.
Schwab, Adolf 295.
Schwarzenberg, Felix Fürst 33, 101, 106, 118, 214.
Schwarzenberg, Fürst 252.
Schwarzer, Ernst v. 117.
Sennyey, Baron 301.
Seywald, Heinrich 119, 120, 121.
Simon, Wiener Gemeinderat 296.
Singer, David 285.
— Dr. Edmund 386, 387, 389.
— Professor Dr. J. 294.
Skoda, Professor Dr. 13.
Sladkowsky, Dr. Karl 195, 219, 250, 252, 336.
Smets, Moritz 43, 50, 54, 58, 63, 65.
Smolka, Dr. Franz 78, 79, 118, 233.
Smreker, Dr. Aloys 176, 200, 206, 207, 248, 249.
Sonnenfels, Freiherr v. 108.
Spiegel, Christoph Graf 266.
Springer, Anton 42, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 195, 197, 226.
Stadion, Franz Graf 33, 69, 70, 101, 103, 104, 106, 111, 112, 216.
Staël, Madame 9.
Steinbach, Dr. Gustav 144, 146, 159.
Steudel, Johann 417.
Strakosch-Graßmann, Gustav 343.
Stremayr, Dr. Karl v. 247, 316, 335, 336, 341, 342, 345, 346, 350, 360.
Strobach, Dr. Anton 78, 83, 95.
Sturm, Dr. Eduard 295, 417, 418, 419.
Sueß, Professor Dr. Eduard 175, 295, 427.
Szavardy, Friedrich 40.
Szechenyi, Franz Graf 2.
— Stephan Graf 2, 3, 4, 162.

T.

Taaffe, Graf Eduard 132, 219, 220, 251, 336, 341, 342, 343, 344, 345, 350, 360, 367, 368, 375, 376, 384, 385.
Theer, Robert 14.
Thun, Leo Graf 252.
Thurnwald, Dr. Joseph 350.
Tinti, Karl Freiherr v. 417.
Tisza, Koloman v. 301.
Toman, Dr. Lovro 200, 207, 323.
Tuvora, Joseph 47.

U.

Unger, Professor Dr. Joseph 43, 46, 47, 148, 150, 152, 167, 188, 247, 299.

V.

Vacano, Emil 94.
Vay, Baron Nikolaus 146.
Violand, Ernst Ritter v. 34, 53, 95, 111, 117, 291.
Vörösmarty, Michael 2.
Vosnjak, Joseph 295.

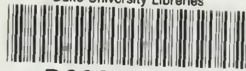
W.

Wallmoden, General 64.
Walterskirchen, Baron Robert 295, 378, 379, 381, 382, 385, 386, 397, 400, 404, 405, 416, 417.
Weiß, Karl 113.
Weisz, Dr. Johann 167.
Welcker, Karl Theodor 227.
Welden, Ludwig Freiherr v. 113, 126.
Wenckheim, Baron 276.
Wengraf, Moritz 32, 131, 170, 175, 181, 200, 204, 205, 206, 209, 275, 285, 301, 346, 352, 378, 414, 415.
Wesselenyi, Baron Nikolaus 40, 41.
Wessenberg, Philipp Freiherr v. 72, 81.
Wilczek, Graf Hans 417.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser 254.
Willner, „Arbeiterkönig" 60.
Windischgrätz, Alfred Fürst 28, 33, 38, 86, 88, 90, 107, 111.
Wiser 176.
Wurmbrand, Graf G. 346, 347, 348, 352, 353, 378.
Würth 43.

Z.

Zang, August 91, 121.
Zeithammer, Professor Dr. Ottokar 249, 374.
Zenker, E. V. 35, 60.
Ziemialkowski, Dr. Florian 200, 205, 207, 341.

Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart


Duke University Libraries
D00829470U

